



Beschlussauszug Stand der Realisierung am 28.06.2018

Ratsversammlung vom 31.05.2018

Ö 5.5 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2030 (INSEK)

Status: öffentlich

Beschlussart: geändert beschlossen

Vorlage: VI-DS-04159-NF-01 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2030 (INSEK)

Koordinierung:

Termin: 30.11.2018

Bearbeitung:

Status: Auftrag erteilt

Beschluss:

1. Das „Integrierte Stadtentwicklungskonzept 2030“ wird als ressortübergreifendes, langfristiges Handlungskonzept der Stadt Leipzig beschlossen. Es dient gleichzeitig als städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB sowie der VwV-StBauE des Freistaates Sachsen.
2. Das „Zielbild 2030“ (Teil A) ist dem kommunalen Handeln in allen Bereichen zugrunde zu legen. Die fachübergreifenden Schwerpunktgebiete und die Ortsteilstrategie (Teil B) sind als Grundlage der stadträumlichen Schwerpunktsetzung in den Ämtern zu berücksichtigen.
3. Das INSEK dient insbesondere als Grundlage für
 - eine strategische Steuerung, die Produktziele und mittelfristige Investitionsprogramme einbindet,
 - die Fachplanungen und Mittelfristprogramme der Fachämter,
 - die Priorisierung der Ressourcensteuerung,
 - die Eigentümerziele der städtischen Unternehmen,
 - die Zusammenarbeit mit den stadtgesellschaftlichen Akteuren.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Fördermittelbeantragung und -verwendung am INSEK auszurichten, dabei Förderprogramme zu koppeln und zusätzliche Fördermöglichkeiten gezielt zu erschließen.
5. Das INSEK wird auf Grundlage eines Monitorings bezüglich Aktualität und Umsetzungsstand regelmäßig überprüft und bedarfsgerecht fortgeschrieben.
6. **Gleichstellungspolitische Fragestellungen sind zu Beginn des nächsten INSEK-Fortschreibungsprozesses zu definieren. Abhängig von den Themen können im Erarbeitungsprozess Befragungen in Auftrag gegeben werden. Der Beirat für Gleichstellung ist an der Vorplanung und Umsetzung aktiv zu beteiligen. Ziel ist, dass**

sich kommunales Handeln deutlich durch Gleichstellungsorientierung kennzeichnet.

Im Besonderen ist darauf zu achten:

- Die Methode "Geschlechterdifferenzierte Datenerhebung und Datenauswertung" ist bei künftigen Fachplanungen anzuwenden.
- Die Kategorie "Geschlecht" ist bei den Querschnittsthemen von INSEK zu berücksichtigen und in Fachplanungen einzuarbeiten.
- Aktuelle Trends mit Kommunalbezug (Migration und Integration, Digitalisierung, Mobilität u. a.) sind im Rahmen des mehrstufigen Beteiligungsprozesses geschlechterbezogen zu diskutieren.
- Bei Aktivierung von Gruppen im Rahmen der Beteiligung ist auf die ausgewogene Einbeziehung von Frauen und Männern zu achten. Der Diversity-Ansatz sollte abhängig von der Datenlage themenbezogen oder in ausgewählten Stadtteilen zur Anwendung kommen.

Protokollnotiz:

Die Handlungsansätze auf Seite B-33 (Mölkau) werden wie folgt geändert/ergänzt:

Ergänzung vorhandener Anstrich:

- Trassenfreihaltung für Straßenbahnen in Engelsdorfer Straße bzw. Verbesserung des ÖPNV durch Buslinien, Radweg Engelsdorfer Straße bis Sommerfelder Straße

neuer, 8. Anstrich

- Errichten und Betreiben einer städtischen Kultur- oder Bildungseinrichtung auf dem Ortsgebiet*

Abstimmungsergebnis:

36/6/7

INTEGRIERTES STADTENTWICKLUNGSKONZEPT LEIPZIG 2030

INHALTSVERZEICHNIS

PRÄAMBEL

A. STRATEGISCHES ZIELBILD B. STADTENTWICKLUNGSSTRATEGIE

1. KURZFASSUNG
2. RAUMSTRATEGIE
 - 2.1 Fachübergreifende Schwerpunktgebiete
 - 2.2 Ortsteilstrategie
3. UMSETZUNG
 - 3.1 Integriertes Arbeiten im Sinne der Leipzig Charta
 - 3.2 Einordnung in übergeordnete Planungen und regionale Kooperation
 - 3.3 Finanzialer Rahmen zur Umsetzung des INSEK
 - 3.4 Umsetzungsbausteine

C. FACHKONZEpte UND QUERSCHNITTSTHEMEN

1. KURZFASSUNG FACHKONZEpte UND QUERSCHNITTSTHEMEN
2. FACHKONZEpte
 - 2.1 Wohnen
 - 2.2 Wirtschaft und Arbeit
 - 2.3 Freiraum und Umwelt
 - 2.4 Kommunale Bildungslandschaft
 - 2.5 Soziale Teilhabe
 - 2.6 Kultur
 - 2.7 Nachhaltige Mobilität
 - 2.8 Klimaschutz und Technische Infrastruktur
 - 2.9 Sport
 - 2.10 Hochschulen und Forschungseinrichtungen
 - 2.11 Ordnung und kommunale Sicherheitsinfrastruktur
3. QUERSCHNITTSTHEMEN
 - 3.1 Inklusion und Chancengerechtigkeit
 - 3.2 Integration und Vielfalt
 - 3.3 Gesundheit
 - 3.4 Digitale Stadt
 - 3.5 Baukultur und Öffentlicher Raum
 - 3.6 Brachenrevitalisierung

D. GRUNDLAGEN

1. Arbeitsprozess und Aufbau
2. Rahmenbedingungen
3. Ergebnisse Bürgerbeteiligung

BEARBEITUNG

Federführung:

- ≡ Dezernat Stadtentwicklung und Bau,
Stadtplanungsamt/Abteilung Stadtentwicklung

In den Workshops und Arbeitsgruppen vertretene Ämter, Referate und Beteiligungsunternehmen:

- ≡ Geschäftsbereich OBM und des Stadtrates
- ≡ Referat Wissenspolitik

Dezernat I Allgemeine Verwaltung

- ≡ Geschäftsstelle 2020
- ≡ Amt für Statistik und Wahlen
- ≡ Referat für Migration und Integration

Dezernat II Finanzen

- ≡ Stadtkämmerei

Dezernat III Umwelt, Ordnung, Sport

- ≡ Ordnungsamt
- ≡ Amt für Umweltschutz
- ≡ Amt für Sport
- ≡ Amt für Stadtgrün und Gewässer

Dezernat IV Kultur

- ≡ Kulturamt
- ≡ Volkshochschule
- ≡ Leipziger Städtische Bibliotheken

Dezernat V Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule

- ≡ Sozialamt
- ≡ Amt für Jugend, Familie und Bildung
- ≡ Gesundheitsamt
- ≡ Beauftragte für Senioren und Menschen mit Behinderungen

Dezernat VI Stadtentwicklung und Bau

- ≡ Stadtplanungsamt
- ≡ Amt für Geoinformation und Bodenordnung
- ≡ Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung
- ≡ Verkehrs- und Tiefbauamt

Dezernat VII Wirtschaft und Arbeit

- ≡ Liegenschaftsamt
- ≡ Amt für Wirtschaftsförderung
- ≡ Referat für Beschäftigungspolitik

L-Gruppe

- ≡ Leipziger Wasserwerke
- ≡ Leipziger Stadtwerke
- ≡ Netz Leipzig
- ≡ Eigenbetrieb Stadtreinigung Leipzig
- ≡ LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH

PROZESSBEGLEITUNG:

- ≡ Büro Kaufmann, Leipzig
- ≡ Büro complan Kommunalberatung, Potsdam

PRÄAMBEL

Das starke Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum hat die Ausgangssituation und die Herausforderungen für Leipzig in vielen Bereichen grundlegend verändert. Eine Neujustierung der Stadtentwicklungsziele ist deshalb notwendig. Mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2030 (INSEK) werden für diese Herausforderungen einer wachsenden Stadt Ziele formuliert – sowohl inhaltliche Ziele im „Zielbild für Leipzig 2030“ als auch stadträumliche Schwerpunkte. Das INSEK baut hierbei auf vorhandene fachliche Planungen, wie Stadtentwicklungspläne, Planungen der Fachämter etc., auf und vernetzt sie. Es bildet damit die ganzheitliche Entwicklungsstrategie für die Stadt Leipzig ab und verfolgt eine fachübergreifende und kooperative Stadtentwicklung. Dabei orientiert sich das INSEK an der „Leipzig Charta für eine nachhaltige europäische Stadt“, die 2007 von den EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnet wurde.

Die inhaltlichen und räumlichen Ziele des INSEK Leipzig 2030 beeinflussen die strategische Ausrichtung des Handelns der Stadt:

- Über die geplante strategische Steuerung fließen sie in die Prioritätensetzung der Verwaltung, der Eigenbetriebe und der Beteiligungsunternehmen ein.
- Über die Fachplanungen der Ämter nehmen sie Einfluss auf alle mittel- bis langfristigen Planungsprozesse.
- Auf ihrer Grundlage werden Stadtentwicklungskonzepte entwickelt, städtebauliche Förderprogramme beantragt und Modellvorhaben aufgesetzt.
- Im kommunalen Haushalt werden sie bis auf die Ebene der Produktziele heruntergebrochen.

Als Grundvoraussetzung gilt: nur wenn ausreichend finanzieller und personeller Handlungsspielraum besteht, können die im INSEK benannten Ziele und Maßnahmenbündel umgesetzt werden. In der Perspektive bis 2030 erfolgt die zeitliche Einordnung der Umsetzung über die Prioritätensetzung im Rahmen der Haushaltsplanungen.

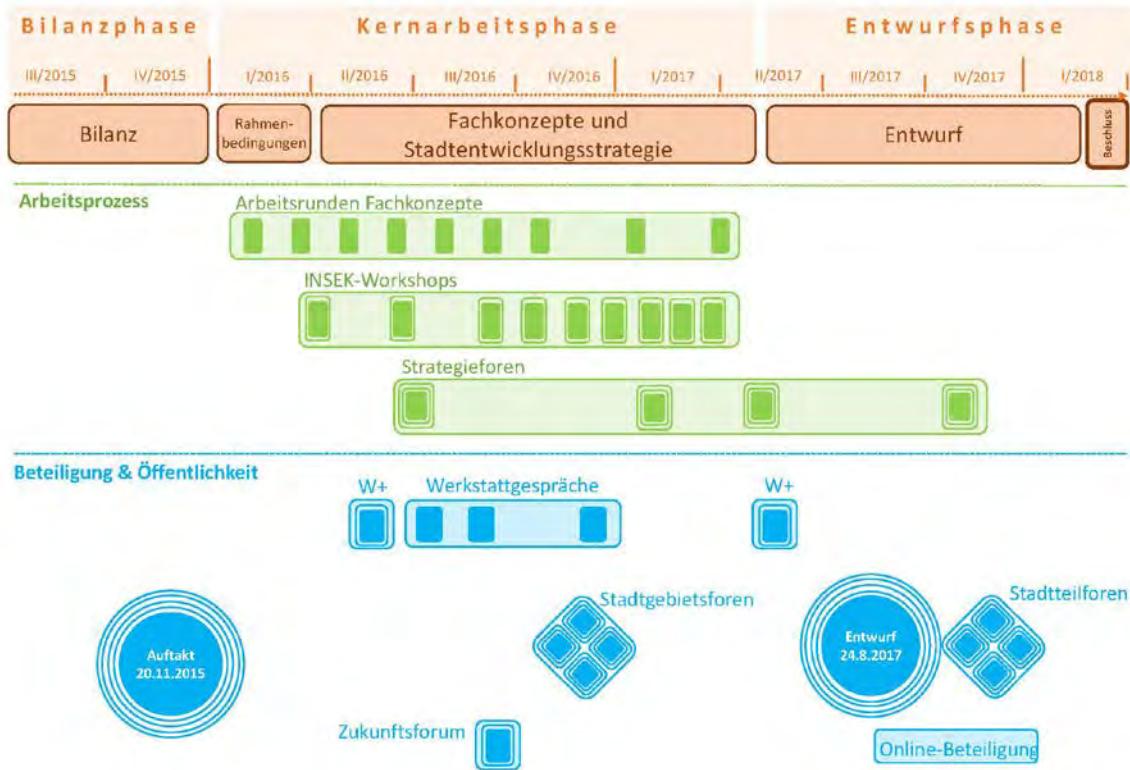
Das INSEK ist Produkt und Prozess zugleich. So werden im INSEK für den Zeithorizont bis 2030 zentrale Herausforderungen aufgezeigt und neue Schwerpunkte gesetzt. Dem liegt die mittlere Variante der aktuellen Bevölkerungsvorausschätzung der Stadt Leipzig mit erwarteten 722.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu Grunde. Damit geht die Orientierung des INSEK – wenn das Wachstum weniger schnell verläuft – auch deutlich über 2030 hinaus. Dies kann jedoch nur ein erster Schritt sein, da für eine Reihe fachlicher Planungen erst im Jahr 2018 Ergebnisse vorliegen werden, die die Konsequenzen eines Bevölkerungswachstums auf über 700.000 Einwohner/-innen näher beschreiben. Außerdem sind die hohen Prognoseunsicherheiten im Blick zu behalten und ein besonderer Fokus darauf zu legen, die Leipziger Stadtstruktur so weiterzuentwickeln, dass sie ihre Anpassungsfähigkeit an unterschiedliche Entwicklungsszenarien behält.

Deshalb baut das INSEK auf dem aktuellen Flächennutzungsplan auf und setzt räumliche Entwicklungsrioritäten überwiegend in der Innenentwicklung. Die integrierte Stadtentwicklungsstrategie knüpft an den Kernen der Stadt und ihrer Ortsteile an und setzt auf sozial- und nutzungsstrukturell gemischte Stadtstrukturen. Dadurch werden eine Anpassungsfähigkeit an sich verändernde Entwicklungstrends und ein schrittweises Vorgehen möglich, das auf Grundlage eines Monitorings auch das Nachsteuern bei Strategie und Maßnahmen ermöglicht. Denn Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern soll im Sinne einer ausgewogenen ökologischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung ausgestaltet werden.

Die Inhalte des INSEK-Entwurfes sind Ergebnis eines intensiven fach- und akteursübergreifenden Arbeitsprozesses, der vom hohen Engagement und Kooperationswillen aller Mitwirkenden getragen wurde. Dies ermöglichte die Entwicklung des Konzeptentwurfes in einer knapp eineinhalbjährigen Kernarbeitsphase. Vorausgegangen war 2015 eine Bilanzphase, in der die Erfahrungen mit dem ersten Integrierten Stadtentwicklungskonzept von 2009 reflektiert wurden. Der INSEK-Entwurf wurde im 2. Halbjahr 2017 politisch und öffentlich diskutiert; zahlreiche Anregungen führten zu Änderungen im endgültigen Konzept.

Der INSEK-Prozess endet jedoch nicht mit der Beschlussfassung, sondern wird über die Beteiligungsveranstaltungen unter dem Dach von „Leipzig weiter denken“ sowie verwaltungsinterne, dezernatsübergreifende Arbeitsstrukturen fortgeführt. Dabei geht es nicht nur um die Umsetzung der Ziele im kommunalen Alltag, sondern auch um neue fachübergreifende Lösungsansätze. Aufbauend auf einem Monitoring ist eine regelmäßige Weiterentwicklung und Fortschreibung geplant.

Übersicht Prozess Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Leipzig 2030 (INSEK)



A STRATEGISCHES ZIELBILD

„LEIPZIG WÄCHST NACHHALTIG!“

1. Einleitung	2
2. Ausgangssituation.....	2
3. Der Prozess: Das Zielbild „Leipzig 2030“ wird fortgeschrieben	4
4. Vier + Zehn: Die Herausforderungen für Leipzig.....	6
4.1. Vier grundlegende Herausforderungen.....	6
4.2. Zehn zentrale Herausforderungen des Wachstums	7
5. Das strategische Zielbild „Leipzig 2030“.....	9
5.1. Der Leitsatz „Leipzig wächst nachhaltig!“.....	9
>> Gemeinsames Nachhaltigkeitsverständnis	9
>> Zukunftsbild	9
5.2. Der innere Ring: Basis für gestaltende Stadtentwicklung.....	10
>> Wirtschaft.....	10
>> Finanzen	10
>> Demokratie	10
>> Lebensgrundlagen.....	10
5.3. Strategische Ziele und Handlungsschwerpunkte.....	11
>> LEIPZIG SETZT AUF LEBENSQUALITÄT	11
>> LEIPZIG Besteht im Wettbewerb	13
>> LEIPZIG Stärkt seine Internationalität.....	15
>> LEIPZIG schafft soziale Stabilität	17
5.4. Der äußere Kreis – Akteure städtischer Entwicklung.....	18
>> Grundhaltung einer ganzheitlichen Herangehensweise	18
>> Bürgerstadt	19
>> Regionale Kooperation	19
>> Kommunalwirtschaft	20
>> Stadtrat und Verwaltung	20

1. EINLEITUNG

Um qualitätsvolle Stadtentwicklung zu ermöglichen und Leipzigs Position im regionalen und internationalen Kontext zu festigen, gehören die Formulierung verbindlicher strategischer Ziele sowie ihre regelmäßige Evaluierung, Fortschreibung, Untersetzung und Steuerung zu unseren zentralen Aufgaben.

Mit Ratsbeschluss vom 20. Mai 2015 (DS – 00832/14) wurde die Verwaltung beauftragt, in einem umfassenden Prozess das Integrierte Stadtentwicklungskonzept der Stadt fortzuschreiben.

Inhaltliche Orientierung für die Fortschreibung gibt dabei das strategische Zielbild der Stadt, das auf Basis der strategischen Ziele der Kommunalpolitik und in Umsetzung des Ratsbeschlusses (RB V – 321 /10) auf Grundlage der Arbeit einer interfraktionellen Arbeitsgruppe entwickelt wurde.

Eine grundlegend veränderte Ausgangsposition und neue Herausforderungen bedingen auch die Überprüfung und Neujustierung dieses Zielbildes. Die nachstehende Darstellung beschreibt seine Herleitung, seine Struktur und seine wesentlichen Inhalte.

Durch eine systematische Implementierung und Verfolgung der strategischen Ziele ergibt sich insbesondere folgender Mehrwert:

- Eine verbesserte Orientierung und transparente Entscheidungsgrundlage für gewählte Entscheidungsträgerinnen und -träger, für Verwaltungsmitarbeitende und Steuerungsverantwortliche in der Stadtverwaltung.
- Planungssicherheit und Kontinuität für Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Stadtgesellschaft,
- Effizienz und Wirksamkeit durch integratives Vorgehen und das Vermeiden von Doppelstrukturen,
- Gewinn von Akzeptanz und Legitimation der kommunalen Nachhaltigkeitsbemühungen aufgrund von Transparenzsteigerung.

2. AUSGANGSSITUATION

Leipzig hat in seiner jüngeren Geschichte Phasen dynamischer Entwicklung ebenso erlebt wie gravierende Umbruchssituationen. Gründerzeit, 1. Weltkrieg, Weimarer Republik - mit dem bisherigen Einwohnerhöchststand von 718.000 Einwohnern im Jahr 1930 – folgten das Grauen der NS-Diktatur und des 2. Weltkrieges und zwei erneute Systemumbrüche 1949 und 1989.

Einen großen Teil des 20. Jahrhunderts vollzog die Stadt den Spagat zwischen „weltoffener Messestadt“ auf der einen und der Degradierung zur politischen Bedeutungslosigkeit als eine von 15 Bezirksstädten der DDR auf der anderen Seite. Diesem Spagat folgte der Neubeginn nach der Wiedervereinigung mit erneut tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen in den 1990er Jahren. 1998 sank die Bevölkerung trotz Eingemeindungen auf 485.000 Einwohner, während Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Büro- und Wohnungsleerstand Höchststände markierten. Die Imagekampagne „Leipzig kommt!“, strategische Investitionsentscheidungen und außerordentliche Erfolge bei Unternehmensansiedlungen stehen beispielhaft für die erhebliche und letztlich erfolgreiche Kraftanstrengung zahlreicher Akteure, um der Spirale der Schrumpfung mit all ihren schmerzhaften Begleiterscheinungen zu entkommen: Schulschließungen, Haushaltssicherungskonzepte, Gehaltsverzicht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Personalabbau.

Mit dem Anspruch, Stadtentwicklung trotz und wegen aller widrigen Begleitumstände zu gestalten, beschloss der Stadtrat 2005 Strategische Ziele der Kommunalpolitik für die Haushaltsplanung. Aufgrund der Rahmenbedingungen einer alternden Gesellschaft sowie einer strukturell geschwächten Wirtschaft wurden zwei gleichwertige Ziele als Schwerpunkte des städtischen Handelns formuliert:

1. *Schaffung von Rahmenbedingungen zum Erhalt bzw. zur Neuschaffung von Arbeitsplätzen*
2. *Schaffung von Rahmenbedingungen für eine ausgeglichene Altersstruktur. Das Handeln der Stadt richtet sich auf Kinder, Jugendliche und Familien mit Kindern aus.*

Beide strategische Ziele bildeten die Ausgangsbasis des 2009 beschlossenen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes; auf ihrer Grundlage wurden Oberziele und konzeptionelle Schwerpunktbereiche entwickelt. Indikatoren zeigen heute eine signifikant positive Entwicklung bei beiden Zielen in den letzten zehn Jahren:

Die Altersstruktur ist ausgeglichen und das Durchschnittsalter sinkt. Leipzig wächst anhaltend, aus sich heraus und durch Zuzug. Ende 2016 lag die Einwohnerzahl bei 579.000. Die Zahl der Geburten stieg um fast 50% und auch die Jugendquote hat sich von 14,6% auf 19,8% deutlich erhöht.

Das Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen, wurde in hohem Maße erreicht. Heute sind am Standort Leipzig über 43.000 Unternehmen tätig, das sind 27% mehr als noch vor zehn Jahren. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort ist um 39% auf über 210.000 gestiegen, während sich die Arbeitslosenquote von über 20% auf unter 8% im Dezember 2016 mehr als halbierte.

Mit dieser positiven Entwicklung, die sich auch in einer Verdopplung des Gästeaufkommens widerspiegelt, hat sich die Einnahmesituation deutlich verbessert. Das Gewerbesteueraufkommen erhöhte sich kontinuierlich – 2006 lag es noch bei knapp 190 Mio. €; 2016 erreichte es bereits 300 Mio. €. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil Einkommensteuer stiegen von 54 Mio. € auf 147 Mio. €.

Folgenden Faktoren waren wesentlich mitursächlich für diese Entwicklung:

- mutige strategische Investitionsentscheidungen für modernste Verkehrsinfrastruktur, wie der Bau des Flughafens und der Neubau der Leipziger Messe,
- die Industrieansiedlungen Anfang der 2000er (Automobilindustrie und Logistik),
- die Bereitschaft und die Fähigkeit zur institutionenübergreifenden Kooperation,
- eine konsequent internationale Ausrichtung,
- strategische Zielsetzungen und ein integriertes dezernatsübergreifendes Handeln und
- die kulturelle und städtebauliche Qualität der Stadt.

Wenn Leipzig heute die am schnellsten wachsende Großstadt in Deutschland ist, dann haben sich auch die Ausgangssituation und die Herausforderungen für die Stadt grundlegend verändert. Die aktuelle Bevölkerungsvorausschau prognostiziert für Leipzig im Jahr 2030 eine Einwohnerzahl von rund 720.000. Leipzig kann sich nicht auf dem Erreichten ausruhen, sondern muss sich den neuen Herausforderungen stellen, will sie wettbewerbs- und zukunftsfähig bleiben. Dem dient die Fortschreibung des strategischen Zielbildes.

3. DER PROZESS: DAS ZIELBILD „LEIPZIG 2030“ WIRD FORTGESCHRIEBEN

Im Januar 2016 begann die Kernarbeitsphase der Fortschreibung des 2009 beschlossenen Stadtentwicklungsconceptes. Teil des Prozesses war die Fortschreibung des Zielbildes.

Inhaltlich greift die Fortschreibung die veränderte demografische und soziale Entwicklung und die damit verbundenen Herausforderungen der wachsenden Stadt auf.

Konzeptionell wird mit der Aufnahme des strategischen Zielbildes in das Integrierte Stadtentwicklungsconcept (INSEK) und dessen Verknüpfung mit den Fachkonzepten eine Basis geschaffen, damit vereinbarte Entwicklungsrichtungen in aktuelle Planungen aufgenommen und wirkungsorientiert gesteuert werden können.

Strukturell wird parallel zur Verabschiedung des INSEK geprüft, wie das Zielbild durch eine strategische Steuerung systematisch im kommunalen Handeln implementiert und kontinuierlich weiterentwickelt werden kann. Strategien und Instrumente sollen an die Anforderungen einer dynamisch wachsenden Stadt angepasst werden.

Der zielbildbezogene Arbeitsprozess lässt sich in folgende wesentliche Etappen unterteilen:

Auftakt mit der Bürgerschaft

Im November 2015 diskutierten rund 260 Leipzigerinnen und Leipziger in der Kongresshalle am Zoo darüber, welche Themen für die zukünftige Entwicklung der Stadt Leipzig eine besondere Rolle spielen. Menschen aller Altersgruppen brachten in kleinen Runden ihre Wünsche und Ideen für den Weg der Stadt in eine nachhaltige Zukunft ein. Die Veranstaltung bildete den Auftakt zu einem mehrstufigen prozessbegleitenden Beteiligungsverfahren.

Experten-Workshops

Das Integrierte Stadtentwicklungsconcept, seine Fachkonzepte und das strategische Zielbild „Leipzig 2030“ wurden seit Anfang des Jahres 2016 in einem umfassenden Workshop-Prozess mit internen Experten aus den verschiedenen Fachbereichen der Verwaltung fortgeschrieben. Bestehende Konzepte, Ziele und Handlungsschwerpunkte wurden geprüft und sowohl an die bestehenden als auch an die zukünftigen Herausforderungen angepasst. Innerhalb des Prozesses wurden Thesen und Impulse künftiger Stadtentwicklung stetig rückgekoppelt und aktualisiert.

Beratungen der Bürgermeister

Auf Basis des im August 2016 erreichten Diskussionsstandes hat der Oberbürgermeister gemeinsam mit den Fachbürgermeisterinnen und Fachbürgermeistern die Ausgangssituation, die zentralen Herausforderungen und die daraus resultierenden Handlungsschwerpunkte der wachsenden Stadt diskutiert. Im Ergebnis der Diskussion wurde das Zielbild angepasst und die zentralen Herausforderungen des Wachstums in den laufenden Prozess gegeben.

Das überarbeitete Zielbild wurde in der Bürgermeisterklausur am 5. und 6. Januar 2017 diskutiert und bestätigt.

Mitwirkung der Führungskräfte

Im Führungskräfteforum im November 2016 wurden den Führungskräften aus Stadtverwaltung und Eigenbetrieben die von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern formulierten zentralen Herausforderungen der wachsenden Stadt vorgestellt und ihre Auswirkungen auf die strategischen Zielbereiche diskutiert und ergänzt.

In der Führungskräfteklausur am 11. und 12. Januar 2017 wurde den Amts- und Referatsleitungen das überarbeitete Zielbild vorgestellt.

Engagement der Beteiligungsunternehmen

Am 25. Januar wurde das Zielbild den Geschäftsführungen der städtischen Beteiligungsunternehmen vorgestellt und in Workshops erörtert. Dabei stand im Mittelpunkt, welche Beiträge die Unternehmen

zur Zielerreichung leisten können und welche Voraussetzungen für eine bestmögliche Umsetzung gegeben sein sollten.

Information des Stadtrates

Der Stadtrat wurde im Anschluss der verwaltungsinternen Befassung über das überarbeitete Zielbild informiert.

Öffentliche Beteiligung und Stadtratsentscheidung

Ab August 2017 wurde der Entwurf des fortgeschriebenen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Leipzig 2030“ in den öffentlichen Beteiligungsprozess eingebracht und danach in einer überarbeiteten Fassung im Stadtrat zur Entscheidung gestellt.

4. VIER + ZEHN: DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR LEIPZIG

Aufgrund des prognostizierten Wachstums könnten im Jahr 2030 mehr als 720.000 Menschen in unserer Stadt leben. Dies ist einerseits Zeichen der Anziehungskraft, stellt Leipzig andererseits aber auch vor extreme Herausforderungen. Nicht alle ergeben sich aus dem Bevölkerungswachstum, aber sie alle müssen angegangen werden, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, nachhaltige Stadtgestaltung zu ermöglichen und den Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft zu stärken.

4.1. Vier grundlegende Herausforderungen

Die Stadt Leipzig wird nur nachhaltig wachsen können, wenn ihre wirtschaftliche, finanzielle und demokratische Basis gesichert ist und die natürlichen Grundlagen geschützt werden.

Stabile Wirtschaftskraft

Leipzig ist Handelsmetropole, Forschungsstandort, Tourismuszentrum, Kulturstadt, Verkehrsdrehscheibe, Kreativ- und Produktionsstandort. Die Wirtschaft hat sich überdurchschnittlich gut entwickelt. Dennoch verfügt die Stadt noch nicht über eine robuste Wirtschaftsstruktur, die Lebensader der weiteren Stadtentwicklung.

Zwar haben sich die Einnahmen aus Gewerbe- und Einkommensteuer innerhalb der letzten zehn Jahre signifikant erhöht, aber sie befinden sich in absoluten Zahlen auf einem ausbaufähigen Niveau. Um Daseinsvorsorge nachhaltig zu sichern und Wohlstand in einem positiv verstandenen Sinne zu mehren, muss sich die Einnahmesituation der Stadt und ihrer Bevölkerung noch deutlich verbessern. Es bedarf eines investitions- und innovationsfreundlichen Umfeldes, damit neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen.

Solide Finanzen

Wachstum generiert nicht nur erhöhte Einnahmen, es birgt enorme finanzielle Herausforderungen für die Stadt. Allein der Zuschuss für Betriebs- und Sachkosten für Kindertageseinrichtungen ist in zehn Jahren von 48 Mio. € auf über 130 Mio. € gewachsen, das ist eine Steigerung um 174%. Leipzig muss angemessen investieren können, will es qualitätsvoll wachsen. Trotz der erheblichen Investitionen der vergangenen Jahre bestehen zahlreiche unabewisbare Investitionsbedarfe in allen Zielbereichen.

Realität ist, dass angesichts der Ergebnisentwicklung in der Mittelfristplanung erhebliche und kontinuierliche Optimierungs- und Konsolidierungsbemühungen notwendig sind. Um zukünftig die nötige Finanzkraft zu sichern, stehen wir vor der Herausforderung, Kosten zu senken und städtische Einnahmen zu erhöhen.

Demokratieverständnis und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Leipzig ist in besonderer Weise ein Ort der friedlich erkämpften Demokratie. In Zeiten des rasanten globalen Wandels gehört es zu den zentralen Herausforderungen, ein auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung basierendes Werteverständnis zu leben und zu verteidigen. Die Anerkennung rechtsstaatlicher Prinzipien, Toleranz und Respekt sind für eine moderne Stadtgesellschaft unverzichtbare Voraussetzungen, um ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit zu ermöglichen.

In einer immer vielfältiger werdenden offenen Stadt gilt es den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Bewusstsein zu schärfen, dass Demokratie keine einfachen Antworten, dafür aber die besseren Ergebnisse liefert. Sie ist die verfassungsgemäße Form der Freiheit und Weltoffenheit, für die auch der Name Leipzig symbolhaft steht.

Natürliche Lebensgrundlagen

Weltweit werden durch die aktuelle Lebens- und Wirtschaftsweise weit mehr natürliche Ressourcen verbraucht als langfristig verfügbar sind. Dabei werden Naturräume geschädigt, Boden und Grundwasser mit Schadstoffen belastet und die Atmosphäre so verändert, dass sich die Rahmenbedingungen für das Leben auf der Erde drastisch verändern.

Auch die in Leipzig lebenden Menschen haben einen Anteil daran, sowohl im globalen als auch im lo-

kalen Maßstab. Die immer noch intensive Nutzung fossiler Energieträger, die Belastung von Luft, Wasser und Boden mit Schadstoffen, die fortlaufende Versiegelung von Böden sowie der Verlust an biologischer Vielfalt sind essentielle lokale Herausforderungen.

4.2. Zehn zentrale Herausforderungen des Wachstums

Daneben ergeben sich insbesondere aus dem prognostizierten, anhaltend starken Wachstum der Stadt folgende zehn zu bewältigende Herausforderungen:

1. Qualitätsvolles Wachstum

Wachstumsdynamik und soziale Fairness, Standortentwicklung und Klimaschutz – das Aufgabenspektrum ist breit und die zu verfolgenden Ziele stehen auch in Widerspruch zueinander. Eine wesentliche Herausforderung bleibt deshalb eine kontinuierliche Verbesserung unseres Umgangs mit Zielkonflikten. Dabei werden wir nicht aus den Augen verlieren: im Mittelpunkt der Überlegungen steht der Mensch. Wachstum ist kein Selbstzweck. Wir wollen qualitätsvolles Wachstum gestalten, damit wir auch in Zukunft gut leben können. Dafür benötigen wir anpassungsfähige und vielfältige Stadtstrukturen, ein funktionierendes Nachhaltigkeitsmanagement und ein gutes Miteinander.

2. Soziale Gerechtigkeit

Jeder Mensch hat ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe in der Stadtgesellschaft. Zur Haltung einer offenen, nachhaltig wachsenden Stadt gehört, dass sie bereit ist, sich mit Neuem auseinanderzusetzen sowie neue Mitbürgerinnen und Mitbürger willkommen heißt. Die Wahrung des sozialen Friedens gehört zu den zentralen Herausforderungen der wachsenden Stadt. Der Status Quo sozialer Stabilität muss gesichert und Leipzig inklusiv weiter gestaltet werden.

3. Bezahlbares Wohnen

Akzeptanz für Integration und neues Wachstum entsteht nur, wenn sich die Anspannung auf dem Wohnungsmarkt nicht weiter verschärft. Leipzig muss neuen Wohnraum schaffen und kann dies nur in Partnerschaft mit der Region, dem Freistaat und dem Bund bewältigen. Die Herausforderungen bestehen hier darin, insbesondere an den verkehrlich erschlossenen Achsen die langfristige Stadtentwicklung im Blick zu halten, Flächen für das Stadtwachstum zu entwickeln und Initiativen des bezahlbaren Wohnens bewusst zu sichern und zu stützen.

4. Urbane Sicherheit

Mit seiner zunehmenden Größe und Verdichtung muss sich Leipzig stärker als bisher auch mit der Kriminalitätslage und dem subjektiven Sicherheitsempfinden - insbesondere der älteren Menschen - auseinandersetzen. Die Prävention und der Schutz vor Kriminalität gehört deshalb zu den zentralen Herausforderungen in der Stadt. Urbane Sicherheit zu schaffen heißt auch, die Stadt insgesamt krisenfester zu machen und zur Kenntnis zu nehmen, dass die Sicherheitslage sich – auch vor dem Hintergrund globaler Entwicklungen – grundlegend verändert.

5. Nachhaltige Mobilität

Funktionierende Mobilität bedeutet Lebensqualität und ist eine Basis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Es wird eine Herausforderung sein, den begrenzten Verkehrsraum so weiterzuentwickeln, dass umweltfreundliche und effiziente Mobilität schrittweise mehr Anteil erhält und eine Stärkung des Umweltverbundes gelingt. Zugleich muss der Öffentliche Personennahverkehr regional besser angebunden werden und auch bezahlbar bleiben. Das gelingt, wenn alle Ebenen der öffentlichen Aufgabenträger des ÖPNV sich an den damit verbundenen Infrastrukturkosten angemessen beteiligen.

Das Auto der Zukunft soll in Leipzig gebaut werden und Bestandteil einer integrierten Verkehrskonzeption sein, die die Bedürfnisse der Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellt.

6. Bildungsinfrastruktur

Leipzig investiert in Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur; sie bleibt Investitionsschwerpunkt. Zahlreiche neue Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und weiterführende Schulen müssen gebaut und bezahlt werden. Nicht nur (aber auch) hier ist eine multifunktionale Nutzung von Flächen und Gebäuden, die auch mittel- und langfristig demografische Veränderungen aufnehmen können, ein Schlüsselfthema.

7. Kulturelle Identität

Kultur ist weder Dienstleistung noch Luxus, sondern Lebensgrundlage des Menschen und Basis des demokratischen Zusammenlebens in der Stadtgesellschaft. Kulturelle Identität gewinnt in einem schnell wachsenden und sich stark verändernden Leipzig stetig an Bedeutung. Hierzu trägt die Tradition als Bürgerstadt und als „Stadt der Friedlichen Revolution“ bei. Leipzig verfügt heute über die Angebotsvielfalt einer Millionenstadt. Die besondere Herausforderung liegt darin, dieses Angebot qualitativ weiterzuentwickeln und dabei auf zunehmende Diversität angemessen zu reagieren. Freiräume innerhalb der Stadt sollen bewahrt und das kulturelle Profil nach außen geschärft werden.

8. Grün in der Stadt und neue Baukultur

Die Zukunft der Städte ist grün. Stadträume und wie sie gestaltet sind, beeinflussen die Qualität und die Atmosphäre des urbanen Zusammenlebens maßgeblich. Wenn Leipzig heute zu den Städten mit einer großen Lebenszufriedenheit gehört, dann ist das ein Standortvorteil und liegt maßgeblich auch in der Qualität unseres Stadtgrüns begründet. Das starke Wachstum führt zu einem Verlust von Brachflächen, Grünstrukturen und Vielfalt. Eine nachhaltige Freiraumentwicklung und eine neue Baukultur sind notwendig, damit wir im dicht bebauten Stadtgebiet Orte der Erholung sichern und Vielfalt bewahren. Und sie ist auch deshalb notwendig, um in den neuen Stadtteilen jene Vitalität zu generieren, die Stadtquartiere auszeichnen.

9. Vorsorgendes Flächenmanagement

Innerstädtisch und in der Region braucht die Stadt – vor allem gewerbliche – Wachstumsräume, die durch ein vorausschauendes Flächenmanagement identifiziert und weiterentwickelt werden. Gemischte Nutzung von Wohnen, sozialer Infrastruktur und Gewerbe wird an Bedeutung gewinnen, zugleich sollen qualitätsvolle Grünräume erhalten und weiterentwickelt werden.

10. Moderne Verwaltung

Grundauftrag der Verwaltung bleibt es, Daseinsvorsorge und Rechtsstaatlichkeit in einer sich stark wandelnden, digitalisierten Welt zu sichern und durchzusetzen. Zugleich muss sie auf sich verändernde Bürgerbedürfnisse eingehen und nachhaltiges Wachstum zielorientiert gestalten.

Der Organisations- und Personalentwicklung obliegt vor allem die Aufgabe, die Verwaltung bei der Erfüllung ihres Grundauftrages zu unterstützen. Zugleich muss sie zur Impulsgeberin einer neuen Kultur der Zusammenarbeit und der fortlaufenden Veränderung werden. Ein neues Konzept „Moderne Verwaltung“ muss auf wesentliche Fragestellungen eingehen: Wie wird Digitalisierung das Handeln der Verwaltung verändern? Wie ist eine Verwaltung strukturiert, die Ziele wirkungsorientiert steuern kann? Welche quantitative und qualitative Zielperspektive für den Personalbestand bestimmen wir, damit die Stadt leistungs- und finanziell handlungsfähig bleibt? Wie bleibt die Stadt eine attraktive Arbeitgeberin?

5. DAS STRATEGISCHE ZIELBILD „LEIPZIG 2030“

Das strategische Zielbild der Stadt wurde an die beschriebenen Herausforderungen der wachsenden Stadt angepasst und zudem weitere Änderungsbedarfe aufgenommen, die aus Sicht der im Prozess mitwirkenden Akteure bestehen.

5.1. Der Leitsatz „Leipzig wächst nachhaltig!“

„LEIPZIG WÄCHST NACHHALTIG!“ ist der im Mittelpunkt des Zielbildes stehende Leitsatz. Er spiegelt die Grundhaltung und den Willen der städtischen Akteure wider, die Herausforderungen des Wachstums nicht nur quantitativ zu bewältigen, sondern auch im Sinne einer nachhaltigen und dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Entwicklung auszustalten. Die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums sehen wir dabei nicht im Widerspruch zu dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt. Vielmehr geht es darum, die Aufgaben der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit auf Augenhöhe mit der sozialen und gesellschaftlichen Integration und den ökologischen Konsequenzen zu denken.

Der Leitsatz wirkt übergreifend in alle strategischen Ziele und Handlungsschwerpunkte hinein.

>> Gemeinsames Nachhaltigkeitsverständnis

Die im September 2015 von allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedete „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ gilt für alle Staaten dieser Welt. Entwicklungsländer, Schwellenländer und Industriestaaten: alle leisten ihren Beitrag. Sie ist damit auch Handlungsgrundlage für eine dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung verpflichtete Stadt Leipzig.

Mit der Agenda 2030 drückt die internationale Staatengemeinschaft ihre Überzeugung aus, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Sie schafft die Grundlage dafür, weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit und im Rahmen der ökologischen Grenzen der Erde zu gestalten. Kernstück bildet der Katalog mit 17 Oberzielen für Nachhaltige Entwicklung.

Nachhaltiges Wachstum bedeutet für das Handeln der Stadt, ökologische, ökonomische und soziale Erfordernisse notwendig miteinander abzuwegen und in einer ganzheitlichen Entwicklungsstrategie ausgewogen zu berücksichtigen. Nachhaltiges Wachstum bedeutet, bei der Definition der strategischen Ziele an die 17 Oberziele für eine Nachhaltige Entwicklung anzuknüpfen und ihre Leipzig-spezifische Relevanz in den Handlungsschwerpunkten der vier strategischen Ziele gezielt aufzugreifen. Und nachhaltiges Wachstum bedeutet auch, dass wir durch eine integrierte Stadtentwicklung auch positive wirtschaftliche und fiskalische Effekte erzielen wollen, die wiederum deren Realisierung befördern.

>> Zukunftsbild

Im Jahr 2030 ist Leipzig ein wichtiger nationaler und internationaler Wirtschaftsstandort und zugleich eine moderne europäische Kulturmétropole mit einem starken Identitäts- und Zugehörigkeitsgefühl und einer Bevölkerung, die langfristige Ziele und demokratische Werte gemeinsam trägt, weltoffen und außerordentlich kreativ ist. Unterschiedliche Arten innovativer Wirtschafts-, Kultur-, Stadterneuerungs- und Umweltprojekte werden ebenso entwickelt wie eine Infrastruktur für den globalen Wettbewerb. Die Chancen der Digitalisierung wurden genutzt; gleichzeitig konnten ihre Risiken begrenzt werden.

Leipzig ist darauf eingestellt, dass Städte nicht nur mit Infrastrukturen konkurrieren, sondern zunehmend auch mit immateriellen Werten, wie Wissen, Lebensqualität und Führungsstärke im Wettbewerb um kluge Köpfe und Investitionen. Leipzig bleibt eine Stadt, die imstande ist, intelligente und zukunftsweisende Konzepte zum Nutzen der Gemeinschaft zu finden und umzusetzen. Die Basis dafür bilden Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit, Internationalität und soziale Stabilität der Stadt und eine lebendige Kultur der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure.

5.2. Der innere Ring: Basis für gestaltende Stadtentwicklung

Der innere Ring des Zielbildes spiegelt die Grundlagen gestaltender Stadtentwicklung wider. Gewährleistung von Wirtschaftskraft, Finanzen, Demokratieverständnis und natürlicher Lebensgrundlagen sind vorrangig und prägend für die Formulierung der strategischen Ziele und Handlungsschwerpunkte.

>> Wirtschaft

Basis nachhaltigen Wachstums ist die Wirtschaftskraft Leipzigs: Nur eine krisensichere wirtschaftliche Struktur und mehr qualifizierte Arbeitsplätze sichern die Handlungsspielräume für Gestaltung und sorgen für steigende städtische Einnahmen zur Gewährleistung dringend erforderlicher zusätzlicher Investitionen in die Daseinsvorsorge und für bessere Einkommensverhältnisse der Bevölkerung.

Leipzig muss sich wirtschaftsfreundlich ausrichten und für alle nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten, die ein städtisches Umfeld bevorzugen, wettbewerbsfähige Standort- Arbeits- und Lebensbedingungen bieten. Daher ist die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes in Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Einrichtungen die gemeinsame zentrale Aufgabe aller Verwaltungsbereiche und städtischen Unternehmen.

>> Finanzen

Leipzig muss in der Zukunft finanziell so ausgestattet sein, dass sie ihrer Eigenverantwortung gerecht werden und die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge für künftige Generationen erbringen kann. Und mehr noch: Leipzig muss die Möglichkeit haben, den Umbau der Stadt im Hinblick auf eine zukunftsfähige Infrastruktur zu finanzieren.

Neben der Durchsetzung dieser politischen Forderung gegenüber den anderen Aufgabenträgern besteht die wesentliche Aufgabe darin, mit den eigenen Ressourcen verantwortungsvoll umzugehen. Um die Ausgabendisziplin zu stärken, ist neben guten Abstimmungsprozessen vor allem eine konsequente Ziel- und Prioritätensetzung erforderlich, die nach innen und außen erkennbar und im alltäglichen Verwaltungshandeln nachvollziehbar sein muss. Dafür wird die notwendige Verknüpfung der strategischen Ziele der Stadt mit der Haushaltplanung und -steuerung weitergeführt.

>> Demokratie

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gegenseitiger Respekt bilden eine wesentliche Basis unserer Bürgergesellschaft. Städte sind es, in denen Politik konkret wird. Die Stadtverwaltung setzt gesetzliche und politische Vorgaben um, sie selbst ist Gestalterin von Entwicklung, Kommunikatorin und Initiatorin der Werte- und Beteiligungskultur.

Entscheidend für eine demokratische Bürgergesellschaft ist die Beachtung des Grundsatzes der Subsidiarität. Ihn gilt es einerseits gegenüber den anderen politischen Ebenen zu verteidigen und andererseits auch im Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und Bürgerschaft zu beachten.

Politische Bildung, eine Kultur des Respekts, des Miteinanders und der Mitverantwortung tragen zu einem starken demokratischen Bewusstsein bei. Leipzig wird an seine Tradition als „Stadt der Friedlichen Revolution“ anknüpfen mit dem Ziel, dass Bürgerinnen und Bürger aktiv mitverantwortlich, selbstverwaltend mitgestalten.

>> Lebensgrundlagen

Nachhaltiges Wachstum kann nur gelingen, wenn die natürlichen Lebensgrundlagen dabei erhalten bleiben. Dies erfordert eine Stadtentwicklung, in der Brachflächen gezielt wieder genutzt werden, möglichst wenig Boden neu versiegelt sowie der Erhalt und die Gestaltung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen mitgedacht und geplant wird.

Neben einer nachhaltigen Landnutzung besteht die Aufgabe darin, den Wandel hin zu einer postfossilen Energieversorgung und einer echten Kreislaufwirtschaft zu gestalten. Leipzig muss die Weichen lokal konsequent stellen, gleichzeitig aber auch, mit Blick auf die globalen Wirkungen der Aktivitäten vor Ort, verantwortlich handeln.

5.3. Strategische Ziele und Handlungsschwerpunkte

>> LEIPZIG SETZT AUF LEBENSQUALITÄT

Leipzig wird von seinen Einwohnerinnen und Einwohnern für die gute Lebensqualität geschätzt. Bürgerumfragen bestätigen, dass sich Leipzig als besonders lebenswerte Stadt auszeichnet. Urbanität und kurze Wege, attraktive Grünräume und Gewässer, die baukulturelle Schönheit der Stadt, aber auch die Offenheit für unterschiedlichste Lebensentwürfe sind dabei mit ausschlaggebend. Diese Lebensqualität ist Basis für eine stabile Entwicklung und Ausgangsbedingung für Wettbewerbsfähigkeit, soziale Stabilität und die internationale Wahrnehmung.

Zentrales Ziel ist, dass sich alle Leipzigerinnen und Leipziger weiterhin im wachsenden Leipzig wohl fühlen und entfalten können, dabei auch die Umwelt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten sowie weiter verbessert werden.

Dazu werden folgende sechs Handlungsschwerpunkte verfolgt:

1. Balance zwischen Verdichtung und Freiraum

Noch vor zehn Jahren waren in Leipzig viel mehr Flächen, Gebäude und Freiräume verfügbar als gebraucht wurden. Dies ändert sich gerade in vielen Stadtteilen und angesichts des prognostizierten Wachstums wird der Flächenbedarf noch deutlich steigen.

Ziel ist deshalb, das Wachstum flächensparend zu gestalten und die Grün- und Freiraumqualitäten zu erhalten.

Wir wollen eine Balance zwischen der besseren Ausnutzung von vorhanden Flächenreserven und Infrastrukturen einerseits und der Erhaltung der Lebensqualität andererseits erreichen. Dazu werden wir Nutzungsreserven innerhalb der vorhandenen Stadtstrukturen mobilisieren, Nutzungszyklen optimieren und die Mehrfachnutzung von Gebäuden und Freiräumen gezielt ermöglichen. Im Sinne einer „doppelten Innenentwicklung“ wollen wir zugleich das Grün- und Freiraumsystem erhalten und bei notwendigen Eingriffen die Verluste durch neue Qualitäten und eine verbesserte Vernetzung und Erreichbarkeit ausgleichen.

2. Qualität im öffentlichen Raum und in der Baukultur

Angesichts der angestrebten baulichen Verdichtung und der immer stärkeren Nutzung der öffentlichen Räume bedarf es einer neuen Achtsamkeit hinsichtlich der Qualitäten.

Ziel ist deshalb, die Qualität des Leipziger Stadtbildes zu bewahren und weiterzuentwickeln und die Nutzbarkeit der öffentlichen Räume zu erhöhen.

Die qualitativen Anforderungen an Baukultur und öffentliche Räume werden wir klar formulieren und in öffentlichen und privaten Bauvorhaben mit den zur Verfügung stehenden Mitteln durchsetzen. Dies umfasst sowohl neue Vorhaben als auch den Bestand.

3. Nachhaltige Mobilität

Die Sicherung gleichwertiger Mobilitätschancen für alle, unabhängig von Geschlecht, Alter, Familiengröße, Einkommensverhältnissen, körperlicher Beeinträchtigung, Wohnort oder Autobesitz, ist ein zentraler Bestandteil der Lebensqualität in der Stadt. Zugleich verlangen das prognostizierte Bevölkerungswachstum und die angestrebte wirtschaftliche Dynamik eine städtische Mobilität mit angepassten Lösungen für die Anforderungen von morgen.

Ziel ist deshalb, eine Stadt der kurzen Wege zu bleiben und Mobilität sicher, zuverlässig, sauber und bezahlbar zu gestalten.

Dazu wollen wir einerseits durch Siedlungsentwicklung und Funktionsmischung einen Beitrag zur Vermeidung unnötiger Verkehre leisten. Andererseits werden wir den Umweltverbund (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, Carsharing) fördern, auch um den notwendigen Wirtschaftsverkehr und motorisierten Individualverkehr flüssig zu ermöglichen. Die absehbaren technischen Veränderungen im Kontext von E-Mobilität und autonomem Fahren, aber auch die Chancen des Wechsels zwischen verschiedenen Arten der Mobilität (Intermodalität) sollen in diesem Sinne gezielt für Leipzig genutzt werden.

4. Vorsorgende Klima- und Energiestrategie

Zur Bewahrung der Lebensqualität in Leipzig und zum nachhaltigen Wachstum gehört, einen aktiven Beitrag zu den klimatischen Herausforderungen zu leisten.

Ziel ist deshalb, eine vorsorgende Klima- und Energiestrategie zu verfolgen und die Treibhausgasemissionen auf 2,5t CO₂ pro Einwohner und Jahr zu reduzieren.

Quartiersbezogene Maßnahmen an Gebäuden, im Verkehr und im öffentlichen Raum wollen wir miteinander verknüpfen, zunehmend erneuerbare Energien in die Netze integrieren und gemeinsam mit Eigentümern und Mietern eine Wärmewende im Bestand einleiten. Damit wird auch der Einstieg in eine postfossile Energieversorgung auf Basis CO₂-armer Technologien initiiert.

5. Erhalt und Verbesserung der Umweltqualität

Zur Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen gehören der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen – Boden, Wasser und Vielfalt an Tieren und Pflanzen – sowie die Verbesserung der Luftqualität und des Lärmschutzes.

Ziel ist deshalb, die Umweltqualität in Leipzig zu verbessern, indem Lärmbelastung, Schadstoffimmissionen sowie gesundheitliche Belastung durch Überwärmung reduziert und gleichzeitig Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel umgesetzt werden.

In stark verdichteten, überwärmten oder potenziell von Starkregen und Hochwasser betroffenen Stadtbereichen schaffen wir zusätzliche Grünqualitäten im Stadtraum und verbessern die Wasserrückhaltung sowie Schutzmaßnahmen im Gebiet. Auch die Sicherung der Güte von Grund- und Oberflächenwasser, der Erhalt und die Entwicklung der Biodiversität und zusammenhängender Landschaftsräume sowie das Management von Schutzgebieten bleiben im Fokus.

6. Quartiersnahe Kultur-, Sport- und Freiraumangebote

Die Leipziger Stadtteile sind in den vergangenen Jahren konsequent aufgewertet und im Sinne einer europäischen nutzungsgemischten Stadt mit einer Vielfalt von Angeboten entwickelt worden.

Ziel ist deshalb, das Netz der Kultur-, Sport- und Freiraumangebote bedarfsorientiert zu ergänzen und damit die Attraktivität der Wohnviertel durch quartiersnahe, fußläufig erreichbare Angebote weiterzuentwickeln.

Wir werden zur Bewegung im öffentlichen Raum im Sinne einer „gesunden Stadt“ motivieren. Schwerpunkte setzen wir bei Bewegungs- und Erholungsmöglichkeiten in den Quartieren als auch beim Erhalt von Freiräumen zur aktiven Lebensgestaltung. Insbesondere in bisher unversorgten Gebieten schaffen wir Orte der Begegnung und setzen Impulse in der Stadtteilkultur.

>> LEIPZIG Besteht im Wettbewerb

Leipzig konnte seine Position im internationalen Wettbewerb der Städte und Regionen um Arbeitsplätze, Fachkräfte und Unternehmen in den letzten Jahren deutlich steigern. Wenn wir die hohe Lebensqualität halten und Wachstum nachhaltig gestalten wollen, müssen wir uns auch zukünftig im Wettbewerb profilieren sowie für Unternehmer, Gewerbetreibende und andere kreative Köpfe attraktiv bleiben. Zentral ist eine stabile wirtschaftliche Basis mit steigenden Einkommen für die Leipzigerinnen und Leipziger, aber auch mit einem wesentlichen Beitrag für die Finanzierung der kommunalen Aufgaben durch die Gewerbesteuer.

Zentrales Ziel ist es, die wirtschaftliche Basis mit innovativen Impulsen und Expansionsmöglichkeiten zu stärken und die Zahl der Unternehmen zu erhöhen, die nachhaltig Arbeitsplätze schaffen und einen Beitrag zum Gewerbesteueraufkommen leisten.

Dazu werden folgende sechs Handlungsschwerpunkte verfolgt:

1. Positive Rahmenbedingungen für qualifizierte Arbeitsplätze

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Leipzig steigt kontinuierlich, die Arbeitslosenquote sinkt. Doch angesichts des starken Bevölkerungswachstums und des nach wie vor in einigen Branchen zu verzeichnenden unterdurchschnittlichen Lohn- und Einkommensniveaus in Leipzig bleiben qualifizierte Arbeitsplätze ein zentraler, auch regionaler Handlungsschwerpunkt.

Ziel ist deshalb, den Zuwachs von qualifizierten Arbeitsplätzen zu unterstützen.

Dabei bleibt uns wichtig, Maßstäbe hinsichtlich Qualifikationsniveau, Arbeitsplatzdichte räumlicher Konzentration sowie Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen zu berücksichtigen.

2. Attraktives Umfeld für Innovation, Gründer und Fachkräfte

Ein qualitätsvolles, vielfältiges Angebot an Wohnraum, eine moderne Infrastruktur, der hohe Freizeitwert durch die kulturelle und landschaftliche Vielfalt, eine urbane Innenstadt sowie ein gutes Miteinander und Freiräume für kreatives Handeln schaffen in Leipzig ein attraktives Umfeld für engagierte Menschen. Dazu ist ein tolerantes, integrations- und wirtschaftsfreundliches Klima erforderlich.

Ziel ist deshalb, dieses Umfeld zu stärken und weiterzuentwickeln, um Innovationsdynamik, Existenzgründungen und Fachkräftesicherung zu unterstützen.

Dazu wollen wir Netzwerke mit guten Kommunikationsstrukturen zwischen Akteuren der Stadtgesellschaft etablieren und stärken, gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und Angebote zur Mitwirkung schaffen. Wir wollen das Selbstverständnis von Unternehmen stärken, eine aktive Rolle im gesellschaftlichen Transformationsprozess zu übernehmen, insbesondere, indem sie Produkte und Dienstleistungen entwickeln, die Antworten auf die globalen Zukunftsaufgaben geben.

3. Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur

Im Zuge der Clusterstrategie ist es Leipzig gelungen, seine Wirtschaftsentwicklung zu profilieren und damit wichtige Ansiedlungen zu erreichen. In einer vernetzten Welt mit neuen Formen von Produktion und Dienstleistung bedarf es einer Förderung der Verknüpfung zwischen den einzelnen Clustern und einer innovativen mittelständischen Basis.

Ziel ist deshalb, anknüpfend an die Leipziger Wirtschaftscluster die Rahmenbedingungen für eine stabile und breite Wirtschaftsstruktur weiterzuentwickeln.

Dafür stärken wir den Leipziger Mittelstand. Wir schaffen günstige Rahmenbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) und unterstützen unkompliziert Unternehmungen bei der Neuansiedlung oder Erweiterung. Neben einer stärkeren Technologieorientierung gilt unsere besondere Aufmerksamkeit denjenigen, die ein nachhaltiges Wirtschaften in Bezug auf Ressourcenverbrauch und soziales Engagement ermöglichen.

4. Vorsorgendes Flächen- und Liegenschaftsmanagement

Für die Handlungsfähigkeit einer wachsenden Kommune ist die Verfügbarkeit von Flächen und Infrastrukturen eine zentrale Voraussetzung. Gerade bei dem erwarteten langfristigen Wachstum ist es

wichtig, bereits heute geeignete Entwicklungsflächen zu sichern, um auch übermorgen noch handlungsfähig zu sein.

Ziel ist deshalb, durch strategische Flächenvorsorge und eine aktive Liegenschaftspolitik zukünftige Entwicklungsoptionen zu sichern.

Wir entwickeln ein ganzheitliches und in der Finanzplanung abgesichertes Flächenmanagement, das Flächen für Bildung, Gewerbe, Wohnen, Verkehr, Grünflächen und öffentliche Räume ebenso umfasst wie für den notwendigen Ausgleich von Eingriffen in den Naturraum. Dabei hat eine Wieder- oder Zwischenutzung von Brachflächen Priorität vor der Neuinanspruchnahme von Flächen.

5. Leistungsfähige technische Infrastruktur

In den vergangenen 25 Jahren wurde in Leipzig eine leistungsfähige verkehrliche und technische Infrastruktur für eine Halbmillionenstadt entwickelt. Gleichzeitig lassen Digitalisierung und neue Technologien, aber auch der Klimawandel in den nächsten Jahren große Umbrüche sowie neue Potenziale erwarten.

Ziel ist deshalb, die Infrastrukturen unter gezielter Nutzung technologischer Innovationen weiterzuentwickeln und ihre Leistungsfähigkeit auch in der wachsenden Stadt zu erhalten.

Dazu investieren wir nicht nur in den Erhalt und die gezielte Weiterentwicklung der bestehenden Infrastrukturen, sondern entwickeln auch neue Lösungen. Strategien für den Wirtschafts- und den Berufsverkehr, für eine verbesserte überregionale Erreichbarkeit, für autonomes Fahren, für den Umgang mit Starkregenereignissen und für eine regenerative Energieerzeugung sind dabei einige Stichworte. Die Wirtschaftlichkeit der Infrastrukturen berücksichtigen wir als ein zentrales Kriterium bei der Siedlungsentwicklung.

6. Vernetzung von Bildung, Forschung und Wirtschaft

Leipzig hat sich als dynamischer Wirtschaftsstandort profiliert und verfügt über eine vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft. Es gilt, sich auf den zukünftigen regionalen und branchenbezogenen Bedarf an gut qualifizierten Fachkräften einzustellen und die Unternehmen bei der Fachkräftebedarfs-ermittlung und -gewinnung gezielt zu unterstützen

Ziel ist deshalb, Wirtschaft, Forschung und Bildungslandschaft noch stärker miteinander zu verknüpfen.

Wir befördern ein integriertes Zusammenarbeiten von Wirtschaftsinstitutionen und Forschungseinrichtungen sowie von Schulen und Unternehmen. Wir stärken insbesondere die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur mit ihrem ingenieurwissenschaftlich-technischen Profil und befördern eine frühzeitige MINT-Orientierung von Schulen. Wir positionieren Leipzig im Wettbewerb mit anderen Städten als wissenschafts- und innovationsfreundliche Stadt.

>> LEIPZIG STÄRKT SEINE INTERNATIONALITÄT

Als Stadt mit fast 600.000 Einwohnern steht Leipzig nicht nur im Wettbewerb mit anderen deutschen Großstädten, sondern auch in Europa und weltweit. Dabei ist es Leipzig in den letzten Jahren gelungen, seine Stärken weiterzuentwickeln sowie seine Position und internationale Wahrnehmung zu festigen. Leipzig ist in vielen nationalen und internationalen Netzwerken aktiv und erfolgreich. Zuwanderung stärkt die kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt und damit die Internationalität unserer Stadt. Daraus entstehen Unsicherheiten und Herausforderungen, aber auch große Chancen für Wettbewerbsfähigkeit, Lebensqualität und soziale Stabilität.

Zentrales Ziel ist es, Leipzig als progressive europäische Großstadt klar zu positionieren.

Dazu werden folgende sechs Handlungsschwerpunkte verfolgt:

1. Weltoffene Stadt

Offenheit ist eine Grundvoraussetzung für internationalen Erfolg. Dafür hat Leipzig hervorragende Bedingungen und Stärken. Die urbane nutzungsgemischte Stadtstruktur ist attraktiv für Zuziehende, erleichtert das Ankommen und ermöglicht Begegnungen. In der Tradition als Bürgerstadt ist gemeinnütziges Engagement weit verbreitet und willkommen.

Ziel ist deshalb, die Möglichkeiten, sich aktiv im Stadtleben einzubringen und zu engagieren, zu erhalten und auszubauen und das offene Miteinander zu stärken.

Wir gestalten eine offene Stadtgesellschaft und heißen Gäste sowie neue Mitbürgerinnen und Mitbürger willkommen. Wir unterstützen Initiativen und Angebote, die Ankommenden Brücken zum Einstieg in die Gesellschaft und die lokalen Netzwerke bieten.

2. Vielfältige, lebendige Kultur- und Sportlandschaft

Leipzig ist eine Kulturstadt. Gewandhausorchester, Thomanerchor und Baumwollspinnerei tragen wesentlich zu unserer Identität bei. Auch der Sport hat eine große Tradition und identitätsstiftende Kraft. Teamsportarten wie Fußball oder Handball, aber auch sportliche Höchstleistungen in Einzelsportarten finden ein breites Publikum. Die Qualität entsteht durch die Vielfalt unserer Angebote.

Ziel ist deshalb, Leipzig als national und international anerkannte, weltoffene Kulturstadt weiter zu etablieren, die mit ihren kulturellen und sportlichen Angeboten ein vielfältiges Publikum anzieht.

Dazu wollen wir die Vielfalt der Einrichtungen und Angebote erhalten, besser vernetzen und inhaltlich profilieren. Dabei ermöglichen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe am kulturellen wie sportlichen Leben und profilieren die Angebote für Tourismus und Stadtmarketing.

3. Interdisziplinäre Wissenschaft und exzellente Forschung

Die Universität Leipzig ist über 600 Jahre alt, durch ihren interdisziplinären geistes- und kulturwissenschaftlichen Diskurs bekannt und mitten in der Stadt verwurzelt. Sie wird ergänzt durch eine vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft, die nicht nur im Bereich der Biotechnologie, Gesundheits- und Umweltforschung Spitzenplätze belegt. Die Zahl internationaler Forscher und Studierender steigt.

Ziel ist deshalb, Leipzig als internationale und innovative Wissenschaftsstadt zu entwickeln und dabei sowohl Interdisziplinarität als auch fachliche Exzellenz zu stärken.

Wir werden dazu die Kooperationen zwischen Stadt, Wissenschaft und Wirtschaft ausbauen und die Zahl der internationalen Wissenschaftler und Studenten erhöhen. Bestehende Wissenschaftsstandorte sollen als urbane Lebensräume gestärkt und weitere Ansiedlungen von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen ermöglicht werden.

4. Attraktiver Tagungs- und Tourismusstandort

Leipzig ist als Messestadt bekannt. Gleichzeitig hat es sich als Kongress- und Veranstaltungsstandort etabliert. Die Kongresshalle ist ein neuer Anziehungspunkt im Herzen der Stadt. Die Übernachtungszahlen wachsen auch deshalb, weil Leipzig inzwischen weltweit nicht mehr nur als Geheimtipp für den Städte Tourismus gilt.

Ziel ist deshalb, Leipzig als Tagungs- und Tourismusstandort weiter zu stärken und dauerhaft unter den TOP 5 in Deutschland bei den Übernachtungszahlen zu platzieren.

Dazu müssen wir die Veranstaltungsmöglichkeiten für unterschiedliche Zielgruppen und Ansprüche weiterentwickeln. Die gezielte Weiterentwicklung der Leipziger Innenstadt, eine Vernetzung mit touristischen Attraktionen in Stadt und Region sowie die Erweiterung der vielfältigen Übernachtungsmöglichkeiten sind wichtige Voraussetzungen für den Erfolg. Mit der Weiterentwicklung regionaler touristischer Höhepunkte, wie dem Leipziger Neuseenland, wollen wir das Tourismusmarketing weiter profilieren.

5. Imageprägende Großveranstaltungen

Lichtfest, Turnfest, Kirchentage: Leipzig ist ein idealer Standort für Großveranstaltungen. Sie stärken unser Lebensgefühl und die internationale Wahrnehmung ebenso wie die Leipziger Sportvereine. Regelmäßige wiederkehrende Veranstaltungen, wie Bachfest, Leipzig Marathon, Wave-Gotik-Treffen und das DOK Leipzig, sind selbstverständliche Bestandteile des touristischen Kalenders.

Ziel ist deshalb, dass kulturelle und sportliche Großveranstaltungen zur Imagebildung von Leipzig beitragen und als Feste gemeinsam in der Stadt erlebt werden.

Dazu werden wir unsere urbanen Veranstaltungsorte stärken, aber auch die organisatorische und verkehrliche Abwicklung weiter professionalisieren.

6. Globales Denken, lokal verantwortliches Handeln

Als europäische, international agierende Stadt erkennt Leipzig die globalen Zusammenhänge aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen und übernimmt lokal Verantwortung für die in den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen beschriebenen Strategien.

Ziel ist deshalb, mit den konkreten Möglichkeiten vor Ort in Leipzig einen Beitrag für mehr globale Gerechtigkeit und Stabilität zu leisten.

Wir wollen von- und miteinander lernen und durch unsere Arbeit politische Entwicklungen national, europaweit und zum Teil international voranbringen. Dafür bestärken wir bürgerschaftliches Engagement sowie Initiativen von Leipziger Unternehmen in der Entwicklungszusammenarbeit. Als Verwaltung und Kommunale Unternehmen verstehen wir die Beschaffung der öffentlichen Hand als strategisches Instrument, das wir im Sinne einer Corporate Social Responsibility nutzen. Im Einflussbereich der Stadt Leipzig wirken wir schrittweise auf einen ökologischen Landbau hin und unterstützen regionale Vermarktungsstrukturen. Im Sinne unserer globalen Verantwortung werden wir als Stadt mit unseren Unternehmen insbesondere im Rahmen unserer städtepartnerschaftlichen Kooperationen weiter einen Beitrag leisten.

>> LEIPZIG SCHAFT SOZIALE STABILITÄT

Soziale Stabilität ist eine wichtige Basis für den sozialen Frieden in der Stadt und damit für die Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit Leipzigs. Dabei ist nicht nur die im Bundesvergleich hohe Armutsschicht eine besondere Herausforderung für die kommenden Jahre, sondern auch der weiterhin stark steigende Infrastrukturbedarf für Kinder und Jugendliche. Im Sinne einer präventiven Stadtentwicklung und der Unterstützung von Chancengerechtigkeit liegt ein besonderer Fokus auf der Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie des generationenübergreifenden Zusammenlebens. Aber auch Zugänge zu Bildung in allen Lebensphasen sowie das Lernen von kultureller, ethnischer und religiöser Vielfalt sind wichtige Bausteine sozialer Stabilität.

Zentrales Ziel ist eine inklusive Stadtentwicklung, die Benachteiligungen abbaut, soziale Mischnachfrage unterstützt und Angebote im Quartier für alle Alters- und Einkommensgruppen bietet.

Dazu werden folgende sechs Handlungsschwerpunkte verfolgt:

1. Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt

Eine inklusive Stadtgesellschaft, die Chancengerechtigkeit für jeden Einzelnen bietet, ist ein wichtiger Faktor der Zukunftsfähigkeit von Städten, aber auch des sozialen Zusammenlebens in Quartieren. Ein gutes Miteinander verschiedener Menschen in ihrer Vielfalt erfordert den Abbau von Barrieren - im baulichen wie im gesellschaftlichen Sinne.

Ziel ist deshalb, inklusives Denken und Handeln zu fördern. Infrastruktur, öffentlicher Raum, Leistungen und Angebote sollen bedarfsgerecht, für alle zugänglicher und inklusiver gestaltet werden.

Dies umfasst neben Wohnen und Arbeiten alle wesentlichen Lebensbereiche. Deshalb wollen wir die vielfältigen Potenziale in Freizeit-, Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen, aber auch in Vereinen und Religionsgemeinschaften sowie im öffentlichen Raum gezielt weiterentwickeln. Wir sehen dabei Behinderten-, Senioren- und Migrantenarbeit immer stärker als Querschnittsaufgabe.

2. Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung

Viele Stadtteile befinden sich in einem Aufwertungsprozess, andere benötigen gezielt Entwicklung und Unterstützung.

Ziel ist deshalb, Stadträume so zu entwickeln, dass Menschen verschiedener sozialer Gruppen und unterschiedlicher kultureller Prägung Leipzig als ihre gemeinsame Heimat erleben.

Stadtteile mit Entwicklungsbedarf werden wir besonders unterstützen, aber auch negative Wirkungen des Wachstumsprozesses dämpfen. Dafür sind die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sowie die Stärkung der lokalen Demokratie von besonderer Bedeutung.

3. Bezahlbares Wohnen

War Leipzig vor einiger Zeit durch Wohnungsleerstand und niedrige Mieten geprägt, führt der starke Zuzug inzwischen zu rasanten Veränderungen und steigenden Mieten.

Ziel ist deshalb, auch in der wachsenden Stadt Wohnen vielfältig, bezahlbar und wirtschaftlich tragfähig zu ermöglichen.

Die bedarfsgerechte und stadtverträgliche Entwicklung und Erweiterung des Wohnungsangebotes hat deshalb für uns hohe Priorität. Wir wollen möglichst viele Eigentümer mit in die Verantwortung für den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in allen Stadtgebieten nehmen und Akteure unterstützen, die entsprechende Projekte umsetzen. Eine besondere öffentliche Verantwortung liegt bei der Wohnraumversorgung für einkommensschwache Haushalte, für Familien sowie für Senioren und Menschen mit Behinderungen. Gemeinsam mit unserem kommunalen Wohnungsbauunternehmen, der LWB, wollen wir dieser Verantwortung gerecht werden.

4. Zukunftsorientierte Kita- und Schulangebote

Leipzig weist weiterhin steigende Geburtenzahlen auf. Eine ausreichende und gut erreichbare Bildungsinfrastruktur ist sowohl eine Pflichtaufgabe als auch eine wichtige Grundbedingung für soziale Stabilität und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes.

Ziel ist deshalb, ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesstätten und Schulen zu schaffen, das sich an den Bedürfnissen der Familien orientiert, aber auch zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit beiträgt.

Wir wollen mit Unterstützung unserer kommunalen Unternehmen die Chance nutzen, moderne Bildungsorte zu schaffen, sie als zentrale und soziale Treffpunkte im Stadtteil entwickeln und dabei formale und non-formale Lernlandschaften verknüpfen. Die Ausgestaltung der Lernorte soll dem spezifischen Bedarf im jeweiligen Sozialraum entsprechen.

5. Lebenslanges Lernen

Bildung ist ein Lebensmittel. Kindertageseinrichtungen, Schulen, Bibliotheken und die Volkshochschule gehören zu den wichtigen Kommunikations-, Informations- und Lernorten und sind zugleich wichtige Orte des sozialen Miteinanders. Auch angesichts der hohen Schulabrecherquote in Leipzig gehören Bildung und Qualifizierung zu den Schlüsselaufgaben unserer sozialen Stadtentwicklung.

Ziel ist deshalb, von der Kindertagesstätte bis ins Erwachsenenalter die Zugänge zu Bildung vielfältig und barrierearm zu gestalten, die Durchlässigkeit von Bildungsverläufen zu verbessern und lebenslanges Lernen zu ermöglichen.

Lernorte werden wir deshalb angemessen ausstatten, damit Lernen darin Freude macht. Unsere soziopalädagogischen Hilfen unterstützen gezielt und individuell junge Menschen, die zur Überwindung sozialer Benachteiligungen oder individueller Beeinträchtigungen auf Unterstützung angewiesen sind. Eine am Arbeitsmarkt und am Menschen orientierte berufliche Qualifizierung ermöglicht in allen Lebensphasen einen (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben.

6. Sichere Stadt

Sicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für das Wohlfühlen jedes Einzelnen, aber auch für eine stabile Stadtgesellschaft.

Ziel ist deshalb, Sicherheit als integralen Bestandteil der urbanen Entwicklung zu verankern und das Sicherheitsgefühl zu stärken.

Wir gestalten Stadtstrukturen und öffentlichen Raum so, dass die objektive Sicherheit sowie das persönliche Sicherheitsgefühl gestärkt werden. Ortspolizeiliche Aufgaben nehmen wir wirksam war und setzen uns gegenüber dem Freistaat Sachsen mit Nachdruck für eine angemessene Ausstattung der Polizei ein.

5.4. Der äußere Kreis – Akteure städtischer Entwicklung

Leipzig soll eine Stadt sein, die imstande ist, intelligente und zukunftsweisende Konzepte zum Nutzen der Gemeinschaft zu finden und umzusetzen. Der äußere Kreis beschreibt die Grundhaltung einer ganzheitlichen Herangehensweise und ihre wesentlichen Akteure.

>> Grundhaltung einer ganzheitlichen Herangehensweise

In Leipzig verstärkt das anhaltende Wachstum den ohnehin bestehenden Anpassungs- und Handlungsbedarf, liegt doch die Schrumpfung für uns erst rund zehn Jahre zurück. Hinzu kommt, dass ein großer Teil der Einwohnerinnen und Einwohner gravierende gesellschaftliche Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte – zum Teil mit erheblichen Auswirkungen auf die familiäre Situation – bereits durchlebt hat.

Themen, wie die Digitalisierung, der gerade erfolgende Anstieg von Miet- und Immobilienpreisen oder die Unterbringung von Flüchtlingen verschärfen existierende Konflikte. Die Geschwindigkeit und Komplexität politischer, sozialer und gesellschaftlicher Entwicklungen nimmt zu. Dies verändert die Anforderungen an Stadtentwicklung und städtische Verwaltungsstrukturen grundlegend. In einer wachsenden Stadt mit durchlebten gravierenden Umbruchssituationen ist es erforderlich, das bisherige Verständnis von Stadtentwicklung zu verändern und ein Miteinander zu entwickeln, das einen Ausgleich der Interessen bereits ansässiger Bevölkerung oder Unternehmen und jenen schafft, die noch Bedarf an Woh-

nungen, Büros oder Schulplätzen haben.

Ein alleiniges Denken aus der Sicht der Verwaltung oder einzelner Fachbereiche ist deshalb weniger denn je erfolgversprechend. Die Verschränkung aktueller Problemlagen, langfristiger Entwicklungen und Zielsetzungen erfordert stärker verwaltungs-, fachbereichs- und wahlperiodenübergreifend zu denken, zu entscheiden und zu handeln.

Gegenüber der Leipziger Bürgerschaft und den Gebietskörperschaften in der Leipziger Region wird die Stadtverwaltung in einem zunehmenden Maße die Rolle der Moderation von Prozessen mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren übernehmen. Es geht nicht (allein) um eine transparente Vermittlung von Vorhaben und Entscheidungen, sondern um eine sinnvolle Einbeziehung – besonders dort, wo Entwicklungsziele und deren gemeinsame Erreichung neu beschrieben werden.

Sowohl bei der konzeptionellen Planung als auch bei ihrer Umsetzung gilt es deshalb,

- eine offene, verbindende, lösungsorientierte Herangehensweise zum Grundprinzip zu machen,
- klare Ziele zu formulieren, deren regelmäßige Evaluierung als fortlaufende Aufgabe verstanden wird, und
- schrittweise ein gemeinsames Verständnis von Stadtentwicklung, Steuerung und Nachhaltigkeit im Stadtrat, in der Kernverwaltung und den Beteiligungsunternehmen zu etablieren und weiterzuentwickeln.

Im Mittelpunkt des gemeinsamen Handelns steht der gesellschaftlich engagierte und unternehmerisch tätige Bürger.

>> Bürgerstadt

Die Tradition als Bürgerstadt bildet die Basis der kooperativen Stadtentwicklung in Leipzig. Bei der Umsetzung der strategischen Ziele stadtweit, in den Schwerpunktgebieten der Stadtentwicklung, aber auch in allen anderen Ortsteilen sollen sich interessierte Bürgerschaft, Institutionen, Initiativen, Unternehmen, Vereine und Verbände konstruktiv einbringen können.

Ziel ist es, die Möglichkeiten für das bürgerschaftliche Engagement, Bürgerbeteiligung und Kommunikation so zu stärken, dass die Leipzigerinnen und Leipziger weiterhin aktiv die Entwicklung ihrer Stadt mittragen und gestalten können.

Dabei bleiben die von den Bürgerinnen gewählten Vertreter des Stadtrates, ihre ehrenamtlichen Repräsentanten auf Stadtteilebene sowie die gewählten Vertreter in den Ortsteilen originäre Ansprechpartner für Beteiligung und Prozessgestaltung. Bürgerbeteiligung knüpft daran sinnvoll an.

Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist eine permanente, umfassende und für alle verständliche Information über die Ziele und Maßnahmen der Stadt. Das Leipziger Stadtbüro wird zu einem Anlaufort für städtische Beteiligung und Kommunikation – insbesondere von künftigen Planungen. Es wird in die Lage versetzt, die Strategie für bürgerschaftliches Engagement der Stadt weiterzuentwickeln und umzusetzen. Die Zusammenarbeit der Stadt mit den politischen Gremien auf Ortsteil- und Stadtbezirksebene wird ausgebaut und verbessert.

>> Regionale Kooperation

Der Grundsatz einer ganzheitlichen Herangehensweise gilt angesichts des anhaltenden Bevölkerungswachstums auch auf der Ebene der regionalen Kooperation. Die komplexen Anforderungen der strategischen Ziele bedingen die Notwendigkeit zu neuen Partnerschaften und einem konstruktiven Dialog. Leipzig wird sich den Herausforderungen der Zukunft gemeinsam mit der Stadt- und der Metropolregion stellen, damit sie erfolgreich bleibt.

Ziel ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auf Augenhöhe in der Stadtregion und in der Metropolregion auf Basis gemeinsamer Grundprinzipien und gemeinsam getragener Verantwortung.

Ausgehend von unserer Überzeugung, dass eine nachhaltige Herangehensweise an die Entwicklung der gesamten Region letztlich allen Beteiligten nützt, streben wir ein gemeinsames Vorgehen an. Dies gilt für die thematische Weiterentwicklung laufender Kooperationen im Grünen Ring, bei der regionalen

Gewerbeflächenentwicklung und im Zweckverband für den Nahverkehrsraum ebenso wie für neue - auch konfliktträchtige - Themen.

Im internationalen Wettstreit um Investitionen und Fördermittel wollen wir mit der Metropolregion unsere Aktivitäten ausbauen und als eine Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturregion wahrgenommen werden.

>> Kommunalwirtschaft

Unsere Kommunalwirtschaft ist eine wesentliche Garantin der Daseinsvorsorge. Die dazu zählenden Unternehmen und Betriebe erfüllen wesentliche kommunale Aufgaben, indem sie beispielsweise eine leistungsfähige Ver- und Entsorgungs-, Mobilitäts-, Gesundheits- oder Wohnungsinfrastruktur bereitstellen. In vielfältiger Form und in unterschiedlichem Ausmaß tragen sie zur Untersetzung einzelner Handlungsschwerpunkte und letztlich zur Erfüllung des strategischen Zielbildes insgesamt bei. Gegenwärtige und künftige Herausforderungen der Stadtentwicklung können ohne unsere Kommunalwirtschaft nicht bewältigt werden.

Ziel ist es, dass unsere Unternehmen und Betriebe ihre Kernaufgaben, insbesondere Leistungen der Daseinsvorsorge, auch zukünftig in hoher Qualität zu vertretbaren Preisen anbieten können.

Dafür bedarf es der finanziellen Leistungs- und Innovationsfähigkeit, die auf kontinuierlicher Überprüfung der wettbewerbsrelevanten Handlungsfelder, Verfahren und Strukturen beruht. Zudem kommt einer weiteren Optimierung von Verfahren, der Vernetzung von Kompetenzen und Ressourcen eine wachsende Bedeutung zu. Im Sinne einer zielorientierten partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Verwaltung und Kommunalwirtschaft werden Potenziale der übergreifenden Kooperation ausgebaut und im Sinne der kommunalen Familie genutzt.

>> Stadtrat und Verwaltung

Unsere Arbeitswelt ändert sich ebenso schnell wie die Anforderungen an Verwaltung und öffentliche Daseinsvorsorge. Längst sind wir nicht nur „Ordnungskommune“, „Dienstleistungskommune“ oder „Bürgerkommune“ mehr. Wir bleiben dies alles, müssen aber gemeinsam mit den Beteiligungsunternehmen zunehmend auch zu koordinierenden Gestaltern und Moderatoren von Stadtgesellschaft und Stadumlandprozessen werden. In einer sich rasant wandelnden Gesellschaft in einer in zunehmendem Maße digitalisierten Welt sind wir beauftragt, Rechtsstaatlichkeit zu leben und durchzusetzen.

Ziel ist eine moderne, gesamtstädtisch denkende Verwaltung im Sinne einer flexiblen, lernenden Organisation, die ihr Handeln an strategischen Zielen, aktuellen Handlungserfordernissen und den künftigen finanziellen Ressourcen ausrichtet.

Die mit der Zielerreichung verbundenen komplexen Anforderungen der Verwaltung nach außen, fordern nach innen uns alle und insbesondere die Querschnittsbereiche der Stadt heraus. Organisations- und Personalentwicklung muss das laufende Geschäft bewältigen und zugleich in den verschiedenen Handlungsfeldern die Rolle der Impulsgeberin sowie Begleiterin einer neuen Verwaltungskultur übernehmen.

Das Konzept „Moderne Verwaltung“ wird sich von diesen Anforderungen der strategischen Ziele und Handlungsschwerpunkte der Stadt leiten lassen und mit diesen verknüpft. Auf Basis der erwarteten Entwicklung werden Ziele der Organisations- und Personalentwicklung und Handlungsprioritäten formuliert. Bei deren Ausgestaltung kommt betriebswirtschaftlichen Aspekten eine ebenso hohe Bedeutung zu wie einer gelebten Führungskultur und einer funktionierenden Organisation. Ihr Zusammenspiel wirkt anziehend auf potenzielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, motivierend auf die tätigen Kolleginnen und Kollegen und dient damit der Realisierung des Zielbildes.

2030 – Leipzig wächst nachhaltig!

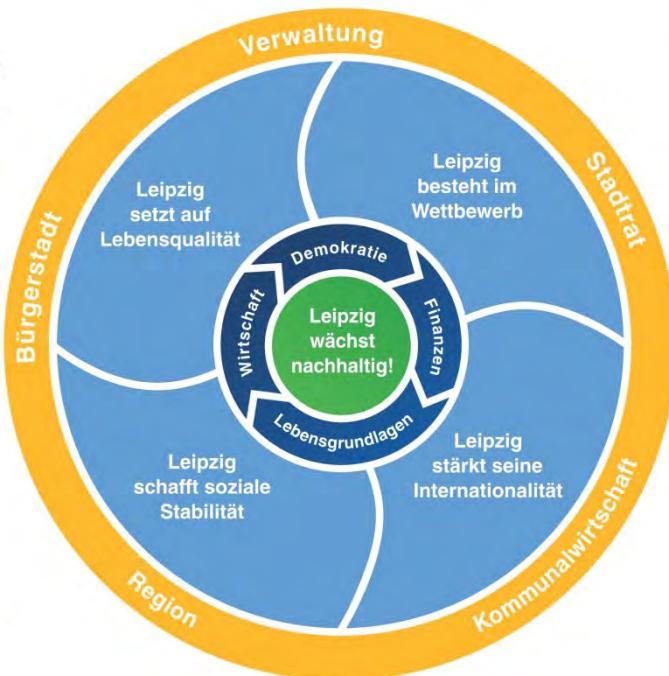
Ziele und Handlungsschwerpunkte

Leipzig setzt auf Lebensqualität:

- Balance zwischen Verdichtung und Freiraum
- Qualität im öffentlichen Raum und in der Baukultur
- Nachhaltige Mobilität
- Vorsorgende Klima- und Energiestrategie
- Erhalt und Verbesserung der Umweltqualität
- Quartiersnahe Kultur-, Sport- und Freiraumangebote

Leipzig schafft soziale Stabilität:

- Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt
- Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung
- Bezahlbares Wohnen
- Zukunftorientierte Kita- und Schulangebote
- Lebenslanges Lernen
- Sichere Stadt



Leipzig besteht im Wettbewerb:

- Positive Rahmenbedingungen für qualifizierte Arbeitsplätze
- Attraktives Umfeld für Innovation, Gründer und Fachkräfte
- Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur
- Vorsorgendes Flächen- und Liegenschaftsmanagement
- Leistungsfähige technische Infrastruktur
- Vernetzung von Bildung, Forschung und Wirtschaft

Leipzig stärkt seine Internationalität:

- Weltoffene Stadt
- Vielfältige, lebendige Kultur- und Sportlandschaft
- Interdisziplinäre Wissenschaft und exzellente Forschung
- Attraktiver Tagungs- und Tourismusstandort
- Imageprägende Großveranstaltungen
- Globales Denken, lokal verantwortliches Handeln

INTEGRIERTES STADTENTWICKLUNGSKONZEPT LEIPZIG 2030

INHALTSVERZEICHNIS

B. STADTENTWICKLUNGSSTRATEGIE

1. KURZFASSUNG

2. RAUMSTRATEGIE

2.1 Fachübergreifende Schwerpunktgebiete

2.2 Ortsteilstrategie

3. UMSETZUNG

3.1 Integriertes Arbeiten im Sinne der Leipzig Charta

3.2 Einordnung in übergeordnete Planungen und regionale Kooperation

3.3 Finanzialer Rahmen zur Umsetzung des INSEK

3.4 Umsetzungsbausteine

B STADTENTWICKLUNGSSTRATEGIE

1. KURZFASSUNG STADTENTWICKLUNGSSTRATEGIE

Die Stadtentwicklungsstrategie besteht aus

1. fachübergreifenden Schwerpunktgebieten der Stadtentwicklung,
2. einer Ortsteilstrategie, die die Chancen und Lasten des Wachstumsprozess für alle Ortsteile betrachtet, und
3. der Umsetzungsstrategie für die Ziele und räumlichen Schwerpunkte des INSEK Leipzig 2030.

Fachübergreifende Schwerpunktgebiete

Als Schwerpunktgebiete werden gesamtstädtisch bedeutsame Gebiete hervorgehoben, in denen entweder stadtweit wichtige Entwicklungsaufgaben oder der Abbau struktureller Benachteiligungen im Vordergrund stehen. Folgende Kategorien werden für die Schwerpunktgebiete verwendet:

Schwerpunktgebiete mit stadtweiter und regionaler Ausstrahlung sind Gebiete mit Ausstrahlungswirkung über Leipzig hinaus und einer besonderen Bedeutung im Wachstumsprozess. Dies sind die *Erweiterte Innenstadt*, für deren weitere Entwicklung dem „Sprung über den Promenadenring“ eine besondere Bedeutung zukommt, der *Nordraum*, in dem die Ausgewogenheit von gewerblicher Entwicklung, Lebensqualität und Grün ein besonderer Schwerpunkt ist, sowie der *Grün- und Gewässerverbund*, der im Zuge des Wachstums eine noch größere Bedeutung für die Lebensqualität in Leipzig bekommt.

Entwicklungsgebiete sind zum einen Gebiete zur *Entwicklung neuer Stadtquartiere*, deren Umsetzung den Prinzipien einer integrierten Stadtteilentwicklung folgt. Zum anderen handelt es sich um *Gebiete mit dem Schwerpunkt Forschung und Innovation*, die ein besonderes Potenzial aufweisen für die Entwicklung zukunftsfähiger, am Begriff der Smart City orientierter Lösungen und für eine intensive Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft.

Schwerpunktgebiete der integrierten Stadtteilentwicklung haben im stadtweiten Vergleich einen hohen sozioökonomischen Handlungsbedarf. Gegenüber dem SEKO 2009 sind neue Gebiete, *Paunsdorf* und *Mockau*, hinzugekommen, Teile des Leipziger Westens dagegen „entlassen“ worden. *Grünau*, *der Leipziger Osten* und *Schöneweide* sind weiterhin Schwerpunktgebiete der integrierten Stadtteilentwicklung. Ein besonderer Fokus liegt – mit unterschiedlichen Akzenten – auf inklusiven Handlungsansätzen, die eine generationenübergreifende, sozial und ethnisch integrative Entwicklung befördern.

Aufmerksamkeitsgebiete werden im Sinne einer „Frühwarnung“ dargestellt. Hier soll frühzeitig auf kleinräumige Problemlagen mit präventiven Maßnahmen reagiert werden.

Ortsteilstrategie

In der Ortsteilstrategie werden Handlungsansätze aus den Fachkonzepten für alle 63 Ortsteile zu den wesentlichen mittel- bis langfristigen Entwicklungsbedarfen zusammengefasst. Dem werden als Prämissen die Eigenentwicklung und die Verbesserung der Lebensqualität in jedem Ortsteil, die spezifischen Herausforderungen und Potenziale jedes Ortsteils im Wachstumsprozess sowie Wechselwirkungen mit der Infrastruktur zu Grunde gelegt. Dafür werden die 63 Ortsteile in vier Raumkategorien zusammengefasst:

Qualitäten bewahren in den innerstädtischen gründerzeitlichen Quartieren, in denen eine Nachverdichtung bereits stattgefunden hat.

Wachstum jetzt gestalten in Stadtgebieten, in denen aufgrund noch vorhandener Flächenpotenziale akuter Handlungsbedarf zur Gestaltung des Wachstums besteht.

Wachstum vorausschauend planen, für Gebiete, die bisher weniger nachgefragt sind und einer abgestimmten längerfristigen Strategie der Weiterentwicklung bedürfen.

Qualitäten weiterentwickeln in Gebieten mit historisch gewachsenen Ortslagen und kleinteiligen Flächenpotenzialen, in denen Infrastruktur und Angebote in Wechselwirkung zur Auslastung der Infrastruktur und den Belangen von Natur und Landschaft entwickelt werden sollen.

Umsetzung

Die Umsetzung folgt, wie auch schon im SEKO 2009, dem **Grundprinzip der Leipzig Charta**: eine fachübergreifend konzipierte, bürgerorientierte Stadtentwicklungsplanung als Grundlage kommunalen Handelns zu legen, die dem Leitsatz *Leipzig wächst nachhaltig* folgt. In diesem Kontext steht die **Smart City Leipzig** für einen kontinuierlichen und umfassenden Innovationsprozess in der Umsetzung des INSEK, der sowohl die digitale Transformation umfasst, aber auch nichttechnische, gesellschaftsorientierte Ziele umsetzt. Dazu bedarf es neuer Formen der Kooperation und Koproduktion sowohl akteursübergreifend als auch institutionen- und branchenübergreifend.

Als eines der drei Oberzentren des Landes Sachsen orientiert sich Leipzig im INSEK an den Zielstellungen der **übergeordneten Planungen**, wie dem Landesentwicklungsplan und dem Regionalplan Westsachsen. Da Wachstums- und Entwicklungsprozesse nicht an der Stadtgrenze enden, sondern regional vernetzt stattfinden, sollen vorhandene **regionale Kooperationen** weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Mit diesem Ansatz will sich Leipzig in die Weiterentwicklung der Leipzig Charta als **Leipzig Charta 2.0** einbringen, die das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit plant.

Folgende **strategische Ansätze für das finanzielle Handeln** werden unter Berücksichtigung der begrenzten finanziellen Handlungsspielräume verfolgt:

- über wirtschaftliches Wachstum insbesondere die Gewerbesteuereinnahmen und den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer weiter deutlich steigern,
- integrierte Betrachtung der Maßnahmenbündel der Fachkonzepte und der sich daraus ergebenden Synergien,
- konsequente Berücksichtigung von Folgekosten, Mitfinanzierung des Wachstums durch Planungsbegünstigte und Einbindung der Bereitschaft der Stadtgesellschaft zum finanziellen Engagement sowie
- eine vorausschauende Bündelung von Fördermitteln und städtischen Eigenanteilen sowie strategische Akquise und Interessenvertretung bei Land, Bund und EU zur Entwicklung bedarfsoorientierter Fördermittel.

Entscheidend für den Erfolg des INSEK ist **ein kontinuierlicher Prozess der ressortübergreifenden Zusammenarbeit** für eine nachhaltige Stadtentwicklung, der auch in der Umsetzung fortgeführt wird und einer regelmäßigen Evaluierung und Weiterentwicklung bedarf. Wesentliche Umsetzungsbauusteine für den anstehenden Umsetzungsprozess sind:

- Strategische Steuerung der städtischen Ressourcen
- Weiterentwicklung der modernen Verwaltung in Bezug auf neue wachstumsbedingte Aufgaben, aber auch zur Effizienzsteigerung
- Verankerung der Schwerpunkte des INSEK in nachfolgenden gesamtstädtischen Planungen
- Vertiefung des stadtteilorientierten Arbeitens
- Weiterentwicklung der Akteurs- und Bürgerbeteiligung
- Ausbau des Zusammenwirkens in der kommunalen Familie
- Aufbau und Ausbau eines fach- und ämterübergreifenden Flächenmanagements, eines strategischen Liegenschaftsmanagements sowie eines ganzheitlichen Gebäudemanagements
- Fortführung der Arbeitsstrukturen des INSEK in schlankerer Form und regelmäßige Weiterentwicklung.

2. RAUMSTRATEGIE

Um das prognostizierte Wachstum im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung Leipzigs zu bewältigen und gleichzeitig die Lebensqualität zu erhalten, werden im INSEK die Ziele und Handlungsschwerpunkte des gesamtstädtischen strategischen Zielbildes mit einer räumlich differenzierten Strategie unterstellt. Sie soll die unterschiedlichen Herausforderungen und Potenziale der einzelnen Stadträume für die Lösung der gesamtstädtischen Aufgaben darlegen und eine möglichst breite Verteilung von Nutzen und Lasten des Wachstums unterstützen.

Die Raumstrategie des INSEK besteht aus zwei Teilen, die aufeinander aufbauen:

- den fachübergreifenden Schwerpunktgebieten, die aufgrund ihrer besonderen Problemlagen oder ihrer besonderen Potenziale im Wachstumsprozess ausgewiesen werden und
- der Ortsteilstrategie, die aus dem gesamtstädtischen Blick heraus die wichtigsten mittel- bis langfristige Entwicklungsbedarfe für alle 63 statistischen Ortsteile benennt.

Ziel ist, eine Balance zwischen den Aktivitäten in allen Ortsteilen und einer Schwerpunktgebietsetzung zu finden und als Teil einer ganzheitlichen Stadtentwicklung Leipzigs zu vermitteln.

2.1 Fachübergreifende Schwerpunktgebiete

In der Bilanz zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept von 2009¹ wurde sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung das breite Grundverständnis herausgearbeitet, dass eine räumliche Schwerpunktsetzung sinnvoll und richtig ist.

Angesichts des großen Handlungsbedarfs und der begrenzten kommunalen finanziellen und personellen Ressourcen werden deshalb im Integrierten Stadtentwicklungskonzept INSEK Leipzig 2030 gesamtstädtisch bedeutsame Gebiete hervorgehoben, in denen entweder stadtweit wichtige Entwicklungsaufgaben oder der Abbau struktureller Benachteiligungen im Vordergrund stehen. Damit sollen Maßnahmen in anderen Gebieten nicht ausgeschlossen, aber für Räume mit besonderem Entwicklungsbedarf eine klare Priorität gesetzt werden.

Für eine räumliche Schwerpunktsetzung gibt es gute Gründe. Sie

- unterstützt das ressortübergreifende Bündeln von Maßnahmen und daraus entstehende Synergien,
- ermöglicht die gezielte Unterstützung benachteiligter Gebiete im Sinne der Leipzig-Charta,
- stärkt vorhandene Potenziale,
- ist Voraussetzung für die Beantragung gebietsbezogener Förderprogramme,
- schafft stadtweit politische Aufmerksamkeit und Planungssicherheit für Investitionen,
- stärkt kooperative Strukturen in prosperierenden und benachteiligten Gebieten.

Dies kann aber nur erfolgreich sein, wenn auch das kommunale Handeln und damit ein abgestimmtes Zusammenwirken der entsprechenden Fachämter darauf ausgerichtet sind.

Die fachübergreifenden Schwerpunktgebiete werden aus der Ortsteilstrategie (B 2.2) und den Schwerpunktträumen der Fachkonzepte (C 2) entwickelt. Sie sind unabhängig von der Ortsteilgrenze und können mehrere Ortsteile umfassen, wie z.B. Grünzüge, große Gewerbegebiete, Wissenschaftsräume, aber auch kleinräumiger sein. Unterschieden werden vier Kategorien von Schwerpunktträumen.

2.1.1 Kategorien Schwerpunktgebiete

Schwerpunktgebiete mit stadtweiter und regionaler Ausstrahlung

Ein auf Potenziale orientierter Stadtentwicklungsansatz benötigt die Konzentration auf Schwerpunktgebiete, die **stadtweite und regionale Bedeutung haben**. Diese wurden auf Grundlage der Schwerpunktträume in den Fachkonzepten herausgearbeitet. Sie haben dementsprechend häufig einen spezifi-

¹ Bilanz des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes 2009 und Schlussfolgerungen für die Fortschreibung (VI-DS-02354)

schen fachlichen Schwerpunkt (Gewerbe, Grün, ...), sollen aber deziert fachübergreifend entwickelt werden. Grundlage dafür können verschiedene Arten von Rahmenplänen oder inhaltlich fokussierten Entwicklungskonzepten (z. B. Nordraumkonzept, Strategiepapier Erweiterte Innenstadt) sein. Gebietsbezogene Managements sind nur bei besonderem Bedarf mit eingeschränktem Arbeitsauftrag sinnvoll.

Gebiete: Nordraum, Erweiterte Innenstadt, Grün- und Gewässerverbund

Entwicklungsgebiete

Angesichts des starken Wachstums von Wirtschaft und Bevölkerung werden „**Entwicklungsgebiete**“ dargestellt, die **besondere Aufgaben im gesamtstädtischen Wachstumsprozess** übernehmen können. Dabei werden zwei Gebietstypen unterschieden.

Zum einen handelt sich um Flächenpotenziale zur Entwicklung neuer Stadtquartiere, die neben Wohnen auch für eine Vielzahl ergänzender Nutzungen (Bildung, Grün, Wirtschaft etc.) geeignet sind. Sie sind jeweils größer als 10 ha und liegen überwiegend im urbanen Kern, teilweise aber auch in der äußeren Stadt.

Gebiete: Bayerischer Bahnhof/Alte Messe, Freiladebahnhof Eutritzscher Straße, Hauptbahnhof Westseite, Möckern - ehemalige Kasernen, Bremer Straße, Parkbogen Ost, Heiterblick, Böhlitz-Ehrenberg

Zum anderen werden Entwicklungsgebiete mit dem Schwerpunkt „Forschung und Innovation“ dargestellt. Diese Räume haben aufgrund der vorhandenen Nutzungsmischung und dem Mix von innovativen, forschungsaffinen Unternehmen und Forschungseinrichtungen ein besonderes Potenzial für die Entwicklung innovativer, am Begriff der Smart City orientierter Lösungen. Sie können eine besondere Rolle im Wachstumsprozess übernehmen und sollen gezielt unterstützt und weiterentwickelt werden.

Gebiete: Plagwitz/Neulindenau, Alte Messe, Medizinisch-Wissenschaftliches Zentrum (MWZ)

Schwerpunktgebiete der integrierten Stadtteilentwicklung

Die bereits im SEKO Leipzig 2020 ausgewiesenen Schwerpunktgebiete wurden in der Fortschreibung überprüft und auf dieser Grundlage nachfolgender Gebietsvorschlag gemacht. Die vorgeschlagenen Gebiete weisen in der Karte der sozioökonomischen Differenzierung (s. Rahmenbedingungen D 2), im Fachkonzept Soziale Teilhabe, im Fachkonzept Kommunale Bildungslandschaft und in anderen Fachkonzepten im stadtweiten Vergleich einen hohen sozioökonomischen Handlungsbedarf auf. Dieser Bedarf ist gekoppelt mit Defiziten, aber auch Potenzialen in wirtschaftlichen, freiraumbezogenen und städtebaulich-räumlichen sowie soziokulturellen Handlungsfeldern. Einerseits sind gegenüber 2009 neue Gebiete wie Paunsdorf und Mockau hinzugekommen, andererseits können Teile des Leipziger Westens „entlassen“ werden. Ein wichtiger Aspekt ist die Sicherung und Bewahrung der mit Hilfe von Städtebau- und EU-Fördermitteln erreichten Aufwertungserfolge, z.B. in Kleinzschocher und Altlindenau.

Der im stadtweiten Vergleich hohe sozioökonomische Handlungsbedarf erfordert einen integrierten Ansatz sowie Maßnahmen in allen Handlungsfeldern der Stadtteilentwicklung. Die im INSEK ausgewiesenen **Schwerpunktgebiete der integrierten Stadtteilentwicklung** sind Grundlage für die Akquisition von Förderprogrammen des Bundes und Landes sowie der EU. Für die Gebiete sind – möglichst von Förderprogrammen unabhängige – Stadtteilkonzepte zu erarbeiten, die die Grundlage des fachübergreifenden Handelns im Gebiet bilden. Der Einsatz von Quartiersmanagements, Stadumbaumanagements und Magistralenmanagements ist unverzichtbarer Bestandteil des kommunalen Handelns in diesen Gebieten.

Insbesondere in Gebieten mit hoher Wachstumsdynamik und Flächenkonkurrenzen ist außerdem die Infrastruktur an die wachsenden Bedarfe anzupassen, eine Strategie der ausgewogenen Innenentwicklung zu verfolgen sowie Mehrfachnutzung und Multifunktionalität von öffentlichen Gebäuden und Freiflächen anzustreben.

Gebiete: Grünau, Leipziger Osten, Paunsdorf, Schönefeld, Mockau

Aufmerksamkeitsgebiete

Aufmerksamkeitsgebiete weisen im Unterschied zu den fachübergreifenden Schwerpunktgebieten vereinzelte, kleinräumige Problemlagen auf. Diese erfordern eine kontinuierliche Beobachtung und können bei einer weiteren Verschlechterung der Rahmenbedingungen, verbunden mit einer Überlagerung von Problemen, zu einer Einstufung als fachübergreifendes Schwerpunktgebiet führen. Ziel ist, dies zu verhindern. Hierfür können punktuell geeignete, fachbezogene Fördermittel und Instrumente bzw. kommunale Mittel eingesetzt und bei Bedarf stadtteilbezogene Managementstrukturen aufgebaut werden.

Differenzierte Handlungsansätze für die einzelnen Aufmerksamkeitsgebiete werden entsprechend dem Bedarf formuliert. Grundlage hierfür können die Handlungsansätze bilden, die für die betreffenden Ortsteile in der Ortsteilstrategie (B 2.2) genannt sind.

Gebiete: Teile von Gohlis-Nord, Möckern, Lößnig, Kleinzschocher, Altłindenau

Hinweis: Kindertagesstätten werden in den folgenden Steckbriefen der Schwerpunktgebiete nicht gesondert aufgeführt. Angesichts des Bedarfs von ca. 13.000 zusätzlichen Plätzen in Kindertagesstätten und Tagespflege im vorschulischen Bereich wird davon ausgegangen, dass bis 2030 in nahezu allen Ortsteilen eine Anpassung bzw. Erweiterung der bestehenden Infrastruktur erforderlich ist. Eine räumliche Schwerpunktsetzung des Ausbaus der Infrastruktur wird im langfristigen Entwicklungskonzept für das Kindertagesstättennetz der Stadt Leipzig ausgewiesen.

2.1.2 Handlungsansätze in den Schwerpunktgebieten bis 2030

Schwerpunktgebiete mit stadtweiter und regionaler Ausstrahlung

Erweiterte Innenstadt

Die sehr kompakte Leipziger City weist eine hohe Nutzungsdichte und –vielfalt in repräsentativen Bauwerken auf. Auf engstem Raum finden sich Kulturstätten von internationalem Rang, Wahrzeichen und Touristenmagneten, Universitäts- und Verwaltungsstandorten, aber auch stark frequentierte Einkaufsstraßen und aufwändig sanierte Passagen und Durchhöfe, Messe- und Kaufhäuser. Zusammen mit vielfältigen Gastronomie- und Freizeitangeboten und zum Teil hochwertigem Wohnen fügt sich dies zu einer lebendigen, durchmischten und vitalen Innenstadt zusammen. Ziel ist es, diese Qualitäten weiter zu stärken und die Leipziger Innenstadt als Dienstleistungszentrum von europäischem Rang, aber auch als Magnet in Stadt und Region sowie für Städtereisende weiterzuentwickeln. Dabei kommt dem „Sprung über den Promenadenring“ und der gezielten Verknüpfung und Entwicklung der angrenzenden Flächenpotenziale eine besondere Bedeutung zu.

Handlungsfeld Stadtbild und öffentlicher Raum

- Verbesserung Attraktivität, Barrierefreiheit und Nutzungsvielfalt des öffentlichen Raumes, dabei identitätsprägende Gestaltungssprache fortführen
- Sicherung baukultureller Qualität bei Neubau- und Sanierungsprojekten
- Vernetzung von Grünflächen vom Promenadengrün in alle Richtungen, dabei Nutzung der Potenziale der großen Entwicklungsflächen
- Mobilisierung von Flächenreserven für Freiraumentwicklung und Klimaanpassung
- weitere Baumpflanzungen in Fußgängerzonen
- Entwicklung der „blauen Infrastruktur“, insbesondere Alte Elster, Pleißemühlgraben und Stadthafen
- Entwicklung bedarfsgerechter Sport- und Bewegungsmöglichkeiten, insbesondere Fuß- und Radwege, aber auch Infrastruktur für Kanu und Rudern
- Umsetzung Lichtmasterplan

Handlungsfeld Kultur, Wissenschaft, Bildung

- Erhalt, Qualifizierung und Schaffung kultureller Angebote, z.B. das Sportmuseum, vielfältige kulturelle Teilhabe ermöglichen
- Entwicklung eines neuen Wissenschaftsstandortes am Leuschnerplatz
- Entwicklung des Campus‘ Augustusplatz zu einem Forum der öffentlichen Wissenschaftskommunikation und der Darstellung als weltoffener Wissenschaftsstadt
- Ausbau der Bildungsinfrastruktur und Erweiterung der arbeitsplatznahen Kinderbetreuung
- Entwicklung besonderer Bildungseinrichtungen und Erweiterung der non-formalen Bildung über den Innenstadtring hinaus
- Infrastrukturmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden, vor allem Bestandserhalt und -sicherung, Schaffung Barrierefreiheit, WLAN-Angebot und Breitbandanschluss
- Begleitung bei Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“/ Matthäikirchhof
- Umsetzung des Entwicklungskonzept und Weiterentwicklung „Zoo der Zukunft“

Handlungsfeld Mobilität

- Prüfung und Umsetzung einer innovativen Verkehrslösung für den Promenadenring, insbesondere für Ringabschnitt vor dem Hauptbahnhof
- Entwicklung des zentralen Busbahnhofs
- Erschließung der großen Entwicklungsflächen
- Umgestaltung des Verkehrsknotens Bayerischer Platz
- Verbesserung Radverkehrsanbindung, u.a. Elsterflutbett und Stadthafen
- Erreichbarkeit des Zentrums für Fuß- und Radverkehr verbessern, Abbau der Trennwirkung

- Gewährleistung einer ausreichenden Anzahl sicherer und attraktiver Fahrradabstellmöglichkeiten (z.B. Fahrradgarage Hauptbahnhof)
- Umsetzung Konzept Autoarme Innenstadt und Verkehrskonzept Sportforum
- Stärkung Car-Sharing sowie Mobilitätsberatung ansässiger Unternehmen
- Prüfung Privilegierung von E-Wirtschaftsverkehr und Ausbau entsprechender Ladeinfrastruktur
- Verbesserung der lufthygienischen Situation, u. a. durch höhere Abgasstandards der ÖPNV-Busse, Verringerung des KFZ-Verkehrs an Hotspots der Lärm- und Luftschadstoffbelastung sowie Emissionsminderung durch verträgliche Verkehrszustände (z.B. Jahnallee/Harkortstraße)

Handlungsfeld Nutzungsmischung

- multifunktionale Flächenentwicklung in angemessener Dichte, insbesondere auf größeren Entwicklungsflächen
- Stärkung des Einzelhandels in der City, großflächige Einzelhandelsbetriebe (außer Nahversorgung) nur innerhalb des Promenadenrings
- Gezielte Förderung der Leipziger Wirtschaftscluster, von Forschungseinrichtungen und des Wissens- und Technologietransfers
- Weiterentwicklung der Red Bull Arena und des Sportforums als Sportstandort von internationalem Rang unter Berücksichtigung der damit verbundenen Konflikte
- Städte-, Wirtschafts- und Kongresstourismus unterstützen, insbesondere durch Vernetzung der Akteure und Verbesserung von Rahmenbedingungen
- Qualitäten und Nutzungsmischung der urbanen Gebiete außerhalb des Promenadenrings erhalten und ergänzen

Nordraum

Der Leipziger Nordraum ist der zentrale Wirtschaftsraum Leipzigs, in dem seit 2000 über 20.000 Arbeitsplätze entstanden sind. Grundlage dafür sind seit den 1990er Jahren sowohl die Entwicklung der verkehrlichen und technischen Infrastruktur als auch die gezielte Ansiedlung strategisch wichtiger Unternehmen. Für die zukünftige Entwicklung ist ein besonderer Schwerpunkt auf die Ausgewogenheit der Arbeitsfelder Lebensqualität, Gewerbe, Grün und Landwirtschaft zu legen. Grundlage dafür bildet das in Abstimmung befindliche „Nordraumkonzept Leipzig 2025+“, in dessen Erarbeitung auch die Nachbarkommunen einbezogen sind, und das von einem mit den Akteuren abgestimmten Sofortmaßnahmenprogramm begleitet wird.

Handlungsfeld Wirtschaft und Beschäftigung

- strategische Gewerbeblächenentwicklung gemäß Nordraumkonzept: Vorrang für das wirtschaftliche Umfeld der Leitunternehmen sowie für Ansiedlungen mit hoher Wertschöpfung und Arbeitsplatzdichte
- strategische Flächenversorgung in Kooperation mit den Nachbarkommunen
- Sicherheit für Landwirte für die Laufzeiten von Pachtverträgen
- Vernetzung der ansässigen Unternehmen mit der Forschungslandschaft

Handlungsfeld Freiraum und Umwelt

- Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe auch im Nordraum verorten, z.B. Ausgleichsflächen BMW in Vernetzung mit Wodanstraße
- Grüne Nord-Süd-Achse entlang Radefelder Allee im Süden mit Anschluss an Freirodaer Weg entwickeln
- Vernetzung und Landschaftsverbund von Lindenthal nach Wiederitzsch
- Ortsrandgestaltung in Plaußig, Wiederitzsch und Lindenthal

Handlungsfeld Mobilität und technische Infrastruktur

- Verbesserung der ÖPNV-Anbindung, u.a. Prüfung eines zusätzlichen S-Bahn-Haltepunktes am GVZ, Trassenfreihaltung für Verlängerung der Straßenbahnenlinien, bessere Verknüpfung der ÖPNV-Angebote
- bessere Anbindung im Wirtschaftsverkehr, Förderung E-Wirtschaftsverkehr und Ausbau entsprechender Ladeinfrastruktur
- Entwicklung Fuß- und Radwegenetz, bessere Erreichbarkeit GVZ/Porsche und Schladitzer See
- Ersatzneubau Landsberger Brücke
- Mobilitätsberatung für Unternehmen und Haushalte, Car-Sharing etablieren
- Flächenentwicklung frühzeitig mit Netzbetreibern der technischen Infrastruktur abstimmen

Handlungsfeld Stadtfunktion und Stadtbild

- Stärkung der Ortsteilidentitäten und Ermöglichung kleinteiliger Arrondierungen in den Wohngebieten der Ortsteile im Nordraum
- Ausbau der Bildungsinfrastruktur und dabei Öffnung für Mehrfachnutzung

Grün- und Gewässerverbund

Durch ein weit verzweigtes Flussnetz hat sich in Leipzig eine einzigartige Auenlandschaft entwickelt, die heute ihre stärkste Ausprägung im Leipziger Auwald und in der Parthe hat. Auwald und Parthe stellen bis heute das Rückgrat des Freiraumverbundes dar. Sie besitzen eine übergeordnete Bedeutung für Naturschutz, biologische Vielfalt und Kernflächen des Biotopverbundes einerseits sowie als Erholungsraum andererseits.

Zu erwarten ist, dass bereits bestehende Konflikte im Grün- und Gewässerverbund zwischen Naturschutz und Erholung im Zuge des Wachstums weiter zunehmen werden. Die Wohnquartiere insbesondere entlang des Auswaldes sind die attraktivsten Wohnquartiere in Leipzig. Die Vernetzung der Grünräume ist damit nicht nur von zentraler Bedeutung für den Biotopverbund, sie bietet auch grüne Bewegungsachsen zwischen und zu den großen Erholungsräumen der Stadt und hilft u. a., Freiraumdefizite in eng bebauten Gründerzeitquartieren zu mildern.

Zentrales Ziel ist deshalb, die Wohnquartiere noch besser über grüne Wege an den Auwald und die großen Erholungsgebiete in und um Leipzig anzubinden, aber insbesondere den Konflikt zwischen Erholung und Naturschutz im Auwald und entlang der Parthe durch eine gezielte Erholungslenkung zu minimieren.

Grünräume und Gewässerverbund

- Ausgleich Naturschutz und Erholung, dabei im Einzelfall auch Wegebefestigung für Rad- und Fußverkehr sowie touristische Infrastruktur (Radschnellstraßen) prüfen
- enge Kooperation mit den Umlandgemeinden, Landkreisen und regionalen Akteuren zur Weiterentwicklung von Gewässerverbund, Auwald und Parthe
- Flächenbewirtschaftung an der Parthe zwischen Naturschutz und landwirtschaftlichen Interessen gestalten
- Revitalisierung Gewässersystem im Leipziger Auwald, u.a. durch Projekt „Lebendige Luppe“
- Nutzung der Gewässer für Tourismus und Erholung unter Berücksichtigung Naturschutz und Erhalt der biologischen Vielfalt
- Verbesserung Befahrbarkeit der Weißen Elster für Freizeitkanutten im Abgleich mit Naturschutz

Vernetzung Grünräume

- Grünvernetzung der angrenzenden Stadtgebiete mit dem nördlichen und südlichen Auwald, Stärkung Grünverbund vom Zentrum in den Auwald und zu den Parkanlagen im Auwald (Clara-Zetkin-Park, Johannapark, Palmengarten)
- Freihaltung Achse Nördliche Rietzschke von Brettschneiderpark in Richtung Schladitzer See, incl. Wegeverbindung
- Vernetzung Wege zwischen Neulindenau und Schönau in Zusammenhang mit dem Landschaftspark Lindenauer Hafen/Westufer sowie weiter zum Kulkwitzer See
- Grünes Band Südost vom Bayerischen Bahnhof zum Cospudener See und zum Markleeberger See entwickeln
- Entwicklung Grünverbindung vom Plagwitzer Bahnhof zum südlichen Auwald und Cospudener See
- Vernetzung Freiräume entlang der östlichen Rietzschke

Entwicklungsgebiete

Freiladebahnhof Eutritzscher/Delitzscher Str. /// HBF Westseite /// Bayerischer Bahnhof/Alte Messe /// Möckern (ehemalige Kasernen) /// Bremer Straße /// Heiterblick /// Böhlitz-Ehrenberg

Die Entwicklung neuer Stadtquartiere soll im Sinne der nutzungsgemischten europäischen Stadt der kurzen Wege erfolgen. Der Anspruch an die Intensität von Vielfalt und Nutzungsmischung ist im urbanen Kern höher als bei den Entwicklungsgebieten in der Äußeren Stadt. Grundsätzlich müssen Nutzungsbedarfe und Nutzungsschwerpunkte – soweit noch nicht erfolgt – frühzeitig und fachübergreifend in einer „Planungsphase Null“ definiert werden. Dabei sind die Prinzipien einer integrierten Quartiersentwicklung bezüglich Bebauungsdichte, Freiraumversorgung, energieeffiziente Versorgung, technische Infrastruktur, Nahversorgung, soziale Infrastruktur, Kultur- und Freizeitangebote, Mobilität etc. zu beachten. Private Eigentümer werden an den gebietsinduzierten Planungs- und Infrastrukturkosten angemessen beteiligt.

Die neuen Stadtquartiere sollen in einer dem Standort angemessenen Dichte und Mischung entwickelt werden. Dabei werden die Grundsätze einer umweltfreundlichen, energieeffizienten und an den Klimawandel angepassten Entwicklung zu Grunde gelegt und innovative, technologieoffene Ver- und Entsorgungslösungen verfolgt. Baukulturellen Belangen ist angemessen Rechnung tragen; Realisierungswettbewerbe oder Mehrfachbeauftragungen sind auf städtebaulich bedeutsamen Flächen durchführen.

In den neuen Wohnungsbeständen wird eine Mischung unterschiedlicher Wohnungsgrößen, Wohn- und Eigentumsformen angestrebt. 30 % der im Geschosswohnungsbau neu zu schaffenden Wohnflächen sollen – bei Vorliegen entsprechender Förderprogramme - im geförderten Wohnungsbau entstehen. Wohnverträgliche gewerbliche Nutzungen sollen in einem dem Standort angemessenen Anteil integriert werden.

Die zu schaffenden Infrastrukturen und Angebote, die auch über den gebietsinduzierten Bedarf hinausgehen können, sind für den Stadtteil mitzudenken. Dabei wird im Sinne einer flächensparenden Entwicklung die Mehrfachnutzung von Gebäuden und Freiflächen favorisiert. Flächen für Einrichtungen der sozialen Infrastruktur (z.B. Kindertagesstätten, Schulen) sind planungs- und eigentumsrechtlich zu sichern.

Die öffentlichen Räume sollen inklusiv, bedarfsgerecht und für alle zugänglich gestaltet werden. Angestrebt werden mindestens 13 qm öffentliche und private Grünflächen je Einwohner. Diese sollen ins Umfeld vernetzt und stadtökologisch hochwertig, aber auch vielfältig nutzbar gestaltet werden und dadurch auch neue Sport- und Bewegungsmöglichkeiten bieten.

Alle Entwicklungsgebiete sind mit Straßenbahn oder S-Bahn erreichbar. Entsprechend wird eine autoarme Quartiersentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen an Luftreinhaltung, Schutz vor Lärm, umweltgerechte Mobilitätsformen und Multimodalität verfolgt. Im Einzelfall ist die ÖPNV-Anbindung durch zusätzliche, verlagerte oder barrierefrei umgebaute Haltestellen zu verbessern.

Plagwitz-Neulindenau /// Südostraum /// MWZ

Plagwitz-Neulindenau

In den letzten Jahren hat Plagwitz und Teile von Neulindenau einen merklichen Wandel von einem Industriequartier zu einem lebenswerten Stadtquartier und Standort für Kultur- und Kreativunternehmen erlebt. Die spezifische Nutzungsmischung bietet das große Potenzial, das Gebiet als einen Standort für wissensbasierte Unternehmen auch national zu profilieren und modellhaft innovative Lösungen für städtische Infrastrukturen und multimodale Mobilitätslösungen zu. Mit dem Smart Cities Projekt Triangulum wurden die konzeptionellen Grundlagen dafür entwickelt. Künftig liegt der Schwerpunkt auf der kooperativen Umsetzung von Modellprojekten in den Bereichen innovative Wärme- und Energieversorgung, smart building und intelligente Mobilität. Darüber hinaus wird das Entwicklungsgelände als Standort für start-ups und Digitalunternehmern (z.B. Digital Hub Initiative des BMWi auf der Baumwollspinnerei) weiter profiliert. Die in Kooperation zwischen Stadtverwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft entstehenden innovativen Lösungen sollen auf andere Stadtquartiere modellhaft übertragen werden können. Im Kontext des Schwerpunktes auf Forschung und Innovation ist bei der Entwicklung der Baumwollspinnerei die Weiterentwicklung der kulturellen Gemeinbedarfseinrichtungen in Halle 7 mit der Etablierung des Naturkundemuseums zu berücksichtigen.

Südostraum / Alte Messe

Die Transformation des Alten Messegeländes zu einem neuen Stadtquartier ist bereits seit Jahren ein Schwerpunkt der Stadtentwicklung. Als zentraler Träger des Prozesses hat sich die Verknüpfung von Wissenschaft, Forschung, Produktion und Dienstleistung im Biotechnologie-Cluster erwiesen. Künftig wird der Standort noch stärker auf den Wissens- und Technologietransfer und die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft ausgerichtet. Ausgehend vom BioCityCampus am Deutschen Platz soll die Ansiedlung und Erweiterung von forschungsaaffinen Biotechnologie-Unternehmen forcierter werden. Öffentliche Einrichtungen (Stadtverwaltung, Bildung, Sport etc.) sowie Fachmarktzentren mit nicht-zentrenrelevanten Sortimenten ergänzen den Nutzungsmix. Bei der Entwicklung ist ein besonderes Augenmerk auf die Gestaltung und Nutzbarkeit der öffentlichen Räume und die Vernetzung in die umliegenden Quartiere – insbesondere das Entwicklungsgelände Bayerischer Bahnhof und entlang der Prager Straße – zu richten.

Medizinisch-Wissenschaftliches Zentrum (MWZ)

Der Standort des Medizinisch-Wissenschaftlichen Zentrums mit dem Herzzentrum als Ankereinrichtung hat sich in den letzten Jahren zu einem überregional renommierten, privatwirtschaftlich getragenen Medizin- und Forschungsstandort entwickelt. Ziel ist es, dieses Entwicklungsgelände zu stärken und weiter zu profilieren. Dazu gehört neben wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Impulsen die bessere stadtstrukturelle Einbindung, die Stärkung der Multifunktionalität sowie die Anbindung an die Straßenbahn.

Schwerpunktgebiete der integrierten Stadtteilentwicklung

Leipziger Osten (incl. Parkbogen)

Der Leipziger Osten ist bereits seit den 1990er Jahren ein Schwerpunktgebiet der Leipziger Stadtentwicklung. Gegenüber dem INSEK 2009 wurden Teilbereiche, u.a. Reudnitz und Kreuzstraßenviertel, aus dem Gebietsumgriff herausgenommen. Das Gebiet ist geprägt durch ein kompaktes gründerzeitliches Stadtbild mit urbaner Nutzungsmischung. Nach den Bevölkerungsrückgängen in den 1990er Jahren, hohem Leerstand und Sanierungsstau hat der Leipziger Osten in den letzten Jahren die höchsten Einwohnergewinne zu verzeichnen. Angesichts moderater Mieten zeichnet sich die Einwohnerstruktur sowohl durch einen hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte als auch eine hohe Zahl von Migrantinnen und Migranten aus. Der Handlungsschwerpunkt liegt deshalb in Zukunft auf dem Erhalt der sozial- und nutzungsgemischten Stadtteilstruktur sowie auf Bildungs-, Integrations- und Inklusionsmaßnahmen - in Vernetzung mit und zwischen den Akteuren vor Ort. Das Stadtteilentwicklungskonzept für den Leipziger Osten ist vor diesem Hintergrund mittelfristig zu überprüfen und das Stadtteilmanagement weiterzuentwickeln. Mit dem Parkbogen Ost, der auch als Nationales Projekt des Städtebaus gefördert wird, erfolgt ein langfristiger Impuls für die Stadtteilentwicklung.

Handlungsfeld Soziales, Bildung und Kultur

- Erhalt und Begleitung der kulturellen Entwicklung, Stärkung und Weiterentwicklung der kulturellen Angebote (u.a. Qualifizierung Stadtteilkulturfestival „Ostlichter), Etablierung eines neuen Standortes für die Stadtteilbibliothek Volkmarshof
- Verfestigung entstandener kleinteiliger Strukturen, Qualifizierung und Ausbau von Netzwerken, die den sozialen Zusammenhalt fördern sowie eine breite Teilhabe ermöglichen
- quantitativer Ausbau und qualitative Weiterentwicklung der Bildungsinfrastruktur (insbesondere Schulen), dabei Quartiersschule Ihmelsstraße als Schlüsselmaßnahme umsetzen
- transparente Darstellung und bessere Vernetzung von formalen und non-formalen Bildungsangeboten, Stärkung von Regeleinrichtungen und vorhandenen geförderten Angeboten
- Unterstützung von Initiativen zur Etablierung soziokulturell arbeitender Einrichtungen, Prüfung dafür geeigneter Standorte (z.B. ehemaliges Kino der Jugend)
- bestehende Jugendhilfeinfrastruktur sichern und weiterentwickeln, insbesondere in Bezug auf Integration von Migranten
- Suchtprävention und Straßensozialarbeit ausbauen
- offene Kinder- und Jugendarbeit, frühkindliche Prävention in Kindertagesstätten, Familienberatungsangeboten und erzieherischen Hilfen weiterentwickeln und stärker vernetzen
- Konzeptentwicklung und Umsetzung für offene Seniorenanarbeit und offene Behindertenarbeit, bestehende Angebote Senioren- und Behindertenarbeit in Bezug auf Integration von Migranten weiterentwickeln
- Ressourcen verstärkt sozialindikativ und bedarfsoorientiert einsetzen
- Projekte zur Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Familien

Handlungsfeld Mobilität und technische Infrastruktur

- Verbesserung ÖPNV-Erschließung für Anger-Crottendorf, dabei Trassenfreihaltung für Straßenbahn in Zweinaundorfer Straße und Gregor-Fuchs-Straße
- Entwicklung Rad- und Fußwege entlang Parkbogens Ost
- Verbesserung Radwegeanbindung zur Innenstadt und insbesondere entlang Wurzner Straße/ Breite Straße/ Zweinaundorfer Straße
- Stärkung Car-Sharing sowie Mobilitätsberatung von Wohnungsunternehmen
- Qualifizierung und Stärkung des öffentlichen Raumes, insbesondere in Kohlgartenstraße, Dresdner Straße, Hermann-Liebmann-Straße und teilweise Riesaer Straße
- Verbesserung der lufthygienischen Situation, u.a. durch Busse mit verbesserten Abgasstandards und Beachtung Durchlüftung bei baulicher Nachverdichtung
- Ausbau und Modernisierung der technischen Infrastruktur und Prüfung Integration von erneuer-

baren Energien, Beratungsangebote zur energetischen Sanierung im Bestand etablieren

Handlungsfeld Wohnen

- Aktivierung des noch vorhandenen Wohnungsleerstandes und Erhalt bezahlbaren Wohnraums bei Stärkung der sozialen Mischung
- Stärkung der Vielfalt des Wohnungsangebotes bei Erhalt gewerblicher Nutzung in den Erdgeschossen
- behutsame Nachverdichtung unter Berücksichtigung der Überwärmungsbereiche und der im Stadtumbau entstandenen Freiraumstrukturen (doppelte Innenentwicklung)

Handlungsfeld Freiraum und Umwelt sowie Sport

- Entwicklung und Anbindung des Parkbogens Ost sowie Verbesserung der Grünversorgung
- Ausbau von grünen Sport- und Bewegungssachsen, u.a. vom Rabet in Richtung Volkmarßdorf, Stünz und Anger-Crottendorf sowie nach Norden zum Mariannenpark
- multifunktionale Nutzung von Freiflächen an öffentlichen Gebäuden etablieren
- Aufwertung öffentlicher Grünflächen für Sport- und Bewegungsmöglichkeiten, Weiterentwicklung Kleingartenpark
- bewohnerorientierte Entwicklung von Grünflächen, u.a. im Bereich Schulze-Delitzsch-Straße

Handlungsfeld Wirtschaft und Beschäftigung

- Priorität haben Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt und Qualifizierung
- Stabilisierung Magistralen, u.a. Eisenbahnstraße, Zweinaundorfer Straße, Wurzner Straße
- Stärkung migrantischer Ökonomie
- Fortführung und Weiterentwicklung stadtteilorientierter Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung
- Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe, insbesondere entlang Rosa-Luxemburg-Straße und Schulze-Delitzsch-Straße

Grünau

Die Großsiedlung Grünau ist von 1976 bis 1990 in industrieller Plattenbauweise am westlichen Stadtrand von Leipzig errichtet worden. Sie ist die größte Siedlung dieses Typs in Leipzig. Durch den starken Einwohnerrückgang und dem damit verbundenen Wohnungsleerstand war Grünau in den 2000er Jahren ein Schwerpunkt des Stadtumbaus in Leipzig. Inzwischen haben sich die Einwohnerzahlen stabilisiert. Handlungsschwerpunkte für Grünau liegen zukünftig in einer generationenübergreifenden, sozial und ethnisch integrativen Entwicklung. Gleichzeitig bietet der Stadtteil, bei starkem Wachstum Leipzigs, langfristig umfangreiche Potenziale zur baulichen Nachverdichtung. Als Grundlage der Stadtteilentwicklung ist das Stadtteilentwicklungskonzept fortzuschreiben und das Stadtteilmanagement weiterzuentwickeln.

Handlungsfeld Soziales, Bildung und Kultur

- Erhalt, Ausbau und Qualifizierung der Bildungsinfrastruktur, dabei hohen Bedarf an Erwachsenenbildung berücksichtigen
- Entwicklung des Bildungs- und Bürgerzentrums Grünau als Schlüsselmaßnahme für gesamten Stadtbezirk
- Stärkung der integrativen und sozialen und kulturellen Angebote
- Erhalt und zukunftsähnliche Ausrichtung von Konzept und Betreibung des KOMM-Hauses Grünau (Anstreben einer freien Trägerschaft)
- Qualifizierung des Stadtteilkulturfestivals „Grünauer Kultursommer“
- bestehende Jugendhilfeinfrastruktur sichern und weiterentwickeln, in Lausen-Grünau mittelfristig neuen offenen Freizeittreff schaffen
- Offene Kinder- und Jugendarbeit, frühkindliche Prävention in Kindertagesstätten, Familienberatungsangeboten und erzieherischen Hilfen weiterentwickeln und vernetzen
- Präventive Angebote in Bezug auf Jugenddelinquenz und Armutsprävention stärken
- Konzeptentwicklung und Umsetzung für die offene Seniorenarbeit und die offene Behindertenarbeit
- Stärkung und zukunftsähnliche Ausrichtung von Kultur und Freizeiteinrichtungen, dabei Qualifizierung von kulturellen Angeboten, um kulturelle Teilhabe zu stärken
- Projekte zur Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Familien
- Ressourcen verstärkt sozialindikativ und bedarfsorientiert einsetzen

Handlungsfeld Mobilität und technische Infrastruktur

- Anbindung von Grünau an den urbanen Kern verbessern
- Freihaltung der Trassen für Verlängerung S 1 nach Markranstädt sowie Straßenbahn in Brünner Straße
- Radverkehrsanbindung Kulkwitzer See und Anbindung Robert-Koch-Park verbessern, Durchgängigkeit der Verbindung Grünau in Richtung Innenstadt/Clara-Zetkin-Park entwickeln
- Mobilitätsberatung von Wohnungsunternehmen, Car-Sharing etablieren
- Stärkung und Qualifizierung der Stadtteilverbindungen Lützner Straße, Ratzelstraße und Kiewer Straße
- Neuordnung Verkehr Garskestraße

Handlungsfeld Wohnen

- Aktivierung des noch vorhandenen Wohnungsleerstandes und Erhalt bezahlbaren Wohnraums bei Stärkung der sozialen Mischung
- Wohnungsbestand und Stadtraum generationenübergreifend entwickeln und zielgruppenorientiert anpassen
- vielfältiges Wohnungsangebot schaffen und Bestand mit neuen Qualitäten ergänzen
- Konzepte für eine attraktive und vielfältige Nachverdichtung erarbeiten und umsetzen

Handlungsfeld Freiraum und Umwelt

- Erhalt und Weiterentwicklung der Freiraumqualitäten unter Berücksichtigung der sozialen Bedarfe im Stadtteil, Verbesserung der Voraussetzung zur individuellen Aneignung

Handlungsfeld Wirtschaft und Beschäftigung

- Grünau als Modellquartier für die Weiterentwicklung und Neuausrichtung der stadtteilbezogenen Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung nutzen
- Stärkung und Stabilisierung der Zentren in ihrer Versorgungsstruktur und der Qualität der öffentlichen Räume
- Unterstützung von Nutzungsmischung bei Neubauprojekten
- Revitalisierung des Gewerbegebiets Brünner Straße

Schönefeld

In Schönefeld wurde mit dem INSEK 2009 ein Handlungsschwerpunkt für die integrierte Stadtteilentwicklung gesetzt und durch entsprechende Programme unterstellt. Das Gebiet ist gekennzeichnet durch Altbauquartiere im Westen und eine Großsiedlung in industrieller Plattenbauweise im Osten. Nach Bevölkerungsverlusten und hohen Leerständen sind heute starke Einwohnergewinne zu verzeichnen, aber auch ein hoher Anteil an einkommensschwachen Haushalten. Der Handlungsschwerpunkt für Schönefeld liegt künftig auf dem Erhalt und der Schaffung sozial- und nutzungsstrukturell gemischter Quartiere, wobei für Alt-Schönefeld und Schönefeld-Ost differenzierte Handlungsansätze verfolgt werden. Grundlage bildet ein integriertes Stadtteilentwicklungskonzept und die Weiterentwicklung eines inklusiven Stadtteilmanagements.

Handlungsfeld Soziales, Bildung und Kultur

- Inklusive Gemeinwesenarbeit stärken („Aktiv inklusiv“)
- Sicherung, Ausbau und Qualifizierung der Bildungs- und Jugendhilfeinfrastruktur und Weiterentwicklung als sozialen Treffpunkt im Stadtteil
- Konzeptentwicklung und Umsetzung für die offene Seniorenarbeit und offene Behindertenarbeit
- Straßensozialarbeit, Schulsozialarbeit und Suchtprävention weiterentwickeln, präventive Angebote in Bezug auf Jugenddelinquenz und Armutsprävention stärken
- Offene Kinder- und Jugendarbeit, frühkindliche Prävention in Kindertagesstätten und erzieherischen Hilfen weiterentwickeln und vernetzen
- Qualifizierung von kulturellen Angeboten und Ausbau von Netzwerken, um kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, Unterstützung bei der Entwicklung soziokultureller Angebote
- Schaffung von Angeboten und Ausbau von Netzwerken für junge Familien (über Gesundheitsförderung und soziale benachteiligte Familien hinausgehend)
- Ressourcen verstärkt sozialindikativ und bedarfsorientiert einsetzen

Handlungsfeld Mobilität und technische Infrastruktur

- Qualifizierung der Radwegeanbindung an die Parthe-Mulde-Radroute sowie an die City
- Freihaltung Straßenbahntrasse Löbauer Straße – S-Bahnhof Thekla
- Stärkung von Car-Sharing, Bike&Ride sowie Mobilitätsberatung von Wohnungsunternehmen
- Verbesserung Attraktivität und Nutzungsvielfalt des öffentlichen Raumes, insbesondere in Gorkistraße und Ossietzkystraße

Handlungsfeld Wohnen

- Aktivierung des noch vorhandenen Wohnungsleerstandes und Erhalt bezahlbaren Wohnraums bei Stärkung der sozialen Mischung
- Wohnungsbestand generationenübergreifend entwickeln und zielgruppenorientiert anpassen
- Bestand mit neuen Qualitäten ergänzen und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen
- bauliche Nachverdichtung im Sinne einer „doppelten Innenentwicklung“ und zur Stärkung der städtebaulichen Strukturen
- Schönefeld-Abtnaundorf als Modellquartier der energetischen Stadterneuerung weiterentwickeln
- teilräumliche Vernetzung zwischen Altbauquartieren und Großsiedlung

Handlungsfeld Freiraum und Umwelt sowie Sport

- Vernetzung zur Parthe entwickeln und Parklandschaften stärken, z.B. Mariannenpark, Abtnaundorfer Park, und Anbindung an den Parkbogen Ost schaffen
- Qualifizierung der Grünflächen in bestehenden Quartieren in Schönefeld-Ost fortsetzen
- Grünvernetzung in Schönefeld-Abtnaundorf stärken
- Schaffung neuer und Zugänglichkeit zu bestehenden Sport- und Bewegungsmöglichkeiten verbessern, Modernisierung der Sportstätten, Ausbau von Radstrecken und Bewegungsachsen

Handlungsfeld Wirtschaft und Beschäftigung

- Stärkung der Nutzungsmischung
- Fortführung und Weiterentwicklung der stadtteilorientierten Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung
- Stärkung Magistrale Gorkistraße, Teile der Ossietzkystraße und der quartiersnahen Versorgung
- Synergien für Schöneweide aus Nachbarschaft zum Wissenschaftspark Permoser Straße entwickeln

Paunsdorf

Paunsdorf ist geprägt von einer Großsiedlung in industrieller Plattenbauweise aus den 1980er Jahren, aber auch einem historischen Ortskern mit gründerzeitlichen Erweiterungen. Die Bevölkerungsentwicklung war in den vergangenen 20 Jahren nicht so stark von Schrumpfung und Wachstum gekennzeichnet wie in anderen Stadtteilen, zeigt aber zunehmende soziale Handlungsbedarfe. Paunsdorf wird mit dem INSEK erstmals als Schwerpunktgebiet der Stadtentwicklung definiert, der Schwerpunkt liegt dabei auf einer generationenübergreifenden und sozial integrativen Stadtteilentwicklung. Dafür sollen ein integriertes Stadtteilkonzept erarbeitet sowie ressortübergreifende Kooperations- und Managementstrukturen aufgebaut werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Vernetzung zwischen den Akteuren vor Ort sowie die Kooperation mit den beiden großen Wohnungseigentümern.

Handlungsfeld Soziales, Bildung und Kultur

- Vernetzung zwischen den Akteuren vor Ort stärken und qualifizieren, Stärkung des bürger-schaftlichen Engagements
- Integration von Migrantinnen und Migranten befördern
- Ausbau und Qualifizierung der sozialen und Bildungsinfrastruktur
- soziale Angebote gemeinsam mit Wohnungsunternehmen ausbauen und aufeinander abstimmen
- Stärkung integrativer, inklusiver und generationenübergreifender Angebote
- kulturelle Teilhabe ermöglichen, Eigenentwicklung des Ortsteils stärken
- bestehende Jugendhilfeinfrastruktur sichern und weiterentwickeln, präventive Angebote in Bezug auf Jugenddelinquenz und Armutsprävention stärken und Straßensozialarbeit ausbauen
- Offene Kinder- und Jugendarbeit, frühkindliche Prävention in Kindertagesstätten, Familienberatungsangeboten und erzieherischen Hilfen weiterentwickeln und vernetzen
- Standortverlagerung und Qualifizierung Stadtteilbibliothek, auch gemeinsam mit anderen Einrichtungen
- Konzeptentwicklung und Umsetzung für die offene Seniorenanarbeit und offene Behindertenarbeit
- Ressourcen verstärkt sozialindikativ und bedarfsoorientiert einsetzen

Handlungsfeld Mobilität und technische Infrastruktur

- Entwicklung Radwegeanbindung, insbesondere Riesaer Straße und Heiterblick
- Mobilitätsberatung von Wohnungsunternehmen, Car-Sharing etablieren
- Verbesserung Barrierefreiheit, Attraktivität und Nutzungsvielfalt des öffentlichen Raumes, insbesondere Riesaer Straße
- Erstellung eines Energiekonzepts und Initiierung von Modellprojekten zur energetischen Stadt-erneuerung

Handlungsfeld Wohnen

- Aktivierung des noch vorhandenen Wohnungsleerstandes und Erhalt bezahlbaren Wohnraums bei Stärkung der sozialen Mischung
- Wohnungsbestand generationenübergreifend entwickeln und zielgruppenorientiert anpassen
- Bestand mit neuen Qualitäten ergänzen und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen
- Entwicklung des Wohnumfeldes hinsichtlich Aufenthaltsqualität, Nutzungsvielfalt und demografischen Wandel

Handlungsfeld Freiraum und Umwelt sowie Sport

- Vernetzung des Grünen Bogens Paunsdorf in Richtung Parkbogen Ost
- Aufwertung von Grünflächen in der alten Ortslage Paunsdorf
- Erhalt und Sicherung von Sportanlagen

Handlungsfeld Wirtschaft und Beschäftigung

- Aufbau einer stadtteilorientierten Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung

Mockau

Mockau ist durch eine heterogene Baustruktur geprägt. Altbauquartiere und Siedlungsbestände der 1920er und 1930er Jahre sowie des DDR-Wohnungsbaus sind eng miteinander verflochten. Die Bevölkerungsentwicklung war in den vergangenen 20 Jahren nicht so stark von Schrumpfung und Wachstum gekennzeichnet wie in anderen Stadtteilen, zeigt aber zunehmende soziale Handlungsbedarfe. Mockau wird mit dem INSEK erstmals als Schwerpunktgebiet der Stadtentwicklung definiert, der Schwerpunkt liegt dabei auf einer generationenübergreifenden und sozial integrativen Stadtteilentwicklung. Dafür soll modellhaft eine neue Form des integrativen Stadtteilmanagements entwickelt sowie das Engagement und die Kooperation der Akteure vor Ort gestärkt werden.

Handlungsfeld Soziales, Bildung und Kultur

- Vernetzung zwischen den Akteuren vor Ort stärken
- Ausbau und Qualifizierung der sozialen und Bildungsinfrastruktur, Weiterentwicklung in Bezug auf Freizeit und Stadtteilleben
- Ganztagsangebote an Schulen weiterentwickeln und Schule als sozialen Treffpunkt und Zentrum für Beratung weiterentwickeln
- Aufbau von Netzwerken und Angeboten für junge Familien
- Angebote der Jugendarbeit in Thekla auch für Mockau nutzen, langfristig eigenständige Ansätze in Mockau entwickeln
- frühkindliche Prävention in Kindertagesstätten, Familienberatungsangeboten und erzieherischen Hilfen weiterentwickeln und vernetzen
- Konzeptentwicklung und Umsetzung für die offene Seniorenanarbeit und offene Behindertenarbeit
- kulturelle Teilhabe ermöglichen durch Unterstützung bei Etablierung wohnortnaher, kultureller Angebote
- Ressourcen verstärkt sozialindikativ und bedarfsorientiert einsetzen

Handlungsfeld Mobilität und technische Infrastruktur

- Verbesserung Barrierefreiheit, Attraktivität und Nutzungsvielfalt des öffentlichen Raumes, insbesondere Mockauer Straße
- Neubau Stadtbahn im Bereich Mockauer/Tauchaer Straße
- Verbesserung Radwegeanbindung, insbesondere Essener und Mockauer Straße, aber auch an die Parthe-Mulde-Radroute sowie den Abtnaundorfer Park und Mariannen-Park
- Mobilitätsberatung von Wohnungsunternehmen, Car-Sharing etablieren

Handlungsfeld Wohnen

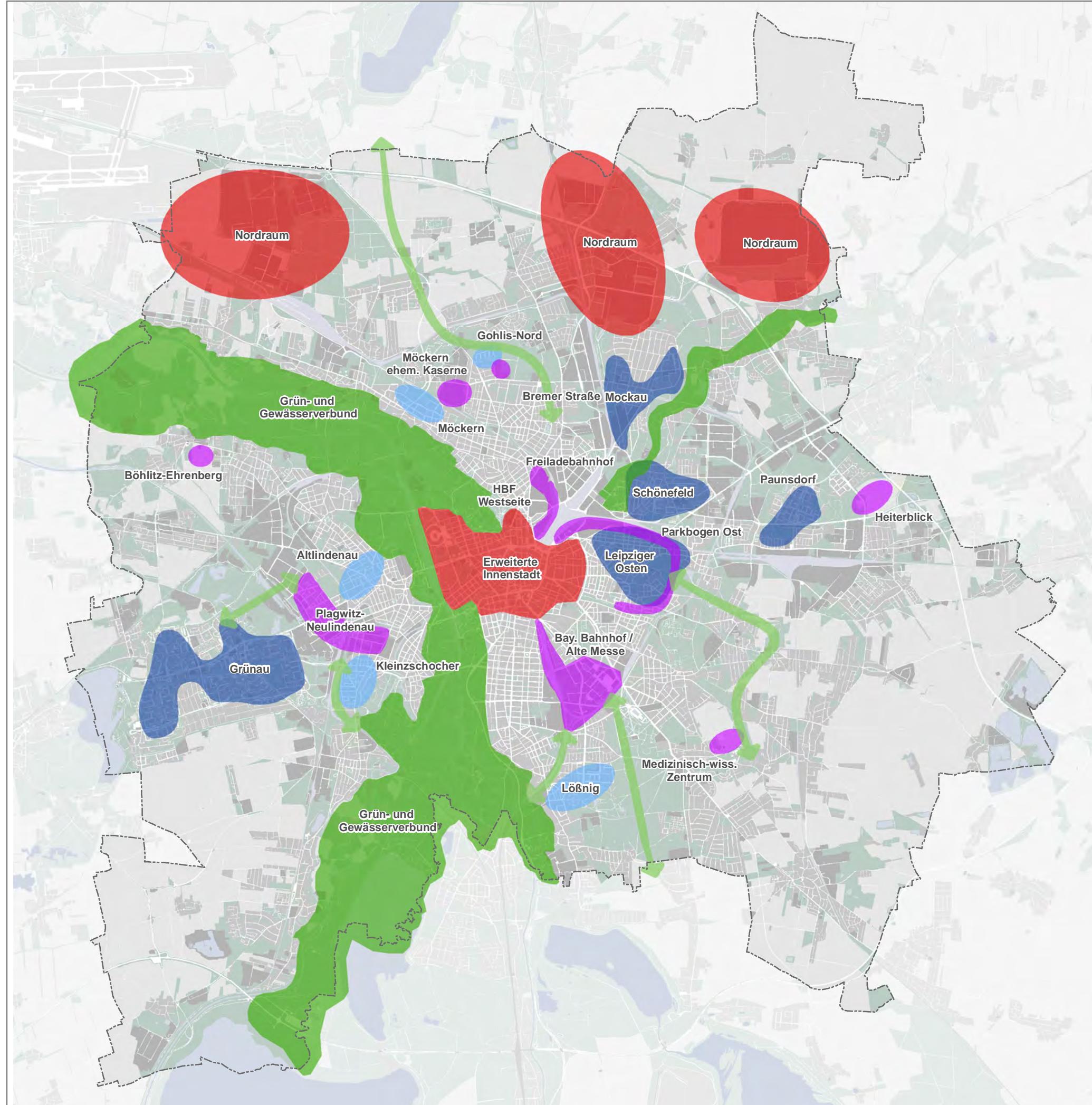
- Aktivierung des noch vorhandenen Wohnungsleerstandes und Erhalt bezahlbaren Wohnraums bei Stärkung der sozialen Mischung
- Wohnungsbestand generationenübergreifend entwickeln und zielgruppenorientiert anpassen
- Bestand mit neuen Qualitäten ergänzen und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen
- energetische Qualifizierung des Gebäudebestandes
- Bauliche Nachverdichtung im Sinne einer „doppelten Innenentwicklung“ und zur Stärkung der städtebaulichen Strukturen
- Entwicklung des Wohnumfeldes hinsichtlich Aufenthaltsqualität, Nutzungsvielfalt und demografischen Wandel

Handlungsfeld Freiraum und Umwelt

- Optimierung von Multifunktionalität und Mobilisierung von Flächenreserven
- Grünverbindung in Richtung Parthenaue verbessern, Umnutzung des ehemaligen Friedhofes zum naturnahen Stadtteilpark

Handlungsfeld Wirtschaft und Beschäftigung

- Stärkung Gewerbegebiet Friedrichshafener Straße unter Nutzung des Mittelstandsprogramms und Förderung des Verarbeitenden Gewerbes
- Aufbau einer stadtteilorientierten Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung
- Stärkung Stadtteilzentrum Mockau im Zuge der Verlagerung der Straßenbahntrasse



Fachübergreifende Schwerpunktgebiete der Stadtentwicklung

Schwerpunktgebiete mit stadtweiter und regionaler Ausstrahlung

- Erweiterte Innenstadt, Nordraum
- Grün- und Gewässerverbund
- ↔ Vernetzung von Grünräumen

Entwicklungsgebiete

- Bayerischer Bahnhof / Alte Messe /// Freiladebahnhof Eutritzscher / Delitzscher Str. /// HBF Westseite /// Parkbogen Ost /// Plagwitz-Neulindenau /// Medizinisch-wissenschaftliches Zentrum /// Möckern (ehem. Kaserne) /// Bremer Str. /// Böhlitz-Ehrenberg /// Heiterblick

Schwerpunktgebiete der Integrierten Stadtteilentwicklung

- Leipziger Osten /// Grünau /// Schönefeld /// Mockau /// Paunsdorf

Aufmerksamkeitsgebiete

- Möckern /// Gohlis-Nord /// Lößnig /// Kleinzschocher /// Altlindeau

■ Stadtgrenze

2.2 Ortsteilstrategie

Für ein nachhaltiges Wachstum der Stadt müssen über die fachübergreifenden Schwerpunktgebiete hinaus die zentralen Herausforderungen und Potenziale aller Stadträume Leipzigs bedacht und genutzt werden. Mit der flächendeckenden Betrachtung aller statistischen Ortsteile folgt das INSEK einer stärkeren Stadtteilorientierung. Dadurch wird für die Leipzigerinnen und Leipziger wahrnehmbar, welche Entwicklungsrioritäten bis 2030 in ihrem unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld bestehen.

Dabei wird folgenden, stadtweit einheitlichen Prämissen gefolgt:

- Die Entwicklung und die Verbesserung der Lebensqualität werden in jedem einzelnen Ortsteil gezielt unterstützt – unter Berücksichtigung der stadtweiten Rolle des Ortsteils und seiner Einbindung.
- Die spezifischen Herausforderungen und Potenziale jedes Leipziger Ortsteils werden berücksichtigt, um Nutzen und Lasten des Wachstums möglichst breit zu verteilen.
- Bei der Siedlungsentwicklung finden die infrastrukturelle Ausstattung, ihre mögliche Weiterentwicklung und Instandhaltung sowie die verkehrlichen Auswirkungen eine besondere Berücksichtigung.

Um für die Ortsteile ein aktives und positives Entwicklungsziel zu erhalten, wurden die 63 statistischen Ortsteile in vier Raumkategorien zusammengefasst. Diese orientieren sich an der Wachstumsdynamik, der damit einhergehenden Dichte und der vorhandenen Infrastruktur in den Ortsteilen. Dementsprechend wurden die Raumkategorien aus den Ortsteilaussagen der Fachkonzepte Wohnen, Freiraum und Umwelt sowie den Fachkonzepten entwickelt, die sich mit Infrastruktur beschäftigen. Da sich die wirtschaftliche Entwicklung nicht an Ortsteilgrenzen festmachen lässt, sind diese Aspekte weniger in die Raumkategorien als mehr in die fachübergreifenden Schwerpunktäume eingeflossen.

Die Raumkategorien werden mit mittel- bis langfristigen Entwicklungsbedarfen für jeden Ortsteil unterstützt. Diese Entwicklungsbedarfe sind bei der Entwicklung von Prioritäten in Fachplanungen und mittelfristigen Investitionskonzepten zu berücksichtigen. Bei Bedarf soll hier ein Fördermitteleinsatz möglich sein.

2.2.1 Raumkategorien

Qualitäten bewahren

Beschreibung: Diese Ortsteile werden von einer Vielzahl von Menschen aufgrund ihrer urbanen Lebensqualität geschätzt. Die Verdichtung nimmt zu, und es sind nur noch wenige Flächenpotenziale vorhanden. Preisgünstigen Wohnraum gibt es nur in geringem Umfang. Die Ortsteile weisen überwiegend bereits jetzt ein Freiraumdefizit und eine starke Überwärmung auf. Die noch vorhandenen Flächenpotenziale unterliegen starken Nutzungskonkurrenzen.

Strategie: Dringend ist in diesen Gebieten eine Anpassung der Infrastrukturen und Angebote an die wachsenden Bedarfe, nicht nur durch Neubau und Flächensicherung, sondern auch durch eine verbesserte Auslastung und Vernetzung der Infrastrukturen und Angebote im sozialen und soziokulturellen Bereich. Die Umwelt- und Freiraumqualitäten in den Quartieren müssen bewahrt und soweit möglich verbessert werden. Steuerungsmöglichkeiten und Instrumente im Sinne der Verbesserung der Grünqualitäten im Stadtraum sollen – unter Berücksichtigung eines angemessenen Aufwandes – genutzt werden. Die Abwicklung des wachsenden Verkehrsbedarf intelligenter Lösungen, insbesondere im Hinblick auf Quartiersparken, Multimodalität und Nutzung der Digitalisierung. Die Auswirkungen von Verdrängungsprozessen müssen kontinuierlich geprüft werden. Mehrfachnutzung und Multifunktionalität von öffentlichen Gebäuden und Freiflächen spielen eine wichtige Rolle.

Wachstum jetzt gestalten

Beschreibung: Diese Ortsteile sind aktuell von hoher Wohnungsnachfrage und Wachstumsdynamik gekennzeichnet. Noch sind Flächenpotenziale für unterschiedliche Bedarfe vorhanden, sie unterliegen aber starken Nutzungskonkurrenzen. Die Ortsteile weisen z.T. bereits ein Freiraumdefizit auf, mit weite-

rer baulicher Verdichtung ist ein zunehmendes Freiraumdefizit zu erwarten. Preiswerter Wohnraum wird knapper. Es gibt einen überwiegend mittleren, teilräumlich aber auch einen hohen sozialen Handlungsbedarf.

Strategie: Diese Ortsteile bedürfen einer abgestimmten Flächenstrategie, die - über die Aktivierung von Wohnungsbaustandorten hinaus - ein hohes Augenmerk auf eine ausgewogene Nutzungsmischung legt, auf die Sicherung, Entwicklung und Vernetzung von Freiräumen im Sinne der doppelten Innenentwicklung, den Schutz von innerstädtischen Gewerbegebieten, die Qualität und Intensität der Flächennutzung sowie die soziale Mischung. Standorte für soziale Infrastruktur und Möglichkeiten der Freiraumentwicklung müssen bei Nutzung der Flächenpotenziale gesichert werden. Mehrfachnutzung von öffentlichen Gebäuden und Freiflächen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Auf Verdrängungsprozesse ist dämpfend einzuwirken. Neue Quartiere werden als urbane, nutzungsgemischte Quartiere entwickelt. Zu berücksichtigen sind innerhalb und im Umfeld des Quartiers die Themen soziale Mischung, Freiraumversorgung, die Versorgung mit sozialer und technischer Infrastruktur, die Nahversorgung, die Auswirkungen auf den Verkehr sowie die Energieeffizienz.

Wachstum vorausschauend planen

Beschreibung: Diese Gebiete sind bisher als Wohngebiete weniger intensiv nachgefragt, besitzen aber aufgrund ihrer guten infrastrukturellen Ausstattung oder ihrer absehbar guten ÖPNV-Anbindung und der vorhandenen Flächenpotenziale Möglichkeiten zur gezielten Nachverdichtung, Arrondierung und Stadterweiterung. Gleichzeitig weisen diese Gebiete eher geringe Freiraumdefizite auf. Es handelt sich um Großsiedlungen oder auch um Gebiete mit heterogenen Nutzungsstrukturen im Übergang von innerstädtischen Gründerzeitvierteln zum Stadtrand.

Strategie: Diese Gebiete bedürfen frühzeitig einer fachübergreifenden Strategie, für welche Zielgruppen und Nutzungen und mit welchen Instrumenten neue Potenzialflächen erschlossen werden sollen. Bei Neubebauung sind die dadurch entstehenden Bedarfe für die soziale Infrastruktur, den Freiraum, die technischen und verkehrlichen Infrastrukturen sowie die Auswirkungen auf den ÖPNV, die Nahversorgung und die ökologischen Auswirkungen zu beachten. Die Prinzipien einer integrierten Quartiersentwicklung sind zu Grunde zu legen.

Qualitäten weiterentwickeln

Beschreibung: Die Ortsteile sind durch historisch gewachsene Ortslagen und einen höheren Anteil an Einfamilienhausgebieten gekennzeichnet. Es bestehen unterschiedliche infrastrukturelle Defizite, u.a. in Bezug auf die ÖPNV-Anbindung, die Nahversorgung oder die soziale Infrastruktur. Die Bevölkerungsentwicklung war nach einem meist starken Wachstum in den 1990er Jahren in letzter Zeit nur noch leicht ansteigend oder stabil. Ein Flächenangebot zur Nachverdichtung, Arrondierung oder durch die Umnutzung von Brachflächen ist vorhanden.

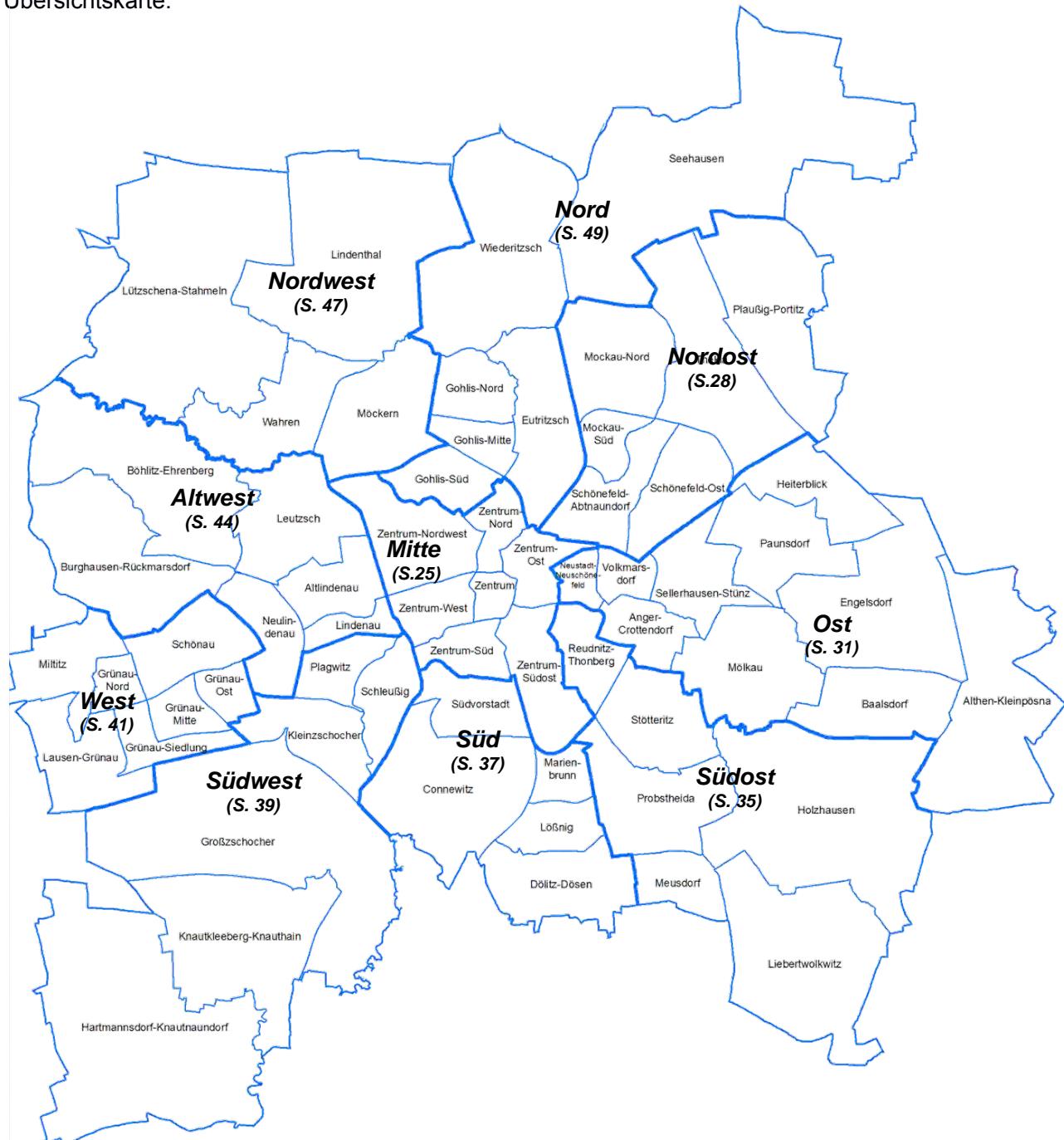
Strategie: In diesen Gebieten sollen die Entwicklung gestärkt und - bezogen auf den Ortsteil - die Infrastruktur und die Angebote bedarfsoorientiert nachgerüstet werden. Dabei bedarf es eines sorgfältigen Wechselspiels zwischen der bedarfsoorientierten Erweiterung von Angeboten und der Auslastung der vorhandenen Infrastruktur bzw. der baulichen Entwicklung des Ortsteils, z.B. Arrondierung oder Erweiterung von Wohnbauflächen. Eine zentrale Rolle spielen hierbei die Mehrfachnutzung von öffentlichen Gebäuden, z.B. für Vereins-/Bürgernutzung, die Ortsteilzentren und die Stärkung der Nahversorgung, aber auch die Unterstützung der identitätsstiftenden Angebote von (Heimat-) Vereinen, Kirchen und Initiativen. Auf die Übergänge von Stadtrand zur Landschaft muss zukünftig ein stärkerer Fokus gelegt werden. Gleichzeitig sind Funktionen, Begabungen und Belastungen der Ortsteile zu beachten, die sie für die Gesamtstadt übernehmen, z.B. durch gesamtstädtisch wirkende Gewerbegebiete.

2.2.2 Handlungsansätze in den Ortsteilen bis 2030

Für alle Ortsteile werden nachfolgend in kurzer Form die zentralen mittel- bis langfristigen Handlungsansätze beschrieben. Sie wurden auf Grundlage der Ortsteilbewertungen der Fachkonzepte und vorrangig bei einer hohen Priorität aus Sicht des Fachkonzeptes ausgewählt. In den Ortsteilen, die auch in einem fachübergreifenden Schwerpunktgebiet liegen, finden sich weitere Handlungsansätze in den Beschreibungen des jeweiligen Schwerpunktgebiets (B 2.1). Ergänzt werden die Handlungsansätze durch Angaben zur Einwohnerentwicklung, dem Altersdurchschnitt und der SGBII-Quote. Dies ermöglicht einen Vergleich des Ortsteiles mit anderen Ortsteilen und der gesamtstädtischen soziodemografischen Situation.

Hinweis: Kindertagesstätten werden in den einzelnen Steckbriefen nicht einzeln aufgeführt. Angesichts des Bedarfes von ca. 13.000 zusätzlichen Plätzen in Kindertagesstätten und Tagespflege im vorschulischen Bereich wird davon ausgegangen, dass bis 2030 in nahezu allen Ortsteilen eine Anpassung bzw. Erweiterung der bestehenden Infrastruktur erforderlich ist. Eine räumliche Schwerpunktsetzung des Ausbaus der Infrastruktur wird im langfristigen Entwicklungskonzept für das Kindertagesstättennetz der Stadt Leipzig ausgewiesen.

Die Ortsteile sind nach Stadtbezirken sortiert, die Seitenzahlen für die Stadtbezirke finden sich in der Übersichtskarte.



Durchschnittswerte Leipzig

Stadt Leipzig					
Einwohner 2012-2015	579.530 + 7,4 %	Altersdurchschnitt 2012-2015	43,2	SGB II-Quote ¹ 2012-2015	15,6 % ▼
			▼		▼

¹ SGB II-Quote: Anteil der Regelleistungsempfänger/innen von SGB II an der erwerbsfähigen Bevölkerung (bis 65 Jahre)

Stadtbezirk Mitte

Zentrum					Qualitäten bewahren	
	Einwohner 2012-2015	2.283 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	41,2 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	6,2 % ↘
Das Zentrum weist ein leicht über dem Durchschnitt liegendes Einwohnerwachstum auf. Der Anteil der Migrant/-innen liegt deutlich über dem städtischen Mittelwert.						

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Erweiterte Innenstadt*

Handlungsansätze bis 2030

- Stärkung City als multifunktionales Zentrum und Arbeitsplatzschwerpunkt, u. a. durch Erhalt und Qualifizierung kultureller Angebote, Stärkung des Einzelhandels, Unterstützung des Städte-, Wirtschafts- und Kongress-tourismus‘
- Umsetzung Konzept autoarme Innenstadt und Entwicklung innovativer Verkehrslösung für Promenadenring
- Verbesserung der Attraktivität, Barrierefreiheit und Nutzungsvielfalt des öffentlichen Raumes, identitäts-prägende Gestaltungssprache fortführen, Grün zur Verbesserung des Stadtklimas nutzen
- Begleitung bei der Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“
- gezielte Verknüpfung mit angrenzenden Flächenpotenzialen („Sprung über den Promenadenring“)

Zentrum-Ost					Wachstum jetzt gestalten	
	Einwohner 2012-2015	4.220 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	42,6 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	7,8 % ↗
Zentrum-Ost weist ein überdurchschnittliches Einwohnerwachstum auf. Die SGB II-Quote liegt deutlich unterhalb des Leipziger Durchschnitts.						

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Erweiterte Innenstadt*

Handlungsansätze bis 2030

- Instrumentenset zum Erhalt und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzen
- Clusterförderung (insb. Logistik, Energie, Medien), Bestandsentwicklung Gewerbegebäuden
- Qualifizierung von Innenentwicklung und Nachverdichtung durch mehr Grün im Stadtraum
- Erstellung und Umsetzung Verkehrskonzept Erweiterte Innenstadt, Verbesserung Umweltqualität (Stadtklima, Luft)
- Stärkung und zukunftsfähige Ausrichtung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen
- Neubau bedarfsgerechter Sport- und Bewegungsmöglichkeiten, Anbindung Parkbogen Ost, Sanierung Rad-trasse Parthe-Radweg

Zentrum-Südost					Wachstum jetzt gestalten	
	Einwohner 2012-2015	13.440 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	38,0 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	15,2 % ↘
Zentrum-Südost weist ein überdurchschnittliches Einwohnerwachstum mit besonders hohen Anteilen von Kindern und Jugendlichen (0-18 Jahre) auf.						

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Erweiterte Innenstadt*

Handlungsansätze bis 2030

- Instrumentenset zum Erhalt und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzen
- Entwicklungsgebiet Bayerischer Bahnhof/Alte Messe: integrierte Entwicklung eines urbanen sozial- und nutzungsstrukturell gemischten Quartiers und Unterstützung Wissens- und Technologietransfer am Wissenschaftsstandort
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Bereich Biocitycampus/Alte Messe, neue Grundschule Jablonowski-/ Brüderstraße
- Erstellung und Umsetzung Verkehrskonzept Erweiterte Innenstadt, Verbesserung Umweltqualität (Luft)
- Qualifizierung und Stärkung des Öffentlichen Raumes (Prager Straße, Bayerischer Platz)
- Sicherung von Flächen für Wissenschaftseinrichtungen und forschungsaffines Gewerbe
- Stärkung und zukunftsfähige Ausrichtung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen
- Grün- und Bewegungssachse vom Bayerischen Bahnhof zum Cospudener und Markleeberger See entwickeln, Sanierung Sporthalle

Zentrum-Süd					Qualitäten bewahren	
	Einwohner 2012-2015	12.617 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	41,5 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	7,2 % ↘
Zentrum-Süd weist ein durchschnittliches Einwohnerwachstum und eine deutlich geringere SGB-II-Quote auf als die Gesamtstadt.						

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Erweiterte Innenstadt*

Handlungsansätze bis 2030

- Entwicklungsgebiet Wilhelm-Leuschner-Platz: integrierte Entwicklung eines urbanen sozial- und nutzungsstrukturell gemischten Quartiers, incl. Absicherung Ansiedlungsoption für Wissenschaftseinrichtungen
- Erhalt der kulturellen Vielfalt
- Erstellung und Umsetzung Verkehrskonzept Erweiterte Innenstadt, Verbesserung Umweltqualität (Luft)
- Sanierung Sport- und Bewegungssachse Max-Reger-Allee, Management der Nutzungen im Clara-Zetkin-Park

Zentrum-West					Qualitäten bewahren	
	Einwohner 2012-2015	10.605 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	38,4 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	8,6 % ↘
Zentrum-West ist im Durchschnitt jünger und weist eine deutlich geringere SGB-II-Quote auf als die Gesamtstadt.						

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Erweiterte Innenstadt*

Handlungsansätze bis 2030

- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Grundschule, Gymnasium
- Sicherung und Qualifizierung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen, insbesondere zentral gelegener kultureller Standorte freier Träger (soziokulturelles Zentrum die VILLA)
- Erstellung und Umsetzung Verkehrskonzept Erweiterte Innenstadt, Qualifizierung und Stärkung Magistrale Jahnallee, Verbesserung Umweltqualität (Luft, Stadtklima)
- Sanierung Radtrasse Elsterradweg, Neubau Infrastruktur für Kanu/Rudern am Elsterbecken, Sanierung Sport- und Bewegungssachse Max-Reger-Allee
- Umsetzung Stadthafen und Einbindung in Gewässer- und Erholungsverbund, Grünvernetzung in den Auwald, Offenlegung Pleißemühlgraben Hauptfeuerwache zum Zoo

Zentrum-Nordwest					Qualitäten bewahren
	Einwohner 2012-2015	10.354 	Altersdurchschnitt 2012-2015	37,7 	SGBII-Quote 2012-2015 
Zentrum-Nordwest ist durch ein weniger starkes Einwohnerwachstum sowie eine sehr niedrige SGB-II-Quote gekennzeichnet.					

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Erweiterte Innenstadt*

Handlungsansätze bis 2030

- Ausbau Bildungsinfrastruktur: neue Grundschule (Max-Planck-Straße), Neubau Sportoberschule (Goyastraße)
- Erstellung und Umsetzung Verkehrskonzepte Erweiterte Innenstadt und für Umfeld Sportforum, Verbesserung Umweltqualität (Luft, Stadtklima)
- Qualifizierung und Stärkung Magistralen Jahnallee und Waldstraße
- Sicherung und Qualifizierung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen (Kultur- und Begegnungszentrum Ariowitsch-Haus, Schaffung Sportmuseum)
- Sanierung Radtrasse Elsterradweg, Sicherung Veranstaltungsstandort Sportforum, Neubau Infrastruktur für Kanu/Rudern am Elsterbecken

Zentrum-Nord					Wachstum jetzt gestalten
	Einwohner 2012-2015	8.663 	Altersdurchschnitt 2012-2015	41,0 	SGBII-Quote 2012-2015 
Zentrum-Nord weist ein leicht unterdurchschnittliches Einwohnerwachstum auf. Gleichwohl ist der Anteil der über 65-Jährigen deutlich gestiegen.					

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Erweiterte Innenstadt*

Handlungsansätze bis 2030

- Entwicklungsgebiet HBF-Westseite: integrierte Entwicklung eines urbanen sozial- und nutzungsstrukturell gemischten Quartiers
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Neubau Grundschule, Oberschule und ggf. Gymnasium Gelände HBF-Westseite
- Entwicklungsgebiet Freiladebahnhof Eutritzscher Straße: integrierte Entwicklung eines urbanen sozial- und nutzungsstrukturell gemischten Quartiers
- Erstellung und Umsetzung Verkehrskonzept Erweiterte Innenstadt
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Grundschule (ggf. Gymnasium), Erweiterung VHS (Standort Lohrstraße)
- Grünzug in Richtung Gohlis ausbilden
- Clusterförderung (Energie, Logistik)

Stadtbezirk Nordost

Schönefeld-Abtnaundorf				Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	12.108 ↑	Altersdurchschnitt 2012-2015	38,2 ↑	SGBII-Quote 2012-2015 25,5 % ↑
Schönefeld-Abtnaundorf weist ein leicht über dem Durchschnitt liegendes Einwohnerwachstum und eine deutlich überdurchschnittliche SGB-II-Quote auf.					

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Schönefeld*

Handlungsansätze bis 2030

- Förderprogramme mit sozialer Ausrichtung einsetzen; inklusive und präventive Ansätze in den sozialen Angeboten und Infrastrukturen sowie Vernetzung von Akteuren und Angeboten weiterentwickeln
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Oberschule (Reaktivierung Schulgebäude Löbauer Straße), Gymnasium (Gorkistraße, im Aufbau), Kapazitätserweiterung in Schulbezirken Astrid-Lindgren-/Clara-Wieck-Schule, Neubau Grundschule (gemeinsam mit Schönefeld-Ost)
- Unterstützung der Entwicklung soziokultureller Angebote in der alten Ortslage (Schloss Schönefeld)
- Stärkung Magistrale Gorkistraße (Nahversorgung, Öffentlicher Raum und ÖPNV)
- Bewegungsmöglichkeiten im Ortsteil fördern, Vernetzung zur Parthe entwickeln und Parklandschaften stärken, z.B. Mariannenpark, Abtnaundorfer Park
- Neubau bedarfsgerechter Sport- und Bewegungsmöglichkeiten, Sanierung Radtrasse Parthe-Radweg, Einbindung in Parkbogen Ost, Sportplatzanlage Mariannenpark weiterentwickeln

Schönefeld-Ost				Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	9.438 ↑	Altersdurchschnitt 2012-2015	53,1 ↑	SGBII-Quote 2012-2015 25,2 % ↑
Schönefeld-Ost ist durch einen starken Anstieg der Personengruppe der Kinder und Jugendlichen (0-18 Jahre) geprägt. Gleichwohl hat der Ortsteil einen hohen Altersdurchschnitt.					

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Schönefeld*

Handlungsansätze bis 2030

- Förderprogramme mit sozialer Ausrichtung einsetzen; inklusive und präventive Ansätze in den sozialen Angeboten und Infrastrukturen sowie Vernetzung von Akteuren und Angeboten weiterentwickeln, generationenübergreifende Ansätze unterstützen
- Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Kapazitätserweiterung in Schulbezirken Astrid-Lindgren-/Clara-Wieck-Schule, Neubau Grundschule (gemeinsam mit Schönefeld-Abtnaundorf)
- kulturelle Teilhabe ermöglichen, Unterstützung soziokultureller Angebote
- Stärkung Magistrale Gorkistraße, Erhalt und Weiterentwicklung D-Zentren (Nahversorgung, Öffentlicher Raum und ÖPNV)
- Einbindung in Parkbogen Ost

Mockau-Süd		Wachstum vorausschauend planen			
		Einwohner 2012-2015	4.430	Altersdurchschnitt 2012-2015	43,2
Mockau-Süd wächst weniger stark als die Gesamtstadt, wobei die Zahl der Kinder und der Hochbetagten deutlich zunimmt.					
Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets Mockau					
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Förderprogramme mit sozialer Ausrichtung einsetzen; inklusive und präventive Ansätze in den sozialen Angeboten und Infrastrukturen sowie Vernetzung von Akteuren und Angeboten weiterentwickeln - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Neubau Grundschule (gemeinsam mit Mockau-Nord) - Entwicklung sozialer Angebote (z.B. Offener Freizeittreff) sowie Unterstützung kultureller Projekte und Initiativen - Flächenpotenziale für Freiraumentwicklung nutzen (Spielplätze, Treffpunkte) - Sanierung Radtrasse Parthe-Radweg, Durchgängigkeit in Richtung Parthe verbessern (Öffnung Kleingärten), Sportplatzanlage An der Parthe weiterentwickeln - Qualifizierung und Stärkung Magistrale Mockauer Straße - Stärkung Gewerbegebiet um Friedrichshafner Straße 					

Mockau-Nord		Wachstum vorausschauend planen			
		Einwohner 2012-2015	11.028	Altersdurchschnitt 2012-2015	49,6
Mockau-Nord wächst weniger stark als Gesamt-Leipzig, wobei die Anzahl der Kinder und Jugendlichen deutlich zunimmt.					
Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets Mockau					
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Förderprogramme mit sozialer Ausrichtung einsetzen; inklusive und präventive Ansätze in den sozialen Angeboten und Infrastrukturen sowie Vernetzung von Akteuren und Angeboten weiterentwickeln, generationenübergreifende Ansätze unterstützen - Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Neubau Grundschule (gemeinsam mit Mockau-Süd) - kulturelle Teilhabe ermöglichen durch Unterstützung bei der Etablierung wohnortnaher Angebote - Schule als außerschulischen Treffpunkt mit sozialen Angeboten weiterentwickeln - Weiterentwicklung Grünstruktur, z.B. Umnutzung ehemaliger Friedhof zum naturnahen Stadtteilpark - Verbesserung ÖPNV-Erschließung, Neubau Stadtbahn im Bereich Mockauer/Tauchaer Straße - Qualifizierung und Stärkung Magistrale Mockauer Straße 					

Thekla					Qualitäten weiterentwickeln	
	Einwohner 2012-2015	5.716	Altersdurchschnitt 2012-2015	52,5	SGBII-Quote 2012-2015	11,6 %
Der Einwohnerzuwachs liegt mit knapp 4 % deutlich unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen hat sehr deutlich zugenommen.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen - Ausbau Bildungsinfrastruktur: neue Grundschule Tauchaer Straße - Unterstützung kultureller, sozialer und Sportangebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen, - Vernetzung der Angebote und Akteure, generationenübergreifende Angebote prüfen - Trassenfreihaltung Verlängerung Linie 9 bis S-Bahnhof Thekla - Ausbau Parthe-Radweg 						

Plaußig-Portitz					Qualitäten weiterentwickeln	
	Einwohner 2012-2015	2.612	Altersdurchschnitt 2012-2015	47,7	SGBII-Quote 2012-2015	3,3 %
Mit lediglich 0,1 % Wachstum bleibt die Bevölkerungszahl nahezu konstant. Die niedrige SGB-II-Quote liegt deutlich unter dem Leipziger Durchschnitt.						
Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets Nordraum Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Anpassung der vorhandenen Wohnbauflächen an aktuelle Entwicklungsbedarfe (Parkstadt 2000) - Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen - Umsetzung Sofortmaßnahmen Nordraumkonzept - Ausgleichsflächen Industriepark Nord für Naturschutz und Erholung weiterentwickeln - Ausbau Breitbandinfrastruktur - Bestandsentwicklung Industriepark Nord sichern, u. a. Erreichbarkeit mit ÖPNV verbessern - Verkehrsmanagement Wirtschaftsverkehr für Minderung Durchgangsverkehr in Ortslagen 						

Stadtbezirk Ost

Neustadt-Neuschönefeld					Wachstum jetzt gestalten	
	Einwohner 2012-2015	11.561 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	35,6 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	29,1 % ↗
Neustadt-Neuschönefeld wächst stark. Die SGB-II-Quote liegt deutlich über dem Leipziger Mittel. Der Anteil der Migrant/-innen liegt deutlich über dem städtischen Mittelwert.						

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Leipziger Osten*

Handlungsansätze bis 2030

- Förderprogramme mit sozialer Ausrichtung einsetzen; inklusive und präventive Ansätze in den sozialen Angeboten und Infrastrukturen sowie Vernetzung von Akteuren und Angeboten weiterentwickeln, mit besonderem Fokus auf Integration von Migrant/-innen
- Instrumentenset zum Erhalt und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzen, dabei Wohnungsbestand qualifizieren und behutsam ergänzen
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Neubau Grundschulen Schulbezirk August-Bebel-Schule sowie im Schulbezirk Schule am Rabet (im Zusammenhang mit Volkmarsdorf)
- Etablierung/Sicherung sozialer und kulturell arbeitender Projekte und Einrichtungen, dabei Verfestigung entstandener kleinteiliger Strukturen, die den sozialen Zusammenhalt befördern
- Neubau Schwimmhalle (Versorgung für Stadtbezirk Ost), Aufwertung Stadtteilpark Rabet mit neuen Sport- und Bewegungsmöglichkeiten, Sportinfrastruktur sichern und weiterentwickeln
- Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt und Qualifizierung
- Qualifizierung und Stärkung Magistrale Eisenbahnstraße

Volkmarsdorf					Wachstum jetzt gestalten	
	Einwohner 2012-2015	10.991 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	36,3 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	38,2 % ↗
Volkmarsdorf weist sehr starke Einwohnerzuwächse auf. Die SGB-II-Quote liegt sehr deutlich über dem Leipziger Mittel. Der Anteil der Migrant/-innen liegt deutlich über dem städtischen Mittelwert.						

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Leipziger Osten*

Handlungsansätze bis 2030

- Förderprogramme mit sozialer Ausrichtung einsetzen; inklusive und präventive Ansätze in den sozialen Angeboten und Infrastrukturen sowie Vernetzung von Akteuren und Angeboten weiterentwickeln, mit besonderem Fokus auf Integration von Migrant/-innen
- Instrumentenset zum Erhalt und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzen, dabei Wohnungsbestand qualifizieren und behutsam ergänzen
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Quartiersschule Ihmelsstraße (Oberschule und Gymnasium), Neubau Grundschulen Schulbezirk August-Bebel-Schule sowie im Schulbezirk Schule am Rabet, Schaffung Angebote VHS (im Zusammenhang mit Neustadt-Neuschönefeld)
- ausgewogene Innenentwicklung, Qualifizierung durch mehr Grün im Stadtraum
- Etablierung/Sicherung sozialer und kulturell arbeitender Projekte und Einrichtungen (Standortprüfung „Kino der Jugend“), Verfestigung entstandener kleinteiliger Strukturen, die den sozialen Zusammenhalt befördern
- Etablierung eines neuen Standortes für Stadtteilbibliothek
- Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt und Qualifizierung
- Qualifizierung und Stärkung Magistrale Eisenbahnstraße
- Sportinfrastruktur sichern und weiterentwickeln ((Sportplatzanlage Wurzner Straße), Einbindung in den Parkbogen Ost)

Anger-Crottendorf					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	11.024 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	37,9 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	21,4 % ↗
Anger-Crottendorf weist ein leicht über dem Durchschnitt liegendes Bevölkerungswachstum sowie eine überdurchschnittliche SGB-II-Quote auf.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - sozioökonomische Entwicklung beobachten und mit kleinteiligen präventiven Maßnahmen im Bereich Bildung und Soziales begleiten, Akteure vor Ort vernetzen - Erweiterung des Wohnungsbestands mit sozialer- und nutzungsstruktureller Mischung entwickeln, dabei Entwicklung nutzen, um neue Qualitäten auch für die umliegenden Quartiere zu schaffen - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Neubau Grundschule im Schulbezirk Anger-Crottendorf, Kapazitätserweiterung Ernst-Pinkert-Schule - Verbesserung ÖPNV-Erschließung (Gregor-Fuchs-Straße), Trassenfreihaltung für Straßenbahn in Zweinaundorfer/Gregor-Fuchs-Straße, Verbesserung der Umweltqualität (Luft) - Unterstützung kultureller Initiativen und Projekte, Entwicklung neuer Angebote 						

Sellerhausen-Stünz					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	8.700 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	47,0 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	20,6 % ↗
Sellerhausen-Stünz weist ein leicht über dem Durchschnitt liegendes Bevölkerungswachstum mit einem sehr starken Anstieg der Zahl von Kindern und Jugendlichen auf.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen - sozioökonomische Entwicklung beobachten und mit kleinteiligen präventiven Maßnahmen im Bereich Bildung und Soziales begleiten, Akteure vor Ort vernetzen - Unterstützung kultureller Initiativen und Projekte, Entwicklung neuer Angebote, Entwicklung Freiflächen Stünzer Park und Umfeld, Weiterentwicklung Östliche Rietzschnke im Grünverbund - Weiterentwicklung Sportplatzanlage Torgauer Straße, Einbindung in Parkbogen Ost 						

Paunsdorf					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	14.127 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	45,8 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	30,3 % ↗
Paunsdorf wächst weniger stark als die Gesamtstadt Leipzig. Die SGB-II-Quote ist fast doppelt so hoch wie der Leipziger Durchschnittswert.						
Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets Paunsdorf Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Förderprogramme mit sozialer Ausrichtung einsetzen; inklusive und präventive Ansätze in den sozialen Angeboten und Infrastrukturen sowie Vernetzung von Akteuren und Angeboten in Zusammenarbeit mit Wohnungsmarktreuren weiterentwickeln - mit besonderem Fokus auf Integration, generationenübergreifende Ansätze unterstützen - Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Oberschule (Reaktivierung Schulgebäude Hainbuchenstraße) - Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt und Qualifizierung - Standortverlagerung und Qualifizierung Stadtteilbibliothek, auch gemeinsam mit anderen Einrichtungen (Volkshochschule), kulturelle Teilhabe ermöglichen durch Unterstützung bei der Etablierung wohnortnaher Angebote - Weiterentwicklung Sportplatzanlage Döllingstraße 						

Heiterblick					Wachstum vorausschauend planen
	Einwohner 2012-2015	3.689	Altersdurchschnitt 2012-2015	52,5	SGBII-Quote 2012-2015
Heiterblick weist ein negatives Einwohnerwachstum sowie einen höheren Altersdurchschnitt auf. Die SGB-II-Quote liegt deutlich unter dem Leipziger Mittel.					

Handlungsansätze bis 2030

- Flächenpotenziale zur Schaffung neuen Wohnraums nutzen, in Verbindung mit bedarfsgerechter Entwicklung von ÖPNV und sozialer Infrastruktur
- Bestandsentwicklung Gewerbegebiete
- Realisierung Geh-/Radweg Heiterblick
- Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen und Initiativen

Mölkau					Qualitäten weiterentwickeln
	Einwohner 2012-2015	5.971	Altersdurchschnitt 2012-2015	50,8	SGBII-Quote 2012-2015
Mölkau ist durch einen leichten Einwohnerwachstum sowie einen höheren Altersdurchschnitt gekennzeichnet. Die SGB-II-Quote liegt deutlich unter dem Leipziger Mittel.					

Handlungsansätze bis 2030

- Ausbau Bildungsinfrastruktur: langfristige Kapazitätserweiterung Schule Mölkau (Oberschule)
- Weiterentwicklung Sportplatzanlage Mölkau und Sicherung eines zweiten Sportplatzstandortes
- Trassenfreihaltung für Straßennetzergänzung (Bahnvariante)
- Trassenfreihaltung für Straßenbahn in Engelsdorfer Straße bzw. Verbesserung des ÖPNV durch Buslinien, Radweg Engelsdorfer bis Sommerfelder Straße
- Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen
- Landschaftsentwicklung mit Schwerpunkt Erholung - in Kooperation mit der Landwirtschaft
- Baurecht schaffen für neues Nahversorgungszentrum/Ansiedlung eines Nahversorgers
- Errichten und Betreiben einer städtischen Kultur- oder Bildungseinrichtung auf dem Ortsgebiet

Engelsdorf					Qualitäten weiterentwickeln
	Einwohner 2012-2015	9.337	Altersdurchschnitt 2012-2015	45,9	SGBII-Quote 2012-2015
Engelsdorf weist ein knapp überdurchschnittliches Einwohnerwachstum mit einer starken Zunahme der Personen ab 80 Jahre auf.					

Handlungsansätze bis 2030

- Flächenpotenziale zur Schaffung neuen Wohnraums und wohnortnaher Infrastruktur nutzen, in Verbindung mit bedarfsgerechter Entwicklung von ÖPNV und sozialer Infrastruktur
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Kapazitätserweiterung Christoph-Arnold-Schule, Neubau Zweifeldsporthalle
- Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen
- Bestandsentwicklung Gewerbegebiete, insb. Gewerbehof Hans-Weigel-Straße; langfristiges Potenzial ehemaliges RAW
- Verbesserung Radverkehrsverbindungen, insb. zwischen Baalsdorf-Holzhausen-Mölkau; Ausbau Straßen, u.a. Althener Straße
- Baurecht schaffen für neues Nahversorgungszentrum/Ansiedlung eines Nahversorgers

Baalsdorf					Qualitäten weiterentwickeln
	Einwohner 2012-2015	1.792	Altersdurchschnitt 2012-2015	43,1	SGBII-Quote 2012-2015
Baalsdorf wächst weniger stark als Gesamt-Leipzig. Die SGB-II-Quote liegt deutlich unter dem Leipziger Mittel.					
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen - Verbesserung Radverkehrsverbindungen, insb. zwischen Baalsdorf-Holzhausen - Landschaftsentwicklung mit Schwerpunkt Erholung - in Kooperation mit der Landwirtschaft - Örtliches Nahversorgungsangebot aus- bzw. aufbauen (mit Althen-Kleinpösna) 					

Althen-Kleinpösna					Qualitäten weiterentwickeln
	Einwohner 2012-2015	2.146	Altersdurchschnitt 2012-2015	47,0	SGBII-Quote 2012-2015
Althen-Kleinpösna weist ein unterdurchschnittliches Einwohnerwachstum bei einem steigenden Altersdurchschnitt auf.					
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen - Verbesserung Radverkehrsverbindungen, Ausbau Straßen, u. a. Kreisverkehr Hersvelder/ Hirschfelder Str. - Örtliches Nahversorgungsangebot aus- bzw. aufbauen (mit Baalsdorf) - Neubau S-Bahn-Haltepunkt Althen 					

Stadtbezirk Südost

Reudnitz-Thonberg					Wachstum jetzt gestalten
	Einwohner 20.546 2012-2015	20.546 2012-2015	Altersdurchschnitt 37,1 2012-2015	37,1 2012-2015	SGBII-Quote 16,5 % 2012-2015
Reudnitz-Thonberg wächst geringfügig stärker als Gesamt-Leipzig. Das Durchschnittsalter nimmt ab und liegt unter dem Leipziger Durchschnitt.					

Handlungsansätze bis 2030

- Instrumentenset zum Erhalt und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzen
- Erweiterung des Wohnungsbestands mit sozialer- und nutzungsstruktureller Mischung entwickeln, dabei Entwicklung nutzen, um neue Qualitäten auch für die umliegenden Quartiere zu schaffen
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Neubau Grundschule (gemeinsam mit Stötteritz), Neubau Oberschule, Ersatzbau für Wilhelm-Busch-Schule, Kapazitätserweiterung Fritz-Baumgarten-Schule, Kapazitätserweiterung 125. Schule, Neubau Gymnasium im Bereich Prager Dreieck, Erweiterung Angebot VHS (Etablierung neuer Standort)
- Sicherung, Qualifizierung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen (Mühlstraße 14 e.V.), Optimierung und Anpassung der Stadtteilbibliothek, Unterstützung kultureller Initiativen und Projekte
- Qualifizierung und Stärkung Magistrale Breite Straße/Dresdner Straße
- Einbindung Parkbogen Ost
- Verbesserung der Umweltqualität (Luft, Verkehrslärm, Stadtklima)

Stötteritz					Wachstum jetzt gestalten
	Einwohner 16.197 2012-2015	16.197 2012-2015	Altersdurchschnitt 41,7 2012-2015	41,7 2012-2015	SGBII-Quote 12,2 % 2012-2015
Stötteritz ist durch ein leicht über dem Durchschnitt liegendes Einwohnerwachstum sowie eine unterdurchschnittliche SGB-II-Quote gekennzeichnet.					

Handlungsansätze bis 2030

- Instrumentenset zum Erhalt und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzen
- Erweiterung des Wohnungsbestands mit sozialer- und nutzungsstruktureller Mischung entwickeln, dabei Entwicklung nutzen, um neue Qualitäten auch für die umliegenden Quartiere zu schaffen
- Verbesserung ÖPNV-Erschließung (Kolmsiedlung/Sonnenwinkel), Trassensicherung Verlängerung Linie 4 Stötteritz/Herzzentrum
- Trassenfreihaltung für Straßennetzergänzung (Bahnvariante)
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Neubau Grundschule (gemeinsam mit Reudnitz-Thonberg), Sicherung Fläche für zwei weiterführende Schulstandorte
- Weiterentwicklung Südoststadion und Sportplatzanlage Prager Straße
- Unterstützung kultureller, sozialer und sportlicher Initiativen und Projekte, Entwicklung neuer wohnortnaher Angebote
- Landschaftsentwicklung und Qualifizierung von Grünzügen mit Schwerpunkt Erholung
- Verbesserung der Umweltqualität (Luft, Verkehrslärm, Stadtklima)

Probstheida					Wachstum vorausschauend planen
	Einwohner 6.315 2012-2015	6.315 2012-2015	Altersdurchschnitt 50,7 2012-2015	50,7 2012-2015	SGBII-Quote 9,6 % 2012-2015
Probstheida zeigt ein leicht unter dem Leipziger Durchschnitt liegendes Einwohnerwachstum mit einem geringer werdenden Altersdurchschnitt auf.					

Handlungsansätze bis 2030

- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Ersatzneubau für 31. Schule, Erhalt und Sicherung von Sportstätten
- Trassensicherung Verlängerung Linien 4 und 15 Stötteritz/Herzzentrum
- Unterstützung kultureller, sozialer und Sportangebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen
- Clusterförderung (Gesundheitswirtschaft)
- Weiterentwicklung Sportplatzanlagen Bruno-Plache-Stadion
- Stärkung Grünstrukturen in Naherholungsflächen

Meusdorf					Qualitäten weiterentwickeln	
	Einwohner 2012-2015	3.446	Altersdurchschnitt 2012-2015	48,5	SGBII-Quote 2012-2015	10,1 %
Meusdorf weist ein geringes Einwohnerwachstum von 0,7 % (2012-2015) auf. Das Durchschnittsalter steigt geringfügig an.						

Handlungsansätze bis 2030

- Flächenpotenziale zur Schaffung neuen Wohnraums nutzen (Parkstadt Dösen), in Verbindung mit bedarfsgerechter Entwicklung von ÖPNV (siehe Stadtbahnlinie 15) und sozialer Infrastruktur
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Reaktivierung des Schulgebäudes in der Höltzstraße
- Verbesserung ÖPNV-Erschließung (Kleinsiedlung Meusdorf)
- Geh-/Radweg Leinestraße von Magdeborner bis Eigenheimstraße
- Erholungsfunktion stärken: Grün- und Bewegungssachse vom Bayerischen Bahnhof zum Markleeberger See entwickeln, bessere Erreichbarkeit Freiräume ehemalige Deponie
- Baurecht schaffen für neues Nahversorgungszentrum/Ansiedlung eines Nahversorgers

Liebertwolkwitz					Qualitäten weiterentwickeln	
	Einwohner 2012-2015	5.284	Altersdurchschnitt 2012-2015	47,6	SGBII-Quote 2012-2015	8,2 %
Liebertwolkwitz ist durch ein leichtes Einwohnerwachstum von 1,1 % (2012-2015) geprägt. Die SGB-II-Quote liegt deutlich unter dem gesamtstädtischen Wert.						

Handlungsansätze bis 2030

- Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen; Sicherung von Projekten, die der Entwicklung des kulturellen Lebens und der Brauchtumspflege dienen
- naturverträgliche Erholungsangebote in rekultiviertem Tonabbaugebiet und in Kooperation mit der Landwirtschaft
- Weiterentwicklung Sportplatzanlage Liebertwolkwitz und Sportfläche Kuhweide
- Untersuchungsstrecke Neubau Stadtbahn Linie 15 in Wechselwirkung zu Neubaupotenzialen, Wegeausbau Rad-/Gehweg an Naunhofer Landstraße und Muldentalstraße

Holzhausen					Qualitäten weiterentwickeln	
	Einwohner 2012-2015	6.340	Altersdurchschnitt 2012-2015	48,6	SGBII-Quote 2012-2015	6,5 %
Holzhausen wächst weniger stark als die Gesamtstadt Leipzig und ist durch eine deutlich unterdurchschnittliche SGB-II-Quote geprägt.						

Handlungsansätze bis 2030

- bestehende Jugendhilfeinfrastruktur sichern und konzeptionell weiterentwickeln
- Landschaftsentwicklung mit Schwerpunkt Erholung in Kooperation mit der Landwirtschaft
- Sicherung und Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen
- Erhalt, Stärkung und Qualifizierung der baulichen Strukturen
- Verbesserung ÖPNV-Erschließung (Süden Ortslage Holzhausen)
- Fortsetzung Radweg Ostseite an Baalsdorfer Straße
- Baurecht schaffen für neues Nahversorgungszentrum/Ansiedlung eines Nahversorgers

Stadtbezirk Süd

Südvorstadt					Qualitäten bewahren	
	Einwohner 2012-2015	24.847 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	36,4 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	7,1 % ↗
Die Einwohnerzahl wächst weniger stark als in der Gesamtstadt, wobei die Anzahl der Kinder und Jugendlichen sowie der Personen über 80 Jahre überdurchschnittlich zunimmt.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklungsgebiet Bayerischer Bahnhof: integrierte Entwicklung eines urbanen, sozial- und nutzungsstrukturrell gemischten Quartiers - mehr Grün im bestehenden Stadtraum; Grün-, Sport- und Bewegungssachse vom Bayerischen Bahnhof zum Cospudener und Markleeberger See entwickeln (Radtrasse) - Ausbau Bildungsinfrastruktur: eine neue Grundschule (Reaktivierung altes Gebäude 3. Schule), eine Oberschule (gemeinsam mit Connewitz) - Schaffung von Räumen für Musikschule in Stadtteilbibliothek, Sanierung Stadtteilbibliothek - Straßenbaumaßnahmen in Verbindung mit Qualifizierung und Stärkung des öffentlichen Raums, z. B. Bernhard-Göring-, Arthur-Hoffmann-, Kurt-Eisner-Straße, dabei auch Verbesserung Umweltqualität (Luft, Verkehrslärm, Stadtklima) - Stabilisierung Zentrum und Magistrale Karl-Liebknecht-Straße sowie zukunftsfähige Ausrichtung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen 						

Connewitz					Wachstum jetzt gestalten	
	Einwohner 2012-2015	18.487 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	39,4 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	12,6 % ↗
Connewitz weist ein leicht unter dem Durchschnitt liegendes Einwohnerwachstum und eine unterdurchschnittliche SGB-II-Quote auf.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Instrumentenset zum Erhalt und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzen - mehr Grün im bestehenden Stadtraum; Grün-, Sport- und Bewegungssachse vom Bayerischen Bahnhof zum Cospudener und Markleeberger See entwickeln (Radtrasse in Verbindung mit Areal Bayerischer Bahnhof) - Ausbau Bildungsinfrastruktur: eine Oberschule (gemeinsam mit Südvorstadt) - Weiterentwicklung Sportplatzanlage Teichstraße - Flächensicherung unterstützen für Wissenschaftseinrichtung im Umfeld der HTWK und Förderung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen - Stabilisierung Zentrum und Magistrale Karl-Liebknecht-Straße sowie zukunftsfähige Ausrichtung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen 						

Marienbrunn					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	6.073 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	49,5 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	6,2 % ↗
Marienbrunn wächst weniger stark und ist im Durchschnitt älter als die Gesamtstadt. Die SGB-II-Quote liegt deutlich unter dem städtischen Mittelwert.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Neubau Grundschule (gemeinsam mit Lößnig) - Unterstützung der Entwicklung wohnortnaher Angebote, die kulturelle Teilhabe ermöglichen - Schaffung einer attraktiven Grün-, Sport- und Bewegungssachse vom Bayerischen Bahnhof bis Markkleeberger See 						

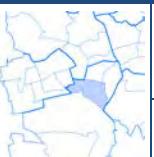
Lößnig					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	11.059	Altersdurchschnitt 2012-2015	49,0	SGBII-Quote 2012-2015	19,3 %
Lößnig weist geringe Einwohnerzuwächse sowie eine überdurchschnittliche SGB-II-Quote auf. Der Altersdurchschnitt liegt über dem städtischen Mittelwert.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen - sozioökonomische Entwicklung beobachten und mit kleinteiligen präventiven Maßnahmen im Bereich Bildung und Soziales begleiten, Akteure vor Ort vernetzen - Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen, Kirchen und Initiativen - Neubau einer Schwimmhalle (Versorgung für Stadtbezirk Süd) - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Neubau Grundschule (gemeinsam mit Marienbrunn) - Schaffung einer attraktiven Grün-, Sport- und Bewegungsachse vom Bayerischen Bahnhof bis Markkleeberger See 						

Döllitz-Dösen					Qualitäten weiterentwickeln	
	Einwohner 2012-2015	4.734	Altersdurchschnitt 2012-2015	43,9	SGBII-Quote 2012-2015	9,1 %
Döllitz-Dösen wächst etwas weniger stark als die Gesamtstadt Leipzig. Die SGB-II-Quote sinkt und liegt unterhalb der Quote Leipzigs.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung Sportplatzanlage Goethestieg und Errichtung von Schulsportfreianlagen auf dem Gelände der Südkampfbahn - Schaffung einer attraktiven Grün-, Sport- und Bewegungsachse vom Bayerischen Bahnhof bis zum Markkleeberger See - Stadtbahnausbau Bornaische Straße prüfen, Straßenbau Goethestieg von Matzelstraße bis B2 - Qualifizierung und Stärkung öffentlicher Raum (Bornaische Straße) - Baurecht schaffen für neues Nahversorgungszentrum/Ansiedlung eines Nahversorgers - Sicherung agra als Veranstaltungsort (u.a. Wave Gotik-Treffen) 						

Stadtbezirk Südwest

Schleußig					Qualitäten bewahren	
	Einwohner 2012-2015	12.577 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	35,8 ↗	SGBII-Quote 2012-2015	6,3 % ↘
Schleußig zeigt ein leichtes Einwohnerwachstum von fast einem Prozent auf. Die SGB-II-Quote sinkt und liegt deutlich unter dem städtischen Mittel.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Ausbau der Bildungsinfrastruktur im Zusammenhang mit benachbarten Ortsteilen - Verbesserung der Umweltqualität (Luft, Stadtclima, Verkehrslärm) - Weiterentwicklung Sportplatzanlage Nonnenwiese und Ausbau der Radtrasse Elsterradweg 						

Plagwitz					Wachstum jetzt gestalten	
	Einwohner 2012-2015	15.067 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	37,9 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	14,1 % ↘
Plagwitz wächst stärker als die Gesamtstadt Leipzig, mit einem besonders starken Zuwachs an Kindern und Jugendlichen. Die SGB-II-Quote liegt leicht unter dem städtischen Mittel.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Instrumentenset zum Erhalt und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzen - Ausbau der Bildungsinfrastruktur: Neubau Grundschule im Bereich der Gießerstraße, Neubau Oberschule und von Sport- und Bewegungsmöglichkeiten - Sicherung und Begleitung der vielfältigen kulturell/künstlerischen Entwicklung durch Unterstützung und Vernetzung von Projekten und stadtteilbezogenen Angeboten und Einrichtungen - Sicherung und Profilierung innerstädtischer Gewerbegebiete, dabei Ansiedlungspotenziale für KMU erhalten und qualifizieren - Entwicklungsgebiet Plagwitz/Neulindenau: Entwicklung und modellhafte Umsetzung zukunftsfähiger Lösungen für städtische Infrastrukturen, Energie und nachhaltige Mobilität im Rahmen des Smart City-Strategiepapiers - Qualifizierung von Innenentwicklung und Nachverdichtung durch mehr Grün im Stadtraum (Stadtclima) - Qualifizierung und Stärkung Magistralen (Karl-Heine-Straße, Zschochersche Straße,), Ausbau Knotenpunkt Adler, Minderung des Verkehrslärms 						

Kleinzschocher					Wachstum jetzt gestalten	
	Einwohner 2012-2015	9.446 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	40,5 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	22,8 % ↘
Kleinzschocher verzeichnet ein positives Einwohnerwachstum mit starkem Anstieg der Kinder bis 6 Jahre. Die SGB-II-Quote liegt deutlich über dem gesamtstädtischen Wert.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - sozioökonomische Entwicklung beobachten und mit kleinteiligen präventiven Maßnahmen im Bereich Bildung und Soziales begleiten, Akteure vor Ort vernetzen - Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen, Kirchen und Initiativen - Instrumentenset zum Erhalt und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzen - Ausbau der Bildungsinfrastruktur: Ersatzneubau einer Grundschule für die Schule am Adler, neue Oberschule (Reaktivierung Ratzelstraße 26) - Umsetzung der naturschutzorientierten Entwicklung des südlichen Plagwitzer Bahnhofs und Schaffung einer Grün- Sport- und Bewegungssachse zum südlichen Auwald - Weiterentwicklung von Sportstätten: Stadion der Freundschaft und Sportplatzanlage Karl Siegmeier, Radrennbahn, Tischtennishalle Dieskastraße 79, Kurt-Kresse-Kampfbahn - Qualifizierung und Stärkung Magistrale/Zentrum (Dieskastraße), Ausbau Dieskastraße mit Verbesserungen für Straßen-, Radverkehr und ÖPNV 						

Großzschocher					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	9.059 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	51,0 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	14,9 % ↗
Großzschocher weist ein leichtes Einwohnerwachstum von 1,3 % sowie eine fast durchschnittliche SGB-II-Quote auf.						
Handlungsansätze bis 2030						
<ul style="list-style-type: none"> - Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen - Qualifizierung und Stärkung Magistrale/Zentrum (Dieskastraße), Ausbau Dieskastraße mit Verbesserungen für Straßen-, Radverkehr und ÖPNV - Ausbau Gerhard-Ellrodt-Straße (West) - Sicherung innerstädtischer Gewerbegebiete (Bauleitplanung) - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Sicherung eines Schulstandortes (Ersatzneubau 120. Schule) - Ausbau der mobilen Versorgung Bibliothek; Unterstützung der Entwicklung wohnortnaher Angebote, die kulturelle Teilhabe ermöglichen 						

Knautkleeberg-Knauthain					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	5.442 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	45,1 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	4,4 % ↗
Knautkleeberg-Knauthain verzeichnet ein positives Einwohnerwachstum, besonders der Personen ab 80 Jahre. Die SGB-II-Quote liegt deutlich unter dem gesamtstädtischen Wert.						
Handlungsansätze bis 2030						
<ul style="list-style-type: none"> - Flächenpotenziale zur Schaffung neuen Wohnraums in Verbindung mit bedarfsgerechter Entwicklung von ÖPNV und sozialer Infrastruktur nutzen - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Erweiterung und Sanierung der 60. Schule - Erhalt, Stärkung und Qualifizierung der alten Ortskerne - Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen, Kirchen und Initiativen - Verbesserung ÖPNV-Erschließung, Radverkehrsverbindung verbessern (Dieskastraße) - örtliches Nahversorgungsangebot aus- bzw. aufbauen (mit Hartmannsdorf-Knautnaundorf) 						

Hartmannsdorf-Knautnaundorf					Qualitäten weiterentwickeln	
	Einwohner 2012-2015	1.380 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	45,5 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	4,3 % ↗
Hartmannsdorf-Knautnaundorf verzeichnet ein positives Einwohnerwachstum, besonders der Personen ab 80 Jahre. Die SGB-II-Quote liegt deutlich unter dem gesamtstädtischen Wert.						
Handlungsansätze bis 2030						
<ul style="list-style-type: none"> - örtliches Nahversorgungsangebot ausbauen (mit Knautkleeberg-Knauthain) - Rad- und Fußwege ausbauen, insb. Zeitzer Straße, Tagebaustraße - Entwicklung Nordufer Zwenkauer See, Ansiedlung von Wassersportstützpunkten - Erhalt, Stärkung und Qualifizierung der alten Ortskerne - Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen, Kirchen und Initiativen - Bestandsentwicklung/-erweiterung Gewerbegebiete - Landschaftsentwicklung und Erholungsnutzung nach Aufgabe des Rohstoffabbau - grundsätzliche Verbesserung der Gewässersituation 						

Stadtbezirk West

Schönau					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	4.433	Altersdurchschnitt 2012-2015	48,1	SGBII-Quote 2012-2015	25,1 %
Schönau weist wachsende Einwohnerzahlen mit besonders starkem Zuwachs der Kinder und Jugendlichen auf. Die SGB-II-Quote ist überdurchschnittlich hoch.						
Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets <i>Grünau</i>						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen - sozioökonomische Entwicklung beobachten und mit kleinteiligen präventiven Maßnahmen im Bereich Bildung und Soziales begleiten, Akteure vor Ort vernetzen - Unterstützung kultureller Initiativen und Projekte, kulturelle Teilhabe ermöglichen - Neubau bedarfsgerechter Sport- und Bewegungsmöglichkeiten, Radweg Lindenauer Hafen - Entwicklung Landschaftspark Lindenauer Hafen Westufer bis Schönau - Tourismus/Gewässernetz: Anbindung an den Elster-Saale-Kanal und Entwicklung Marina 						

Grünau-Ost					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	7.633	Altersdurchschnitt 2012-2015	53,8	SGBII-Quote 2012-2015	25,6 %
Grünau-Ost verzeichnet Einwohnergewinne mit besonders starken Zuwächsen der Kinder und Jugendlichen. Die SGB-II-Quote ist überdurchschnittlich hoch.						
Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets <i>Grünau</i>						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Förderprogramme mit sozialer Ausrichtung einsetzen; inklusive und präventive Ansätze in den sozialen Angeboten und Infrastrukturen sowie Vernetzung von Akteuren und Angeboten weiterentwickeln, mit besonderem Fokus auf Integration; generationenübergreifende Ansätze unterstützen - Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen - Vernetzung und Ausbau Kooperationen zwischen formalen Bildungseinrichtungen und Kultur-, Freizeit- und Sporteinrichtungen, Ausbau der Erwachsenenbildung - Sicherung und Stärkung der Angebote und Einrichtungen, insbesondere der generationsübergreifenden Arbeit (Großstadtkinder e. V./Theatrium, urban souls e. V.) - Stärkung Zentrum Grünauer Allee (Erschließung, Aufwertung öffentlicher Raum) - Trassenfreihaltung Straßenbahn Brünner Straße, Radverkehrsanbindung Robert-Koch-Park 						

Grünau-Mitte					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	12.306 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	47,4 ↗	SGBII-Quote 2012-2015	36,8 % ↗
Grünau-Mitte ist durch Einwohnergewinne mit besonders starken Zuwächsen der Kinder und Jugendlichen gekennzeichnet. Die SGB-II-Quote ist überdurchschnittlich hoch.						

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Grünau*

Handlungsansätze bis 2030

- Förderprogramme mit sozialer Ausrichtung einsetzen; inklusive und präventive Ansätze in den sozialen Angeboten und Infrastrukturen sowie Vernetzung von Akteuren und Angeboten weiterentwickeln, mit besonderem Fokus auf Integration; generationenübergreifende Ansätze unterstützen
- Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Neubau Grundschule (Schulbezirk Joachim-Ringelnatz-/Friedrich-Fröbel-Schule, 85. Schule)
- Entwicklung Bildungs- und Bürgerzentrum (Vereinigung von Bibliotheken, VHS, Bürgeramt, Stadteilladen) als Schlüsselmaßnahme für Grünau
- Weiterentwicklung der Sportanlage Ratzelstraße
- Stärkung Zentrum Stuttgarter Allee (Kernbereich)
- Stärkung und zukunftsfähige Ausrichtung der Kultur- und Freizeiteinrichtungen

Grünau-Siedlung					Qualitäten weiterentwickeln	
	Einwohner 2012-2015	3.843 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	53,3 ↗	SGBII-Quote 2012-2015	6,3 % ↗
Grünau-Siedlung verzeichnet ein leicht negatives Einwohnerwachstum. Der Altersdurchschnitt liegt über und die SGB-II-Quote deutlich unterhalb der Leipziger Werte.						

Handlungsansätze bis 2030

- Stabilisierung Zentrum Ratzelbogen

Lausen-Grünau					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	12.309 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	48,3 ↗	SGBII-Quote 2012-2015	24,7 % ↗
Lausen-Grünau weist ein leicht unterdurchschnittliches Einwohnerwachstum mit jedoch überdurchschnittlichen Zuwächsen der Personen ab 65 Jahre auf.						

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Grünau*

Handlungsansätze bis 2030

- Förderprogramme mit sozialer Ausrichtung einsetzen; inklusive und präventive Ansätze in den sozialen Angeboten und Infrastrukturen sowie Vernetzung von Akteuren und Angeboten weiterentwickeln, mit besonderem Fokus auf Integration; generationenübergreifende Ansätze unterstützen
- Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Kapazitätserweiterung 91. Schule, Sanierung Schulstandort An der Kotsche, Neubau Grundschule
- Erhalt und zukunftsfähige Ausrichtung von Konzept und Betreibung des KOMM-Hauses Grünau (Anstreben einer freien Trägerschaft)
- Qualifizierung von Angeboten, die kulturelle Teilhabe ermöglichen, mittelfristig neuen Offenen Freizeittreff schaffen
- Weiterentwicklung der Sportplatzanlage Lausen, Ausbau Uferrundweg Kulkwitzer See
- Stärkung Zentren Militzter Allee/An der Kotsche
- Trassenfreihaltung Verlängerung S 1 Militzter Allee/Markranstädt

Grünau-Nord					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	8.091 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	45,1 ↗	SGBII-Quote 2012-2015	32,0 % ↗
Grünau-Nord verzeichnet ein leichtes Einwohnerwachstum von 2 % (2012-2015) sowie eine sehr hohe SGB-II-Quote.						

Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets *Grünau*

Handlungsansätze bis 2030

- Förderprogramme mit sozialer Ausrichtung einsetzen; inklusive und präventive Ansätze in den sozialen Angeboten und Infrastrukturen sowie Vernetzung von Akteuren und Angeboten weiterentwickeln, mit besonderem Fokus auf Integration und Teilhabe; generationenübergreifende Ansätze unterstützen
- Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Schulzentrum Grünau-Nordwest mit Campus-Gedanken: Sanierung 94. Schule mit Kapazitätserweiterung, Sanierung Schule Grünau, Sanierung Max-Klinger-Schule
- Stärkung Zentrum Jupiterstraße
- Neubau Kreisverkehr Lyoner Straße/Kiewer Straße/Saturnstraße

Miltitz					Qualitäten weiterentwickeln	
	Einwohner 2012-2015	1.878 ↘	Altersdurchschnitt 2012-2015	48,3 ↗	SGBII-Quote 2012-2015	7,3 % ↘
Miltitz verzeichnet einen hohen Zuwachs an Kindern bis 6 Jahre und eine Abnahme der Anzahl der Personen ab 80 Jahre. Die SGB-II-Quote liegt unterhalb der Leipziger Quote.						

Handlungsansätze bis 2030

- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Kapazitätserweiterung Schule Miltitz
- Sanierung Großmiltitzer Straße, incl. Verbesserung Radverkehrsverbindung (Lützner Str. bis Auenweg)
- Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen, Kirchen und Initiativen
- Trassenfreihaltung Verlängerung S-Bahn-Linie 1 Miltitzer Allee/Markranstädt
- Qualifizierung Radverkehrsverbindung Kulkwitzer See
- örtliches Nahversorgungsangebot aus- bzw. aufbauen
- ökologische Aufwertung und naturnahe Gestaltung Zschampertause

Stadtbezirk Altwest

Lindenau					Wachstum jetzt gestalten	
	Einwohner 2012-2015	7.786	Altersdurchschnitt 2012-2015	34,4	SGBII-Quote 2012-2015	19,2 %
Lindenau wächst mehr als doppelt so stark wie Gesamt-Leipzig und hat das geringste Durchschnittsalter. Der Ortsteil weist eine über dem Durchschnitt liegende SGB-II-Quote auf.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Instrumentenset zum Erhalt und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzen - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Gymnasium Karl-Heine-Straße 22b - Qualifizierung von Innenentwicklung und Nachverdichtung durch mehr Grün im Stadtraum - Entwicklung und modellhafte Umsetzung zukunftsfähiger Lösungen für städtische Infrastrukturen, Energie und nachhaltige Mobilität im Rahmen des Smart City-Strategieplans - Vernetzung und Stärkung sozialer, kultureller und integrativer Angebote - Sicherung und Qualifizierung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen (Schaubühne Lindenfels) - Qualifizierung und Stärkung Magistralen (Karl-Heine-, Zschochersche Straße, Lützner Straße), Verbesserung der Umweltqualität (Luft) 						

Altlindenau					Wachstum jetzt gestalten	
	Einwohner 2012-2015	16.216	Altersdurchschnitt 2012-2015	36,2	SGBII-Quote 2012-2015	22,3 %
Altlindenau weist ein starkes Einwohnerwachstum, besonders bei den Kindern und Jugendlichen, auf. Die SGB-II-Quote liegt deutlich über dem gesamtstädtischen Mittelwert.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Instrumentenset zum Erhalt und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzen - Ausbau Bildungsinfrastruktur: eine Oberschule (Neubau bzw. Reaktivierung) - sozioökonomische Entwicklung beobachten und mit kleinteiligen präventiven Maßnahmen im Bereich Bildung und Soziales begleiten, Akteure vor Ort vernetzen - Qualifizierung von Innenentwicklung und Nachverdichtung durch mehr Grün im Stadtraum - Sicherung und Qualifizierung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen (Musikalische Komödie, Theater der Jungen Welt) und Unterstützung kultureller Initiativen und Projekte zur langfristigen Sicherung wohnortnaher Angebote - Qualifizierung und Stärkung Magistralen (Georg-Schwarz-Straße, Lützner Straße), Ausbau Merseburger Straße, Georg-Schwarz-Straße, Verbesserung der Umweltqualität (Luft, Verkehrslärm) 						

Neulindenau					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	6.690 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	45,7 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	22,2 % ↘
Neulindenau zeigt ein überdurchschnittlich hohes Einwohnerwachstum sowie eine überdurchschnittliche SGB-II-Quote auf.						

Handlungsansätze bis 2030

- Auswirkungen des Wachstums und Tendenz zur Umnutzung von Gewerbevlächen sorgfältig beobachten, ggf. KSP West neu auflegen (gilt auch für Teile von Lindenau und Plagwitz)
- sozioökonomische Entwicklung beobachten und mit kleinteiligen präventiven Maßnahmen im Bereich Bildung und Soziales begleiten, Akteure vor Ort vernetzen
- Entwicklungsbereich Plagwitz/Neulindenau: Sicherung und Profilierung innerstädtischer Gewerbevlächen (Flächenerwerb, Bauleitplanung); Ansiedlungspotenziale für KMU erhalten und qualifizieren; Entwicklung und modellhafte Umsetzung zukunftsfähiger Lösungen für städtische Infrastrukturen, Energie und nachhaltige Mobilität im Rahmen des Smart City-Strategiepapiers (Triangulum/Digital Hub)
- Steigerung der internationalen Ausstrahlung und zukunftsfähige Ausrichtung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen: Entwicklung einer kulturellen Gemeinbedarfseinrichtung sowie Etablierung des Naturkundemuseums Leipzig am Standort Baumwollspinnerei, in Verbindung mit Verbesserung der verkehrsinfrastrukturellen Anbindung, Ertüchtigung Bandhaus 2.0 zur Sicherung der vielfältigen Bandszene
- Stabilisierung Zentrum Neulindenau

Leutzsch					Wachstum jetzt gestalten	
	Einwohner 2012-2015	10.028 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	42,6 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	17,4 % ↘
Leutzsch weist ein leicht über dem Durchschnitt liegendes Einwohnerwachstum auf. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen nimmt deutlich zu.						

Handlungsansätze bis 2030

- Instrumentenset zum Erhalt und zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzen
- Qualifizierung und Stärkung Magistralen (Georg-Schwarz-, Lützner Straße) und Zentrum Leutzsch
- Unterstützung kultureller Initiativen und Projekte
- Sicherung und Profilierung innerstädtischer Gewerbevlächen (zwischen Merseburger und Franz-Flemming-Straße)
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Kapazitätserweiterung Oberschule in Georg-Schwarz-Straße
- Ersatzneubau Brücken Georg-Schwarz-Straße
- Weiterentwicklung der Sportstätten Alfred-Kunze-Sportpark und Schützenhof

Böhlitz-Ehrenberg					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	10.176 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	46,9 ↗	SGBII-Quote 2012-2015	10,8 % ↗
Böhlitz-Ehrenberg wächst weniger stark als die Gesamtstadt, wobei die Zahl der Kinder und der Hochbetagten deutlich zunimmt.						

Handlungsansätze bis 2030

- Flächenpotenziale zur Schaffung neuen Wohnraums nutzen, in Verbindung mit bedarfsgerechter Entwicklung von ÖPNV und sozialer Infrastruktur
- Ausbau Bildungsinfrastruktur: Kapazitätserweiterung Schule Gundorf
- Unterstützung kultureller und Sportangebote von Vereinen, Kirchen und Initiativen
- Bau einer multifunktionalen schul-, spielsport- und wettkampfgeeigneten Dreifeldsporthalle
- Verbesserung der Radverkehrsverbindungen, insb. Schönauer Landstraße
- Sicherung innerstädtischer Gewerbevlächen (Fabrik-/Südstraße, Ludwig-Hupfeld-Straße)

Burghausen-Rückmarsdorf				Qualitäten weiterentwickeln	
	Einwohner 2012-2015	4.802	Altersdurchschnitt 2012-2015	49,0	SGBII-Quote 2012-2015
					
<p>Der Einwohnerzuwachs liegt mit knapp 2 % deutlich unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Die Zahl der Hochbetagten hat sehr deutlich zugenommen.</p>					
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Erweiterung Schule Rückmarsdorf - Verbesserung Radverkehrsverbindungen, insb. Merseburger Straße, Elster-Saale-Kanal, Schönauer Landstraße - Unterstützung kultureller und sportlicher Angebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen - Verbesserung ÖPNV-Erschließung (Burghausen) - Tourismus/Gewässernetz: Erhalt Gewässerinfrastruktur 					

Stadtbezirk Nordwest

Möckern					Wachstum jetzt gestalten	
	Einwohner 2012-2015	13.877 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	44,2 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	22,7 % ↘
Möckern weist ein leicht überdurchschnittliches Einwohnerwachstum sowie eine überdurchschnittliche SGB-II-Quote auf.						
Handlungsansätze bis 2030						
<ul style="list-style-type: none"> - Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen - Entwicklungsgebiet ehemalige Kasernen: integrierte Entwicklung eines urbanen sozial- und nutzungsstrukturrell gemischten Quartiers - sozioökonomische Entwicklung beobachten und mit kleinteiligen präventiven Maßnahmen im Bereich Bildung und Soziales begleiten, Akteure vor Ort vernetzen - Qualifizierung und Stärkung sowie Ausbau Magistrale Georg-Schumann-Straße - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Neubau Grundschule, Oberschule (Reaktivierung Schulstandort Diderotstraße), Unterstützung „Aktionsbündnis Möckern“ als Modellprojekt, Ausbildung Nachbarschaftsnetzwerke - Sicherung und zukunftsfähige Ausrichtung des soziokulturellen Zentrums „Der Anker“ zu multifunktionalem Stadtteilzentrum, Ausbau Netzwerke/Kooperationen mit anderen Einrichtungen/Partnern 						
Wahren					Wachstum vorausschauend planen	
	Einwohner 2012-2015	6.745 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	46,5 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	13,7 % ↗
Wahren verzeichnet eine leicht überdurchschnittlich positive Einwohnerentwicklung sowie eine leicht unterdurchschnittliche SGB-II-Quote auf.						
Handlungsansätze bis 2030						
<ul style="list-style-type: none"> - sozioökonomische Entwicklung beobachten und mit kleinteiligen präventiven Maßnahmen im Bereich Bildung und Soziales begleiten, Akteure vor Ort vernetzen - Qualifizierung und Stärkung sowie Ausbau Magistrale Georg-Schumann-Straße - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Grundschule (Reaktivierung Schule am Opferweg) - Qualifizierung von Angeboten, die kulturelle Teilhabe ermöglichen, Ausbau der Netzwerke/Kooperation mit anderen Einrichtungen/Partnern, (z.B. Ev.-Luth. Sophienkirchgemeinde) - Bestandsentwicklung Gewerbegebäuden (z.B. Linkelstraße) - Verbesserung der Befahrbarkeit der Weißen Elster für Freizeitkanutten (auch Möckern) 						
Lützschena-Stahmeln					Qualitäten weiterentwickeln	
	Einwohner 2012-2015	3.944 ↘	Altersdurchschnitt 2012-2015	48,1 ↗	SGBII-Quote 2012-2015	5,5 % ↗
Lützschena-Stahmeln weist eine fast konstante Einwohnerentwicklung (-0,2 %) auf. Die SGB-II-Quote liegt deutlich unterhalb des gesamtstädtischen Werts.						
Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets <i>Nordraum</i>						
Handlungsansätze bis 2030						
<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung kultureller und sportlicher Angebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Erweiterung Schule Stahmeln - Verbesserung ÖPNV-Erschließung (Ortslagen, Wirtschaftsstandorte) - örtliches Nahversorgungsangebot ausbauen - Umsetzung Sofortmaßnahmen Nordraumkonzept - Verbesserung Radverkehrsverbindungen, insbesondere Hallesche Straße - Verbesserung der Erreichbarkeit der Auengebiete und der Einbindung des Schlossparkes - Bestandsentwicklung Industrie 						

Lindenthal					Qualitäten weiterentwickeln	
	Einwohner 2012-2015	6.430 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	46,1 ↗	SGBII-Quote 2012-2015	7,4 % ↗
Lindenthal wächst halb so stark wie die Gesamtstadt und zeigt eine niedrigere SGB-II-Quote auf als die Quote Leipzigs.						
Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets <i>Nordraum</i>						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung kultureller und sportlicher Angebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen - Umsetzung Sofortmaßnahmen Nordraumkonzept - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Ausbau Alfred-Kästner-Schule - Grünachse zum Schladitzer See - Trassenfreihaltung Verlängerung Tram Linie 4 Gohlis-Nord/Lindenthal ,Verbesserung Radverkehrsverbindungen (Lindenthaler Hauptstraße) - Baurecht schaffen für neues Nahversorgungszentrum und Stärkung vorhandener Standorte 						

Stadtbezirk Nord

Gohlis-Süd					Qualitäten bewahren	
	Einwohner 2012-2015	17.963 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	39,3 ↗	SGBII-Quote 2012-2015	10,8 % ↗
Gohlis-Süd wächst weniger stark als die Gesamtstadt. Die SGB-II-Quote liegt unterhalb des Leipziger Mittelwerts.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Qualifizierung von Innentwicklung und Nachverdichtung durch mehr Grün im Stadtraum, Entwicklung grüner Wegebeziehungen (Einbeziehung von Kleingartenanlagen und in Richtung Eutritzscher Freiladebahnhof) - Ausbau der Bildungsinfrastruktur: neue Grundschule (ehemaliges Gebäude Erich Kästner-Schule) - Qualifizierung und Stärkung sowie Ausbau Magistrale Georg-Schumann-Straße, Minderung Verkehrslärm - Sicherung des Betriebes des Gohliser Schlösschens - Verbesserung Radverkehrsverbindungen zum Neuseenland (Nord) - Weiterentwicklung Sportplatzanlage Mühlwiese 						

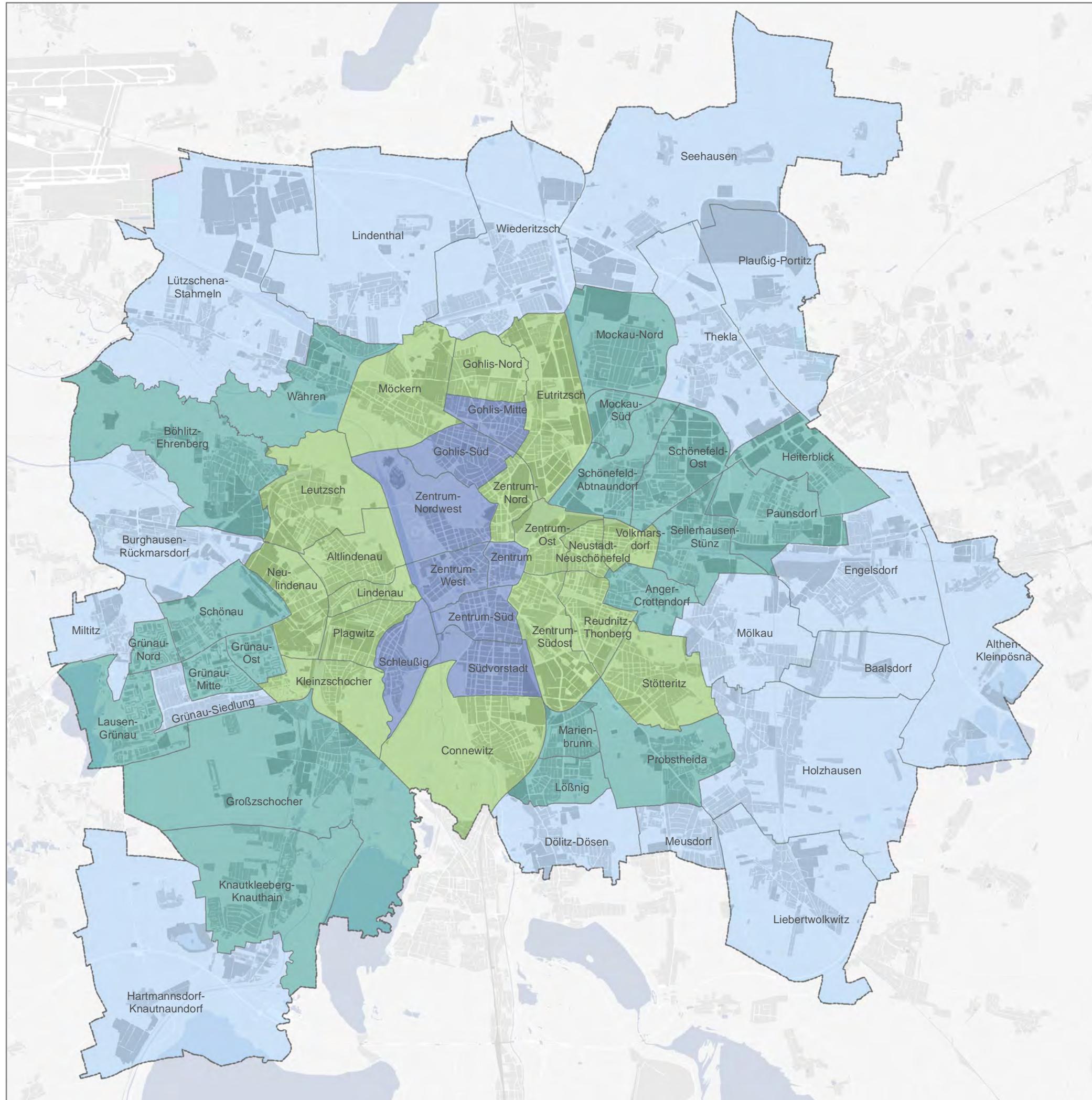
Gohlis-Mitte					Qualitäten bewahren	
	Einwohner 2012-2015	15.937 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	39,6 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	8,2 % ↘
Gohlis-Mitte weist ein leicht unterdurchschnittliches Einwohnerwachstum mit einer geringeren SGB-II-Quote auf als Gesamt-Leipzig.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - Qualifizierung von Innentwicklung und Nachverdichtung durch mehr Grün im Stadtraum, Entwicklung grüner Wegebeziehungen unter Einbeziehung von Kleingartenanlagen - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Schule - Qualifizierung und Stärkung sowie Ausbau Magistrale Landsberger Straße - Etablierung Heinrich-Budde-Haus als kulturelles Zentrum, bauliche Ertüchtigung und konzeptionelle Begleitung - Unterstützung kultureller Initiativen und Projekte, Entwicklung neuer Angebote 						

Gohlis-Nord					Wachstum jetzt gestalten	
	Einwohner 2012-2015	8.703 ↗	Altersdurchschnitt 2012-2015	49,2 ↘	SGBII-Quote 2012-2015	19,3 % ↗
Gohlis-Nord verzeichnet positive Einwohnerzahlen, mit besonders hohen Zuwächsen bei den Anteilen der Kinder und Jugendlichen und der Personen über 80 Jahre.						
Handlungsansätze bis 2030 <ul style="list-style-type: none"> - sozioökonomische Entwicklung beobachten und mit kleinteiligen präventiven Maßnahmen im Bereich Bildung und Soziales begleiten, Akteure vor Ort vernetzen - Unterstützung kultureller Initiativen und Projekte, Entwicklung neuer Angebote - Wohngebiete der 50er-80er Jahre generationenübergreifend qualifizieren und ergänzen, dabei Qualitäten erhalten und vielfältiges Wohnungsangebot schaffen - Entwicklungsgebiet Bremer Straße: integrierte Entwicklung eines urbanen sozial- und nutzungsstrukturell gemischten Quartiers - Qualifizierung von Innentwicklung und Nachverdichtung durch mehr Grün im Stadtraum, Entwicklung grüner Wegebeziehungen unter Einbeziehung von Kleingartenanlagen - Weiterentwicklung des Stadions des Friedens 						

Wachstum jetzt gestalten				
Eutritzsch				
	Einwohner 2012-2015	13.896 ↓	Altersdurchschnitt 2012-2015	41,4 ↓
Eutritzsch verzeichnet sehr hohe Einwohnerzuwächse, besonders der Kinder bis 6 Jahre. Die SGB-II-Quote ist etwas geringer als die Leipziger Quote.				
Handlungsansätze bis 2030				
<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung von öffentlichem Grün in Konversionsbereichen und grüner Wegebeziehungen unter Einbeziehung von Kleingartenanlagen - Sicherung und Qualifizierung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen (GeyserHaus e.V. mit Parkbühne Eutritzsch), Kooperation mit anderen Einrichtungen ausbauen, kulturelle Teilhabe ermöglichen - Weiterentwicklung Sportplatzanlage Friedrich-Ludwig-Jahn-Kampfbahn - Sicherung innerstädtischer Gewerbeblächen (Bauleitplanung, z.B. Wittenberger Straße) 				

Qualitäten weiterentwickeln				
Seehausen				
	Einwohner 2012-2015	2.516 ↓	Altersdurchschnitt 2012-2015	40,7 ↓
Seehausen zeigt ein doppelt so starkes Einwohnerwachstum wie die Gesamtstadt auf. Die SGB-II-Quote sinkt und liegt deutlich unter dem städtischen Mittelwert.				
Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets <i>Nordraum</i>				
Handlungsansätze bis 2030				
<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung kultureller und sportlicher Angebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen - Infrastruktur verbessern: Ausbau Breitbandinfrastruktur sowie Fußwege und Radverkehr - Umsetzung Sofortmaßnahmen Nordraumkonzept - Bestandsentwicklung Industrie und Neue Messe, Strategische Gewerbeblächenentwicklung - ÖPNV-Erreichbarkeit Wirtschaftsstandorte verbessern, insb. Industriepark Nord, Verkehrsmanagement Wirtschaftsverkehr - Sicherung Landwirtschaft 				

Qualitäten weiterentwickeln				
Wiederitzsch				
	Einwohner 2012-2015	8.490 ↑	Altersdurchschnitt 2012-2015	45,7 ↑
Wiederitzsch wächst sehr leicht, wobei ein hoher Einwohnergewinn der Personen ab 80 Jahre beobachtet wird. Die SGB-II-Quote liegt deutlich unterhalb des städtischen Mittels.				
Teil des fachübergreifenden Schwerpunktgebiets <i>Nordraum</i>				
Handlungsansätze bis 2030				
<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau Bildungsinfrastruktur: Ersatzneubau Oberschule, Erweiterung Grundschule - Unterstützung kultureller und sportlicher Angebote von Vereinen, Kirchen, Initiativen - Sicherung und Qualifizierung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen (Begegnungszentrum Wiederitzsch) - Umsetzung Sofortmaßnahmen Nordraumkonzept - Bestandsentwicklung Industrie und Neue Messe, Strategische Gewerbeblächenentwicklung - Verbesserung ÖPNV-Erschließung (Martinshöhe), auch für Wirtschaftsstandorte - Sicherung Landwirtschaft - Verbesserung Radverkehrsverbindungen, insb. Wiederitzscher Landstraße 				



Ortsteilstrategie - Raumkategorien

- Wachstum jetzt gestalten
- Wachstum vorausschauend planen
- Qualitäten weiterentwickeln
- Qualitäten bewahren

- Ortsteile
- Stadtgrenze

3. UMSETZUNG

3.1 Integriertes Arbeiten im Sinne Leipzig Charta

Im Mai 2007 wurde in Leipzig im Rahmen eines Treffens der für Stadt- und Raumentwicklung zuständigen Minister der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die „Leipzig-Charta für eine nachhaltige europäische Stadt“ beschlossen. Die Leipzig-Charta konkretisiert das Modell der nutzungsgemischten europäischen Stadt der kurzen Wege und hebt die damit verbundenen Werte hervor. Eine integrierte – an den Zielen der Nachhaltigkeit ausgerichtete, bürgerorientierte und fachübergreifend konzipierte – Stadtentwicklungsplanung soll als Grundlage kommunaler Aktivitäten wirksam werden. Eine besondere Aufmerksamkeit ist dabei den Stadtteilen mit schwierigen Entwicklungsbedingungen zu widmen. Inhaltliche Schwerpunkte setzt die Leipzig-Charta bei der Sicherung qualitätsvoller öffentlicher Räume, der Modernisierung der Infrastrukturnetze und Steigerung der Energieeffizienz sowie einer aktiven Innovations- und Bildungspolitik.

Die Leipzig-Charta ist Verpflichtung und Grundlage des Handelns in der Leipziger Stadtentwicklung. Sie lag nicht nur dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2009 und der aktuellen Fortschreibung zugrunde, sondern sie prägt auch die Art und Weise der Umsetzung. Fach- und akteursübergreifende Arbeitsprozesse werden zunehmend etabliert, nicht nur in den Schwerpunkträumen. Mehrfachnutzungen städtischer Gebäude und Infrastrukturen sind eine zentrale Grundlage für den sparsamen Umgang mit knapper werdenden Flächen in der wachsenden Stadt. Kluge Standortentscheidungen, Nutzungs- mischung und kurze Wege bilden die Grundlage für ein lebenswertes Leipzig.

In allen räumlichen Handlungsstrategien ist ein Gleichgewicht zwischen infrastrukturpolitischen Ansätzen (z.B. Aufwertung von Gebäuden, Wohnumfeld, sozialer und technischer Infrastruktur) und bewohnerorientierten Ansätzen (z.B. Hilfe für benachteiligte Personen, Unterstützung sozialer Gemeinschaften) erforderlich.

Mit der Umsetzung des Leitsatzes „Leipzig wächst nachhaltig“ knüpft das INSEK auch an die vom Stadtrat beschlossene „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ (VI-DS-02824) an. Die aus den „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen für Leipzig abgeleiteten Schwerpunkte wurden sowohl bei der Erarbeitung des INSEK aufgegriffen, sind aber auch bei seiner Umsetzung handlungsleitend. Im Ergebnis muss sich die Nachhaltigkeit der Leipziger Stadtentwicklungsstrategie immer wieder neu an der realen Entwicklung messen lassen.

Leipzig als *Smart City*

Innovative Projekte und Prozesse waren in den vergangenen Jahren immer wieder Motor der Leipziger Stadtentwicklung. In der Umsetzung des INSEK wird dies aufgegriffen und im Sinne einer *Smart City*-Strategie weiterentwickelt. *Smart City* meint dabei nicht nur – wie häufig im bundes- und weltweiten Diskurs – eine Fokussierung auf technologische und IT-orientierte Innovation im Verkehrs- und Umweltbereich. Vielmehr steht *Smart City Leipzig* für einen kontinuierlichen und umfassenden Innovationsprozess in der Umsetzung des INSEK, der neben der digitalen Transformation insbesondere auch nichttechnische, gesellschaftsorientierte Ziele, umfasst. Damit greift die Stadt Leipzig die im Rahmen der Dialogplattform des BMUB 2017 formulierten Leitlinien und Handlungsempfehlungen der Smart City Charta Deutschland auf.

In der Smart City Leipzig sollen – insbesondere durch den Einsatz innovativer Technologien – neue Lösungen für Zukunftsaufgaben der Stadtentwicklung auf allen städtischen Ebenen vom Gebäude bis zur gesamten Stadt entwickelt werden. Diese Lösungen umfassen einerseits intelligente Vernetzungen innerhalb der verschiedenen Fachkonzepte. Ein hohes Innovationspotenzial liegt andererseits bei den integrierten Lösungen der Disziplinen. Dabei erfolgt mit Blick auf die drei Säulen einer nachhaltigen Entwicklung folgende inhaltliche Schwerpunktsetzung:

- Klimagerechtes Quartier
- Nachhaltige Mobilität
- Smarte Kommune
- Smarte Wirtschaft und Innovation
- Neues intelligentes Wohnen sowie

- Aktive Stadtgesellschaft

Um möglichst viele Ideen einzubinden, benötigt es eine breite Kooperation. Dies meint mehr als die bloße Beteiligung aller Akteure am Prozess der Strategieentwicklung. Vielmehr geht es um die Zusammenarbeit, gemeinschaftliche Umsetzung und Finanzierung konkreter Projekte durch neue Formen der Kooperation und Koproduktion, sowohl akteursübergreifend als auch institutionen- und branchenübergreifend. Dabei spielen insbesondere die städtischen Tochterunternehmen eine Rolle.

In diesem Sinne werden sich die Stadt und ihre Beteiligungsunternehmen mit weiteren Partnern in den nächsten Jahren an verschiedenen innovativen Forschungs- und Entwicklungsprojekten beteiligen bzw. dies anstoßen. Schwerpunkte liegen u. a. beim *Digital Hub* für die Start-up-Szene sowie der Beantragung eines Projektes im Rahmen des EU HORIZON 2020 Smart Cities and Communities Programms.

Weiterentwicklung der Leipzig Charta

In Vorbereitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 plant das BMUB einen Diskussionsprozess zur „Leipzig-Charta 2.0“. Leipzig will sich in diesen Prozess aktiv einbringen. Nach Leipziger Erfahrungen sind die Grundaussagen der Leipzig-Charta weiterhin aktuell. Bei der Weiterentwicklung der Leipzig Charta muss es darum gehen, *Smart City* Ansätze nicht als eigenständiges Stadtentwicklungsleitbild zu entwickeln, sondern als einen wichtigen Baustein in die integrierte Stadtentwicklung einzubinden. Bei der zukünftigen Ausrichtung der an die Leipzig Charta anknüpfenden Nationalen Stadtentwicklungsrichtlinie sollten aus den Leipziger Erfahrungen heraus stärker berücksichtigt werden:

- Stärkung der Innenentwicklung im Zielkonflikt mit Klimaanpassung, Lärmschutz und Luftverschmutzung
- Integration und Vielfalt in der Stadtteilentwicklung
- bezahlbares Wohnen im Neubau und Bestand
- Bodenpolitische Instrumente für eine nachhaltige Stadtentwicklung
- Digitale Transformation der Städte mit ihren Folgen für Mobilität, öffentlichen Raum, Produktion, Infrastruktur, eine moderne Verwaltung, Bildung und soziale Teilhabe
- Bedeutungszuwachs der Stadtregion als Planungsebene, regionale Entwicklungskonzepte sowie internationale Städte-Netzwerke

3.2 Einordnung in übergeordnete Planungen und regionale Kooperation

Die Stadt Leipzig gehört mit den Städten Dresden und Chemnitz zu den drei Oberzentren des Landes Sachsen. Zusammen mit den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig ist sie Mitglied im Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen, welcher Träger der Regionalplanung ist. Als einer der Schwerpunkte des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens im Freistaat Sachsen kommt der Stadt Leipzig eine herausragende Rolle innerhalb der Region zu. Diese ist in den übergeordneten Planungen, dem Landesentwicklungsplan Sachsen 2013, dem Regionalplan Westsachsen 2008 und dem Entwurf des Regionalplans Leipzig-Westsachsen 2017 verankert. In den Grundsätzen des Regionalplanentwurfs 2017 findet sich folgende Zielstellung für Leipzig: "Die Stadt Leipzig soll, eingebunden in die Entwicklung der europäischen Metropolregion "Mitteldeutschland", als internationale Handels- und Dienstleistungsmetropole mit Messe- und Medienkompetenz, als bundesweit bedeutender Industrie- und Gewerbestandort, als internationaler Verkehrsknoten, als Wissenschafts-, Kultur-, und Sportzentrum sowie als Zentrum der touristischen Destination LEIPZIG REGION mit Einbindung in eine attraktive Freizeit- und Erholungslandschaft und damit als Wachstumsmotor der Region gestärkt werden. In Kooperation mit dem Umland soll sie eine nachhaltige Stadtentwicklung sichern." Mit seinen Inhalten orientiert sich das INSEK an den Zielstellungen der übergeordneten Planungen.

Weiterentwicklung der regionalen Kooperation

Wachstums- und Entwicklungsprozesse enden nicht an der Stadtgrenze, sondern sind regional vernetzt. Deshalb ist eine vertrauliche Zusammenarbeit in der Stadtregion und in der Metropolregion auf Basis gemeinsamer Grundprinzipien und gemeinsam getragener Verantwortung eine wichtige Basis für die Umsetzung des INSEK. Dabei sollen erfolgreiche Kooperationsstrukturen fortgeführt und weiterentwickelt werden. Hierzu zählen u.a. die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland, der Mitteldeutsche Verkehrsverbund (MDV), die Invest Region Leipzig GmbH, die Interkommunale Gewerbeplä-

chenentwicklung Leipzig-Halle, der Grüne Ring Leipzig, das Kommunale Forum Südraum Leipzig, die Leipzig Tourismus Marketing GmbH sowie zahlreiche Zweckverbände (z.B. ZVNL, ZV Wasser / Abwasser Leipziger-Land, ZV Neue Harth). Flankierend gibt es mehrere interkommunale Konzepte, u.a. in den Bereichen Freiraum, Tourismus- und Wirtschaftsentwicklung.

Von besonderer Bedeutung ist es, neben den fachbezogenen Kooperationsstrukturen, auch eine ganzheitliche Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen und zentralen Orten auf Augenhöhe aufzubauen. Dabei sollen „Lust“ und „Last“ wachstumsbezogener Aufgaben fair miteinander geteilt und auch konfliktbelastete Themen sachlich verhandelt werden. Für die langfristige nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung ist es aus Leipziger Sicht wichtig, integrierte Entwicklungsprozesse in allen Kommunen zu stärken und gemeinsam eine flächen- und verkehrssparende Siedlungsentwicklung zu verfolgen. Dazu gehört neben einer Stärkung von Stadt- und Dorfzentren die Abstimmung von Wohn-, Gewerbe-, Infrastruktur- und Verkehrsentwicklung aufeinander. In diesem Rahmen können neue, informelle Formen der regionalen Kooperation hilfreich sein, die gemeinsam durch alle Akteure in Stadt und Region entwickelt werden sollten. Auf diesem Weg ist der Regionale Planungsverband Leipzig-Westsachsen ein entscheidender Partner und Moderator.

Inhaltliche Schwerpunkte zukünftiger Kooperation

- gemeinsame Positionierung mit der Metropolregion als europäische Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturregion
- Stärkung der Tourismusregion "Leipzig Region" über die Leipzig Tourismus Marketing GmbH
- Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung über die Invest Region Leipzig GmbH und ein regionales, Ländergrenzen übergreifendes Gewerbevlächenmanagement, enge Abstimmung der Planungen insbesondere im Nordraum Leipzigs
- Stärkung der Arbeits- und Umsetzungsstrukturen des Grünen Rings Leipzig zur Vernetzung und Verbesserung der Erreichbarkeit der Frei- und Lebensräume in Stadt und Region, Nutzung der Potenziale der grün-blauen Infrastruktur zur Anpassung an den Klimawandel
- Entwicklung einer regionalen Mobilitätsstrategie, die die unterschiedlichen Verkehrssysteme ÖPNV, MIV, Rad- und Wirtschaftsverkehr fachübergreifend aufeinander abstimmt und vernetzt; hierbei Attraktivitätssteigerung des ÖPNV im Mitteldeutschen Verkehrsverbund, z.B. durch Taktverdichtung, neue Haltepunkte, neue S-Bahn-Linien und Streckenelektrifizierung, zur besseren Verknüpfung von Stadt und Umland im Berufs-, Freizeit- und Tourismusverkehr
- Unterstützung einer nachhaltigen Siedlungsflächenentwicklung in Stadt und Region, u.a. über aktive Teilnahme an der Erarbeitung eines kooperativen Wohnbaufächen-Entwicklungs-konzepts (gemäß dem Entwurf des Regionalplans): bei der Flächenentwicklung sollten Nachverdichtungs-, Leerstands- und Flächenpotenziale in Stadt und Umland geprüft und vor der Entwicklung neuer Flächen in die Abwägung einbezogen werden, Entwicklungsschwerpunkte sollten in Zentralen Orten und entlang von S-Bahn-Trassen liegen
- Fortsetzung und Ausbau bestehender Kooperationen zur Nutzung von Synergien insbesondere in Verflechtungsbereichen am Stadtrand im Bereich der sozialen Infrastruktur sowie bei der Berufsschulnetzentwicklung des Landes und der beruflichen Bildung
- Erschließung neuer Kooperationsfelder, insbesondere in den Bereichen Kultur und öffentliche Dienstleistungen

3.3 Finanzialer Rahmen zur Umsetzung des INSEK

3.2.1 Handlungsbedarf bei den Kommunalfinanzen

Ein Stadtentwicklungskonzept zeigt langfristige Ziele und Schwerpunkte der nächsten 10 bis 15 Jahre, aber auch darüber hinaus auf. Auch wenn die Entwicklung der finanziellen Situation in diesem langen Zeitraum von vielen noch unbekannten Bedingungen abhängt, ist die kritische Auseinandersetzung mit der finanziellen Ausgangssituation der Stadt Leipzig und der Finanzierbarkeit von Stadtentwicklungsprozessen notwendig (vgl. Teil D 2 Rahmenbedingungen, Kap. 2.5).

Die finanzielle Basis der Stadt Leipzig und damit der Handlungsspielraum zur Umsetzung der inhaltlichen und räumlichen Ziele des INSEK sind begrenzt. Die Stadt Leipzig befindet sich im Rahmen des

kommunalen Finanzausgleichs in hoher Abhängigkeit von den Zuweisungen des Freistaates. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Entwicklung der wesentlichen großen Einnahmequellen der Stadt Leipzig, die Erträge aus Steuern und Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich, stabil und mit einem weiteren gewissen stetigen Wachstum verläuft. Mit erheblichen Steigerungen ist dabei nicht zu rechnen. Die prognostizierten Steigerungen der Steuererträge reichen nicht aus, um den finanziellen Aufgabenzuwachs gerade bei den kommunalen Pflichtaufgaben abzufangen. Daher ist es von zentraler Bedeutung, über wirtschaftliches Wachstum insbesondere die Gewerbesteuereinnahmen weiter deutlich zu steigern.

Gleichzeitig ist es notwendig, im Sinne einer ganzheitlichen Kostenbetrachtung bei der Prioritätensetzung sowohl den Erhalt des kommunalen Vermögens als auch die langfristig anfallenden Folgekosten zu betrachten. Hierbei geht es nicht nur um den städtischen Haushalt, sondern auch um Vermögen und Folgekosten für die städtischen Unternehmen insbesondere mit infrastruktureller Verantwortung in der Daseinsvorsorge. Deshalb werden langfristig im Wesentlichen folgende strategischen Ansätze verfolgt:

- integrierte Betrachtung der in den Fachkonzepten formulierten Maßnahmenbündel und den sich daraus ergebenden Investitionsbedarfen zur Vermeidung von finanziellen Fehlentscheidungen und der effektiven Nutzung von Synergien
- konsequente Berücksichtigung von Folgekosten bei Planungs- und Investitionsentscheidungen
- Weiterentwicklung der modernen Verwaltung in Bezug auf neue wachstumsbedingte Aufgaben, aber auch zur Effizienzsteigerung, insbesondere bei der Bearbeitung standardisierter Prozesse
- Mitfinanzierung der Kosten des Wachstums durch Planungsbegünstigte (z.B. Kooperative Bau-landentwicklung)
- Einbindung des finanziellen Engagements und des Innovationspotenzials der Stadtgesellschaft zum gegenseitigen Nutzen (z.B. Bürgerfinanzierungsplattform)
- vorausschauende, koordinierte Bündelung von Fachfördermitteln, städtebaulichen Fördermitteln und städtischen Eigenanteilen
- strategische Akquise und Interessenvertretung der Stadt Leipzig bei Land, Bund und EU zur Entwicklung bedarfsoorientierter Förderprogramme

Aus den Fachkonzepten und der Stadtentwicklungsstrategie lassen sich folgende zentrale finanzielle Auswirkungen zusammenfassen:

1. Absicherung der bedarfsgerechten und qualitätsvollen Versorgung im Bereich der Bildungsinfrastruktur sowie sozialen Infrastruktur
 - wachstumsbeeinflusste finanzielle Investitionen und Folgekosten in der Bildungsinfrastruktur, aber auch zur Stärkung der Chancengerechtigkeit
 - Investitionen in Maßnahmen zur Versorgung mit sozialer Infrastruktur und ihrer qualitativen Weiterentwicklung unter Berücksichtigung des Einwohnerwachstums
 - integrierte Planungsansätze und Mehrfachnutzungen von öffentlichen Gebäuden und Flächen können zum Flächen- und Kostensparen führen oder Synergien und gesamtstädtisch optimierte Lösungen ohne erhebliche Mehrkosten ermöglichen
 - Investitionen in präventive, stadtteilorientierte Maßnahmen zur Vermeidung von multiplen Problemlagen, Chancengerechtigkeiten und sozialer Benachteiligung sowie deren Folgekosten
2. Absicherung der verkehrlichen und technischen Infrastruktur und ihrer Transformation in Verbindung mit Digitalisierung, Energiewende und dem Klimawandel
 - Investitionen in den Erhalt und Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur und der Mobilitätssysteme
 - Investitionen in die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur sowie Mobilitätssysteme durch die kommunalen Unternehmen
 - Verfestigung und Weiterentwicklung von Kooperationsstrukturen, um Synergien zwischen Stadtverwaltung und Leipziger Gruppen inhaltlich und finanziell optimal zu nutzen
 - Umsetzung von Modellprojekten durch die Akquise von Fördermitteln und die Bereitstellung von kommunalen Eigenanteilen
 - Dämpfung infrastruktureller Folgekosten der Kommunalen Unternehmen durch frühzeitige Be-

rücksichtigung bei Priorisierung der Siedlungsentwicklung

3. Stärkung der wirtschaftlichen Basis

- finanzielle Ausstattung der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung
- Finanzierung kommunaler Kooperations- und Förderstrukturen (lokale Ökonomie, Tourismus, Landwirtschaft, Hochschul- und Forschungslandschaft)
- Einnahmesteigerung bei der Gewerbesteuer sowie dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

4. Sicherung und Weiterentwicklung der Standort- und Lebensqualitäten

- Investitionen in den Erhalt und Ausbau kultureller, sportlicher Angebote und des Freiraumangebotes angesichts steigender Bedarfe und neuer Anforderungen (z.B. Klimawandel)
- Investitionen in Infrastruktur- und Baumaßnahmen
- Ressourcen für Netzwerkarbeit und quartiers-/ stadtteilbezogene Ansätze
- Einnahmesteigerung beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

5. Strategische Flächenpolitik zur Absicherung von Flächenbedarfen und kommunaler Steuerungsmöglichkeiten

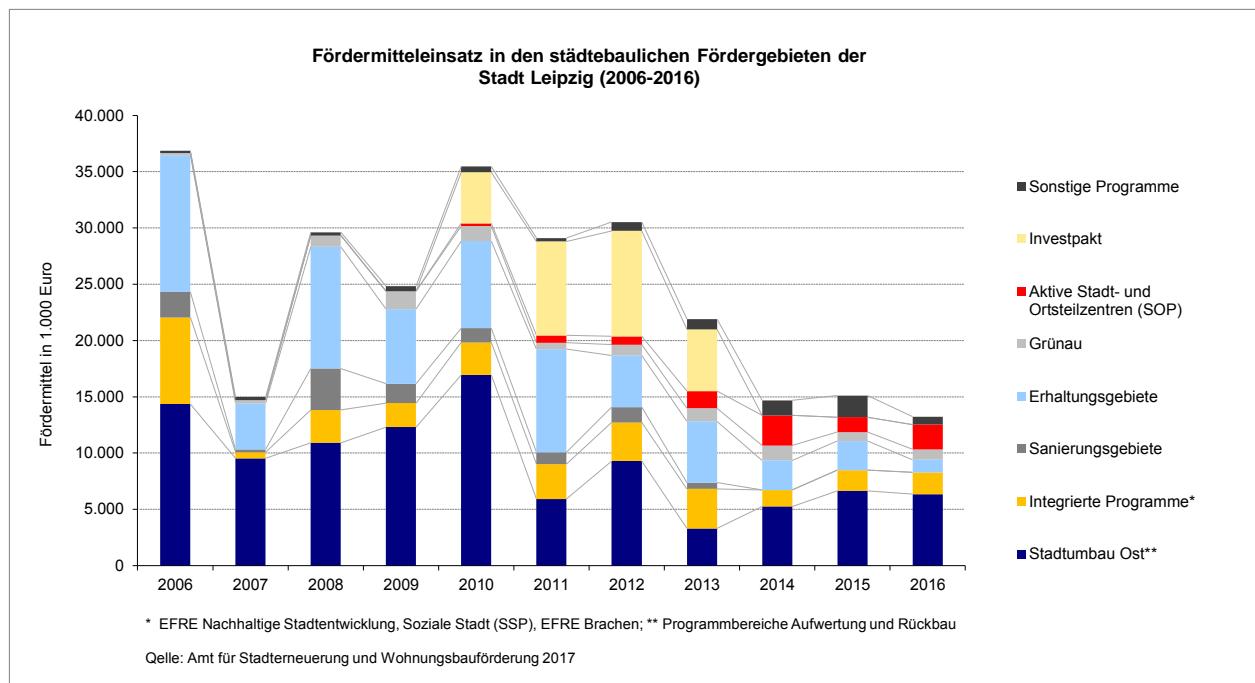
- Investitionen in den Erwerb von Flächen
- Investitionen in die Entwicklung städtischer Flächen
- verringerte Einnahmen bei der Konzeptveräußerung, um strategische Ziele zu erreichen

3.2.2 Einsatz von Förderprogrammen des Bundes, des Freistaates Sachsen und der EU

Zur effektiven Umsetzung der Stadtentwicklungsziele Leipzigs sind ein gezielter und bedarfsgerechter Einsatz sowie die Kopplung von zur Verfügung stehenden Fördermitteln und anderen Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. durch Stiftungen) erforderlich. Dies ist Teil der integrativen Arbeitsweise und zur Lösung komplexer Problemsituationen und Herausforderungen angesichts der weiteren sozialen Ausdifferenzierung der Stadtteile notwendig. Dabei liefern nicht nur die Programme der Städtebauförderung, sondern auch die EU-Programme und die unterschiedlichen Fachförderungen einen Beitrag. Ziel ist die Bündelung der Fördermittelressourcen und die Nutzung anderer Finanzierungsmöglichkeiten, damit die Ziele und Handlungsschwerpunkte im avisierten Zeitraum umgesetzt und somit gezielte Impulse für die Stadtentwicklung ausgelöst werden können. Eine Kopplung von Fördermitteln, aber auch von Eigenmitteln einzelner Fachämter mit Städtebaufördermitteln ermöglicht eine Steigerung des Investitionsvolumens und insgesamt der kommunalen Handlungsmöglichkeiten. Gleichzeitig ist der Einsatz von Fördermitteln prädestiniert für die Erprobung neuer Entwicklungsansätze und die Realisierung von Modellvorhaben, beispielsweise in Verbindung mit wohnungspolitischen Ansätzen oder im Rahmen des Smart City-Prozesses. Diesen Weg hat Leipzig in den letzten 27 Jahren mit großem Erfolg verfolgt und will ihn so fortführen, dass die Umsetzung des INSEK optimal unterstützt wird.

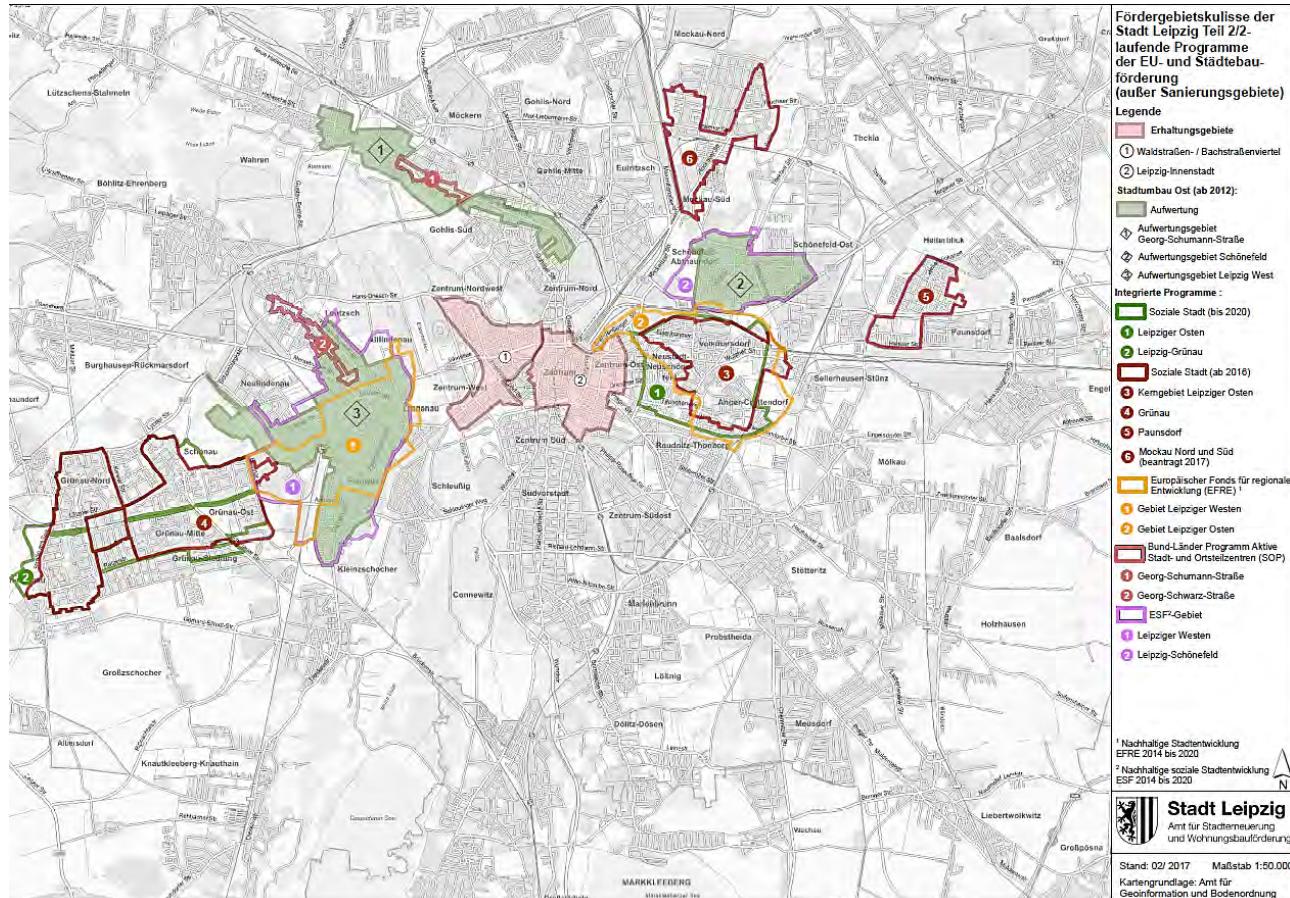
Aktueller Stand der Leipziger Fördergebietskulisse (Programme der Stadterneuerung und des Stadtaumbaus)

Die Stadt Leipzig hat im Zeitraum von 1991 bis 2016 Finanzhilfen in Höhe von 544 Mio. Euro aus Bundes- und Landes-Programmen der Städtebauförderung (z.B. Stadtumbau Ost, Soziale Stadt, Städtebaulicher Denkmalschutz, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren und Städtebauliche Erneuerung in den Sanierungsgebieten) sowie EU-Programmen (z.B. EFRE Nachhaltige Entwicklung) erhalten (s. Abbildung). Inklusive der Eigenmittel, die die Stadt aufgebracht hat, wurden Fördermittel in Höhe von ca. 735 Mio. Euro erfolgreich in der Stadterneuerung eingesetzt. Der Blick auf die Jahre 2014-2016 zeigt, dass das Fördervolumen in den letzten drei Jahren aus unterschiedlichen Gründen auf niedrigerem Niveau lag, u. a. durch die geänderte Förderprogrammlandschaft und die zunehmende Komplexität bei integrierten Projekten.



Die aktuell wirkende Fördergebietskulisse (vgl. Karte) ist abgeleitet aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept von 2009 für den Zeitraum bis 2020 sowie ersten Ergebnissen der aktuellen Fortschreibung.

Karte Fördergebietskulisse der Stadt Leipzig (ohne Sanierungsgebiete, Stand 2017)



Aktuelle Umsetzungsschwerpunkte der Stadterneuerung sind:

- Schrittweise Beendigung der 15 **städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen** in den nächsten Jahren und Einsatz der Ausgleichsbeträge als Finanzierungsinstrument für weitere investive Maßnahmen in den Sanierungsgebieten.
- Die Förderkulisse des Bund-Länder-Programms **Soziale Stadt** (SSP) wurde 2016/17 neu ausgerichtet. Dies erfolgte vor dem Hintergrund, dass der Bund das Programm ab 2016 als Leitprogramm der sozialen Integration mit einer deutlichen Mittelerhöhung fortführt und der Freistaat Sachsen eine Neuausrichtung entlang aktueller Schwerpunktsetzungen in den Handlungsfeldern Wohnen, technische und soziale Infrastruktur sowie Nachhaltigkeit gefordert hat. Aktuelle Leipziger Fördergebiete sind der Kernbereich Leipziger Osten incl. Parkbogen, Grünau und Paunsdorf (Laufzeit jeweils 2016-2025). 2017 wurde das Gebiet Mockau-Nord und -Süd (2017-2026) neu beantragt.
- Im Bund-Länder-Programm **Stadtumbau** sind Maßnahmen in folgenden Aufwertungsgebieten in Umsetzung: Leipzig-West, Schönefeld und Georg-Schumann-Straße. Bis 2022 werden dort Maßnahmen zur vollständigen Umsetzung der Fördergebietkonzepte und Erreichung der Gebietsziele umgesetzt.
- Umsetzungsschwerpunkte im Bund-Länder Programm **Aktive Stadt- und Ortsteilzentren** sind die Magistralen Georg-Schwarz-Straße und Georg-Schumann-Straße. Die Abfinanzierung der komplexen Baumaßnahmen ist bis 2020 geplant.
- Abschluss des Bund-Länder-Programms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ für die Gebiete Leipzig-Innenstadt und Waldstraßen-Bachstraßenviertel 2018/ 2019.
- In der aktuellen **EFRE-Programmperiode** sind im Leipziger Osten und Westen bis 2022 Maßnahmen in den Handlungsfeldern Energieeffizienz, Umwelt und Armutsbekämpfung auf der Basis von gebietsbezogenen integrierten Handlungskonzepten in Umsetzung.
- Im Rahmen des **Europäischen Sozialfonds (ESF)** werden bis 2020 Vorhaben zur nachhaltigen sozialen Stadtentwicklung in den Fördergebieten Leipziger Westen und Schönefeld umgesetzt. Unterstützt werden niedrigschwellige, informelle Projekte zur sozialen Eingliederung und Integration in Beschäftigung.
- Zur Absicherung der Ziele einer integrierten Stadtteilentwicklung werden verschiedene ergänzende Förderprogramme eingesetzt, zum Beispiel Mittel aus BIWAQ (bis 2022), Horizon 2020: Triangulum Laborraum Leipziger Westen (bis 2020), der Nationalen Stadtentwicklungsstrategie (Projektaufzeit zur Zeit bis 2019) und den Nationalen Projekten des Städtebaus (Projektaufzeit zur Zeit bis 2019) und können z.B. auch zu einer Fortschreibung der Raumstrategie des INSEK 2030 führen.

Anforderungen an die Weiterentwicklung der Fördergebietkulisse auf Basis der räumlich differenzierten Stadtentwicklungsstrategie

Die fachübergreifende Ableitung der strategischen Ziele und räumlichen Schwerpunkte des INSEK im Ergebnis der Verschneidung aller Fachkonzepte erfordert weiterhin integrierte Stadtteilstrategien. Dies mündet in Anforderungen an die Weiterentwicklung der Fördergebietkulisse, aber auch die räumliche und inhaltliche Ausrichtung der städtebaulichen und integrierten Förderprogramme. Dadurch hat die Stadt die Möglichkeit, auf die veränderten Herausforderungen von Stadträumen gezielt zu reagieren und Maßnahmen zur Qualifizierung dieser Gebiete zu fördern.

Der Einsatz von Städtebau- und EU-Fördermitteln soll künftig sowohl auf Stadtteilebene als auch gesamtstädtischer Ebene (z.B. Wohnungsbauförderung, Netzwerk Leipziger Freiheit) stattfinden. Auf Stadtteilebene erfolgt eine Konzentration auf die fachübergreifenden Schwerpunktträume der integrierten Stadtentwicklung. Im Einzelfall ist der Fördermitteleinsatz aber auch in den anderen Schwerpunktgebieten sowie Aufmerksamkeits- und Entwicklungsgebieten sinnvoll und geboten. Seitens des Bundes ist angekündigt, die Städtebauförderung, insbesondere im Programm Soziale Stadt, in den nächsten Jahren deutlich zu erhöhen. Gleichzeitig befinden sich auf Bundes- und EU-Ebene für die nächsten Jahre neu ausgerichtete Förderprogramme insbesondere zur Unterstützung von städtischen Transformationsprozessen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Energiewende in Vorbereitung. Dies ist bei der Ableitung von Fördergebieten aus dem INSEK zu berücksichtigen.

Folgende inhaltliche Schwerpunkte werden für den künftigen Einsatz von Städtebau- und EU-Fördermitteln gesetzt:

- Erhalt und Neuschaffung von bezahlbarem Wohnraum, z.B. mit Unterstützung von Wohnungsbauförderung
- effektive Ausnutzung innerstädtischer baulicher Verdichtungspotenziale in Bestandsgebieten (z.B. 50er/60er Jahre-Gebiete), Aktivierung durch einen „Innenentwicklungsmanager“
- Stärkung der lokalen Ökonomie
- Abbau sozialer Benachteiligungen, z.B. durch Anpassung von Infrastrukturen und deren Inhalten, durch die Schaffung von stadtteilorientierten Beteiligungsstrukturen, Netzwerkbildung sowie die Unterstützung von sozialen Initiativen
- Erhalt und die Neuentwicklung von städtischen Grünräumen, Vorhaben der doppelten Innenentwicklung, Umnutzung von Brachen und Erhalt von Möglichkeitsräumen
- Aufwertung des Straßen- und Verkehrsraums sowie Qualifizierung des öffentlichen Raums - Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Energieeffizienz im Straßenraum zur Weiterentwicklung neuer Mobilitätsangebote (Barrierefreiheit, Straßenbegleitgrün, energieeffiziente Straßenbeleuchtung etc.)
- technische und soziale Infrastrukturmaßnahmen in Verbindung mit Nachverdichtungsprojekten
- Prüfung neuer Fördergebiete im Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz
- Überprüfung und Evaluierung der Stadtumbaukulisse in den Aufwertungsgebieten
- Einsatz von neuen Städtebauförderprogrammen für die Behebung von fachspezifischen Problemlagen (z.B. Programm der Städtebauförderung Zukunft Stadtgrün)
- Weiterentwicklung von quartiersbezogenen Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Initiierung und Umsetzung von Innovationsprozessen durch die Kooperation von kommunalen Unternehmen, Verwaltung, lokalen Unternehmen und Forschungseinrichtungen
- innovative Modellvorhaben und Quartiersentwicklungen im Sinne einer Smart City

Bei der Fort- und Neuentwicklung von Förderprogrammen von Bund, Land und EU wird Leipzig zu den Anforderungen des INSEK aktiv Einfluss nehmen. Für neue Qualitäten und innovative Projekte sind zusätzlich neue Finanzierungsquellen zu generieren oder weiter zu entwickeln, wie z.B. ein Stadtentwicklungsfonds. EU-Förderprogramme werden stärker auf die Bereitstellung von Krediten ausgerichtet, insbesondere für Großprojekte (z.B. im Bereich Infrastruktur, EFSI). Darauf ist im Rahmen der kommunalen Finanzierungsstrategie für EU-Förderprojekte in den nächsten Jahren zu achten.

3.3 Umsetzungsbausteine

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept ist nicht als statischer Plan, sondern als kontinuierlicher Prozess der ressortübergreifenden Zusammenarbeit für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu verstehen, der in der Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes *Leipzig 2030* fortgesetzt wird und der einer regelmäßigen Evaluierung und Weiterentwicklung bedarf.

Strategische Steuerung

Ausgehend vom INSEK wird die Verwaltung eine strategische Steuerung für die Stadt Leipzig kontinuierlich weiter entwickeln. Ziel ist es, die wesentlichen Entscheidungsgrundlagen für den Oberbürgermeister und den Stadtrat in einer Qualität aufzubereiten, die eine nachhaltige Gestaltung städtischer Entwicklung ermöglicht. Wirkung städtischen Handelns soll verbessert, der erforderliche Ressourceneinsatz optimiert und integriertes, dezernatsübergreifendes Arbeiten gefördert werden, um die Qualität der Entscheidungsfindung durch die kommunalen Verantwortungsträger zu erhöhen.

Mehr strategische Steuerung soll auch der frühzeitigen Aufdeckung und Lösung von Zielkonflikten und der frühzeitigen Verbindung von Zielen und Maßnahmen mit der Ressourcensteuerung dienen. Zentrale städtische Steuerungsprozesse werden deshalb schrittweise zu einem „Leipziger Steuerungsmodell“ verknüpft. Zu Instrumenten der Steuerung, mit deren Hilfe die Wirkung städtischen Handelns im Hinblick auf die Erreichung der gesamtstädtischen Ziele nachgehalten wird, wird eine Verständigung herbeigeführt.

Mit dem entwickelten Zielbild „Leipzig 2030“ wurde eine konzeptionelle Basis für zielorientiertes nachhaltiges Handeln gelegt. Parallel dazu wurde in der Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin, ein „Steuerungskreislauf“ erarbeitet, welcher wesentliche Steuerungsprozesse der Stadt Leipzig visuell zusammenfasst. Zudem wurde über die Schlüsselprodukte eine erste Verbindung zur Haushaltsplanung hergestellt.

Moderne Verwaltung

Die Umsetzung des INSEK und die aktive Gestaltung der wachsenden Stadt erfordern neben einem gezielten Ausbau personeller Ressourcen in der Verwaltung auch eine Änderung des Verwaltungshandelns und der Verwaltungsstrukturen selbst. Nur mit einer effizienten, attraktiven und leistungsfördernden Organisationsgestaltung kann die Stadtverwaltung den steigenden Anforderungen begegnen und sich auch in Zeiten des Fachkräftemangels als attraktiver Arbeitgeber aufstellen.

Bei den Bestrebungen der Modernisierung der Verwaltung nimmt E-Government eine zentrale Rolle ein. Der Einsatz neuer Technologien und die damit einhergehende informationelle Vernetzung stellt eine Chance dar, die Kommunikation und Zusammenarbeit zur Erbringung der Dienstleistungen entscheidend zu unterstützen und zu erleichtern. Gleichzeitig lassen sich die Ziele der Stadt nur dann erreichen, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig an die Stadt als Arbeitgeberin gebunden sind und sich über ihre Aufgaben mit den Zielen der Stadt identifizieren. Für die dafür notwendige Mitarbeiterzufriedenheit und Mitarbeitermotivation sind ein modernes Personalmanagement, ein aktives Veränderungsmanagement sowie ein neues Führungsverständnis Grundvoraussetzungen.

Um dies zu gewährleisten, werden in dem in Erarbeitung befindlichen Konzept „Moderne Verwaltung für eine wachsende Stadt“ – neben Strategie und Steuerung sowie Kooperation – folgende Handlungsschwerpunkte aufgegriffen und systematisch angegangen:

- **Werte und demokratische Prozesse:** Demokratische und rechtsstaatliche Grundwerte bestimmen das Handeln der Verwaltung. Die Vermittlung von Werten, das Rechtsstaatsprinzip sowie die bürgerschaftliche Beteiligung sind Grundlagen des Verwaltungshandelns.
- **Organisation und E-Government:** Die Organisation der Stadtverwaltung ist ein integriertes System, bestehend aus Organisation, Führung, Controlling und Optimierung, welches eine zielgerichtete Steuerung der Geschäftsprozesse ermöglicht und auf die Erfüllung der Bedürfnisse der Zielgruppen ausgerichtet ist. E-Government ist ein zentraler Motor für die Modernisierung der Verwaltung.
- **IT-Infrastruktur und IT-Steuerung:** Für effiziente Prozesse und Strukturen wird die notwendige Informations- und Kommunikationstechnik auf der Basis verbindlicher Standards eingesetzt.
- **Personalmanagement:** Die Kernprozesse des Personalmanagements sind für Fachämter, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Bewerber und Bewerberinnen sowie Interessenvertretungen transparent und nachvollziehbar organisiert und beschrieben. Prozessaufwand und Ergebnisse stehen in einem vernünftigen Verhältnis.
- **Personalentwicklung:** Der Personalbedarf der Stadt Leipzig ist bekannt und wird durch geeignete Prozesse und Strukturen nachhaltig und langfristig gedeckt. Die Beschäftigten der Stadtverwaltung werden entsprechend ihrer Möglichkeiten gefördert.
- **Führung und Zusammenarbeit:** Führung und Zusammenarbeit werden als zentrale Themen des Personalmanagements verstanden und kommuniziert. Es gibt verbindliche Anforderungen an die Führungskräfte. Das eigene Führungsverhalten wird reflektiert und systematisch entwickelt.
- **Gesundheitsmanagement und Vielfalt der Arbeit:** Die Gesunderhaltung der Beschäftigten ist der Stadtverwaltung ein wichtiges Anliegen. Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements sind stadtweit etabliert, werden genutzt und wertgeschätzt. Unterschiedliche Lebensphasen, Lebensmodelle und Herkunftssituationen der Beschäftigten werden berücksichtigt.
- **Interne Kommunikation:** Die mündliche und schriftliche Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung erfolgt effizient, transparent und im gemeinsamen Dialog. Die Identifikation der Beschäftigten mit der Stadtverwaltung als Arbeitgeber wird gestärkt.

Verankerung in stadtweiten Konzepten

Die Fachkonzepte des INSEK bilden das wichtige Bindeglied zwischen den Fach- und Maßnahmenplanungen der Ämter und dem strategischen Zielbild Leipzig 2030. Bestehende Fachplanungen und Fachkonzepte bilden dabei auf der einen Seite die Basis für die gemeinsame Erarbeitung und Fortschreibung fachübergreifender Ziele. Auf der anderen Seite müssen die im Zielbild und in der Stadtentwicklungsstrategie verankerten Ziele eine konsequente Beachtung bei der Erarbeitung und Fortschreibung der Fach- und Maßnahmenplanungen finden. Dazu wird schrittweise ein Verfahren der **frühzeitigen Abstimmung** erfolgen, um ein **Gegenstromprinzip** zu gewährleisten.

Der „Grad der Abstimmung“ hängt dabei von der Bedeutung für die Umsetzung des strategischen Zielbildes ab und kann von einem einmaligen, frühzeitigen Gespräch bis zu einer gemeinsamen Bearbeitung von Konzepten reichen. Jede Fachplanung soll künftig ihren Bezug zum Zielbild und der räumlichen Stadtentwicklungsstrategie klar erkennen lassen und beschreiben. Querschnittsthemen sowie die Aussagen zu den Wechselwirkungen aus den verschiedenen Fachkonzepten sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Stadtteilorientiertes Arbeiten

Um das prognostizierte Wachstum im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu bewältigen und gleichzeitig die Lebensqualität zu erhalten, bedarf es sowohl der Stärkung der Attraktivität und Eigenentwicklung aller Ortsteile als auch der Nutzung der unterschiedlichen Potenziale jedes einzelnen Ortsteils – unter Berücksichtigung der stadtweiten Rolle und Einbindung. Nutzen und Lasten des Wachstums sollen möglichst breit verteilt werden. Entsprechend werden die in der Ortsteilstrategie dargestellten Handlungsbedarfe (vgl. C1) mittel- bis langfristig in Fachplanungen und Investitionskonzepten konkretisiert und umgesetzt. Die Umsetzung der Ortsteilstrategie wird mit dem Bericht zum INSEK evaluiert.

Für die fachübergreifenden Schwerpunktträume (vgl. C2) wird in der Umsetzung ein integrierter Handlungsansatz verfolgt. Dies erfordert innerhalb der Verwaltung stabile dezernatsübergreifende Projekt- und Umsetzungsstrukturen. Insbesondere für die Schwerpunktträume der integrierten Stadtteilentwicklung, werden – entsprechend der zur Verfügung stehenden Ressourcen – vertiefende Stadtteilentwicklungskonzepte erarbeitet oder vorhandene Konzepte auf Grundlage des INSEK fortgeschrieben. Diese sind Grundlage für die Akquisition und Beantragung von Fördermitteln im Freistaat Sachsen, dem Bund und der EU. Die differenzierte sozialräumliche Entwicklung in den Stadtteilen erfordert aber auch, dass in der Haushaltsplanung die besonderen Leistungen und Benachteiligungen von Stadtteilen, z. B. im Hinblick auf die Wirtschaftsentwicklung wie auch in Bezug auf besondere Inklusions- und Integrationsleistungen anerkannt werden.

Stadtteilorientiertes Arbeiten benötigt neben der kontinuierlichen Kommunikation vor Ort stadtteilbezogene Ansprechpartner und Koordinatoren, aber auch Unterstützung aus den Fachämtern. Mit Stadtteil- und Quartiersmanagements, die aus Fördermitteln finanziert in den städtebaulichen Programmgebieten tätig sind, wurden sehr gute Erfahrungen gemacht. Managements sind für die Schwerpunktträume einer integrierten Stadtentwicklung essentiell, sollen aber auch in den anderen Schwerpunktträumen, Entwicklungs- und Aufmerksamkeitsgebieten bei Bedarf und mit eingeschränkten Aufgabenschwerpunkten eingesetzt werden.

Um Stadtteil und Quartiersmanagementstrukturen auszubauen, bedarf es einer Grundfinanzierung aus dem kommunalen Haushalt und einer stärkeren Ausrichtung auf veränderte Methoden der Beteiligung und Umsetzung sowie die Unterstützung lokalen Engagements. Modellhaft wird diese veränderte Ausrichtung bis 2019 im NSP-Projekt „Integration durch Initiativmanagement“ in Mockau erprobt. Darüber hinaus sollen die lokalen demokratischen Strukturen in den Stadtbezirks- und Ortschaftsräten gestärkt werden. Diese sind wichtige Mittler zwischen Stadtteilinteressen und gesamtstädtischer Verantwortung.

Bürger- und Akteursbeteiligung

Integrierte Stadtentwicklung kann nur erfolgreich sein, wenn Bewohner und Bewohnerinnen, aber auch die ehrenamtlich oder wirtschaftlich tätigen Akteure eingebunden werden. Private Aktivitäten und Investitionen sind eine wichtige Voraussetzung zum Erreichen der Entwicklungsziele, kommunales Handeln kann die Bedingungen hierfür verbessern. Bürgerbeteiligung muss dabei einen klaren Handlungsrahmen haben und eng mit dem parlamentarischen Verfahren vernetzt sein. Deshalb soll die Beteiligungskultur in Leipzig in den nächsten Jahren mit folgenden Schwerpunkten weiterentwickelt werden:

- Verbesserung der Kommunikation zu Planungen und Projekten sowie Beteiligungsmöglichkeiten daran von Beginn bis zur Realisierung
- Stärkung der Beteiligungsprozesse sowohl bei strategischen Konzepten als auch bei konkreten baulichen Projekten
- Konzeptioneller Ausbau der Engagementförderung und stärkere Vernetzung mit der Öffentlichkeitsbeteiligung an kommunalen Planungen
- Ausbau koproduktiver Projekte, bei denen stadtgesellschaftliche Akteure und Verwaltung Hand in Hand arbeiten
- Entwicklung des Stadtbüros zu einem zentralen Informations- und Kommunikationsort

Zusammenwirken in der „kommunalen Familie“

Die Eigenbetriebe und kommunalen Beteiligungsunternehmen sind wichtige Partner bei der Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes. Das INSEK fließt in die Eigentümerziele und Gesellschaftsverträge für die Unternehmen ein und nimmt damit Einfluss auf die Schwerpunktsetzung und strategische Ausrichtung. Bei der Vielzahl an unterschiedlichen Zielstellungen, Aufgaben und Interessen ist es unumgänglich, dass es zu Zielkonflikten kommt. Daher sind diese bei allen kommunalen Entscheidungen aufzuzeigen, transparent zu machen und abzuwägen. So sind bei Entscheidungen z.B. die möglichen Auswirkungen auf den Erhalt und die Schaffung bezahlbaren Wohnens mit zu berücksichtigen.

Gleichzeitig muss jedoch die direkte Kooperation zwischen den Unternehmen und mit der Verwaltung bei strategischen Planungen, bei der Initiierung von Innovationsprozessen und konkreten Projekten ausgebaut werden. Dabei geht es insbesondere um Aufgaben der kommunalen Infrastruktur und Daseinsvorsorge, die von der Kommunalwirtschaft wahrgenommen werden und eng mit der baulichen Entwicklung der Stadt verknüpft sind. Dazu werden kontinuierliche Kooperationsstrukturen aufgebaut, in denen strategische Planungen beider Seiten frühzeitig miteinander abgestimmt und konkrete innovative Kooperationsprojekte vorbereitet werden. Dabei wird an die Arbeitsstrukturen des INSEK-Prozesses und aus dem EU-Projekt Triangulum angeknüpft.

Flächenmanagement, strategisches Liegenschaftsmanagement und ganzheitliches Gebäude-management

Schon in der Bilanzphase vor der Erarbeitung des INSEK wurde deutlich, dass ein strategisches Flächenmanagement und ein vorausschauendes Liegenschaftsmanagement eine zentrale Grundvoraussetzung für die aktive Gestaltung von Stadtentwicklungsprozessen und eine erfolgreiche Bewältigung des Wachstums sind. Flächenkonkurrenzen müssen zügig, zielgerichtet und in einem klar strukturierten Verfahren geklärt werden. Deshalb wurden parallel zur Erarbeitung des INSEK die Weichen gestellt, um ein fach- und ämterübergreifendes Flächenmanagement für die kommunalen Aufgaben aufzubauen.

Ein wichtiger Baustein für ein erfolgreiches Flächenmanagement ist ein vorausschauendes kommunales Liegenschaftsmanagement. Dieses wird sich wieder auf Sicherung strategischer Entwicklungsflächen ausrichten, um langfristige Handlungsspielräume zur Gestaltung des Wachstums zu erhalten. Folgende Schwerpunkte sind für das strategische Liegenschaftsmanagement zur Umsetzung des INSEK notwendig:

- strategischer Flächenankauf für Infrastruktur, Gewerbe, Wohnen und damit in Zusammenhang stehende Kompensations- und Grünflächen
- Entwicklung und Erschließung von Flächen in Kooperation mit kommunalen Tochterunternehmen
- Veräußerung von geeigneten Grundstücken nach Konzept zur Umsetzung kommunaler Ziele, insbesondere für Gewerbe- und Wohngrundstücke
- Sicherstellung einer langfristigen Gestaltungsfähigkeit durch Erbbaurechtsverträge und Erhalt eines ausreichend kommunalen Grundstückspools

Um kommunale Gebäude effektiv zu nutzen und zu bewirtschaften, wird ein ganzheitliches Gebäude-management aufgebaut. In diesem Zuge soll für neu zu bauende städtische Gebäude auch ein geregeltes Verfahren („Phase 0“) geschaffen werden, um die Bündelung verschiedener Nutzungen frühzeitig

zu prüfen sowie konzeptionell und finanziell von Beginn an mit zu planen. Insbesondere beim Neubau von Schulen können diese mit anderen Bildungs- und Stadtteifunktionen verknüpft werden. Die Kopplung von Funktionen und Einrichtungen, soll nicht nur zu einem sparsamen Umgang mit Flächen und finanziellen Mitteln führen, sondern auch fachliche Synergien ermöglichen.

Fortführung des INSEK-Prozesses

Das integrierte Stadtentwicklungskonzept ist nicht als statischer Plan, sondern als kontinuierlicher Prozess der nachhaltigen Stadtentwicklung zu verstehen. Mit dem Beschluss des INSEK entsteht dafür eine strategische Grundlage. Nicht alle Schnittstellen zwischen den Fachkonzepten und mit der Stadtentwicklungsstrategie sind schon ausreichend durchdacht und in konkretes Handeln überführt. Deshalb sollen die bisherigen Arbeitsstrukturen in schlankerer Form weitergeführt werden. Dafür wird bis zur Beschlussfassung des INSEK ein Vorschlag mit folgenden Eckpunkten erarbeitet. Innerhalb der Verwaltung wird damit die kontinuierliche ämterübergreifende Zusammenarbeit gestärkt und eine enge Verzahnung mit der strategischen Steuerung hergestellt.

- Mit den städtischen Beteiligungsunternehmen und Wissenschaftspartnern wird das Zukunftsforum zum Thema Smart City fortgeführt.
- Für die Beteiligung der Öffentlichkeit zu Zukunftsfragen der Stadtentwicklung wird die Beteiligungsplattform „Leipzig weiter Denken“ genutzt.
- Insgesamt ist die stärkere Verzahnung des INSEK-Prozesses mit der Leipziger Agenda 21 zu überlegen.

Die Umsetzung des INSEK wird von einem ganzheitlichen Stadtentwicklungsmonitoring begleitet, das die Grundlage für eine Erfolgskontrolle und eine frühzeitige Ableitung veränderter Handlungsbedarfe ist. Dazu werden konkrete Indikatoren für das Zielbild abgeleitet. Ein besonderer Fokus wird dabei auf ausgewählte Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung gerichtet. Zudem werden aktuelle Bevölkerungsvorausschätzungen sowie kleinräumige Daten zur Analyse herangezogen. Nach 3 Jahren wird die Umsetzung des INSEK in enger Zusammenarbeit mit der strategischen Steuerung umfassend evaluiert. Dies wird durch eine qualitative Diskussion innerhalb und außerhalb der Verwaltung begleitet und die Ergebnisse in einem Bericht dokumentiert.

Zu erwarten ist, dass eine Weiterentwicklung des INSEK in kürzeren Abständen als bisher erforderlich ist. Der Bedarf dafür kann sich ergeben aus:

- aus der Beteiligung der Öffentlichkeit wie auch aus dem Beschlussverfahren,
- aus der Weiterentwicklung von gesamtstädtischen Fachplanungen, die eine Anpassung von Fachkonzepten und Stadtentwicklungsstrategie erforderlich machen oder
- Veränderungen von Rahmenbedingungen und neuen Themensetzungen in bundes- bzw. EU-weiten Stadtentwicklungsdiskussionen sowie damit verbundenen Veränderungen in der Förderprogrammlandschaft.

Das INSEK ist eine erste Auseinandersetzung mit dem Wachstum der Stadt. 2017/2018 wird eine Reihe von vertiefenden Konzepten erarbeitet, die sich einzelthemenbezogen zu den Wohnbauflächen, zu Freiraumstrukturen, zum Nahverkehr und zur Gewerbeentwicklung das Thema Wachstum vertiefen. Dies kann – auch in Abhängigkeit von der Dynamik des Wachstums – die zeitnahe Teilstudie des INSEK erfordern.

INTEGRIERTES STADTENTWICKLUNGSKONZEPT LEIPZIG 2030

INHALTSVERZEICHNIS

C. FACHKONZEpte UND QUERSCHNITTSTHEMEN

1. KURZFASSUNG FACHKONZEpte UND QUERSCHNITTSTHEMEN

2. FACHKONZEpte

Einleitung

2.1 Wohnen

2.2 Wirtschaft und Arbeit

2.3 Freiraum und Umwelt

2.4 Kommunale Bildungslandschaft

2.5 Soziale Teilhabe

2.6 Kultur

2.7 Nachhaltige Mobilität

2.8 Klimaschutz und Technische Infrastruktur

2.9 Sport

2.10 Hochschulen und Forschungseinrichtungen

2.11 Ordnung und kommunale Sicherheitsinfrastruktur

3. QUERSCHNITTSTHEMEN

Einleitung

3.1 Inklusion und Chancengerechtigkeit

3.2 Integration und Vielfalt

3.3 Gesundheit

3.4 Digitale Stadt

3.5 Baukultur und Öffentlicher Raum

3.6 Brachenrevitalisierung

C FACHKONZEPTE UND QUERSCHNITTSTHEMEN

1. KURZFASSUNG FACHKONZEPTE UND QUERSCHNITTSTHEMEN

Fachkonzept Wohnen

Der anhaltend starke Einwohnerzuwachs, der auch eine klare Anerkennung der Attraktivität und der Wohnqualität in der Stadt ist, spiegelt sich seit einigen Jahren in Veränderungen eines sich anspannenden Wohnungsmarktes und den daraus resultierenden Anforderungen an das Fachkonzept Wohnen wider. Der Wohnungsleerstand hat sich in den vergangenen Jahren deutlich reduziert. Gleichzeitig sind steigende Baufertigstellungen im Neubau, durch Sanierung oder Umwandlungen zu verzeichnen. Kauffallzahlen, Umsätze und Kaufpreise sind stark gestiegen. Die Mieten stiegen mit räumlichen und segmentbezogenen Unterschieden. Dank steigender Einkommen liegt die Gesamtmieterbelastung konstant bei 31 %. Es ist zu erwarten, dass sich zukünftig vor allem preisgünstiger sowie bezahlbarer Wohnraum verknapp, der Leerstand weiter zurückgeht und Mietpreise steigen. Bis 2030 wird eine zusätzliche Nachfrage nach ca. 51.000-78.000 Wohnungen prognostiziert, was eine stärkere Zunahme des Geschosswohnungsneubaus als heute erforderlich wird. Der Bedarf an zielgruppenspezifischen Wohnangeboten, wie familiengerechten, barrierearmen und -freien Wohnungen, wird weiter ansteigen.

Auch unter Wachstumsbedingungen soll Leipzig als attraktiver und konkurrenzfähiger Wohnstandort weiter entwickelt werden, damit alle Menschen ihren Wünschen, Bedürfnissen sowie materiellen Möglichkeiten entsprechend adäquaten Wohnraum finden können. Folgende Einzelziele werden formuliert:

- Wohnen in Leipzig – für alle, vielfältig, bezahlbar und wirtschaftlich tragfähig
- Genügend Wohnungen für einkommensschwache Haushalte
- Familien, Senioren und Menschen mit Behinderungen besonders unterstützen
- Wohnungspolitik als Teil integrierter Stadtentwicklung.

Unter den aktuellen Bedingungen können alle Stadtgebiete zu einer ausgewogenen Wohnraumversorgung beitragen. Eine kleinräumig differenzierte Handlungsstrategie ist erforderlich, um auf unterschiedliche Handlungsbedarfe eingehen und Potenziale nutzen zu können. Im Fachkonzept wurden daher Gebietstypen mit räumlich differenziertem Einsatz eines umfassenden Instrumentensets ausgewiesen:

- In den vorrangig gründerzeitlich geprägten, besonders nachgefragten urbanen Gebieten ist es Ziel, vorhandene Qualitäten zu erhalten und zu ergänzen. Im Vordergrund stehen vor allem der Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und eine angemessene Verdichtung, die negative Auswirkungen auf vorhandene Nutzungen und die Lebensqualität möglichst minimiert.
- Bestandsgebiete mit Entwicklungspotenzial wurden als Qualifizierungsgebiete bezeichnet. Hier gilt es, den vorhandenen Bestand auf die Bedarfe heutiger und zukünftiger Bewohner/-innen anzupassen und mit Blick auf eine stabile soziale Mischung mit vielfältigem Wohnungsangebot zu ergänzen.
- Auf innerstädtischen Brachen, Bahn- und Konversionsflächen sowie geeigneten randstädtischen Flächen - den Erweiterungsgebieten - sollen Gebiete zur Erweiterung des Wohnungsbestands sozial und nutzungsstrukturell gemischt entwickelt werden.

Da die Stadt nur bis zu einem gewissen Grad Steuerungsmöglichkeiten besitzt, kann die Umsetzung wohnungspolitischer Ziele nur gemeinsam mit allen Akteuren – Wohnungsmarktakteuren, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung – gelingen. Es bedarf dazu eines kontinuierlichen Dialogs und verbindlich(er) Kooperationen mit unterschiedlichsten Wohnungsmarktakteuren.

Angesichts des steigenden Aufgabenumfangs ist eine Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Abstimmungsprozesse und -strukturen erforderlich, um eine koordinierte und zielgerichtete Abwicklung zu gewährleisten. Zur Sicherung der sozialen Stabilität und eines attraktiven Wohnumfelds sind flankierende Maßnahmen aus allen Fachbereichen erforderlich.

Entsprechend der tatsächlichen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt sind Ziele, Instrumente und Maßnahmen regelmäßig zu überprüfen und weiter zu entwickeln. Eine wesentliche Grundlage für diese Prozesse ist die kleinräumige Wohnungsmarktbeobachtung.

Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit

Mit dem Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit wird das Ziel verfolgt, ein sozial ausgewogenes Wirtschaftswachstum zu unterstützen und vor allem die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsentwicklung weiter zu optimieren. Damit soll die Einnahmesituation der Stadt verbessert und eine der Grundvoraussetzungen für die Bewältigung des Bevölkerungswachstums geschaffen werden. Das Fachkonzept beschreibt alle stadtentwicklungsrelevanten Themen von Wirtschaft und Arbeit, wie Wirtschaftsstruktur und -entwicklung, Gewerbeflächenentwicklung, Landwirtschaft, Tourismus, Zentren/Magistralen, Berufsorientierung/Ausbildung sowie Beschäftigung und Arbeitswelt 4.0.

Die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeit haben sich in der Stadt Leipzig in den letzten Jahren erheblich verbessert. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist zwischen 2008 und 2015 um 43.000 und somit um 21 % gestiegen, mit einem überproportionalen Anstieg in den Cluster-Betrieben. Die Bruttowertschöpfung stieg beim produzierenden Gewerbe von 2009-2014 um 103 % und im Dienstleistungsbereich um 30 %. An den Gewerbe- und Industriestandorten im Nordraum Leipzigs wurden in den letzten Jahren mehrfach Standortinvestitionen getätigt und Produktionserweiterungen durchgeführt. Derzeit besteht ein Defizit an kurzfristig verfügbaren größeren und beplanten Gewerbe- und Industrieflächen. Im innerstädtischen Bereich hingegen stehen die Gewerbeeinheiten vornehmlich unter Umnutzungsdruck durch Wohnbebauung und soziale Infrastruktur. Weiterhin reduzierte sich die Landwirtschaftsfläche durch gewerbliche Ansiedlungen und Ausgleichsmaßnahmen seit 2009 um etwa 7 %. Die Arbeitslosenquote sank zwischen 2008 und 2015 um 40% auf unter 9 %. Dennoch weist Leipzig einen vergleichsweise hohen Anteil an SGB-II-Empfänger/-innen und eine hohe Anzahl an Jugendlichen mit Schwierigkeiten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt auf.

Das Fachkonzept verfolgt unter dem Leitsatz „Leipzig wächst nachhaltig“ insbesondere das Ziel „Leipzig besteht im Wettbewerb“, mit folgenden fachlichen Zielstellungen:

- Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur ausbauen
- Vorsorgende Flächen und Liegenschaftspolitik forcieren
- Attraktiven Tourismus und Tagungsstandort weiterentwickeln
- Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur als quartiersnahe Angebote ausbauen
- Positive Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze verbessern.

Die räumlichen Handlungsschwerpunkte konzentrieren sich einerseits auf Gebiete, in denen sich wachstumsstarke Sektoren der Wirtschaft befinden und entwickeln. Andererseits werden Gebiete benannt, bei denen insbesondere im Themenfeld Arbeit Entwicklungsnachteile bestehen.

- Die Schwerpunkträume Wirtschaftsstruktur umfassen sowohl das Zentrum (mit Ringlagen und Zentrum-Südost) zur Weiterentwicklung des imageprägenden Zentrums als auch den Nordraum als industriellen Kern mit exportorientierten Cluster-Betrieben.
- Die Schwerpunkträume Urbane Gewerbegebiete haben den Schutz und die Weiterentwicklung der urbanen Nutzungsmischung aus Kleingewerbe, Innovation und Kreativgewerbe, die Förderung urbaner Produktion und die Rückkehr der Industrie (4.0) in die Stadt zum Ziel.
- Die Schwerpunkträume Beschäftigung – stadtteilbezogene Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung schließen die Ortsteile mit erhöhten sozioökonomischen Problemlagen ein, um die Annäherung dieser Gebiete an die positive Entwicklung der Gesamtstadt zu befördern.
- Die Schwerpunkträume Zentren/Magistralen haben die Aufwertung und Weiterentwicklung der multifunktionalen Versorgungszentren und Magistralen mit urbaner Erlebnis- und Aufenthaltsqualität zum Ziel.
- Der Schwerpunkt Raum Touristischer Gewässerverbund umfasst die Blauen und Grünen Achsen im Süden und Westen der Stadt und zielt insbesondere auf die Weiterentwicklung des Gewässertourismus ab.

Die Maßnahmenumsetzung erfolgt u. a. mit Unterstützung des Mittelstandsförderprogramms und der kommunalen Wirtschaftsförderung, die als Hebel zur Verstärkung weiterer Förderungen dient. Die Hochschul-/Bildungspolitik liegt in Verantwortung des Bundes und des Landes, die mit den städtischen Anforderungen aus Wirtschaft und Arbeit, wie dem steigenden Fachkräftebedarf, in Einklang zu bringen ist.

Fachkonzept Freiraum und Umwelt

Mit dem Fachkonzept Freiraum und Umwelt wird die Sicherung und Entwicklung der „grünen und blauen Infrastruktur“ in Leipzig beschrieben. Sie leistet mit ihren vielfältigen ökologischen und sozialen Funktionen, die weit über die für einzelne Flächen bestehenden Schutzkategorien hinausgehen, einen großen Beitrag zur Lebensqualität und Attraktivität der Stadt und stellt damit einen wichtigen Standortfaktor dar. Die gesamtstädtische Struktur und Vernetzung orientiert sich am Leitbild eines Ring-Radial-Systems. Das Fachkonzept wird maßgeblich durch die Strategie der doppelten Innenentwicklung geprägt. Flächenreserven im Siedlungsbestand sollen entsprechend der Priorität der Innen- vor der Außenentwicklung nicht nur baulich entwickelt, sondern gleichzeitig auch hinsichtlich ihrer Freiraumfunktionen gesichert und qualifiziert werden. Zudem ist die notwendige Anpassung an den Klimawandel zu berücksichtigen. Die Themenfelder Freiraum/Erholung, Naturschutz/biologische Vielfalt und Stadtklima werden vorrangig bearbeitet und mit den weiteren Anforderungen verknüpft.

Das Bevölkerungswachstum führt zu einem steigenden Bedarf nach Bauflächen und zu einer kleinteiligen Nachverdichtung im Bestand. Beides zusammen hat eine zunehmende Überbauung von Freiflächen zur Folge. Stadträumlich stellt sich die Versorgung mit öffentlichen Grünflächen sehr unterschiedlich dar. Defizite in der Grünversorgung und Belastungen des Stadtklimas bestehen insbesondere in den innerstädtischen Quartieren mit Blockrandbebauung. Gleichzeitig steigt der Druck auf das vorhandene Freiraumangebot. Die Nutzungsintensität und -vielfalt bewirken zudem schnellere Verschleiß- und Abnutzungserscheinungen. Für Naturschutz und Biodiversität sowie das langfristige Überleben der Tier- und Pflanzenpopulationen in der Stadt Leipzig ist zudem ein funktionstüchtiger Biotopverbund unverzichtbar.

Gesunde Lebensbedingungen sind in Leipzig stadtweit auch unter den Vorzeichen des Wachstums zu sichern und - wo möglich - zu verbessern. Folgende Ziele werden benannt:

- Ermöglichung, Planung und Unterhaltung von Mehrfachnutzung von Flächen und Freiräumen
- Vernetzung der Frei- und Lebensräume in der Stadt und Verbesserung der Erreichbarkeit sowie Stärkung des Verbundes mit der Region
- Nutzung der Potenziale der grün-blauen Infrastruktur zur Anpassung an den Klimawandel und Minderung der städtischen Umweltbelastungen
- Sicherung und Erweiterung der vorhandenen grün-blauen Infrastruktur durch ein vorsorgendes Liegenschafts- und nachhaltiges Flächenmanagement
- Verbesserung der Wertschätzung von Freiraum und Umwelt und Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements
- Steuerung und Qualifizierung der Nachverdichtung

Folgende räumliche Handlungsstrategien werden formuliert:

- Bestandsorientierte, quartiersbezogene Freiraumsicherung und -entwicklung: Es handelt sich insbesondere um Gebiete der innerstädtischen gründerzeitlichen Blockrandbebauung.
- Schutz und Entwicklung der Auenachsen: Diese Bereiche bilden das Rückgrat des Freiraumverbundes sowie die landschaftliche Grundstruktur der Stadt.
- Entwicklung neuer, anspruchsvoller urbaner Freiräume: Sie bieten Potenzial zur Entwicklung von großflächigen, vielfältig nutzbaren Parkanlagen mit neuen Stadtraumqualitäten.
- Sicherung kulturlandschaftlich geprägter Potenziale: Diese stadtnahen, kulturlandschaftlich geprägten Räume dienen auch der Erholung, dem Naturschutz und der biologischen Vielfalt.
- Stärkung des Verbundes: Die Achsen sind von zentraler Bedeutung für die Vernetzung von gesamtstädtischen Erholungsgebieten, die auch im Sinne von Fuß- und Radverkehrsanbindungen unversorgte Quartiere an entsprechende Freiräume außerhalb des Quartiers anbinden.

Zur Umsetzung der Ziele und Maßnahmenbündel bedarf es eines breiten Konsenses, um die Möglichkeiten zur Steuerung des Wachstums zu nutzen. Hierbei sind die Anforderungen an das Wohnen sowie an den Bau der sozialen Infrastruktur im Sinne der Freiraumentwicklung abzuwagen sowie die Chancen des Wachstums bei der Entwicklung großer Areale für die Freiraumentwicklung zu nutzen. Die in diesem Fachkonzept erarbeiteten Handlungsansätze werden im Masterplan Grün 2030 sowie in teilräumlichen Freiflächenkonzepten vertieft.

Fachkonzept Kommunale Bildungslandschaft

Die Schaffung kinder-, jugend- und familienfreundlicher Lebensbedingungen wird auch künftig in Leipzig als aktive Bildungs- und Gesellschaftspolitik ausgestaltet. Für die Entwicklung der Bildungslandschaft soll eine ressortübergreifende, langfristige und räumlich differenzierte Entwicklungsstrategie umgesetzt werden.

Seit Beginn der 2000er Jahre verzeichnet Leipzig steigende Einwohner- und Geburtenzahlen – mit einer besonders starken Dynamik seit 2011. Gleichzeitig hat sich die Schülerschaft zunehmend ausdifferenziert. So stieg der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund kontinuierlich. Weit mehr als ein Drittel der Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird integrativ beschult. Der Anteil dieser Schüler/-innen verdoppelte sich seit Mitte der 1990er Jahre. Die soziale Differenzierung zeigt über den gesamten Stadtraum eine große Spannweite der Armutslagen auf. In einigen Ortsteilen lebt mehr als die Hälfte der Kinder unter Armutsbedingungen. Materielle Armut stellt einen großen Risikofaktor für die Bildungsbiografie dar, dementsprechend zeigen Indikatoren zu Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg sozialräumliche Disparitäten.

Die vorschulische und schulische Bildungsinfrastruktur wurde stark weiterentwickelt. Der Bildungsaspekt wurde im fröhkindlichen Bereich stärker betont, die formalen und non-formalen Bildungsangebote besser verknüpft und gebündelt. Zusätzlich bietet die Stadt Leipzig als Oberzentrum eine große Palette kommunaler und privater Bildungseinrichtungen für die verschiedenen Bereiche des lebenslangen Lernens.

Aus der Verbindung des strategischen Zielbilds „Leipzig 2030“ mit den bildungspolitischen Leitlinien und den Aussagen aus den entsprechenden Fachplanungen und Entwicklungskonzepten ergeben sich folgende Ziele für das Fachkonzept:

- Quantitativer Ausbau und qualitative Weiterentwicklung der Bildungsinfrastruktur
- Unterstützung von Chancengerechtigkeit
- Konzeptionelle Öffnung von Bildungseinrichtungen, Vernetzung im Sozialraum und Kopplung mit non-formalen Bildungsangeboten
- Stärkung des lebenslangen Lernens und des bürgerschaftlichen Engagements
- Stärkung der oberzentralen Funktion Leipzigs als Bildungsstandort

Es lassen sich unterschiedliche räumliche Handlungsstrategien identifizieren, in denen die Ziele des Fachkonzepts differenziert umgesetzt werden sollen:

- Die Schwerpunkträume des Infrastrukturausbaus umfassen vor allem Ortsteile mit hohen Einwohnergewinnen – insbesondere von Familien – sowie Gebiete mit perspektivisch hohen Zuwachsraten. Diese Bereiche schließen den vollständigen gründerzeitlichen Ring der Stadt ein und ziehen sich um das Zentrum mit sektorale Ausweitungen in den Westen (Grünau), in den Norden und in den Südosten.
- Für die Schwerpunkträume des Integrationsbedarfs sind besondere Maßnahmen zur Förderung der Integration und mit präventiver Ausrichtung von benachteiligten Menschen im Bildungsbereich erforderlich. Die Abgrenzung dieser Räume ergibt sich aus der stadtweiten Analyse der sozialräumlichen Differenzierung, aus Daten des Berichtswesens „Hilfen zur Erziehung“ sowie aus Daten des kommunalen Bildungsmonitorings. Das betrifft im Wesentlichen Grünau, Kleinzschocher, Neulindenau, Altindenau, den Leipziger Osten sowie Schönefeld-Ost, Schönefeld-Abtnaundorf, Mockau und Paunsdorf.

Zur Umsetzung der Entwicklungsziele bedarf es einer engen Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung, mit externen Bildungsakteur/-innen, mit der Politik sowie mit der Bürgerschaft. Der städtische Haushalt hat eine elementare Bedeutung für die Entwicklung der Bildungslandschaft. Mit dem Wachstum der Stadt erhöhen sich zwangsläufig auch die Ausgaben für den Bildungsbereich, wenn Standards erhalten oder verbessert werden sollen. Zielgerichtete, frühzeitige und ausreichende Bildungsinvestitionen können helfen, Folgekosten im sozialen Bereich (merklich) zu reduzieren.

Fachkonzept Soziale Teilhabe

Die Stadtverwaltung wendet sich in ihrem sozialpolitischen Handeln gezielt an Menschen mit Unterstützungsbedarf. Entsprechend des Leitbildes einer inklusiven Stadtgesellschaft, die die Vielfalt menschlicher Existenz anerkennt und die soziale Chancengerechtigkeit ermöglicht, wird die Zusammenarbeit aller stadtgesellschaftlichen Akteure unterstützt. Dabei wird die soziale Teilhabe als besonders wichtiges Element des sozialen Zusammenhalts, der gemeinsamen Übernahme von Verantwortung und der Stabilität angesehen.

Seit 2009 sind in Leipzig viele positive Entwicklungen, wie z. B. steigende Geburtenzahlen und eine rückläufige Zahl von Menschen im Transferleistungsbezug, festzustellen. Gleichwohl zeigen sich bei vielen Menschen mit Hilfebedarf eine Verdichtung von persönlichen Problemlagen sowie auch räumliche Konzentrationen von schwierigen sozioökonomischen Faktoren. Insbesondere nimmt die Zahl derer zu, die auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Die Verweildauer in Hilfen steigt und ein länger andauernder Verbleib von Menschen in Problemlagen ist häufiger zu beobachten. Unterdessen wird Leipzig durch den zunehmenden Anteil von Personen mit Migrationshintergrund vielfältiger. Dadurch verändern sich auch die Anforderungen an das Fachpersonal und die Hilfestrukturen.

Mit dem Leitsatz „Leipzig lebt Vielfalt“ verbindet sich das Selbstverständnis einer weltoffenen Bürgerstadt, die Vielfalt als Wert und Qualität versteht. Dazu werden:

- Infrastruktur, öffentlicher Raum, Leistungen und Angebote der sozialen Fürsorge bedarfsgerecht, für alle zugänglicher und inklusiv gestaltet,
- soziale Chancengerechtigkeit und Teilhabe durch Prävention und den Ausgleich von Nachteilen gefördert,
- Stadtteile mit Entwicklungsbedarf gezielt mit Angeboten gefördert,
- familiäre und außerfamiliäre Unterstützungsnetzwerke sowie Nachbarschaftshilfe und das zwischenmenschliche Zusammenleben gestärkt.

Um die räumlichen Schwerpunkte zu ermitteln, wurde das Stadtgebiet systematisch hinsichtlich des sozioökonomischen Handlungsbedarfs und speziell der Belastungen für das Aufwachsen und der Situation der Kinder- und Jugendförderung bewertet. Zudem wurde die Situation bei den Themen Alter und Pflege, Behinderung, Sucht und Psychiatrie eingeschätzt. Die Ortsteile mit dem höchsten diesbezüglichen Handlungsbedarf sind:

- Paunsdorf
- Grünau-Mitte, Lausen-Grünau, Grünau-Nord, Grünau-Ost
- Schönefeld-Ost
- Mockau-Süd
- Neustadt-Neuschönefeld, Volkmarstadt, Sellerhausen-Stünz
- Möckern.

Mit themenübergreifenden integrierten Handlungsansätzen sollen in diesen Ortsteilen die Ziele der Inklusion, Teilhabe und Chancengerechtigkeit erreicht werden. Zur Unterstützung sollen Mittel zur Aufwertung von Stadtteilen aus geeigneten Förderprogrammen akquiriert werden. Hierbei sind auch generationenübergreifende Ansätze zu entwickeln und die Vernetzung der Akteure im sozialen Bereich vor Ort zu stärken. Die soziokulturellen Angebote und die soziale Infrastruktur sollen weiterentwickelt sowie Synergien zwischen den Angeboten für verschiedene Gruppen geprüft werden. Die frühkindlichen Präventionsangebote in Kindertagesstätten, Familienberatungsangebote und erzieherische Hilfen gilt es, mit dem Blick auf sich ausdifferenzierende Zielgruppen stärker zu vernetzen und weiterzuentwickeln.

Zu den Zielen des Fachkonzeptes wurden jeweils Maßnahmenbündel formuliert. Bis 2030 ist die Weiterentwicklung von frühkindlicher Präventionsarbeit sowie - angesichts der steigenden Zahlen bei der Grundsicherung im Alter - die Weiterentwicklung der Seniorenarbeit von besonderer Bedeutung. Der nächste Schritt besteht in der Erarbeitung eines integrativen Jugendhilfeplans sowie eines Konzepts der offenen Seniorenarbeit.

Fachkonzept Kultur

Die Stadt Leipzig verfügt über eine lebendige, vielfältige kommunale sowie freie Kunst- und Kulturszene. Neben einer reichen kulturellen Tradition bietet die Stadt kreative Freiräume und Möglichkeiten der städtischen Kunst- und Kulturförderung. Das Fachkonzept Kultur trifft strategische Aussagen zum Erhalt und zur Weiterentwicklung dieser Vielfalt und Lebendigkeit unter den sich ändernden Rahmenbedingungen einer wachsenden Stadt. Es will vor allem zukünftige Ziele und Schwerpunkte der kulturellen Angebote sowie der (inter)kulturellen Bildung aufzeigen. Die Leipziger Bevölkerung wird jünger und zugleich älter – kulturell diverser, digital aktiver, aber auch lokal verbundener. Das Fachkonzept Kultur beschäftigt sich damit, wie diese Vielfalt und Lebendigkeit unter den sich verändernden Rahmenbedingungen erhalten und weiterentwickelt werden können.

Kunst und Kultur agieren heute mehr denn je in einem internationalen Kontext. Neben der Ausrichtung auf die internationale und bundesweite Präsenz stieg angesichts der demografischen Entwicklung bereits in den letzten Jahren die Bedeutung der lokalen pädagogischen Vermittlungsarbeit in den Kultureinrichtungen. So wurden zusätzliche Räume zur kreativen Betätigung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene eingerichtet und neue Formate für die sich vielfältig ausdifferenzierenden Zielgruppen entwickelt. Leipzig ist als dynamische Kunst- und Kulturstadt sowohl für Kreativmilieus als auch für den stark wachsenden Stadt- und Kulturtourismus attraktiv. Besonders im Leipziger Westen, im Süden und zunehmend auch im Leipziger Osten hat sich eine starke Kreativszene herausgebildet.

Kultur ist damit gerade in Leipzig ein vielfältiger Impulsgeber für die Stadtentwicklung. Mit den folgenden strategischen Handlungsschwerpunkten und abgeleiteten Maßnahmenbündeln soll die Kunst- und Kulturszene in Leipzig gesichert und weiterentwickelt werden:

- Ausgewogene, quartiersnahe Verteilung der kulturellen Angebote und Infrastruktur über die Gesamtstadt und Sicherung von Stadträumen für Kunst und Kultur
- Zusammenarbeit der Leipziger Kulturreinrichtungen in ressort- und fachübergreifenden Netzwerken und Etablierung des Miteinanders von kommunalen Einrichtungen und freier Kunst-/Kulturszene
- Stärkung Leipzigs als national und international anerkannte, weltoffene Kulturstadt, die mit ihren kulturellen Angeboten ein vielfältiges Publikum anzieht
- Ermöglichung kultureller Teilhabe

Für sechs Schwerpunkträume wurden räumliche Handlungsstrategien identifiziert, die sich inhaltlich in zwei Kategorien einordnen:

- Erhalt, Stärkung und Weiterentwicklung der kulturellen Angebote: Grünau, Paunsdorf, Innerer Osten, Georg-Schumann-Straße und Umfeld
- Erhalt und Begleitung der kulturellen Entwicklung: Erweiterte Innenstadt, Innerer Westen, Innerer Osten

Die ressort- und fachübergreifende Vernetzung sowie die multifunktionale Nutzung von Infrastrukturreinrichtungen stehen ebenso im Mittelpunkt der Zielsetzung des Fachkonzepts wie der verbesserte Zugang zu kulturellen Angeboten – lokal, national und international. Die verwaltungsinternen Planungsinstrumente – wie die bereits vorhandenen themenorientierten Entwicklungskonzepte – werden zukünftig weiter präzisiert, besser zwischen den Ressorts und aufeinander abgestimmt. Zudem sollen gemeinsam mit Partner/-innen auch außerhalb der Verwaltung konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.

Fachkonzept Nachhaltige Mobilität

In Leipzig als „Stadt der kurzen Wege“ sollen die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse einer Vielzahl verschiedener Nutzer/-innen nachhaltig, konfliktarm und effizient organisiert werden. Mit dem Fachkonzept Nachhaltige Mobilität werden für Leipzig strategische Leitlinien, Instrumente sowie Maßnahmen- schwerpunkte und -bündel für eine intelligente Mobilität auf der Grundlage einer integrierten Verkehrs- planung verfasst. Vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums und des stetig wachsenden Verkehrs- aufkommens setzt das Fachkonzept einen wesentlichen Schwerpunkt des kommunalen Handelns auf die Stärkung des Umweltverbundes, ein leistungsfähiges Verkehrsmanagement und eine deutliche Verbesserung der Angebotsqualität des Rad- und Fußverkehrs sowie des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Der absolute Anstieg des motorisierten Individualverkehrs (MIV), des ÖPNV, der Anzahl von Berufs- pendler/-innen und des Wirtschaftsverkehrs führt zudem – insbesondere in den Spalten und an be- bestimmten Stellen im Verkehrsnetz – zum Anstieg des Verkehrs- aufkommens sowie der Nutzungsdichten und -konkurrenzen. Die steigende Anzahl von Pkw führt punktuell und insbesondere in innerstadtna- hen Gebieten mit gründerzeitlicher Bebauung und ohne Quartiersparken zu hohem Parkdruck, zu Nut- zungskonflikten und verringriger Aufenthaltsqualität sowohl im öffentlichen Raum als auch auf privaten Flächen. Bis 2030 ist bei allen Verkehrsarten ein deutlicher Anstieg des Verkehrs- aufkommens zu er- warten. Ohne steuernde Maßnahmen werden zunehmend die Grenzen der Kapazitäten erreicht. Es ist zudem mit dem Wachstum der verkehrsbedingten Emissionen (Lärm/NO_x/PM₁₀/¹CO₂) und damit der Belastungen für Gesundheit und Umwelt besonders in den innerstädtischen Gebieten zu rechnen, wenn keine weiteren Anreize zur Nutzung von alternativen Antriebsformen realisiert werden.

Vor dem Hintergrund des Anstiegs des Verkehrs- aufkommens soll der Anteil des Umweltverbundes von heute 60 % an den Wegen der Leipziger/-innen in der Stadt (Modal Split) bis 2025 möglichst auf 70 % steigen (davon 27 % Fußverkehr, 20 % Radverkehr, 23 % ÖPNV). Langfristig wird eine weitere Steige- rung angestrebt. Folgende Ziele werden zudem für das Fachkonzept Nachhaltige Mobilität formuliert:

- Gestaltung des Wachstums durch integrierte Verkehrsplanung und intelligente Mobilität (smart mobility), Beteiligung und Kommunikation in hoher Qualität fortsetzen
- Stadt- und umweltverträgliche Organisation des Verkehrs fördern: Erhöhung der Attraktivität und Stärkung des Umweltverbundes
- Minimierung der negativen Wirkungen des Verkehrs auf Mensch und Umwelt
- Wirtschaftsstandort Leipzig stärken
- Steigerung der Qualität des öffentlichen Raums in den Magistralen: multifunktionalen öffentlichen Raum gestalten und gleichwertige Mobilitätschancen sichern

Die räumliche Handlungsstrategie soll zunächst mit einer mittelfristigen Perspektive umgesetzt werden, die die bereits gesicherten Einzelmaßnahmen aufgreift. In einem langfristigen Horizont bis 2030 werden räumliche Bereiche zusammengefasst, in denen ähnliche Herausforderungen bestehen:

- Effizienz multimodal in der erweiterten Innenstadt erhöhen
- Umweltverbund und Nahmobilität in der inneren Stadt² stärken
- Stadtteilidentität und Versorgungsqualität an Magistralen stärken und erhalten
- Erreichbarkeit der äußeren Stadt und des Wirtschaftsschwerpunkts Nordraum nachhaltig entwickeln

Angesichts langer Planungs- und Realisierungszeiträume und zeitintensiver Interventionsmöglichkeiten in einer komplexen, teuren und langlebigen Infrastruktur besteht für die Umsetzung die Notwendigkeit, einen langfristig tragfähigen Kompromisses über die Verwirklichung einer nachhaltigen Mobilität zu schaffen. Für die Vorplanung und die Koordination von großen Vorhaben sind frühzeitig die notwendigen personellen Kapazitäten zu schaffen und Verfahren zu optimieren. Eine strategische Liegen- schaftspolitik sichert frühzeitig Handlungsspielräume für die Durchführung wichtiger Maßnahmen.

¹ NO_x: Stickoxide, nitrose Gase; PM₁₀: Particulate Matter – Feinstaub bis 10 µm Durchmesser

² Die innere Stadt umfasst im Wesentlichen die Altbau-Bereiche, die bis 1945 erschlossen wurden („Urbaner Kern“)

Fachkonzept Klimaschutz und Technische Infrastruktur

Das Fachkonzept betrachtet die energetische Stadtentwicklung, die leitungsgebundene technische Infrastruktur sowie die Breitbandversorgung. Um die städtischen Ziele des Klimaschutzes und zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels in Leipzig zu erreichen, soll bis 2050 der Ausstoß von Treibhausgasen deutlich auf mindestens 2,5 t pro Einwohner/-innen und Jahr gesenkt werden. Dabei wird der Ansatz einer ganzheitlichen Energiewende verfolgt, der die Bereiche Wärme, Strom und Mobilität städtebaulich aufgreift. Das von der Bundesregierung formulierte langfristige Ziel einer postfossilen Gesellschaft wird dabei in eine kommunale Gesamtstrategie zwischen Stadtverwaltung, Netzbetreibern und Leipziger Gruppe eingebunden. Dabei stellt der Klimawandel zusätzliche Anforderungen an die Infrastruktur (u. a. Starkregen).

Mit dem Beginn des dynamischen Bevölkerungswachstums stagniert die Minderung der einwohnerbezogenen CO₂-Emissionen seit 2011 auf einem hohen Niveau von 6,7 t pro Jahr (2013). Bei den Haushalten mit ihrem Anteil von 27 % an den Gesamtemissionen ist aktuell eine minimale, aber kontinuierliche Senkung der Emissionen und des Energiebedarfs zu verzeichnen. Der Wirtschaftssektor stagniert (35 %), der Verkehr (37 %) zeigt bei den Emissionen pro Einwohner/-innen zwar einen leichten Rückgang, wächst aber in seinem Anteil an den Gesamtemissionen.

Die Umsetzung einer ganzheitlichen Energiewende wird als zentrales Handlungsfeld der Stadtverwaltung in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge mit folgenden Zielen verfolgt:

- Strategische Integration der Themen Energiewende und Klimaschutz in die laufenden Prozesse der Stadtentwicklung und -erneuerung,
- Initiierung der Wärmewende im Gebäudesektor und Etablierung nachhaltiger Lösungen zur Ver- und Entsorgung sowie Finanzierung,
- Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten und intelligenten Ver- und Entsorgungsstruktur durch intelligente Verknüpfung zentraler und dezentraler Ansätze.

Die Schwerpunkträume für die räumliche Handlungsstrategie wurden auf der Grundlage einer Analyse des Heizwärmebedarfs in Verbindung mit dem Sanierungsstand auf Blockebene, dem Flächennutzungsplan und einer Betrachtung der Brachflächen benannt und Maßnahmenbündeln zugeordnet. Zu beachten ist, dass die Ortsteilanalyse nur eine Momentaufnahme wiedergibt und sich aufgrund der Bautätigkeiten schnell ändert.

- Bestandsquartiere mit erheblichem energetischen Sanierungsbedarf: Diese Bereiche befinden sich in Alt-West, in Süd-West, im Leipziger Osten sowie in Schönefeld und sind durch eine Mischung von Wohnen mit genutzten und ungenutzten Gewerbe- und Industriebauten sowie noch vorhandenen Brachen geprägt.
- Innerstädtische Konversionsflächen und randstädtische Stadterweiterungsgebiete: Diese Bereiche sind auch im Fachkonzept Wohnen und in der Stadtentwicklungsstrategie als Schwerpunkträume ausgewiesen. Insbesondere innerstädtische Flächen bieten die Chance, modellhafte Transformationen der Ver- und Entsorgungsstrukturen, wie z. B. die Einbindung von regenerativen Energien, umzusetzen.

Auf dem Weg zu einer postfossilen und resilienten Versorgungsstruktur wurden Schlüsselprojekte bis 2030 definiert. Durch den Neubau und durch die Sanierung kommunaler Gebäude kann die Stadt Leipzig eine Vorbildrolle bei der Umsetzung der Energiewende übernehmen. Der Einstieg in die postfossile Wärmeversorgung und die kooperative energetische Quartiersentwicklung mit Großeigen tümer/-innen sind von zentraler Bedeutung auf dem Weg zu einer klimagerechten Stadtentwicklung.

Fachkonzept Sport

Leipzigs Sportpolitik setzt zum einen auf Lebensqualität für die Bürgerschaft und zum anderen darauf, dass sportlicher Wettstreit, Spaß an Bewegung und ein reges Vereinsleben zur Gesundheit, zur Begegnung, zum interkulturellen Dialog, zur Integration und zum sozialen Zusammenhalt beiträgt. Es ist ein Anliegen des Fachkonzeptes, Schwerpunkte des Sportverhaltens auf gesamtstädtischer und kleinräumiger Ebene zu benennen und Handlungsbedarfe zu Sportstätten und Bewegungsräumen für die Gesamtstadt und für die Ortsteile abzuleiten. Der Fokus des Fachkonzeptes liegt auf selbst organisiertem Sport und Bewegung, auf dem Vereinssport und auf Sportveranstaltungen.

Die mehr als 96.000 Vereinssportler/-innen sind in ca. 120 Sportarten aktiv und nutzen ca. 400 Sportstätten. Ein sehr großer Anteil der Leipziger/-innen organisiert das regelmäßige Sporttreiben und/oder die gesund erhaltende Bewegung selbst. Darüber hinaus gibt es einen breiten Markt für privatwirtschaftliche Sport- und Bewegungsangebote. Veränderte Rahmenbedingungen, wie Bevölkerungszuwachs, Alterung, steigende Jugendquote, Migrantenzuwachs, Rechtsanspruch Teilhabe und Trendsportarten, erfordern spezielle Anpassungen bei der Sport-, Sportstätten- und Bewegungsraumentwicklung. Die steigende Anzahl Aktiver führt zu einem größeren Nutzungsdruck auf vorhandene Sport- und Bewegungsgelegenheiten und auch zu neuen Bedarf. Die Entwicklung neuer Angebote und Einrichtungen steht in der wachsenden Stadt zunehmend in Flächenkonkurrenz. Der Aktionsradius weitet sich demzufolge immer weiter an den Stadtrand bis ins Umland aus. Zugleich wächst durch Sportgroßveranstaltungen das bundesweite Interesse an Leipzig und die Motivation zu eigenen sportlichen Aktivitäten in der Bürgerschaft. Mit dem Sportforum besitzt Leipzig einen einzigartigen Standortvorteil für Sportgroßveranstaltungen mit internationaler Bedeutung.

Für Sport und Bewegung sind mit Bezug zum strategischen Zielsystem folgende Ziele bedeutsam:

- Kommunale Sportstätten stehen ausreichend und anforderungsgerecht für die beliebtesten Sport- und Bewegungsformen zur Verfügung.
- Die für Sport und Bewegung geeignete Infrastruktur im öffentlichen Raum wird gezielt für Freizeit- und Breitensport entwickelt.
- Leipzig hat regelmäßig attraktive Sportgroßveranstaltungen; geeignete Standorte sind attraktiv ausgebaut und sehr gut erschlossen.

Die räumlichen Handlungsstrategien sind folgenden Themenbereichen und Schwerpunkträumen zugeordnet:

- Sportstätteninfrastruktur: Hier liegt der Fokus auf dem Neubau, so in Böhlitz-Ehrenberg (wettkampfgeeignete Spielsporthallenfläche), in der Peripherie der Stadtbezirke Ost, West, Nord und Süd (Sportplatzanlagenfläche) sowie in ausgewählten Ortsteilen der Stadtbezirke Ost und Süd (Schwimmhallenfläche).
- Sport- und Bewegungssachsen: Sie umfassen wichtige Wege und Freiräume für Sport und Bewegung im öffentlichen Raum, die es zu erhalten, umzugestalten oder auch neu zu bauen gilt.
- Sportgroßveranstaltungen: Schwerpunkte sind das Sportforum mit Elsterbecken, das für die Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen mit internationaler Bedeutung erhalten und qualifiziert werden muss, der Zwenkauer See für Sportgroßveranstaltungen in Ausdauersportarten und im Segelsport sowie Flächen innerhalb des Promenadenrings für Freizeit- und Breitensportveranstaltungen.

Neubau und Sanierung von Sportstätten werden überwiegend durch die Fachförderungen des Freistaates Sachsen unterstützt. In kommunaler Verantwortung stehen das Amt für Gebäudemanagement, das Amt für Sport und die Sportbäder Leipzig GmbH. Die Maßnahmen auf und in Vereinssportanlagen werden grundsätzlich mit dem Investitionsfördermodell realisiert, bei dem sich die Vereine, die Stadt und der Freistaat die Kosten teilen. An Standorten in Fördergebieten, z. B. der Städtebauförderung, können geeignete Bund-Länder-Programme zur Finanzierung beitragen. Für den Ausbau der Sport- und Bewegungssachsen sowie die Absicherung positiver Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Sportforums ist fachübergreifendes Verwaltungshandeln und die Zusammenarbeit mit der LEIPZIGER Gruppe erforderlich.

Die Dachorganisation Stadtsportbund Leipzig e. V. ist ein wichtiger Partner bei der Entwicklung der Leipziger Sportinfrastruktur und mit Blick auf die Ausbildung und Qualifizierung der Übungsleiter/-innen.

Fachkonzept Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Die Leipziger Wissenschaften bilden mehr denn je einen zentralen Faktor der Stadtentwicklung. Im Zuge der demografischen Entwicklung kommt ihnen eine Schlüsselrolle zu, und sie leisten einen eigenständigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt. Diesen Wechselwirkungen und Synergien zwischen Wissenschafts- und Stadtentwicklung soll auch in den kommenden Jahren kontinuierlich Rechnung getragen werden.

Mit 37.000 Studierenden ist Leipzig zweitgrößter sächsischer Hochschulstandort. Das breite Spektrum akademischer Ausbildungsmöglichkeiten sichern eine Volluniversität mit Universitätsklinikum, zwei Kunsthochschulen, drei Fachhochschulen, eine Berufsakademie sowie weitere Anbieter in privater Trägerschaft ab. Ihr Forschungspotenzial wird in maßgeblicher Weise durch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft (2), der Helmholtz-Gemeinschaft (2), der Leibniz-Gemeinschaft (5) und der Max-Planck-Gesellschaft (3) sowie das Deutsche Biomasse Forschungszentrum und das Deutsche Zentrum für integrierte Biodiversitätsforschung ergänzt. Leipzig ist zudem Sitz der Sächsischen Akademie der Wissenschaften.

Der Wissenschaftsstandort steht in den nächsten Jahren vor einer Reihe von Herausforderungen. Vor dem Hintergrund eines schärfer werdenden Wettbewerbs um Reputation, Exzellenz und Ressourcen bei immer knapper werdenden zeitlichen Vorläufen sind *die lokalen, institutionenübergreifenden Kooperationskulturen* auszubauen. Angesichts vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst geplanter Reduzierungen bei den Studienkapazitäten ist im schärfer werdenden Wettbewerb um Talente eine starke kommunalpolitische *Interessensvertretung für Leipzig als Hochschulstandort* erforderlich. Eine weitere Herausforderung ist die *Sicherung von Standortvorteilen* für den Leipziger Wissenschaftsstandort. Hierzu gehören die Sicherung von Flächen in Nutzungskonkurrenz zu anderen Flächenansprüchen sowie die Rahmenbedingungen auf dem Wohnungsmarkt und in der Versorgung mit sozialer Infrastruktur.

Für den Wissenschaftsstandort bestehen vor dem Hintergrund der genannten Herausforderungen die Ziele:

- Die Struktur und Vielfalt der Wissenschaftslandschaft ist weiterzuentwickeln. Dem räumlichen Entwicklungsbedarf wird durch Priorisierung der Flächen und Raumbedarfe entsprochen.
- Die Qualität der Stadt als internationaler Hochschul- und Forschungseinrichtung ist zu stärken.
- Die Kooperationsbeziehungen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Stadt sind auszubauen.
- Das Profil Leipzigs als Stadt der Wissenschaften ist weiterzuentwickeln

Die Leipziger Hochschul- und Forschungseinrichtungen konzentrieren sich im Stadtraum auf vier Wissenschaftsräume. Der Wissenschaftsraum Mitte umfasst Einrichtungen in der Leipziger City, im zentrumnahen Musikviertel und an der Jahnallee. Er wird perspektivisch durch die Entwicklung eines neuen Wissenschaftsstandortes am Leuschnerplatz ergänzt. Grundlage für die weitere Entwicklung des Wissenschaftsraums Nordost an der Torgauer/Permoser Straße ist der vom SIB³ erarbeitete Masterplan. Der Wissenschaftsraum Süd umfasst das Areal zwischen Richard-Lehmann Straße und Schefelstraße. Hier wird eine stärkere, auch stadträumlich erkennbare Campus-Struktur angestrebt.

Der Wissenschaftsraum Südost umfasst neben den Campusräumen der Medizin an der Liebigstraße, die Standorte der Naturwissenschaften und der Tierkliniken sowie den BioCityCampus am Deutschen Platz. Insbesondere der BioCityCampus bietet aufgrund seiner Ausrichtung auf den Wissens- und Technologietransfer, zusammen mit den Einrichtungen im Wissenschaftsraum Süd, ein besonderes Potenzial für die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft und innovative technologische Lösungen.

Die in Umsetzung des Fachkonzeptes von 2011 aufgebauten Arbeitsstrukturen werden kontinuierlich weiterentwickelt, ebenso wie die Mitarbeit in kommunalen und regionalen Netzwerken der Wissenschaftsakteure. Das Referat Wissenschaftspolitik koordiniert, kommuniziert und entwickelt die zur Umsetzung der Zielstellungen und Maßnahmebündel erforderlichen Aktivitäten innerhalb der Verwaltung und in die Wissenschaftseinrichtungen hinein.

³ SIB Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement

Fachkonzept Ordnung und kommunale Sicherheitsinfrastruktur

Die Gewährleistung von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit hat grundlegende Bedeutung für das Wohlbefinden der Leipzigerinnen und Leipziger und beeinflusst den sozialen Zusammenhalt. Die Gewissheit, sich in der Nachbarschaft oder in der Innenstadt im öffentlichen Raum sicher und komfortabel bewegen zu können, prägt die Lebensqualität und die Identifikation mit der eigenen Stadt. Eine sichere und saubere Stadt für Bevölkerung, Wirtschaft und Gäste der Stadt Leipzig ist somit eine herausfordernde Daueraufgabe für die Stadt Leipzig, aber auch für die Leipziger Bürgerschaft, die aktiv daran mitwirken und einbezogen werden muss. Das Fachkonzept setzt sich mit ausgewählten Schwerpunkten der Öffentlichen Sicherheit, der Sauberkeit im öffentlichen Raum und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts auseinander.

Die Fragen von Ordnung und Sicherheit bewegen die Leipziger Bürgerschaft in ihrem Alltag. Aus 22 Themenfeldern wurden in der Kommunalen Bürgerumfrage von fast der Hälfte der Befragten „Kriminalität und Sicherheit“, insbesondere bei Eigentumsdelikten, als größtes Problem der Stadt benannt. Handel und Konsum mit Betäubungsmitteln liegen in Leipzig auf einem hohen Niveau. Die Verlagerung in den öffentlichen Raum und damit verbundene Entwicklungen stellen alle Säulen der Suchthilfe vor neue Herausforderungen. Im Hilfesystem sind bedarfsgerechte Angebote der Prävention und Suchthilfe sowie sozialräumliche Handlungsansätze vorhanden, stehen aber durch die Steigerung der Fallzahlen vor weiteren Herausforderungen.

Das tägliche Aufkommen an Abfall im öffentlichen Raum und in den Grünanlagen sowie illegalen Graffitis im Stadtgebiet sind sehr hoch. Bei illegalem Abfall ist leider eine deutlich wachsende Tendenz festzustellen. Das flächendeckende, flexible System der Stadtreinigung ermöglicht die kurzfristige Beseitigung illegaler Abfallablagerungen. Der langjährige Einsatz zusätzlicher geförderter Sauberkeitsmaßnahmen mit unterschiedlicher Finanzierung hat entscheidend zu einer Verbesserung der öffentlichen Ordnung und Sauberkeit beigetragen. Es besteht nun die Herausforderung, bei steigendem Abfallaufkommen die Finanzierung für zusätzliche Reinigungskapazitäten zu gewährleisten. Die Stadt Leipzig hält ein breit gefächertes Angebot an Präventionsmaßnahmen und -informationsangeboten zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit vor, jedoch besteht noch Handlungsbedarf in den Bereichen Sauberkeit und Brandschutz sowie in der Einbeziehung der Wirtschaft als stabilen Kooperationspartner.

Die Ziele in diesem Fachkonzept werden in starkem Maße durch die mit der wachsenden Stadt verbundenen Herausforderungen beeinflusst, die sich aus der steigenden Einwohnerzahl, der sich verdichtenden Stadt und der Nutzungsintensität des öffentlichen Raumes ergeben:

- Die Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum wird verbessert und das Sicherheitsempfinden gestärkt
- Die Aufenthaltsqualität und Sauberkeit im öffentlichen Raum wird verbessert
- Die Leistungsfähigkeit der Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung wird erhalten
- Das Verantwortungsbewusstsein und das Engagement für das persönliche Umfeld werden gestärkt

Eine flächendeckende, ortsteilbezogene Betrachtung ist für die meisten Themenfelder des Fachkonzeptes aufgrund fehlender Datengrundlagen nicht möglich. Weiterhin können anhand der verfügbaren Daten, z. B. der Fallzahlen für Straftaten, in vielen Fällen keine unmittelbaren Rückschlüsse auf den jeweiligen Ortsteil gezogen werden. Eine darauf basierende Darstellung von Schwerpunktträumen birgt die Gefahr der Fehlinterpretation und Stigmatisierung von Ortsteilen. Deshalb werden im Fachkonzept keine Schwerpunktträume dargestellt.

Bei der Umsetzung des Fachkonzepts sollen alle Teile der Stadtgesellschaft in die Lösung der anstehenden Herausforderungen eingebunden werden. Vor allem geht es um Verbesserung der breiten Kooperation und Vernetzung zwischen Stadtverwaltung und Sicherheitspartnern. Dazu wird eine verlässliche Finanzierung von Präventionsmaßnahmen und stärkeres Wertschätzen des Ehrenamtes angestrebt.

Es soll das Potenzial zusätzlicher Fördermaßnahmen und -projekten optimal genutzt werden. Ordnungs- und Sicherheitsaspekte sollen zukünftig frühzeitiger in der Stadt- und Infrastrukturplanung berücksichtigt werden.

Querschnittsthema Inklusion und Chancengerechtigkeit

Inklusion beschreibt die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe eines jeden Menschen in einer Gesellschaft – unabhängig von seinen individuellen Merkmalen. Nicht der oder die Einzelne passt sich den Bedingungen eines Systems an, sondern das System muss vielmehr die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigen und gegebenenfalls angepasst werden. Die kommunale Aufgabe besteht darin, stadtweit Chancengerechtigkeit zu unterstützen und geeignete Strukturen bereit zu stellen, die jedem Menschen einen barrierefreien und chancengleichen Zugang zu ihnen ermöglicht. Die Herausforderungen bestehen derzeit in der Prüfung aller relevanten Inklusionsanforderungen, um Ungleichheiten in den Bereichen Mobilität, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Sport, Kultur und in der Arbeitswelt durch Abbau von Barrieren und Verbesserung von Erreichbarkeiten zu minimieren. Handlungsprioritäten sind:

- Inklusive Bildungslandschaft ausbauen
- Arbeit und Beschäftigung für alle unterstützen
- Wohnen für alle ermöglichen
- Barrierefreie Mobilität, Sport-, Freizeit- und Kulturangebote fördern
- Barrierefreie Kommunikation ermöglichen und frühzeitige Beteiligung unterstützen

Querschnittsthema Integration und Vielfalt

Die Gestaltung des Zusammenlebens in einer ethnisch, kulturell und religiös immer vielfältiger werdenden Stadtgesellschaft ist eine der größten Zukunftsaufgaben in Leipzig. Die Integration der Zugewanderten wird dann erfolgreich sein, wenn sie zur gleichberechtigten Teilhabe aller am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben führt. Gelingende Integration ist – mit dem Grundsatz des Forderns und Förderns – ein langwieriger, vielschichtiger und wechselseitiger Prozess. Kunst, Kultur und Sport sowie Erziehung und Bildung leisten wichtige Beiträge zur Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Es ist dabei von besonderer Bedeutung, Integration und Vielfalt in der gesamten Stadtgesellschaft für ein gleichberechtigtes Zusammenleben anzustreben und Maßnahmen für den sozialen Zusammenhalt gegenüber Polarisierungstendenzen zu entwickeln. Vielfalt ist zugleich aber auch eine kulturelle und soziale Ressource sowie Grundlage der ökonomischen Leistungsfähigkeit und Attraktivität der Stadt. Handlungsprioritäten sind:

- Ressortübergreifend handeln
- Integrative Arbeit und sozialräumliche Integration fördern
- Willkommenskultur verbessern, interkulturellen Dialog fördern und Diskriminierung bekämpfen
- Sport- und Kulturangebote weiterentwickeln
- Politische Teilhabe ermöglichen

Querschnittsthema Gesundheit

Die Schaffung und Sicherung gesunder Lebensverhältnisse in der Stadt ist die Voraussetzung für körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger und damit ein zentrales kommunales Handlungsfeld. Die Gesundheitsförderung kombiniert daher die Gestaltung gesunder Lebensverhältnisse, wie z. B. Wohn-, Arbeits- und Freizeitbedingungen, mit Angeboten zur Entwicklung individueller Kompetenzen. Die Förderung einer gesunden Entwicklung und Sicherung einer gesundheitlichen Chancengerechtigkeit wird daher als gesamtstädtische Aufgabe betrachtet und gilt insbesondere in benachteiligten Stadtteilen als wichtige Herausforderung. Schnell erreichbare, qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichend verfügbare Freiräume bilden dabei das niedrigschwelligste Angebot, um die Gesundheit von Menschen positiv zu befördern. Handlungsprioritäten sind:

- Freiräume sichern und vernetzen
- Luftqualität verbessern, Lärmemissionen vermindern
- Sport- und Bewegungsangebote weiterentwickeln
- Gesundheitsförderung und Prävention stärken

Querschnittsthema Digitale Stadt

Die „digitale Stadt“ berührt alle Lebens- und Verwaltungsbereiche, wie z. B. Mobilität, technische Infrastruktur, Gewerbe, verwaltungsinterne und -externe Kommunikation, Bildung, Schulen, Bibliotheken. Mit der Steigerung der Resilienz und der Lebensqualität in der Stadt eröffnen sich viele neue Möglichkeiten einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Für Leipzig ist es von großer Bedeutung, frühzeitig die Chancen und Risiken der Digitalisierung zu erkennen. Es geht darum, gesamtstädtische Strategien zur Digitalisierung zu entwickeln, die zur Gestaltung einer effizienten, sozial inklusiven und technologisch innovativen Stadt beitragen. Zur Stärkung der nachhaltigen Mobilität sollen durch digitale Dienste auf der Netzebene Effizienzsteigerungen sowie durch neue Mobilitätsberatung/-services eine Stärkung des Umweltverbundes insgesamt erreicht werden. In der kommunalen Bildungslandschaft spielen vor allem der Ausbau und die Anpassung der Infrastruktur und die Bedeutung von neuen Medien in der Lehre eine immer stärkere Rolle. Die Digitalisierung bewirkt auch eine Veränderung der Nutzung des öffentlichen Raums, der Wohnformen und des Einzelhandels in den Stadtteilen. Handlungsprioritäten sind:

- Digitalisierungskonzept und -strategien für alle Handlungsbereiche der Verwaltung entwickeln, Untersuchung stadtstruktureller Wirkungen und Optionen
- Infrastrukturen schaffen und Dienstleistungen ausbauen
- Medien- und Vermittlungskompetenzen fördern
- Kommunikation und Beteiligung stärken

Querschnittsthema Baukultur und öffentlicher Raum

Baukultur umfasst das Bauen selbst sowie den Umgang mit der bebauten Umwelt. Da baukulturelle Wirkungen sowohl von der Gestaltung von öffentlichen als auch von privaten Räumen und Gebäuden ausgehen, kann Baukultur sich nur entfalten, wenn alle an Planung und Bau Beteiligten aktiv zusammenwirken und die gesamte Gesellschaft Verantwortung für ihre bebaute Umwelt und deren Pflege übernimmt. Vor dem Hintergrund des starken Wachstums darf die Sensibilität für lokale Traditionen, städtebauliche und architektonische Qualität und die Aufmerksamkeit für den öffentlichen Raum nicht verlorengehen. Der historische Charakter der Innenstadt bzw. der Stadtteile soll bewahrt und entsprechend der aktuellen Anforderungen zeitgenössisch weiterentwickelt werden. Angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen für Baukultur und öffentlichen Raum sind Konzepte, Instrumente sowie Arbeitsstrukturen auszubauen, um eine qualitätsvolle, für Leipzig typische Baukultur im privaten und öffentlichen Raum zu sichern. Handlungsprioritäten sind:

- Erarbeitung von Leitbildern für Baukultur und öffentlichen Raum, Planungskultur und Prozessqualität sichern, Baukultur „leben“, ressortübergreifend und frühzeitig handeln
- Historische Ortslagen als Nukleus der Ortsteilentwicklung sichern und erschließen
- Öffentlichen Raum und doppelte Innenentwicklung verbinden, als inklusiven Ort erhalten
- Magistralen als Imagebilder entwickeln

Querschnittsthema Brachflächenrevitalisierung

Brachflächen nehmen in Leipzig derzeit mit rund 3,3 % einen nennenswerten Teil der Stadtfläche ein. Aufgrund des Flächenpotenzials hat das Querschnittsthema Brachenrevitalisierung in fast allen Fachkonzepten eine besondere Bedeutung. Brachflächen leisten einen wichtigen Beitrag zur bedarfsgerechten Entwicklung von Flächen für Wohnen, Bildung, Gewerbe, Verkehr, Erholung, Freiraum und Hochwasserschutz. Zugleich können sie eine vorsorgende Klima- und Umweltpolitik ermöglichen. Die grundlegenden Prinzipien in Leipzig – „Innen- vor Außenentwicklung“ und „Doppelte Innenentwicklung“ – werden optimal in die Stadtentwicklungsstrategie integriert. Zugleich ist die Verankerung der Brachenrevitalisierung im INSEK verpflichtend für die EU-Strukturfondsperiode 2014-2020. Handlungsprioritäten sind:

- Lebensqualität erhalten und verbessern
- Strategische Liegenschaftspolitik
- Weiterentwicklung Brachflächenmanagement
- Setzung räumlicher Schwerpunkte

2. FACHKONZEpte

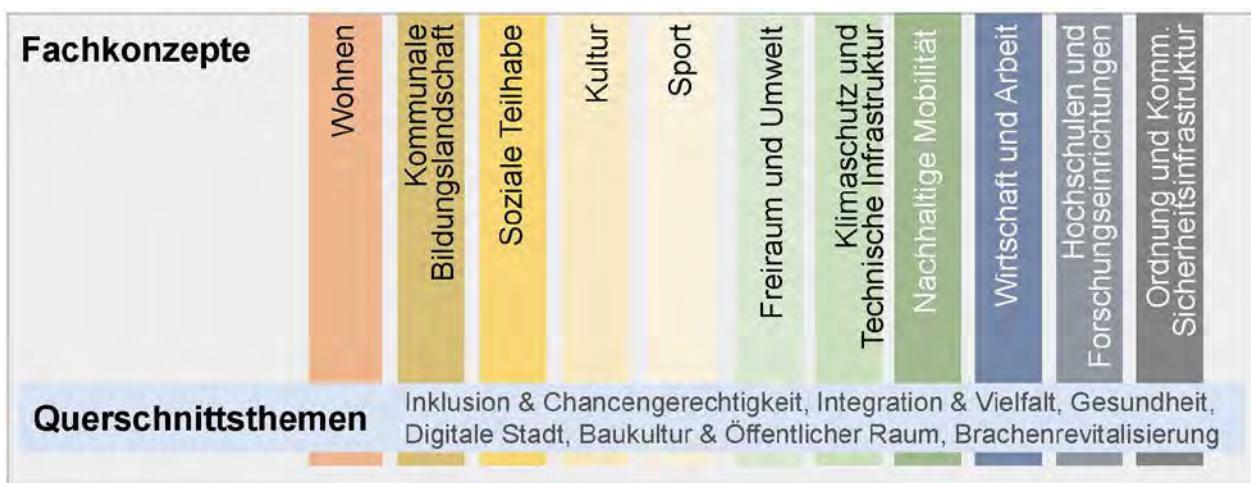
Die Fachkonzepte bilden im INSEK eine wesentliche Grundlage für die Integration und Abstimmung ressortspezifischer Handlungsschwerpunkte und die Formulierung der ressortübergreifenden Stadtentwicklungsstrategie. Sie benennen fachliche Strategien und Handlungsschwerpunkte und wurden in ämterübergreifenden Arbeitsgruppen erarbeitet. Städtische Tochterunternehmen waren teilweise direkt beteiligt, z.B. LEIPZIGER Wasserwerke und Stadtwerke im Fachkonzept Klimaschutz und Technische Infrastruktur.

Wichtigste Grundlage der Fachkonzepte sind ressortspezifische Fachplanungen, die zusammengeführt und auf ihre wesentlichen stadtentwicklungsrelevanten Aussagen komprimiert wurden. Dadurch konnte in vielen Fällen bereits eine erste Integration verschiedener Fachstrategien erreicht werden. Unterstützt wurde dies durch z.T. neue Fachkonzept-Konstellationen, z.B. die Kombination Verkehr und Umwelt im Fachkonzept Nachhaltige Mobilität. Allerdings hat sich in der Bearbeitung einiger Fachkonzepte gezeigt, dass wichtige Grundlagen, die die Konsequenzen eines Bevölkerungswachstums auf über 700.000 Einwohner/-innen detailliert beschreiben, bis zur Fertigstellung der Fachkonzepte nicht vorliegen werden, z.B. zum Verkehr oder zu Wohnbauflächen und gewerblichen Bauflächen. Die Ergebnisse werden deshalb einer kurzfristigen Prüfung unterzogen werden müssen.

Die inhaltlichen und räumlichen Handlungsschwerpunkte der Fachkonzepte gehen über die Stadtentwicklungsstrategie hinaus. Nicht jeder fachliche Handlungsschwerpunkt, der in den Fachkonzepten benannt wird, ist auch aus übergreifender Sicht für die Stadtentwicklung prioritätär. Gleichwohl hat das INSEK eine Koordinierungsrolle zwischen den Fachplanungen, um eine abgestimmte inhaltliche und räumliche Planung zu gewährleisten. Deshalb wurden insbesondere die räumlichen Schwerpunkte zwischen den Fachkonzepten bzw. mit der Stadtentwicklungsstrategie so abgestimmt, dass möglichst Synergien genutzt werden können, langfristige Investitionssicherheit gewährleistet ist und sich Wirkungen einzelner Schwerpunkte nicht gegenseitig konterkarieren.

Ziel für die Fachkonzepte ist, quasi im Gegenstromprinzip zu erreichen, dass die in den Fachkonzepten beschriebenen Ziele und Wirkungen auf der Fachplanungsebene konkretisiert und mit Maßnahmen und Indikatoren unterstellt werden.

Übersicht Fachkonzepte und Querschnittsthemen im INSEK



Die Fachkonzepte unterscheiden sich z. T. in Struktur und Detailliertheit. Grund dafür ist ein unterschiedliches methodisches Herangehen, das zum Einen auf verschiedene Planungskulturen bzw. gesetzliche Planungsvorgaben zurückzuführen ist. Andererseits spiegelt dies die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten der Kommune wider: von direkten „Hebeln“, z.B. über Investitionsprioritäten (Bildungsinfrastruktur) bis zu nur mittelbaren Einflussoptionen auf Rahmenbedingungen und Kooperationen (Hochschulen). Vor allem die Maßnahmenbündel bzw. Umsetzungsinstrumente sind deshalb unterschiedlich detailliert ausgeführt. Insgesamt stand aber weniger die methodische Stringenz und die

Vergleichbarkeit der Fachkonzepte im Vordergrund als vielmehr die aktive Mitwirkung und Einbeziehung derjenigen Akteure, die später die Umsetzung des INSEK begleiten.

Trotz dieser differenzierten Herangehensweise ist der grundsätzliche Aufbau der Fachkonzepte einheitlich und besteht - orientiert an der Arbeitshilfe des SMI - aus folgenden Teilen

- **Einleitung:** zentrales Anliegen und gegebenenfalls Besonderheiten des Fachkonzeptes, verwendete Grundlagen und beteiligte Akteure
- **Ausgangssituation:** aktuelle Situation und wesentliche Entwicklungstendenzen seit 2009, prognostische Aussagen bzw. Erwartungen zur Veränderung von Rahmenbedingungen, Stärken, Schwächen und daraus erwachsende Herausforderungen
- **Handlungsstrategie:** gesamtstädtische Ziele, räumliche Handlungsstrategie bzw. Schwerpunkte, Anforderungen bzw. Beiträge, die Fachkonzepte gegenseitig stellen bzw. leisten können (Wechselwirkungen), Maßnahmenbündel und Umsetzungsinstrumente, Aussagen zu finanziellen Auswirkungen der Maßnahmenbündel.

Zu den finanziellen Auswirkungen der Maßnahmenbündel bzw. Instrumente der Fachkonzepte finden sich am Ende der Fachkonzepte Tabellen, die für jedes Maßnahmenbündel eine Kategorisierung nach folgendem Schema umfassen:

- Die Kategorisierung der geschätzten direkten Kosten sowie ggf. der Einnahmen und Folgekosten erfolgt nach:
 - GERING: bis 100.000 Euro / Jahr
 - MITTEL: 100.000 bis 1 Mio. Euro / Jahr
 - HOCH: über 1 Mio. Euro / Jahr
- Ein bekannter Mehrbedarf an Personalkosten kann grob eingestuft werden: 1-2 Personen als „gering“, mehr als 2 Personen „mittel“.
- Die Verteilung der geschätzten Kosten sollte – wenn möglich - pro Jahr erfolgen, andernfalls sollte zumindest der Zeitraum mit angeben werden.
- Dabei können bekannte Kosten, z.B. konkreter Infrastrukturprojekte, für den geplanten Umsetzungszeitraum auf die Jahre verteilt werden.

FACHKONZEPT WOHNEN

1. EINLEITUNG

Der anhaltend starke Einwohnerzuwachs, der auch eine klare Anerkennung der Attraktivität – damit auch der Wohnqualität – der Stadt ist, spiegelt sich seit einigen Jahren in Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt wider. Angesichts abschmelzender Wohnungsleerstände, steigender Mieten sowie ansteigender Neubautätigkeit sieht sich Leipzig mit Anzeichen eines sich anspannenden Wohnungsmarktes konfrontiert.

Für den Erhalt eines attraktiven Wohnungsmarkts, eines ausreichenden, nachfragegerechten und bezahlbaren Wohnraumangebots sowie den Erhalt einer sozialen Stabilität in allen Gebieten der Stadt ist es notwendig, diesen Anspannungstendenzen mit einem umfassenden Bündel an Instrumenten und Maßnahmen entgegen zu wirken.

Da die Stadt nur bis zu einem gewissen Grad Steuerungsmöglichkeiten besitzt, kann dies nur gemeinsam mit allen Akteuren – Wohnungsmarktakteure, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung – gelingen.

Grundlage der Leipziger Wohnungspolitik ist das 2015 beschlossene Wohnungspolitische Konzept, welches seither umgesetzt und entsprechend neuer Erkenntnisse aus der Wohnungsmarktbeobachtung und weiterer Prognosen weiter entwickelt wird. Im Fachkonzept Wohnen werden die im Wohnungspolitischen Konzept enthaltenen Leitlinien, Ansätze und Instrumente in ihrem aktuellen Stand aufgenommen und räumlich unterstellt.

Verwendete Grundlagen	Wohnungspolitisches Konzept der Stadt Leipzig, Fortschreibung 2015 Berichte und Analysen der kleinräumigen Wohnungsmarktbeobachtung
Arbeitsstruktur	Arbeitsgruppe unter Federführung des Stadtplanungsamtes mit Vertretern des Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung und des Sozialamts. Diskussionen mit gebietsverantwortlichen Mitarbeitern aus dem SPA und ASW u. a. in 2 großen Workshops sowie weiteren kleineren Runden.

2. AUSGANGSLAGE

2.1 Aktuelle Situation und Entwicklungen

Wohnungsnachfrage

Die Wohnungsnachfrage ist aufgrund des starken Einwohnerwachstums deutlich gestiegen. Die Zahl der Haushalte, die auf dem Wohnungsmarkt als Nachfrager von Wohnraum auftreten, hat sich zwischen 2011 und 2016 um ca. 36.000 Haushalte erhöht. Dabei wuchsen vor allem die Zahl der Einpersonenhaushalte (auf 53,6 %) und der großen Haushalte mit vier und mehr Personen (auf 7,7 %) mit einer entsprechenden Nachfrage nach eher kleinen bzw. großen Wohnungen. Insgesamt ist die Zahl der Seniorenhaushalte zwischen 2011 und 2016 um 5.700 auf 72.700 Haushalte gewachsen. Die Zahl der Familienhaushalte mit Kindern unter 18 Jahre erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 9.600 auf über 49.000 Haushalte. (s. Abb.)

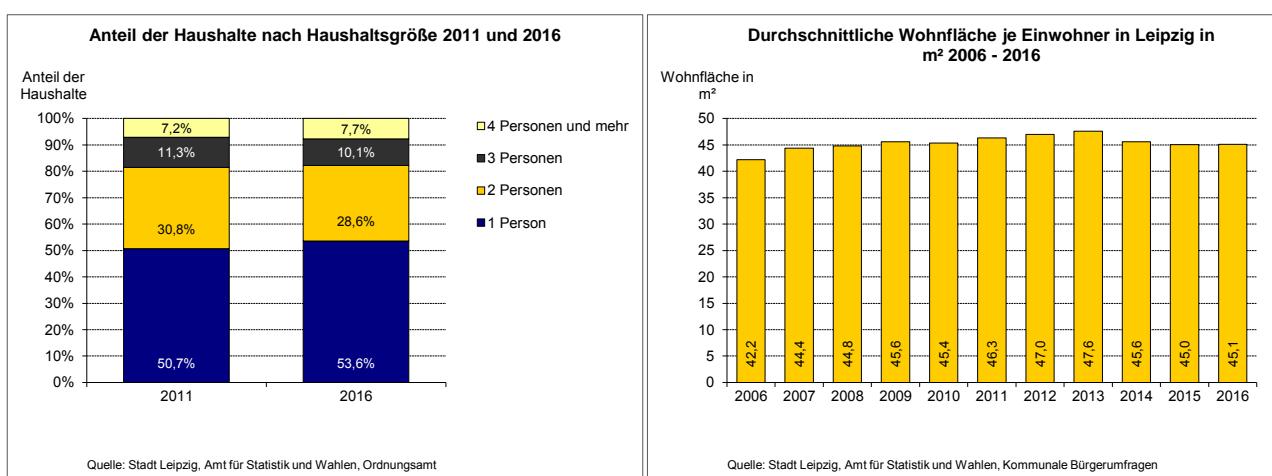
Im Jahr 2016 gab es in Leipzig rund 64.000 einkommensschwache Haushalte (Bedarfsgemeinschaften, Wohngeldempfänger sowie Haushalte mit niedrigem Erwerbseinkommen). Das entspricht einem Anteil von ca. 19 %. **Gegenüber 2014 sank damit sowohl die Zahl der einkommensschwachen Haushalte als auch ihr Anteil an allen Haushalten** (69.000 Haushalte, 22 %). Legt man die Transferleistungen beziehenden Haushalte zugrunde, konzentrieren sich einkommensschwache Haushalte vor allem im Leipziger Osten von Neustadt-Neuschönefeld bis Paunsdorf und in den Grünauer Ortsteilen.

87 % der Leipziger Haushalte lebten 2015 zur Miete und 12 % im selbst genutzten Wohneigentum – dabei überwiegend im eigenen Haus. Diese Quoten verbleiben seit vielen Jahren auf diesem Niveau.

Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner ist seit 2013 von 47,6 m² auf 45,1 m² zurückgegangen. Die Pro-Kopf-Wohnfläche hängt maßgeblich von der Haushaltsgröße ab. Sie reicht von 26 m² in Haushalten mit vier und mehr Personen bis knapp 55 m² in Einpersonenhaushalten. (s. Abb.)

Fast alle Ortsteile verzeichneten zwischen 2010 und 2015 eine wachsende Zahl an Einwohnern und Haushalten. Besonders stark stieg die Zahl der Haushalte in den vorwiegend durch Altbau geprägten Ortsteilen nördlich, östlich und südöstlich des Zentrums und im Leipziger Westen von Plagwitz bis Wahren (+15 % und mehr). In diesen Ortsteilen nahm neben den Einpersonenhaushalten auch die Zahl der Mehrpersonenhaushalte deutlich zu. Dennoch sind 50 % bis 70 % der Haushalte in den innerstädtischen Ortsteilen Einpersonenhaushalte. Entsprechend gering ist die durchschnittliche Haushaltsgröße in diesen Bereichen der Stadt. In den randstädtischen Ortsteilen hingegen überwiegen die Mehrpersonenhaushalte mit einem Anteil von 60 % bis 70 % deutlich. Dies führt zu durchschnittlichen Haushaltsgrößen von 2,0 und mehr. Dennoch erhöhte sich in den randstädtischen Ortsteilen in den vergangenen fünf Jahren vor allem die Zahl der Einpersonenhaushalte.

Gegenüber dem unmittelbaren Leipziger Umland verliert Leipzig seit 2014 zunehmend an Einwohnern. **Damit ist Leipzig in eine neue Phase der Suburbanisierung getreten.**



Wohnungsangebot

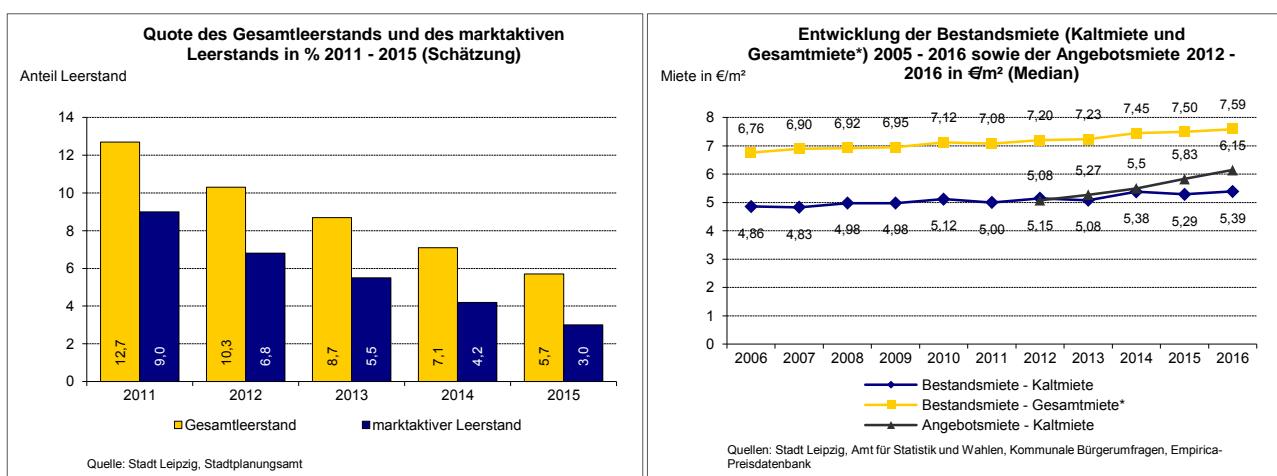
Einhergehend mit der Nachfrageentwicklung hat sich die Dynamik auf der Angebotsseite des Wohnungsmarktes in den vergangenen Jahren sichtbar erhöht. **So nahm die Zahl der Baufertigstellungen 2015 auf 1.837 Wohnungen zu.** Dabei hat der Mehrfamilienhausneubau mit 590 WE den höchsten Wert der letzten 15 Jahre erreicht. Mehr als 800 Wohnungen entstanden in bestehenden Gebäuden. Dies umfasst Wohnungen, die bei der Sanierung bestehender Mehrfamilienhäuser zusätzlich durch Dachgeschossausbau oder Wohnungsteilungen entstehen, ebenso wie Wohnungen, die bei der Umwandlung ehemaliger Fabrikgebäude in Wohngebäude geschaffen werden. **Der Bau neuer Ein- und Zweifamilienhäuser lag auf dem Niveau der letzten Jahre** (413 WE) und hat sich im Anteil am gesamten Baugeschehen auf 22 % reduziert. Der räumliche Schwerpunkt der Bautätigkeit der Jahre 2011 bis 2015 lag in den Ortsteilen südlich des Zentrums von Plagwitz bis Probstheida sowie nördlich des Zentrums in Gohlis-Süd und Gohlis-Mitte. Der Neubau von Mehrfamilienhäusern geschieht vorwiegend in den innerstädtischen Ortsteilen. In Zentrum-Südost, Gohlis-Mitte und Plagwitz entstanden zu dem viele Wohnungen im Bestand – hier vor allem durch die Umwandlung ehemaliger Fabrik- in Wohngebäude. In den randstädtischen Ortsteilen findet vor allem individueller Wohnungsbau statt. **Aktuell und mittelfristig stehen in der Flächenkulisse des Flächennutzungsplans quantitativ ausreichend Flächen für den Wohnungsneubau zur Verfügung.**

Insgesamt umfasst der Wohnungsbestand in Leipzig 333.562 Wohnungen, davon 88 % in Mehrfamilienhäusern und 12 % in Ein- und Zweifamilienhäusern. Ein Drittel des Leipziger Wohnungsbestands wurde in der Gründerzeit bis 1918 errichtet. Knapp 19 % entstanden zwischen 1919 und 1948. Zwischen 1949 und 1990 wurden knapp 29 % des Leipziger Wohnungsbestands erbaut. Der ab 1990 errichtete Wohnungsbestand macht ca. 19 % aus.

Ca. 59 % des Leipziger Wohnungsbestands gehört Privatpersonen bzw. Gemeinschaften von Wohneigentümern (Besitzer von Eigentumswohnungen). Wohnungsgenossenschaften verfügen über mehr als 16 % des Bestandes, privatwirtschaftliche Unternehmen über mehr als 14 %. **Die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft mbH (LWB) besitzt etwa 10,5 % des Gesamtwohnungsbestands** (ca. 35.000 Wohnungen). Mit diesen Immobilien trägt die LWB gemäß ihrer Eigentümerziele maßgeblich zur Versorgung der Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum und von Personen mit besonderem Bedarf bei. Dazu gehören kinderreiche Familien, Menschen mit Behinderungen, Wohnunglose und Geflüchtete.

Entsprechend der wachsenden Nachfrage durch Einpersonenhaushalte sowie Haushalte mit vier und mehr Personen wuchs der Wohnungsbestand bei den Ein- und Zweiraumwohnungen sowie bei Wohnungen mit 5 Räumen und mehr überdurchschnittlich.

Der Wohnungsleerstand hat sich in den vergangenen Jahren deutlich reduziert. Ausgehend von einem Leerstand von 12 % (ca. 40.000 WE) im Jahr 2011 ist er zum Jahresende 2015 auf rund 6 % (19.000 WE) gesunken. Etwa die Hälfte der Wohnungen (10.000 WE) waren dem marktaktiven Leerstand zuzurechnen. Dabei stellte sich die Leerstandssituation stadträumlich unterschiedlich dar: während viele innerstädtische gründerzeitlich geprägte Ortsteile geringe marktaktive Leerstände von unter 2 % aufweisen, lagen sie in den Grünauer Ortsteilen über 10 %. 9.000 leer stehende Wohnungen standen dem Wohnungsmarkt kurzfristig nicht zur Verfügung, können aber überwiegend durch Sanierung marktgängig gemacht werden. Nicht marktaktive Leerstände konzentrieren sich v. a. im Leipziger Osten sowie in den eher heterogen strukturierten Ortsteilen am Innenstadtrand. (s. Abb.)



Immobilienmarkt und Mieten

Der Immobilien- und Grundstücksmarkt hat sich mit steigenden Kauffallzahlen, Umsätzen und Kaufpreisen in den vergangenen Jahren stark belebt. So hat sich die Zahl der Verkäufe unbebauter Grundstücke für den Geschosswohnungsbau 2016 gegenüber 2011 fast verdoppelt. Die Verkäufe von Mehrfamilienhäusern waren rückläufig, aber die durchschnittlichen Kaufpreise erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 26 % bei sanierten Häusern und 58 % bei unsanierten Häusern. Ebenfalls stark stiegen die Kaufpreise bei Eigentumswohnungen im Erstverkauf, im sanierten Altbau gegenüber 2011 um 46 % auf 3.335 €/m² und im Neubau um 33 % auf 3.540 €/m². Das Preisniveau im Wiederverkauf ist deutlich niedriger (1.278 bzw. 1.458 €/m²). Die durchschnittlichen Preise von Grundstücken für den individuellen Wohnungsbau stiegen zwischen 2011 und 2016 um 58 % auf 161 €/m².

Die Mietpreisentwicklung in Leipzig ist sowohl durch einen Anstieg als auch durch räumliche und segmentbezogene Ausdifferenzierungen gekennzeichnet. Im Jahr 2016 betrug die durchschnittliche Nettokaltmiete im Bestand 5,39 €/m² (Kommunale Bürgerumfrage, s. Abb.). Damit stieg sie zwischen 2012 und 2016 um 4,7 %. Das Mietniveau variierte im Jahr 2015 stadtweit von unter 4,80 €/m² in den vorwiegend durch Großsiedlungen geprägten Ortsteilen und Volkmarshof bis über 6,00 €/m² im unmittelbaren Stadtzentrum. Die Gesamtmiene betrug 2016 7,59 €/m² und ist seit 2012 um 5,4 % gestiegen. **Die Gesamtmienebelastung liegt konstant bei 31 %, variiert jedoch zwischen den**

verschiedenen Haushaltstypen und nach Einkommenshöhe. Die höchste Mietbelastung weisen die Haushalte mit geringen Einkommen und – bezogen auf Haushaltstypen - Einpersonenhaushalte auf. Die durchschnittliche Angebotsmiete lag 2016 mit 6,15 €/m² (empirica-Preisdatenbank, s. Abb.) über dem Niveau der Bestandsmieten und ist durch einen stärkeren Anstieg gekennzeichnet. Seit 2012 stieg die durchschnittliche Angebotsmiete um 21 %. Nach Baualtersklassen differenziert bestehen dabei große Unterschiede: Wohnungen im Plattenbau wurden für durchschnittlich 5,12 €/m², in der Gründerzeit für 6,22 €/m² und im ab 2005 errichteten Neubau für 10,01 €/m² angeboten. In dieser Baualtersklasse fand v. a. zwischen 2013 und 2014 ein Preissprung statt (+59 %).

Für Empfänger/-innen von Grundsicherungsleistungen gelten Eckwerte für angemessene Kosten der Unterkunft. Diese betragen derzeit – abhängig von der Haushaltsgröße – zwischen 4,50 €/m² und 4,73 €/m² für die Grundmiete, 1,39 €/m² für kalte Betriebskosten und 1,30 €/m² für Heizung und Warmwasser. Im Jahr 2016 wendete die Stadt Leipzig ohne Berücksichtigung der Bundesbeteiligung rund 142 Mio. € für Kosten der Unterkunft auf. **Trotz moderat steigender Mietpreise ist angemessener Wohnraum für Empfänger/-innen von Grundsicherungsleistungen im gesamten Stadtgebiet verfügbar.**

Mit der starken Zunahme der Nachfrage, abschmelzenden marktaktiven Wohnungsleerständen und steigenden Mietpreisen ist der Leipziger Wohnungsmarkt in eine Phase der zunehmenden Anspannung getreten.

2.2 Entwicklungserwartungen

Es ist zu erwarten, dass sich bei anhaltendem Bevölkerungswachstum zunehmend Wohnraum verknapppt, der Leerstand zurück geht und Mietpreise weiter steigen. Die Richtwerte für die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft „wachsen mit“ und die Aufwendungen für Kosten der Unterkunft steigen. Insbesondere für Personen mit geringem Einkommen, besonderen sozialen Schwierigkeiten oder besonderen Anforderungen an Wohnraum (Großfamilien, Menschen mit Behinderungen) wird es schwieriger, angemessenen Wohnraum zu finden. Zudem werden sich Diskriminierungstendenzen bei der Wohnungssuche bestimmter Gruppen, wie z.B. Migrantinnen und Migranten, verstärken. Das Angebot an preisgünstigem Wohnraum wird sich zunehmend auf einzelne Stadtgebiete konzentrieren, was soziale Segregation und Folgerisiken verstärkt. Bei verstärkten Anspannungstendenzen des Wohnungsmarkts ist zudem davon auszugehen, dass auch für weitere Einkommensgruppen der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum weiter steigen wird.

Je nach Variante der Bevölkerungsvorausschätzung 2016 wird bis 2030 eine zusätzliche Nachfrage nach ca. 78.000 (Hauptvariante) bzw. 51.000 Wohnungen (untere Variante) prognostiziert.

Ca. 8.000 WE beträgt dabei die Nachfrage nach Einfamilienhäusern. Deutlich größer ist die Nachfrage im Geschosswohnungsbau. Diese kann durch Reaktivierung von nicht marktaktivem Leerstand, durch Bautätigkeit im Bestand sowie durch Neubau gedeckt werden. Ausgehend von einer Reaktivierung von ca. 7.100 leer stehenden Wohnungen und einer weiteren Bautätigkeit im Bestand (ca. 3.400 WE) erfordert das prognostizierte Wachstum Geschosswohnungsneubau von 59.000 bzw. 33.000 WE bis 2030.

Diese prognostizierte Nachfrage erfordert eine Zunahme des Geschosswohnungsneubaus auf durchschnittlich 2.000 bis 4.000 WE pro Jahr. Ein Anstieg der Bautätigkeit über das Niveau der vergangenen Jahre ist angesichts einer steigenden Anzahl erteilter Baugenehmigungen wahrscheinlich. Auch die Recherche aktueller und in den kommenden Jahren geplanter Wohnungsbauvorhaben mit mehr als 50 WE im Umfang von mindestens 11.000 WE bestätigt dies. Allerdings erscheint ein Anstieg der Bautätigkeit auf das gemäß der Prognose erforderliche Maß kurzfristig aufgrund der langen Vorlaufzeiten bei der Realisierung großer Wohnungsbauvorhaben unrealistisch. Bei wachsender Nachfrage, sinkendem Angebot und steigenden Preisen ist davon auszugehen, dass sich die Abwanderungen ins Umland weiter verstärken oder Zuwanderung von außen auch direkt in die Umlandgemeinden Leipzigs erfolgt. Daher bedarf es regelmäßiger Wohnungsmarktbeobachtung der tatsächlichen Nachfrage- und Bestandsentwicklung in Leipzig, aber auch in der Region.

Mit dem prognostizierten Einwohnerwachstum geht eine weitere Veränderung der Altersstruktur einher. Dabei wachsen bis 2030 v. a. die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen, die Altersgruppe der 35- bis 45-Jährigen sowie die Altersgruppe der hochaltrigen Menschen (80 Jahre und älter). **Daher steigt der Bedarf an familiengerechten und an barrierearmen und -freien Wohnungen weiter an.**

2.3 Stärken, Schwächen und Herausforderungen

Wohnungsnachfrage	
Stärken <ul style="list-style-type: none"> Attraktives, vielfältiges Wohnungsangebot, hohe Lebensqualität, Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation sowie positives Image der Stadt tragen zu positiver Einwohnerentwicklung bei. 	Schwächen <ul style="list-style-type: none"> Unsicherheit über die tatsächliche künftige Wohnungsnachfrage. Bezahlbarer und preisgünstiger Wohnraum wird v. a. in nachgefragten, innerstädtischen Gebieten sowie bei großen Wohnungen und sehr kleinen Wohnungen knapper. Wachsende Zahl der Menschen/Haushalte, die aufgrund des steigenden Nachfragedrucks und sinkender Akzeptanz bei Vermietern Schwierigkeiten haben, sich selbst mit Wohnraum zu versorgen.
Herausforderungen	
<ul style="list-style-type: none"> Handeln aller Akteure, um ausreichendes, bedarfsgerechtes und bezahlbares Wohnungsangebot sicher zu stellen. Kontinuierliche Beobachtung der Entwicklung sowie Überprüfung und Weiterentwicklung des Instrumenteneinsatzes entsprechend der tatsächlichen Entwicklung. 	

Mieten	
Stärken <ul style="list-style-type: none"> Vergleichsweise geringes Mietniveau. Mietbelastung noch stabil (dank steigender Einkommen bei steigenden Mieten). 	Schwächen <ul style="list-style-type: none"> Teilräumlich erhebliche Mietsteigerungen, insb. der Angebotsmieten. Verursacht durch hohe / steigende Nebenkosten und hohe Grundstücks- und Erstellungskosten von Neubau und Sanierung. Mietsteigerungen im Bestand erfolgen jedoch vermehrt auch ohne vorherige bauliche Veränderungen. Geringes gesamtstädtisches Einkommensniveau. Geringe Spielräume bei Mietbelastung bei unteren Einkommensgruppen. Aufgrund der erhöhten Nachfrage reduzierten sich die in den vergangenen Jahren vorhandenen Auswahlmöglichkeiten bei der Wohnungssuche.
Herausforderungen	
<ul style="list-style-type: none"> Erhebliche Steigerung der Mietbelastung von mittleren und unteren Einkommensgruppen vermeiden. Wohnungsanpassungs- und Sanierungserfordernisse sowie hohe Baukosten stehen dem Bedarf an preisgünstigen, bezahlbaren Wohnraum gegenüber. 	

Wohnungsbestand	
Stärken <ul style="list-style-type: none"> Hoher Sanierungsstand. Noch Leerstände und Sanierungspotenzial (z. B. an Hauptverkehrsstraßen) vorhanden. Bei sozialverträglicher Sanierung können diese ein Potenzial für bezahlbares Wohnen sein. 	Schwächen <ul style="list-style-type: none"> Wohnungsbestandsstruktur stimmt z. T. nicht mit aktuellen / sich verändernden Bedarfen überein. So fehlen familienfreundliches, altenfreundliches und behindertengerechtes Wohnen und Wohnumfeld, sowie bezahlbare kleine und kompakte, große Wohnungen. Die Leerstandsreserve ist stark zurückgegangen. Bestehende Wohnungsleerstände werden nicht vermarktet / genutzt (z. B. an Hauptverkehrsstraßen) bzw. erfordern einen zunehmend höheren Sanierungsaufwand.

Herausforderungen

- Bedarfsgerechte und sozialverträgliche Bestandsanpassung und -erweiterung.
- Förderung der Bautätigkeit in ausreichendem Maße zum Erhalt einer notwendigen Fluktuationsreserve.

Investitionstätigkeit

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> • Bautätigkeit in Bestand und Neubau hat sich spürbar erhöht. • Steigende Mieten erhöhen Rentabilität von Sanierungs- und Bauvorhaben auch im mittleren Preissegment. • Verstärkte Sanierungstätigkeiten tragen zur Stabilisierung von weniger nachgefragten bzw. benachteiligten Gebieten bei. 	<ul style="list-style-type: none"> • Bautätigkeit ist, v. a. im mittleren und unteren Marktsegment, zu gering. • Kostengünstiges Bauen wird nicht ausreichend erprobt und umgesetzt. • Risiko erneuten Leerstands hemmt Bereitschaft, in großem Umfang neu zu bauen. • Spekulationen mit Gebäuden sowie Grundstücken. • Durch Investitionen verursachte Aufwertungsprozesse sind schwer steuerbar.

Herausforderungen

- Erhöhung der Bautätigkeit in ausreichendem Maße, um Anspannung des Marktes zu verhindern.
- Balance zwischen gewünschter, notwendiger Aufwertung und ausgewogener Quartiersentwicklung.
- Effektive Steuerungsmöglichkeiten finden, um sozialverträgliche Sanierungen und Neubau in unterschiedlichen Qualitäten und Segmenten zu befördern sowie Spekulationen, überhöhte Mietsteigerungen und -erwartungen zu dämpfen.

Flächenverfügbarkeit und -aktivierung

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> • Flächenpotenziale für Neubau- und Umnutzungsprojekte der nächsten Dekade vorhanden. • Viele Flächenpotenziale sind nach §34 BauGB bebaubar, d.h. schnell verfügbar. • Wohnbauflächen im kommunalen Eigentum vorhanden. 	<ul style="list-style-type: none"> • Unzureichendes strategisches Flächenmanagement zum Abgleich von Nutzungsansprüchen und Flächeneignung. • Flächen werden häufig mit geringer Dichte und für einzelne Nutzungen separat geplant/bebaut/genutzt. • Geringere Steuerungsmöglichkeiten in Flächen mit Baurecht nach § 34 BauGB. • Bauleitplanverfahren, mit denen man mehr steuern könnte, benötigen größeren zeitlichen Vorlauf und ausreichend Ressourcen.

Herausforderungen

- Vorausschauende Liegenschaftspolitik, welche - unter Berücksichtigung anderer städtischer Aufgaben und Flächenbedarfe - im Sinne wohnungspolitischer Zielstellungen Flächen kauft und veräußert bzw. Erbbaurechte vergibt.
- Ausreichende Flächenvorsorge und Baurechtschaffung für Wohnungsneubau, im Sinne eines nachhaltigen, flächensparenden Wachstums.
- Erhalt der Wohnqualität bei zunehmender Verdichtung.
- Sensibilisierung und Einsatz für nachhaltige Lebensstile (Reduzierung Wohnflächenverbrauch, umweltfreundliche Mobilität, Energieeffizienz u.a.).

Stadträumliche Entwicklung	
<p>Stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtgebiete mit stabiler sozialer Mischung. • Hohe Urbanität, im Sinne einer europäischen Stadt mit kompakten, durchmischten Stadtstrukturen und guter infrastruktureller Versorgung, ist als wichtiger Faktor der Lebensqualität in großen Teilen der Stadt vorhanden. • Neubautätigkeit stärkt vorhandene städtebauliche Strukturen und Erscheinungsbild der Quartiere. 	<p>Schwächen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtgebiete mit Überlagerung verschiedener Benachteiligungen/geringer sozialer Mischung (Ortsteile u. kleinräumigere Gebiete). • Verknappung des preiswerten Segments in besonders nachgefragten Gebieten durch hohe und steigende Mieten. Gefahr von Verdrängung einkommensschwacher Haushalte steigt. • Gleichzeitig Konzentration preisgünstiger Bestände in einzelnen Stadtgebieten, z. T. bereits Zunahme der Segregation. • Nutzungsstrukturelle Mischung (z.B. Einzelhandel in Erdgeschosszonen) sowie Möglichkeitsräumen im Bereich Wohnen und Arbeiten (zu günstigen Preisen) gehen verloren. • Nachfragedruck verschiedener Nutzungen führt zu Verdichtung und dadurch zu Verlust von Qualitäten (z.B. Freiräume). • Wohngebiete mit hohem Durchschnittsalter der Bevölkerung und homogener Baustruktur (Siedlungsgebiete 50er – 80er Jahre) mit Anpassungsbedarf für heutige und zukünftige Bewohner.
<p>Herausforderungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bedarfsgerechte und sozialverträgliche Bestandsanpassung und -erweiterung für aktuelle und zukünftige Bewohner unter dem Aspekt einer stabilen sozialen und demographischen Mischung und unter Berücksichtigung kleinräumig sehr unterschiedliche Handlungsbedarfe. ➤ Abgleich verschiedener Nutzungsansprüche und Schutz von Nutzungen und Qualitäten, die durch das Wohnen / die Verdichtung verdrängt werden, um Lebensqualität im Quartier zu erhalten. 	

Kooperationspartner	
<p>Stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> • LWB ist Partner für viele Aufgaben der Stadt. • Aktive Akteurslandschaft. • Existierende Kooperations- und Kommunikationsstrukturen in den Schwerpunktgebieten. • Durch hohe Dynamik auf dem Wohnungsmarkt erweitert sich die Zahl möglicher Kooperationspartner. 	<p>Schwächen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftliche und personelle Leistungsfähigkeit der LWB steht (noch nicht) im Verhältnis zum Umfang der geforderten Aufgaben. • Bestandsinvestoren mit verhaltenem Interesse an Stadt-/Quartiersentwicklung bzw. geringer Kooperationsbereitschaft • Geringere Steuerungsmöglichkeiten bei Investoren mit großem Flächenbesitz. • Geringe Einflussmöglichkeiten bei zahlreich vorhandenen kleinteiligen Eigentümerstrukturen (v. a. im Altbau). • Fehlende Anreize für Wohnungsunternehmen, sich verstärkt auch für soziale Aufgaben der Stadt zu engagieren.
<p>Herausforderungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Umsetzung städtischer Ziele durch die LWB unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit, Anpassung der Unternehmensstrategie und ggf. -struktur an die aktuellen Aufgaben. ➤ Gewinn der Eigentümer/Investoren für eine ausreichende Bautätigkeit in unterschiedlichen Preissegmenten, sozialverträgliche/r Bestandssanierungen/-erhalt, Beiträge zur sozialen Wohnraumversorgung und Aufgaben der Quartiersentwicklung. 	

Städtebau/Baukultur	
Stärken <ul style="list-style-type: none"> • Großes baukulturelles Erbe aus allen Epochen mit überdurchschnittlicher Zahl an Baudenkmälern. • Starkes Bürgerinteresse an Baukultur, gekennzeichnet z. B. durch vorhandene Identifikation mit dem Stadtteil/der Stadt. • Einige Instrumente zur Unterstützung einer attraktiven, baukulturell hochwertig gebauten Umwelt vorhanden. 	Schwächen <ul style="list-style-type: none"> • Die Sicherung baukultureller Anforderungen wie ästhetische und bauliche Qualität, Nachhaltigkeit, energetische Standards, Denkmalschutz wird angesichts steigender Preise und steigendem Druck auf dem Wohnungsmarkt schwieriger. • Kaum rechtliche Grundlagen für die Sicherung der Qualität Gestaltung/Baukultur. • Fehlendes übergreifendes Leitbild in Leipzig zum Thema Baukultur und Denkmalpflege. • Vorhandene Instrumente noch nicht weitreichend bzw. zielgerichtet genug.
Herausforderungen <ul style="list-style-type: none"> ➤ Klare übergreifende Zielformulierungen zu den Themen Baukultur und Denkmalpflege. ➤ Weiterentwicklung/Ausweitung vorhandener Instrumente sowie Lösungsansätze zum Umgang mit vorhandenen Zielkonflikten. ➤ Sicherung baukultureller Qualität bei der Schaffung von bezahlbarem, flächensparendem Wohnraum. 	

3. HANDLUNGSSTRATEGIE

3.1 Ziele und Maßnahmenbündel

3.1.1 Ziele

Die im Folgenden dargestellten Zielsetzungen sind Bestandteil des 2015 beschlossenen Wohnungspolitischen Konzepts.

Übergeordnetes Ziel ist es, Leipzig als attraktiven und konkurrenzfähigen Wohnstandort weiterzuentwickeln. Hierbei gilt es unter Wachstumsbedingungen einen Rahmen zu schaffen, damit alle Menschen, die in Leipzig leben, ihren Wünschen, Bedürfnissen sowie materiellen Möglichkeiten entsprechend adäquaten Wohnraum finden können. Auch Freiräume für Lebensformen, die Ausdruck der Vielfalt und Eigeninitiative der Leipziger Stadtgesellschaft sind, sollen dabei erhalten bleiben.

1. Wohnen in Leipzig – für alle, vielfältig, bezahlbar und wirtschaftlich tragfähig

Für alle Menschen, die in Leipzig leben, soll Wohnraum in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung stehen. Es soll ein vielfältiges Angebot an Wohnraum zur Miete und im Eigentum geben, das den Bedarfen und Anforderungen verschiedener Lebensstilgruppen, Lebensformen und Lebensphasen entspricht. Dafür bedarf es einer kontinuierlichen langfristig ausgerichteten und sozial verträglichen Bestandsentwicklung sowie einer Erweiterung des Wohnungsangebots entsprechend der Nachfrageentwicklung. Dabei soll Wohnraum in allen Stadtgebieten sowohl für Mieter und Selbstnutzer langfristig bezahlbar als auch für Vermieter wirtschaftlich tragfähig sein.

2. Genügend Wohnungen für einkommensschwache Haushalte

Einkommensschwachen Haushalten – wie Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherungsleistungen und Wohngeld sowie andere Haushalte mit Niedrigeinkommen, die keine Transferleistungen beziehen – soll ausreichender angemessener Wohnraum in allen Stadtgebieten zur Verfügung stehen.

3. Familien, Senioren und Menschen mit Behinderungen besonders unterstützen

Aufgrund der demographischen Entwicklung einerseits und der sozialen Verantwortung der Stadtgesellschaft andererseits bedürfen einzelne Nachfragegruppen, die spezifische Anforderungen an ihre Wohnungen haben, besonderer Unterstützung. Hierzu zählen Familien, Seniorinnen und Senioren und

Menschen mit Behinderungen. Im Sinne einer altersgerechten Gestaltung von Wohnungen und Wohnumfeld sind generationenübergreifende Ansätze erforderlich. Angebote für diese Nachfragegruppen sollen in allen Stadtgebieten vorhanden sein.

4. Wohnungspolitik als Teil integrierter Stadtentwicklung

Die Leipziger Wohnungspolitik versteht sich als Teil einer integrierten nachhaltigen Stadtentwicklungs-politik. Dabei ergeben sich einerseits Anforderungen an das Wohnungspolitische Konzept und andererseits Rückkoppelungen, die in die Fachplanungen und das Integrierte Stadtentwicklungs-konzept einfließen. Schwerpunkte liegen auf sozial- und nutzungsstrukturell gemischten Stadtteilen, einem nachhaltigen Wachstum und Energieeffizienzsteigerung im Wohnungsbestand.

Bezug zu den „Strategischen Ziele und Handlungsschwerpunkte Leipzig 2030“

Die Ziele des Fachkonzeptes Wohnen finden sich in folgenden strategischen Zielen wieder:

Leipzig setzt auf Lebensqualität (Einleitung, Balance zwischen Verdichtung und Freiraum, Vorsorgende Klima- und Energiestrategie), Leipzig besteht im Wettbewerb (Attraktives Umfeld für Innovation, Gründer und Fachkräfte), Leipzig schafft soziale Stabilität (Einleitung, Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt, Bezahlbares Wohnen).

3.1.2 Maßnahmenbündel

Aus den Zielen lassen sich drei wesentliche Handlungsbereiche ableiten, in denen diese mit einem großen Set an Instrumenten und Maßnahmen, welche ihrerseits im Wohnungspolitischen Konzept der Stadt Leipzig verankert sind, umgesetzt werden. Im Folgenden werden die jeweilig zum Einsatz kommenden Instrumente und Maßnahmen, die durch die Stadt umgesetzt bzw. initiiert werden, den Handlungsbereichen zugeordnet und erläutert.

Da jedoch die Stadt nur bis zu einem gewissen Grad Steuerungsmöglichkeiten besitzt, kann dies nur gemeinsam mit allen Akteuren – Wohnungsmarktakteure, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung – gelingen. Hierfür ist ein kontinuierlicher Dialog erforderlich, der sowohl die Umsetzung und Weiterentwicklung der wohnungspolitischen Ziele begleitet als auch zu themen- bzw. Einzelfall bezogenen Kooperationen ermöglicht.

Als wesentliche Grundlage sachlicher Diskussionen und Entscheidungen wird die Wohnungsmarktbeobachtung kontinuierlich fortgeführt und weiter entwickelt.

Erweiterung des Wohnungsbestands

Angesichts der stark wachsenden Nachfrage und abnehmender Leerstände muss das Wohnungsangebot wachsen und dafür die Bautätigkeit über das Maß der letzten Jahre hinaus steigen. Wohnbauflächen müssen entsprechend der Wachstumsdynamik ausreichend schnell und effizient, als Quartiere mit komplexer Nutzungsmischung, flächensparend, in angemessener Dichte, energieeffizient und stadt-klimatisch ausgewogen entwickelt werden. Für die Schaffung von attraktivem neuen Wohnraum müssen Wohnungen in unterschiedlichen Qualitäten, Preislagen (v. a. bezahlbar für Haushalte mit geringem bis mittlerem Einkommen), mit bedarfsgerechten Größen und Ausstattungen (z. B. für Familien, Senioren oder Menschen mit Behinderungen), an stadtstrukturell geeigneten Standorten und adäquatem Wohnumfeld entstehen.

- Für die Erweiterung des Wohnungsbestands werden konzeptionelle und planerische Grundlagen für die ausreichende Bereitstellung von Wohnbauflächen in der Stadt – im Sinne einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung, in sinnvollem Abgleich der Potenziale und Wechselwirkungen in der Region – geschaffen. Im Rahmen des **Stadtentwicklungsplans Wohnbauflächen** werden vorhandene Flächen auf ihre Eignung geprüft und wo erforderlich mittels **Bauleitplanung** vorbereitet.
- Die Wohnbauflächenentwicklung findet im Rahmen von **Bauplanungs- und -genehmigungsverfahren** durch **Beratung** oder vertragliche Vereinbarungen mit Investoren u. a. zur Umsetzung von **Wohnungsbauförderung** und Beteiligung an planungsbedingten Kosten statt (**Städtebaulicher Vertrag bzw. Modell der kooperativen Baulandentwicklung**). Bei relevanten Flächenentwicklungen werden Bürger und betroffene Akteure in geeigneter Form beteiligt.
- Auf städtischen Flächen soll über die **Konzeptveräußerung** eine zielgerichtete Entwicklung und Bebauung initiiert werden.
- Zudem sind eine **Auseinandersetzung** der Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft mit den The-

men Dichteentwicklung, kostensparendes Planen und Bauen sowie baukulturelle Anforderungen nötig und **Festlegungen** zu treffen.

- Entsprechend des städtischen Wachstums sind verwaltungsinterne Abstimmungsprozesse und -strukturen zu überprüfen und anzupassen.

Unterstützung besonderer Zielgruppen, bezahlbares Wohnen, soziale Wohnraumversorgung

Kostensparendes Planen und Bauen sowie sozialverträgliche Bestandsentwicklung sind Grundvoraussetzung für den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem sowie preisgünstigem Wohnen. Bezahlbares Wohnen meint dabei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnkosten und Einkommen, das sich im Durchschnitt nicht erhöhen soll. Das preisgünstige Segment wird für Leipzig definiert über die jeweiligen Angemessenheitsgrenzen der Bedarfe für Unterkunft und Heizung zuzüglich 10 %. Unterstützung bedürfen v. a. Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen. Bei dem Erhalt und der Schaffung von bezahlbarem und preisgünstigem Wohnraum wird die Inanspruchnahme der sozialen Wohnungsbauförderung bei Sanierungs- und Neubauvorhaben unterstützt bzw. umgesetzt. Da Wohnraum unter den aktuellen Rahmenbedingungen (Gesetze, Baukosten, Leipziger Mietniveau und Konditionen der sozialen Wohnungsbauförderung) im Neubau nicht preisgünstig hergestellt werden kann, wird preisgünstiger Wohnraum vor allem im Bestand erhalten und geschaffen. Für den Wohnungsneubau besteht die Herausforderung, durch kostensparendes und effizientes Planen und Bauen bezahlbaren Wohnraum auch für mittlere Einkommensschichten zu schaffen. Einige Zielgruppen wie Familien, Senioren oder Menschen mit Behinderungen sowie Nachfrager nach besonderen z. B. kooperativen, bezahlbaren Wohnformen benötigen aufgrund spezifischer Anforderungen und zunehmenden Marktdrucks besondere Unterstützung.

- Durch **Beratung und Fördermaßnahmen** werden Eigentümer für sozialverträgliche und gleichzeitig energieeffizienzsteigernde Sanierungen sowie kostengünstigen Neubau sensibilisiert und bei der Umsetzung unterstützt. Die Ansätze dazu werden weiter ausgebaut. Die Inanspruchnahme von Förderprogrammen zur Schaffung von bedarfsgerechtem Wohnraum z. B. durch Wohnungsanpassung für Familien, Senioren oder Menschen mit Behinderungen wird unterstützt.
- Um die Bezahlbarkeit und Vielfalt des Wohnungsangebots zu erhöhen, werden selbstorganisierte kooperative Bau- und Wohnformen durch ein Beratungsangebot im Rahmen des **Netzwerks Leipziger Freiheit** unterstützt. Dies soll zudem durch **strategischen Flächen- und Gebäudeerwerb** und **Veräußerung städtischer Flächen nach Konzept** (einschließlich Erbbaurecht) zugunsten kooperativer Bauprojekte sowie sozialen Wohnungsbau unterstützt werden.
- Als Grundlage für die soziale Wohnraumversorgung werden die **Richtwerte für die Angemessenheit der Bedarfe für Kosten von Unterkunft und Heizung** für Grundsicherungsleistungsempfänger regelmäßig der aktuellen Wohnungsmarktlage angepasst.
- Dies wird flankiert durch **Vermittlung und Beratungsangebote** für Personen mit geringem Einkommen, besonderen sozialen Schwierigkeiten oder besonderen Anforderungen an Wohnraum (Großfamilien, Senioren und Menschen mit Behinderungen).
- Eine ausreichende Versorgung bedürftiger Haushalte mit preisgünstigem Wohnraum wird u. a. über die **Umsetzung der sozialen Wohnungsbauförderung**, durch die **LWB** und in Kooperation mit Wohnungsmarktakteuren angestrebt. Dazu sollen **neue Modelle der Kooperation** und ggf. **kommunale Förderwege** erprobt und ggf. eingeführt werden.
- Der **Einsatz gesetzlich möglicher Instrumente** wird zur Unterstützung einer sozialverträglichen Mietenentwicklung genutzt.
- Das Ziel des Erhalts und der Schaffung bezahlbaren Wohnens ist **bei allen kommunalen Entscheidungen**, die Einfluss auf die Wohnkosten in Leipzig haben, in die Abwägungen einzubeziehen.

Ausgewogene Bestands- und Quartiersentwicklung

Für eine nachhaltige Sicherung des gesamten Wohnungsbestands ist eine kontinuierliche Instandhaltung und Weiterentwicklung erforderlich. Hierfür müssen die Bestände qualifiziert ggf. ergänzt und das Wohnumfeld angepasst werden, um den Bedürfnissen der aktuellen und der zukünftigen Bewohnerschaft gerecht zu werden. Dies dient der langfristigen, sozial ausgewogenen Stabilität sowie einer generationenübergreifenden Quartiersentwicklung.

- Für die Quartiersentwicklung kann die Stadt **konzeptionelle Unterstützung und Beratung** anbieten sowie ggf. Fördermaßnahmen unterstützen.
- In Quartieren mit besonderer Nachfragedynamik wird der **Einsatz von rechtlichen Instrumenten** wie z. B. der sozialen Erhaltungssatzung geprüft, um preisgünstigen Wohnraum in diesen Gebieten zu erhalten.
- Die Stadt wirkt u. a. im Rahmen der **Bauleitplanung** auf den Erhalt und die Schaffung einer nutzungsstrukturellen Mischung, einer ausreichenden Freiraumversorgung (doppelte Innenentwicklung) sowie ggf. den Schutz anderer Nutzungen hin.
- In Gebieten mit Entwicklungspotenzialen sollen innovative Projekte mit besonderen Risiken jedoch hohem Nutzen für die Stadtteilentwicklung finanziell unterstützt werden, ggf. im Rahmen eines **Stadtentwicklungsfonds**.

Hinweis: Der Einsatz des gesamtstädtisch ausgelegten Instrumenten- und Maßnahmensets, welches zuvor entlang der wesentlichen Handlungsbereiche erläutert wurde, erfolgt räumlich differenziert. Dies ist im Kapitel 3.3. dargestellt.

3.2 Wechselwirkungen und Querschnittsthemen

Während das Thema **soziale Wohnraumversorgung** in diesem Fachkonzept abgebildet wird, werden alle Wohnformen, welche mit besonderen Unterstützungsleistungen verknüpft sind (z. B. Pflege, soziale oder psychosoziale Betreuung), im Fachkonzept Soziale Teilhabe berücksichtigt.

Ein **vielfältiges und attraktives Wohnungsangebot** ist ein Standortfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt. Um bei wachsender Nachfrage möglichst viele Gebiete in der Stadt für die Nachfrage attraktiv zu gestalten und zudem eine **ausgewogene soziale Stabilität in allen Stadtgebieten** zu erhalten/schaffen, sind in einigen Gebieten flankierende Maßnahmen durch andere Fachbereiche erforderlich: So geht es vielfach um eine bedarfsgerechte und qualitätsvolle Gestaltung von Freiräumen und öffentlichen Räumen sowie in manchen Gebieten um flankierende Angebote aus Bildung, Soziales und Beschäftigung, um teils kleinräumig konzentrierte soziale Benachteiligungen abzubauen (u. a. Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit, Freiraum und Umwelt, Soziale Teilhabe, Kommunale Bildungslandschaft).

In die Bewertung von **Flächenpotenzialen für zukünftigen Wohnungsneubau** werden Aspekte der verkehrlichen Erschließung, technischen und sozialen Infrastruktur, der Nahversorgung und der ausreichenden Versorgung mit Freiraum im Sinne einer nachhaltigen, Flächen und Ressourcen sparenden Stadtentwicklung einbezogen. Einerseits hat die (Wieder-) Inanspruchnahme von gut erschlossenen, möglichst innerstädtisch gelegenen Flächen den Vorteil, die Neuinanspruchnahme v. a. von landwirtschaftlich geprägten Flächen am Stadtrand sowie teure Erweiterungen von ÖPNV-Netzen, technischer und sozialer Infrastruktur zu vermeiden. Eine hohe / höhere Dichte verursacht zudem eine effizientere Flächennutzung pro Wohneinheit. Andererseits können **zunehmende Nachverdichtung**, eine höhere **bauliche Dichte und Versiegelung** v. a. in den innerstädtischen Gebieten negative Auswirkungen z. B. auf stadtclimatischen Bedingungen (Überhitzungsbereiche) und die Lebensqualität generell haben (Fachkonzepte Freiraum und Umwelt, Kommunale Bildungslandschaft, Nachhaltige Mobilität, Klimaschutz und Technische Infrastruktur).

Steigende Kosten im Bereich der technischen Infrastruktur (Wasserver- und -entsorgung, Energieversorgung) haben Auswirkungen auf die Neben- und Betriebskosten und können dadurch erheblichen Einfluss auf die **Bezahlbarkeit des Wohnens** haben. **Energieeffizienzsteigernde Maßnahmen**, sofern sie weitgehend warmmieteneutral durchgeführt werden, sind nicht nur im Sinne des Klimaschutzes wünschenswert, sondern können zu einer langfristig, nachhaltigen Bewirtschaftung und Vermietung der Bestände beitragen (Fachkonzept Klimaschutz und Technische Infrastruktur).

Im Zuge des steigenden Wachstumsdrucks werden **Nutzungskonkurrenzen vor allem in den Innerstädtischen Gebieten** mit Flächenbedarfen für die soziale Infrastruktur, Freiraumversorgung und Gewerbeentwicklung zunehmen. Hierfür bedarf es eines fachübergreifenden Flächenmanagements, flankiert durch eine strategische, städtische Liegenschaftspolitik.

3.3 Räumliche Handlungsstrategie

In Zeiten des starken Bevölkerungswachstums besitzen alle Stadtgebiete Handlungsbedarfe und/oder -potenziale bezüglich einer ausgewogenen Wohnraumversorgung. Um diese zu unterstützen, sind kleinräumig differenzierte Handlungsansätze erforderlich. Aus diesem Grund werden Gebietstypen definiert, denen jeweils Instrumente mit räumlicher Ausprägung zugeordnet werden.

Unabhängig davon kommen gesamtstädtisch wirkende Instrumente zum Einsatz (s. 12.3.1.2 und Wohnungspolitisches Konzept).

Urbane Gebiete¹

Urbane Gebiete I –Qualifizieren, Qualitäten erhalten und schaffen	
<p>Diese Gebiete sind geprägt durch geringere Mieten, ggf. Aufwertungsbedarf, Überlagerung soziale Benachteiligungen, Freiräume (Baulücken / Zwischennutzungen) und Nutzungsmischung gehen verloren bzw. sind noch nicht ausreichend vorhanden. Handlungsbedarf und -möglichkeiten sind vorhanden.</p>	
<p>Handlungsansatz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Angebotsvielfalt schaffen, Aufwertung unterstützen: Ergänzung von neuen Qualitäten (unterschiedliche Wohnformen für unterschiedliche Zielgruppen, bezahlbares, mittel- (hoch-)preisiges Segment). • Negative Auswirkungen der Verdichtung des Wachstums mindern: Entwicklung nutzen um Qualitäten zu erhalten/schaffen, Bebauung in angemessener Dichte, Erhalt von Freiräumen (Innenhöfe, Baulücken, Durchwegungen, Grünflächen), Erhalt der Nutzungsmischung (Erdgeschosszonen, Gewerbenutzungen). 	<p>Instrumente</p> <ul style="list-style-type: none"> ➢ Wohnungsbauförderung v. a. zur Ergänzung und Qualifizierung des Bestands für bestimmte Zielgruppen. ➢ Konzeptveräußerung für Geschosswohnungsneubau mit geförderten Wohnungen (mittlere Quote), ggf. Kombination von Nutzungen. ➢ LWB: Erhalt preisgünstige und KdU-fähige Wohnungen, Nutzung der LWB-eigenen Flächen für Wohnungsneubau (innerstädtisch v. a. für geförderten Wohnraum bzw. bezahlbare Wohnungen). ➢ Beratung Investoren, Eigentümer, Bauherren: sozialverträgliche Sanierungen, flächensparendes Bauen in angemessener Dichte, Freiraumerhalt, Multifunktionalität. ➢ Rechtliche Instrumente prüfen und ggf. einsetzen wie z. B. soziale Erhaltungssatzung.

Urbane Gebiete II – Qualitäten erhalten und ergänzen	
<p>Diese Gebiete sind geprägt durch anhaltend steigende Nachfrage, durchschnittliche Mietensteigerungen, Verlust preisgünstigen Wohnraums / Verdrängungsgefahr, Potenziale für Erhalt bezahlbares Wohnen in schlechteren Lagen, einzelne Verdichtungspotenziale, Freiräume (Baulücken / Zwischennutzungen) und Nutzungsmischung gehen verloren bzw. sind nicht ausreichend vorhanden. Handlungsmöglichkeiten sind (noch) vorhanden.</p>	
<p>Handlungsansatz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Angebotsvielfalt erhalten: Mieten wenn möglich dämpfen, bezahlbare Wohnungen erhalten (u. a. LWB), Ergänzung wo möglich mit sozialer Wohnungsbauförderung, sozialverträgliche Sanierung initiieren. • Negative Auswirkungen der Verdichtung/des Wachstums mindern: Qualitäten erhalten und schaffen, Bebauung in angemessener Dichte und 	<p>Instrumente</p> <ul style="list-style-type: none"> ➢ Einsatz der Wohnungsbauförderung unterstützen. ➢ Konzeptveräußerung für Geschosswohnungsneubau mit geförderten Wohnungen (hohe Quote), ggf. Kombination von Nutzungen. ➢ LWB: Erhalt preisgünstige und KdU-fähige Wohnungen, Nutzung der LWB-eigenen Flächen für Wohnungsneubau (innerstädtisch v. a. für geförderten Wohnraum bzw. bezahlbare Wohnungen - im Abgleich mit anderen städtischen Flächenbedarfen).

¹ Diese Kategorie entspricht nicht den "Urbanen Gebieten" nach § 6a BauNVO.

Erhalt von Freiräumen (Innenhöfe, Baulücken, Durchwegungen, Grünflächen), Erhalt der Nutzungsmischung (Erdgeschosszonen, Gewerbenutzungen).	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Beratung Investoren, Eigentümer, Bauherren: sozial verträgliche Sanierungen, flächensparendes Bauen in angemessener Dichte, Freiraumerhalt, Multifunktionalität. ➤ Rechtliche Instrumente prüfen und ggf. einsetzen wie z. B. soziale Erhaltungssatzung.
---	---

Urbane Gebiete III – Qualitäten erhalten	
<p>Diese Gebiete sind geprägt durch Verknappung preisgünstiger Wohnungen, geringes Nachverdichtungspotenzial, zunehmende Auswirkungen auf die Lebensqualität wie wohnortnahe Freiraumdefizite, Verlust von Nutzungsmischung durch Verdichtungen bzw. Umnutzung durch Wohnen. Handlungsspielräume sind gering, daher sind Chancen der Einflussnahme zu nutzen, wo immer sie möglich sind.</p>	
Handlungsansatz <ul style="list-style-type: none"> • Angebotsvielfalt erhalten: Mieten wenn möglich dämpfen, bezahlbare Wohnungen erhalten (u. a. LWB), Ergänzung wo möglich mit sozialer Wohnungsbauförderung. • Negative Auswirkungen der Verdichtung mindern: Qualitäten erhalten und schaffen, Bebauung in angemessener Dichte und Erhalt von Freiräumen (Innenhöfe) und kleinteilige Nutzungsmischung. 	Instrumente <ul style="list-style-type: none"> ➤ Einsatz der Wohnungsbauförderung unterstützen ➤ Konzeptveräußerung für Geschosswohnungsneubau mit geförderten Wohnungen (sehr hohe Quote), ggf. Kombination von Nutzungen. ➤ LWB: Erhalt preisgünstige und KdU-fähige Wohnungen, Nutzung der LWB-eigenen Flächen für Wohnungsneubau (innerstädtisch v. a. für geförderten Wohnraum bzw. bezahlbare Wohnungen - im Abgleich mit anderen städt. Flächenbedarf). ➤ Beratung Investoren, Eigentümer, Bauherren: flächensparendes Bauen in angemessener Dichte, Freiraumerhalt, Multifunktionalität. ➤ Rechtliche Instrumente prüfen und ggf. einsetzen wie z. B. soziale Erhaltungssatzung.

Qualifizierungsgebiete

Qualifizierungsgebiete I – Profilierung unterstützen, Potenziale schaffen	
<p>Dies sind innerstädtische Bestandsgebiete mit Entwicklungspotenzial, teils heterogene Bebauungsstruktur, deren Nutzungsmischung verloren geht bzw. nicht ausreichend vorhanden ist. Durch vorausschauendes, aktives Steuern kann die Attraktivität gesteigert werden.</p>	
Handlungsansatz <ul style="list-style-type: none"> • Angebotsvielfalt schaffen, Aufwertung wo nötig, bezahlbare Wohnungen erhalten und ergänzen. • Angebote für Familien und Potenziale für alternative Wohnformen schaffen, als Entlastung für Gebiete mit hoher Nachfrage. • Negative Auswirkungen der Verdichtung mindern, Qualitäten erhalten und schaffen, Bebauung in angemessener Dichte, Erhalt und Schaffung von Nutzungsmischung. 	Instrumente <ul style="list-style-type: none"> ➤ Einsatz der Wohnungsbauförderung unterstützen. ➤ Konzeptveräußerung für Geschosswohnungsneubau mit geförderten Wohnungen (mittlere Quote), ggf. Kombination von Nutzungen sowie für vielfältige Wohnformen. ➤ Initiierung von Modellprojekten in anderen Bautypen. ➤ LWB: Erhalt preisgünstige und KdU-fähige Wohnungen, Nutzung der LWB-eigenen Flächen u. a. für Konzeptveräußerung/Modellprojekte zur Stärkung der Vielfalt an Wohnformen. ➤ Beratung Investoren, Eigentümer, Bauherren. flächensparendes Bauen in angemessener Dichte, Vielfalt an Bau- und Wohnformen, Teilnahme an Modellvorhaben oder Konzeptveräußerung.

Qualifizierungsgebiete II – Zukunftsfähig entwickeln, Vielfalt schaffen, Potenziale nutzen

Diese Gebiete sind geprägt durch geringere Mieten, geringere Nachfrage, z. T. homogene Bebauungsstrukturen des DDR-Wohnungsbaus, ggf. vorhandenen Aufwertungsbedarf sowie Nachverdichtungspotenzialen, Infrastrukturen sind vorhanden, kein oder schlechtes Image, z. T. hohes Durchschnittsalter, z. T. mit leicht überdurchschnittlichen bis erheblichen sozialen Benachteiligungen. Potenziale können aktiviert und Schwächen dadurch gemindert werden.

Handlungsansatz	Instrumente
<ul style="list-style-type: none"> Angebotsvielfalt schaffen, Aufwertung unterstützen, Ergänzung Bestand mit neuen Qualitäten (unterschiedliche Wohnformen, für unterschiedliche Zielgruppen, bezahlbares, mittel- (hoch) preisiges Segment) in Kooperation mit den Eigentümern vor Ort. Verdichtungsmöglichkeiten gut erschlossener Standorte - bei Erhalt/Qualifizierung vorhandener Freiräume und Infrastrukturen. In Kooperation mit der Bewohnerschaft. Quartier generationenübergreifend entwickeln entsprechend der Bedarfe der heutigen Bewohnerschaft und zur Attraktivierung für zukünftige Bewohner, die u. a. zur sozialen Stabilisierung beitragen. 	<ul style="list-style-type: none"> Konzeptionelle Unterstützung zur nachfragegerechten Weiterentwicklung und Ergänzung des Bestands und Erweiterung/Qualifizierung der vorhandenen Infrastruktur. Wohnungsbauförderung v. a. zur Ergänzung und Qualifizierung des Bestands für bestimmte Zielgruppen. Ggf. Kopplung mit anderen Förderprogrammen z. B. zur Erweiterung/Qualifizierung der Infrastruktur ggf. Initiierung von Modellprojekten (Ziel attraktives Wohnen für verschiedene Lebensstilgruppen auch in diesen Gebieten). LWB: vorhandene Flächen ggf. für Neubau im mittleren/höheren Preissegment oder für besondere Nachfrage (barrierefrei, behindertengerecht) nutzen. Fortschreibung des Wohnbauflächenkonzepts: Ermittlung Verdichtungs- und Ergänzungspotenzial in Verbindung mit konzeptionellen Ansätzen (zur generationenübergreifenden Entwicklung), Strategien zur Aktivierung entwickeln. Beratung Investoren, Eigentümer, Bauherren: Erweiterung der Vielfalt des Wohnangebots (größere Wohnungen, Altenfreundlichkeit, höhere Qualität und Standards an Wohnungen), Qualität des Bauens, flächensparendes Bauen in angemessener Dichte.

Qualifizierungsgebiete III – Eigenentwicklung stärken, Potenziale nutzen

Diese Gebiete umfassen stark durch Einfamilienhausbau geprägte Ortsteile und Ortskerne der äußeren Stadt mit kleinteiligen Erweiterungs- und Arrondierungspotenzialen, zum Teil zunehmendem Durchschnittsalter und in der Regel sozial stabilen Bevölkerungsstrukturen.

Handlungsansatz	Instrumente
<ul style="list-style-type: none"> Nutzung kleinteiliger Wachstums- potenziale, Arrondierung der Ortsteile. Nutzung/Stärkung von Ortsteilidentität und historischer Baustrukturen. Kleinteilige Ergänzung des Bestands an Ein- und Zweifamilienhäusern und durch Geschosswohnungsneubau zur generationenübergreifenden Entwicklung der Gebiete an geeigneten Standorten. 	<ul style="list-style-type: none"> Überprüfung der Potenziale für Ortsteillarrondierungen im STEP Wohnbauflächen Wohnungsbauförderung zur Ergänzung und Qualifizierung des Bestands und ggf. im Neubau. Beratung Investoren, Eigentümer, Bauherren: Erweiterung der Vielfalt des Wohnangebots (größere/kleinere Wohnungen, Altenfreundlichkeit, baukulturelle Qualität des Bauens), flächensparendes Bauen in angemessener Dichte. Konzeptionelle Unterstützung zur nachfragegerechten Weiterentwicklung und Ergänzung des Bestands sowie ggf. Initiierung von Modellprojekten.

Erweiterungsgebiete

Erweiterungsgebiete I – Innere Stadt: Sozial- und nutzungsstrukturell gemischt entwickeln

Dies sind Entwicklungsfächen für Neubau auf Brachen, Bahn- und Konversionsflächen, die entsprechend der städtischen Ziele gestaltet werden sollen.

Handlungsansatz	Instrumente
<ul style="list-style-type: none"> Differenzierte Erweiterung des Wohnungsbestands. Entwicklung nutzen um Qualitäten zu schaffen. Bebauung in angemessener Dichte und sozialer und nutzungsstruktureller Mischung. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Wohnungsbauförderung / Modell kooperative Bau- ländentwicklung: Sicherung fester Anteil geförderter Wohnungsneubau. ➤ Fortschreibung Wohnbauflächenkonzept: Ermittlung angemessener Dichte. ➤ Beratung von Investoren, Bauherren: Bauen in unterschiedlichen Preissegmenten, vielfältige Wohnformen, baukulturelle Qualität, Multifunktionalität, Nutzungsmischung, flächensparendes Bauen in angemessener Dichte.

Erweiterungsgebiete II – Äußere Stadt: In Landschaft und Siedlungsbestand integrieren

Diese Gebiete sind Entwicklungsfächen für den Neubau in der äußeren Stadt, die entsprechend der städtischen Ziele gestaltet werden sollen.

Handlungsansatz	Instrumente
<ul style="list-style-type: none"> Flächenpotenziale zur Schaffung von neuem Wohnraum und wohnortnaher Infrastruktur nutzen. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Wohnungsbauförderung/Modell kooperative Bau- ländentwicklung: Sicherung fester Anteil geförderter Wohnungsneubau. ➤ Fortschreibung Wohnbauflächenkonzept: Bestätigung Flächeneignung. ➤ Beratung von Investoren, Bauherren: Bauen in unterschiedlichen Preissegmenten, vielfältige Wohnformen, baukulturelle Qualität, Multifunktionalität, Nutzungsmischung, flächensparendes Bauen in angemessener Dichte.

3.4 Umsetzung

Da die Umsetzung der wohnungspolitischen Ziele nur gemeinsam mit allen Akteuren – Wohnungsmarktakteure, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung – gelingen kann, ist der Dialog mit den Akteuren fortzuführen und zu verstetigen. Ziel ist es, zu verbindlich(er)en Kooperationen mit der LWB, der LESG und weiteren städtischen Gesellschaften sowie mit den Wohnungsmarktakteuren zu kommen.

Angesichts des anhaltenden Wachstums und dem dadurch steigenden Aufgabenumfang wird es erforderlich, weit höhere finanzielle und personelle Ressourcen einzusetzen. Die Umsetzung wohnungspolitischer Maßnahmen erfordert die Finanzierung von Planungs- und Beratungsleistungen ebenso wie kommunale Förderung für besondere Bedarfsgruppen. Dazu gehört es auch, die verwaltungsinternen Abstimmungsprozesse und -strukturen zur effizienten Aufgabenteilung zu überprüfen und ggf. anzupassen, um eine koordinierte und zielgerichtete Abwicklung zu gewährleisten.

Die fortzusetzende Auseinandersetzung mit wachstumsrelevanten Themen, wie angemessene Dichte, erforderliche Standards der Baukultur im Verhältnis zu Anforderungen an Bezahlbarkeit von Wohnraum (kostengünstiges Planen und Bauen), wird weitere Handlungserfordernisse mit sich bringen. Des Weiteren ist zu prüfen, inwieweit Wechselwirkungen in der Wohnungsmarktregion bestehen, und welche Auswirkungen diese auf den Leipziger Wohnungsmarkt haben. Wenngleich ein regionaler Entlastungsbedarf nach Definition des ROG kurz- und mittelfristig nicht besteht, benötigt es kooperativer Abstimmungsprozesse zu einer nachhaltigen, regionalen Siedlungsflächenentwicklung. Bei der Flächenent-

wicklung sollten Nachverdichtungs-, Leerstands- und Flächenpotenziale in Stadt und Umland geprüft und vor der Entwicklung neuer Flächen in die Abwägung einbezogen werden. Entwicklungsschwerpunkte sollten in den zentralen Orten sowie entlang von S-Bahn-Trassen liegen.

Im Zuge des steigenden Wachstumsdrucks werden Nutzungskonkurrenzen vor allem in den innerstädtischen Gebieten mit Flächenbedarfen für die soziale Infrastruktur, Freiraumversorgung und Gewerbeentwicklung zunehmen. Hierfür bedarf es eines fachübergreifenden Flächenmanagements, flankiert durch eine strategische, städtische Liegenschaftspolitik. Auch für den Wohnungsbau wird es erforderlich sein, Flächen strategisch anzukaufen und nach Konzept zu vergeben.

Die aktuellen Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt Leipzigs erfordern die Prüfung und Umsetzung einer kommunalen Neuausrichtung bei dem Einsatz von rechtlichen Instrumenten und zur Beratung von Mietern. Damit verbunden sind zusätzliche Anforderungen an Arbeits- und Kooperationsstrukturen.

Wohnen stellt eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Lebensqualität in der Stadt dar. Für eine ausgewogene soziale Stabilität und attraktives Wohnumfeld in allen Stadtgebieten bedarf es flankierender Maßnahmen aus allen Fachbereichen im Sinne einer integrierten Stadtteilentwicklung. Hierbei auftretende Zielkonflikte sind im Einzelfall zu klären.

Angesichts der hohen Dynamik von Bevölkerungs- und Wohnungsmarktentwicklung müssen Stadtgebiete jenseits der heutigen Schwerpunkträume, in denen multiple Problemlagen neu entstehen, rechtzeitig erkannt, konzeptionell unterstellt und bei Bedarf in die Förderkulisse der Städtebauförderung aufgenommen werden.

Die kleinräumige Wohnungsmarktbeobachtung ist als eine der wesentlichen Grundlagen für eine der tatsächlichen Entwicklung angepassten Steuerung wohnungspolitischen Handelns kontinuierlich durchzuführen und weiter zu entwickeln.

Anforderungen an Bund und Land

Die soziale Wohnungsbauförderung sollte dauerhaft finanziell abgesichert werden. Zudem sollten diese sowie andere Fördermittel zur Absicherung der sozialen Wohnraumversorgung entsprechend der Bedarfe weiter entwickelt werden, z. B. für die Unterstützung bedarfsgerechter, sozialverträglicher Wohnungsanpassung und Sanierung, die Unterstützung kooperativer Wohnformen oder den Ankauf von Belegungsrechten.

Die bis 2019 verfügbaren Kompensationsmittel des Bundes für Wohnungsbauförderung sollen volumenmäßig für Aufgaben der sozialen Wohnungsbauförderung eingesetzt werden. Die Einkommensgrenzen des Wohnraumförderungsgesetzes sollten durch eine neue Landesregelung an die Entwicklung der Einkommen und Preise angepasst und somit erhöht werden.

Zur Dämpfung des Mietpreisanstiegs bei Wiedervermietungsmieten ist ein wirksames Instrumentarium zu entwickeln.

Zur Dämpfung der Neubaukosten bzw. der dadurch erforderlichen Mieten zur Refinanzierung sollen kostentreibende Standards im Bau nicht weiter angehoben bzw. ggf. reduziert werden.

3.5 Finanzielle Auswirkungen

Unabhängig davon, dass die Umsetzung der Ziele nur gemeinsam mit allen Akteuren – Wohnungsmarktakteure, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung – gelingen kann, kann die Stadt mit den genannten Maßnahmen wohnungspolitisch steuern. Hierfür sind einerseits ausreichende personelle Ressourcen in unterschiedlichen Ämtern erforderlich. Andererseits sind finanzielle Mittel auch für die Beauftragung von Leistungen (Planungsmittel, Beratung) sowie ggf. Mittel für kommunale Förderwege (z. B. zur Schaffung von Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen), für Modellprojekte oder den Ankauf von Grundstücken erforderlich.

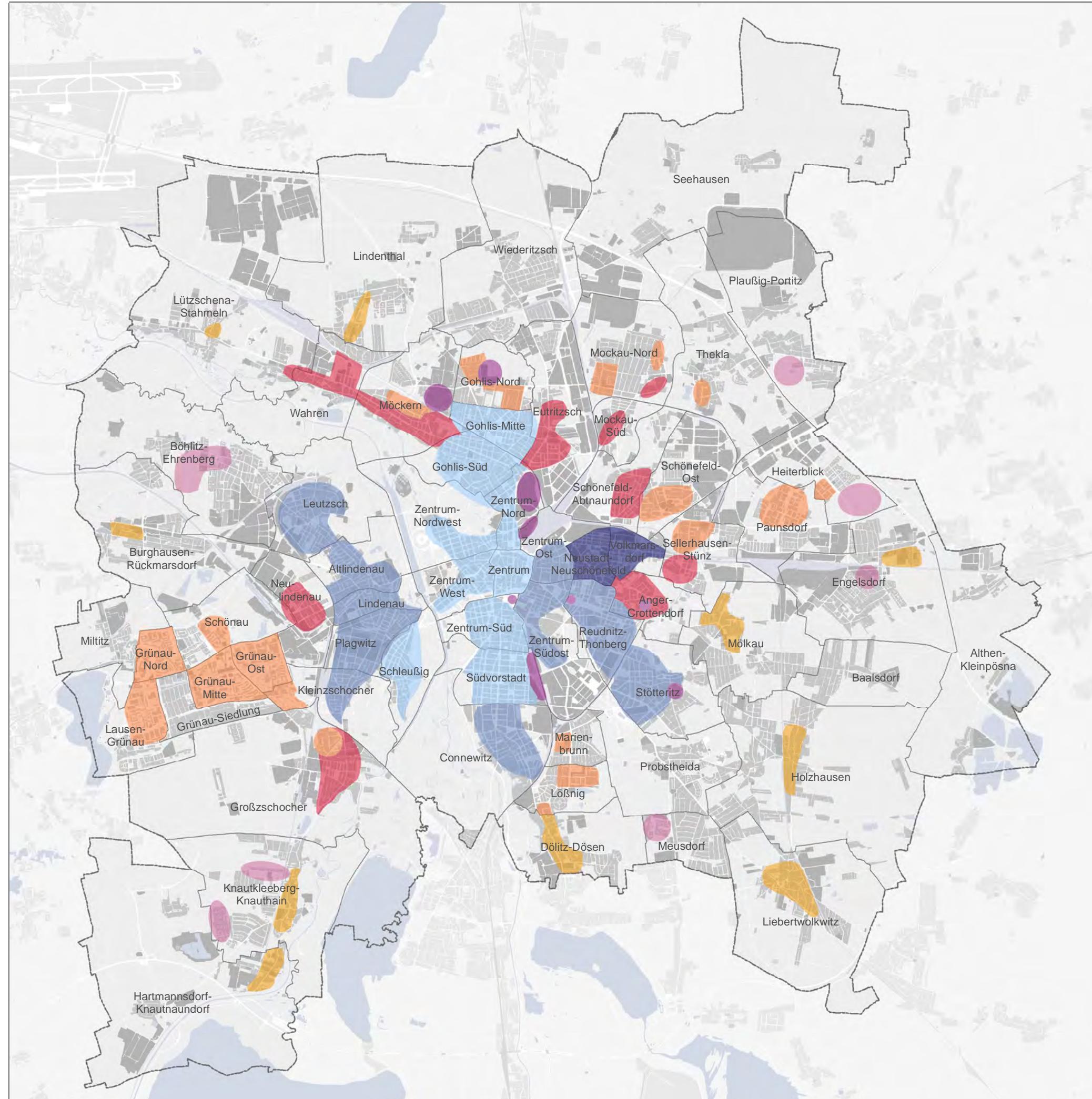
Bei anhaltendem Wachstum ist davon auszugehen, dass das Thema Wohnen auch weiterhin eine hohe Bedeutung haben wird und kontinuierlich Mittel für die Umsetzung der Wohnungspolitischen Instrumente und Maßnahmen erforderlich sein werden.

Maßnahmenbündel/ Instrumente	Direkte Kosten/Jahr (GERING/MITTEL/HOCH)	Einnahmen/ Folgekosten/ Folgewirkungen
Wohnbauflächenkonzept Steuerung im Rahmen Bau- planungs- und Baugenehmi- gungsverfahren Diskussion mit Wohnungs- marktakteuren und Stadtge- sellschaft Wohnungsmarktbeobachtung	MITTEL Personal- und Haushalts- mittel	DÄMPFUNG der Kosten für technische, Verkehrs- und soziale Infrastruktur bei der Entwicklung neuer Wohnbaustandorte durch sinnvolle Flächen- auswahl und -priorisierung DÄMPFUNG der Mietpreisanstiege, des Anstiegs der Kosten der Unterkunft (KDU) und Anspan- nungstendenzen durch ausreichendes Flächen- angebot und Unterstützung der Bautätigkeit MINDERUNG der Abwanderung von Einkom- menssteuerzählern durch ausreichend Wohnan- gebote
Modell der Kooperativen Baulandentwicklung	GERING Personalmittel	GENERIERUNG von Einnahmen durch die Betei- ligung der Investoren an planungsbedingten Kos- ten für v.a. soziale Infrastruktur
Beratung und Sensibilisie- rung für kostensparendes Bauen, Planen und Sanieren	GERING Personal- und Haushalts- mittel	DÄMPFUNG der Mietpreisanstiege und des An- stiegs der Kosten der Unterkunft
Netzwerk Leipziger Freiheit für kooperative Wohnformen	GERING Personal- und Haushalts- mittel	UNTERSTÜTZUNG der Schaffung von gemein- schaftlichem und bezahlbarem Wohneigentum ggf. AKQUISE von Fördermitteln
Strategischer Flächenerwerb, Tausch und Konzeptveräu- ßerung	HOCH Haushaltsmittel zum Flä- chenerwerb GERING Personalmittel	SICHERUNG der städtischen Handlungsoptionen bei der Wohnraumversorgung ZUNAHME des Bestands an mietpreis- und bele- gungsgebundenen Wohnraums und Unterstüt- zung kooperativer, bezahlbarer Wohnformen ERHÖHUNG des städtischen Immobilienvermö- gens MINDERUNG der Einnahmen bei Veräußerung oder Tausch von städtischen Grundstücken SICHERUNG langfristiger Einnahmen durch Be- stellung von Erbbaurechten
Soziale Wohnraumvermit- tlung und Beratungsangebote	MITTEL Personalmittel	REDUZIERUNG der KDU (v.a. Heizkosten) durch Energieberatung für einkommensschwache Haushalte sowie stadtteilorientierte Migrantenhilfe
Umsetzung Wohnungs- bauförderung	MITTEL Personalmittel zur Abwick- lung der Fördermittel	SCHAFFUNG von mietpreis- und belegungsge- bundenem Wohnraum BEITRAG zur sozialen Wohnraumversorgung REDUZIERUNG der KDU
Kommunale Wohnraumförde- rung	HOCH Personal- und Haushalts- mittel	SCHAFFUNG nachfragegerechter Wohnungen für einkommensschwache Haushalte mit bes. Bedarfen BEITRAG zur sozialen Wohnraumversorgung REDUZIERUNG der KDU
LWB	HOCH Mittel (Zuschüsse, Einlagen)	REALISIERUNG der Eigentümerziele, v.a. hin- sichtlich sozialer Wohnraumversorgung und Er-

Maßnahmenbündel/ Instrumente	Direkte Kosten/Jahr (GERING/MITTEL/HOCH)	Einnahmen/ Folgekosten/ Folgewirkungen
	o.ä.) um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der LWB sicher zu stellen	weiterung des Wohnungsbestands
Rechtliche Instrumente wie z. B. Mietspiegel, Absenkung der Kappungsgrenze	GERING Personalmittel	DÄMPFUNG der Mietpreisanstiege durch die Absenkung der Kappungsgrenze kann zur Dämpfung der Anstiege der KDU führen HERSTELLUNG von Transparenz durch Mietspiegel
Unterstützung der Weiterentwicklung von Bestandsquartieren	MITTEL Personal- und Haushaltsmittel	SCHAFFUNG von bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum Ggf. AKQUISE von Fördermitteln
Städtebau- und EU-Förderprogramme u.a. zur Quartiersentwicklung.	HOCH Personalmittel und Haushaltsmittel als Eigenanteil	EINNAHMEN von Fördermitteln UMSETZUNG der Ziele der integrierten Stadtteilentwicklungskonzepte
Rechtliche Instrumente wie z. B. soziale Erhaltungssatzung, Zweckentfremdungsverbot	MITTEL Personal- und Haushaltsmittel für Beratung und zur Ausübung von Vorkaufsrechten	DÄMPFUNG der Mietpreisanstiege und des Anstiegs der Kosten der Unterkunft SICHERUNG bzw. ERHÖHUNG des Wohnungsangebots

Anlage: Zuordnung Fachkonzept-Ziele zum Strategischen Zielbild

Ziel Nr.	Ziel Fachkonzept	Seite	Übergeordneter Handlungsschwerpunkt (übergeordnetes Strategisches Ziel)
1	1. Wohnen in Leipzig – für alle, vielfältig, bezahlbar und wirtschaftlich tragfähig	8	Leipzig setzt auf Lebensqualität Attraktives Umfeld für Innovation, Gründer und Fachkräfte (Leipzig besteht im Wettbewerb) Bezahlbares Wohnen (Leipzig schafft soziale Stabilität)
2	2. Genügend Wohnungen für ein-kommensschwache Haushalte	8	Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt; Bezahlbares Wohnen (Leipzig schafft soziale Stabilität)
3	3. Familien, Senioren und Menschen mit Behinderungen besonders unterstützen	8	Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt; Bezahlbares Wohnen (Leipzig schafft soziale Stabilität)
4	4. Wohnungspolitik als Teil integrierter Stadtentwicklung	9	Balance zwischen Verdichtung und Freiraum; Vorsorgende Klima- und Energiestrategie (Leipzig setzt auf Lebensqualität) Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt; Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung (Leipzig schafft soziale Stabilität)



Fachkonzept Wohnen

Räumliche Handlungsstrategie

Gebietstypen

Urbane Gebiete *

- I Qualifizieren, Qualitäten erhalten und schaffen
 - II Qualitäten erhalten und ergänzen
 - III Qualitäten erhalten

Qualifizierungsgebiete

- I Profilierung unterstützen, Potenziale schaffen
 - II Zukunftsfähig entwickeln, Vielfalt schaffen, Potenziale nutzen
 - III Eigenentwicklung stärken, Potenziale nutzen

Erweiterungsgebiete

- I Innere Stadt: Sozial- und nutzungsstrukturell gemischt entwickeln
 - II Äußere Stadt: in Landschafts- und Siedlungsbestand integrieren

* Diese Kategorie entspricht nicht den "Urbanen Gebieten" nach § 6a BauNVO.



Stadtgrenze

FACHKONZEPT WIRTSCHAFT UND ARBEIT

1. EINLEITUNG

Die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeit haben sich in der Stadt Leipzig nach der Wirtschaftskrise 2008/2009 elementar verbessert. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist um über 50.000 und damit über 25 % gestiegen. Die Arbeitslosenquote hat sich auf deutlich unter 8 % mehr als halbiert und den geringsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht. Die deutliche Steigerung in Beschäftigung und Wirtschaftskraft hat sich aber noch nicht in gleichem Maße in erhöhten Arbeitnehmerentgelten bzw. Einkommen niedergeschlagen.

Daraus erwächst für das Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit als zentrale Aufgabe, ein weiteres sozial ausgewogenes Wirtschaftswachstum zu unterstützen, indem vor allem die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsentwicklung weiter verbessert werden. Damit soll die Einnahmesituation der Stadt günstiger gestaltet und eine grundlegende Voraussetzung für die Bewältigung der Aufgaben geschaffen werden, die sich aus dem Bevölkerungswachstum ergeben. Für die Schaffung der prognostizierten 50.000 bis 100.000 neuen Arbeitsplätze ist die Stärkung der Kernaufgaben Existenzgründung, Bestandsentwicklung und Ansiedlung nötig.

Im Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit erfolgt eine Konzentration auf die stadtentwicklungsrelevanten und durch Instrumente der Stadtverwaltung zu beeinflussenden Themen von Wirtschaft und Arbeit. Darunter werden folgende **Themenschwerpunkte** mit dazugehörigen räumlichen Schwerpunkten verstanden:

- Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung
- Gewerbegebäudenutzung
- Landwirtschaft
- Tourismus
- Zentren/Magistralen
- Berufsorientierung, Ausbildung und Beschäftigung sowie Arbeitswelt 4.0

Diese inhaltliche Breite bringt nicht nur eine große Zahl von Schnittstellen zu anderen Fachkonzepten mit sich, sondern verlangt auch nach einem Ausbau der regionalen Zusammenarbeit. Hierfür kann auf zahlreiche etablierte Strukturen aufgebaut werden, wie z.B. LTM/ Leipziger Neuseenland e.V., IRL Invest Region Leipzig, Interkommunale Gewerbegebäudenutzung, AG Landwirtschaft im Grünen Ring und die Cluster-Netzwerke.

Verwendete Grundlagen	<ul style="list-style-type: none"> • Clusterstrategie der Stadt Leipzig ▪ TEP - Touristischer Entwicklungsplan (2015), Charta Leipziger Neuseenland 2030, TWGK - Tourismuswirtschaftliches Gesamtkonzept 2014 ▪ Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm Jobcenter Leipzig, Kommunales Arbeitsmarktprogramm, Handlungskonzept der Fachkräfteallianz Leipzig, Beschäftigungsstrategie Stadt Leipzig ▪ Nordraumkonzept Leipzig 2025+ (Entwurf) ▪ AEP - Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (Fortschreibung 2013) ▪ Stadtentwicklungsplan Zentren (Fortschreibung 2016)
Arbeitsstruktur	Arbeitsgruppe aus: Amt für Wirtschaftsförderung, Referat Beschäftigungspolitik, Liegenschaftsamt, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, Amt für Stadtgrün und Gewässer, Stadtplanungsamt

2. AUSGANGSLAGE

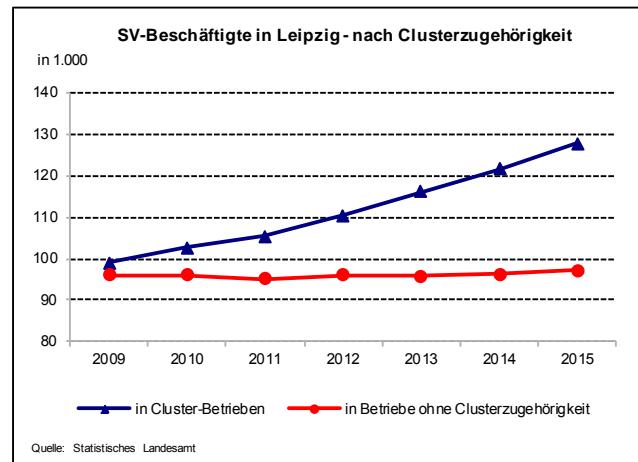
2.1 Aktuelle Situation und Entwicklungen

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung

Mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt im Standortwettbewerb gehören die Entwicklung der lokalen Wertschöpfung, des Unternehmensbestandes, der Betriebsgrößen und mit Blick auf die wachsende Stadt die Arbeitsplatzentwicklung zu den wesentlichen Kennzahlen und Zielgrößen eines Fachkonzeptes Wirtschaft und Arbeit.

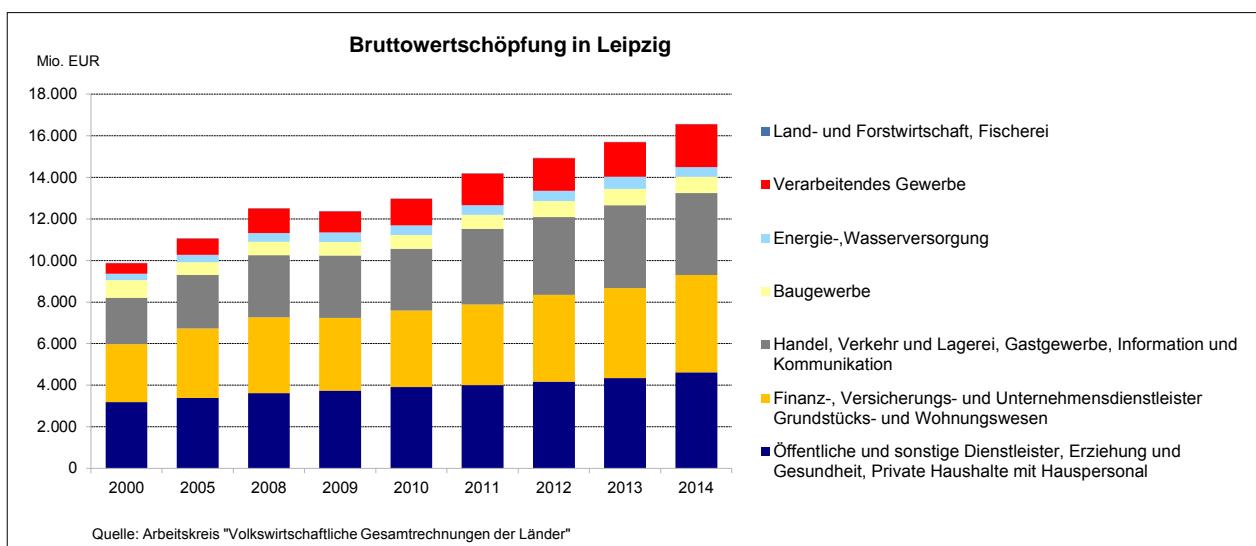
Clusterentwicklung

Im Jahr 2016 (Angaben gemäß Unternehmensregister Sachsen, Jahresangaben zum Auswertungszeitpunkt) waren von den 25.715 Betrieben in der Stadt Leipzig ca. 42 Prozent (10.810) den fünf von der Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig geförderten Clustern zuzuordnen. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist bei den Cluster-Betrieben in den letzten Jahren deutlich stärker gestiegen als bei denen ohne Clusterzugehörigkeit. Zwischen den Jahren 2008 und 2016 stieg bei den Cluster-Unternehmen die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 40.766 (ca. 43,1 % mehr) und machte damit fast 90 Prozent des städtischen Beschäftigungswachstums aus. Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich in den Cluster-Betrieben um fast 2 Beschäftigte je Betrieb seit 2008 erhöht, in den Betrieben, die nicht zu den Clustern gehören, in diesem Zeitraum um 0,2 Beschäftigte abgenommen.



Produzierendes Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe hat sich ebenfalls deutlich positiv entwickelt. Die Bruttowertschöpfung ist zwischen 2009 und 2014 um 103 % gestiegen (s. Abb.). Der in diesem Zeitraum von 8 % auf über 12 % erhöhte Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung ist zu großen Teilen auf das kontinuierliche Wachstum der Produktion und damit auch der Werke der beiden in Leipzig ansässigen Automobilbauer zurückzuführen. Der neu angesiedelte Automobilbau und die stabilisierten Bestandsunternehmen des Maschinenbaus, der Gießereitechnik und der Metallbearbeitung gehören zu den industriellen Kernkompetenzen der Stadt.



Dienstleistungen

Die Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich ist seit 2009 um ca. 30% gestiegen. Damit bleibt die Stadt ein dynamisch wachsender Dienstleistungsstandort.

Forschung und Entwicklung (F&E)

Im Vergleich zu anderen Städten hat Leipzig eine vergleichsweise geringe Konzentration von Unternehmenszentralen mit Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. So machen die betrieblichen Aufwendungen für F&E nur 0,3 % des Bruttoinlandsproduktes aus, bei politisch angestrebten 2 %. Mit öffentlichen Aufwendungen für F&E, die mit 1,4 % des BIP über dem deutschen Durchschnitt liegen und durch enge Zusammenarbeit von Stadt, Freistaat, Bund und Wissenschaft entstand eine gut ausgebauten Infrastruktur für Forschung und Wissenschaft, die seit 2009 auch weiter ausgebaut wurde, z.B. German Centre for Integrative Biodiversity Research (iDiv), Fraunhofer-Institut für Zelltherapie und Immunologie IZI, BioCube, Uniklinik. Sehr erfolgreich war die Biotechnologie-Entwicklung mit BioCity-Technologie-Zentrum und universitärer Forschung in einem Gebäude und direkt benachbartem Fraunhofer-Institut und privaten Biotec-Firmen. So konnte der Standort „Alte Messe“ profiliert werden.

Gewerbebeflächenentwicklung

Die Gewerbebeflächenentwicklung in Leipzig spiegelt die bisherige wirtschaftliche Entwicklung und ist maßgeblich für künftige wirtschaftliche Potenziale. Sie ist räumlich zweigeteilt:

- 1) Im *Nordraum Leipzigs* entlang der A14 haben die Großansiedlungen im Automobil- und Logistikbereich mehrfach in ihre jeweiligen Standorte investiert und die Produktion erweitert. Allein für ihre eigene Entwicklung haben diese Unternehmen 2/3 aller seit dem Jahr 2000 entwickelten Flächen benötigt. Mittlerweile gibt es einen Mangel an kurzfristig verfügbaren, mit B-Plan versehenen Industrieflächen, an Flächen größer 20 ha sowie räumlich gesehen im Bereich des Güterverkehrszentrum (KV-Terminal/Porsche). Beim Blick in Nachbarkommunen werden insbesondere in Schkeuditz im Flughafenumfeld weitere Gewerbebeflächen entwickelt bzw. vorbereitet.
- 2) Im *innerstädtischen Bereich* besteht weiterhin eine relativ geringe Nachfrage nach Gewerbe- und Industrieflächen, sowohl aus Unternehmensbestand als auch von Ansiedlungen. Durch Online-Logistik kommen erste Nachfragen nach zentraleren, kundennäheren Flächen. Innerstädtische Gewerbelagen stehen unter Umnutzungsdruck durch Wohnbebauung und durch soziale Infrastruktur. Bislang sehr günstige, einfache Hallen und Flächen werden zunehmend knapp, das betrifft insbesondere den Eigentumserwerb. Mischgebiete bzw. gemischt genutzte Areale werden – besonders in Plagwitz/Leipziger Westen – von Kreativwirtschaft, Handwerk und Büronutzern (nicht störendem Gewerbe) nachgefragt. Der Umnutzungsdruck, vor allem in Lofts mit hochwertigem Wohnen ist hoch. Einzelne Wohnnutzungen führen schon zu Einschränkung der Nachnutzung im Umkreis von mehreren Straßenzügen.

Bei den **Gewerbebeflächenprofilen** bilden sich unterschiedliche Anforderungen heraus:

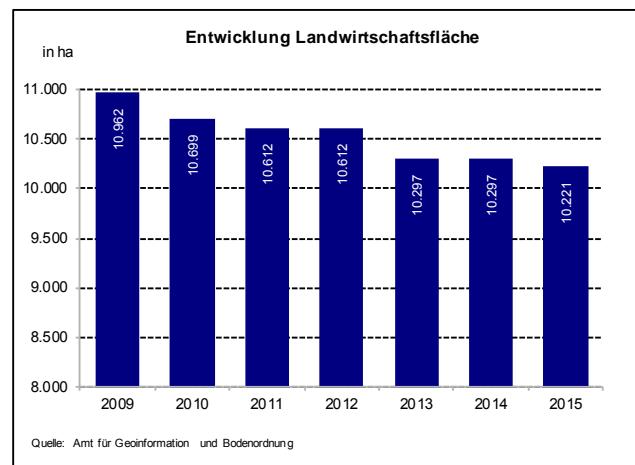
- *Großflächige 24-Stunden Gewerbebeflächen / Produktion und Logistik:* Die Logistikregion Leipzig verzeichnet seit 2011 einen deutlichen Anstieg der Umsätze von Logistik- und Lagerflächen: Der Mittelwert für die Region lag 2011-15 bei 237.000 m² pro Jahr. Hohe Nachfrage verzeichnen insbesondere Flächen mit exzellenter Autobahnbindung und in der Nähe zu Flughafen/DHL, Porsche und BMW. Die Schienenanbindung spielt eine untergeordnete Rolle, dafür werden kurze Wege und gute ÖPNV-Anbindung für Management und Mitarbeiter immer bedeutsamer. Im Vergleich mit anderen Logistikregionen bleiben *Hallenflächen* weiterhin vergleichsweise preiswert.
- Ein Leerstand bei *Büroflächen* von 8-9 % im Jahr 2016 trotz Zunahme des Gesamtbestandes und damit eine Reduzierung auf die halbe Leerstandsquote gegenüber 2004 belegt deutlich die Nachfrage für den Standort Leipzig. Leipzig verzeichnet unter den Top 8-Standorten in Deutschland die geringste Höchstmiete. Die deutschlandweit niedrigste Neubaurate wird von der Bürobranche als zu gering eingeschätzt. Zurzeit besteht ein Mangel an großen, zentral gelegenen und zusammenhängenden Büroflächen über 2.000 m².

Landwirtschaft

Der Anteil der Landwirtschaftsfläche ist in Leipzig für eine Großstadt mit ca. einem Drittel (34,3 %) relativ hoch. Dies resultiert aus den Eingemeindungen um das Jahr 2000 und erfordert eine wirtschaftliche Betrachtung auch des ländlichen Raumes im Rahmen eines Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes.

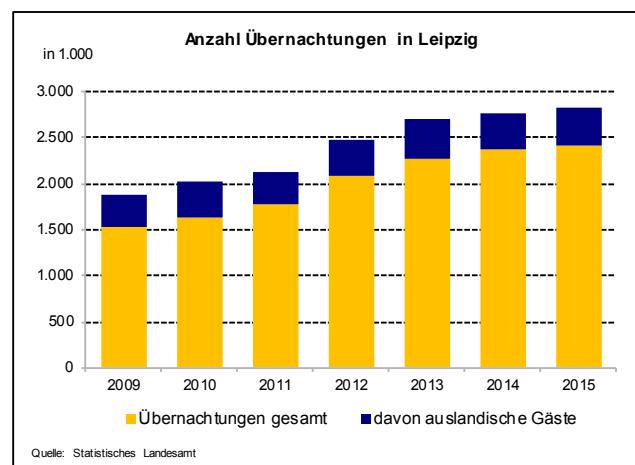
Durch gewerbliche Ansiedlungen und Ausgleichsmaßnahmen ist die Landwirtschaftsfläche seit 2009 um rund 714 ha bzw. 7 % in kleineren Schritten zurückgegangen. Die Bewirtschaftung der Landwirtschaftsflächen erfolgt überwiegend durch fünf Großbetriebe. Ökologisch bewirtschaftete Flächen nehmen mit 6,4 % bis jetzt nur einen sehr geringen Anteil an der Landwirtschaftsfläche ein, die sich im Eigentum der Stadt Leipzig befindet.

In Leipzig gibt es zudem zahlreiche Initiativen zum Urban Gardening, z. B. Annalinde, Nachbarschaftsgärten e. V., Querbeet – Offener Garten, Ernte mich und das Leipziger Gartenprogramm.



Tourismus

2015 standen Leipzigs Touristen 120 Beherbergungsstätten mit 15.230 Gästebetten zur Verfügung, die durchschnittlich zu 51 Prozent ausgelastet waren. Auf der Nachfrageseite verzeichnete die Stadt Leipzig 2015 29 Mio. Tagesgäste, 2,9 Mio. Übernachtungen. Hinzu kommen geschätzte 3,15 Mio. Übernachtungen bei Freunden, Bekannten und Verwandten. Mit insgesamt 35 Mio. Aufenthaltstagen 2015 wurde ein Bruttoumsatz in Höhe von 1.710 Mio. Euro erzielt. 8,4 % des gesamten Primäreinkommens 2015 erwirtschaftete der Tourismus. Das Gros der statistisch erfassten Übernachtungen in Leipzig geht auf den Geschäftsreisetourismus zurück. Das Kongress- und Tagungsgeschäft mit der Infrastruktur der Leipziger Messe, dem CCL, der Kongresshalle und den zahlreichen privaten Anbietern ist ein wichtiger Baustein des touristischen Portfolios. Insgesamt kann Leipzig mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 1,9 Tagen als klassisches Städte- und Kurzreiseziel gesehen werden. Insgesamt entwickelten sich die Übernachtungszahlen in Deutschland von 2005 bis 2015 positiv, im Durchschnitt um plus 77 %. Leipzig liegt mit 63,5 % unter dem Gesamtdurchschnitt. Auch der Anteil der ausländischen Übernachtungsgäste ist mit 15 % im Jahr 2015 vergleichsweise gering.



Zentren/Magistralen

Die Ziele und Inhalte des Fachkonzeptes Stadtentwicklungsplan (STEP) Zentren bilden einen verbindlichen Orientierungsrahmen für die räumliche Zentren- und Einzelhandelsentwicklung in Leipzig. Seine relevanten Inhalte gehen in das INSEK ein. Der fortgeschriebene STEP Zentren 2016 (Entwurf) weist zentrale Versorgungsbereiche (Zentren) aus, um private und öffentliche Investitionen synergetisch an städtebaulich und stadtökonomisch geeigneten Versorgungslagen zusammenzuführen. Eine Reihe von Zentren liegt an wichtigen Verkehrsverbindungen. Daher erscheint eine gleichzeitige Verknüpfung mit Magistralen mit ihrer Bedeutung für die Identität der Stadtteile und das Image der gesamten Stadt über die räumlich begrenzte Zentrenausweisung hinaus sinnvoll und hat sich bewährt. Das Stadtzentrum ist als Handelsstandort konsolidiert und gut etabliert. Es weist eine starke urbane Vitalität auf und zeichnet sich durch eine besonders vielseitige und dichte Angebotspalette aus, die von der Gastronomie, Kultur, Tourismus, Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft und sogar Wohnen reicht.

Bei einer Reihe von Stadtteilzentren und Magistralen zeigen die Investitionen im öffentlichen Raum bereits Wirkung. Andere befinden sich noch im Prozess der Aufwertung. Fortschritte wurden beim koordinierten Verwaltungshandeln zur Stabilisierung der Zentren erreicht. Dies betrifft insbesondere die Standortentscheidungen öffentlicher oder öffentlich geförderter Einrichtungen mit hohen Besucherfrequenzen (Standorte für Wochenmärkte, städtische Bibliotheken, Bürgerämter, Polizeireviere), aber auch Kultur-, Bildungs- und Sporteinrichtungen. In fast allen Schwerpunktträumen wurde eine integrierte Entwicklung der Magistralen vollzogen. Vielfach gelang es, Investitionen wieder in die Zentren und Magistralen zu lenken. Dadurch können die meisten von ihnen ihre Funktionen angemessen erfüllen.

Einige Nahversorgungszentren und Magistralenabschnitte entwickelten sich allerdings bisher nicht ausreichend und haben sogar an Bedeutung verloren.

Berufsorientierung, Ausbildung und Beschäftigung

Aufgrund der positiven Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre hat sich die Anzahl arbeitsloser Erwerbspersonen deutlich verringert. Im November 2016 lag die Arbeitslosenquote erstmalig seit 1991 unter acht Prozent. Auch der Anteil an SGB II-Empfänger/-innen ist in Leipzig deutlich gesunken: von 18,5% im Jahr 2011 auf 15,7% im Jahr 2015. Dennoch weist Leipzig nach wie vor einen vergleichsweise hohen Anteil an Leistungsempfangenden auf (Sachsen 11%). Ähnliches gilt für den Anteil an Schüler/-innen ohne mindestens einen Hauptschulabschluss. Deshalb sind differenzierte Integrationsstrategien notwendig, um die Qualifikationsstruktur sowie die Beschäftigungsmöglichkeiten von Unqualifizierten und Geringqualifizierten zu verbessern und die Hilfebedürftigkeit zu reduzieren.

Qualifikation und Integration in den 1. Arbeitsmarkt haben dabei stets Vorrang vor Arbeitsbeschaffung. Gleichzeitig benötigt Leipzig auch bei stetig sinkender Zahl der Langzeitarbeitslosen (03/2010: 13.802, 03/2015: 9.083, 03/2017: 7.257) weiterhin einen langfristig angelegten öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

Leipzig hat zudem eine vergleichsweise hohe Attraktivität als Arbeitsort, wie die Betrachtung der Berufspendlerströme zeigt. Berufliche Einpendler stellen 38 % der in Leipzig SV-pflichtig Beschäftigten. Demgegenüber steht eine Auspendlerquote von 26 % des lokalen Arbeitskräftepotenzials.

Trotz der positiven Entwicklungen in den vergangenen Jahren gibt es noch immer viele Jugendliche mit großen Schwierigkeiten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Im Fokus muss deshalb die dauerhafte Etablierung einer praxis- und wirtschaftsnahen Berufs- und Studienorientierung in Leipzig stehen. Diese muss sich an regionalen Fachkräftebedarfen ausrichten und z.B. Angebote im technisch-ingenieurwissenschaftlichen Bereich schaffen. Das Wirtschaftsdezernat fördert deshalb die Zusammenarbeit von Leipziger Schulen mit der lokalen Wirtschaft. Durch intensive Einbeziehung regionaler Unternehmen in den Prozess der Berufsorientierung erhalten Schüler/-innen realistische Einblicke in die Arbeitswelt und lernen regionale Ausbildungsberufe, Anforderungen und Zukunftsperspektiven kennen. Ein Beispiel ist die Kooperationsdatenbank „Partner Unternehmen Leipzig“, die gemeinsam vom ehrenamtlich arbeitenden Arbeitskreis SCHULEWIRTSCHAFT und Wirtschaftsdezernat initiiert wurde. Sie enthält eine Vielzahl an Angeboten regionaler Unternehmen, die Leipziger Schüler/-innen bei der Berufsorientierung praxisnah unterstützen.

Positiv für die Fachkräfteentwicklung wirkt sich die Trendumkehr in der Entwicklung der Schülerzahlen aus. Seit dem Schuljahr 2009/10 steigt die Anzahl der Schüler/-innen in Leipzig kontinuierlich. Diese positive Entwicklung trifft auch für die Schülerabsolventenzahlen zu. Auch hier ist seit 2014 wieder eine deutliche Zunahme zu verzeichnen.

Ein weiterer beschäftigungspolitischer Standortvorteil ist die hohe Anzahl der an Leipziger Hochschulen Studierenden. Diese liegt seit Jahren zwischen 36.000 und etwa 37.500 Studentinnen und Studenten, womit etwa ein Drittel der in Sachsen Studierenden an Leipziger Hochschulen ausgebildet wird. Drei Viertel der in Leipzig Studierenden waren in 2014/15 an der Universität Leipzig eingeschrieben, über 15 Prozent an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig. Insgesamt erlangten 2014/2015 fast 7.000 einen erfolgreichen Studienabschluss.

2.2 Entwicklungserwartungen

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung bis 2030

Die Vernetzung der Branchen untereinander, insbesondere durch die IT-Entwicklung, wird zunehmen. Wachstumspotenziale sind durch neue Produktionstechniken und Wertschöpfungsketten besonders an den Schnittstellen der Cluster zu erwarten (Cluster-Vernetzung). Da sich die Technologieanforderung erhöht (Industrie 4.0), sollten Leipziger Unternehmen trotz der geringeren Größe bzw. der Einbindung in Konzernstrukturen die Kooperation mit Forschungsinstitutionen (F&E) sowie Weiterbildung und Qualifizierung gezielt stärken. Der Zugang zu hochleistungsfähiger Breitband- und Wissens-Infrastruktur wird zunehmend existentieller. In der Bereitstellung von leistungsfähiger und steuerbarer Infrastruktur für Kommunikation, Versorgung und Personen- und Warenlogistik, als Anbieter und Nachfrager von modernen öffentlichen Dienstleistungen wie auch bei der Vernetzung zwischen Hochschulen, F&E und Wirtschaft, Start-ups und Spin-offs treten die Kommunen stärker in den Wettbewerb der Wirtschaftsregionen.

Gewerbegebäudenentwicklung bis 2030

Ausgehend von weiterer expansiver Entwicklung der Bestandsunternehmen werden großflächige und 24-Stunden-nutzbare Gewerbegebäuden weiter benötigt. Innovationen in den Bereichen Logistik und Automotive erfordern flexible und kurzfristig operative Strukturen. Die Anforderungen an Lärmschutz, Umweltansprüche und Lebensqualität werden steigen. In innerstädtischen Bestandsgebieten setzt sich der Trend zur Umstrukturierung durch Nachverdichtung und Nutzungsmischung fort. In der Nutzungskonkurrenz ist einfaches Gewerbe und Kreativwirtschaft dem Einzelhandel, Wohnen und Büros unterlegen. Die Verträglichkeit der Mischnutzung, insbesondere mit der Wohnfunktion, gilt es rechtssicher zu gewährleisten.

Landwirtschaft bis 2030

Die Landwirtschaft wird eine umfassende Weiterentwicklung durchlaufen. Durch die Entwicklung neuer Agrarumweltmaßnahmen wird sich einerseits die regionale und ökologische Landwirtschaft weiterentwickeln. Andererseits werden die Landwirtschaftsbetriebe weiterhin verschiedene Funktionen beispielsweise als Erzeuger, Direktvermarkter, Landschaftspfleger, Pfleger der dörflichen Traditionen der Ortsteile und Unterhalter von Schaulandwirtschaften und Bildungsangeboten z.B. für eine bewusste Ernährung wahrnehmen. Durch erhöhte Anforderungen im Umweltrecht steht auch die konventionelle Landwirtschaft vor neuen Herausforderungen. In einer wachsenden Stadt entsteht für die landwirtschaftliche Flächennutzung stark zunehmende Konkurrenz durch Bedarfe an Gewerbe-, Wohn- und Ausgleichsflächen.

Tourismus bis 2030

Im Tourismussektor werden Kurzreisen und Städte-tourismus weiter anwachsen. Das angebotsseitige Wachstum wird sich auch in den nächsten Jahren durch Erweiterungen und Neueröffnungen von Beherbergungsbetrieben fortsetzen. Ziel wird es sein, die Aufenthaltsdauer zu steigern und neue Kombinationen (Großstadt/Kultur/Szene/Gewässer...) zu entwickeln. Leipzig hat das Potenzial, sich als attraktive Großstadt am Wasser mit viel Grün, hohem Freizeitwert und hoher Lebensqualität weiterzuentwickeln, u. a. durch die Weiterentwicklung des Gewässerverbundes im Leipziger Neuseenland.

Zentren/Magistralen bis 2030

Mit der steigenden Einwohnerzahl wird es einen weiteren Kaufkraftzuwachs geben und damit günstige Rahmenbedingungen für Zentren-Entwicklung und Nahversorgung. Einschneidende Auswirkungen auf Zentren und Magistralen haben zunehmend digitale Innovationen, die neue Strategien, Konzepte und Maßnahmen von allen Akteuren für die Zentren und Magistralenentwicklung (Stadt, Immobilienwirtschaft und Handel) verlangen. Im Wettbewerb mit dem Online-Handel wird die lokale Wirtschaft mehr Mischungen aus Gastronomie, Erlebniseinkauf und Eventgefühl entwickeln.

Berufsorientierung, Ausbildung und Beschäftigung bis 2030

Das prognostizierte Einwohnerwachstum setzt bei gleichbleibender Beschäftigungsquote ein adäquates

Beschäftigungswachstum von ca. 50.-100.000 neuen Arbeitsplätzen voraus. Dieses Beschäftigungswachstum wird nur teilweise aus dem endogenen Wirtschaftswachstum erfolgen. Ergänzende Neuan-siedlungen sind erforderlich. Die Attraktivität Leipzigs als Lebens- und Arbeitsort muss weiterhin sehr hoch sein, um im überregionalen Wettbewerb um den Fachkräftenachwuchs zu bestehen und günstige Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum aufzuweisen. Gleichzeitig bietet sich die Chance, die vorhandenen Potenziale aus den Gruppen der arbeitslosen Einwohner/-innen und Neuzugewanderten zu nutzen. Wenn dies gelingt, bleibt das Beschäftigungswachstum Treiber für das Bevölkerungswachstum.

Die hohe Nachfrage nach Beschäftigten und Lehrlingen wird weiterhin bestehen. Dabei sind insbesondere Schulabrecher/Langzeitarbeitslose als Potenzial zu aktivieren. Das geringe Lohnniveau und der Schwerpunkt der Tätigkeiten im einfachen Dienstleistungssektor, wie z.B. Call-Center und Logistik, wird weiter die Wirtschaftsstruktur prägen. Da gerade hierbei Rationalisierungspotenziale durch Digitalisierung/Industrie 4.0 zu erwarten sind, besteht in der Weiterentwicklung und Qualifizierung einfacher Arbeitskräfte hin zum Fachspezialisten die dauerhafte Hauptaufgabe. Zudem bedarf es einer systematisch verankerten Berufsorientierung, die sich am Bedarf der regionalen Wirtschaft ausrichtet.

2.3 Stärken, Schwächen und Herausforderungen

Stärken	Schwächen	Herausforderungen
<i>Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung</i>		
<ul style="list-style-type: none"> sehr breit aufgestellt (Branchenvielfalt), insbesondere im Dienstleistungssektor (krisenresistent) viele spezialisierte klein- und mittelständische (KMU) Betriebe in wichtigen Branchen zukunftsfähige Cluster 	<ul style="list-style-type: none"> wenig international agierende Großbetriebe / wenig Hauptsitze/ geringe F&E-Intensität Geringe Betriebsgrößen geringe Ertragskraft und Gewerbesteuereinnahmen (je Erwerbstätige) wenig Industrie / produzierendes Gewerbe 	<ul style="list-style-type: none"> engere Kooperation F&E mit Unternehmen (Leitbetriebe und Mittelstand) KMU-Qualifizierung Erschließung neuer Märkte Gründerszene in Entwicklungsdynamik einbringen Weiterentwicklung Cluster-Netzwerke Ansiedlungen, Schwerpunkt Industrie / produzierendes Gewerbe
<i>Gewerbeflächenentwicklung</i>		
<ul style="list-style-type: none"> größeres Potenzial ungenutzter Flächen in Bestandsgebieten noch vorhanden große Nachfrage im Nordraum / sehr gute Infrastruktur für 24-h-Nutzungen, Stadt/Umland-Kooperation in der Gewerbeentwicklung Bereitstellung Flächen und Planung aus einer Hand Finanzmittel für Ankauf vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> geringe gewerbliche Nachfrage in Alt-Gewerbegebieten, zugleich Anstieg Nutzungsdruck durch Wohnen u.a. auf innerstädtische, gewerblich genutzte Gebiete kleinteilige Flächen im Süden fehlen Mangel an 24-h-Industrie-Großflächen im Nordraum Flächenzugriffe durch Anforderungen Umweltrecht und veränderte Rahmenbedingungen zunehmend erschwert Nachsorge und Pflege der Flächen unzureichend 	<ul style="list-style-type: none"> Bestandssicherung bei wachsender Stadt IT-Breitband auf Industrie 4.0 ausrichten 24-h-Nutzbarkeit gewährleisten, weiterhin dauerhafte/strategische Flächenvorsorge durch die Stadt: großflächige Ansiedlungsmöglichkeiten bieten, schnelle kommunale Handlungsfähigkeit erhalten, Finanzmittel für Ankauf insbe-

		sondere bei Preisanstiegen nicht ausreichend
Landwirtschaft		
<ul style="list-style-type: none"> Entwicklungspotenzial durch große Flächenkulisse in städtischem Eigentum 	<ul style="list-style-type: none"> zunehmende Vorleistungen für Unternehmen und Landwirte erforderlich 	<ul style="list-style-type: none"> Verlust von Landwirtschaftsfläche so gering wie möglich halten, neue Techniken für Ausgleich, Verkehr etc. Vertrauensverhältnis zwischen Stadt und Landwirtschaft aufrecht erhalten, Akzeptanz für neue Entwicklungen bei Bevölkerung/ Landwirten schaffen
<ul style="list-style-type: none"> Guter Kontakt zu Landwirten 	<ul style="list-style-type: none"> geringer Anteil Biolandwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> Biologische Landwirtschaft/Regionale Lebensmittelkreisläufe/Urban Farming fördern
Stadträumlicher Bezug / Magistralen / Zentren		
<ul style="list-style-type: none"> Unternehmens- und Beschäftigungsnetzwerke in Stadtteilen mit Förderkulissen aufsuchende, niedrigschwellige Angebote für Kleinst- und Kleinunternehmen in einzelnen Fördergebieten, z.B. Grünau und Leipziger Osten Wohnnahaue Unterstützungsangebote für Arbeitssuchende 	<ul style="list-style-type: none"> weiterhin große Unterschiede in der Entwicklung der Stadtteile: räumliche Konzentration hoher Arbeitslosen- bzw. SGBII-Quoten 	<ul style="list-style-type: none"> Vernetzung lokaler Beschäftigungs- und Ausbildungsangebote als Beitrag zur Beschäftigungsförderung und Integration Zukunftsthema Migrantenökonomie (siehe Ansatz im Leipziger Osten) weltoffene Willkommenskultur / Freiräume für Kreative und Internationale aufrechterhalten neue Zeiten einläuten: Gründerzentren 2.0/ CoCreation/smart cities
<ul style="list-style-type: none"> Zentren/Magistralen sind Identifikationsräume Erfolgreiche Weiterentwicklung der City gestärkte Magistralen/ Stadtteilzentren durch integrierte Stadtteilentwicklung örtliche Vereine und Initiativen als Akteure/Träger nachhaltiger Entwicklungen 	<ul style="list-style-type: none"> Teilräumliche Schwächen bei Lagequalitäten und Nutzungsintensität in der City Stadtteilzentren/Magistralen mit Leerständen, Trading-down-Effekten, Baulücken fehlende Kontinuität/Stabilität der Prozesse wegen Brüchen in Förderkulisse 	<ul style="list-style-type: none"> Zukunftsfähige Entwicklung der Zentren/Magistralen unterstützen mit Blick auf Onlinemarkt-Entwicklung Aufenthalts-, Kommunikations- und Erlebnisqualität stehen zunehmend im Fokus Überprüfung der bisherigen Handlungsschwerpunkträume Zentren/Magistralen incl. der räumlichen Ausdehnung von Magistralen
Berufsorientierung, Beschäftigung und Ausbildung		
<ul style="list-style-type: none"> Bevölkerungswachstum in der Stadt Leipzig bietet wieder gute Grundlage für zukünftig verfügbares Erwerbspersonenpotenzial 	<ul style="list-style-type: none"> Verminderung des Erwerbspersonenpotenzials in der Region Leipzig durch demografische Entwicklung möglich noch erhebliche Unter- 	<ul style="list-style-type: none"> Rechtzeitig den zukünftigen regionalen, branchenbezogenen Bedarf an Fachkräften ermitteln Ausschöpfung der Beschäfti-

<ul style="list-style-type: none"> Zuwachs an SV-pflichtig Beschäftigten Hohes Potenzial durch Hochschulen/Institute/Bildungseinrichtungen Verstärktes Erwerbspersonenpotenzial durch berufliche Einpendler 	<ul style="list-style-type: none"> beschäftigung (Teilzeit) Langzeitarbeitslosigkeit ist immer noch zu hoch und hat sich verfestigt. Die SGB II-Quote liegt über dem sächsischen Durchschnitt, beides mit jeweils räumlich starken Unterschieden innerhalb Leipzigs. 	<ul style="list-style-type: none"> gungspotenziale aus Migration, Langzeitarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung Qualifikation sowie Beschäftigung von Geringqualifizierten verbessern, Hilfebedürftigkeit reduzieren ergänzende stadtteilbezogene Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung
<ul style="list-style-type: none"> Potenzial der beruflichen Ausbildung und Hochschulausbildung wird sich durch stark steigende Anzahl an Schulabgänger/-innen deutlich erhöhen. 	<ul style="list-style-type: none"> Anteil von Jugendlichen ohne Schulabschluss/ Ausbildungsbereife in Leipzig immer noch zu hoch. Nachwuchsmangel für Ausbildung in einzelnen Branchen. 	<ul style="list-style-type: none"> nachhaltige und praxisnahe Berufs- und Studienorientierung etablieren, um Ausbildungsbereife und Studierfähigkeit zu erhöhen, Ausbildungs- und Studienabbrüche zu reduzieren sowie Ausbildungsbereitschaft zu stärken ausreichendes Angebot von Ausbildungs- und Studienplätzen (Hochschulkapazität) Arbeitswelt 4.0: frühzeitig und zukunftsorientierte Fachkräfte sicherung für zunehmend digitalisierte Arbeitswelt frühzeitige mathematisch-naturwissenschaftliche Förderung erhöhen

Tourismus (Tourismussegmente, touristische WegeSysteme, Wassertourismus)

<ul style="list-style-type: none"> Sehr gute Messe- und Kongressinfrastruktur Gute regionale und nationale Erreichbarkeit Leipzigs Hervorragendes Musik- und Kulturangebot, lebendige und dynamische Szene- und Stadtkultur Vielfältiges Beherbergungsangebot Hoch attraktive Innenstadt mit einzigartigen Passagen und Messehöfen Sehr gute Erholungsqualität durch zahlreiche Gewässer, viel Grün/ Parks Stadt Leipzig als Zentrum des touristischen Gewässerverbundes „Leipziger Neuseenland“ 	<ul style="list-style-type: none"> Anteil internationaler Gäste vergleichsweise zu gering Internationale Erreichbarkeit Leipzigs via Flugzeug und Schiene ausbaufähig Hotelkapazitäten ausbaufähig, besonders im 4- und 5-Sterne-Bereich Schwächen in der touristischen Wegeinfrastruktur Nähe der Ländergrenze teilweise Entwicklungshindernis 	<ul style="list-style-type: none"> Weiterentwicklung des touristischen Gewässerverbundes in Leipzig und der Region (Anbindung Lindenauer Hafen an den Saale-Elster-Kanal, Markkleeberger Wasserschlange, Fertigstellung Harth-Kanal usw.) Ausbau und Weiterentwicklung des Freizeiterlebnisangebotes und der Wegeinfrastruktur Plattformen zur Vernetzung und Innovation touristischer Leistungsträger Profilierung der mitteldeutschen Destination in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Kooperation mit den (über-) regionalen touristischen Akteuren (europäische Metropolregion, Grüner Ring Leipzig)
---	--	---

3. HANDLUNGSSTRATEGIE

3.1 Ziele und Maßnahmenbündel

Das Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit verfolgt den Leitsatz „Leipzig wächst nachhaltig“. Insbesondere das INSEK-Ziel „Leipzig besteht im Wettbewerb“ wird im Kern bedient. Die Maßnahmenbündel wurden weitgehend aus den bestehenden Arbeitsansätzen der Fachämter abgeleitet und auf Wachstum der Stadt ausgerichtet. Damit ist ein evolutionärer Prozess gewährleistet. Ziel ist es, zur Umsetzung der Maßnahmen die Finanz- und Personalkapazitäten dem Wachstum anzupassen.

Ziel: Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur ausbauen

Wirtschaftsstruktur und-entwicklung

Der Schwerpunkt Wirtschaftsstruktur und-entwicklung stellt den Kern der wirtschaftsfördernden Aufgaben dar. Zielstellung ist weiteres Wachstum der Bestandsbetriebe, Existenzgründung und Ansiedlungen. Dabei dient eine vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur als Basis und die Cluster-Netzwerke als Mehrwert. Durch eine Vernetzung von Bildung, Forschung, Existenzgründungen und Wirtschaftsbestand werden innovative Impulse gesetzt.

Maßnahmenbündel:

- **Mittelstandsförderprogramm:** Das Mittelstandsförderprogramm hat sich als flexibles Maßnahmenbündel für Bestandspflege, Gründungsunterstützung und Ansiedlungsförderung bewährt. Jährliche Anpassungen bieten genügend Flexibilität. Seit 2014 hat damit die Stadt Leipzig ein kommunales Wirtschaftsförderinstrument als eine der wenigen Kommunen in Deutschland und rein aus städtischen Eigenmitteln finanziert. Dieses Instrument sollte ausgebaut und verstetigt werden. Dabei sollen Gründer/-innen, als Motor für die Neuausrichtung der Wirtschaftsstruktur und die Profilierung von Stadtgebieten, besondere Unterstützung erfahren.
- **Cluster-Netzwerke:** Die Stadt Leipzig hat frühzeitig mit der Clusterbildung eine erfolgreiche Image- und Standortentwicklungspolitik initiiert. Die Zusammenarbeit in Netzwerken soll weiter verfolgt werden, wobei die Netzwerke weiter entwickelt werden. Zielrichtung wären innovative Wachstumsfelder und Schnittstellen/Potenziale bei der Bündelung von Kompetenzen.
- **Zusammenarbeit Wirtschaft und Wissenschaft:** Die lokale Kooperation von wissenschaftlichen Einrichtungen mit lokalen Unternehmen ist bislang zu gering ausgeprägt. Dies resultiert aus der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur und den eher geisteswissenschaftlichem Profil der Leipziger Hochschullandschaft. Mit dem Instrumentarium der Mittelstandsförderung und den Clusternetzwerken sowie der Förderung von Technologietransferprojekten und Existenzgründung sollen Bausteine für eine Kooperationslandschaft weiter entwickelt werden. Initiativen, wie z.B. DigitalHub, sollen zur Vernetzung von F&E, Leitunternehmen, Gründerszene und Gewerbestandorten dienen.
- **Zusammenarbeit Schule und Wirtschaft:** Die enge Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft ist eine zwingende Voraussetzung, damit junge Menschen realistische Vorstellungen von der Arbeitswelt, Berufen und Anforderungen entwickeln. Unternehmen wiederum können Nachwuchskräfte auf diesem Weg frühzeitig für ihre Ausbildungsberufe begeistern. Mit Blick auf künftige Fachkräftebedarfe und Branchenvielfalt sollen bestehende Angebote deshalb kontinuierlich ausgebaut werden, so z.B. die Kooperationsdatenbank „Partner Unternehmen Leipzig“.

Ziel: Vorsorgende Flächen und Liegenschaftspolitik forcieren

Gewerbeflächenentwicklung

Maßnahmenbündel:

- **Attraktives Angebot 24-Stunden GE/GI-Großflächen:** Durch großflächige Ansiedlungen (BMW, Porsche, DHL, AMAZON) im Schwerpunkt Industrie / produzierendes Gewerbe und deren weitere Flächenentwicklung hat Leipzig in den letzten 15 Jahren einen enormen Wirtschaftsaufschwung zu verzeichnen. Daher soll weiterhin durch städtisches Eigentum, Bebauungspläne für großflächige 24-h-Gewerbeflächen und leistungsfähige Infrastruktur ein attraktives Angebot vorgehalten werden. Hierbei sind Qualitätskriterien für die Flächenentwicklung in

Leipzig einzuhalten, um eine möglichst hohe Wertschöpfung und mindestens 30 SV-pflichtige Arbeitsplätze/ha zu erreichen. In Zusammenarbeit mit der Region sollen aber auch weitere Anfragen bedient werden.

- **Gewerbesicherung bei wachsender Stadt:** Durch Wachstum und Nutzungskonkurrenz werden insbesondere finanzschwächere Gewerbe, wie Kreativwirtschaft und Handwerk, gefährdet. Da aber genau diese Nutzungsmischung die Attraktivität des Standortes darstellt, will die Stadt Leipzig über planungs- und eigentumsrechtliche Instrumente die vielfältige Nutzungsmischung gewährleisten. Dazu werden Kapazitäten für Flächensicherung und Bauleitplanung benötigt. Das attraktive Umfeld für Innovation, Gründer und Fachkräfte zeigt sich beispielhaft an der International School neben BIC und GaraGe in Plagwitz und dem HHL-Inkubator SPINLAB in der Spinnerei. Diese räumliche Konzentration soll ausgebaut werden und weitere Kristallisierungspunkte initiiert werden.
- Der im Jahr 2005 vom Stadtrat beschlossene **Stadtentwicklungsplan „Gewerbliche Bauflächen“** wird als handlungsorientiertes gesamtstädtisches und sektorales Konzept fortgeschrieben.

Landwirtschaft

Maßnahmenbündel:

- **Bestandsentwicklung Landwirtschaft:** Eine wirtschaftlich starke Landwirtschaft bleibt Ziel der Stadt Leipzig. Durch vorsorgende Flächen- und Liegenschaftspolitik bleibt die Stadt Leipzig mit ihren Beteiligungen weiterhin ein starker und zuverlässiger Akteur. Bei einer wachsenden Stadt soll der Verlust von Landwirtschaftsfläche so gering wie möglich gehalten werden. Dabei sollen neue Techniken für Ausgleich, Verkehr, flächensparendes Bauen, etc. eingesetzt werden. Eine Akzeptanz für neue Entwicklungen ist mit Beteiligung der Bevölkerung und Landwirten zu entwickeln.
- **Nachhaltige Landwirtschaft:** Entwicklungen wie biologische Landwirtschaft, regionale Lebensmittelkreisläufe, Urban Farming sind zu fördern. Flächen mit kommunalem Zugriff sollen die Entwicklung zur nachhaltigen Landwirtschaft fördern.

Ziel: Attraktiven Tourismus und Tagungsstandort weiterentwickeln

Tourismus

Die Attraktivität der lebendigen und kompakten Innenstadt in Verknüpfung mit Kongressen und Events soll genutzt werden. Höhere Bekanntheit und längere Aufenthaltszeiten werden verfolgt. Über das touristische Wegenetz sollen der Gewässerverbund und die Region enger eingebunden werden.

Maßnahmenbündel:

- **Stadt- und Kongresstourismus:** Das Wachstumsfeld Stadt und der Wirtschafts-/ Kongrestourismus sollen unterstützt werden. Die Stadt Leipzig sieht Handlungsfelder insbesondere bei der Vernetzung der Akteure und Schaffung der Rahmenbedingungen.
- **Touristische Wegenetze/Gewässerverbund:** Die öffentliche Aufgabe Infrastruktur besteht insbesondere in der Verbindung der touristischen Destinationen und dem Ausbau eines touristischen Wegenetzes. Dies umfasst thematische Routen, Rad- und Wanderwege und insbesondere den im Ausbau befindlichen Gewässerverbund. Die blau-grüne Achse im Westen und Süden der Stadt, insbesondere entlang der Pleiße-Elster-Luppe-Aue, sowie die Anbindungen an das südliche Leipziger Neuseenland mit den Bergbaufolgeseen erfordern neue Wegebeziehungen und die Schaffung entsprechender Infrastruktur. Die Transformation der Bergbaufolgelandschaft zu einer Erholungs- und Naturlandschaft unter Berücksichtigung ökologischer, wasserwirtschaftlicher und ökonomischer Kriterien erfordert hohen Ressourceneinsatz. Investive Schlüsselmaßnahmen zur Verknüpfung und Wegebeziehung sind weiterhin notwendig. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit den angrenzenden Kommunen, Landkreisen und regionalen Akteuren.

Ziel: Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur als quartiersnahe Angebote ausbauen

Zentren/Magistralen

Die Entwicklung der Zentren und Magistralen stellt ein wichtiges Thema dar, um Investitionen, insbesondere des Einzelhandels, auf stadtstrukturell und für die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung geeignete Standorte zu lenken. Es sind unterschiedliche Maßnahmenbündel erforderlich, um die Stabilisierung und Stärkung zentraler, urban geprägter Zentrenstrukturen erfolgreich zu fördern.

Maßnahmenbündel:

- Stärkung der Multifunktionalität durch Ansiedlung und Ausbau ergänzender öffentlicher oder öffentlich geförderter Dienstleistungsangebote, u. a. Kultur- und Bildungsangebote
- gezielte Zentren- und Magistralenentwicklung als ressortübergreifende Angebotspolitik der Stadt Leipzig durch Beratung potenzieller Investoren sowie Einsatz von Arbeits- und Beschäftigungsinstrumenten zur Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen (KMU)
- Beseitigung von Gestaltungsdefiziten im öffentlichen Raum für erhöhte Aufenthaltsqualität und Verbesserung/Optimierung der Verkehrserschließung für den Kunden- und Anliefererverkehr (z. B. durch qualitätsvolle Umgestaltung des Straßenraums insgesamt, durch Aufwertung der Freiräume, attraktive Fußwege-Beziehung und Straßenquerungen)
- Prüfung eines sinnvollen Einsatzes traditioneller Instrumente, wie Zentren- und Magistralenmanagement oder neuer Instrumente, z. B. „lokaler Online-Marktplatz“. Neue Kontaktpunkte Kunde-Ware sollen als zusätzliche Impulse in der "Letzte-Meile-Logistik" eingesetzt werden.

In den Ortsteilen am Stadtrand Leipzigs geht es vor allem darum, Maßnahmen zu unterstützen, die Nahversorgungslücken in den Zentren sowie an gut erreichbaren integrierten Standorten außerhalb von Zentren schließen.

Ziel: Positive Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze verbessern

Berufsorientierung, Ausbildung und Beschäftigung, Arbeitswelt 4.0

Das Angebot an Fachkräften wird zum entscheidenden Engpass- bzw. Wachstumsfaktor bei der Unternehmensentwicklung und -ansiedlung. Das Themenfeld Berufsorientierung, Ausbildung und Beschäftigung verfolgt positive Rahmenbedingungen für qualifizierte Arbeitsplätze. Dies unter Berücksichtigung der INSEK-Ziele „Leipzig besteht im Wettbewerb“ und „Leipzig schafft soziale Stabilität“, hier insbesondere bei den Handlungsschwerpunkten Lebenslanges Lernen und bedarfsgerechte Qualifizierung, aber auch der Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt.

Maßnahmenbündel:

- **Fachkräftebedarf absichern:** Das Wachstum und die Ansiedlung von Unternehmen sind zunehmend abhängig vom Fachkräfteangebot. Deshalb soll der künftige Bedarf an qualifizierten Fachkräften durch die Schaffung von positiven Rahmenbedingungen für ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen und Auszubildenden abgesichert werden. Insbesondere im mathematisch-naturwissenschaftlichen sowie technisch-ingenieurwissenschaftlichen Bereich (Arbeit 4.0/Digitalisierung) werden dafür frühzeitige Förderangebote etabliert..
- **Beschäftigungspotenzial ausschöpfen:**
 - Die bisher nicht ausreichend genutzten Beschäftigungspotenziale, u. a. von Menschen
 - mit Schul-/Bildungsbrüchen, in Langzeitarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung,
 - mit Migrationshintergrund (anerkannte Flüchtlinge, EU-Ausländer etc.) und
 - mit Behinderungen,

sind durch den Einsatz individuell angepasster Förderinstrumente zu verbessern. So soll beispielsweise die Qualifikationsstruktur durch den integrierten Ansatz von Weiterbildung, Beschäftigung und Bildungsangeboten gesteigert werden. Hierzu werden entsprechende Förderangebote u. a. jährlich im Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters festgeschrieben.

- Ebenso bedarf es zur Integration von Leipzigern mit Migrationshintergrund (anerkannte Flüchtlinge, EU-Ausländer usw.) spezifischer Integrationsstrategien. Vorrangig benötigt werden auf-

einander aufbauende Sprachförderung, Berufsanerkennung und Qualifikation, um eine berufliche und gesellschaftliche Integration zu ermöglichen (siehe IHK-Unternehmensbefragung).

- Leipzig benötigt einen langfristig angelegten öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, um insbesondere Personen ohne mittelfristige Integrationsperspektive auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine Beschäftigung und somit auch soziale und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.
- **Kooperation Schule-Wirtschaft stärken:** Es ist eine nachhaltige und praxisnahe Berufs- und Studienorientierung zu etablieren, die zwingend auf Einbeziehung der regionalen Wirtschaft basieren muss. Ziel ist es, die Ausbildungsreife von Schulabsolventen zu erhöhen und gleichzeitig Ausbildungs- und Studienabbrüche zu reduzieren.

3.2 Wechselwirkungen und Querschnittsthemen

Das Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit weist vielfältige Schnittstellen und Wechselwirkungen insbesondere zu folgenden Fachkonzepten auf

Fachkonzept Bildungslandschaft: Im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte nimmt die Verfügbarkeit von Fachkräften an Bedeutung zu. Das Fachkonzept Bildungslandschaft leistet einen Beitrag zur Erfüllung des Fachkräftebedarfs, wenn die Verbesserung des Ausbildungsstandes und die Erweiterung und Vertiefung lebenslangen Lernens unterstützt werden.

Mit hohen Qualitätsstandards sowohl in der Erstausbildung in Berufs- und Hochschulausbildung wie auch in der beruflichen Weiterbildung ist Bildung Made in Germany eine exportfähige Dienstleistung. In der Entwicklung der Bildungslandschaft sollte dieses wirtschaftliche Potenzial berücksichtigt werden.

Mit dem **Fachkonzept Hochschulen und Forschungseinrichtungen** teilt das Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit das Anliegen, Fachkräfte für die Stadt zu gewinnen – sowohl durch Ausbildung in Leipzig als auch durch Anwerbung von Fachkräften. Deshalb sind attraktive Bedingungen für Forschung und Lehre und eine Willkommenskultur gegenüber Ausbildern und Auszubildenden im Rahmen beider Fachkonzepte noch zu verbessern.

Die Bedeutung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Treiber für Innovation in Betrieben kann noch erhöht werden. Unternehmen und Einrichtungen aus Wissenschaft und Forschung bilden Cluster und Standortgemeinschaften, die den Stadtraum profilieren. Die Wahrnehmung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen und deren Angehörigen als Wirtschaftsfaktor bleibt entwicklungsfähig.

Im **Fachkonzept Nachhaltige Mobilität** wird die internationale Erreichbarkeit der Stadt als limitierender Faktor beschrieben. Abgestimmte Aktivitäten sind erforderlich. Die Mobilität im Wirtschafts- und Warenverkehr, insbesondere der Citylogistik, und des Pendlerverkehrs ist bei wachsender Stadt und wachsender Mobilität zu sichern. Nachhaltigkeit und Transformation sind zu beachten. Pilotprojekte der „Smart Mobility“ im Fachkonzept Nachhaltige Mobilität, die die Bedingungen für autonomes Fahren, für E-Mobilität, für intelligente Citylogistik verbessern, werden durch das Fachkonzept Wirtschaft unterstützt. Hohe Bedeutung ist der nachhaltigen Mobilität auch für die Tourismuswirtschaft beizumessen, beispielsweise durch enge Verzahnung der Entwicklung touristischer Wegeinfrastruktur mit der Entwicklung von Rad- und Fußwegen.

Fachkonzept Freiraum und Umwelt: Für die Entwicklung von GI-Großflächen ist eine weitere Inanspruchnahme von Landwirtschafts- und Freiflächen nicht zu vermeiden. Wichtiges Anliegen hierbei ist die eingriffsnahe Verortung der notwendigen Ausgleichsmaßnahmen. Ein ausgebautes Gewässernetz ist wichtiger Teil der touristischen Infrastruktur. Bedeutung für Tourismus und Freizeitwirkung erlangt dieses Netz aber nur, wenn neben den Belangen von Natur- sowie Landschaftsschutz und -entwicklung auch wirtschaftliche Nutzungen ermöglicht und unterstützt werden.

Zum **Fachkonzept Energie und Klimaschutz** bestehen vielfältige Wechselbeziehungen. Dies betrifft den kompletten Aspekt der technischen Infrastruktur, der im Fachkonzept Energie und Klimaschutz bearbeitet wird. Dazu gehören insbesondere energetische Sanierung und Energieeinsparpotenziale, Strom-/Gas- und Fernwärmennetze, Elektromobilität sowie Digitalisierung und Breitbandversorgung. Insbesondere die Breitbandversorgung wird zunehmend zum Entscheidungskriterium im Standortwettbewerb. Dabei ist Zielstellung, die höchsten Standortanforderungen zu erreichen, und nicht die vom

Bund vorgegebene Mindesterschließung.

Mit dem **Fachkonzept Kultur** verbinden die gemeinsamen Aufgaben, die internationale Ausstrahlung und Wahrnehmung Leipzigs auszubauen und die Rahmenbedingungen für die Kunst- und Kreativwirtschaft sowie den Tourismusstandort zu sichern und zu verbessern.

Unter den **Querschnittsthemen** weisen für das Fachkonzept die Themen Digitale Stadt, Inklusion und Chancengerechtigkeit, Integration und Vielfalt sowie Brachenrevitalisierung eine besondere Relevanz auf. Das Querschnittsthema Digitale Stadt modernisiert die Kommunikationswege in der Stadt und gewährleistet schnelle und damit wirtschaftsfreundliche kommunale Verfahren, Entscheidungen und Leistungen. Integration, Inklusion, Chancengerechtigkeit und Vielfalt sichern den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die ökonomische Teilhabe, die wichtige Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung sind.

3.3 Räumliche Handlungsstrategie

In der räumlichen Handlungsstrategie werden Gebiete dargestellt, auf die sich Handlungsbedarfe aus dem Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit besonders konzentrieren (siehe Karte „Räumliche Handlungsstrategie“). Handlungsbedarfe richten sich entweder auf Gebiete, in denen sich wachstumsstarke Sektoren der Wirtschaft befinden und entwickeln oder in denen - wie im Schwerpunkttraum Beschäftigung - Entwicklungsnachteile besonders ausgleichsbedürftig sind. Wichtige Handlungsfelder der Wirtschaftsförderung, wie z.B. Gründungs- oder Mittelstandsförderung, wirken gesamtstädtisch. Die Darstellung der Handlungsräume schließt also nicht aus, dass sich auch in nicht als Schwerpunkt dargestellten Räumen einzelne Prioritäten für das Fachkonzept befinden.

Teilweise reicht die ökonomische Bedeutung Leipzigs als metropolitanes Oberzentrum für Mitteldeutschland (Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen) oder als wichtiger Teil der globalen Wertschöpfungskette auch weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Sowohl als Ergebnis der Stärken-/Schwächen-Betrachtung der 63 Ortsteile als auch mit Blick auf die bisherigen Entwicklungen in den unterschiedlichen Stadträumen wird deutlich, dass die gewünschte gleichmäßige städträumliche Verteilung von Projekten, Einrichtungen und Angeboten in den letzten Jahren nur in Teilen gelungen ist. In etlichen Quartieren wurden bereits Entwicklungen angestoßen, die weiter begleitet werden müssen, andere stehen erst am Beginn einer Entwicklung. Aus diesem Grund sollen einige Schwerpunkträume weitergeführt und neue Schwerpunkträume hinzugefügt werden. Insgesamt wurden sechs Schwerpunkträume für das Fachkonzept identifiziert mit inhaltlich unterschiedlichem Fokus. Dabei sind räumliche Überschneidungen möglich.

Schwerpunkträume Wirtschaftsstruktur

Wissensbasierte Ökonomie (insbesondere Zentrum und Ringlagen, Südost)

Die historische Stadtmitte und die angrenzend an den Promenadenring gelegene Bebauung dienen als Oberzentrum für Verwaltung, Wissenschaft, Kultur, Tourismus, Verkehr, Gastronomie und Handel. Das Gebiet ist geprägt durch Sitze und Niederlassungen von Unternehmen mit überregionaler Bedeutung. Dieses Areal soll weiterhin mit höchster Standortqualität als imageprägendes Zentrum der Metropolregion Mitteldeutschland entwickelt werden. Die Möglichkeiten der Synergie, des Austausches und der kurzen Wege sollen weiter entwickelt werden.

- Weitere Aufwertung des öffentlichen Raumes und Integration weiterer komplementärer Nutzungen im Freizeit-, Kultur und Gastronomiebereich, um den Erlebniswert der Innenstadt zu erhöhen und die Positionierung im Wettbewerb mit der online-Wirtschaft zu verbessern
- Beförderung eines effizienten City- und Marketingmanagements mit Kooperation möglichst vieler Akteure in der Innenstadt, Teilnahme am Wettbewerb „Ab in die Mitte“
- Weitere Profilierung der Innenstadt durch städtebaulich anspruchsvolle Ergänzungen der exponierten Zugangsbereiche, Netzwerke und multifunktional genutzte bauliche Verdichtung für kernstädtische Mischnutzung sollen diesen Prozess unterstützen. Der Wilhelm-Leuschner-Platz und Areale um den Hauptbahnhof bieten Entwicklungspotenziale
- Richtung Süd soll die Kreativ-Achse Karl-Liebknecht-Straße mit der HTWK und der MediaCity/MDR für die Medienbranche weiter entwickelt werden. In Richtung Süd-Ost ist mit Uni-Klinikum,

BioCity und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein Schwerpunkt der Lebens- und Geisteswissenschaften entstanden. Die Areale Bayrischer Bahnhof und Alte Messe bieten der Wissensökonomie zusätzliche Wachstums potenziale.

- Solitäre und damit nicht als Handlungsschwerpunkt dargestellte F&E-Standortgemeinschaften stellen der Wissenschaftspark Permoser Straße und das Medizinisch-Wissenschaftliche Zentrum MWZ in Probstheida dar.

Großflächige Industrie, Verkehr, Messe und Landwirtschaft (Internationale Wertschöpfungskette)

Die exportorientierten Cluster Automotive und Logistik im Nordraum stellen den industriellen Kern und die produktionsorientierten Wachstumsfelder der Region Leipzig/Halle dar. Der Schwerpunkttraum ist geprägt durch hochwertige Verkehrsinfrastruktur (Flughafen, KV-Terminal, Schkeuditzer Kreuz) und gute Bedingungen für Internationalität und Wissensaustausch (Messe und Kongresse). Weiteres Wachstum der industriellen Kerne wird durch zusätzliche Flächen, Ausbau der Infrastruktur und bessere Anbindung im Wirtschaftsverkehr/ ÖPNV verfolgt. Dabei soll eine Ausgewogenheit der Arbeitsfelder Lebensqualität, Gewerbe, Grün und Landwirtschaft erreicht werden. Flächenvorsorge, Grünauengleich und Lebensqualität/Lärmschutz sollen schwerpunktmäßig im Nordraum Leipzig verankert werden.

Schwerpunkträume Urbane Gewerbegebiete

Die innerstädtischen Gewerbeareale stehen mit einer urbanen Nutzungsmischung aus Kleingewerbe, Handwerk, innovativen Dienstleistungen und Kreativwirtschaft für die attraktive Lebens- und Arbeitskultur in Leipzig. Durch voranschreitende Sanierung entwickeln sich einerseits wirtschaftliche Impulse für diese Gebiete, entsteht andererseits ein Umnutzungsdruck. Insbesondere zu Lasten der Kreativwirtschaft, die bisher vom Raumangebot profitierte. Vor allem im altindustriellen Leipziger Westen (Synonym Plagwitz) gefährdet der Umnutzungsdruck die Mischung der „Leipziger Freiheit“. Planungsrechtliche Bestandssicherung und Gespräche mit Eigentümern sollen die Voraussetzungen für innovative urbane Keimzellen erhalten. Der Wandel zu einem kreativen und innovativen Existenzgründerstandort wird z. B. über smart cities-Ansätze unterstützt (siehe Vorhaben auf Areal Spinnerei).

Auch die Urbane Produktion als kleinteilige, individuelle Produktion (3-D-Druck) und die Rückkehr der Industrie (4.0) in die Stadt sollen initiiert werden.

Schwerpunkträume Beschäftigung – stadtteilbezogene Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung

Weiterhin sind einzelne Stadträume mit sozialen und ökonomischen Benachteiligungen konfrontiert. Insbesondere Ortsteile im Leipziger Osten, Nordosten und in Grünau zeigen eine hohe Konzentration sozioökonomischer Problemlagen, z. B. hohe (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen. Die Fortführung und Weiterentwicklung der stadtteilbezogenen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung in Ergänzung zu den gesamtstädtischen Handlungsschwerpunkten sind daher wichtig. Ziel ist die Annäherung wirtschaftlicher und sozial schwacher Gebiete an die positive Entwicklung der Gesamtstadt. Bisherige Instrumente der stadtteilbezogenen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sind nicht auf Großwohnsiedlungen übertragbar, sondern müssen weiter entwickelt und teilweise ganz neu ausgerichtet werden.

Auch mit Blick auf die Stärkung einer systematischen und praxisnahen Berufsorientierung sollen weiterhin stadtteilbezogene Aktivitäten durchgeführt werden. Ein sehr erfolgreicher Ansatz stellt dabei die Veranstaltungsreihe „Schulen und Unternehmen werden Partner – praxisnahe Berufsorientierung gemeinsam gestalten“ dar. Ziel ist, dass sich Schulen und Unternehmen aus gleichen Stadtteilen kennenlernen und vereinbaren, wie sie gemeinsam Maßnahmen zur Berufsorientierung für Schüler/-innen umsetzen. Aufgrund des großen Erfolges soll diese Veranstaltungsreihe künftig etabliert und jedes Schuljahr in den Stadtteilen durchgeführt werden.

Schwerpunkträume Zentren/Magistralen

Insbesondere bei den Zentren und Magistralen als Identifikationsgeber für die Stadtteile sollen der Wandel im Handel (e-commerce, großflächiger Einzelhandel) sowie die Aufwertung der Magistralen offensiv weiter begleitet werden.

Für die Aufwertung und Weiterentwicklung multifunktionaler Versorgungszentren und Magistralen mit urbaner Erlebnis- und Aufenthaltsqualität sind innovative Lösungen zu erreichen, um im Zusammenspiel mit örtlichen Akteuren ihre Rahmenbedingungen zu verbessern. Hierfür ist eine nachhaltige Infrastrukturausstattung erforderlich z. B. der Ausbau der digitalen Netze, zukunftsfähige Open-Data-Strategie, Einrichtung von Stadtportalen. Weiter geht es um die Förderung urbaner Qualitäten. Neben dem Management sind Instrumente und Mittel zur Revitalisierung, Ansiedlung und gemeinsamen Imageentwicklung erforderlich. Den zukünftigen Schwerpunkt wird dabei der digitale Transformationsprozess bilden.

Um urbane Straßenräume zu erhalten, sind öffentlich zugängige Nutzungen in den Erdgeschosszonen wichtig. Eine Umnutzung in Wohnen soll ggf. mit planungsrechtlichen Instrumenten verhindert werden, auch um Ansiedlungen und Gründungen besonders vorteilhafter Standortbedingungen zu erhalten.

Schwerpunkttraum Touristischer Gewässerverbund

Neben dem Tagungs- und Geschäftstourismus in den Schwerpunktträumen Wirtschaftsstruktur (Messe/Kongresszentrum/Hotels) beansprucht der Gewässertourismus einen gesonderten Schwerpunkttraum. Die Blaue und Grüne Achse im Westen und Süden der Stadt, insbesondere entlang der Pleiße-Elster-Luppe-Aue, sowie die Anbindungen an Seenlandschaft und Partheaue erfordern neue Wegebeziehungen, aber auch ein Qualitätsniveau an Infrastruktur und Planung für die Entwicklung des Tourismusgewerbes. Durch Braunkohlefolgelandschaft und Hochwasserschutz stellt die Neuerfindung einer Erholungs- und Naturlandschaft eine einmalige Entwicklungschance dar. Investive Schlüsselmaßnahmen zur Verknüpfung und Wegebeziehung sind notwendig. Dies erfordert enge Zusammenarbeit mit den Nachbarn und räumlichen Akteuren.

3.4 Umsetzung

Das Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit wurde aus vorhanden Strategien und Planungen, vorrangig des Dezernates Wirtschaft und Arbeit, entwickelt. Diesen bestehenden Planungen folgt auch die Umsetzung des Fachkonzeptes. Durch die Integration der verschiedenen Fachkonzepte über das INSEK ergeben sich Synergien und Kooperationen vor allem in folgenden Bereichen:

- Elektromobilität, autonomes Fahren
- Entwicklung von Zentren und Magistralen
- Touristische Infrastruktur (Wege, Gewässer)
- Beschäftigung und Integration
- Entwicklung wissensbasierter Ökonomie

Obwohl die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeit hohe Bedeutung auf kommunaler Ebene hat, sehen Bund und Länder Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung nicht als kommunale Angelegenheit. Sie stellen hierfür der lokalen Ebene keine Mittel zur Verfügung. Damit stehen zur Umsetzung des Fachkonzeptes Wirtschaft und Arbeit allenfalls in seltenen Ausnahmefällen Fördermittel übergeordneter staatlicher Stellen zur Verfügung. Quellen sind beispielsweise die Förderung des Städtebaus, der IT-Infrastruktur oder für wirtschaftliche Infrastruktur aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur GRW“.

Kommunale Wirtschaftsförderung beruht damit zunächst auf kommunaler Finanzierung. Kommunale Mittel werden vielfach eingesetzt, um ortsansässigen Unternehmen den Zugang zur Förderung durch den Freistaat und den Bund zu erleichtern. Kommunale Wirtschaftsförderung dient damit als Hebel zur Verstärkung anderer Förderungen und zu deren Fokussierung auf Leipzig. Erfreulicherweise stellt die Stadt Leipzig mit dem Mittelstandsförderprogramm seit 2014 ein lokal finanziertes Wirtschaftsförderungsprogramm zur Verfügung- als eine der wenigen Kommunen in Deutschland. Mit diesem Basisinstrument können die Ziele der Wirtschaftsstruktur, F&E-Stärkung und Existenzgründung verfolgt werden.

Bei der Hochschul- und Bildungspolitik liegt die Handlungshoheit weitgehend bei Bund und Land, die mit den Wachstumszielen und dem daraus resultierenden Fachkräftebedarf der Stadt Leipzig in Einklang zu bringen sind.

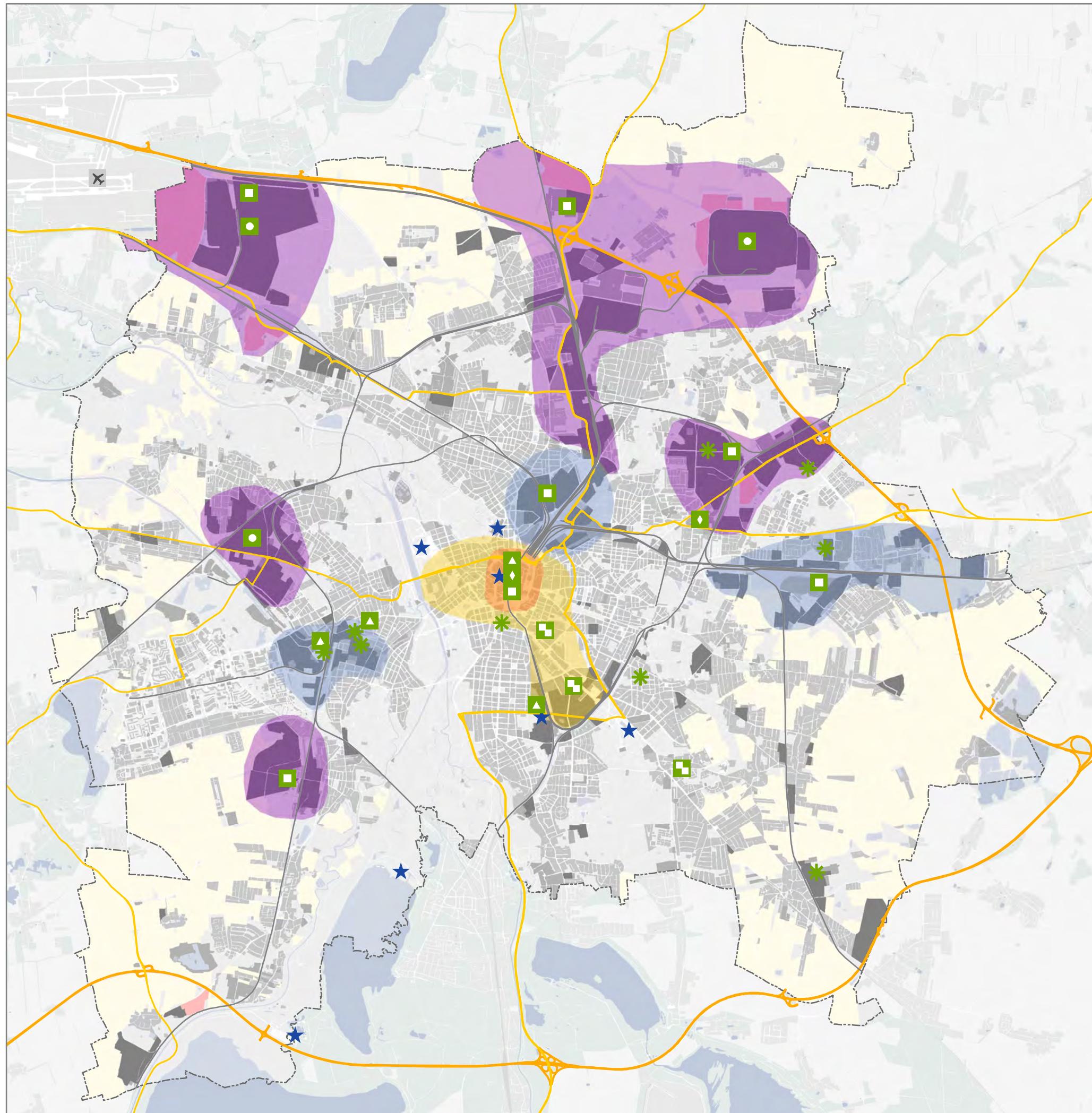
3.5 Finanzielle Auswirkungen

Die Maßnahmenbündel des Fachkonzeptes Wirtschaft und Arbeit bauen auf bestehenden und finanzierten Instrumenten auf und entwickeln diese weiter. Kurzfristig sind daher überschaubare, teils bereits geplante Ausgaben zu erwarten. Im Rahmen der Flächenvorsorge können durchaus auch mittlere Ausgabendimensionen erreicht werden, die als Wertanlagen in Grundstücke und damit als Investitionen betrachtet werden. Mittel- bis langfristig ergeben sich aus dem Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit erhöhte Einnahmen (direkte und indirekte), die im Vergleich zu den Ausgabendimensionen die Maßnahmen finanziell rechtfertigen. Bei der Flächenvorsorge wird unter den Bedingungen der wachsenden Stadt eine deutliche Wertsteigerung erwartet. Wichtiger erscheint jedoch der Handlungsspielraum, der für eine wachsende Stadt notwendig ist.

Maßnahmenbündel/ Instrumente	Direkte Kosten/Jahr (GERING/MITTEL/HOCH)	Einnahmen/ Folgekosten/ Folgewirkungen
Mittelstandsförder- programm	MITTEL Ausgaben zur strategischen Förderung des Mittelstands	STEIGENDE Einnahmen Gewerbesteuer durch Förderung von Gründung, Wachstum und Ansiedlung von Unternehmen, STEIGENDE Einnahmen Einkommensteuer durch Schaffung von Arbeitsplätzen.
Cluster-Netzwerke	GERING Beiträge zur strategischen Branchenausrüstung	STEIGENDE Einnahmen Gewerbesteuer wegen erhöhter Wachstumsraten bei Clusterunternehmen
Zusammenarbeit Wirt- schaft und Wissenschaft	GERING Beiträge zur Wettbewerbs- steigerung, vorrangig Personal	STEIGENDE Einnahmen Einkommensteuer durch Ansiedlung von Fachkräften, ERHÖHTE Attraktivität der wissenschaft- lichen Einrichtungen und GESTEIGERTE Forschungs- und Entwick- lungstätigkeit in Unternehmen
24-Stunden-GI/GE- Großflächen	HOCH Grunderwerb und bei Eigen- entwicklung Flächenkosten GERING Planungsmittel	HOHE Erträge durch Verkaufserlöse unter Realisierung von Planungsgewinnen auf städtischen Ansiedlungsflächen, Ermöglichung weiterer Ansiedlungen
Gewerbesicherung	GERING Planungsmittel (bei Bedarf)	SICHERUNG Einnahmen Gewerbesteuer und Einkommensteuer
Entwicklung Landwirt- schaft	GERING	SICHERUNG Einnahmen Gewerbesteuer und Erhalt hoher Bodenwerte (kurz- bis lang- fristig)
Stadt- und Kongress- tourismus	HOCH Beiträge zur strategischen Branchenausrüstung	STEIGENDE Einnahmen Gewerbesteuer und ggf. durch touristische Kommunal- abgaben
Touristische Wegenetze/ Gewässerverbund	HOCH Infrastrukturinvestitionen	STEIGENDE Bodenwerte an Standorten mit touristischem Entwicklungspotenzial Folgekosten für Bestandserhalt
Fachkräftebedarf absichern	MITTEL Ausgaben Personal- und Lobbyaufwand zur strategi- schen Ausrichtung	STEIGENDE Einnahmen Einkommensteuer und Gewerbesteuer
Ausschöpfung des Beschäftigungspotenzials	MITTEL Ausgaben Personalaufwand Bildungsinvestition	HOHE Einsparungen durch Senkung der Kosten für soziale Unterstützung, insb. KdU

Anlage: Zuordnung Fachkonzept-Ziele zum Strategischen Zielbild

Ziel Nr.	Ziel Fachkonzept	Seite	Übergeordneter Handlungsschwerpunkt (übergeordnetes Strategisches Ziel)
1	Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur ausbauen	10	Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur
2	Vorsorgende Flächen und Liegenschaftspolitik forcieren (Gewerbe- flächen/Landwirtschaft)	10-11	Vorsorgendes Flächen- und Liegenschaftsmanagement
3	Attraktiven Tourismus und Tagungsstandort weiterentwickeln	11	Attraktiver Tagungs- und Tourismus- standort
4	Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur als quartiersnahe Angebote ausbauen	12	Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur
5	Positive Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze verbessern	12-13	Positive Rahmenbedingungen für qualifizierte Arbeitsplätze



Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit

Ausgangslage

Räumliche Konzentration

- Stadtzentrum - Einzelhandel / Kultur / Tourismus, Wissenschaft / Hauptverwaltungen / Unternehmenssitz
- Wissensbasierte Ökonomie
- Gewerbe und Handwerk
- Verkehrs-/ Produktionsorientiertes Gewerbe

Schwerpunkte der Wirtschaftscluster

- Automobil- und Zulieferindustrie
- ▲ Medien und Kreativwirtschaft
- ◆ Energie und Umwelttechnik
- Gesundheitswirtschaft und Biotechnologie
- Logistik
- *■ Gewerbehöfe / Inkubatoren

Gewerbe- und Industriegebiete

- Bestand
- Potenzial (Auswahl)

Landwirtschaft

- Landwirtschaftsflächen

Tourismus

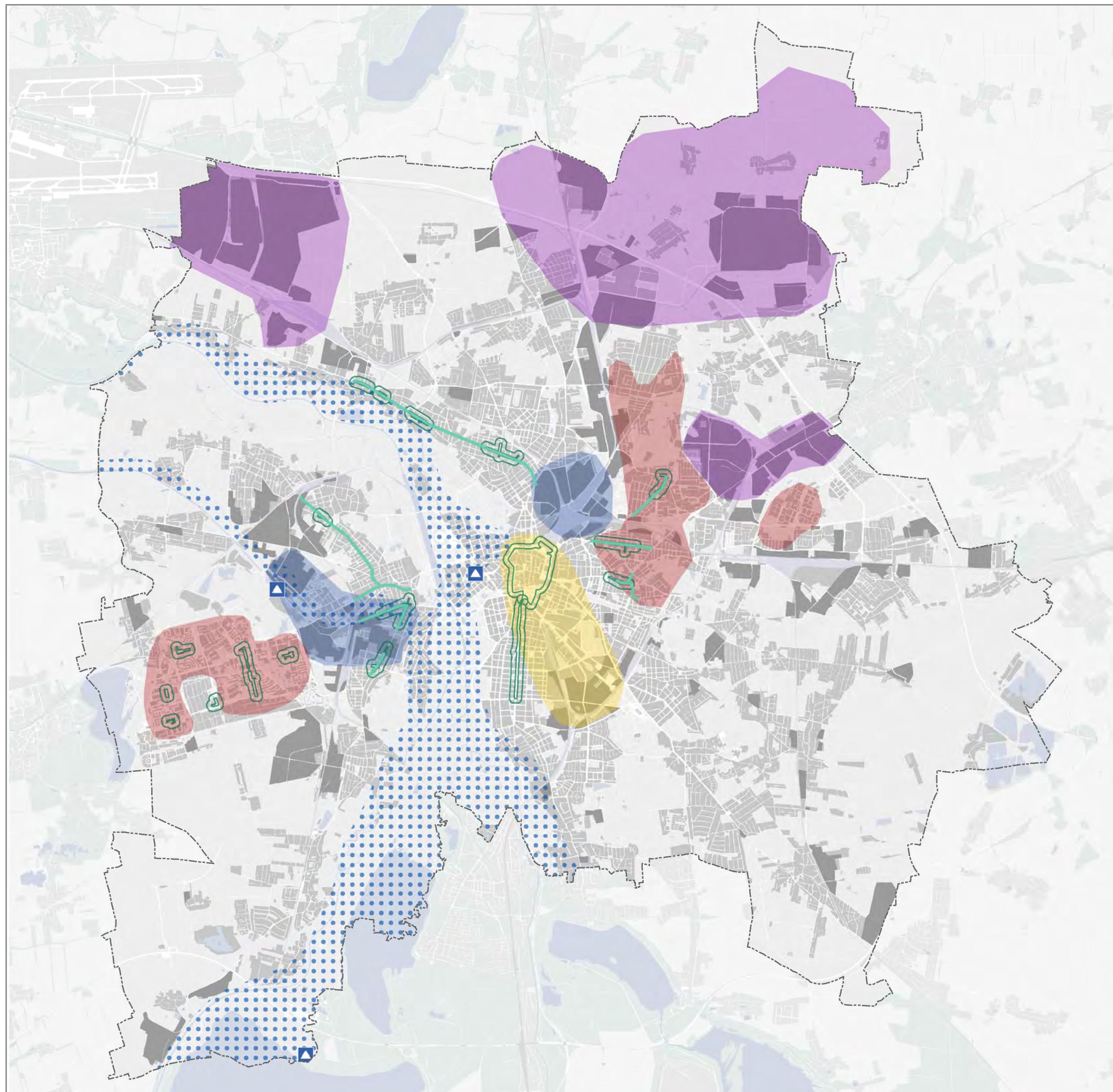
- ★ Touristische Magneten

Anbindung

- Flughafen
- Überregionale Straßenanbindung
Autobahn und Bundesstraße
- Bahn/S-Bahn
- Stadtgrenze

Stand: Juni 2018
Bearbeitung: Stadtplanungsamt + AG zum Fachkonzept
Kartengrundlage: Stadt Leipzig,
Amt für Geoinformation und Bodenordnung,
Stand August 2017

0 1 2
Kilometer



Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit

Räumliche Handlungsstrategie

Schwerpunkte Wirtschaftsstruktur

-  Wissensbasierte Ökonomie
-  Großflächige Industrie, Verkehr, Messe und Landwirtschaft

Schwerpunkt Urbane Gewerbegebiete

-  Bestandssicherung innerstädtischer Gewerbegebiete

Schwerpunkt Beschäftigung

-  Stadtteilbezogene Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung

Schwerpunkt Tourismus

-  Touristischer Gewässerverbund
-  Schlüsselmaßnahmen

Schwerpunkt Zentren/Magistralen

Priorität fachübergreifende Zusammenarbeit

-  Magistralen
-  Zentren

Gewerbe- und Industriegebiete

-  Bestand / Planung

-  Stadtgrenze

FACHKONZEPT FREIRAUM UND UMWELT

1. EINLEITUNG

Mit dem Fachkonzept Freiraum und Umwelt sollen die Grundlagen und strategischen Aussagen zur Sicherung und Entwicklung der „grünen und blauen Infrastruktur“ in Leipzig erarbeitet werden. Sie umfasst alle Arten von Grün- und Freiflächen sowie von Gewässern: Parkanlagen, Gärten, Kleingärten, Friedhöfe, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserflächen sowie Brachen und privates Grün. Die gesamtstädtische Struktur und Vernetzung dieser Flächen orientiert sich am Leitbild eines Ring-Radial-Systems. Die grün-blaue Infrastruktur leistet mit ihren vielfältigen Funktionen einen großen Beitrag zur Lebensqualität und Attraktivität der Stadt und stellt damit einen wichtigen Standortfaktor dar.

Das Fachkonzept trägt dem übergeordneten Leitsatz „Leipzig wächst nachhaltig“ insgesamt Rechnung und wird maßgeblich durch die Strategie der **doppelten Innenentwicklung** geprägt. Es geht darum, raumkonkret eine Balance zu finden zwischen baulicher Verdichtung und Freiraumentwicklung und Verluste durch neue Qualitäten zu kompensieren. Eine qualitätsvolle, ausgewogene Innenentwicklung umfasst die Sicherung, Entwicklung und Qualifizierung von Freiräumen, um die Lebensqualität in den bestehenden Quartieren und die biologische Vielfalt zu erhalten und bei Defiziten zu verbessern. Mit der doppelten Innenentwicklung werden Flächenreserven im Siedlungsbestand nicht nur baulich, sondern auch hinsichtlich ihrer Freiraumfunktionen gesichert und qualifiziert. Mit der wachsenden Bevölkerung und durch ein geändertes, stärker freiraumbezogenes Freizeitverhalten steigen der Nutzungsdruck und Nutzungskonflikte sowie die Anforderungen an den Umfang, die Erreichbarkeit, die gestalterische Qualität sowie die Robustheit und Vielfalt von Freiraumen und Gewässern. Zudem ist die notwendige Anpassung an den Klimawandel zu berücksichtigen. Die Themenfelder Freiraum/Erholung, Naturschutz/biologische Vielfalt und Stadtklima werden im Fachkonzept vorrangig bearbeitet und mit den Querschnittsthemen verbunden. Aufgrund des Raumbezuges befasst sich das Fachkonzept hingegen nicht mit Fragen einer ressourcenschonenden Abfallwirtschaft, diesbezüglich wird auf den Abfallwirtschaftsplan verwiesen.

Ein raumkonkretes Vorgehen bis 2030 und der Umgang mit Flächenkonkurrenzen werden im Wechselspiel mit anderen sektoralen Entwicklungskonzeptionen in den nächsten Jahren weiterentwickelt. Entscheidungen der Stadt Leipzig und Dritter über Handlungsansätze einer nachhaltigen Stadtentwicklung müssen die Sicherung und Verbesserung der Lebens- und Umweltqualität berücksichtigen. Steuereinstrumente sind auf diese nachhaltige Entwicklung auszurichten.

Verwendete Grundlagen	Landschaftsplan, Freiraumstrategie, Klimawandel – Anpassungsstrategien für Leipzig, Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung, Sportprogramm 2024, Regionales Handlungskonzept des Grünen Rings Leipzig 2014, Kleingartenkonzeption, Umweltqualitätsziele, Umweltindikatoren, Straßenbaumkonzept, Integriertes Gewässerkonzept, Mittelfristprogramm Gewässerentwicklung
Arbeitsstruktur	AG Freiraum und Umwelt (aus Vertreterinnen und Vertretern des Amtes für Stadtgrün und Gewässer, Amt für Umweltschutz, Stadtplanungsamt, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, Liegenschaftsamt sowie des Büros Kaufmann)

2. AUSGANGSLAGE

2.1 Aktuelle Situation und Entwicklungen

Das Bevölkerungswachstum bewirkt über eine gesteigerte Nachfrage insbesondere nach Wohnflächen eine kleinteilige Nachverdichtung im Bestand. Es führt zu einem zunehmenden Verlust bisher unbebauter, oft mit Freiraumnutzungen belegter oder für die Biodiversität und das Quartiersklima bedeutsamer Flächen. Zudem wird für den Bau von sozialer Infrastruktur nicht nur eine zunehmende Zahl an Brachen baulich reaktiviert, sondern auch immer häufiger öffentliche Grünflächen in Anspruch genommen, ohne dass die verlorenen Freiraum-, Klima-, Biotop- und Habitatfunktionen im Quartier an anderer Stelle, z. B. durch die Bildung neuer oder die Aufwertung vorhandener Freiflächen, kompensiert wird.

Gleichzeitig steigt durch das Bevölkerungswachstum der Druck auf das bestehende Freiraumangebot. Die Nutzungsintensität und -vielfalt führt schneller zu Verschleißerscheinungen sowie zu Konflikten zwischen Schutz- und Nutzungsanforderungen.

Flächeninanspruchnahme / Brachflächenentwicklung / Landwirtschaftsflächen

In Leipzig waren 2013 etwa 45 % der Siedlungs- und Verkehrsflächen (ohne Erholungsflächen) durch Gebäude und Verkehrsflächen **versiegelt**. In der Regel sind bei den Gebäuden die Nebenanlagen ebenfalls versiegelt, so dass der tatsächliche Wert deutlich höher liegt.

Leipzig verfügt in Folge des Strukturwandels mit ca. 1.051 ha noch über eine große Anzahl an **Brachen**. Sie nehmen derzeit noch rund 3,4% der Stadtfläche ein. Im Rahmen der Revitalisierung wurden Gewerbe- und Industriebrachen in den vergangenen Jahren überwiegend baulich nachgenutzt, z. T. auch renaturiert (2014 im Verhältnis von ca. 5:1). Zwischen 2012 und 2014 nahm die Revitalisierung von Brachflächen insgesamt um 12,8 % zu.

2015 betrug der Anteil von **Landwirtschaftsflächen** an der Gesamtfläche der Stadt Leipzig 34,3 % bzw. rd. 10.200 ha (Quelle: Statistisches Jahrbuch 2016). Durch gewerbliche Ansiedlungen und Ausgleichsmaßnahmen ist die Landwirtschaftsfläche seit 2009 um rund 714 ha bzw. 7% in kleineren Schritten zurückgegangen.

Versorgung mit öffentlichem Grün

Für das Fachkonzept wurde die Erreichbarkeit von wohnungsnahen öffentlichen Grünflächen, d. h. ab 2.000 m², Luftlinie 250 m, ca. 5 min Fußweg im Stadtgebiet untersucht. Für rund 23 % der Stadtbevölkerung (Stand 2015) ist keine öffentliche Grünfläche in dieser Größenordnung in einer Entfernung von 250 m zu erreichen. Für 32 % sind zwar solche Grünflächen erreichbar, aber sie reichen nicht für eine anzustrebende Mindestversorgung von 6 m² /EW.

In den einzelnen Stadtteilen ergibt sich ein sehr unterschiedliches Bild der Versorgung mit öffentlichen Grünflächen. Dabei spielt neben der Lage und Größe der Grünflächen auch die Bebauungsstruktur und die Einwohnerdichte eine wesentliche Rolle. In den innerstädtischen Quartieren mit Blockrandbebauung besteht bereits jetzt ein Grünflächendefizit (siehe Karte der Ortsteilbewertung). Insgesamt verschärft die hohe Dichte in den Quartieren die Nutzungskonkurrenzen und verringert die Handlungsspielräume deutlich. Auch quartiersnahe Kleingartenanlagen und Waldgebiete können das Defizit nicht ausgleichen, da sie nicht alle Anforderungen, insbesondere an Sport und Spiel im öffentlichen Grün erfüllen können und primär andere naturschutzfachliche und forstwirtschaftliche Funktionen (Wald) erfüllen bzw. nur in Teilbereichen der allgemeinen Öffentlichkeit zur Nutzung offen stehen (Kleingartenanlage). Allein durch das Einwohnerwachstum wird also in Zukunft in den meisten innerstädtischen Quartieren die Freiraumversorgung mit öffentlichem Grün je Einwohner weiter sinken, die Sicherung oder Verbesserung des Versorgungsgrades erfordert entsprechend einen Ausbau der öffentlichen Grünflächen (siehe hierzu auch Karte der Ortsteilbewertung im Anhang).

Straßenbaumbestand

Der Gesamtbestand der Leipziger Straßenbäume setzt sich aus Pflanzungen zusammen, die z. T. noch aus dem Jahr 1900 stammen. Die Verteilung der Straßenbäume unterschiedlichen Alters ist relativ ausgeglichen. Der mit Abstand größte Anteil stammt aus dem Pflanzzeitraum von 1996 bis 2005. Die Zahl der Fällungen wird durch Pflanzungen ausgeglichen, meist werden sogar deutlich mehr Straßenbäume gepflanzt als gefällt. Trotz dieses Effekts ist der Nettozuwachs des Leipziger Straßenbaumbestandes nur gering. Die Zielgröße des Luftreinhalteplans von 1.000 zusätzlichen Bäumen im Bestand pro Jahr wurde seit Mitte der 2000er Jahre nicht mehr erreicht. 1996–1999 wurden alle Pflanzungen sowie alters- und sicherheitsbedingte Fällungen dokumentiert. Insgesamt ist die Gesamtzahl der Straßenbäume in den letzten Jahren zwar kontinuierlich aber in geringem Umfang angestiegen.

Stadtklima

Das Stadtzentrum und die Gründerzeitviertel bilden durch die überwiegende Blockrandbebauung und aufgrund der umfassenden Versiegelung bei geringer Durchgrünung im Sommer städtische Wärmeinseln. Hot Spots der nächtlichen Wärmebelastung finden sich z. B. in den Ortsteilen Neustadt-Neuschönefeld, Reudnitz-Thonberg, Südvorstadt, Plagwitz, Lindenau, Gohlis-Mitte und Gohlis-Süd sowie in den zentrumsnahen Quartieren (siehe auch Karte Ortsteilbewertung).

Innerhalb der städtischen Wärmeinseln stellen Brachen, Kleingärten, Sportplätze, Friedhöfe, Parks und Grünflächen sowie größere begrünte Innenhöfe unverzichtbare Kaltluftgebiete dar, die zusätzlich über ihre Filterfunktion auch eine lufthygienische Bedeutung aufweisen. Um der Hitze tagsüber möglichst wohnungsnah ausweichen zu können, werden öffentliche Grünflächen mit ausreichend Schatten und Verdunstungsflächen („Komfortinseln“) für die Erholung und die Gesundheit der Leipzigerinnen und Leipziger weiter an Bedeutung gewinnen.

Bei windschwachen Wetterlagen findet eine Durchlüftung nur durch thermische Ausgleichsströmungen (Flurwind) und durch Kaltluftabflüsse in Bereichen mit höherem Gefälle statt. Wo Luftleitbahnen existieren z. B. entlang Pleiße, Parthe, Elsterflutbett, Elsterbecken und entlang von Bahntrassen z. B. in Richtung Bayerischer Bahnhof können Ausgleichsströmungen weiter in das Stadtgebiet eindringen.

Neben dem kleinräumigen Muster von innerstädtischen Freiflächen, die in Abhängigkeit von ihrer Größe und Lage zum Abbau der städtischen Wärmeinsel beitragen, ist als bedeutendste klimaökologische Ausgleichsfläche und Frischluftproduzent der Auwald zu nennen. Die Stadtklimauntersuchung des DWD zeigt auf, dass während sommerlicher, windschwacher Witterung zwischen Innenstadt und Elterniederung Temperaturunterschiede von rund 11°C vorliegen.

Der Verlust von Grünflächen sowie die Verdichtung in Blockinnenbereichen führen in Quartieren mit dichten und kompakten Strukturen zu einer deutlichen Zunahme der Wärmebelastung. Kompensatorische Maßnahmen können dies kaum mildern.

Die Klimaerwärmung ist für Leipzig und die Region nachweisbar. Die Anzahl der städtischen Wärmeinseln wird durch die Klimaerwärmung weiter zunehmen. Für die Leipzigerinnen und Leipziger werden sich aber vor allem die Zunahme der Sommer- und Hitzetage sowie der Tropennächte und die Anzahl und Dauer von Hitzeperioden gesundheitlich auswirken. Das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung prognostiziert für die Region Leipzig eine Zunahme der Hitzetage ($\geq 30^{\circ}\text{C}$) von jetzt durchschnittlich 9 im Jahresmittel auf 13 im Jahr 2030.

Ebenfalls wird eine Zunahme der Extremwetterereignisse wie Starkregen oder Trockenperioden prognostiziert. Bereits seit Anfang der 1990er Jahre ist eine Tendenz zu Starkniederschlägen mit zunehmenden Niederschlagsmengen im Raum Leipzig zu verzeichnen, die sich seit 2002 weiter verstärkt hat, so dass die Überflutungshäufigkeit - auch auf Grund des zunehmenden Versiegelungsgrades des Einzugsgebietes - in den vergangenen Jahren zugenommen hat.

Naturschutz/Biologische Vielfalt

Für das langfristige Überleben der Tier- und Pflanzenpopulationen in der Stadt Leipzig ist ein funktionsstüchtiger Biotopverbund, bestehend aus Kernflächen, Ergänzungsflächen und ökologischen Trittssteinen von Bedeutung.

Größere, zusammenhängende Schutzgebiete nach SächsNatSchG (Naturschutzgebiete, Flächennaturdenkmale, Landschaftsschutzgebiete) einschließlich der nach § 21 SächsNatSchG gesetzlich geschützten Biotopkomplexe sowie FFH- und SPA-Gebiete fungieren als Lebensräume mit besonderer Bedeutung für Arten und Biotope und bilden Kernflächen des Biotopverbundes.

Der Auen- und Fließgewässerverbund der Elster-Pleiße-Luppe-Aue ist der prägendste und bedeutendste Verbundbaustein. Neben der Elsteraue sind in den Auen der Parthe, der Östlichen und Nördlichen Rietzschke und der Zschampertaue überwiegend naturnahe Bereiche als Schutzgebiete ausgewiesen oder sollen noch ausgewiesen werden. Auch außerhalb der Auenlandschaft existieren Schutzgebiete wie z. B. im Bereich Bienitz und der Bläulingswiesen am Kolmberg.

Ergänzungsflächen des Biotopverbundes sind Lebensräume mit einem hohen Entwicklungspotenzial und wichtigen Pufferfunktionen für die Kernflächen, die als solche über Ausgleichsmaßnahmen entwickelt werden können. Ergänzungsflächen finden sich in der Agrarlandschaft mit z. T. seltenen Böden im Leipziger Südwesten, Norden und Osten der Stadt (Feldgehölz- und Feldheckenstrukturen), im Bereich von Rekultivierungsflächen der Bergbaufolgelandschaften im Südraum (Beispiel Cospuden) und im Bereich von renaturierter Stadtbrachen (Plagwitzer Bahnhof).

Im Siedlungsbereich finden sich ökologische Trittssteine vor allem in naturschutzorientiert gepflegten Parks und Grünflächen sowie in strukturreichen Kleingartenanlagen und Friedhöfen, Altbaumbeständen, Stadtbäumen sowie in Form von Trockenbiotopen entlang von Gleisen, z. B. Eutritzscher Freiladebahnhof, Bereiche am Bayerischen Bahnhof, Plagwitzer Bahnhof, die Lebensraum für eine Vielzahl an Tier- und Pflanzenarten, darunter vereinzelt auch seltene oder gefährdete Arten, bieten.

Gewässerentwicklung

Die Wasserqualität wird vor dem Hintergrund der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) am ökologischen Zustand von Flora und Fauna und am chemischen Zustand der Gewässer gemessen. Die Umweltziele der WRRL sind das Erreichen des guten ökologischen Zustands bzw. Potenzials und des guten chemischen Zustands aller Gewässer bis 2021/2027. Die Umsetzung der WRRL ist eine kommunale Pflichtaufgabe der Stadt Leipzig für die Gewässer II. Ordnung.

Die Wasserqualität der Fließgewässer hat sich seit 1990 vor allem durch abwassertechnische Maßnahmen erheblich verbessert. Auch die Qualität der Leipziger Standgewässer hat sich insgesamt erhöht. Fast 55 % der Standgewässer wurden seit 1990 wasserwirtschaftlich instandgesetzt und ökologisch aufgewertet.

Trotzdem besteht noch immer ein erheblicher Handlungsbedarf, vor allem bei den gewässermorphologischen Maßnahmen (Aufwertung der Gewässerstruktur, Renaturierung). So weisen beispielsweise bislang die nördliche und östliche Rietzschke sowie der Zschampert einen schlechten ökologischen Zustand nach WRRL auf. Auch die Gewässerqualität des Floßgrabens wies im Jahr 2009 eine schlechte Wasserqualität auf. Die positive Veränderung des Makrozoobenthos belegt jedoch eine Verbesserung der Wasserqualität in den Jahren 2009 bis 2016.

94 % der Flüsse und Seen hatten den guten ökologischen Zustand bis 2015 nicht erreicht. Um das Ziel bis 2021 zu erreichen ist eine vollständige Umsetzung der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmeprogramme erforderlich.

Für einen nachhaltigen Hochwasserschutz spielen auch die Gewässer II. Ordnung eine Rolle. Durch Anlegen von Retentionsflächen wie z. B. am Lösegraben, können größere Niederschlagsmengen zurückgehalten und verzögert in die Gewässer I. Ordnung abgeleitet werden. Neben Retentionsflächen dienen weitere Maßnahmen wie z. B. Gewässerrenaturierungen, Freihaltung von Gewässerrandstreifen sowie Vermeidung oder Rückbau von Bodenversiegelungen dem Hochwasserschutz und gleichzeitig der Verbesserung des ökologischen Zustandes der Gewässer, einem Hauptziel der Wasserrahmenrichtlinie sowie des Naturschutzes.

Die Offenlegung der Mühlgräben in Leipzig (Elstermühlgraben und Pleißemühlgraben), als maßgeblichster Bestandteil des IGK, wurde am Elstermühlgraben zu 75 % und am Pleißemühlgraben zu ca. 30 % umgesetzt. Die Priorität der weiteren Umsetzung liegt dabei auf der Fertigstellung der Offenlegung des Elstermühlgrabens bzw. auf einzelnen Teilbauabschnitten des Pleißemühlgrabens, z. B. Bauabschnitt an der Hauptfeuerwache.

2.2 Stärken, Schwächen und Herausforderungen

Stärke	Schwäche
Insgesamt <ul style="list-style-type: none"> • Hoher Bestand an Brachen mit z. T. hoher biologischer Vielfalt aufgrund unterschiedlicher Sukzessionsstadien und schützenswerten Bodentypen sowie Funktion als Rückzugsraum für Tier- und Pflanzenarten; ebenso mit Potenzial als ruhige Gebiete und Naturerfahrung, viele auch mit vielfältigem Freiraumentwicklungs potenzial für Sport und Bewegung • Entwicklungspotenzial der Tagebau aufgelandschaft • Große Parkanlagen mit vielfältigen Nutzungsangeboten • Hohe Zahl an Kleingartenanlagen • Insgesamt große Vielfalt an unterschiedlichen Freiräumen • oft kurze Wege und wohnungsnahes Grün vorhanden • GRL: gute regionale Kooperationsstrukturen • Programm Baumstarke Stadt sowie Straßenbaumkonzept • Auwald mitten in der Stadt als gut erreichbarer Landschafts-, Erlebnis- und Erholungsraum sowie bedeutender Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten von europäischem Rang • Auen mit umfassenden Schutzgebietsausweisungen und entsprechendem Schutz vor Flächeninanspruchnahme • Laufende Umsetzung der Konzepte zum Gewässerverbund und zum Hochwasserschutz bzw. auch Erholung • Existierende Konzepte und Umsetzungsprojekte für extensive Flächenbewirtschaftung und Beweidungsprojekte mit beispielhaften Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Naturschutz • Konzeption zur forstlichen Pflege des Leipziger Auwaldes • Aktive Naturschutzverbände und naturschutzorientiertes bürgerschaftliches Engagement 	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzungsdruck/-intensivierung führt u. U. zu Übernutzung/Überlastung • Steigender Instandhaltungs- und Sanierungsaufwand (Verkürzung der Zyklen) • Unterschiedliche Freiraumversorgung in den Quartieren, z. T. bereits mit Qualitätsdefiziten und mangelnden Defiziten auch bzgl. Erreichbarkeit • Sanierungsstau führt auf manchen Flächen bereits zu mangelhafter Aufenthaltsqualität bzw. fehlender Anpassung an aktuelle Nutzungen • Bebauung der Brachen • „Privatisierung“ von Freiflächen • Mangelhafte Steuermöglichkeiten der Entwicklung bei Baulückenbebauung und Brachen nach § 34 BauGB • Nutzungsbeschränkungen und fehlende Mehrfachnutzung • Fehlen innovativer Konzepte für Freiräume an öffentlichen Gebäuden und Schulen • z. T. fehlt die direkte Verknüpfung mit dem Freiraumsystem des Umlandes • Eingeschränkte Möglichkeiten der Baumschutzsatzung • Ausweitung der bestehenden Wärmeinseln • Fehlendes Monitoring zur Versiegelung, baulichen Dichte und des Grünvolumens • Mangelhafte Umsetzung der Umweltqualitätsziele • Auwald mitten in der Stadt ist als Schutzgebiet hohem (Erholungs-)Nutzungsdruck ausgesetzt • ausstehende Umsetzungsbausteine in Bezug auf Hochwasserschutzkonzepte und WRRL • Nutzungsdruck gefährdet Biotop- und Artenschutz und die biologische Vielfalt • mangelndes Verständnis von Naturschutz und biologischer Vielfalt • Fehlende Leitbilder, Zielaussagen, strategische Handlungsgrundlagen, Datengrundlagen und Mittel für den Erhalt der biologischen Vielfalt • Widersprüchliche Ansätze und Konzepte zwischen Natur- und Hochwasserschutz • Intensive Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen
<p>➤ Herausforderungen</p> <p>Freiraum</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Mobilisierung von Nutzungsreserven im Bestand (Öffnungszeiten), Funktionserweiterung etc.) ➤ Qualitätssicherung und -entwicklung im Quartier, Steigerung der Aufenthaltsqualitäten ➤ vorbildliche Bauherrenfunktion an öffentlichen Gebäuden und Schulen übernehmen ➤ Sicherung und Entwicklung der Vernetzung und Erreichbarkeit von Freiräumen ➤ Schutz und Entwicklung des Auwaldes ➤ Ausbau der interkommunalen Kooperation 	

- Vorsorgendes Liegenschafts- und Flächenmanagement
- Verankerung in der Finanzplanung

Stadt klima

- Mindestanforderungen/Qualitätsstandards für klimaangepasste Stadtquartiere
- Schaffung wohnungsnaher Klimakomfortinseln in stark überwärmten Gebieten
- Fortentwicklung der Anpassungsstrategien an den Klimawandel

Naturschutz und biologische Vielfalt

- Biotopverbundplanung
- Sicherung naturschutzfachlich wertvoller Brachen mit ihren unterschiedlichen Sukzessionsstadien
- Schutz der Auen
- Ökologischer Hochwasserschutz mit Synergien zwischen Hochwasser- und Naturschutz
- Öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung des Artenschutzes und der biologischen Vielfalt
- Strategisches Flächenmanagement
- Finanzierung / Förderung von Naturschutzprojekten

3. HANDLUNGSSTRATEGIE

3.1 Ziele und Maßnahmenbündel

Die Zielsetzung im Fachkonzept lautet: Umweltbedingungen und Lebensqualität sind in Leipzig stadtweit auch unter den Vorzeichen des Wachstums zu verbessern, mindestens aber zu erhalten. Vorhandene ortsteil- und quartiersbezogene Defizite sollen durch spezifische Ansätze behoben werden und ggf. durch größere Freiraumprojekte ergänzt werden.

Die Ziele sollen mithilfe der übergeordneten Handlungsstrategie der „doppelten Innenentwicklung“ erreicht werden. Dies bedeutet, dass die bauliche Innenentwicklung und Nachverdichtung durch eine entsprechende Freiraumsicherung, -entwicklung und -qualifizierung begleitet und qualifiziert werden muss. Stadtweit rückt damit vor allem der Umgang mit dem Bestand an Freiflächen, Gewässern und nicht zuletzt der Stadtnatur in den Fokus. Entscheidend ist dabei - neben dem Einsatz von Steuerungsinstrumenten - den Wert des Freiraums für eine nachhaltige Entwicklung Leipzigs in die politische und öffentliche Diskussion zu bringen und auch Beratungsinstrumente für Investoren und die Öffentlichkeit zu etablieren.

Abgeleitet aus der Analyse der Stärken und Potenziale sowie den übergeordneten strategischen Zielsetzungen und mit Blick auf die Entwicklungserwartungen bis 2030 wurden folgende Ziele für die nachhaltige Sicherung und Entwicklung von Umwelt- und Freiraumqualitäten und damit der städtischen Lebensqualität in Leipzig entwickelt:

Stichwort	Ziel
Multifunktionale Nutzung von Flächen: „einfach mehrfach“	Mehrfachnutzung von Flächen und Freiräumen ermöglichen, planen und unterhalten
Tragfähiger Freiraum-, Biotop- und Gewässerverbund: „Lücken im Netz schließen“	Vernetzung der Freiräume und Lebensräume in der Stadt und verbesserte Erreichbarkeit bzw. Stärkung des Verbundes mit der Region
Grün-blaue Infrastruktur zur Klimaanpassung: „Vorsorge jetzt („no regret“)“	Nutzung der Potenziale der grün-blauen Infrastruktur zur Anpassung an den Klimawandel und Minderung der städtischen Umweltbelastungen
Freiraumbezogenes, vorsorgendes Liegenschafts- und nachhaltiges Flächenmanagement:	Sicherung und Erweiterung der vorhandenen grün-blauen Infrastruktur durch eine vorsorgendes Liegenschaftspolitik und ein nachhaltiges Flächenmanagement

„Zukunft Freiraum“	
Wertschätzung, Teilhabe und bürger-schaftliches Engagement: „Freiraum in Wert“	Verbesserung der Wertschätzung und Entscheidungsrelevanz von Freiraum und Umwelt sowie Ausbau der Teilhabe und Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements
Grenzen der Nachverdichtung: „Dichte steuern“	Steuerung und Qualifizierung der Nachverdichtung für bessere Umwelt- und Lebensqualität

Z 1 Multifunktionale Nutzung von Flächen:

Ziel: Mehrfachnutzung von Flächen und Freiräumen ermöglichen sowie entsprechend planen und unterhalten

Erläuterung: Durch räumliche Überlagerung oder durch zeitversetzte Nutzung kann insbesondere der wohnungsnahe Nutzungsdruck auf Freiflächen minimiert werden. Dies gilt vor allem für die Öffnung von Flächen, die bisher nur einer bestimmten Nutzergruppe zur Verfügung stehen (Kleingärten, Sportplätze, Freiflächen an öffentlichen Gebäuden oder in Gewerbegebieten) und/oder auch zeitlich nicht komplett genutzt werden (Sportplätze, Schulhöfe). Wo die Öffnung gelingt, ist damit ein Gewinn für das soziale Miteinander verbunden. Die Möglichkeit der Funktionsüberlagerung wird eingeschränkt, wenn Schutzansprüche berührt werden (Naturschutz, Denkmalschutz, Lärmschutz etc.). Verkehrsflächen, bzw. sie begleitende Flächen, können ebenso wie Fassaden und Dächer in vielen Fällen zusätzlich Grünstrukturen aufnehmen und zumindest zur Erhöhung des Grünvolumens in Leipzig beitragen. Auch zur Speicherung von Regenwasser können bestimmte Fläche zeitweise genutzt werden.

Nr.	Maßnahmebündel
M 1.1	<p>Mehrfachnutzung spezialisierte Freiraumkategorien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Analyse von Potenzialen und rechtlichen Möglichkeiten zur Öffnung von Schulhöfen, Sportplätzen, Kleingartenanlagen, Freiflächen an öffentlichen Gebäuden zunächst beispielhaft in unversorgten Stadtteilen • Aufklärungsarbeit und Akzeptanzschaffung, ggf. als Bestandteil eines Kommunikationskonzeptes „Freiraum in Wert“, siehe Z 6 • Einführung einer „Planungsphase Null“ bei Neu- und Umbauprojekten zur Außenraumfunktion und -gestaltung an öffentlichen Gebäuden inkl. Schulen • Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen zur Pflege und Instandhaltung für den erhöhten Nutzungsdruck
M 1.2	<p>Qualifizierung vorhandener großflächiger Grünräume und Parkanlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Parkentwicklungskonzepte nach Vorbild Clara-Zetkin- und Johannapark und Umsetzung der Parkentwicklungskonzepte entlang der nachfolgend genannten Punkte • Überarbeitung der Pflegekategorien unter Einbeziehung dieser Anforderungen • Einrichtung von Fairnesszonen in konfliktträchtigen, multifunktionalen Bereichen sowie Berücksichtigung von sensiblen Bereichen aufgrund von Natur- und Denkmalschutz • Kommunikationskampagnen zum vielfältigen Neben- und Miteinander („Unser Park“) • Erhöhung des Anteils extensiver, naturnaher Freiflächen als Ausgleich für Nutzungsintensivierung an anderer Stelle
M 1.3	<p>Grünfunktionelle Qualifizierung und Multicodierung anderer Flächennutzungskategorien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Siehe unter M 3.3 (Gründachstrategie, Fassadenbegrünung, Qualifizierung von Verkehrsflächen durch Umsetzung des Straßenbaumkonzeptes) und M 3.4 (Zwischenspeicherung von Regenwasser durch Mehrfachnutzung von Plätzen, Straßen, Parkplätzen etc.)

Z 2 Tragfähiger Freiraum-, Biotop- und Gewässerverbund

Ziel: *Vernetzung der Frei- und Lebensräume in der Stadt und verbesserte Erreichbarkeit bzw. Stärkung des Verbundes mit der Region*

Vernetzung und Verbesserung der Erreichbarkeit vorhandener Freiräume inkl. der Gewässer und die Stärkung des Biotopverbundes sind zentrale Aufgaben der nachhaltigen Stadtentwicklung. Durch eine gute Vernetzung werden in Stadt und Umland vorhandene Freiräume auch für Quartiere mit einem wohnungsnahen Versorgungsdefizit schneller und leichter erreichbar. Der Abbau von Barrieren fördert zudem einen durchgängigen Biotopverbund.

Nr.	Maßnahmebündel
M 2.1	Weiterentwicklung des grün-blauen Verbundsystems (Ring-Radial-System) <ul style="list-style-type: none"> Netzanalyse und Freiraumverbundkonzept zum Abbau von Lücken und Barrieren (siehe Masterplan Grün unter Z 6) Gezielter Flächenankauf (siehe vorsorgende Liegenschaftspolitik/nachhaltiges Flächenmanagement unter Z 4) Schutzgebietsplanung für Kernflächen des Biotopverbundes Nachhaltiges Flächenmanagement (Kompensation) zur Entwicklung von Ergänzungsflächen und Trittsteinen für den Biotopverbund
M 2.2	Weiterentwicklung der Kleingartenkonzeption und Kleingartenparks <ul style="list-style-type: none"> Analyse der Durchlässigkeit von Kleingartenanlagen mit zentraler Funktion im Erholungsverbund Öffnung der Kleingärten, Abbau von Barrieren Aufklärungsarbeit und Akzeptanzschaffung (ggf. als Bestandteil eines Kommunikationskonzeptes „Freiraum in Wert“, siehe Z 5)
M 2.3	Stärkung der interkommunalen Kooperation Anbindung der Ring-Radial-Struktur an das Umland <ul style="list-style-type: none"> Stärkung der Arbeits- und Umsetzungsstrukturen des Grünen Rings Leipzig im Thema Freiraumverbund Themenschwerpunkt Freiraumverbund in Zweckverbänden priorisieren (Neue Harth, Kulkwitzer See, Parthenaue)

Z 3 Grün-blau Infrastruktur zur Klimaanpassung

Ziel: *Nutzung der Potenziale der grün-blauen Infrastruktur zur Anpassung an den Klimawandel und Minderung der städtischen Umweltbelastungen*

Erläuterung: In den innerstädtischen Stadtstrukturen entstehen im Sommer Wärmeinseln. Die Klimaerwärmung und die Nachverdichtung wird die Anzahl und Ausprägung der städtischen Wärmeinseln vergrößern, wenn nicht alle Möglichkeiten der Temperaturminimierung ausgeschöpft werden. Auch Auswirkungen von Extremereignissen wie Trockenheit und Starkregen können durch strategische Planung und Gestaltung sowie entsprechende Unterhaltung von Freiflächen und Gewässern gemildert werden. Insbesondere bei Starkregenereignissen kann es zur Überlastung der Kanalisation kommen, die durch die gezielte Flutung wenig empfindlicher, i. d. R. anderweitig genutzter Flächen zur Zwischenspeicherung entlastet werden kann.

Nr.	Maßnahmebündel
M 3.1	Weiterentwicklung und Qualifizierung der Anpassungsstrategien an den Klimawandel <ul style="list-style-type: none"> U. a. Erarbeitung und Qualifizierung von Gehölzlisten, die perspektivisch besser an den Klimawandel angepasst sind und sukzessive Verwendung derartiger Gehölze
M 3.2	Weiterentwicklung und Verräumlichung der Umweltqualitätsziele zur Evaluierung der Anpassungsstrategien an den Klimawandel
M 3.3	Minderung der städtischen Überwärmung insbesondere in der Innenstadt, den Gründerzeitvierteln und nachverdichteten Stadtquartieren <ul style="list-style-type: none"> Gründachstrategie inkl. -förderung Berücksichtigung von Fassadenbegrünungen insbesondere bei öffentlichen Gebäuden Förderprogramm zur Fassaden- und Innenhofbegrünung Gebäudebegrünungen, Freiraumbegrünung und Erhöhung der Albedo in örtlichen Bauvorschriften nach § 89 SächsBauO festsetzen

	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung von wohnungsnahen Klimakomfortinseln und Stadtteilparks in den bereits überwärmteten, neu geplanten und nachverdichteten Quartieren, Berücksichtigung von Kaltluftschneisen – soweit rechtlich möglich • Umsetzung des Straßenbaumkonzeptes und Erweiterung zum Stadtbaukonzept
M 3.4	Klimawandelangepasstes Regen- und Hochwassermanagement <ul style="list-style-type: none"> • Konzept zur (temporären) Zwischenspeicherung von Regenwasser, insbesondere für Starkregenereignisse durch Mehrfachnutzung von Plätzen, Straßen, Parkplätzen sowie Grün- oder Sportflächen • Umsetzung Gründachstrategie • Speicherung von Regenwasser für Trockenperioden • Umsetzung in örtlichen Bauvorschriften nach § 89 SächsBauO • Umsetzung des Integrierten Gewässerkonzeptes • Schaffung von weiteren Retentionsräumen an Gewässern bzw. durch Offenlegung von Gewässern

Z 4 Freiraumbezogene, vorsorgende Liegenschaftspolitik und nachhaltiges Flächenmanagement

Ziel: Sicherung und Erweiterung der vorhandenen grün-blauen Infrastruktur durch ein vorsorgendes Liegenschafts- und nachhaltiges Flächenmanagement als Bestandteil von Daseinsvorsorge und Lebensqualität

Erläuterung: Freiräume, Stadtgrün/-natur und Gewässer sind wichtige Standortfaktoren für Städte und wesentliche Bestandteile der Daseinsvorsorge. Der Eigentümer einer Fläche entscheidet über die Flächennutzung. Dies gilt im besonderen Maße in den bebauten Gebieten, in denen eine Bebauung nach § 34 BauGB zu genehmigen ist. Um die Lebensqualität auch vor dem Hintergrund von Nachverdichtung und Klimawandel zu gewährleisten, ist es erforderlich, städtische Liegenschaften mit Freiraumfunktion im Bestand zu behalten und neue Flächen dafür anzukaufen. Dazu sind eine vorsorgende Liegenschaftspolitik und ein nachhaltiges, kontinuierliches Flächenmanagement erforderlich, das auch Pflege-, Instandhaltungs- und Sanierungszyklen berücksichtigt.

Nr.	Maßnahmebündel
M 4.1	Aufbau eines umfassende, digitale Informations- und Managementsystems für die grünblaue Infrastruktur <ul style="list-style-type: none"> • Bedarfsanalyse, Grob- und Feinkonzept beauftragen • System schrittweise aus vorhandenen GIS-Systemen aufbauen • Kriterienkatalog für funktionsbezogene (ökologische und soziale) Prioritätensetzung für Erwerb und nachhaltiges Management inkl. Pflege, Instandhaltung und Sanierung (Lebenszyklen)
M 4.2	Bestandssicherung von öffentlichen Grünflächen, Biotopflächen, Wald, Landwirtschaftsflächen <ul style="list-style-type: none"> • Prüfung, Stärkung und Vollzug der Schutzvorschriften • Eigentumserwerb als Sicherungsinstrument einsetzen • Nachhaltiges Flächenmanagement (Kompensation) zur Entwicklung von Ergänzungsflächen und Trittssteinen für den Biotopverbund
M 4.3	Flächenankauf / städtische Eigentumsübernahme zur Entwicklung neuer Freiraumstrukturen und für den Netzschluss in Verbundsystemen
M 4.4	Qualifizierung von Siedlungsrändern und Strukturen in der freien Landschaft <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Kooperation mit der Landwirtschaft • Einrichtung eines Kulturlandschaftsmanagements beispielhaft in der Parthenaue • Konzept zur Umsetzung von produktionsintegrierter Kompensation • Entwicklung Gewässerränder (WRRL)
M 4.5	Einrichtung von Flächen- (Flächenbevorratung für Kompensationszwecke) und Maßnahmenpools (Flächen mit bereits vorgezogenen/bevorrateten Maßnahmen)
M 4.6	Sicherung der Funktions- und Nutzungsfähigkeit durch ein laufendes Instandhaltungsmanagement

Z 5 Wertschätzung, Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement

Ziel: Verbesserung der Wertschätzung und Entscheidungsrelevanz von Freiraum und Umwelt sowie Ausbau der Teilhabe und Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements

Freiräume sind nicht nur weiche Standortfaktoren, sondern bilden auch die Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen in einer Stadt. Der Erhalt und die Schaffung neuer Freiräume mit Mindestqualitäten stellen aber keine Selbstverständlichkeit dar und bedürfen auch der Wertschätzung der Leipzigerinnen und Leipziger.

Nr.	Maßnahmebündel
M 5.1	Information für die grün-blaue Infrastruktur öffentlich zugänglich machen <ul style="list-style-type: none"> • Öffnung von Teilespekten aus dem verwaltungsinternen Informationssystem als umfassenden Themenstadtplan
M 5.2	Umweltatlas etablieren
M 5.3	Grünes Quartiersmanagement etablieren <ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung des vorhandenen Quartiersmanagements um Freiraumthemen
M 5.4	Kampagne „Freiraum in Wert“ <ul style="list-style-type: none"> • Kampagne zu Ökosystemleistungen von Stadtnatur – Beitrag zur Lebensqualität • Beantragung der Hauptphase des Projektes „Stadtgrün wertschätzen“
M 5.5	Qualifizierung der Patenschaftsmodelle für Stadtgrün und Gewässer
M 5.6	Entwicklung einer Fachförderrichtlinie zur Stärkung der grün-blauen Infrastruktur
M 5.7	Ausbau von Kooperationen mit Vereinen, Verbänden, Initiativen und des bürgerschaftlichen Engagements
M 5.8	Ausbau frühzeitiger Beteiligungsverfahren

Z 6 Steuerung der Nachverdichtung

Ziel: Steuerung und Qualifizierung der Nachverdichtung für bessere Umwelt- und Lebensqualität

Eine ungesteuerte Nachverdichtung führt u. U. zu Freiflächendefiziten und starken stadtökologischen Belastungen, wie sie bereits jetzt in einigen Stadtteilen bestehen. Eine Steuerung kann nur gelingen, wenn konkrete Anforderungen ggf. stadtstrukturtypenbezogen formuliert werden und welche Maßnahmen in Bezug auf Freiraum und Grünstruktur mit einer baulichen Verdichtung verbunden werden bzw. zur Freiflächengestaltung und Gebäudebegrünung auch von Dritten erwartet werden.

Nr.	Maßnahmebündel
M 6.1	Erarbeitung Masterplan Grün 2030 – Integriertes Freiraumentwicklungskonzept <ul style="list-style-type: none"> • Freiraumbedarfs- und -funktionsanalyse/Freiraumnetzanalyse • Freiraumsicherungs- und Entwicklungskonzept im Kontext von Stadtstruktur und Sozialgefüge/Verbundkonzept • Biotopverbundplanung • Kommunale Biodiversitätsstrategie • Beschluss inkl. Berücksichtigungsvorschlag im zukünftigen Flächennutzungsplan
M 6.2	Erarbeitung beispielhafter quartiersbezogener Freiraumkonzepte <ul style="list-style-type: none"> • Zunächst Fokus auf Räume mit erheblichen Versorgungsdefiziten und bereits stark überwärmt Bereiche • Quartiersbezogene Freiraumentwicklung inkl. Brachen, Zwischennutzung, Spielräume • Grüne Stadtplätze/Wasserplätze/Pocket Parks/Urban Gardening/Naturerfahrungsräume = Klimakomfortinseln
M 6.3	Entwicklung Standards und Vorgehensweisen für Freiraumqualität bei Neubauprojekten Mindestanforderungen zur Freiraumausstattung (Ebene Grünflächen, Innenhöfe, Baulücken, Durchwegungen, Gebäudebegrünung) <ul style="list-style-type: none"> • Flächensparendes Bauen (keine eingeschossigen öffentlichen Gebäude, Kitas, Schulen, Nahversorgungen, etc.) • Einführung einer Planungsphase Null • Nach Möglichkeit Aufstellung von B-Plänen bei größeren Brachflächenrevitalisierungen
M 6.4	Prüfung und Einsatz von Steuerungsansätzen im Bestand

	<ul style="list-style-type: none"> • Anwendung örtlicher Bauvorschriften nach § 89 SächsBauO: insbesondere mit Festlegungen zur Gestaltung oberirdischer Stellplätze und der Freiflächen sowie der notwendigen Gebäudebegrünung • Anwendungsbereiche und Umsetzung von Freiflächengestaltungen zunächst beispielhaft in ausgewählten hoch belasteten Quartieren • Ökologische Leitlinien für Nachverdichtungsprojekte insbesondere für Blockinnenbereiche • Prüfung und verstärkter Einsatz von Flächenerwerb (Eigentumsübernahme) • flächensparendes Bauen (keine eingeschossigen Kitas, Nahversorgung etc.)
M 6.5	Weiterentwicklung und Verräumlichung Umweltqualitätsziele
M 6.6	Monitoring von Versiegelung, baulicher Dichte und Grünvolumen
M 6.7	Freiraumcheck <ul style="list-style-type: none"> • Prüfung der Auswirkungen auf die Freiraumversorgung und –vernetzung für größere Bauvorhaben

3.2 Wechselwirkungen und Querschnittsthemen

Wechselwirkungen:

- FK Wohnen: intensive Abstimmung über die (Neu-)Entwicklung von Wohnbauflächen und über Methoden/Instrumente einer Steuerung und/oder Begrenzung der Verdichtung („Dichte deckeln“); Mobilisierung von Nutzungsreserven in den Wohnquartieren; Qualifizierung bestehender Freiraumangebote für eine erhöhte Funktionalität („einfach mehrfach“); Anpassung an den Klimawandel
- FK Nachhaltige Mobilität: Unterstützung für Steigerung des Anteils des Umweltverbundes für die Lebensqualität in den Quartieren; intensive Abstimmung zu Neu-Ausbau/Verkehrsinfrastruktur; wachsenden Anforderungen an die Qualitäten des öffentlichen Raums; Stellplatzsatzung; Mobilitäts- und Parkraumkonzepte zur Verminderung der Versiegelung auf Grundstücken; Entwicklung von grün und blau geprägten Bewegungssachsen abseits der Straßen als alternative Fuß- und Radverkehrsverbindungen
- FK Wirtschaft und Arbeit: intensive Abstimmung über die weitere Inanspruchnahme von Flächen für Gewerbe und Industrie; Abstimmung zum Wassertourismus im Auwald; Entwicklung Landwirtschaftsflächen
- FK Sport: Abstimmung zur Entwicklung von Bewegungsräumen und der Integration in das bestehende Netz; Abstimmung von Belastungsgrenzen; positive Synergien bei Wertschätzung von Natur und Freiraum und der Sicherung von Sport/Bewegungsflächen gegenüber anderen Nutzungsansprüchen; Ausschöpfung von Nutzungspotenzialen durch Öffnung von Sportflächen; Zielkonflikte mit Befestigung und Beleuchtung
- FK Klimaschutz und Technische Infrastruktur: Abstimmung zum Umgang mit hohen Dichten und den damit verbundenen Effizienzgewinnen sowie zum Umgang mit dem Regenwasser an der Schnittstelle von Versiegelung und technischer Infrastruktur
- FK Kultur und FK Kommunale Bildungslandschaft: Wechselwirkung zum Thema Umweltbildung, Zusammenarbeit mit Naturkundemuseum, Volkshochschule, Leipziger Städtische Bibliotheken u. a., speziell zum Fachkonzept Bildungslandschaft: Mehrfachnutzung von Freiflächen an Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden

3.3 Räumliche Handlungsstrategie

Aufgrund der vorangehenden Analyse, der Ortsteilbetrachtung mit den entsprechenden Stadtgebietsforen sowie der Umsetzungsanalyse zum SEKO 2009 und den identifizierten Handlungsbedarfen bzw. Zielen und Maßnahmenbündeln (siehe Kap. 12.3.1.) unter den Vorzeichen des Wachstums sowie den bestehenden Handlungsspielräumen ergeben sich konkrete räumliche Schwerpunktbereiche, die in der Karte der räumlichen Handlungsschwerpunkte des Fachkonzeptes dargestellt sind.

Handlungsschwerpunkte	Handlungsansatz
I – Bestandsorientierte, quartiersbezogene Freiraumsicherung und –entwicklung   	<p>a) Abbau von bereits vorhandenen Defiziten durch Maßnahmen im Quartier bzw. im wohnungsnahen Quartiersumfeld anhand der in der Analyse auf Quartierebene identifizierten und auf Ortsteilebene diskutierten Indikatoren</p> <ul style="list-style-type: none"> a.a) Abbau von Defiziten der Versorgung mit öffentlichen Grünflächen (prioritär in Wohngebieten ohne Gärten) a.b) Abbau stadtclimatischer Belastungen a.c) Aufmerksamkeitsbereich: entsprechende Vorsorge in Quartieren mit absehbar defizitärer Entwicklung
II - Sicherung und Entwicklung der Auenräume 	<p>b) Sicherung und Entwicklung der Auenräume als natüräumlich gewachsenes und entsprechend höchst schützenswertes Grundgerüst des Leipziger Freiraumsystems mit vielfältigen Funktionen</p>
III - Stadtentwicklung durch Freiraumentwicklung (inkl. Gewässerentwicklung) 	<p>c) Bedeutsame Projekte der Freiraumentwicklung mit wichtigen Impulsen für bzw. im engen Kontext mit der Stadtentwicklung insgesamt</p>
IV - Sicherung zukünftiger Freiraumpotenziale einer strukturreichen Kulturlandschaft in Kooperation mit der Landwirtschaft 	<p>d) Sicherung von zukünftig, d. h. für die langfristige Stadtentwicklung wichtigen Freiraumpotenzialen (über 2030 hinaus) insbesondere in heutigen Siedlungsrandlagen</p>
V – Stärkung und Komplettierung eines multifunktionalen Freiraumverbundes und Gewässerverbundes  	<p>e) Ausbau der Vernetzung des Freiraum- und Gewässerverbundes auf Grundlage des Radial-Ring-Systems anknüpfend an die Auenräume und entsprechende Verbundachsen des Umlandes</p> <p>f) Fortsetzung der Revitalisierung von Gewässern mit großer Bedeutung für Hochwasserschutz sowie Verbesserung des Gewässerzustands und Durchgängigkeit</p>

Handlungsschwerpunkt I : Bestandsorientierte, quartiersbezogene Freiraumsicherung und -entwicklung

In den genannten Stadtteilen bestehen bereits heute Defizite in der Versorgung mit wohnungsnahen öffentlichen Grünflächen und z. T. gleichzeitig hohe stadtökologische Belastungen, so dass hier weitere Nachverdichtungen und Bevölkerungszuwächse nur bei entsprechender Verbesserung der Freiraumschlachtung nicht weiter zu Lasten von Umwelt- und Lebensbedingungen möglich sind. In den Aufmerksamkeitsbereichen sind entsprechende Defizite bei anhaltender Entwicklung bereits absehbar.

8 Aufmerksamkeitsbereich: Zentrum Südost

- Freiraumentwicklung am Wilhelm-Leuschner-Platz inkl. Verbund über Addis-Abeba-Platz zum Bay. Bahnhof

7 Aufmerksamkeitsbereich: Schönefeld-Abtnaundorf

- Fortsetzung der stadtstrukturbbezogenen Freiraumentwicklung, Anbindung an Parkbogen Ost
- Entwicklungskonzept Mariannenpark

6 Aufmerksamkeitsbereich: Volkmarshof, Anger-Crottendorf, Reudnitz-Thonberg

- Sicherung und weitere Qualifizierung der z. T. kleinteilig entwickelten Grünstrukturen sowie deren Vernetzung, Anbindung an Parkbogen Ost

5 Nordosten: Mockau, Mockau Süd, Mockau Nord

- Verbesserung der Durchlässigkeit der Kleingartenanlagen zur Anbindung von Mockau an die Parthenaue
- Weiterentwicklung der Grünstruktur in Mockau Nord unter Einbeziehung des ehemaligen Friedhofs

4 Norden: Eutritzsch, Gohlis Süd, Gohlis Nord, Gohlis Mitte, Möckern

- Entwicklung von öffentlichem Grün/Parkanlagen in Konversionsbereichen
- Entwicklung von grünen Wegeverbindungen abseits der Hauptstraßen
- Öffnung/Durchlässigkeit von Kleingartenanlagen

3 Zentrum: Zentrum, Z. West, Z. Süd, Z. Ost, Neustadt-Neuschönewald, Z. Nord

- Weiterentwicklung der Parkanlagen im Hinblick auf den zunehmenden Nutzungsdruck, Management der Nutzung, Grün- und Wegevernetzung Parkanlagen und Stadtraum (Stadtclima)
- Ergänzung des vorhandenen Quartiersmanagements um Freiraumthemen
- Öffnung /Durchlässigkeit von Kleingartenanlagen

2 Süden: Südvorstadt Connewitz:

- Entwicklung des Bayerischen Bahnhofs zur Verbesserung der Freiraumversorgung durch gute Anbindung nutzen
- Öffnung /Durchlässigkeit von Kleingartenanlagen

1 Westen: Schleußig, Plagwitz, Neulindenau, Altindenau, Leutzsch, Böhlitz-Ehrenberg:

- Ergänzung des vorhandenen Quartiersmanagements um Freiraumthemen
- Anbindung des Plagwitzer Bahnhofs an das vorhandene Freiraumnetz
- Öffnung /Durchlässigkeit von Kleingartenanlagen

Nr. in der Karte des Fachkonzeptes

1 2 3 4 5 6 7 8

Z 6 Steuerung der Nachverdichtung

M 6.1 Erarbeitung Masterplan Grün 2030 (Fokusbereich)

M 6.2 Quartiersbezogene Freiraumkonzepte

M 6.4 Prüfung und Einsatz von Steuerungsansätzen im Bestand

M 6.6 Monitoring von Versiegelung, baulicher Dichte und Grünvolumen

M 6.7 Freiraumcheck

Z 1 Multifunktionale Nutzung von Flächen

M 1.1 Mehrfachnutzung spezialisierter Freiraumkategorien

M 1.2 Qualifizierung und Multicodierung großflächiger Grünräume und Parkanlagen

M 1.3 Grünfunktionelle Qualifizierung und Multicodierung anderer Flächen-nutzungskategorien

Z 2 Tragfähiger Freiraum, Biotop- und Gewässerverbund

M 2.1	Weiterentwicklung des grün-blauen Verbundsystems								
M 2.2	Weiterentwicklung der Kleingartenkonzeption und Kleingartenparks								
Z 3	Grün-blaue Infrastruktur zur Klimaanpassung								
M 3.3	Minderung der städtischen Überwärmung								
M 3.4	Klimawandelangepasstes Regen- und Hochwassermanagement								
Z 4	Freiraumbezogenes, vorsorgendes Liegenschafts- und nachhaltiges Flächenmanagement								
M 4.2	Bestandssicherung								
M 4.3	Flächenankauf/städtische Eigentumsübernahme								
M 4.6	Instandhaltungsmanagement								
Z 5	Wertschätzung, Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement								
M 5.3	Grünes Quartiersmanagement etablieren								
M 5.4	Kampagne „Freiraum in Wert“								
M 5.5	Qualifizierung der Patenschaftsmodelle								
M 5.7	Ausbau von Kooperationen und bürgerschaftlichem Engagement								

Handlungsschwerpunkt II: Sicherung und Entwicklung der Auenachsen

Die Auenachsen stellen das Rückgrat des Freiraumverbundes dar und prägen die landschaftliche Grundstruktur der Stadt. Sie besitzen eine übergeordnete Bedeutung für Naturschutz und biologische Vielfalt als Erholungsraum sowie als Kernflächen des Biotopverbundes, aber auch für das Stadtklima und den Hochwasserschutz.

- 14 Zschampertaue**
- Umsetzung Gewässerentwicklungskonzept inkl. ökologischer Aufwertung und naturnaher Gestaltung, Umsetzung WRRL

- 13 Östliche Rietzschke**
- Ökologische Aufwertung, Umsetzung WRRL

- 12 Nördliche Rietzschke**
- LSG-Ausweisung,
 - Stärkung der Verbundfunktion (Biotop sowie Erholung mit Wegeverbindung von Betschneiderpark bis Wiederitzsch und darüber hinaus)

- 11 Parthenaue**
- Extensive und naturschutzorientierte Flächenbewirtschaftung
 - Entwicklungskonzept und Umsetzung Naturbad Nordost
 - Umsetzung der Freilenkung vernässter Kleingärten

- 10 Nördlicher Auwald (Elster-Luppe)**
- Umsetzung „Lebendige Luppe“, Umsetzung FFH-Managementplan
 - Management möglicher Konflikte zwischen Erholung und Naturschutz
 - Erhalt und Förderung des Zusammenhangs zwischen nördlichem und südlichem Auwald (Grünverbund Cottaweg)

- 9 Südlicher Auwald (Elster-Pleiße)**
- Naturverträgliche Nutzung, Nutzerlenkung einschl. Gewässer
 - Cospudener See/Elsterstausee: Nutzungskonzept, Besucherlenkung, Sicherung der Landschaftspflegeprojekte (Beweidung)
 - Knauthainer Elstermühlgraben: Umsetzung WRRL

Nr. in der Karte des Fachkonzeptes	9	10	11	12	13	14
------------------------------------	---	----	----	----	----	----

Z 6 Steuerung der Nachverdichtung

M 6.1	Erarbeitung Masterplan Grün 2030 (Fokusbereich)							
Z 1	Multifunktionale Nutzung von Flächen							
M 1.2	Qualifizierung und Multicodierung großflächiger Grünräume und Parkanlagen							
Z 2	Tragfähiger Freiraum, Biotop- und Gewässerverbund							
M 2.1	Weiterentwicklung des grün-blauen Verbundsystems							
M 2.2	Weiterentwicklung der Kleingartenkonzeption und Kleingartenparks							
M 2.3	Interkommunaler/regionaler Freiraumverbund							
Z 3	Grün-blaue Infrastruktur zur Klimaanpassung							
M 3.4	Klimawandelangepasstes Regen- und Hochwassermanagement							
Z 4	Freiraumbezogenes, vorsorgendes Liegenschafts- und nachhaltiges Flächenmanagement							
M 4.2	Bestandssicherung							
M 4.3	Flächenankauf / städtische Eigentumsübernahme							
M 4.5	Einrichtung von Flächen- und Maßnahmenpools							
Z 5	Wertschätzung, Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement							
M 5.5	Qualifizierung Patenschaftsmodelle							
M 5.7	Ausbau von Kooperationen und bürgerschaftlichem Engagement							

Handlungsschwerpunkt III : Stadtentwicklung durch Freiraumentwicklung

Von diesen bedeutsamen Projekten der Freiraumentwicklung müssen wichtige Impulse für eine nachhaltige Stadtentwicklung ausgehen. Sie verfügen über ein noch erschließbares Flächen- und Gestaltungspotenzial zur Entlastung von verdichteten und hoch frequentierten Nachbarschaftsquartieren und bieten Potenzial zur Entwicklung von großflächigen, vielfältig nutzbaren Parkanlagen mit neuen Stadtraumqualitäten. Zudem sind sie auf Grund ihrer Lage und ihres Flächenumgriffs von zentraler Bedeutung zur Verwirklichung des Leitbildes des Ring-Radial-Systems.

23 Nordufer Zwenkauer See	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklung des Standorts unter Beachtung von Industiekultur, Naturschutz und ufernahem Erholungsverbund Anbindung über Brücke Erikenstraße
22 Kleingartenpark West	<ul style="list-style-type: none"> Konzept aktualisieren und umsetzen
21 Stadthafen	<ul style="list-style-type: none"> Umsetzung und Einbindung in Gewässer- und Erholungsverbund
20 Grüner Bogen Paunsdorf	<ul style="list-style-type: none"> Fertigstellung Südwestteil Entwicklung des Umfeldes des Paunsdorfer Wäldchens Freiraumvernetzung inkl. Anbindung an alte Ortslage
19 Freiladebahnhöfe	<ul style="list-style-type: none"> Ausbildung von Grünzügen (West: Richtung Gohlis sowie Parthe, Ost: Richtung Parkbogen und Parthenaue)
18 Lindenauer Hafen, Schönauer Lachen	<ul style="list-style-type: none"> Anbindung Saale-Elster-Kanal; Entwicklung der Marina; Entwicklung Landschaftspark Lindenauer Hafen Westufer bis Schönau (ggf. Rück-

marsdorf) inkl. Zonierungskonzept zur Berücksichtigung von Naturschutzbelangen										
17 Plagwitzer Bahnhof										
<ul style="list-style-type: none"> Umsetzung der naturschutzorientierten Freiraumentwicklung des südlichen Plagwitzer Bahnhofs (Fertigstellung Urbaner Wald) Ausbau und Begrünung Ladestraße Ost Anbindung an die südliche Auenachse 										
16 Bayerischer Bahnhof										
<ul style="list-style-type: none"> Freiraumentwicklung mit zonierten Funktionsbereichen Sicherung der Ventilationsbahn Anbindung an südliche Auenachse über Agra-Park (gemeinsame Entwicklung mit der Stadt Markkleeberg) 										
15 Parkbogen Ost & Umfeld										
<ul style="list-style-type: none"> Abschnittsweise Umsetzung mit vielfältigen Nutzungsnischen (Aufenthalt, Sport, Spiel) Enge Verzahnung mit den Freiräumen und deren Entwicklung im Umfeld (insbesondere Kleingartenpark Südost, Umfeld Quartiersschule, Östliche Rietzschke, Volkspark Stünz, Schultze-Delitzsch-Str., Parthenaue, Johannisplatz u. -friedhof) 										
Nr. in der Karte des Fachkonzeptes		15	16	17	18	19	20	21	22	23
Z 6 Steuerung der Nachverdichtung										
M 6.1	Erarbeitung Masterplan Grün 2030 (Fokusbereich)									
M 6.2	Quartiersbezogene Freiraumkonzepte									
M 6.3	Standards und Vorgehensweisen für Freiraumqualitäten bei Neubauprojekten									
M 6.7	Freiraumcheck									
Z 1 Multifunktionale Nutzung von Flächen										
M 1.1	Mehrfachnutzung spezialisierter Freiraumkategorien									
M 1.3	Grünfunktionelle Qualifizierung und Multicodierung anderer Flächennutzungskategorien									
Z 2 Tragfähiger Freiraum, Biotop- und Gewässerverbund										
M 2.1	Weiterentwicklung des grün-blauen Verbundsystems									
M 2.2	Kleingartenkonzeption / Kleingartenpark									
M 2.3	Interkommunaler / regionaler Freiraumverbund									
Z 3 Grün-blaue Infrastruktur zur Klimaanpassung										
M 3.3	Minderung der städtischen Überwärmung									
M 3.4	Klimawandelangepasstes Regen- und Hochwassermanagement									
Z 4 Freiraumbezogenes, vorsorgendes Liegenschafts- und nachhaltiges Flächenmanagement										
M 4.3	Flächenankauf / städtische Eigentumsübernahme									
M 4.5	Einrichtung von Flächen- und Maßnahmenpools									
Z 5 Wertschätzung, Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement										
M 5.3	Grünes Quartiersmanagement etablieren									
M 5.4	Kampagne „Freiraum in Wert“									
M 5.7	Ausbau von Kooperationen und bürgerschaftlichem Engagement									

Handlungsschwerpunkt IV: Sicherung kulturlandschaftlich geprägter Freiraumpotenziale

Neben der landwirtschaftlichen Produktion dienen diese stadtnahen, kulturlandschaftlich geprägten Räume der Erholung und sind häufig auch für den Naturschutz und die biologische Vielfalt von besonderer Bedeutung. Für das Lokalklima spielen sie ebenfalls eine wichtige Rolle. Sie sind aufgrund ihrer Nähe zum Siedlungsraum und zu potenziellen Wachstumsbereichen absehbar vor weiterer Flächenanspruchnahme bedroht. Für eine beispielhafte Kulturlandschaftsentwicklung am Stadtrand und im Kontext der Übergangsbereiche vom urbanen zum ländlichen Raum in enger Kooperation mit der Landwirtschaft sind sie von besonderer Bedeutung.

30 Bienitz und Bereich westl. Gundorf	<ul style="list-style-type: none"> NSG-Ausweisung 					
29 Bereich südöstlich Rehbach	<ul style="list-style-type: none"> Landschaftsentwicklung unter Einbeziehung des Rohstoffabbaus bzw. der Rekultivierung für Erholungsnutzung 					
28 Kolmberg	<ul style="list-style-type: none"> NSG-Ausweisung Naturverträgliche Erholungsvorsorge im Zusammenhang mit Tonabbaugebiet 					
27 Insellagen im Bereich Stötteritz, Mölkau, Baalsdorf, Holzhausen, Liebertwolkwitz	<ul style="list-style-type: none"> Landschaftsentwicklung mit Schwerpunkt Erholung in Kooperation mit der Landwirtschaft 					
26 Eichberg	<ul style="list-style-type: none"> Landschaftsentwicklung (Fertigstellung der Kompensationsmaßnahmen) mit Schwerpunkt Erholung in Kooperation mit der Landwirtschaft 					
25 Nordraum II: Bereich um Breitenfeld	<ul style="list-style-type: none"> Landschaftsachse zwischen großflächiger industrieller Nutzung auch als Verbindungsachse zum Schladitzer See 					
24 Nordraum I: Bereich Nördliche Rietzschke – Lindenthal	<ul style="list-style-type: none"> LSG-Ausweisung 					
Nr. in der Karte des Fachkonzeptes	24	25	26	27	28	29 30
Z 6 Steuerung der Nachverdichtung						
M 6.1 Erarbeitung Masterplan Grün 2030 (Fokusbereich)						
Z 1 Tragfähiger Freiraum, Biotope- und Gewässerverbund						
M 1.1 Weiterentwicklung des grün-blauen Verbundsystems						
M 1.3 Interkommunaler/regionaler Freiraumverbund						
Z 3 Grün-blaue Infrastruktur zur Klimaanpassung						
M 3.4 Klimawandelangepasstes Regen- und Hochwassermanagement						
Z 4 Freiraumbezogenes, vorsorgendes Liegenschafts- und nachhaltiges Flächenmanagement						
M 4.2 Bestandssicherung						
M 4.3 Flächenankauf / städtische Eigentumsübernahme						
M 4.4 Qualifizierung Siedlungsränder / Strukturen in der freien Landschaft						
M 4.5 Einrichtung von Flächen- und Maßnahmenpools						
Z 5 Wertschätzung, Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement						
M 5.1 Öffentliches Informationssystem – Kulturlandschaft/Landwirtschaft						
M 5.4 Kampagne „Freiraum in Wert“						
M 5.7 Ausbau von Kooperationen und bürgerschaftlichem Engagement						

Handlungsschwerpunkt V: Stärkung des Verbundes

Die in der Karte dargestellten Achsen sind nicht nur von zentraler Bedeutung für den Biotop- und Gewässerverbund, sondern zum Großteil auch für die Vernetzung von gesamtstädtischen Erholungsgebieten im Sinne von verbindenden grün und blau geprägten Bewegungssachsen, die als Fuß- und Radverkehrsverbindung auch einen Beitrag zur nachhaltigen Mobilität leisten und vor allem mit Freiraum unversorgte Quartiere an entsprechende Freiräume außerhalb des Quartiers anbinden.

Grünverbund

z. B.

- Schutz- und denkmalgerechte Entwicklung des Promenadenrings
- Entwicklung einer Verbindung vom Plagwitzer Bahnhof zum südlichen Auwald und Cospudener See
- Stärkung des Grünverbundes vom Zentrum in den Auwald und zu den Parkanlagen im Auwald (Clara-Zetkin-Park, Johannapark, Palmengarten)
- Erholungs- und Bewegungssachse vom Stadtzentrum über Bay. Bahnhof, Str. des 18. Oktobers, Alte Messe, Külzpark, Südfriedhof, Döllitz-Dösen, Weinteichsenke zum Markkleeberger See
- Anbindung Bay. Bahnhof an südliche Auenachse und Cospudener See

Verbund entlang von Gewässern

z. B.

- Pleißemühlgraben: Offenlegung Simson-Lampe-Str. (SLS), Hauptfeuerwache (VIC), Zoo
- Elstermühlgraben und Alte Elster: Offenlegung weiter verfolgen
- Zschampert: Biotop- und Gewässerverbund zwischen Nördlichem Auwald und Kulkwitzer See

Nr. in der Karte des Fachkonzeptes	oN	oN
Z 6 Steuerung der Nachverdichtung		
M 6.1 Erarbeitung Masterplan Grün 2030 (Fokusbereich)		
Z 1 Multifunktionale Nutzung von Flächen		
M 1.1 Mehrfachnutzung spezialisierter Freiraumkategorien		
M 1.2 Qualifizierung und Multicodierung großflächiger Grünräume und Parkanlagen		
M 1.3 Grünfunktionelle Qualifizierung und Multicodierung anderer Flächennutzungskategorien		
Z 2 Tragfähiger Freiraum, Biotop- und Gewässerverbund		
M 2.1 Weiterentwicklung des grün-blauen Verbundsystems		
M 2.2 Kleingartenkonzeption/Kleingartenpark		
M 3.3 Interkommunaler/regionaler Freiraumverbund		
Z 3 Grün-blaue Infrastruktur zur Klimaanpassung		
M 3.3 Minderung der städtischen Überwärmung		
M 3.4 Klimawandelangepasstes Regen- und Hochwassermanagement		
Z 4 Freiraumbezogenes, vorsorgendes Liegenschafts- und nachhaltiges Flächenmanagement		
M 4.2 Bestandssicherung		
M 4.3 Flächenankauf/städtische Eigentumsübernahme		
M 4.4 Qualifizierung Siedlungsräder/Strukturen in der freien Landschaft		
M 4.5 Einrichtung von Flächen- und Maßnahmenpools		
Z 5 Wertschätzung, Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement		
M 5.4 Kampagne „Freiraum in Wert“		
M 5.5 Qualifizierung der Patenschaftsmodelle		
M 5.7 Ausbau von Kooperationen und bürgerschaftlichem Engagement		

3.4 Umsetzung

Wachsende Konkurrenzen um noch vorhandene Freiräume werden diese weiter reduzieren. Insofern hängt die Umsetzung der hier formulierten Ziele vor allem von der kommunalen Einflussnahme auf den Umfang und die Art der Inanspruchnahme von Freiräumen ab. Zur Umsetzung der Entwicklungsziele bedarf es auch in Bezug auf das Fachkonzept Freiraum und Umwelt eines breiten Konsenses innerhalb von Politik und Verwaltung, die diesbezüglichen Möglichkeiten der Steuerung durch die Kommune auszuschöpfen. Des weiteren Bedarf es bei der zukünftigen Gestaltung des quartiersbezogenen Wohnumfeldes einer integrativen Arbeitsauffassung und der Kooperation verschiedener Akteure/-innen, um Steuerungsmöglichkeiten im Sinne der doppelten Innenentwicklung auszuschöpfen. Querschnittsorientiertes und ressortübergreifendes Projektmanagement, wie es im INSEK-Prozess selbst angelegt war, gilt es nun auf die Projekte mit entsprechender Bedeutung zu übertragen und dort jeweils frühzeitig zu verankern.

Zielführend erscheint für die Sicherung und Entwicklung von Freiraum und Umweltqualitäten in der wachsenden Stadt eine Phase Null, in der gemeinsam Anforderungen, Zielstellung, Rahmenbedingungen und Verantwortlichkeiten geklärt werden.

Die Sicherung und Entwicklung von Umwelt- und Freiraumqualitäten gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge und Bedarf eines umfassenden Verständnisses als kommunale Verpflichtung gegenüber den Bürgerinnen und Bürger. Diese bedarf bei wachsenden Anforderungen aufgrund erhöhter Nutzungsanforderungen eines entsprechend wachsenden Ressourceneinsatzes. Insbesondere im Bereich der Instandhaltung und Sanierung ergibt sich ein erhöhter Bedarf, da sich bei steigender Nutzungsintensität Lebenszyklen der Freiraumausstattung aller Art verkürzen.

Darüber hinaus stellen das öffentliche Grün und die Stadtnatur vielfältige Funktionen und Leistungen für alle Bürgerinnen, Bürger und Besucher der Stadt dar. Insofern spielt die Kommunikation und Kooperation mit der Bürgerschaft bei der Umsetzung eine wachsende Rolle, gerade bei zunehmender gesellschaftlicher Vielfalt, die sich auch in vielfältigen Freizeitverhalten und differenzierten Nutzungsansprüchen an Freiräume zeigt. Dazu sind in der Verwaltung entsprechende Kompetenzen weiter zu entwickeln. Das betrifft zum einen den Ausbau von Beteiligungsprozessen, zum anderen aber auch die Begleitung, Betreuung und zielorientierte Lenkung des bürgerschaftlichen Engagements und eines entsprechenden Umgangs mit der wachsenden öffentlichen Aufmerksamkeit, die dem öffentlichen Raum entgegengebracht wird.

Aufbauend auf das Fachkonzept wird ein „Masterplan Grün Leipzig 2030“ erarbeitet, der die biologische Vielfalt als ein Leithema vertiefend behandelt. Weiterhin ist die Weiterentwicklung und Verräumlichung der Umweltqualitätsziele sowie die Etablierung eines Umweltatlas geplant (M 3.2 und 5.2), in denen die Themen des Fachkonzeptes wie auch weitere Umweltthemen vertieft werden. Die Ergebnisse dieser vertiefenden Analysen und Planungen fließen in die Umsetzung und die Fortschreibung des INSEK - wie in Teil B Kap.3.3 beschrieben - ein.

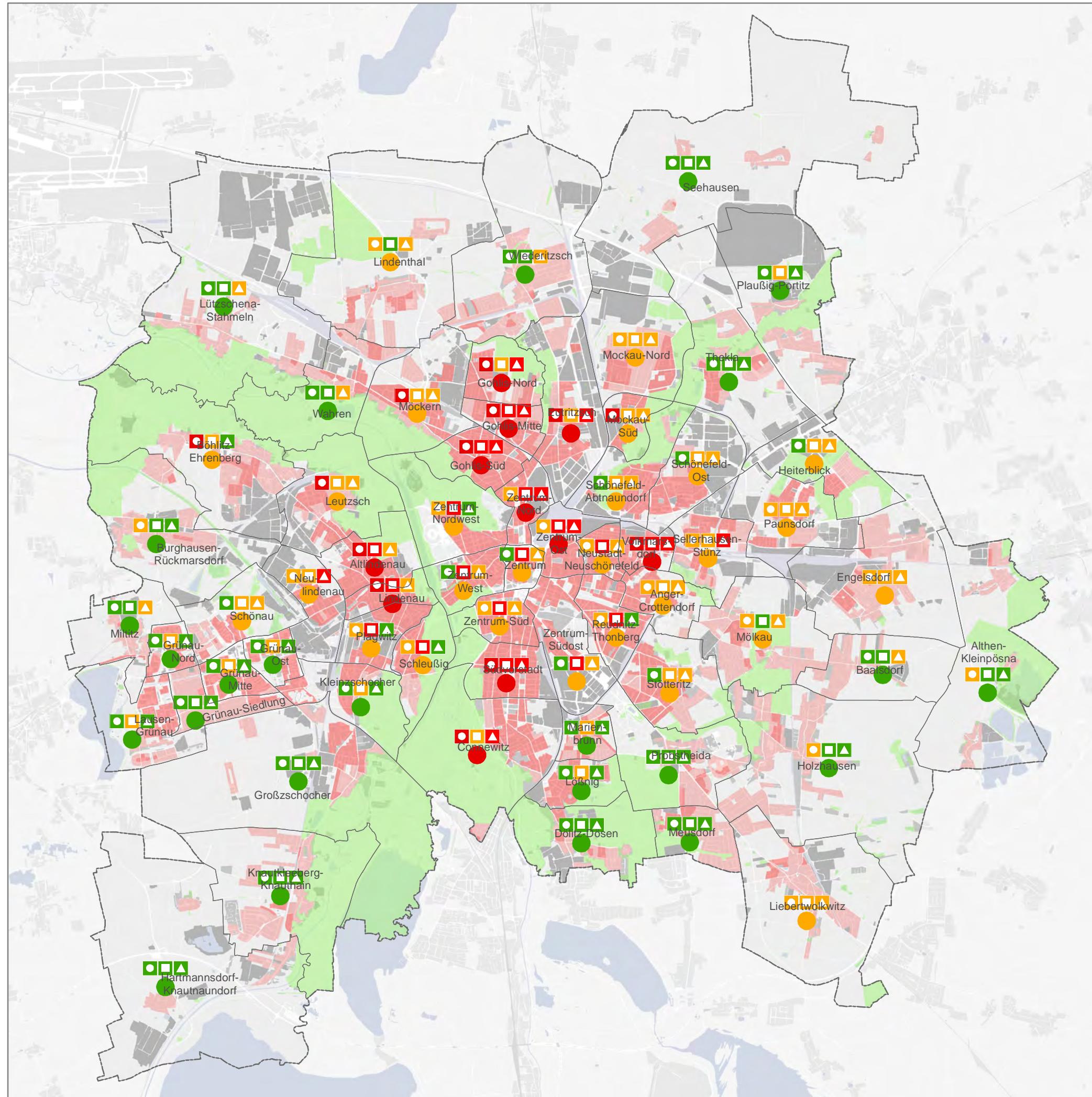
3.5 Finanzielle Auswirkungen

Die finanziellen Voraussetzungen sind für die Sicherung und Entwicklung von Freiraumfunktionen und -qualitäten von entscheidender Bedeutung. Mit dem Wachstum der Bevölkerung zu zunehmendem Verlust von Freiräumen aller Art erhöhen sich zwangsläufig auch die Ausgaben nicht nur für Investitionen in neue Freiraumprojekte, sondern vor allem für die Instandhaltung, d. h. die Wert- und Funktionserhaltung vorhandener Freiräume. Gute Planung, vorausschauende und vorsorgeorientierte Handlungssätze und Maßnahmen tragen dazu bei, die Kostensteigerung und Schadenskosten zu minimieren.

Maßnahmenbündel/ Instrumente	Direkte Kosten/Jahr (GERING/MITTEL/HOCH)	Einnahmen/ Folgekosten/ Folgewirkungen
Steuerung und Qualifizierung der Nachverdichtung für bessere Umwelt- und Lebensqualität	MITTEL Erhöhter Aufwand in der Planung und bei der Kontrolle der Einhaltung entsprechender Standards	HOHE Standortqualität Sicherung der Lebensqualität als wesentlicher Standortfaktor
Mehrfachnutzung von Flächen und Freiräumen ermöglichen sowie entsprechend planen und unterhalten	HOCH Erhöhter Planungs- und Instandhaltungsaufwand, hoher Koordinierungsbedarf, Einrichtung gesamtstädtisches Portfoliomangement	HOHES Einsparpotenzial durch maximale Auslastung von Freiraumangeboten HOHER Beitrag zur Reduzierung des Aufwandes, ökologische Funktionen durch technische Lösungen ablösen zu müssen (z.B. Regenwasserspeicherung, Kühlungsfunktionen durch Vegetation)
Vernetzung der Frei- und Lebensräume in der Stadt und verbesserte Erreichbarkeit bzw. Stärkung des Verbundes mit der Region	HOCH Flächenerwerb zum Lückenschluss, Ausbau des Verbundsystems	HOHER Beitrag zur Minderung von Folgekosten durch Prävention Entlastung hoch frequentierter Räume durch Erschließung von Freiraumpotenzialen im Umland Beitrag zur nachhaltigen Mobilität durch verbessertes Angebot für den Fuß- und Radverkehr Attraktive Stadtnatur mit hoher biologischer Vielfalt erhöht die Attraktivität Entlastung durch interkommunale Kooperation und Aufgabenteilung
Nutzung der Potenziale der grün-blauen Infrastruktur zur Anpassung an den Klimawandel und Minderung der städtischen Umweltbelastungen	HOCH Entwicklung innovativer ökologischer Lösungen und Etablierung entsprechender Baustandards Steigerung der Investition in ein erhöhtes Grünvolumen (Dach- und Fassadenbegrünung, Straßenbäume etc.)	HOHER Beitrag zur Risikominderung und damit Schadensvermeidung Verbesserung der städtischen Umwelt- und Lebensqualität Vergleichsweise GERINGE Folgekosten gegenüber technischen Maßnahmen zur Klimawandelanpassung sowie aufgrund der Multifunktionalität der grün-blauen Infrastruktur
Sicherung und Erweiterung der vorhandenen grün-blauen Infrastruktur durch ein vorsorgendes Liegenschafts- und nachhaltiges Flächenmanagement als Bestandteil von Daseinsvorsorge und Lebensqualität	HOCH Aufbau und Pflege des Managements Flächenerwerb	HOHER Beitrag zur Vermeidung von Kosten aufgrund fehlender Flächenvorsorge und schlechtem Bestandmanagement
Verbesserung der Wertschätzung und Entscheidungsrelevanz von Freiraum und Umwelt sowie Ausbau der Teilhabe und Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements	MITTEL Kompetenzbildung in Kommunikation, Kooperation und Mediation Ressourcenausstattung und Zeitbedarf Öffentlichkeitsarbeit	ERHÖHTE Akzeptanz, damit verkürzte Planungsverfahren und erhöhtes ehrenamtliches Engagement, verantwortungsvoller Umgang mit der Freiraumausstattung

Anlage: Zuordnung Fachkonzept-Ziele zum Strategischen Zielbild

Ziel Nr.	Ziel Fachkonzept	Seite	Übergeordneter Handlungsschwerpunkt (übergeordnetes Strategisches Ziel)
1	Mehrfachnutzung von Flächen und Freiräumen ermöglichen, planen und unterhalten	7	Qualität im öffentlichen Raum und in der Baukultur
2	Vernetzung der Freiräume und Lebensräume in der Stadt und verbesserte Erreichbarkeit bzw. Stärkung des Verbundes mit der Region	8	Balance zwischen Verdichtung und Freiraum Quartiersnahe Kultur-, Sport- und Freiraumangebote
3	Nutzung der Potenziale der grün-blauen Infrastruktur zur Anpassung an den Klimawandel und Minderung der städtischen Umweltbelastungen	9	Erhalt und Verbesserung der Umweltqualität
4	Sicherung und Erweiterung der vorhandenen grün-blauen Infrastruktur durch eine vorsorgende Liegenschaftspolitik und ein nachhaltiges Flächenmanagement	9	Vorsorgendes Flächen- und Liegenschaftsmanagement
5	Verbesserung der Wertschätzung und Entscheidungsrelevanz von Freiraum und Umwelt sowie Ausbau der Teilhabe und Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements	11	Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung
6	Steuerung und Qualifizierung der Nachverdichtung für bessere Umwelt- und Lebensqualität	7	Balance zwischen Verdichtung und Freiraum



Fachkonzept Freiraum und Umwelt

Ortsteilbewertung (Bestand)

Problemintensität nach Ortsteilen

- gering
- mittel
- hoch

Indikatoren nach Problemintensität

- □ ▲ Freiraumversorgung
- □ ▲ Stadtklima
- □ ▲ Biodiversität / Vernetzung

Schutzgebiete

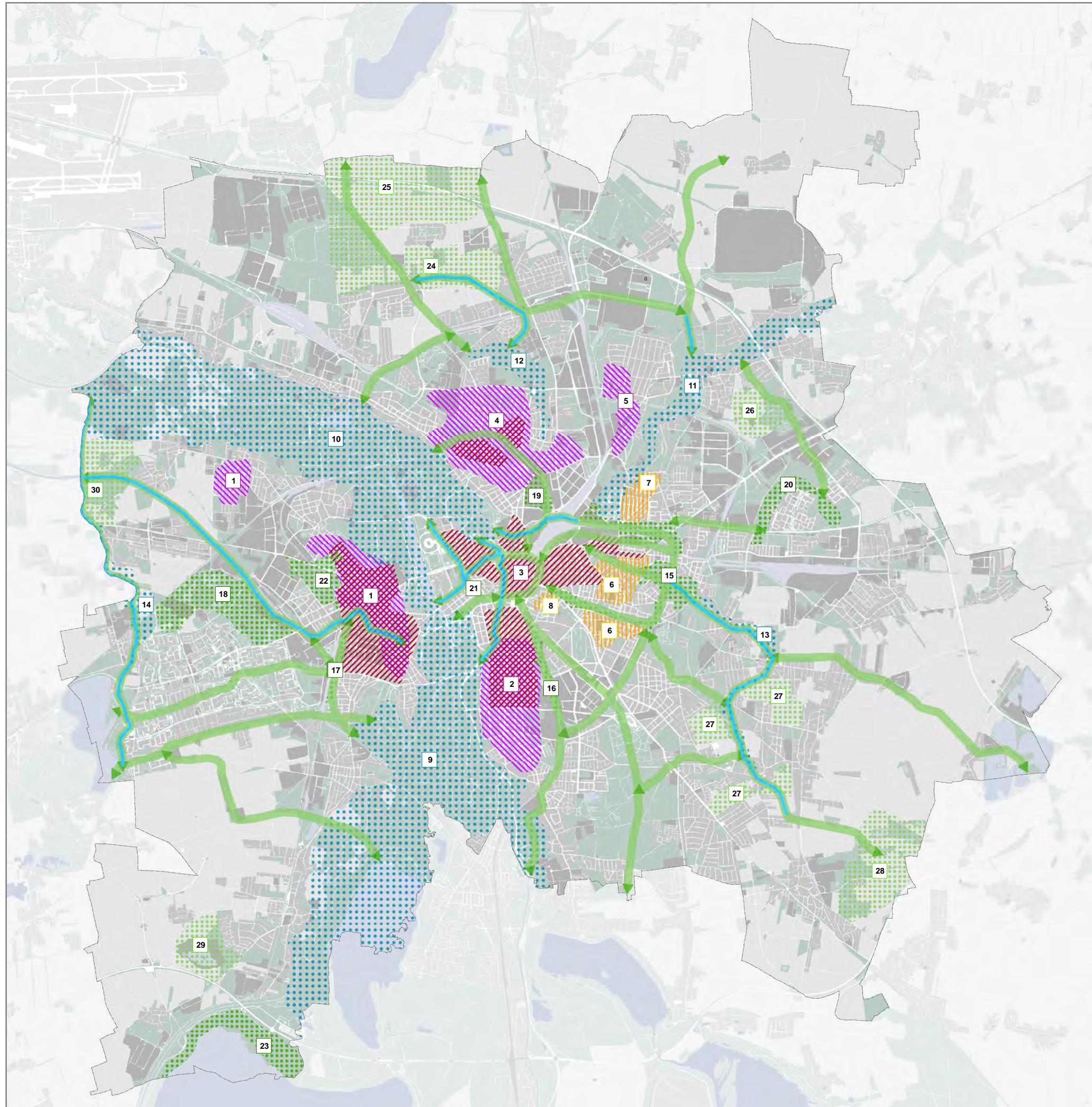
- Natur und Landschaft

Wohngebiete (Baustrukturen nach Blöcken)

- Geschoßwohnungsbau/ Blockrand (>= 3 Geschosse)
- Einzel-/ Doppel-/ Reihenhäuser (bis 2 Geschosse)

□ Ortsteile

□ Stadtgrenze



Fachkonzept Freiraum und Umwelt

Räumliche Handlungsstrategie

Schwerpunkte

Freiraumentwicklung (Flächen-Nr. 9-30)

-  Sicherung und Entwicklung Auenräume (9-14)
-  Stadtentwicklung durch Freiraumentwicklung (15-23)
-  Sicherung kulturlandschaftlich geprägter Freiraumpotentiale (24-30)
-  Vernetzung von Freiräumen
-  Vernetzung von Freiräumen entlang von Gewässern

Bestandsorientierte, quartiersbezogene Freiraumsicherung und -entwicklung (Flächen-Nr. 1-8)

-  Abbau von Defiziten der Grünflächenversorgung (1-5)
-  Abbau stadtclimaticher Belastungen (1-5)
-  Aufmerksamkeitsbereich (6-8)

Flächennummern siehe Fachkonzept Text (3.3)

 Stadtgrenze

FACHKONZEPT KOMMUNALE BILDUNGS LANDSCHAFT

1. EINLEITUNG

Bildung ist ein ressortübergreifendes Zukunftsthema. Sie versetzt Menschen in die Lage, unter komplexen Anforderungen auf der Grundlage persönlicher Ziele und Werte selbstbestimmt zu handeln. Bildung befähigt zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ist unabdingbar zur Herausbildung von Autonomie und Kritikfähigkeit, Urteilskraft und Verantwortungsbereitschaft. Eine gut ausgestattete Bildungslandschaft ist ein wichtiger Standortvorteil. Leipzig kann dabei auf eine reiche Bürger- und Bildungstradition zurückblicken. Aber ebenso sind gut ausgebildete und sich aktiv weiterbildende Bürger/-innen ein wichtiger Zukunftsfaktor. Die kleinräumige Betrachtung von Bildungserfolg zeigt in Leipzig – ähnlich wie in allen Großstädten Deutschlands – Phänomene von sozialer Segregation und sozialer Ungleichheit. In den vergangenen Jahren hat sich das Bewusstsein durchgesetzt, dass aus kommunaler Sicht neben der infrastrukturellen Ausgestaltung einer Bildungslandschaft ebenso die inhaltliche Entwicklung bedeutsam ist, um dem Ideal der Chancengerechtigkeit näher zu kommen und zu einer sozial ausgewogenen Entwicklung beizutragen.

Die Schaffung kinder-, jugend- und familienfreundlicher Lebensbedingungen soll auch künftig in Leipzig nicht als problemorientierte, intervenierende Sozialpolitik verstanden werden, sondern muss als aktive Bildungs- und Gesellschaftspolitik ausgestaltet sein. Der Begriff Bildung wird dabei als lebensbegleitender Prozess aufgefasst und beinhaltet neben der formalen schulischen Bildung auch informelle und non-formale Bildungsprozesse sowie die allgemeine und berufliche Weiterbildung. Das Fachkonzept soll dazu eine ressortübergreifende, langfristige und räumlich differenzierte Entwicklungsstrategie vorlegen. Eine wesentliche Voraussetzung ist dabei die Zusammenarbeit und Abstimmung mit allen Ämtern, Institutionen und Einrichtungen, die diese Prozesse mitgestalten.

Verwendete Grundlagen	<ul style="list-style-type: none"> • Bibliotheksentwicklungskonzeption 2016-2020 • Bildungspolitische Leitlinien der Stadt Leipzig • Bildungsreport Leipzig; Sozialreport Leipzig • Fachplan Kinder- und Jugendförderung • Langfristiges Entwicklungskonzept für das Kindertagesstättennetz • Kulturentwicklungsplan 2016-2020 • Schulentwicklungsplan der Stadt Leipzig – Fortschreibung 2016 • Strategisches Bildungsmanagement in der Stadt Leipzig. Ein Zukunftskonzept • Ziel- und Entwicklungskonzeption der Volkshochschule Leipzig
Arbeitsstruktur	AG zum Fachkonzept: Amt für Jugend, Familie und Bildung, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, Kulturamt, Leipziger Städtischen Bibliotheken, Volkshochschule Leipzig und Stadtplanungsamt.

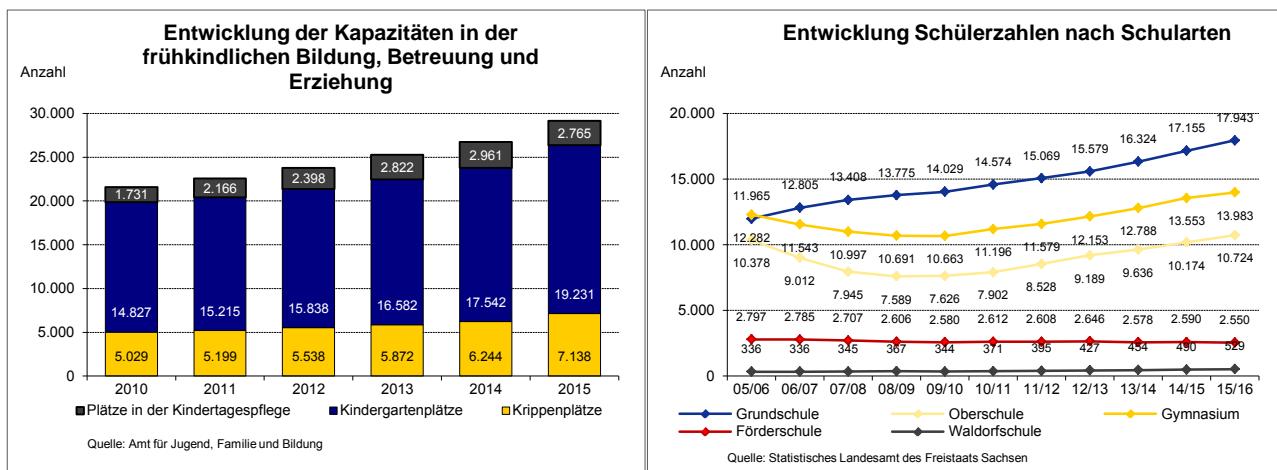
2. AUSGANGSLAGE

2.1 Aktuelle Situation und Entwicklungen

Soziodemografische Entwicklungen und die Folgen für die Bildungsinfrastruktur

Seit Beginn der 2000er Jahre verzeichnete Leipzig steigende Einwohner- und Geburtenzahlen. In den letzten fünf Jahren war eine besonders starke Dynamik zu beobachten. Der natürliche Bevölkerungssaldo fiel am Ende des Jahres 2014 erstmals positiv aus. Dieser Trend setzte sich 2015 und 2016 fort.

Daraus ergab sich eine steigende Nachfrage nach Angeboten im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung. Infolgedessen wurde das Angebot an Kinderbetreuung zwischen 2005 und 2015 um mehr als 13.000 Plätze (entspricht einer Steigerung von über 80 %) erhöht. Dies betraf zum einen Plätze in Einrichtungen; die Kapazitäten im Krippenbereich verdoppelten sich auf mehr als 7.100 Plätze und die Anzahl der Plätze in den Kindergärten stieg um 60 %. Zum anderen schlug sich dies auch auf die Betreuungsangebote durch Kindertagespflegepersonen nieder. Hier steigerten sich die Betreuungsplätze im genannten Zeitraum von 500 auf 2.700. Die Zunahme der Betreuungskapazitäten fiel von 2010 bis 2015 stärker aus als das Wachstum in der entsprechenden Altersgruppe der 0- bis unter 6-Jährigen. Dennoch ist angesichts der weiteren Zunahme der Geburtenzahlen in Leipzig sowie des bundesweiten Rechtsanspruches auf einen Krippenplatz seit 2013 ein weiterer Kapazitätsausbau erforderlich, insbesondere in den innerstädtischen und demografisch wachsenden Stadträumen.



Die ansteigende Zahl von Kindern und Jugendlichen macht sich seit dem Schuljahr 2003/04 in den Grundschulen und seit dem Schuljahr 2009/2010 in der Sekundarstufe I bemerkbar. Hier werden die gleichen stadtärmlichen Ungleichgewichte wie im Bereich der Kindertagesstätten ersichtlich. Laut Schulentwicklungsprognose wird sich die Anzahl der Schulanfänger/-innen an Grundschulen bis 2030 um 50 % auf 7.500 erhöhen. Für die weiterführenden Schulen wird für denselben Zeitraum ein noch stärkeres Wachstum von mehr als 60 % angenommen. Auf diese Entwicklung muss mit einer massiven Erhöhung der Kapazitäten reagiert werden. Im Schulentwicklungsplan von 2016 sind bis 2020/21 schulartübergreifend bis zu 40 bauliche Maßnahmen (Neubau, Reaktivierungen, Kapazitätserweiterungen) ausgewiesen.

Zeitgleich verließen die geburten schwachen Nachwendejahrgänge die allgemeinbildenden Schulen. Entsprechend setzte im Ausbildungsjahr 2006/07 ein spürbarer Rückgang der Zahl der Auszubildenden ein. Im Schuljahr 2015/16 wurden nur noch 14.432 Jugendliche und junge Erwachsene in berufsbildenden Schulen in Leipzig ausgebildet, dies entsprach einem Rückgang um 40 % im Vergleich zu 2005. In den letzten Jahren büßte der Rückgang an Dynamik ein und für den Zeitraum nach 2017 wird ein Wiederanstieg prognostiziert.

Qualitätsentwicklung im Bereich der vorschulischen und schulischen Bildung

In den vergangenen Jahren haben sich Prozesse der Qualitätsentwicklung auf die vorschulische und schulische Bildungsinfrastruktur niedergeschlagen, die vor allem durch eine stärkere Betonung des Bildungsaspektes im frühkindlichen Bereich, durch die Verknüpfung von formalen und non-formalen Bildungsangeboten sowie durch die Bündelung von Bildungsangeboten in den Einrichtungen geprägt

waren. Im Folgenden werden einige Beispiele genannt.

Die funktionale und räumliche Erweiterung des Bildungs- und Erziehungsauftrages in Kindertageseinrichtungen wurde in dem Modellprojekt „Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren (KiFaZ)“ erprobt. Ein wesentlicher Aspekt des Projektes ist die Erweiterung der Aufmerksamkeit auf das System Kind/Familie, was eine Intensivierung der Elternarbeit in den Kindertagesstätten unter direkter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten bedeutet. In Leipzig wurden an 14 Standorten Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) weiterentwickelt.

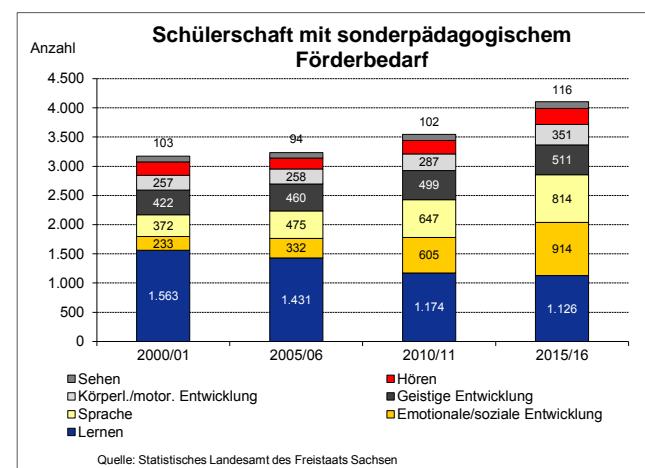
In Folge der ersten Pisa-Studien beschlossen Bund, Länder und Kommunen den Ausbau von Ganztagsschulen, um durch veränderte Lernmethoden, Unterrichtsformen und -rhythmen sowie die Hinzunahme von non-formalen Bildungsangeboten die Lernumgebung zu verbessern. Die in Sachsen seit 2005 geltende Förderrichtlinie zum Ausbau von Ganztagsangeboten in Schulen bildet die Basis für die Konzeptentwicklung und Finanzierung der Angebote. Die Beteiligung der öffentlichen Schulen Leipzigs stieg rasch von einem Fünftel (2005/06) auf fast 90 % (2015/16). Eine unverzichtbare Voraussetzung für die Ganztagsangebote sind Kooperationen zwischen den Schulen und Kooperationspartnern der non-formalen Bildung. Es existierten Kooperationen mit weit über 100 Partnern, u. a. aus den Bereichen Sport, Kunst/Kultur, Musik, Natur/Umwelt, Medien.

Schulsozialarbeit hat zum Ziel, die Schüler/-innen bei der Bewältigung individueller Problemlagen und der Entwicklung einer Lebens- und Berufsperspektive zu unterstützen, das Klassen- und Schulklima zu verbessern sowie Eigeninitiative, soziale Kompetenz und Mitbestimmung zu fördern. Schulsozialarbeit besitzt in Leipzig einen besonderen Stellenwert und entwickelte sich mit 56 Standorten zu einem quantitativ großen Leistungsbereich. 2015/16 waren alle Oberschulen in kommunaler Trägerschaft mit Schulsozialarbeit ausgestattet. Darüber hinaus befanden sich Stellen an den sieben Berufsschulzentren (BSZ) mit Berufsvorbereitungsjahrgängen (BVJ), an acht Förderschulen, an der Nachbarschaftsschule und an 16 Grundschulen. Hier wurden vor allem solche in Stadträumen mit hohen SGB-II-Quoten mit Angeboten der Schulsozialarbeit ausgestattet.

Entwicklungen im Bereich besonderer Bedarfslagen

Im Schuljahr 2015/16 gab es an allgemeinbildenden Schulen in Leipzig insgesamt 4.105 Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Das war knapp ein Zehntel aller Schüler/-innen. Damit verdoppelte sich der Förderanteil seit Mitte der 1990er Jahre. Zeitgleich wurde weit mehr als ein Drittel (1.555 Schüler/-innen) der Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ beschult. Diese Zahl hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdreifacht. Ein Großteil der diagnostizierten und kontinuierlich steigenden Förderbedarfe liegt im Bereich der Lernförderung, der sozialen und emotionalen Entwicklung sowie der Sprachförderung. Im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention auf



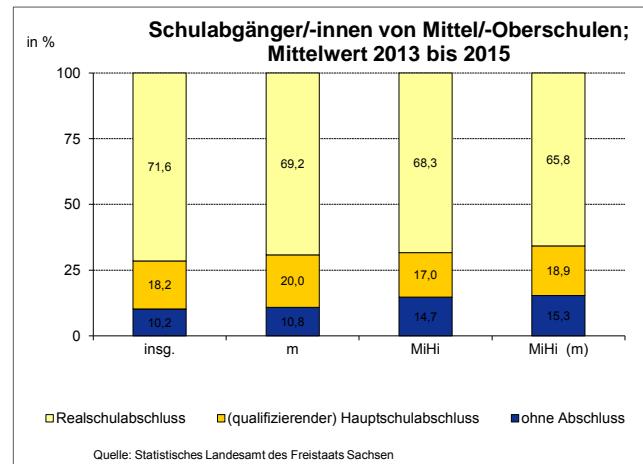
Bundes- und Landesebene ist für die kommenden Jahre mit einer steigenden Nachfrage an Integrationsplätzen in allgemeinbildenden Schulen zu rechnen. Die Kommune beteiligt sich im Rahmen ihrer Schulträgerschaft sowie durch die gesetzlich geregelte Gewährung von Eingliederungshilfen an der schulischen Integration. Auch im Bereich der kulturellen Bildung und bei den Angeboten der Volks- hochschule werden die Belange von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt.

Die wachsende Heterogenisierung der Leipziger Stadtgesellschaft zeigt sich auch in den Bildungsinstitutionen. Die Anzahl der Schüler/-innen mit Migrationshintergrund wächst kontinuierlich. Im Schuljahr 2015/16 hatten 15,8 % der Schüler/-innen einen Migrationshintergrund. Hinsichtlich der Abschlüsse der Migrant/-innen zeigt sich ein differenziertes Bild: Einerseits weichen die Bildungserfolge von Migrant/-innen an Gymnasien kaum von den Erfolgen der Gesamtschülerzahl ab. Andererseits ist der Anteil derjenigen, die die Schule ohne mindestens einen Hauptschulabschluss verlassen, erhöht. Neben der jüngeren Bevölkerungszusammensetzung der Leipziger Bürger/-innen mit Migrationshintergrund wird sich vor allem die Zuwanderung nach Deutschland auf die Zusammensetzung der Schülerschaft aus-

wirken. Im Schuljahr 2014/15 gab es 23 DaZ¹-Klassen in denen 436 Schüler/-innen unterrichtet wurden. Diese Klassen waren auf 16 Schulstandorte verteilt. Zum Schuljahresbeginn 2015/16 wuchs die Zahl stark an und befand sich im Juni 2016 bei 61 DaZ-Klassen an 41 Schulen mit 1.630 Schüler/-innen. Zusätzlich zu den separaten DaZ-Vorbereitungsklassen wurden 2015/16 mehr als 3.000 Schüler/-innen im Regelunterricht betreut. Damit ist aktuell das komplette Grund- und Oberschulnetz in die DaZ-Integration einbezogen. Für die nähere Zukunft wird von weiterhin steigenden Zahlen ausgegangen, auf die mit einer Ausweitung der räumlichen Kapazitäten und einer Erweiterung der Schulraumprogramme um DaZ-Klassen reagiert werden muss.

Die soziale Differenzierung zeigt eine große Spannweite der Armutslagen über den Stadtraum. In manchen Ortsteilen wächst mehr als die Hälfte der Kinder unter Armutsbedingungen auf. Dies wirkt sich auch auf die individuellen Bildungsbiografien aus: im gemittelten Dreijahreswert von 2013 bis 2015 lagen die Anteile gymnasialer Bildungsempfehlungen je nach Schulstandort zwischen 22,9 % und 90,5 % (Mittelwert 51,5 %). Überdurchschnittliche Quoten gymnasialer Bildungsempfehlungen wurden vor allem in den Schulen der zentrumsnahen Ortsteile entlang des Auwaldes erzielt, während unterdurchschnittliche Anteile gymnasialer Bildungsempfehlungen insbesondere in jenen Schulbezirken auftraten, die zu den sozialräumlichen Entwicklungsschwerpunkten Leipzigs gehören (z. B. Grünau, innenstadtnahe Ortsteile des Leipziger Ostens).

Eine besondere Problemlage stellt das Verlassen der Schule ohne allgemeinbildenden Schulabschluss dar. 2015 verließen 373 Schüler/-innen oder 11,4 % eine allgemeinbildende Schule ohne mindestens einen Hauptschulabschluss, der als Minimalkriterium für den Übergang in die berufliche Ausbildung gilt. Über die Hälfte der Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss stammte von Förderschulen. Aber auch an Oberschulen lag der Anteil seit mehreren Jahren bei über 10 %. Wie Analysen nach Oberschulstandorten zeigen, gibt es auch hier einen Zusammenhang zwischen unterdurchschnittlichem Bildungserfolg und der sozialen Lage: In einzelnen Oberschulen von Grünau, Lindenau und dem Leipziger Osten verlassen jedes Jahr mehr als 20 % der Schüler/-innen die Schule ohne mindestens einen Hauptschulabschluss. Die betroffenen Schüler/-innen finden meist keinen Ausbildungsplatz und münden zunächst in Maßnahmen des Übergangssystems ein. Auch hier scheitert ein Großteil der Teilnehmer/-innen an den gestellten Anforderungen.



Lernen als lebensbegleitender Prozess

Die Stadt Leipzig bietet als Oberzentrum eine große Palette kommunaler und privater Bildungseinrichtungen, von denen im Folgenden ausgewählte Beispiele dargestellt werden sollen.

Die drei Schulen des zweiten Bildungsweges sind seit Jahren voll ausgelastet. Unter den Absolvent/-innen des Schuljahres 2015 erreichten 57,1 % die allgemeine Hochschulreife, 29,9 % den Realschulabschluss und 13,0 % den Hauptschulabschluss.

An den 21 Fachschulen lernten im Schuljahr 2015/16 insgesamt 2.183 Schüler/-innen. Die Mehrheit belegte einen pädagogischen Bildungsgang (Erzieher/-in/Heilerziehungspfleger/-in). Das Segment der Fachschulen hat im Gegensatz zu den anderen berufsbildenden Schulen stabile Schülerzahlen.

Die Volkshochschule (VHS) ist die größte Einrichtung der Erwachsenenbildung und zugleich die einzige mit einem ganzheitlichen Profil zur allgemeinen, kulturellen, gesundheitlichen, sprachlichen und beruflichen Weiterbildung. An ihrer Hauptstelle im Stadtzentrum, zwei Nebenstellen in Grünau und Paunsdorf sowie an mehr als 100 Standorten im Stadtgebiet unterbreitet sie altersoffene und zugleich altersdifferenzierte Bildungsangebote, welche die Partizipation an Gesellschaft, Kultur und Beschäftigung in allen Lebensphasen fördern. Eine besondere Rolle nimmt die VHS in der politischen Bildung, der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Integration von Migrant/-innen ein. Neben vielfälti-

¹ Deutsch als Zweitsprache

gen Bildungsformaten zu politischen und sozialen Themen, zu Prozessen der Bürgerbeteiligung, bietet sie Integrations-, Deutsch- sowie Zertifikatskurse an und unterstützt Ehrenamtliche in der Vereins- und Flüchtlingsarbeit mit einer Fortbildungsreihe. Jährlich werden mit ca. 3.000 Kursen, Vorträgen, Seminaren mehr als 43.000 Teilnehmer/-innen erreicht.

Die Leipziger Städtischen Bibliotheken (LSB) gehören mit rund einer Million Besuchen pro Jahr zu den bedeutendsten kulturellen Bildungseinrichtungen in kommunaler Hand. Mit dem Haupthaus am Wilhelm-Leuschner-Platz, den fünfzehn Standorten im gesamten Stadtgebiet sowie einer Fahrbibliothek betreiben die LSB flächendeckend strategische Bildungsarbeit. Die inhaltliche Arbeit im vorschulischen sowie schulischen Bereich erfolgt nach einem lehrplanorientierten, qualitativen Konzept, das neben konkreter Wissensvermittlung der Stärkung von Kompetenzen dient. Im Rahmen der gesamten Veranstaltungstätigkeit der LSB werden jährlich rund 1.600 Veranstaltungen mit mehr als 42.000 Teilnehmer/-innen aus allen Altersgruppen realisiert.

Auch die Musikschule „Johann-Sebastian-Bach“ ist neben dem Haupthaus in drei Zweigstellen sowie in 50 Kindertagesstätten und zwölf Grundschulen im Stadtgebiet präsent. Insgesamt werden mehr als 8.000 Musikschüler/-innen unterrichtet.

Leipzig verfügt außerdem über ein vielfältiges Angebotsspektrum zur kulturellen Bildung. Das Angebot reicht dabei von Theater- und Musikprojekten über museumspädagogische Angebote, Fortbildungen und Workshops bis hin zu Kulturangeboten, die von Kindern und Jugendlichen/jungen Erwachsenen selbstständig organisiert und umgesetzt werden. Ergänzt werden diese Formate durch eine Reihe von Wettbewerben und Festivals. Im Zentrum stehen dabei stets Angebote, die zur aktiven Beteiligung und zum Selber Tun anregen. Kunst und Kultur werden nicht nur rezeptiv erfahren, sondern selbst gestaltet. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die Kommune im Bereich der kulturellen Bildung nicht nur selbst Einrichtungen unterhält, sondern sich vor allem im soziokulturellen und kulturpädagogischen Spektrum in einem Wechselspiel mit anderen Trägern wie Vereinen und gemeinnützigen GmbHs, Körperschaften öffentlichen Rechts und gewerblichen Anbietern befindet. Dabei unterscheiden sich die Angebote ebenso wie die Organisationsformen der Einrichtungen. Durch den weiteren Ausbau ganztägiger Bildung und Erziehung in den Schulen nehmen auch die allgemeinen und berufsbildenden Schulen vermehrt Angebote der kulturellen Bildung an und gehen Kooperationen mit Kultureinrichtungen, Vereinen oder Künstlern ein. Damit hat sich das Zusammenspiel der Systeme Schule und außerschulischen Trägern kultureller Bildung gefestigt.

Auch die Kinder- und Jugendförderung trägt durch ein vielfältiges und zielgruppenorientiertes Angebot dazu bei, dass insbesondere Kinder, Jugendliche und Familien mit schwierigen Lebensumständen eine sinnstiftende, persönlichkeitsfördernde und wertevermittelnde Freizeit in Leipzig erleben und individuelle sowie passgenaue Hilfe und Unterstützung in Anspruch nehmen können. Über die Steuerung in den Planungsräumen wird angestrebt, Angebote und Maßnahmen besser an den Bedarfen vor Ort auszurichten und somit die Leistungen weiterzuentwickeln und stetig anzupassen. Die Kooperation mit dem System Schule ist ausdifferenziert und flächendeckend entwickelt und muss nachhaltig stabilisiert werden.

Sport hat in seinen verschiedenen Dimensionen unmittelbaren Einfluss auf die Lebenswelt der Menschen in der Stadt. Er übernimmt Aufgaben in der Bildung und Erziehung, der Gesundheitsförderung und Prävention, der sozialen Integration und Inklusion im Sinne selbstbestimmter gleichberechtigter Teilhabe. Die institutionelle Vielfalt im Bereich des Sports bringt auch ein großes Angebotsspektrum mit sich; 2016 bestanden in Leipzig eine Vielzahl von Sportstätten sowie 401 registrierte Sportvereine mit 93.788 Mitgliedern.

Im Bereich der Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung bietet Leipzig gute naturräumliche Ausstattung vielfältige Möglichkeiten, Wissen über die Natur-Umwelt-Beziehungen zu erwerben. Zudem hat sich in den vergangenen Jahren eine vielfältige Angebotsstruktur in Vereinen und Institutionen entwickelt, die Kernaspekte der Bildung für nachhaltige Entwicklung selbst praktizieren und weitergeben.

Der Stellenwert demokratischer und historischer Bildung nahm 2016 deutlich zu, wozu nicht zuletzt intensiv geführte politische und gesellschaftliche Diskurse über Zuwanderung, gesellschaftliche Vielfalt, Rassismus und Extremismus beigetragen haben. Die Notwendigkeit verstärkter Bemühungen auf dem Gebiet der demokratischen Bildung, aber auch des Einsatzes anderer präventiver Ansätze in Sachsen wird durch die deutliche Zunahme der politisch motivierten Gewalt in den letzten Jahren unterstrichen.

2.2 Stärken, Schwächen und Herausforderungen

Die größte Herausforderung der nächsten Jahre ist der bedarfsgerechte Ausbau der Kindertagesstätten und der Schulen angesichts der steigenden Kinderzahlen, der stadträumlichen Veränderungen und des Rechtsanspruches auf einen Krippenplatz. Folgende weitere Stärken, Schwächen und Herausforderungen können für die Bildungslandschaft Leipzigs benannt werden.

Stärken und Potenziale

- Leipzig hat eine im Vergleich zu anderen Städten dieser Größenordnung quantitativ gute Ausstattung mit Kindertagesstättenplätzen, Einrichtungen der kulturellen Bildung und der Jugendhilfeinfrastruktur.
- Investitionen in die Bildungsinfrastruktur sind jetzt und auch in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt in der kommunalen Finanzplanung.
- Leipziger Kindertageseinrichtungen zeichnen sich im Vergleich zu denen anderer Städte dieser Größenordnung durch ein flexibles Angebot an ganztägigen Betreuungszeiten und eine breite Trägerschaft, verbunden mit einem differenzierten inhaltlichen Profil, aus.
- Die Schullandschaft ist von einer breiten Trägerschaft geprägt, die ein differenziertes inhaltliches Angebot absichert.
- In den vergangenen Jahren wurden große Anstrengungen zur Erweiterung der integrativen Bildungsmöglichkeiten unternommen. Bereits gut entwickelte Kapazitäten sind im frühkindlichen Bereich vorzufinden, auch im schulischen Bereich haben die Möglichkeiten einer integrativen Unterrichtung deutlich zugenommen. Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sollte nun eine Weiterentwicklung der Integration zur Inklusion folgen.
- Das Bibliotheksnetz wird kontinuierlich in den Stadtteilen optimiert und trägt positiv zur Stadtteilentwicklung bei. Die Bibliotheken leisten weiterhin einen wichtigen Beitrag zur informellen Bildung und zum lebenslangen Lernen.
- Die soziokulturellen Zentren und die Einrichtungen der Kinder- und Jugendkulturarbeit haben eine starke Position auf Stadtteilebene und zeichnen sich darüber hinaus durch ihre hohe Qualität und die kontinuierlich wachsenden generationsübergreifenden Angebote aus.
- Es gibt viele Kooperationen von Bildungseinrichtungen (formal und non-formal) sowie Netzwerke zwischen den Bildungsträgern.
- Die Volkshochschule organisiert und unterstützt das lebenslange Lernen durch Angebote zur politischen Partizipation und zu bürgerschaftlichem Engagement, zur Mehrsprachigkeit und Integration, zur Beschäftigungs- und Weiterbildungsfähigkeit, zur gesundheitlichen Prävention sowie zur Entwicklung kreativen Potenzials in Leipzig.
- Leipzig verfügt mit verschiedenen Monitoringsystemen (z. B. Sozialreport, Bildungsreport, Kinder- und Jugendreport) über gute Planungsgrundlagen.

Schwächen und Risiken

- In Bildungseinrichtungen sind immer wieder Kapazitätsengpässe zu beobachten, dies trifft insbesondere auf die innerstädtischen und hoch verdichteten Ortsteile zu. Auch der bisher erfolgte Ausbau der Kapazitäten konnte die Situation noch nicht entschärfen. Waren zu Beginn der 2010er Jahre vor allem Plätze in der Kinderbetreuung ein Thema, so wachsen die fehlenden Kapazitäten zunehmend in den Bereich Schule hinein.
- Der bauliche Zustand der Bildungsinfrastruktur (formal und non-formal) ist zum Teil sehr schlecht. Infolgedessen sind die erforderlichen finanziellen Aufwendungen zur Bestandserhaltung, Modernisierung und/oder zur Herstellung der Barrierefreiheit erheblich.
- Neben der Bereitstellung von Kapazitäten wird bei Aspekten der qualitativen Einrichtung und Ausstattung (IT, digitalen Medien, Lehrmittel und Möblierung) deutlicher Nachholbedarf bei der Bildungslandschaft (formal und non-formal) sichtbar.
- Die Verknüpfung von aktuellen Erkenntnissen aus Pädagogik, Architektur und Städtebau in Form eines neuen, qualitativen Schulbaus mit einer inklusiven Grundausrichtung findet bisher nur nachgeordnet in Einzelfällen Berücksichtigung.
- Im Hinblick auf das starke Wachstum Leipzigs stehen auch non-formale Bildungseinrichtungen und solche der Erwachsenenbildung vor der Herausforderung der fehlenden räumlichen und personellen Ressourcen. Weitere Anstrengungen zur Erhöhung der Kapazitäten sind erforderlich.

lich.

- Die Soziokulturellen Zentren und andere Kulturinstitutionen werden zum Teil noch nicht ausreichend als gleichwertige Bildungspartner zu und von den formalen Bildungsinstitutionen wahrgenommen.
- Die soziale Differenzierung der Bevölkerung hat sich im Raum verfestigt. Sie erfordert spezifische Konzepte für die Bildungslandschaften in den betroffenen Stadtteilen. Ziel sollte neben der Verbesserung der individuellen Bildungschancen eine Stabilisierung der Sozialstruktur sein.
- Benachteiligte Bevölkerungsgruppen werden als Zielgruppe für Bildungsangebote nur schwer oder gar nicht erreicht.
- Aus dem allgemeinbildenden Schulsystem scheiden zu viele Jugendliche ohne mindestens einen Hauptschulabschluss aus. Ihre weitere Bildungs- und Berufsbiografie ist dadurch stark beeinträchtigt. In den Bildungsgängen des Übergangssektors der berufsbildenden Schulen liegen die Quoten für einen erfolgreichen Abschluss übergreifend bei unter 50 %.
- In vielen Fällen fehlen Strukturen, um effizient Drittmittel einzuwerben. Darüber hinaus erschweren die zeitliche Befristung von Projekten und Modellvorhaben die Kontinuität von Arbeitsprozessen und stellen immer wieder die Nachhaltigkeit von Erreichtem in Frage.
- In den kommenden Jahren wird ein großer Teil des pädagogischen Personals an Kindertagesstätten und Schulen in den Ruhestand treten. Zuzüglich des zeitgleichen Zuwachses an Betreuungs- und Schulplätzen wird dem Personalmehrbedarf durch verstärkte Einstellung von pädagogischem Personal Rechnung zu tragen sein.
- Die guten konzeptionellen Grundlagen zur Entwicklung der Bildungslandschaft mit ihren zum Teil sehr differenzierten Entwicklungszielen sowie Visionen für die Gesamtstadt und ihre Teilräume gilt es stärker in der Umsetzung zu begleiten. Die Rolle der Bildungslandschaft für die Stadtteilentwicklung muss stärker verankert und die finanziellen Grundlagen müssen bereits in der Konzepterstellung berücksichtigt werden.

3. HANDLUNGSSTRATEGIE

3.1 Ziele

Seit einiger Zeit wird in der deutschen Stadtentwicklungsdiskussion betont, welche herausragende Rolle kommunale Bildungslandschaften für die Stadt- und Quartiersentwicklung spielen können. Die Ziele des Fachkonzeptes Kommunale Bildungslandschaft ergeben sich aus der Verbindung des strategischen Zielbilds „Leipzig 2030“ mit den bildungspolitischen Leitlinien einerseits und den Aussagen aus den entsprechenden Fachplanungen und Entwicklungskonzeptionen andererseits.

1. Quantitativer Ausbau und qualitative Weiterentwicklung der Bildungsinfrastruktur

Der bedarfsgerechte Ausbau des Kindertagesstätten- und Schulnetzes ist eine zentrale Aufgabe der Stadtentwicklung. Da diese Investitionen für mehrere Jahrzehnte erfolgen, ist eine Ausrichtung der Standorte an den übergeordneten Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung von besonderer Bedeutung. Gleichzeitig soll mit den Neubau- und Sanierungsprojekten geprüft werden, wie die Umsetzung der inhaltlichen Ziele für die kommunale Bildungslandschaft durch eine geschickte bauliche Gestaltung der Projekte unterstützt werden kann; dies beinhaltet neben einer modernen pädagogischen Architektur Fragen der Raumorganisation und Mehrfachnutzung. Hierbei ist ebenfalls ein besonderes Augenmerk auf die Ausstattung der Einrichtungen und deren technische Infrastruktur zu legen. Der notwendige Ausbau bietet gleichzeitig die Chance, neue Standards in Bezug auf eine inklusive Ausrichtung und Barrierefreiheit einzuplanen und umzusetzen.

Maßnahmenbündel:

M1-01: Durchführen von Infrastrukturmaßnahmen für die Kapazitätserweiterung des Schul- und Kindertagesstättennetzes. So sind bis 2030 reinrechnerisch mehr als 70 Schulen insgesamt, bzw. 120 kapazitätserweiternde Schulbaumaßnahmen notwendig. Weiterhin müssen 13.000 neue Betreuungsplätze für die vorschulische Betreuung geschaffen werden. Der notwendige Infrastrukturausbau betrifft ebenso Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Orte der non-formalen Bildung, wie etwa Einrichtungen der kulturellen Bildung und solche der Kinder- und Jugendhilfe.

M1-02: Kindertagesstätten- und Schulnetzplanung werden ressortübergreifend abgestimmt und regelmäßig fortgeschrieben. Eine jährliche kleinräumige Beobachtung des Bedarfs und des Angebotes wird dabei durch gesamtstädtische Planungen ergänzt, die einen langfristigen Zeitraum betrachten. Ebenso sollten freie Träger und regionale Kooperationen dabei Berücksichtigung finden.

M1-03: Für die Bildungsinfrastruktur muss eine langfristige Grundstücksvorsorge betrieben werden. Bei der Auswahl geeigneter Grundstücke sind mit Blick auf eine Stadt der kurzen Wege die räumliche Lage und eine gute Anbindung im ÖPNV zu berücksichtigen.

M1-04: Das zentrale Gebäudemanagement der Stadt Leipzig muss im Sinne der Ressourcenoptimierung Planungen und Bauvorhaben der verschiedenen Ressorts bündeln und integrierte Bauvorhaben als Dienstleistungsamt koordinieren.

M1-05: Bei der Planung neuer bzw. dem Umbau bestehender Schulen müssen Standards des modernen Schulhausbaus definiert und etabliert werden. Aktuelle Erkenntnisse aus Pädagogik, Architektur und Städtebau werden so in einen zeitgemäßen qualitativen Schulbau überführt.

M1-06: Die Suche nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten ist aufgrund der begrenzten finanziellen Spielräume unerlässlich. Dies betrifft sowohl bauliche Maßnahmen als auch die Finanzierung von Angeboten. Beispielhaft können Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung, z. B. Soziale Stadt, sowie die Programme der integrierten (sozialen) Stadtentwicklung der EU (EFRE und ESF) genannt werden.

M1-07: Für eine moderne pädagogische Architektur müssen Formen für Beteiligungsprozesse gefunden werden. Diese sollen neben den Interessen der zukünftigen schulischen Nutzer auch die von außerschulischen Bildungsakteuren (z. B. Einrichtungen der Kinder- und Jugendkulturarbeit, Musikschule, Volkshochschule) und der Stadtteilentwicklung berücksichtigen. So kann in Zeiten der engen finanziellen Spielräume die Multifunktionalität von Räumen erhöht und die Raumauslastung der ansonsten zu bestimmten Zeiten leerstehenden Schulen optimiert werden. Gleichzeitig entstehen wichtige Impulse für die Stadtteilentwicklung.

M1-08: Wichtig beim Aus- und Umbau der Bildungsinfrastruktur sind inklusive Gesichtspunkte; dies betrifft Barrierefreiheit sowohl beim Bau als auch bei Angeboten. Der notwendige Ausbau der Infrastruktur bietet die Chance, neue Standards einzuplanen und umzusetzen. Inklusion von Anfang an kann Folgekosten reduzieren und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Nicht zuletzt werden gesellschaftlicher Zusammenhalt und sozialer Frieden durch Inklusion gestärkt. Für die schulische Infrastruktur besteht nicht die Möglichkeit, jede Einrichtung für alle Förderschwerpunkte zugänglich zu machen, sondern vielmehr in verschiedenen Stadtteilen einzelne Förderschwerpunkte an Schulen zu installieren, sodass ein ausgewogenes Netz für eine inklusive Teilhabe im gesamten Stadtgebiet besteht. Diese Aufgabe besteht auch bei Einrichtungen der non-formalen und Erwachsenenbildung (z. B. durch bauliche Erweiterung der VHS/Standort Lörstraße für inklusive Angebote)

M1-09: Die Investitionsstrategie und Priorisierung der neu zu errichtenden bzw. zu sanierenden Bildungsstätten wird in regelmäßigen Abständen auf der Grundlage der fachlichen Entwicklungsplanungen sowie der Stadtentwicklungsstrategie fortgeschrieben. Des Weiteren können durch regelmäßige Begehungen und Analyse der Nebenkostenabrechnungen für alle bestehenden kommunalen Gebäude eine Einschätzung zu den Sanierungsbedarfen, -kosten und möglichen Einsparungen getroffen werden. Diese Erkenntnisse sind bei der Investitionsstrategie zu berücksichtigen. Im Hinblick auf die städtischen Klima- und CO₂-Einsparziele sowie der Vorbildwirkung von öffentlichen Gebäuden liegt ein erhebliches Potenzial.

M1-10: Die Digitalisierung der Gesellschaft, der Arbeits- und Bildungswelt ist ein rasanter Prozess. Die Anforderungen an die digitale Infrastruktur unterliegen einer massiven Dynamik und einem hohen Anpassungsdruck. In der kommunalen Bildungslandschaft ist, neben der Vermittlung von Medienkompetenz, vor allem der Ausbau und die Anpassung der technischen Infrastruktur besonders wichtig. Bildungseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft sollten bei Neubau oder Sanierung mit einem Breitbandanschluss ausgestattet und ins offene WLAN der Stadt Leipzig einbezogen werden.

2. Unterstützung von Chancengerechtigkeit

Die soziale Lage der Leipziger Bevölkerung stellt sich bezogen auf den Stadtraum sehr unterschiedlich dar. Insbesondere in einigen Stadtteilen im innenstadtnahen (Nord-)Osten, in Paunsdorf und in Grünau leben viele Menschen mit multiplen Problemlagen. Sie nehmen nachweislich weniger an Bildungsangeboten teil und sind dementsprechend in ihren Bildungschancen beeinträchtigt. Damit Bildungseinrichtungen Chancengerechtigkeit unterstützen, stabilisierende Wirkung auf den Sozialraum haben und benachteiligte Bevölkerungsgruppen integrieren, benötigen sie geeignete Konzepte sowie personelle, räumliche und finanzielle Ressourcen. Zielsetzung ist es, durch geeignete Maßnahmen in benachteiligten Stadtvierteln langfristig die Bildungserträge deutlich zu verbessern und einen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Besonderes Augenmerk ist hier auf präventive Angebote zu richten.

Eine besondere Aufgabe für die Akteure der Bildungslandschaft und den Arbeitsmarkt ist die Integration von Geflüchteten. Vor allem das Erlernen der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben. Hierzu müssen in allen Lebensphasen unterschiedliche Angebote bereithalten werden.

Maßnahmenbündel:

M2-01: Der Erhalt der bestehenden und die Schaffung von weiteren Kinder- und Familienzentren an Kindertagesstätten werden angestrebt. Kinder- und Familienzentren sind wichtige Anlaufstellen in der Nachbarschaft und Impulsgeber bei der fachlichen Entwicklung. Die Arbeit der bestehenden Kinder- und Familienzentren ist insbesondere in Fragen der Familienbildung und der Angebote interkultureller niedrigschwelliger Begegnungsangebote sowie der Angebote zur Förderung der frühkindlichen Sprachentwicklung kontinuierlich weiter zu qualifizieren.

M2-02: Die Organisation und Konzeption der Angebotsstruktur der Familienbildung aufgrund systematisch festgestellter Bedarfe und mit sozialräumlicher Zielorientierung (Planungsraum) sind entscheidende Steuerungsfaktoren für die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Leben. Angebote der Familienbildung sind oftmals präventive Angebote. Sie dienen der Stärkung, Schulung und Förderung von Beziehungs- und Erziehungskompetenzen. Sie können Familien stabilisieren, Überforderung auffangen sowie Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern verbessern. Wichtig sind der Zugang und die Erreichbarkeit für Familien in Risikolagen. Eine stärkere Einbettung in formale Bildungseinrichtungen ist oftmals zielführend.

M2-03: Die Förderung von Integration und Vielfalt ist in Leipzig schon seit vielen Jahren ein wichtiges Handlungsfeld. Durch die aktuelle Dimension der Zuwanderung sind die Integrationsleistungen verstärkt als ressortübergreifende Aufgabe wahrzunehmen. Dabei ist Bildung existenziell und kann speziell für Migrant/-innen und Geflüchtete eine Schlüsselrolle einnehmen. Es ist wichtig, Bildungszugänge zu ermöglichen, insbesondere für Geflüchtete aller Altersgruppen. Darüber hinaus müssen ebenfalls Angebote der politischen und demokratischen Bildung gestärkt werden.

M2-04: In Zeiten von begrenzten Ressourcen (z. B. finanziell, materiell, personell) sollten für deren Verteilung sozialräumliche Schwerpunkte gebildet und Priorisierungen gesetzt werden. Über einen sozial-indikativen und bedarfsoorientierten Ressourceneinsatz wird der Ansatz verfolgt, Ungleiche ungleich zu behandeln und Schulen (sowie andere formale Bildungsinstitutionen), die aufgrund ihrer räumlichen Lage und/oder der Zusammensetzung ihrer Teilnehmer/-innen besondere Herausforderungen entgegenblicken, mit zusätzlichen Ressourcen auszustatten. Möglichkeiten ergeben sich hier beispielsweise bei der Verteilung von (pädagogischem) Personal, wie etwa Schulsozialarbeit oder Schulbudgets.

M2-05: Eine Herausforderung und Notwendigkeit bleibt es, Maßnahmen und Projekte, die darauf abzielen, Schulabrecherquoten zu reduzieren, zu entwickeln, zu initiieren und umzusetzen. Dies geschieht gemeinsam mit der Sächsischen Bildungsagentur, Regionalstelle Leipzig, den Bildungseinrichtungen vor Ort und weiteren Partnern.

M2-06: Für Bildungsangebote mit gesamtstädtischer Signalwirkung ist deren Ansiedlung in benachteiligten Sozialräumen vorrangig zu prüfen, um zum einen die Wohnsituation vor Ort aufzuwerten und damit zur Heterogenisierung der Nutzerschaft im Schwerpunktgebiet beizutragen sowie zum anderen, um die Zugangsmöglichkeiten für die Quartiersbevölkerung zu erleichtern. Dies trägt zur Stabilisierung des sozialen Zusammenhalts und zur Verbesserung des Stadtteilimages bei. Aufgrund der Signalwirkung werden darüber hinaus auch potenzielle Nutzer/-innen aus dem

gesamten Stadtgebiet angezogen.

M2-07: Maßnahmen zur Erhöhung der schulischen Qualität werden erhalten, weiter ausgebaut und einem kontinuierlichen Qualitätsmanagement unterzogen. Hierzu zählen zum Beispiel die Bereitstellung von Ganztagsangeboten an Schulen, die Schulbibliotheken und Leseräume sowie der Ausbau von Schulsozialarbeit.

3. Konzeptionelle Öffnung von Bildungseinrichtungen, Vernetzung im Sozialraum und Kopplung mit non-formalen Bildungsangeboten

Bildungseinrichtungen sind wichtige Infrastrukturen im gesellschaftlichen System der Stadt. Vor allem Schulstandorte können deutliche Impulse für die Entwicklung ihres Umfeldes geben und das demografische sowie soziale Gefüge im Stadtteil stabilisieren. Deshalb sind die neuen Standorte für Schulen, aber auch für Kindertagesstätten, sinnvoll in das sozialräumliche Gefüge der Stadt einzugliedern, so dass sie die Stadtteilentwicklung unterstützen. In einer zunehmend heterogenen Stadtgesellschaft können sie nicht mehr nur originär formale Bildungsangebote vorhalten und Betreuungsfunktionen übernehmen. Sie sollen auch darüber hinausgehende Angebote einbinden.

Durch enge Einbindung von non-formalen Bildungsangeboten aus den Bereichen Erwachsenenbildung, aus Kultur, Kunst, Demokratie, Sport, Gesundheitsförderung oder Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Alltag von Schulen und Kindertagesstätten kann diesem Ziel näher gekommen werden. Diese Angebote unterstützen übergeordnete Bildungsziele wie die Entwicklung des Selbstbewusstseins, eines sozialen Bewusstseins und einer gesellschaftlichen Verantwortung. Kinder, Jugendliche und Erwachsene werden damit in ihrer kritischen Urteilsfähigkeit sowie hinsichtlich Kreativität und Verantwortungsbewusstsein gestärkt. Zudem erfahren auch non-formale Angebote eine Aufwertung.

Leipzig besitzt eine reichhaltige Bildungslandschaft in den non-formalen Bereichen mit einer Vielzahl von Akteuren und Finanzierungsformen. Durch die beschriebene konzeptionelle Öffnung werden formale Bildungsinfrastrukturen zu nachhaltig und vielfältig genutzten Orten, an denen sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen begegnen und Unterstützung erwarten können. Die Öffnung von Schulgebäuden für außerschulische Nutzung betrifft nicht nur Bildungseinrichtungen in den dicht besiedelten urbanen Stadtteilen Leipzigs, sondern hat auch in den ländlich geprägten, peripheren Ortsteilen eine große Bedeutung.

Maßnahmenbündel:

M3-01: Schulgebäude und die dazugehörigen Freiflächen sind ein wichtiges sozialräumliches Identifikationselement, das große Potenziale hinsichtlich der integrierten Stadtteilentwicklung bietet. Bereits seit vielen Jahren werden Schulen auch nach der Schulzeit durch Vereine, die Volks- hochschule oder die Musikschule genutzt. Aktuell besteht die Aufgabe, Formen und Möglichkeiten zu finden, um sie außerhalb der Unterrichtszeit regulär für die Öffentlichkeit nutzbar zu machen und sie somit in besonderem Maße als multifunktionale Räume in die Quartiere zu öffnen.

M3-02: Lokale Bildungslandschaften werden zukünftig eine wichtige Rolle spielen, um den sozialen Zusammenhalt der Stadt zu stärken. Die bereits vorhandenen Formen der Zusammenarbeit zwischen formalen und non-formalen Bildungseinrichtungen sind gezielt zu unterstützen. Neue Kooperationen sind aufzubauen. Diese können dabei sowohl thematisch als auch sozialräumlich ausgerichtet sein. Dabei ist der Aufbau von quartiersbezogenen Bildungsmanagements zu unterstützen. Das breite Aufgabenspektrum, das Bildungseinrichtungen zu bewältigen haben, erfordert zusätzliche Ressourcen (u. a. zur Qualifizierung der Akteure, Aufbau lokaler Netzwerke, Organisation von Raumnutzungen). Der Bildungskontext Hort muss stärker als aktiver Partner in die jeweilige Konzeption und lokale Vernetzungen aufgenommen werden.

M3-03: Schulen sollten gemeinsam mit anderen Bildungseinrichtungen Leitbilder und Zielvereinbarungen entwickeln, wie und mit welchen Zielen Bildung im Quartier verankert werden kann. Gerade in Stadtteilen mit einer Häufung sozialer Risikolagen kommt den Bildungsinstitutionen eine besondere Verantwortung zu. Die Stadtverwaltung kann bei der Konzeption Unterstützung anbieten.

4. Stärkung des lebenslangen Lernens und des bürgerschaftlichen Engagements

Mit dem erweiterten Bildungsbegriff ist auch der Gedanke des verantwortlichen und wertschöpfenden Umgangs mit den eigenen Ressourcen verbunden. Indem Leipziger Bürger/-innen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten teilen und mitteilen, entsteht generations- und milieuübergreifende Solidarität, die gesellschaftlichen Spaltungstendenzen entgegenwirkt. Um auch das Potenzial bürgerschaftlichen Engagements zu stärken, sind Bildungsangebote zur Professionalisierung im Ehrenamt zu entwickeln und umzusetzen.

In einer globalisierten Welt kommt es zu immer schnelleren Umbrüchen in der Wissensgesellschaft. Das lebenslange Lernen ist daher eine unabdingbare Voraussetzung, die dynamischen Veränderungen, die sich aus dem Wandel ergeben, zu bewältigen. Neben den bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die hierfür zu schaffen sind, ist die Eigenverantwortung für die individuelle Bildungsbiografie ein wichtiges Moment. Hinzu kommt die Verantwortung der Unternehmen in Form von Personalentwicklung und Fachkräftesicherung.

Maßnahmenbündel:

M4-01: Verbesserung der Infrastruktur und Ausbau von Kooperationen für Lebenslanges Lernen der außerschulischen Bildungseinrichtungen sowohl durch Investitionen in Bau und Technik an bestehenden bzw. neuen Standorten, als auch durch verstärkte multifunktionale Nutzung von Standorten als Grundlage abgestimmter Konzepte und Kooperationen.

5. Stärkung der oberzentralen Funktion Leipzigs als Bildungsstandort

Die Stadt Leipzig ist aufgrund ihrer Einwohnerzahl und der Größe ihres Verflechtungsbereichs mit den Umlandkreisen, ihrer geografischen Lage, ihrer Funktion und der Komplexität ihrer infrastrukturellen Ausstattung ein Schwerpunkt des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in der Region. Die Hochschul- und Forschungslandschaft macht mit ihrem Ausbildungsbereich nicht nur einen wichtigen Teil der kommunalen Bildungslandschaft aus, sondern stellt auch einen bedeutenden Standort- und Wirtschaftsfaktor dar. Insbesondere hinsichtlich der demografischen Entwicklung, des regionalen Bildungsniveaus sowie der Rolle beim Wissenstransfer mit regional ansässigen Unternehmen und im Gründungsgeschehen kommt dies zum Tragen. Auch die Beruflichen Schulzentren der Stadt Leipzig sind mit zahlreichen regionalen und Bezirksfachklassen/Landesfachklassen und länderübergreifenden Fachklassen von überregionaler Bedeutung. Die Verfügbarkeit und die Ausstattungsqualität der Bildungsinfrastruktur ist ein bedeutender Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen mit (hoch)-qualifizierten Mitarbeitern. Die Qualität und Breite des non-formalen Bildungsangebots sind ebenso wichtige Aspekte einer funktionierenden Work-Life-Balance sowie ein wesentliches Gütekriterium erfüllender Lebensführung.

Maßnahmenbündel:

M5-01: Inhaltliche Kooperationen zwischen kommunalen Bildungseinrichtungen, Hochschulen/Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft sollen gezielt gefördert werden. Dabei ist insbesondere bei der Neueinrichtung von Schulen und deren Profilierung die benachbarte Wissenschaftslandschaft einzubeziehen.

M5-02: Bereits jetzt gibt es zahlreiche Pendlerverflechtungen und Kooperationen aus der Stadt Leipzig und dem Umland. Der Stadtrand und die Region sind Potenzialräume für die fung von regionalen Synergien. Bestehende Kooperationen sollten beibehalten und ausgebaut werden. Im Bereich der Berufsschulen und der beruflichen Weiterbildung können Synergien durch verstärkte regionale Kooperation und gemeinsame Planungen geschaffen werden. Hier gilt es zukünftig die Berufsschulnetzentwicklung und –planung auf Landesebene zu begleiten.

3.2 Wechselwirkungen und Querschnittsthemen

Das Fachkonzept Kommunale Bildungslandschaft weist vielfältige Schnittstellen zu anderen Fachkonzepten auf. Besonders intensive inhaltliche Beziehungen bestehen zu den Fachkonzepten Soziale Teilhabe, Wirtschaft und Arbeit, Kultur sowie Hochschulen und Forschungseinrichtungen und im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der benötigten Bildungsinfrastruktur mit dem Fachkonzept Wohnen.

Gemeinsame Themen mit dem Fachkonzept Kultur sind die Stärkung des lebenslangen Lernens und des bürgerschaftlichen Engagements sowie Angebote der politischen und demokratischen Bildung. Weiterhin spielt die stärkere Vernetzung von formalen und non-formalen Bildungsangeboten sowie die konzeptionelle Öffnung von Bildungseinrichtungen für die Integrationsförderung eine wichtige Rolle. Hinsichtlich des Fachkonzepts Soziale Teilhabe sind die Schnittmengen vor allem in der sozialräumlich ungleichen Verteilung von Bildungsteilhabe und Bildungserfolgen sowie der starken Korrelation dieser Themen mit (materieller) Armut zu sehen. Weiterhin ist die Zugänglichkeit von Bildungsangeboten, die Integrationsfunktion von Bildung und der Ausbau von präventiven, quartiersnahen Angeboten und die Frage nach zusätzlichen Ressourcen in benachteiligten Stadtgebieten ein Thema beider Fachkonzepte.

Bei den Fachkonzepten Wirtschaft und Arbeit sowie Hochschulen und Forschungseinrichtungen stehen die Gemeinsamkeiten um das lebenslange Lernen im Vordergrund. Themen sind die Ausbildung (jünger) Menschen, berufliche (Weiter-)Bildung, das Qualifikationsniveau der Bevölkerung als Standortfaktor und der regionale Fachkräftebedarf.

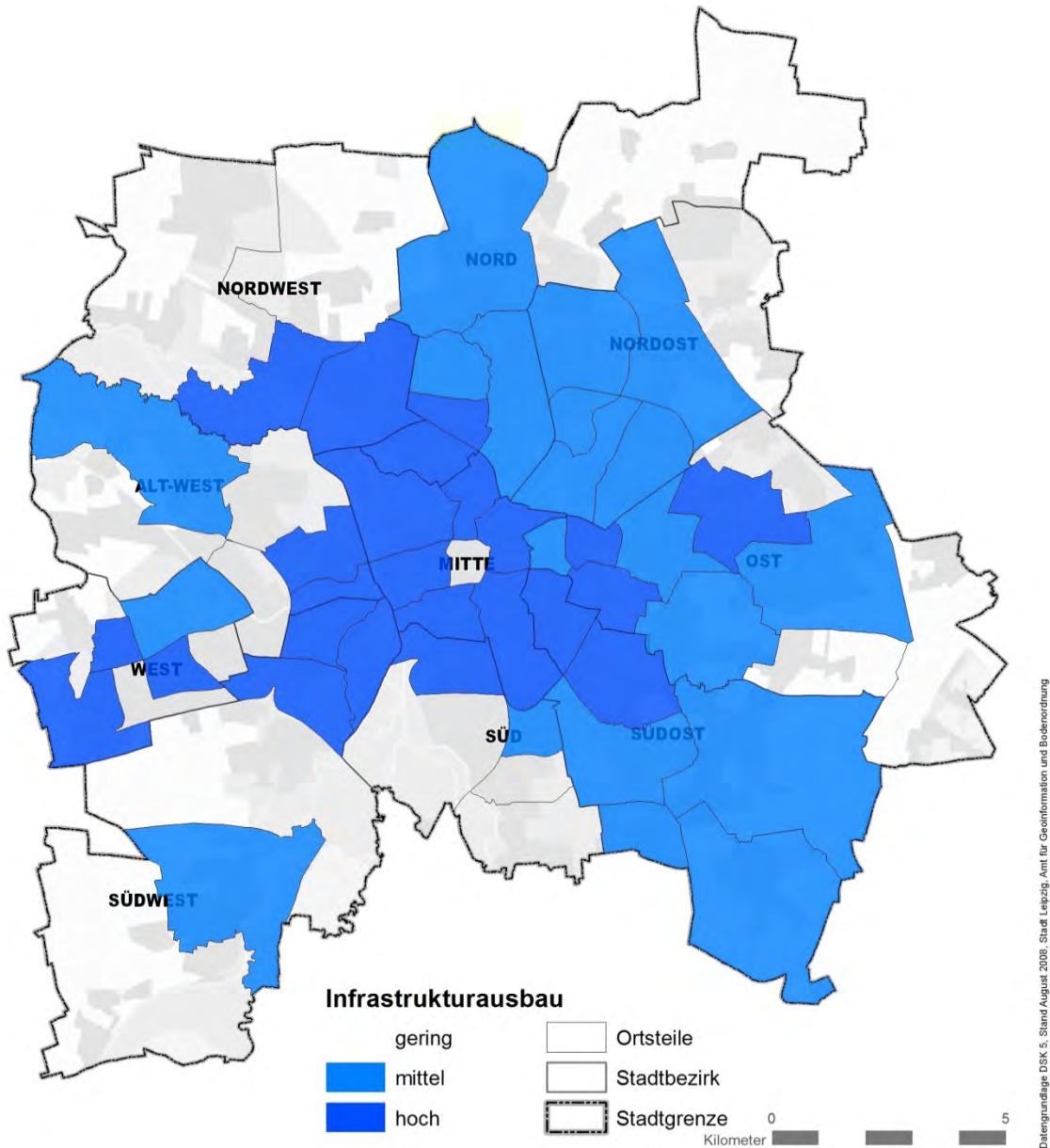
Das Fachkonzept Wohnen enthält entscheidende Aussagen für die zukünftigen Bedarfe der Bildungsinfrastruktur. Bei neuen Wohngebieten sollten diese konsequent mitgeplant werden. Mit dem Fachkonzept Klimaschutz und Technische Infrastruktur bestehen Verbindungen in Bezug auf den Ausbau der Versorgung der kommunalen Bildungseinrichtungen mit Breitbandanschluss.

Konflikte zu anderen Fachkonzepten bestehen in Bezug auf den Flächenbedarf für eine wachsende Bildungsinfrastruktur, vor allem im bereits (hoch)verdichteten innerstädtischen Bereich. Lösungen können hier über eine Mehrfachnutzung, die Öffnung von Gebäuden und Flächen sowie die Multifunktionalität von Einrichtungen herbeigeführt werden.

Einige Querschnittsthemen weisen für das Fachkonzept Kommunale Bildungslandschaft eine besondere Relevanz auf. Namentlich sind vor allem die Themen Digitale Stadt, Inklusion und Chancengerechtigkeit, Integration und Vielfalt sowie Gesundheit hervorzuheben.

3.3 Räumliche Handlungsstrategie

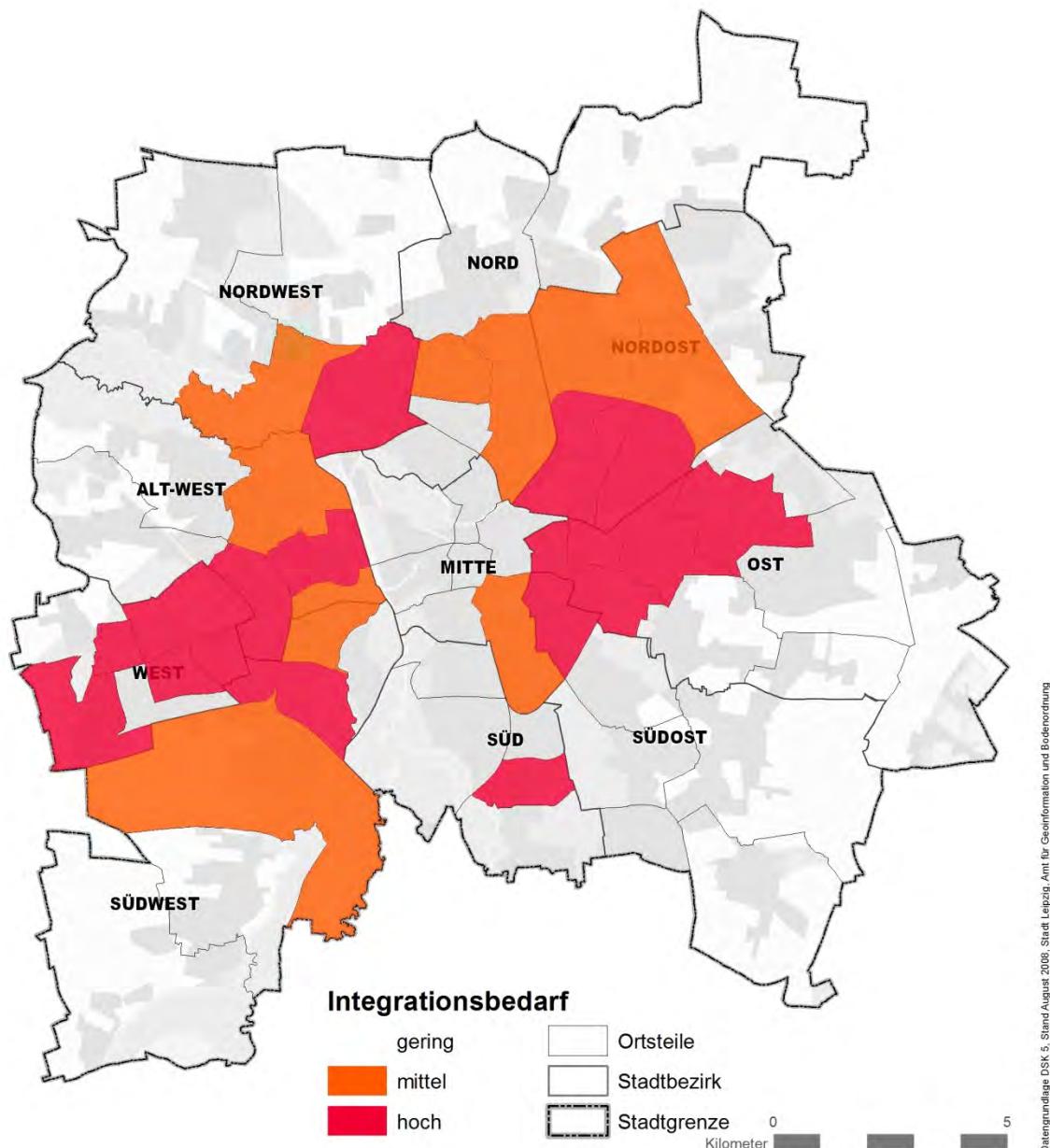
Aufgrund der unterschiedlichen sozialen, demografischen und baulichen Situation sowie der aktuellen Entwicklungsprozesse lassen sich unterschiedliche Schwerpunktbereiche identifizieren, in denen die Ziele des Fachkonzepts differenziert umgesetzt werden müssen. Die Diskussion um die Schwerpunkt-räume des Fachkonzepts verlief zweigeteilt. Für die Schwerpunkt-räume des Infrastrukturausbau wurden demografische Entwicklungen und kleinräumige Prognosen mit den aktuellen Entwürfen aus der Infrastruktur- und Angebotsplanung übereinandergelegt und diskutiert. Aussagen der Schulnetz- und Kindertagesstättenbedarfsplanung sowie der Kinder- und Jugendhilfeplanung fanden Ergänzung durch die Konzepte der Volkshochschule, der Leipziger Städtischen Bibliotheken und des Kulturamtes (Soziokultur und kulturelle Bildung). Die Ortsteile der Stadt wurden anschließend in eine von drei Kategorien eingeteilt. Für die Schwerpunkt-räume des Integrationsbedarfs sind besondere Maßnahmen zur Förderung der Integration von benachteiligten Menschen im Bildungsbereich erforderlich. Die Abgrenzung dieser Räume ergibt sich aus der stadtweiten Analyse der sozialräumlichen Differenzierung, Daten aus dem Berichtswesen Hilfen zur Erziehung (u. a. Daten zu Alleinerziehenden, Sozialgeldbezieher/-innen, Schuleingangsuntersuchungen, Jugenddelinquenz) sowie Daten aus dem kommunalen Bildungsmonitoring (Zusammensetzung Schülerschaft, Abgänger/-innen ohne mindestens Hauptschulabschluss, gymnasiale Bildungsempfehlungen).



Die Schwerpunkträume des Infrastrukturausbau finden sich vor allem in den Ortsteilen, die in den vergangenen Jahren einen hohen Einwohnergewinn – insbesondere von Familien – zu verzeichnen hatten. Ebenso gehören Gebiete, die perspektivisch hohe Zuwachsrate verzeichnen werden, in die höchste Kategorie. Hier sind Kapazitätserweiterungen in allen Bereichen der Bildungsinfrastruktur erforderlich. Dieser Bereich deckt sich mit dem kompletten gründerzeitlichen Ring der Stadt und zieht sich um das Zentrum herum mit sektorale Ausweitungen in den Westen (Grünau), den Norden und in den Südosten hinein. In diesen Gebieten ist von einem langfristig hohen Bedarf an Infrastruktur auszugehen. In Ortsteilen, die durch hohe Anteile älterer Bewohner/-innen geprägt sind, fehlen oftmals Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Ziel sollte es sein, Einrichtungen an den Bedarfen des Sozialraumes auszurichten. Dies kann beispielsweise durch die räumliche Zusammenlegung von Einrichtungen aus verschiedenen Bildungsbereichen (wie Volkshochschule und Bibliotheken) oder durch die Mehrfachnutzung von Gebäuden der formalen Bildungsinfrastruktur geschehen.

Gleichzeitig ergab die stadtweite Analyse, dass die Bereiche Leipziger Osten und Grünau besondere Aufmerksamkeit im Hinblick auf Integrationsbedarfe aufzeigen. Die Ortsteile des Leipziger Westens

nahmen eine vergleichsweise günstige Entwicklung und sind nicht mehr flächendeckend in der Kategorie mit hohem Integrationsbedarf vertreten. Im Gegenzug war eine zusätzliche Ausweitung nach Nordosten (Schöneweide-Ost, Schöneweide-Abtnaundorf, Mockau) sowie nach Paunsdorf erkennbar und damit erforderlich.



Modellprojekte

Nachfolgend sind Modellprojekte aufgeführt, die in ihrer Grundausrichtung Pilotcharakter für die Entwicklung der Leipziger Bildungslandschaft aufweisen und beispielhaft mehrere Entwicklungsziele miteinander verknüpfen. Die Räume, in denen sich die beiden höchsten Prioritäten aus erforderlichem Infrastrukturausbau und notwendigem Integrationsbedarf überschneiden (Altliedenau, Kleinzschocher, Grünau-Mitte und Grünau-Nord, Reudnitz-Thonberg, Volkmarstadt und Mockau), bieten sich an, um gezielt lokale Bildungslandschaften zu stärken und mit der Ansiedlung von Bildungseinrichtungen mit Magnetwirkung Impulse für die Stadtteil- und Quartiersentwicklung zu setzen. So können infrastrukturelle Bedarfe mit inhaltlichen Zielsetzungen verbunden werden.

Phase Null: Schule am Opferweg

Der Wettbewerb „Pilotprojekte Schulen planen und bauen“ der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft und der Montag Stiftung Urbane Räume verband beispielhaft Pädagogik, Städtebau und Architektur. Mit dem Ziel, den Um- und Neubau von Schulen zukunftsgerecht zu gestalten, wurde mit einer intensiven Begleitung und Unterstützung in der Phase Null der Planung die Entwicklung eines integrierten Schul- und Raumprogramms herbeigeführt. Die Methodik der Konzeptfindung und -umsetzung wurde innerhalb einer interdisziplinären Arbeitsgruppe der Schul-, Finanz- und Bauverwaltung zusammen mit Schul- und Elternvertreter/-innen sowie der Sächsischen Bildungsagentur eingeübt. Für die Entwicklung einer zukunftsfähigen Schulqualität in Leipzig ist es von enormer Wichtigkeit, eine Erfolg versprechende Herangehensweise zu erproben, um diese bei der großen Zahl von Schul(um)bauvorhaben, die in den nächsten Jahren realisiert werden müssen, praktisch anwenden zu können.

Verbindung von formalen Bildungseinrichtungen: Schulzentrum Grünau-Nordwest

In Grünau-Nordwest wird im Zuge der Sanierung der Max-Klinger-Schule, der 94. Schule und der Schule Grünau ein Schulzentrum mit mehreren Schularten etabliert, welches die lokale Bildungslandschaft im Stadtteil bereichert. Neben dem infrastrukturellen Zusammenwachsen der Institutionen soll gleichzeitig eine inhaltliche Weiterentwicklung angestrebt werden. Hierzu werden Veränderungen an den pädagogischen Konzeptionen der drei Schulen vorgenommen, eine Vision zur Zusammenarbeit und einer gemeinsamen Schulkonzeption erarbeitet. Baulich findet sich der Campusgedanke in einem zentralen Gemeinschaftsgebäude in Ergänzung zu der Sanierung der vier Schulgebäude und drei Sporthallen. Der Erweiterungsbau kann somit als Verzahnung und Bindeglied zwischen den drei Schulen wirken und der Schülerschaft mit Mensa sowie zentraler Schulbibliothek eine gemeinsame Mitte bieten und eine Mehrfachnutzung ermöglichen. Gleichzeitig stehen Themen wie Öffnung in den Stadtteil und eine inklusive Ausrichtung im Fokus des Projekts.

Synergien im öffentlichen Raum: Renftplatz

Die Renftstraße ist bis zu der neu errichteten Sporthalle der Werner-Heisenberg-Schule eine Sackgasse. Sie reicht bis zum soziokulturellen Stadtteilzentrum ANKER. Der daran angrenzende öffentlich nutzbare Platz diente bereits als Sportfläche. Dort wurden eine Basketballanlage, eine Tischtennisplatte und eine Skateranlage integriert. Im westlichen Bereich ist etwa ein Drittel der Fläche als Pausenfläche eingezäunt, welche ausschließlich vom Gymnasium genutzt wird. Mit dem Umbau soll eine gemeinsame Aktionsfläche entstehen, welche es ermöglicht, die knappen räumlichen Ressourcen mehrfach zu nutzen. Mit dieser soll modellhaft erprobt werden, wie kulturelle, soziale und bildungsrelevante Angebote zu sichern, auszubauen, zu verknüpfen und an kleinräumige Bedarfe anzupassen sind. Die Fläche kann einen wesentlichen Beitrag zur Aktivierung und zum Aufbau sozialer Netzwerke leisten und es entsteht eine öffentliche Aufenthalts- und Aktionsfläche für Kinder- und Jugendliche im Stadtteil. Die zukünftige Ausstattung des Platzes ist dabei eine sinnvolle und nutzungskompatible Ergänzung zu der bisherigen Pausenfläche des Gymnasiums sowie der bereits vorhandenen Freizeitfläche des ANKERS.

Einbindung und Öffnung von Schule und Nachbarschaft: Quartiersschule Leipziger Osten

Unter dem Arbeitstitel „Quartiersschule Leipziger Osten“ soll am Standort Ihmelsstraße mittelfristig ein Zentrum mit Gymnasium und Oberschule entstehen, unter dessen Dach Angebote und Leistungen rund um das Thema Bildung gebündelt werden. Zentrales Anliegen ist die Orientierung am und die Öffnung in den umliegenden Sozialraum sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für lebensbegleitendes Lernen, die sich an den Bedarfen und Voraussetzungen im Stadtteil orientieren. Der Begriff Quartiersschule vereint die Vision einer Schule, die ihr Bildungsprofil aus den Qualitäten, Stärken und Bedarfen des umliegenden Quartiers entwickelt und definiert, sich zur optimalen Erfüllung ihres Bildungsauftrags vieler Potenziale aus dem umgebenden Stadtteil bedient. Dazu werden gezielt Kooperationen mit lokalen Akteuren aus Zivilgesellschaft (Kultureinrichtungen, Vereinen und Initiativen) und Wirtschaft aufbaut. Sie stellt ihre räumlichen und technischen Potenziale bereit, um im Stadtteil einen Ort des lebenslangen Lernens für alle und einen kommunikativen und kulturellen Knotenpunkt zu schaffen. Durch die enge räumliche Verbindung der Schul- und Stadtteilkomponenten können baulich-räumliche und inhaltliche Synergien genutzt werden. Es sollen sich Formen des formalen und non-formalen Lernens, der schulischen Bildung, der Kinder- und Jugendarbeit, des kulturellen und sozialen Lernens, der Familienbildung, der Gesundheitsbildung sowie der intergenerativen und interkulturellen Bildung zusammenfinden. Damit wird dem Gedanken Rechnung getragen, Schulen als sozialen Mittelpunkt in einer lokalen Bildungslandschaft zu verankern und Entwicklungsimpulse für den gesamten

Stadtteil zu setzen.

Multifunktionalität der Bildungsinfrastruktur | Bildungs- und Bürgerzentrum Grünau

Die synergetische Verknüpfung von Bildungsformen und ihre gemeinsame Öffnung zum Sozialraum sind wesentliche Elemente einer kommunalen Bildungslandschaft. Die Idee eines Bildungs- und Bürgerzentrums soll Angebote der Volkshochschule, des Bürgeramtes und der Leipziger Städtischen Bibliotheken sowie des Quartiersmanagements Grünau und des Arbeitsladens unter einem Dach versammeln. Auch Angebote der Jugendhilfe sowie der Seniorenbildung sind systematisch einzubinden. Entsprechend verbindet dieses Projekt nicht zuletzt Synergieanforderungen moderner Verwaltungsstrukturen mit den wesentlichen Kernaspekten der kommunalen Bildungsstruktur.

3.4 Umsetzung

Im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft sind für die zukunftsorientierte Gestaltung der Leipziger Bildungslandschaft eine integrative Arbeitsauffassung, Planungen und Handlungen nötig, vor allem insofern, dass verschiedene Akteur/-innen von der Umsetzung der Ziele betroffen sind. Die Federführung sowie die Arbeitsstrukturen und Abstimmungsprozesse ergeben sich aus der verwaltungsinternen Handlungslogik und aus der Existenz externer Kooperationen. Zur Umsetzung der Entwicklungsziele bedarf es eines breiten Konsenses innerhalb der Verwaltung, bei externen Bildungsakteur/-innen, in der Politik und in der Bürgerschaft. Die gemeinsamen Entwicklungsziele und die notwendigen Verfahrensschritte müssen abgestimmt und die jeweiligen Zuständigkeiten klar definiert werden. Es ist notwendig, Arbeitsprozesse quer zur sektoralen Struktur einzurichten, um die jeweiligen ressortspezifischen Bedürfnisse im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung überein zu bringen und auf eine Priorisierung von Entwicklungen hinzuwirken. Weiterhin werden gute Schnittstellen zwischen Kommunalverwaltung und Sozialraum benötigt. Gleiches gilt für eine effektive Koordination von Programmen zwischen Kommune, Land und Bund.

Erfahrungen zu komplexen Projektentwicklungen und Baumaßnahmen von Infrastruktureinrichtungen, in denen Angebote und Nutzungen mehrerer Kommunaler Einrichtungen räumlich gebündelt und gleichzeitig verschiedene Ziele verfolgt werden, zeigen, dass mit der Umsetzung eine Zunahme an Koordinationsbedarf von Akteuren und Aufgaben einhergeht. Neue Arbeitsstrukturen und Herangehensweisen werden notwendig, um effizient planen und umsetzen zu können. Für diese Projekte ist eine Arbeitsstruktur einzurichten, die verschiedene Ziele und Aufgaben der Ämter und zukünftigen Nutzer/-innen (fachlich-funktional, baulich-gestalterisch, finanziell) frühzeitig zusammenführt. Zielkonflikte müssen am Beginn des Projektes moderiert sowie Schnittstellen und Arbeitsstrukturen definiert werden. Im Prozess muss eine fortlaufende Einbindung aller Entscheidungsebenen gesichert sein. Zielführend ist eine Phase Null, in der gemeinsam Aufgabenstellung, Voraussetzungen, Zielstellung und Verantwortlichkeiten verbindlich definiert werden.

3.5 Finanzielle Auswirkungen

Der städtische Haushalt hat eine elementare Bedeutung für die Gestaltung der Bildungslandschaft. Mit dem Wachstum der Stadt erhöhen sich zwangsläufig auch die Ausgaben für den Bildungsbereich, wenn Standards erhalten oder verbessert werden sollen. Zielgerichtete, frühzeitige und ausreichende Bildungsinvestitionen können helfen, Folgekosten im sozialen Bereich (merklich) zu reduzieren.

Die strategischen Ziele der Stadt Leipzig spiegeln sich in der kommunalen Investitionsplanung wider. Gleichzeitig wird dadurch ein Rahmen für die verschiedenen Fachplanungen und -konzepte gesetzt. Da sich die finanziellen Rahmenbedingungen schwierig gestalten, ist es nur durch das Setzen von Prioritäten möglich, einen Investitionshaushalt ohne Defizit aufzustellen. Ein Schwerpunkt der Investitionsplanung liegt dabei auf dem Bereich Schulbau. Für Investitionen in diesem Bereich, sowohl für Neubauten als auch für Sanierungsmaßnahmen, wurden die Mittel seit 2008 deutlich erhöht. Seit 2010 lagen die Investitionen in den Schulhausbau jährlich bei mindestens 30 Mio. Euro. Im Rahmen des Schulhausbauprogramms des Freistaates Sachsen erhielt die Stadt Leipzig für Investitionen sowie für Instandhaltungsmaßnahmen aus dem Sonderprogramm Kreisfreie Städte 2013 bis 2014 Zuwendungsbescheide für 59 Maßnahmen in Höhe von 32 Mio. Euro mit einem Bauvolumen von 82,8 Mio. Euro. Für den Doppelhaushalt 2017 und 2018 sind für Schulbau insgesamt knapp 180 Millionen Euro vorgesehen.

Neu- und Umbauten von Schulgebäuden bieten zugleich die Chance neue pädagogische Erkenntnisse

und Entwicklungen aufzunehmen. So können bereits in der Vorbereitungsphase qualitative Aspekte der Bildung eine Rolle spielen. Architektonische, stadtentwicklungsplanerische und pädagogische Ansätze werden miteinander verbunden, um vorbildhafte Schulbauten zu projektiert und zu errichten. Eine frühzeitige Einbindung der relevanten Akteure und integrative Planungsansätze können es ermöglichen, baulich und pädagogisch hochwertige Lösungen ohne (großen) finanziellen Mehraufwand zu gewährleisten.

Maßnahmenbündel / Instrument	Direkte Kosten pro Jahr (HOCH/MITTEL/GERING)	Einnahmen/Folgekosten/ Folgewirkungen
Infrastrukturmaßnahmen für den Bau von Schulen und Kindertagesstätten bis 2030 (>70 Schulen bzw. 120 Schulbaumaßnahmen + 13.000 neue Kitaplätze)	HOCH Personal- und Haushaltssmittel	FINANZIERUNG der kommunalen Pflichtaufgabe der Absicherung der Schulpflicht und des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz durch SCHAFFUNG einer bedarfsgerechten Infrastruktur STEIGENDE Folgekosten für Unterhalt Ggf. AKQUISE von Fördermitteln
Ressortübergreifende Abstimmung und regelmäßige Fortschreibung Kindertagesstätten- und Schulnetzplanung	KEINE direkten Kosten Erhöhter Planungs- und Abstimmungsaufwand; kann durch mehr Personalaufwand abgefangen werden	ANGEPASSTE Infrastrukturplanung und Möglichkeit zur UMSTEUERUNG Grundlage für Mehrfachnutzung und Multifunktionalität der städtischen Infrastruktur
Definition und Etablierung moderner Standards im Schulbau	HOCH Aufwand für den Bau mit modernen Standards, für Planung, Etablierung und Einhaltung der Standards	MEHRWERT der städtischen Infrastruktur durch die Schaffung von Bildungsbauten die sich an aktuellen Erkenntnissen der Pädagogik orientieren. ERHÖHUNG der individuellen Bildungserfolge
Erhöhung der Multifunktionalität von städtischen Gebäuden und Etablierung von Beteiligungsprozessen im Sinne einer pädagogischen Architektur	KEINE direkten Kosten Erhöhter Planungs- und Abstimmungsaufwand; kann durch mehr Personalaufwand abgefangen werden MITTEL Erhöhte Baukosten bei einzelnen Objekten	REDUZIERUNG der Kosten durch Mehrfachnutzung und erhöhte Multifunktionalität SYNERGIEN durch gemeinsamen Bau und Nutzung von Räumen
Integrierte Bauvorhaben als Dienstleistung eines effizienten zentralen Gebäudemangements	KEINE direkten Kosten Erhöhter Planungs- und Abstimmungsaufwand	
Öffnung von Schule für den Stadtteil und die Öffentlichkeit	MITTEL bis HOCH Erhöhter Koordinierungs- und Hausmeisteraufwand für die Öffnung der Gebäude; abhängig von Anzahl der Öffnungen	
Inklusiver Aus- und Umbau der Bildungsinfrastruktur	HOCH Bereitstellung einer barrierefreien	MEHRWERT der städtischen Infrastruktur

Maßnahmenbündel / Instrument	Direkte Kosten pro Jahr (HOCH/MITTEL/GERING)	Einnahmen/Folgekosten/Folgewirkungen
	Bildungsinfrastruktur im Sinne eines Designs für alle	Ggf. AKQUISE von Fördermitteln
Fortschreibung der Investitionsstrategie und Priorisierung (unter besonderer Berücksichtigung der energieeffizienten Gesichtspunkten)	KEINE direkten Kosten Erhöhter Planungs- und Abstimmungsaufwand HOCH Energetische Sanierung der Bildungsinfrastruktur	MEHRWERT der städtischen Infrastruktur REDUZIERUNG der Unterhaltungskosten durch energieeffizienten Gebäudebestand.
Langfristige Grundstücks- vorsorge für die Bildungsinfrastruktur	HOCH Bereithalten von verkehrsgünstig gelegenen, zentralen Flächen für den Ausbau der Bildungsinfrastruktur, Flächenerwerb	FINANZIERUNG der kommunalen Pflichtaufgaben ERHÖHTE Verfügbarkeit von Flächen zur Schaffung einer bedarfsgerechten Infrastruktur. .
Suche nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten	GERINGE Kosten für Verfahrensbetreuung und Wirtschaftlichkeitsprüfungen.	FINANZIERUNG der kommunalen Pflichtaufgaben FOLGEKOSTEN über Miet- oder Pachtverträge
Ausbau und Anpassung der technischen Infrastruktur und Vermittlung von Medienkompetenz	HOCH	MEHRWERT der städtischen Infrastruktur und ANPASSUNG der Infrastruktur an zeitgemäße Standards Ggf. AKQUISE von Fördermitteln
Ansiedlung von Bildungseinrichtungen mit Magnetfunktion in benachteiligten Stadtgebieten	MITTEL bis HOCH Ansiedlungsentscheidung ohne direkte Kosten. Kosten für Bau und Ausstattung der Einrichtungen	SENKUNG der Folgekosten im sozialen Bereich durch zielgerichtete, frühzeitige und ausreichende Bildungsinvestitionen und ERHÖHUNG der individuellen Bildungserfolge
Ungleiches ungleich behandeln und Bildungseinrichtgn. durch sozialindikative, bedarfsoorientierte Steuerung mit zusätzlichen Ressourcen ausstatten	HOCH Je nach Aufwand und Einsatz von (zusätzlichen) Ressourcen	SENKUNG der Folgekosten im sozialen Bereich durch zielgerichtete, frühzeitige und ausreichende Bildungsinvestitionen und ERHÖHUNG der individuellen Bildungserfolge Ggf. AKQUISE von Fördermitteln
Erhalt und Ausbau von Kinder- und Familienzentren	MITTEL Pro Standort 0,5 VzÄ	SENKUNG der Folgekosten im sozialen Bereich durch zielgerichtete, frühzeitige und ausreichende Bildungsinvestitionen und ERHÖHUNG der individuellen Bildungserfolge
Ausbau und Koordinierung von Familienbildungsangeboten und stärkere Einbettung in formale Einrichtungen	MITTEL	SENKUNG der Folgekosten im sozialen Bereich durch zielgerichtete, frühzeitige und ausreichende Bildungsinvestitionen und ERHÖHUNG der individuellen Bildungserfolge
Ausbau von Maßnahmen der schulischen Qualität (Schulsozialarbeit, Schulbibliotheken, Ganztagsangebo-	HOCH Je nach Aufwand und Einsatz von (zusätzlichen) Ressourcen	SENKUNG der Folgekosten im sozialen Bereich durch zielgerichtete, frühzeitige und ausreichende Bildungsinvestitionen und ERHÖHUNG der individuellen Bildungserfolge

Maßnahmenbündel / Instrument	Direkte Kosten pro Jahr (HOCH/MITTEL/GERING)	Einnahmen/Folgekosten/ Folgewirkungen
te)		viduellen Bildungserfolge Ggf. AKQUISE von Fördermitteln
Förderung von Integration und Bildungszugänge in allen Lebensphasen ermöglichen		
Lokale Bildungslandschaften stärken	GERING Erhöhter Personalbedarf, um lokale Akteure zu unterstützen	SENKUNG der Folgekosten im sozialen Bereich durch zielgerichtete, frühzeitige und ausreichende Bildungsinvestitionen und ERHÖHUNG der individuellen Bildungserfolge
Erarbeitung von Leitbildern und Zielvereinbarungen von Schule gemeinsam mit anderen Bildungseinrichtungen	KEINE direkten Kosten Erhöhter Personalbedarf bei Koordination und Abstimmung	VERBESSERUNG der individuellen Bildungserfolge und ERHÖHTE Attraktivität der wissenschaftlichen Einrichtungen GESTEIGERTE Forschungs- und Entwicklungstätigkeit bei Unternehmen
förderung von Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen, Hochschulen und Wirtschaft	HOHE Investitionen zur SCHAFUNG einer bedarfsgerechten Infrastruktur	GERING steigende Folgekosten für Unterhalt, Finanzierung der Folgekosten teilweise durch Entgelte und Fördermittel (VHS) sowie Beendigung von bestehenden Mietverträgen und Umwidmung dieser Mittel (z.B. LSB, VHS). Ggf. AKQUISE von Fördermitteln
Verbesserung der Infrastruktur und Ausbau von Kooperationen für Lebenslanges Lernen der außerschulischen Bildungseinrichtungen		

Anlage: Zuordnung der Fachkonzepte - Ziele zum Strategischen Zielbild

Ziel Nr.	Ziel Fachkonzept	Seite	Übergeordneter Handlungsschwerpunkt (übergeordnetes Strategisches Ziel)
1	Quantitativer Ausbau und qualitative Weiterentwicklung der Bildungsinfrastruktur	7,8	Zukunftsorientierte Kita- und Schulangebote Vorsorgendes Flächen- und Liegenschaftsmanagement
2	Unterstützung von Chancengerechtigkeit	9	Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt
3	Konzeptionelle Öffnung von Bildungseinrichtungen, Vernetzung im Sozialraum und Kopplung mit non-formalen Bildungsangeboten	10	Quartiersnahe Kultur-, Sport- und Freiraumangebote Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt
4	Stärkung des lebenslangen Lernens und des bürgerschaftlichen Engagements	10,11	Lebenslanges Lernen
5	Stärkung der oberzentralen Funktion Leipzigs als Bildungsstandort	11	Vernetzung von Bildung, Forschung und Wirtschaft Interdisziplinäre Wissenschaft und exzellente Forschung



Fachkonzept Kommunale Bildungslandschaft

Räumliche Handlungsstrategie

Handlungsschwerpunkte Infrastrukturausbau



Ortsteile mit hoher Priorität



Ortsteile mit mittlerer Priorität

Handlungsschwerpunkte Integration

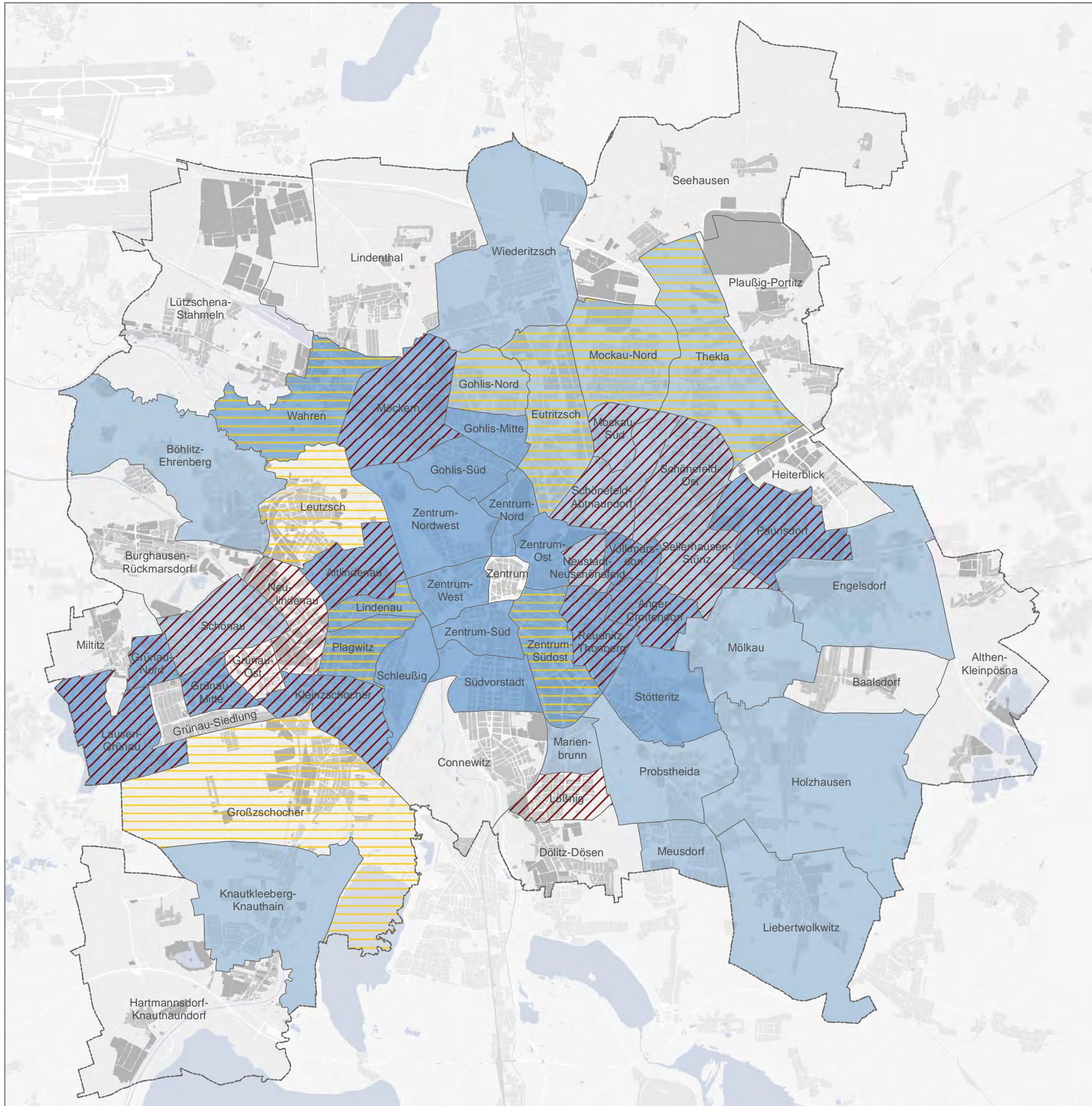


Ortsteile mit hoher Priorität



Ortsteile mit mittlerer Priorität

- Ortsteile
- Stadtgrenze



FACHKONZEPT SOZIALE TEILHABE

1. EINLEITUNG

Leipzig ist eine weltoffene Bürgerstadt, in der Vielfalt wertgeschätzt wird, aber auch der Umgang mit Vielfalt weiterentwickelt werden muss. Als Großstadt bietet sie Freiraum für unterschiedliche Lebensformen und -entwürfe. Alle Menschen sollen gleichberechtigt und selbstbestimmt an der Stadtgesellschaft teilhaben können – unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religionszugehörigkeit, Bildung, Behinderungen, sexueller Orientierung oder anderen individuellen Merkmalen. Das Spannungsfeld der Freiheit des Einzelnen und des sozialen Miteinanders im Gemeinwesen wird durch die beiden Pole Anonymität und nachbarschaftlicher/sozialer Zusammenhalt geprägt. Dies birgt für den Einzelnen jeweils Chancen und Risiken. Mit Blick auf eine zunehmende Verdichtung der Stadt gewinnt ein tolerantes und lösungsorientiertes Miteinander aller Bewohner/-innen an Bedeutung, sowohl in den nachbarschaftlichen Beziehungen als auch bei der Nutzung von Angeboten der Infrastruktur und des öffentlichen Raumes.

Leipzig ist eine soziale Stadt. Das sozialpolitische Handeln der Stadt orientiert sich an der Grundhaltung, dass kommunale Sozialpolitik sich gezielt Menschen mit Unterstützungsbedarf zuwenden muss. Dabei soll sie vor allem präventiv wirken. Die Leipziger Sozialpolitik will Bildungschancen eröffnen, gesellschaftliche Teilhabe fördern, Segregation dämpfen und den Generationenzusammenhalt fördern. Sie muss aber auch Hilfe in schwierigen Lebenslagen bieten. Ziel ist eine inklusive Stadtgesellschaft, welche die Vielfalt menschlicher Existenz anerkennt und soziale Chancengerechtigkeit ermöglicht. Dies ist nur im Zusammenwirken aller Akteure möglich: Stadtverwaltung, Kommunalpolitik, Landes- und Bundesbehörden, freie Träger, Zivilgesellschaft und privatwirtschaftliche Unternehmen.

Im Fachkonzept „Soziale Teilhabe“ werden Aufgaben und Angebote der Stadt Leipzig als Teil des vorsorgenden und nachsorgenden Sozialstaates und damit verbundene Angebote der sozialen Infrastruktur betrachtet. Der Schwerpunkt liegt auf Zielgruppen mit erhöhtem Hilfebedarf und damit Angeboten der sozialen Fürsorge. Im Fachkonzept werden die einzelnen Zielgruppen und je Zielgruppe die soziale Infrastruktur beschrieben und Annahmen über weitere Entwicklungen angestellt. Ziele und Maßnahmen wurden zielgruppenübergreifend entwickelt.

Verwendete Grundlagen	<p>Sozialreport 2015 Jugend:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zentrales Berichtswesen Jugend von 2015 • Fachplan Kinder- und Jugendförderung von 2012 • Teilstafelplan Erzieherische Hilfen von 2009 <p>Soziales:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konzept „Wohnungsnotfallhilfe in Leipzig von 2014“ • Sachstandsbericht zur Entwicklung der Behindertenhilfe in Leipzig 2013 • Altenhilfeplan von 2012 <p>Gesundheit:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konzept der Leipziger Sucht- und Drogenpolitik 2014-2019 • Regionaler Psychiatrieplan der Stadt Leipzig in der Fassung von 2012
Arbeitsstruktur	<p>Arbeitsgruppe aus: Dezernat Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule; Sozialamt; Amt für Jugend, Familie und Bildung; Gesundheitsamt; Stadtplanungsamt; Amt für Stadtneuerung und Wohnungsbauförderung</p>

2. AKTUELLE SITUATION, ENTWICKLUNGEN

Themenübergreifend

Aktuelle Situation und Entwicklungen

Leipzig befindet sich im Aufschwung. Dies lässt sich an einer Reihe von positiven sozialen Entwicklungen ablesen. Die Zahl der Geburten steigt und übersteigt die Zahl der Sterbefälle, der Wanderungssaldo der unter 6-Jährigen ist seit 2014 positiv, die Jugendquote steigt, die Altenquote sinkt, die Arbeitslosenquote sinkt, die Zahl der Sozialleistungsempfänger/-innen sowie ihr Anteil an der Bevölkerung nimmt ab. Gleichzeitig wird die Stadt durch den zunehmenden Anteil von Personen mit Migrationshintergrund vielfältiger.

Bei insgesamt positiver Entwicklung verdichten sich aber teilweise auch Problemlagen und es ist eine Zunahme von Hilfebedarf zu beobachten. So steigt die Zahl der Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, nimmt die Zahl und der relative Anteil der Hochbetagten wie auch der Anteil der Personen zu, die auf Sozialleistungen nach dem SGB XII angewiesen sind. Der Anteil der Schüler/-innen, welche die Schule ohne mindestens einen Hauptschulabschluss verlassen, ist konstant hoch. Und wenngleich in vielen Bereichen der relative Anteil von Personen mit Hilfebedarf abgenommen hat, so sind die absoluten Zahlen nach wie vor hoch. So hat sich der Anteil der Kinder an der Bevölkerung, die von Sozialgeld leben, von 2006 bis 2014 von 38 % auf 26 % verringert, gleichwohl waren 2014 noch 17.540 Kinder betroffen. Die Verweildauer in Hilfsstrukturen steigt und ein Verbleib von Menschen in Problemlagen ist häufiger zu beobachten.

Entwicklungserwartungen

Die in Leipzig zu erwartenden sozialen Entwicklungen bis 2030 werden durch bundesweit beobachtbare Veränderungen beeinflusst: die weitere Individualisierung der Gesellschaft, Wertevorstellungen und Familienformen werden vielfältiger, die Mobilität junger Menschen erhöht sich (vgl. Phänomen Schwarmstädte)¹ und das Wohnen von mehreren Generationen einer Familie an einem Ort nimmt weiter ab. Die Zahl der Einpersonenhaushalte steigt wie auch die Erwartung von Bürger/-innen, dass Leistungen, die ehemals von Familien übernommen wurden, durch den Staat erbracht werden. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass neue Trends der Vergemeinschaftung und Nachbarschaftshilfe an Bedeutung gewinnen.

Insbesondere für ältere, kranke und sozial benachteiligte Menschen ergeben sich durch Einschränkungen in der Mobilität, eingeschränkte finanzielle Mittel und durch den Verlust familiärer Hilfestrukturen Schwierigkeiten in der Lebensführung und bei der Teilhabe an der Gemeinschaft. Wohnortnahe unterstützende Angebote sowie die Vernetzung von Angeboten gewinnen an Bedeutung.

Bei insgesamt positiver sozialer Entwicklung werden sich Problemlagen in Leipzig verdichten, auch räumlich. Konfliktpotenzial und soziale Ausgrenzung werden zunehmen, wenn es nicht gelingt, eine nachhaltige soziale Entwicklung zu ermöglichen. Dabei bedarf es sowohl der Fürsorge, um Notlagen zu begegnen, als auch einer gezielten Förderung von Zielgruppen mit Hilfebedarf, die zu Selbsthilfe und Eigenverantwortung befähigt.

Stärken und Potenziale

In Leipzig gibt es eine breite und ausdifferenzierte Vielfalt an sozialen Einrichtungen, Maßnahmen und Projekten über die Stadt verteilt. Es gibt soziale Dienste, Beratungsstellen und Begegnungsstätten. Für ihre Einwohner/-innen stellt die Stadt Leipzig in Kooperation mit ihren Partnern eine qualitätsvolle Versorgung im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge und sozialen Fürsorge bereit.

Die Leipziger Sozialpolitik und die soziale Infrastruktur, welche soziale Dienstleistungen (Geld- und Sachleistungen des Sozialleistungsrechts und soziale Dienste) und Einrichtungen umfasst, werden auf der Grundlage eines kontinuierlichen Berichtswesens und zahlreicher Fachkonzepte gestaltet und gesteuert.

Eine besondere Stellung nehmen strategische Querschnittsthemen und integrierte Konzepte und Handlungsansätze ein, die mehrere Zielgruppen bzw. Lebenslagen in den Blick nehmen und eine Vielzahl

¹ Harald Simons, Lukas Weiden: Schwarmstädte – eine Untersuchung zu Umfang, Ursache, Nachhaltigkeit und Folgen der neuen Wanderungsmuster in Deutschland. Präsentation vom 17. April 2015 in Berlin.

von Akteuren beteiligen. Dies sind die Strategie „Ort der Vielfalt“, der Teilhabeplan „Auf dem Weg zur Inklusion“, das Kommunale Bildungsmanagement, Gesundheitsförderung und das Gesunde Städte-Netzwerk, die Strategie für eine kinder- und familienfreundliche Stadt und Ansätze zur Stärkung des Miteinanders der Generationen, das Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten.

Städtische Leistungen werden an freie Träger über Versorgungs- und Leistungsverträge oder im Rahmen der Förderung vergeben und regelmäßig an Bedarfsentwicklungen angepasst. Die Trägerlandschaft ist vielgestaltig und reicht von Wohlfahrtsverbänden über überregional tätige Träger bis hin zu lokalen Vereinen oder gemeinnützigen Gesellschaften. Ein Großteil der in der Stadt angebotenen Leistungen werden über Netzwerke beteiligter Träger und Projekte z. T. in regionaler Versorgungsverantwortung erbracht. Kooperation ist ein wichtiger Standard der sozialen Arbeit in Leipzig.

In den bisherigen Schwerpunktträumen der Stadtentwicklung gibt es ein Stadtteil- bzw. Quartiersmanagement und aktive Netzwerkstrukturen. Mit Fördermitteln des Bundes und des Freistaates Sachsen wurden diese Stadtteile in den letzten Jahren gezielt gestärkt und weiterentwickelt. Maßnahmen der Kinder- und Jugendförderung und Gesundheitsförderung werden gezielt in diesen Gebieten eingesetzt.

Schwächen und Risiken

In Leipzig gibt es Stadtteile, in denen sich soziale Problemlagen häufen: im Vergleich zur Gesamtstadt sind hier mehr Menschen arbeitslos, mehr Familien auf Sozialgeld angewiesen und werden weniger Bildungsempfehlungen für das Gymnasium vergeben. Personen mit geringem Einkommen werden in weniger attraktive Wohnlagen verdrängt.

Um eine gelingende Integration der neu nach Leipzig kommenden Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen, wird angesichts der geänderten Rahmenbedingungen und neuer Förderinstrumente von Bund und Land das Leipziger Integrationskonzept fortgeschrieben.

Es fehlen zunehmend familiäre Unterstützungsnetzwerke oder unterstützende Nachbarn: bei Familien, die einer Hilfe zur Erziehung bedürfen, bei älteren Menschen mit Unterstützungsbedarf und bei psychisch kranken Personen.

Durch eine intensivere Nutzung von Frei- und Grünflächen durch mehr Einwohner/-innen in der Stadt sinkt die Akzeptanz für Personen mit abweichend wahrgenommenen Verhaltensweisen, wie beispielsweise Suchtkranke, und der Bedarf an Ausgleichsräumen (z. B. Tagestreffs) für diese Personen steigt.

Die Fachplanungen schöpfen Steuerungspotenziale nicht in vollem Umfang aus. Eine integrierte Verzahnung von Fachplanungen und die systematische Betrachtung von Schnittstellen erfolgt erst in Ansätzen. Die Qualität der Leistungen von Trägern weist zum Teil größere Unterschiede auf. In einzelnen Bereichen fehlen bedarfsgerechte Angebote.

In vielen Bereichen gibt es einen engen Fokus auf Zielgruppen und es mangelt an einer Öffnung von Angeboten für neue Zielgruppen. Für sozial weniger integrierte Zielgruppen besteht die Gefahr, aus sozialen Angeboten verdrängt zu werden. Zum Teil werden Angebote und Hilfen nicht in Anspruch genommen und damit die Zielgruppe nicht erreicht (z. B. Gesundheitsuntersuchung für Kinder und Jugendliche – sogenannte U-Untersuchungen).

Nicht immer kann im Einzelfall bedarfsgerecht und nachhaltig Hilfe geleistet werden. Die Vergabe der Hilfe wird durch die Verfügbarkeit von Leistungen und Angeboten beeinflusst. Möglichkeiten der Information, Beratung, Unterstützung und Förderung durch Angebote des Regelsystems, wie Kindertagesstätten, Schulen sowie präventive Angebote werden zu wenig ausgeschöpft. Auf Dauer können unter diesen Bedingungen verfestigte Problemlagen von Familien nicht bewältigt werden.

Viele Angebote sozialer Arbeit werden durch eine jährliche Projektförderung über Förderprogramme finanziert. Dies erschwert die Nachhaltigkeit und Verfestigung von Hilfeangeboten.

Lebensunterhalt

Aktuelle Situation und Entwicklungen

15,3 % der Leipziger/-innen waren 2014 relativ arm. Im Vergleich zu 2010 hat sich die relative Armut kaum verändert. 13,8 % der Leipziger/-innen lebten 2015 von Leistungen der sozialen Grundsicherung. Im Vergleich zu 2010 mit 15,6 % ist das eine leichte Besserung. Je nach Leistungsbereich ist die Entwicklung verschieden: während die Zahl der Empfänger/-innen von Leistungen nach dem SGB II rückläufig ist, nimmt die Zahl der Empfänger/-innen nach SGB XII zu. Das mittlere persönliche Nettoeinkommen steigt seit 2009 und lag im Jahr 2015 bei 1.254 Euro im Monat. Die Einkommen in Leipzig sind niedriger als im Durchschnitt des Freistaates Sachsen und im gesamtdeutschen Durchschnitt.

Entwicklungserwartungen

Hält der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre an, kann sich die Zahl der Empfänger/-innen von Grundsicherungsleistungen weiter verringern. Die Zahl der Leistungsberechtigten nach dem SGB II wird durch den Wechsel von Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in das SGB II ansteigen. Die Zahl der Personen, die von Grundsicherung im Alter leben, wird aufgrund unterbrochener Erwerbsbiographien und sinkender Rentenniveaus weiter anwachsen.

Stärken und Potenziale

In Leipzig sind die sozialen Unterschiede vergleichsweise gering, die Einkommensunterschiede sind halb so groß wie im bundesweiten Durchschnitt. Der Anteil der Personen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbsarbeit bestreiten, nimmt seit Jahren zu. Die Arbeitslosigkeit ist seit 2005 rückläufig.

Durch Förderung von Vereinen und kommunale Angebote werden kostenlose oder kostengünstige Beratungs-, Unterstützungs- und Freizeitangebote bereitgehalten. Der Leipzig-Pass gewährt Empfänger/-innen von Grundsicherungsleistungen und Geringverdienenden ermäßigten Zugang zu Kultur-, Freizeit- und Sporteinrichtungen. Mit der Leipzig-Pass-Mobilcard kann der öffentliche Personennahverkehr zum ermäßigten Preis genutzt werden.

Schwächen und Risiken

Mit dem relativ geringen Einkommensniveau in Leipzig und aufgrund von durchbrochenen Erwerbsbiographien steigt das Risiko von Altersarmut.

Alter und Pflege

Aktuelle Situation und Entwicklungen

Die absolute Zahl der ab 65-Jährigen und ihr Anteil an der Bevölkerung sind seit 2010 leicht gesunken. 2014 waren es 116.382 Personen bzw. 21,1 %. Darunter nahm die Zahl der ab 80-Jährigen von 28.762 im Jahr 2010 bis 31.395 im Jahr 2014 stetig zu, wenngleich ihr Anteil mit 5,5 bzw. 5,6 % weitgehend konstant blieb.

Durchschnittlich 16.500 Personen pro Monat nutzten 2014 die Seniorenbüros und Seniorenbegegnungsstätten.

Die Zahl der Leistungsempfänger/-innen der Pflegeversicherung ist von 15.220 im Jahr 2011 auf 16.283 im Jahr 2013 gestiegen. Von den Pflegefällen im Jahr 2013 waren 82 % 65 Jahre und älter. 10.707 (66 %) lebten in der Häuslichkeit. Davon wurden 56 % durch Angehörige gepflegt (Pflegegeld) und 44 % durch einen ambulanten Pflegedienst. 5.576 Personen wurden in einem Altenpflegeheim gepflegt. Die Zahl der Leistungsempfänger/-innen von Hilfe zur Pflege steigt stetig. 2010 waren es 2.288 Personen, 2014 insgesamt 2.785 Personen.

Entwicklungserwartungen

Sowohl die Anzahl als auch der Anteil älterer Menschen soll gemessen an der Hauptvariante der städtischen Bevölkerungsvorausschätzung 2016 bis 2030 steigen. So sollen 2030 insgesamt 92.305 Personen (12,8 %) der Leipziger/-innen 65 bis unter 80 Jahre alt sein und 45.305 (6,3 %) 80 Jahre und älter. Bei konstanten Pflegequoten wird ein Zuwachs an Pflegefällen erwartet. Die Erweiterung des Pflegebegriffs durch das Pflegestärkungsgesetz II und die Einführung von Pflegegraden gehen mit Leistungserweiterungen, z. B. durch die Aufnahme von Demenzerkrankungen, einher. Durch den

Rückgang familiärer Hilfestrukturen steigt die Inanspruchnahme professioneller Pflegedienste. Niedrigschwellige Angebote im vorpflegerischen Bereich, die ein selbstbestimmtes Altern ermöglichen und Vereinsamung verhindern, gewinnen an Bedeutung. Möglicherweise wird in Sachsen in den kommenden Jahren eine kommunale Pflicht zur Beratung und Vernetzung im Bereich Pflege eingeführt.

Stärken und Potenziale

In jedem Stadtbezirk informiert und berät ein Seniorenbüro ältere Menschen und Angehörige und vernetzt Angebote im Stadtbezirk miteinander. Insgesamt 34 Seniorenbegegnungsstätten bieten über die Stadt verteilt niedrigschwellige Begegnungsangebote.

Durch den Sozialen und pflegerischen Fachdienst im Sozialamt erfolgt eine Prüfung des pflegerischen Bedarfs und von Unterstützungsmöglichkeiten. Das führt zu einer passgenauerer Hilfe.

Seit 2016 können niedrigschwellige Angebote (z. B. Seniorenbesuchsdienst), Angebote im vorpflegerischen Bereich und präventive Angebote durch eine kommunale Pflegekoordination bedarfsgerecht entwickelt werden. So soll das Einsetzen von Pflegebedürftigkeit verzögert werden. Träger und Einrichtungen werden in einem Pflegenetzwerk zusammengeführt und sozialräumliche Unterschiede von Stadtteilen beachtet.

Schwächen und Risiken

Bei Hochbetagten, nicht mehr mobilen und zum Teil bereits pflegebedürftigen Menschen, die in ihrer eigenen Wohnung leben, steigt der Bedarf an Unterstützung und wohnortnahmen Dienstleistungen. Bei Demenz und/oder wenn familiäre oder nachbarschaftliche Unterstützung fehlen, wird oftmals ein Umzug in eine stationäre Pflegeeinrichtung erforderlich.

Behinderung

Aktuelle Situation und Entwicklungen

Die Zahl der Personen mit gültigem Schwerbehindertenausweis ist von 40.475 Personen im Jahr 2010 auf 46.450 im Jahr 2014 gestiegen. Im Jahr 2015 hatten 8,6 % der Leipziger/-innen einen Schwerbehindertenausweis.

Die meisten Menschen erwerben eine Behinderung im Laufe ihres Lebens. In Leipzig lag im Jahr 2015 der Anteil der unter 6-Jährigen mit gültigem Schwerbehindertenausweis an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe bei 0,5 %, bei den ab 85-Jährigen lag er bei 48,4 %. Die häufigste Ursache von Behinderungen sind allgemeine Krankheiten. 91 % der Personen mit gültigem Schwerbehindertenausweis haben ihre Behinderung durch Krankheit erworben. 6 % der Personen mit Schwerbehinderung haben eine angeborene Behinderung.

Entwicklungserwartungen

Durch eine verbesserte medizinische Versorgung wird sowohl die Zahl der angeborenen als auch erworbenen Behinderungen und damit verbunden die Zahl der älteren Menschen mit Behinderung weiter zunehmen. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an eine inklusive Gesellschaft. Damit verbunden erhöhen sich die Anforderungen an Leistungen, welche eine gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ermöglichen und ihren individuellen Bedarf berücksichtigen. Für die zunehmende Zahl älterer Menschen mit Behinderung bedarf es entsprechender Angebote in den Bereichen der Tagesstruktur und Pflege. Die Nachfrage nach selbstbestimmten Wohnformen als Alternative zu stationären Einrichtungen nimmt zu. Damit steigt sowohl der Bedarf an barrierefreiem Mietwohnraum als auch nach gemeinschaftlichen Wohnformen.

Bis 2023 wird schrittweise das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen eingeführt. Mit dem Gesetz sollen Teile der UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt und die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verbessert werden. Die Eingliederungshilfe wird als eigenes Leistungsrecht im Recht der Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX) neu geregelt. Die konkreten Auswirkungen des Gesetzes, insbesondere die damit verbundenen finanziellen Aufwendungen für die Kommunen, sind aufgrund der geplanten schrittweisen Einführung derzeit noch nicht abschließend abschätzbar – mit Mehraufwendungen wird gerechnet.

Stärken und Potenziale

Mit dem Plan „Auf dem Weg zur Inklusion – Teilhabeplan der Stadt Leipzig“ - Beschlussfassung bis Ende 2017 vorgesehen - werden beteiligungsorientiert Maßnahmen entwickelt, um die Selbstbestimmung und soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in den Bereichen Mobilität, Wohnen, Bildung, Kultur/Freizeit/Sport sowie Arbeit und Beschäftigung zu befördern und Barrieren, die der Teilhabe entgegenstehen, weiter abzubauen. Zu den Handlungsschwerpunkten gehören u. a. die Weiterentwicklung von Angeboten für ältere Menschen mit Behinderung und eine verbesserte Ausgestaltung der Schnittstelle zwischen Senioren- und Behindertenhilfe: bei den offenen Begegnungsangeboten, der Wohnberatung oder bei aufsuchenden Diensten. Darüber hinaus geht es um die weitere Verbesserung der Barrierefreiheit in der Stadt Leipzig.

Schwächen und Risiken

Für Menschen mit Behinderungen bestehen trotz einer zunehmend inklusiveren Ausrichtung von Strukturen nach wie vor Hindernisse, um gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilhaben zu können. Viele Angebote und Dienste, einschließlich Informationen und Formate, sind nicht barrierefrei gestaltet, so dass Menschen mit Behinderungen diese nicht nutzen können. Der gleichberechtigte Zugang zu Schulbildung, beruflicher Ausbildung, Arbeit und zum selbstbestimmten Wohnen wird durch verschiedene Hindernisse erschwert.

Wohnungslosigkeit und Unterbringung

Aktuelle Situation und Entwicklungen

Für wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen ist es zunehmend schwieriger, ihre Wohnung zu halten oder anderen Wohnraum zu finden. Das hängt mit den Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt durch das Bevölkerungswachstum, mit sinkendem Leerstand und komplexer werdenden Problemlagen von wohnungslosen Personen zusammen. Seit 2011 liegt die Zahl der Räumungs-klagen zwischen 1.059 und 1.306 pro Jahr und die Zahl der Räumungstermine zwischen 876 und 964. Die Anzahl der wohnungslosen Personen, die in Leipziger Notunterkünften untergebracht sind, bewegt sich auf gleichbleibendem Niveau bei im Schnitt 550 Personen pro Jahr.

Der Anstieg der Zuweisungen von Geflüchteten seit 2014 erforderte einen Ausbau der Unterbringungskapazitäten. Zum 31.12.2015 standen insgesamt 4.224 Plätze für Asylsuchende und Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften einschließlich Pensionen zur Verfügung. Von den Personen, die im Dezember 2015 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten, lebten 67 % in einer Gemeinschaftsunterkunft und 33 % in einer eigenen Wohnung außerhalb einer Gemeinschaftsunterkunft.

Entwicklungserwartungen

Der Bedarf an Angeboten für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen wird durch die Verknappung von Wohnraum bei einem weiteren Bevölkerungswachstum der Stadt steigen.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung geht die Stadt Leipzig davon aus, dass in den kommenden Jahren jährlich ca. 1.500 Asylsuchende und Geflüchtete aufzunehmen sind. Der Bedarf an Maßnahmen zur Integration bleibt weiterhin hoch.

Stärken und Potenziale

Für Mieter/-innen gibt es Angebote der Mietrechtsberatung bei Dritten. Für wohnungslose Personen gibt es eine bedarfsgerechte, differenzierte Versorgung. Die erforderliche Hilfe zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit wird aus einer Hand durch die Fachstelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit koordiniert und "aus einer Hand" gewährt. Dies betrifft Teilkompetenzen aus dem ordnungsrechtlichen, sozialrechtlichen und wohnungsmarktlichen Bereich. Neben wirtschaftlichen Hilfen z. B. durch Übernahme von Mietschulden, der Wohnraumvermittlung und -versorgung sowie der Unterbringung in Notunterkünften wird persönliche Hilfe durch den Sozialdienst „Vier Wände“ gewährt.

Um die Unterbringung von Asylbewerbern und Geflüchteten sicherzustellen und die Integration zu verbessern, wurde seit 2013 die Zahl der Gemeinschaftsunterkünfte deutlich erweitert, neue Wohnformen (kleinere Wohnhäuser, Gewährleistungswohnungen) geschaffen, ein Sicherheitskonzept erstellt, die Verteilung im Stadtgebiet verbessert und die Trägerlandschaft vielfältiger gewählt. Darüber hinaus wurden Standards für die soziale Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften geschaffen, die soziale Betreuung

durch Vereine verbessert, ein spezifisches Angebot für Psychisch- oder Suchtkranke geschaffen, ein Patenschaftsprogramm eingerichtet und Sprachangebote deutlich erweitert. Um eine erfolgreiche Integration zu ermöglichen, sollen Angebote von Anfang an und unabhängig von der Bleibeperspektive des Einzelnen angeboten werden. Der Umzug von Personen aus Gemeinschaftsunterkünften soll so bald wie möglich erfolgen.

Schwächen und Risiken

Mieter/-innen suchen bei Mietschulden oftmals zu spät Beratung und Hilfe.

Bei einer Verknappung von Wohnraum muss davon ausgegangen werden, dass Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten oder höherem Betreuungs- und Integrationsbedarf bei der Wohnungsvergabe gegenüber anderen Mitbewerbern benachteiligt werden. Das Risiko einer länger andauernden Wohnungslosigkeit steigt.

Sucht und Psychiatrie

Aktuelle Situation und Entwicklungen

Die Zahl der in den Suchtberatungs- und Behandlungsstellen betreuten suchtkranken Menschen lag in den vergangenen Jahren zwischen 4.000 und 4.200 Personen. Die Zahl der Beratungsgespräche für Menschen mit Drogenproblemen stieg in den zurückliegenden Jahren stetig an, demgegenüber sank die Zahl derer, die wegen Alkoholproblemen versorgt wurden. Besonders deutlich ist die Zunahme von Metamphetaminabhängigen („Crystal“). Im Vergleich zu 2011 nahm ihre Zahl bis 2015 um das 3,5-fache zu. Problematisch gestalten sich die Auswirkungen der Abhängigkeit von mehreren Substanzen (Polytoxikomanie) und die Folgen psychischer Begleiterkrankungen bei Drogenkonsum.

In der Stadt Leipzig werden konstant ca. 4.000 psychisch kranken Menschen psychosozial versorgt. Davon betreut der Sozialpsychiatrische Dienst im Verbund Gemeindenähe Psychiatrie ca. 2.000 Personen im unmittelbaren Wohnumfeld. In den psychosozialen Gemeindezentren werden ca. 1.500 Personen beraten, begleitet oder erhalten ein tagesstrukturierendes Angebot. In den letzten Jahren hat der Bedarf an psychosozialer Begleitung und Beratung zugenommen. Dies lässt sich u. a. an der gestiegenen Zahl von wohnungslos gewordenen psychisch kranken Menschen und an der gestiegenen Zahl von Menschen mit Doppeldiagnosen ablesen. Der Schwerpunkt der psychiatrischen Versorgung liegt bei schwer psychisch kranken Menschen.

Entwicklungserwartungen

Mit steigender Einwohnerzahl wird der Bedarf zur Versorgung von psychisch kranken Menschen ebenfalls steigen. In der epidemiologischen Forschung wird davon ausgegangen, dass der Anteil von schwer psychisch kranken Menschen bei 1 % der Bevölkerung liegt. Durch den Zuzug von Geflüchteten, die durch Krieg und Flucht traumatisiert sind, wird der psychosoziale Versorgungsbedarf weiter zunehmen. Auch in der Suchthilfe wird ein ansteigender Bedarf erwartet: durch einen weiteren Anstieg von methamphetaminabhängigen Personen, die weitere Zunahme von Mehrfachabhängigkeiten und die Auswirkungen einer wachsenden Bevölkerung auf den Fachkräftegeschlüssel von 1:17.000 Einwohner/-innen.

Stärken und Potenziale

Die psychiatrische Versorgung in Leipzig wird im Gemeindepsychiatrischen Verbund mit den Bereichen Krankenhausversorgung, komplementäre Psychiatrie, ambulante Psychiatrie sowie Koordination sichergestellt. Traditionell sind alle Angebote in einem Gebiet gut miteinander verzahnt und mit regionaler Verantwortung versehen (Sektorisierung und Regionalisierung). Besonders hervorzuheben ist die Verbindung von kurativen und sozialen Leistungen in der Einrichtung Verbund Gemeindenähe Psychiatrie und die Bedeutung der Beteiligung von Betroffenen und Angehörigen, welches eine gute Erreichbarkeit der Angebote für die Zielgruppe ermöglicht.

Die Sucht- und Drogenpolitik wird durch die Sucht- und Drogenpolitischen Leitlinien bestimmt. Diese beziehen sich auf die fünf Bereiche: Prävention, Beratung und Behandlung, Maßnahmen zur Schadensminimierung, Repression sowie Kooperation und Vernetzung. Die Suchtkrankenhilfe in Leipzig ist nach Zielgruppen und Schwerpunkten ausdifferenziert und wird in interdisziplinärer Zusammenarbeit weiter entwickelt. Die Angebote verteilen sich wohnortnah und sind für die Zielgruppe gut erreichbar. Derzeit wird der Bedarf gedeckt.

Schwächen und Risiken

Die Zielgruppe der Suchthilfe verändert sich: es gibt mehr Ältere, mehr Menschen mit Behinderungen, mehr Personen mit Doppeldiagnosen oder Migrationshintergrund. Durch die Veränderung rechtlicher Rahmenbedingungen für Arbeits- und Beschäftigungsprojekte fallen zunehmend Arbeits- und Beschäftigungsmaßnahmen für Suchtkranke weg.

Wenn mehrere Hilfesysteme bei der Unterstützung psychisch Kranke beteiligt sind, fehlt eine Steuerung übergreifender Fallverantwortung. Zudem sind individuelle personenbezogene Leistungen oft nicht niedrigschwellig erreichbar und es fehlt an ausreichenden Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Erziehung und Jugend

Aktuelle Situation und Entwicklungen

Bei der Gewährung erzieherischer Hilfen nach dem SGB VIII für Familien mit Hilfebedarf wurde in den letzten fünf Jahren ein Anstieg risikobehafteter Lebensumstände beobachtet: Suchtmittelabhängigkeit, psychische Erkrankung oder geistige Behinderung von Eltern oder Gewalt in der Familie. Diese führten zu einem Anstieg der Hilfen, da in problembelasteten Familien eine Unterstützung durch Verwandte oder andere Netzwerke (Freunde, Nachbarn) oftmals nicht vorhanden bzw. belastbar ist. So nahm die Zahl der erzieherischen Hilfen je 1.000 unter 18-Jährige, die durch den Allgemeinen Sozialdienst veranlasst wurden, von 18,9 im Jahr 2011 auf 24,1 im Jahr 2015 zu. Eine neue Herausforderung stellt seit August 2015 die hohe Zahl unbegleiteter minderjähriger Ausländer/-innen dar.

Aufgrund der Zunahme von risikobehafteten Lebensumständen in Familien und durch Zunahme der Jugendquote² stieg seit 2010 der Bedarf an Hilfsangeboten für Kinder und Jugendliche.

Entwicklungserwartungen

Der Bedarf an erzieherischen Hilfen nach dem SGB VIII wird aufgrund des Bevölkerungswachstums, einer weiteren Zunahme der oben genannten risikobehafteten Lebensumstände in Familien sowie eines weiter abnehmenden familiären und/oder sozialräumlichen „Sicherungsnetzes“ steigen. In vielen Familien mit komplexen Problemkonstellationen ist es zunehmend schwierig, Eltern dazu zu befähigen, ihre Erziehungsverantwortung für ihre Kinder eigenständig auszuüben. Eine Umsteuerung hin zu mehr Prävention könnte bei zunächst höheren Kosten langfristig zu Einsparungen führen.

Der Bedarf an Angeboten für Jugendliche mit Hilfebedarf wird zunehmen. Die Jugendquote wird gemäß Bevölkerungsvorausschätzung des Jahres 2016 bis zum Jahr 2030 auf 21,4 % ansteigen. Die Anforderungen an junge Menschen hinsichtlich ihrer Qualifikation für den Arbeitsmarkt werden sich durch weitere Technisierung und Digitalisierung erhöhen. Die Kinder- und Jugendförderung muss zum einen Angebote und Informationen mit Blick auf die oben beschriebenen Gegebenheiten des Freizeitverhaltens junger Leipziger/-innen anpassen und zugänglicher gestalten, zum anderen sollte Bewährtes fortgeführt werden.

Stärken und Potenziale

Der Allgemeine Sozialdienst unterstützt Kinder, Jugendliche und Familien mit Hilfebedarf. Er sichert den Kinderschutz für Kinder und Jugendliche der Stadt Leipzig und steuert die Erbringung von Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen nach dem SGB VIII in neun Sozialbezirken. Zur Sicherung der Aufgaben im Zusammenhang mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern wurde ein eigener Fachdienst aufgebaut.

Die Kinder- und Jugendförderung trägt durch ein plurales und konzeptionell aufeinander abgestimmtes Angebot dazu bei, dass Kinder, Jugendliche und junge Familien eine sinnstiftende, persönlichkeitsfördernde und wertevermittelnde Freizeit in Leipzig erleben sowie Hilfe und Beratung in Anspruch nehmen können. Die Angebote orientieren sich an den konkreten Lebensverhältnissen junger Menschen, sozialräumlichen Besonderheiten und festgestellten Problemlagen. Der mit dem Fachplan „Kinder- und Jugendförderung“ eingeleitete Prozess der Sozialraumorientierung und der intensive Auf- und Ausbau von Netzwerken trägt dazu bei, die Leistungen der Jugendhilfe noch besser aufeinander zu beziehen und die Verantwortung der Träger in diesen Räumen zu erhöhen. Die Kooperation mit dem System

² Die Jugendquote, die sich aus der Zahl der Einwohner/-innen im Alter von unter 15 Jahren zur Zahl der Einwohner/-innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren bemisst, stieg von 2010 bis 2014 von 17,8 % auf 19,2 %.

Schule ist flächendeckend entwickelt und muss nachhaltig stabilisiert werden. Mit Sportvereinen bzw. kommerziellen Sportanbietern gibt es im Kontext von Gesundheits- und Bewegungsförderung projektbezogene Veranstaltungen und Maßnahmen, die zum einen auf eine gesunde Lebensführung von jungen Menschen abzielen, zum anderen gute Möglichkeiten der Integration beispielsweise von ausländischen Kindern und Jugendlichen bieten.

Schwächen und Risiken

Das Erziehungs- und Bildungssystem wird den Anforderungen, die sozial auffällige Kinder und Jugendliche mit Unterstützungsbedarf stellen, zum Teil nicht gerecht. Es findet, räumlich unterschiedlich, eine soziale Bildungsselektion statt, was (nicht nur) die hohen Schulabbrecherquoten in einigen Ortsteilen belegen.³

Dem Bedarf entsprechende Hilfen zur Erziehung können derzeit nicht konsequent angeboten werden, so dass bundesweite stationäre Angebote erzieherischer Hilfen genutzt werden müssen, was die Steuerung der Hilfe erschwert.

Für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in prekären Lebenssituationen ist ein Umdenken in Richtung interdisziplinärer und integrierter Ansätze der Helfersysteme notwendig. Die dafür notwendigen Arbeitsstrukturen und Netzwerke müssen im Rahmen der Reform des SGB VIII entwickelt werden.

In diesem Kontext kommt einer integrierten Jugendhilfeplanung eine besondere Bedeutung zu. Damit wird das Ziel verfolgt, verschiedene Fachplanungen, Handlungsprioritäten und Ressourcen aufeinander abzustimmen und in einer fachübergreifenden Strategie zu bündeln.

Übergreifende Betrachtung der sozialen Infrastruktur

In Karte 1 (Infrastrukturangebote) sind von der Stadt Leipzig geförderte niedrigschwellige soziale Angebote – Beratungsstellen, offene Treffs und Fachdienste – für verschiedene Zielgruppen dargestellt. Als Flächenhintergrund ist der Anteil der Leistungsempfänger/-innen SGB II auf der Ebene der statistischen Bezirke dargestellt. Die Übersicht macht folgende Verteilungen deutlich:

- Angebote gibt es in fast allen Ortsteilen.
- In Stadtteilen mit Entwicklungsbedarf, wie dem Leipziger Westen, im Leipziger Osten oder Grünau gibt es Angebote.
- Angebote sind häufig in der Nähe wichtiger Verkehrsstraßen und in der Nähe der Innenstadt verortet und damit leichter erreichbar.
- Vielerorts finden sich offene Treffs für verschiedene Zielgruppen in Nachbarschaft zueinander, ohne dass eine verbindliche Zusammenarbeit bekannt ist.
- In den randstädtischen Ortsteilen gibt es nur wenige Angebote. Hier ist in Bezug auf die offenen Treffs zu prüfen, welche ungeförderten Angebote von Kirchengemeinden oder Vereinen bestehen.

Es gibt in vielen Bereichen eine gute zielgruppenspezifische Vernetzung der Angebote (z. B. im Bereich der Psychiatrie). Eine zielgruppenübergreifende Vernetzung und Kooperation besteht lediglich punktuell. Damit verbundene Synergien, beispielsweise mit Blick auf generationenübergreifende Konzepte, werden derzeit nicht in dem Maße ausgeschöpft, wie dies möglich und sinnvoll wäre.

Herausforderung für die Zukunft ist, in Fachplanungen stärker zielgruppenübergreifende Schnittstellen zu beachten und übergreifende Konzepte entwickeln. Zielgruppenübergreifende Netzwerke (Netzwerk Fachdienste, Netzwerk Beratungsstellen, Netzwerk offene Treffs), auch sozialräumlich gegliedert, und gemeinsame Fachtage zum Austausch sind denkbar. An ausgewählten Orten sollte über Vor- und Nachteile einer Zentrenbildung von Angeboten nachgedacht werden. Beispiel ist die wenngleich zielgruppenspezifische so doch bereichsübergreifende Zusammenarbeit von Krankenhausversorgung, komplementärer Psychiatrie, ambulanter Psychiatrie sowie Koordination und Kooperation nach den Prinzipien der Sektorisierung und Regionalisierung.

³ Vgl. Bildungsreport Leipzig 2014. S. 20ff

3. HANDLUNGSSTRATEGIE

3.1 Ziele und Maßnahmenbündel

Eine nachhaltige soziale Entwicklung der Stadt Leipzig setzt voraus, dass der derzeitige Status Quo sozialer Stabilität gesichert wird. Dies lässt sich vor allem daran bemessen, dass die positive natürliche Bevölkerungsentwicklung anhält und Einkommensunterschiede sowie die sozialen Unterschiede in den Stadtteilen nicht zunehmen. Darüber hinaus ist eine Entwicklung der Stadt wünschenswert, die mehr Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Diese wäre erreicht, wenn die Durchschnittseinkommen steigen und Einkommensunterschiede abnehmen, wenn der soziale Handlungsbedarf (z. B. Hilfen zur Erziehung) sinkt und sich die sozialen Unterschiede zwischen den Stadtteilen verringern, wenn sich soziale Chancengerechtigkeit erhöht, indem beispielsweise mehr Kinder aus Stadtgebieten mit Entwicklungsbedarf eine gymnasiale Bildungsempfehlung erhalten würden und sich so die Abstände zwischen den einzelnen Stadtteilen verkleinerten.

Abgeleitet aus der Analyse der Stärken und Potenziale sowie der Schwächen und Risiken und mit Blick auf die Entwicklungserwartungen bis 2030 wurden folgende vier Ziele für eine nachhaltige soziale Entwicklung erarbeitet. Diese leiten sich aus dem Leitsatz des Fachkonzeptes „Leipzig lebt Vielfalt“ ab, dem das im Zielbild formulierte Selbstverständnis der Stadt Leipzig als weltoffene Stadt zu Grunde liegt. Die vier Ziele werden mit Maßnahmebündeln unterstellt. Die Maßnahmen beziehen sich auf jene Aufgaben, für welche die Stadt Leipzig verantwortlich ist. Dazu zählen auch Angebote, die durch freie Träger der Wohlfahrtspflege erbracht werden.

1. Inklusive Stadt

Infrastruktur, öffentlicher Raum, Leistungen und Angebote der sozialen Fürsorge sind bedarfsgerecht, für alle zugänglich und inklusiv gestaltet.

Die Regelsysteme und die Angebote der sozialen Fürsorge sind so zu gestalten, dass sozial benachteiligte Personen besser erreicht und gefördert werden. Die Angebote des Erziehungs- und Bildungssystems, der Gesundheitsförderung, Begegnungsangebote, Sport- und Kulturangebote, Angebote zur Integration in Ausbildung und Arbeit sowie Mobilitätsangebote stehen bedarfsgerecht zur Verfügung und sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Kriterien für „bedarfsgerecht“ sind: niedrigschwellig, inklusiv, altersgerecht, barrierearm und am Sozialraum orientiert – im Rahmen verfügbarer Ressourcen. Zielgruppenübergreifende Angebote sind dabei mitzudenken. Personen, deren Verhalten als abweichend wahrgenommen wird (z. B. psychisch Kranke), sollen im öffentlichen Raum akzeptiert werden. Mit einer bedarfsgerecht gestalteten Infrastruktur wird, wo sinnvoll und finanziell möglich, eine flächendeckende Versorgung erfolgen. Gleichwohl müssen Unterschiede in der Versorgung von Stadtteilen akzeptiert werden, da sowohl ein sozialräumlich erhöhter Handlungsbedarf eine intensivere Versorgung begründet aber auch aus praktischen Erwägungen (z. B. keine verfügbaren Grundstücke und Gebäude) weniger bedarfsgerechte Standorte gewählt werden müssen.

Eine inklusive soziale Infrastruktur berücksichtigt alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religionszugehörigkeit, Bildung, Behinderungen, sexueller Orientierung oder sonstigen individuellen Merkmalen. Dies schließt die Integration von Migrantinnen und Migranten mit ein. Um eine erfolgreiche Integration zu ermöglichen, werden Angebote von Anfang an, unabhängig von der Bleibeperspektive des Einzelnen und in allen Bereichen des Lebens (Sprache, Wohnen, Kita/Schule, Arbeit, Stadtgesellschaft) angeboten. Spezifische Angebote für Migrantinnen und Migranten sollen sich auf die Anfangsphase beschränken – eine schnelle Integration in die Regelsysteme ist das Ziel.

Maßnahmenbündel:

Nr.	Stichwort	Maßnahmenbündel
M 1.1	Mehrfachnutzung von Objekten	Eine Mehrfachnutzung von Objekten durch verschiedene Zielgruppen und Angebote wird als Ziel in die Fachplanungen integriert und insbesondere bei der Schaffung neuer Angebote und in Ortsteilen mit Flächenengpässen für bestehende Objekte geprüft (Einzelfallprüfung).
M 1.2	Öffnung offener Angebote	Offene Angebote im Bereich Jugendhilfe, Seniorenhilfe, Behindertenhilfe, Soziokultur

	ner Angebote	und des Sports werden stärker aufeinander bezogen. Die Öffnung der Angebote für weitere Zielgruppen und in Bezug auf andere Synergien wird geprüft. Die Kooperation zu Bürgervereinen und Kirchengemeinden im Rahmen von Fachplanung wird verstärkt. Für integrierte Angebote im Bereich Jugendhilfe, Seniorenhilfe, Behindertenhilfe, Kultur und Sport in den randstädtischen Gebieten wird die Entwicklung von übergreifenden Nutzungskonzepten geprüft.
M 1.3	Angebote für Wohnungslose mit multiplen Problemlagen	Für wohnungslose psychosozial beeinträchtigte, psychisch kranke und suchtkranke Menschen werden Angebote bedarfsgerecht hinsichtlich multipler Problemlagen weiterentwickelt.

2. Chancengerechtigkeit und Teilhabe

Chancengerechtigkeit und soziale Teilhabe werden durch Prävention und den Ausgleich von Nachteilen gefördert.

Ziel ist, dem Entstehen von „Hilfekarrieren“ und der familiären Verfestigung von Bedürftigkeit frühzeitig entgegenzuwirken und Chancen für dauerhafte soziale Teilhabe zu eröffnen. Soziale und gesundheitliche Teilhabe wird gefördert, indem Selbstbestimmung, Selbstständigkeit und Eigenverantwortung gestärkt werden. Soziale Dienstleistungen und Einrichtungen müssen die Lebenswelt der hilfesuchenden Personen berücksichtigen (z.B. Alleinerziehende, sich wandelnde Familienformen). Angebote der sozialen und gesundheitlichen Vor- und Fürsorge ermöglichen Hilfe zur Selbsthilfe, durch sie werden Personen mit Unterstützungsbedarf ressourcen- und lebensweltorientiert unterstützt.

Maßnahmenbündel:

Nr.	Stichwort	Maßnahmenbündel
M 2.1	Prävention stärken	Fachplanungen, Fachkonzepte, Steuerungsschwerpunkte und Fachförderrichtlinien berücksichtigen Prävention als ein wichtiges Ziel und weisen Maßnahmen zur Prävention gezielt aus. Leistungsvereinbarungen mit Trägern und die Förderung von Trägern werden dahingehend angepasst, dass präventive Ansätze ein stärkeres Gewicht erhalten.
M 2.2	Niedrigschwellige Zugänglichkeit	Der Zugang zu Leistungen und Angeboten wird einfach und niedrigschwellig gestaltet, um allen Leipziger/-innen eine Inanspruchnahme zu ermöglichen. Informationen werden barrierefrei aufbereitet (z. B. barrierefreies Internet, Leichte Sprache, Gebärdensprachdolmetscher, Sprint).
M 2.3	Kommunale Pflegekoordination und Fachplan Seniorenanarbeit	Für Menschen mit Unterstützungsbedarf werden niedrigschwellige Angebote (z. B. Nachbarschaftshelfer/-innen), Angebote im "vorpflegerischen" Bereich (z. B. Alltagsbegleitung) und präventive Angebote durch eine kommunale Pflegekoordination erfasst, bedarfsgerecht entwickelt und in einem Pflegenetzwerk vernetzt. Beim Aufbau des Pflegenetzwerkes werden sozialräumliche Merkmale von Stadtteilen beachtet. Ein Fachplan Seniorenanarbeit wird erarbeitet.
M 2.4	Gesundheitliche Chancengerechtigkeit	Im Rahmen des Gesunde Städte-Netzwerk Leipzig werden Konzepte zur Förderung von gesundheitlicher Chancengerechtigkeit entwickelt. Über den Verfügungsfonds Gesundheit ⁴ werden bedarfsgerechte, niedrigschwellige Mikro-Projekte zur Verbesserung gesundheitlicher Chancengerechtigkeit in den Handlungsfeldern Ernährung, Bewegung, Training sozioemotionale Kompetenz und Sucht gemeinsam mit Stadtteilakteuren entwickelt, finanziert und verstetigt.

⁴ Der Fonds speist sich aus Mitteln der Gesetzlichen Krankenversicherung auf Grundlage von § 20a SBG V, der Landesrahmenvereinbarung Sachsen und dem Leitfaden Prävention.

3. Sozialraumorientierung

Schwerpunkträume werden gezielt mit Angeboten gefördert.

Der spezifische Bedarf von Sozialräumen wird in den Blick genommen. Dort, wo ein erhöhter Handlungsbedarf besteht, unterstützen geeignete Angebote (z.B. Quartiersmanagement) die Entwicklung von Stadtteilen. Im Rahmen von Förderprogrammen der EU, des Bundes und Landes werden Stadtteile mit Entwicklungsbedarf mit zusätzlichen Angeboten unterstützt.⁵ Integrierte Ansätze der Planung und Finanzierung von Angeboten im Sozialraum werden im Austausch mit freien Trägern sozialer Arbeit weiterentwickelt.

Maßnahmenbündel:

Nr.	Stichwort	Maßnahmenbündel:
M 3.1	Planungsräume vereinheitlichen	Der Zuschnitt von Planungsräumen von Fachplanungen wird nach Möglichkeit vereinheitlicht, um eine stärker vernetzte Konzeptentwicklung und Planung zu erreichen und erhöhten Bedarfen in Stadtteilen gezielt entsprechen zu können.
M 3.2	Kleinräumige Sozialdaten	Sozialdaten werden kleinräumig und ämterübergreifend erhoben und im Rahmen von Berichterstattung bereitgestellt. Dabei wird berücksichtigt, dass Problemlagen oftmals kleinräumiger auftreten als auf Ortsteilebene.
M 3.3	Sozialraumorientierung sozialer Angebote	Soziale Dienstleistungen und Einrichtungen (z. B. Begegnungsangebote) werden im Austausch mit freien Trägern sozialer Arbeit stärker als bisher am Sozialraum orientiert und im Rahmen von Leistungsvereinbarungen mit Trägern und bei der Förderung berücksichtigt. ⁶
M 3.4	Stadtteil- bzw. Quartiersmanagement, zusätzliche Angebote	In den Schwerpunkträumen wird Stadtteil- bzw. Quartiersmanagement angeboten. Zusätzliche Angebote werden mit Hilfe von Förderprogrammen von EU, Bund, Land u.a. entwickelt.
M 3.5	Psychosoziale Hilfen im Leipziger Osten	Für das Stadtgebiet Ost wird die Einrichtung eines psychosozialen Gemeindezentrums durch Verlegung oder Aufteilung von Ressourcen aus anderen Gebieten geprüft. Die Ressourcen des Sozialpsychiatrischen Dienstes werden im Stadtgebiet Ost erweitert und die Zuständigkeit für dieses Gebiet wird neu geregelt (bereits in Umsetzung).

4. Zusammenhalt

Unterstützungsnetzwerke sowie Nachbarschaftshilfe stärken das soziale Zusammenleben – alle Generationen begegnen sich und helfen einander.

Insbesondere für Personen mit Hilfebedarf werden soziale, zwischenmenschliche Hilfen aktiviert. Die Selbstorganisation von benachteiligten Zielgruppen wird gefördert und die Beteiligung von Bewohner*innen und Akteuren im Stadtteil, insbesondere von sozial benachteiligten Personen, sowie das Zusammenwirken vor Ort werden mit geeigneten Formaten weiterentwickelt. Die Orientierung am Gemeinwesen soll dabei im Vordergrund stehen. Handlungsansätze für den Generationenzusammenhalt werden in generationenübergreifenden Konzepten entwickelt.

Maßnahmenbündel:

Nr.	Stichwort	Maßnahmenbündel
M 4.1	Generationenübergreifende Konzepte	Generationenübergreifende Konzepte werden im Rahmen der Fachplanungen weiter entwickelt.

⁵ siehe auch Fachkonzept Kommunale Bildungslandschaft (Maßnahme M 14, S. 10)

⁶ Ausgenommen davon sind individuelle Leistungsansprüche.

M 4.2	Aktivierung von Nachbarschaften	Gemeinsam mit Trägern sozialer Arbeit, Akteuren im Stadtteil, und dem Quartiersmanagement werden in Stadtteilen mit Entwicklungsbedarf Maßnahmen zur Aktivierung von Nachbarschaften weiter entwickelt.
M 4.3	Patenschaftsprogramme, Besuchs- und Begleitdienste	Ehrenamtliche Patenschaftsprogramme für Personen mit Unterstützungsbedarf und Besuchs- und Begleitdienste – einschließlich wenig formalisierter Angebote freiwilligen Engagements werden gefördert.

3.2 Wechselwirkungen und Querschnittsthemen

Im Fachkonzept „Soziale Teilhabe“ sind Wechselwirkungen zu folgenden anderen Fachkonzepten von Bedeutung:

Wohnen, Freiraum und Umwelt, Sport, Kultur

Ein anhaltendes Bevölkerungswachstum führt zu einer stark wachsenden Nachfrage nach Wohnraum. Wohnraum verknapppt sich und Mietpreise steigen. Insbesondere für Personen mit geringem Einkommen, besonderen sozialen Schwierigkeiten oder besonderen Anforderungen an Wohnraum (Großfamilien, Menschen mit Behinderungen, Senioren mit Beeinträchtigungen) wird es schwieriger, angemessenen Wohnraum zu finden. Das Angebot an preisgünstigem Wohnraum wird sich zunehmend auf einzelne Stadtgebiete konzentrieren, was soziale Segregation und Folgerisiken verstärkt.

Öffentliche Einrichtungen, halböffentliche Einrichtungen und der öffentliche Raum sollten barrierefrei erreichbar sein, so dass alle Menschen diese nutzen und gesellschaftlich teilhaben können. Damit ist zum einen die bauliche Gestaltung als auch die Gestaltung von Formaten und Materialien gemeint.

Kinder und Heranwachsende stellen besondere Anforderungen an den öffentlichen Raum. Insbesondere Kinder benötigen eine sichere Gestaltung von Verkehrs wegen und auch verkehrsreie Räume. Zum Spielen und sich Treffen suchen sie in ihrer Wohnumgebung anregende Freiräume, die multifunktional nutzbar und kostenlos sind. Ältere Menschen, Kranke und Menschen mit Behinderungen benötigen neben einem barrierefrei gestalteten öffentlichen Raum genügend Sitzbänke und öffentlich zugängliche Toiletten.

Durch eine intensivere Nutzung des öffentlichen Raumes durch mehr Einwohner/-innen in der Stadt sinkt die Akzeptanz für Personen mit abweichend wahrgenommenen Verhaltensweisen (z. B. Psychisch Kranke). Es wird notwendiger, dass sich Nutzer/-innen über die jeweilige Nutzung von Flächen verständigen und andere, ggf. als störend empfundene Nutzungen, mehr als bislang erforderlich akzeptieren. Die Akzeptanz von Nutzung und Verhaltensweisen im öffentlichen Raum muss stadtgesellschaftlich neu ausgehandelt werden.

Kommunale Bildungslandschaft

Bildungseinrichtungen (z. B. Kindertagesstätten, Schulen) und non-formale Bildungsangebote haben einen gewichtigen Einfluss auf die Prävention von sozialen Problemlagen. Sie sind wichtige Kontaktstellen für viele Zielgruppen sozialer Arbeit und fördern soziale Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Eine enge Verzahnung mit Bildungseinrichtungen ist für viele Bereiche sozialer Arbeit (z. B. Suchtprävention) für ein wirksames Agieren unerlässlich.

Bildungseinrichtungen sollten die Teilhabe aller ermöglichen. Dazu sollten sie barrierefrei zugänglich sein, sowohl hinsichtlich ihrer räumlichen Gestaltung als auch hinsichtlich ihrer Formate und Materialien. Bildungseinrichtungen sollten hinsichtlich eines möglichen sozialen Hilfebedarfs vorbeugend wirken und Lernende ressourcenorientiert stärken, so dass eine erfolgreiche Bildung gelingen und jeder einen Schul- und Ausbildungsabschluss erreichen kann.

Wirtschaft und Arbeit

Eine berufliche Ausbildung und eine Integration in Arbeit sind für Personen im Erwerbsalter wichtige Voraussetzungen für soziale Teilhabe und die Verhinderung von sozialen Problemlagen. Für junge Menschen stellt der Übergang in Arbeit eine wesentliche Herausforderung dar.

Jeder sollte von seiner Arbeit leben können. Für ungelernte und geringqualifizierte Personen sollten bedarfsgerecht Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, ihre Qualifikation und Beschäftigungsfä-

higkeit zu verbessern. So kann eine nachhaltig erfolgreichere Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden und die Zahl der Sozialleistungsempfänger/-innen und Erwerbstätigen mit ergänzenden Sozialleistungen verringert werden.

Für das Fachkonzept Soziale Teilhabe besonders relevant sind die Querschnittsthemen Inklusion und Chancengerechtigkeit, Integration und Vielfalt sowie Gesundheit.

3.3 Räumliche Handlungsstrategie

Um die sozialen Schwerpunktträume zu ermitteln, wurden alle 63 Ortsteile einer Bewertung hinsichtlich ihrer Stärken und Schwächen unterzogen. Grundlagen für die Bewertung waren: die Karte der soziökonomischen Differenzierung (siehe D2 Rahmenbedingungen), die Karte Belastung für das Aufwachsen aus dem Berichtswesen „Hilfen zur Erziehung“, der Fachplan Kinder- und Jugendförderung sowie Einschätzungen zur ortsteilbezogenen Situation zu den Themen Alter und Pflege, Behinderung, Sucht und Psychiatrie. Schwerpunktträume sind jene Ortsteile, in denen sich quer über alle Themen die höchste Handlungsriorität ergibt.

Die einzelnen Bewertungen sind mit unterschiedlicher Gewichtung in die Gesamtbewertung eingeflossen. Die Bewertungen anhand der Karte zur sozioökonomischen Differenzierung und aus den Bereichen „Erziehung“ und „Jugend“ flossen mit dem Faktor 1 und die Bewertungen aus den Bereichen „Alter und Pflege“, „Behinderung“, „Sucht“ und „Psychiatrie“ jeweils mit dem Faktor 0,5 in die Gesamtbewertung ein. Diese Gewichtung berücksichtigt die unterschiedliche Qualität der Bewertungen: Bewertungen, die sich auf mehrere Indikatoren stützen werden höher gewichtet als Bewertungen, die auf nur einem Indikator oder auf Erfahrungen beruhen. Die bewerteten Ortsteile wurden in fünf Klassen unterteilt (siehe Karte 2 – Räumliche Handlungsstrategie). Die Ortsteile mit hohem Handlungsbedarf sind die Schwerpunktträume des Fachkonzeptes Soziale Teilhabe. Diese werden im Folgenden hinsichtlich des Handlungsbedarfs und der Handlungsansätze näher beschrieben.

Grünau	Grünau-Mitte	Lausen-Grünau	Grünau-Nord	Grünau Ost
Übergreifender Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • hoher sozioökonomischer Bedarf • hoher Anteil Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Schwerbehinderung • verstärkter Zuzug von Migranten 			
Besonderer Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • hoher Anteil Ü65 • hohe Jugenddichte und hoher Anteil straffälliger Jugendlicher • mittelhoher Migrantenanteil mit kleinräumig rascher Zunahme • höchster Anteil Hilfen zur Erziehung 	<ul style="list-style-type: none"> • hoher Anteil Ü65 	<ul style="list-style-type: none"> • hoher Anteil Hilfen zur Erziehung • hohe Jugenddichte 	<ul style="list-style-type: none"> • hohes Durchschnittsalter • hoher Anteil Ü65
Handlungsansätze				
übergreifend	<ul style="list-style-type: none"> • Förderprogramme mit sozialer Ausrichtung für die Aufwertung des Stadtteils einsetzen • Bei der Entwicklung der Ortsteile generationenübergreifende Ansätze entwickeln • Vernetzung zwischen Akteuren vor Ort sichern • Umsetzung bedarfsoorientierter, niedrigschwelliger, partizipativer Gesundheitsförderungsprojekte 			

Grünau	Grünau-Mitte	Lausen-Grünau	Grünau-Nord	Grünau Ost
Erziehung/Jugend	<ul style="list-style-type: none"> bestehende Jugendhilfeinfrastruktur sichern und qualifizieren offene Kinder- und Jugendarbeit, frühkindliche Prävention in Kindertagesstätten und erzieherische Hilfen stärker vernetzen präventive Angebote in Bezug auf Jugenddelinquenz und Armutsprävention stärken 	<ul style="list-style-type: none"> Infrastruktur der Kinder- und Jugendförderung mit Bedarf abgleichen mittel- bis langfristig neuen Offenen Freizeittreff schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> bestehende Jugendhilfeinfrastruktur sichern und konzeptionell weiterentwickeln präventive Angebote in Bezug auf Jugenddelinquenz und Armutsprävention stärken 	<ul style="list-style-type: none"> bestehende Jugendhilfeinfrastruktur sichern und konzeptionell weiterentwickeln
Alter-Pflege/ Behinderung	<ul style="list-style-type: none"> Konzept offene Seniorenanarbeit weiterentwickeln Konzept offene Behindertenarbeit entwickeln 			
Sucht/Psychiatrie	<ul style="list-style-type: none"> erweiterten Fachkraftschlüssel im Verbund Gemeindenahme Psychiatrie sichern Projekte im Bereich Sucht- und Gewaltprävention im Jugend- und Schulbereich stärken 			

Innerer Osten	Neustadt-Neuschönefeld	Volkmarsdorf	
Übergreifender Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> hoher sozioökonomischer Bedarf hoher Migrantenanteil Familien mit Migrationshintergrund werden nicht ausreichend erreicht Drogenhandel und -gebrauch im öffentlichen Raum Hoher Anteil von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, insbesondere fehlendes psychosoziales Vor-Ort-Angebot 		
Besonderer Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> Tendenz zur organisierten Kriminalität zunehmende Drogenproblematik 		
Handlungsansätze			
übergreifend	<ul style="list-style-type: none"> Integration von Migranten weiterentwickeln Vernetzung zwischen Akteuren vor Ort sichern Umsetzung bedarfsoorientierter, niedrigschwelliger, partizipativer Gesundheitsförderungsprojekte 		
Erziehung/Jugend	<ul style="list-style-type: none"> bestehende soziale Infrastruktur sichern und konzeptionell weiterentwickeln offene Kinder- und Jugendarbeit, frühkindliche Prävention in Kindertagesstätten und erzieherische Hilfen stärker vernetzen 	<ul style="list-style-type: none"> Information über geförderte Angebote, um Vernetzung und Kooperation zu ermöglichen bestehende soziale Infrastruktur sichern bestehende Jugendhilfeangebote in Bezug auf Integration von Migranten weiterentwickeln 	

Innerer Osten	Neustadt-Neuschönefeld	Volkmarsdorf
Alter-Pflege/ Behinderung	<ul style="list-style-type: none"> bestehende Angebote in Bezug auf Integration von Migranten weiterentwickeln Konzept offene Seniorenarbeit weiterentwickeln Konzept offene Behindertenarbeit entwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> bestehende Angebote in Bezug auf Integration von Migranten weiterentwickeln Konzept offene Seniorenarbeit weiterentwickeln Konzept offene Behindertenarbeit prüfen
Sucht/ Psychiatrie	<ul style="list-style-type: none"> Suchtprävention ausbauen Straßensozialarbeit für Erwachsene (Sucht, Wohnungslosigkeit) ausbauen 	<ul style="list-style-type: none"> Suchtprävention ausbauen

Schönefeld-Ost	
Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> hoher sozioökonomischer Bedarf hohes Durchschnittsalter hoher Anteil Ü65 hoher Anteil Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Schwerbehinderung ungenügende Beschaffenheit der Wege für mobilitätseingeschränkte Personen hohe Jugendarbeitslosigkeit und hoher Anteil Jugenddelinquenz
Handlungsansätze	
übergreifend	<ul style="list-style-type: none"> inklusives Stadtteilmanagement entwickeln und Vernetzung zwischen Akteuren vor Ort weiter entwickeln soziokulturelle Begegnungsangebote entwickeln generationenübergreifende Ansätze weiter entwickeln Umsetzung bedarfsoorientierter, niedrigschwelliger, partizipativer Gesundheitsförderungsprojekte
Erziehung/Jugend	<ul style="list-style-type: none"> bestehende Jugendhilfeinfrastruktur sichern und konzeptionell weiterentwickeln offene Kinder- und Jugendarbeit, frühkindliche Prävention in Kindertagesstätten, Familienberatungsangebote und erzieherische Hilfen stärker vernetzen präventive Angebote in Bezug auf Jugenddelinquenz und Armutsprävention stärken
Alter-Pflege/ Behinderung	<ul style="list-style-type: none"> Konzept offene Seniorenarbeit weiterentwickeln Konzept offene Behindertenarbeit entwickeln
Sucht/Psychiatrie	<ul style="list-style-type: none"> niedrigschwellige Angebotsstruktur in Thekla erhalten und ggf. ausbauen Standort des sozialpsychiatrischen Dienstes in der Kieler Straße erhalten

Paunsdorf (Großsiedlung)	
Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> hoher sozioökonomischer Bedarf hoher Anteil Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Schwerbehinderung Häufung sozialer Problemlagen Alkoholkonsum im öffentlichen Raum, fehlende Suchthilfe vor Ort fehlendes psychosoziales Vor-Ort-Angebot

Paunsdorf (Großsiedlung)	
Handlungsansätze	
übergreifend	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung zwischen Akteuren vor Ort stärken • Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts • Integration von Migrantinnen und Migranten weiterentwickeln • in Zusammenarbeit mit Wohnungsmarktakteuren soziale Angebote ausbauen und aufeinander abstimmen • Umsetzung bedarforientierter, niedrigschwelliger, partizipativer Gesundheitsförderungsprojekte
Erziehung/ Jugend	<ul style="list-style-type: none"> • bestehende Jugendhilfeinfrastruktur sichern und konzeptionell weiterentwickeln • offene Kinder- und Jugendarbeit, frühkindliche Prävention in Kindertagesstätten, Familienberatungsangebote und erzieherische Hilfen stärker vernetzen • präventive Angebote in Bezug auf Jugenddelinquenz und Armutsprävention stärken
Alter-Pflege/ Behinderung	<ul style="list-style-type: none"> • Konzept offene Seniorenarbeit weiterentwickeln • Konzept offene Behindertenarbeit entwickeln
Sucht/Psychiatrie	<ul style="list-style-type: none"> • Straßensozialarbeit an sogenannten Trinkerplätzen entwickeln • im Rahmen der Psychiatrieplanung Entwicklung von Sozialpsychiatrischem Dienst, Verbund Gemeindenähe Psychiatrie bzw. Psychoszialem Gemeindezentrum im Ortsteil prüfen

Mockau-Süd	
Handlungsbedarf	
Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • hoher sozioökonomischer Bedarf • mittelhoher Anteil Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Schwerbehinderung • Vernetzung zwischen Akteuren wenig entwickelt • Angebote für Kinder/ Familien und Jugendliche inkl. Freiraum fehlen • Freizeiteinrichtungen fehlen
Handlungsansätze	
übergreifend	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung zwischen Akteuren vor Ort stärken • Förderprogramme mit sozialer Ausrichtung zur Aufwertung des Stadtteils einsetzen • Einsatz von Stadtteil- bzw. Quartiersmanagement • Umsetzung bedarforientierter, niedrigschwelliger, partizipativer Gesundheitsförderungsprojekte
Erziehung/Jugend	<ul style="list-style-type: none"> • Ganztagsangebote an Schulen weiterentwickeln • Schule als sozialen Treffpunkt und Zentrum für Beratung weiterentwickeln • Aufbau von Netzwerken und Angeboten für junge Familien
Alter-Pflege/ Behinderung	<ul style="list-style-type: none"> • Konzept offene Seniorenarbeit weiterentwickeln • Konzept offene Behindertenarbeit entwickeln
Sucht/Psychiatrie	<ul style="list-style-type: none"> • niedrigschwellige Angebotsstruktur in Thekla erhalten und ggf. ausbauen • Standort des sozialpsychiatrischen Dienstes in der Kieler Straße erhalten

Sellerhausen-Stünz	
Beschreibung	
Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • mittelhoher sozioökonomischer Bedarf • hoher Anteil Ü65 • hoher Anteil Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Schwerbehinderung
Handlungsansätze	
übergreifend	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung zwischen Akteuren vor Ort stärken • Umsetzung bedarfsoorientierter, niedrigschwelliger, partizipativer Gesundheitsförderungsprojekte
Erziehung/Jugend	<ul style="list-style-type: none"> • bestehende Jugendhilfeinfrastruktur sichern und konzeptionell weiterentwickeln
Alter-Pflege/ Behinderung	<ul style="list-style-type: none"> • Konzept offene Seniorenarbeit weiterentwickeln • Konzept offene Behindertenarbeit entwickeln

Möckern	
Handlungsbedarf	<ul style="list-style-type: none"> • hohe Jugenddichte • hoher Anteil Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Schwerbehinderung • Vernetzung zwischen Akteuren wenig entwickelt • hohe Jugendarbeitslosigkeit, hoher Anteil Jugenddelinquenz • Unterstützung für Familien • viele Orte, an denen im öffentlichen Raum Alkohol konsumiert wird
Handlungsansätze	
übergreifend	<ul style="list-style-type: none"> • Modellvorhaben „Sozial- und Konfliktmanagement“ evaluieren und ggf. erneut beauftragen • Vernetzung zwischen Akteuren vor Ort stärken
Erziehung/Jugend	<ul style="list-style-type: none"> • bestehende Jugendhilfeinfrastruktur sichern und konzeptionell weiterentwickeln • offene Kinder- und Jugendarbeit, frühkindliche Prävention in Kindertagesstätten, Familienberatungsangebote und erzieherische Hilfen stärker vernetzen • Straßensozialarbeit sichern • Familienbildungsangebot entwickeln • Nachbarschaftsnetzwerke für Familien aufbauen • Kooperation offene Jugendarbeit und offene Seniorenarbeit weiterentwickeln
Alter-Pflege/ Behinderung	<ul style="list-style-type: none"> • Konzept offene Seniorenarbeit weiterentwickeln • Konzept offene Behindertenarbeit entwickeln
Sucht/Psychiatrie	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung eines Tagestreffs für Personen mit Hilfebedarf prüfen

3.4 Umsetzung

Zur Umsetzung der übergreifenden Maßnahmenbündel und der Handlungsansätze in den Schwerpunktträumen werden folgende Schritte empfohlen:

- Beratung und personelle Unterstützung durch das Amt für Stadtneuerung und Wohnungsbauförderung bei der Akquise und Antragstellung von Fachämtern für Förderprogramme von EU, Bund und Land für Gebiete der integrierten Stadtentwicklung
- regelmäßige (einmal im Halbjahr) Abstimmungsrunde der Ämter zur integrierten Umsetzung der Maßnahmen des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes 2030
- frühzeitiger Austausch und integrierte Beratung von Handlungsansätzen und Maßnahmen der Fachämter in Fachplanungen, Fachkonzepten, Steuerungsschwerpunkten oder Fachförderrichtlinien
- Abstimmung zur integrierten Umsetzung der Maßnahmenbündel und Handlungsansätze in den Schwerpunktträumen der Fachkonzepte „Soziale Teilhabe“, „Kommunale Bildungslandschaften“ und „Wohnen“ des Stadtentwicklungskonzeptes 2030
- Fortführung und Intensivierung von Bürger- und Expertenbeteiligung in Planungsprozessen
- Weiterentwicklung integrierter Berichterstattung und Planung im Dezernat Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule

3.5 Finanzielle Auswirkungen

Die Maßnahmenbündel zielen u. a. darauf ab, bei steigenden Einwohnerzahlen, die erforderliche Versorgung mit sozialer Infrastruktur sicher zu stellen, ohne dass Aufwendungen im gleichen Umfang wie die Einwohnerzahlen steigen. Es werden zusätzliche Angebote benötigt, aber in unterschiedlichem Maß, je nach gesetzlicher Normierung (z. B. Fachkraftschlüssel bei psychosozialen Gemeindezentren, keine Vorgaben bei Seniorenbegegnungsstätten).

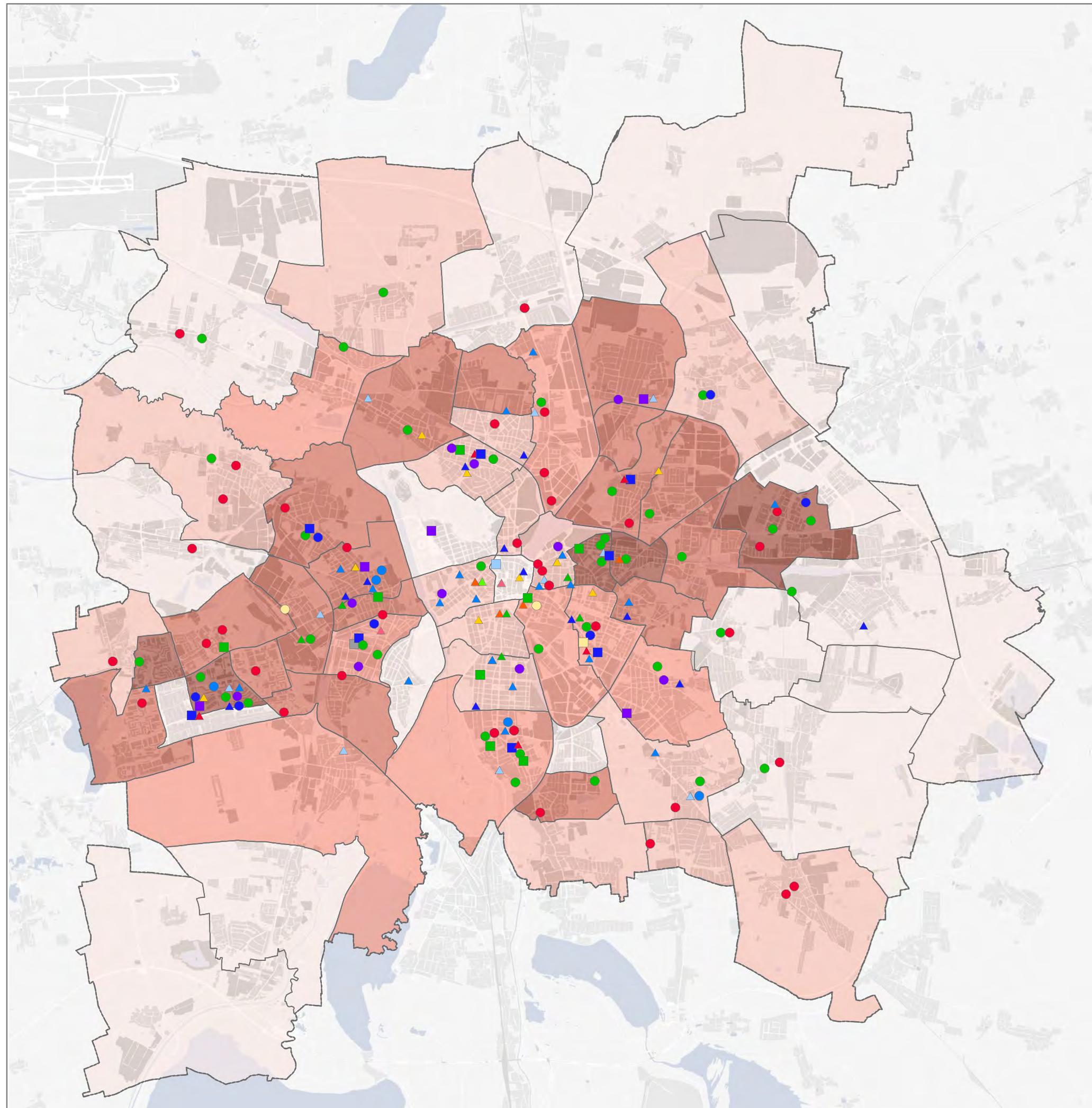
Darüber hinaus müssen Angebote der sozialen Infrastruktur qualitativ weiterentwickelt werden, um verfestigenden Problemlagen (z. B. Zunahme von Wohnungslosigkeit) besser entgegenwirken zu können.

Maßnahmenbündel/ Instrumente	Direkte Kosten/Jahr (gering/mittel/hoch)	Einnahmen/ Folgekosten/ Folgewirkungen
Mehrfachnutzung von Objekten	GERING bis MITTEL Zu Beginn ist mit Investitionskosten zu rechnen.	MITTEL Langfristig können Einsparungen durch Synergieeffekte erzielt werden (im Einzelfall zu prüfen).
Öffnung offener Angebote	KEINE	
Angebote für Wohnunglose mit multiplen Problemlagen	GERING (ohne investive Kosten) Bereits geplant im Rahmen der Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzeptes	GERING Ab 2019 werden Auswirkungen erwartet.
Prävention stärken	HOCH Kurzfristig und mittelfristig entstehen Mehraufwendungen.	Langfristig können Einsparungen erwartet werden.
Niedrigschwellig Zugänglichkeit	MITTEL Ca. 200.000 € über im Teilhabeplan ausgewiesene Maßnahmen.	Auch langfristige Kosten im mittleren Bereich.
Kommunale Pflegekoordination	GERING Personalkosten bereits geplant: Einrichtung eines Pflegekoordinators	GERING Einnahmen und Folgekosten: 50%-Landesförderung Einrichtung Pflegekoordinator bis Ende 2017,

	nators für die Stadt Leipzig	Fortführung der Förderung 2018 ist avisiert.
Gesundheitliche Chancengen- rechtheit	GERING Ggf. erhöhter Personalbedarf zur Koordinierung der Netzwerke und Unterstützung der lokalen Akteure (max. 0,5 VZÄ).	GERING Einnahmen über den Finan- zierungsfonds der Krankenkassen: Finanzierung des Verfügungsfonds Gesundheit über Krankenkassen bis Ende 2020 gesichert.
Planungsräume vereinheitlichen	MITTEL Kurzfristig und mittelfristig ent- stehen Mehraufwendungen.	Langfristig können Einsparungen durch Synergieeffekte erzielt wer- den.
Kleinräumige Sozialdaten erhe- ben	GERING	GERING
Sozialraumorientierung sozialer Angebote	MITTEL Kurzfristig und mittelfristig ent- stehen Mehraufwendungen.	Langfristig können Einsparungen durch Synergieeffekte erzielt wer- den.
Stadtteil- bzw. Quartiersma- nagement, zusätzliche Angebote	MITTEL Es entstehen zusätzliche Auf- wendungen.	Einnahmen und Folgekosten durch Kofinanzierung von Fördermitteln.
Psychosoziale Hilfen im Leipzi- ger Osten	GERING (max. 0,5 VZÄ)	Förderung über Richtlinie Psychi- atrie/Sucht des Freistaates; Eigen- anteil ist als gering einzustufen.
Generationenübergreifende Konzepte	GERING	Einnahmen und Folgekosten durch Kofinanzierung von Fördermitteln.
Aktivierung von Nachbarschaften	GERING Kofinanzierung für Fördermittel	Es entstehen zusätzliche Aufwen- dungen.
Patenschaftsprogramme, Be- suchsdienste	GERING Mehraufwendungen	Es entstehen Folgekosten.

Anlage: Zuordnung der Fachkonzept-Ziele zum Strategischen Zielbild

Ziel Nr.	Ziel Fachkonzept	Seite	Übergeordneter Handlungsschwerpunkt (übergeordnetes Strategisches Ziel)
1	Infrastruktur, öffentlicher Raum, Leistungen und Angebote der sozialen Fürsorge sind bedarfsgerecht, für alle zugänglich und inklusiv gestaltet.	10	Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt
2	Chancengerechtigkeit und soziale Teilhabe werden durch Prävention und den Ausgleich von Nachteilen gefördert.	11	Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt
3	Schwerpunkträume werden gezielt mit Angeboten gefördert.	12	Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung
4	Unterstützungsnetzwerke sowie Nachbarschaftshilfe stärken das soziale Zusammenleben – alle Generationen begegnen sich und helfen einander	13	Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung



Fachkonzept Soziale Teilhabe

Infrastruktur Angebote

Beratungsstellen

- Suchtkranke
- Asylbewerber /-innen
- Erwerbslose
- Familien mit Hilfebedarf
- Personen mit sozialem Hilfebedarf
- Jugendliche mit Hilfebedarf
- Menschen mit Behinderungen
- Sozialleistungsempfänger /-innen
- Seniorenbüro mit Begegnungsstätte

Offene Treffs

- Menschen mit Behinderungen
- psychisch Kranke
- Familien mit Hilfebedarf
- Senioren /-innen
- Jugendliche mit Hilfebedarf
- Wohnungslose

Fachdienste

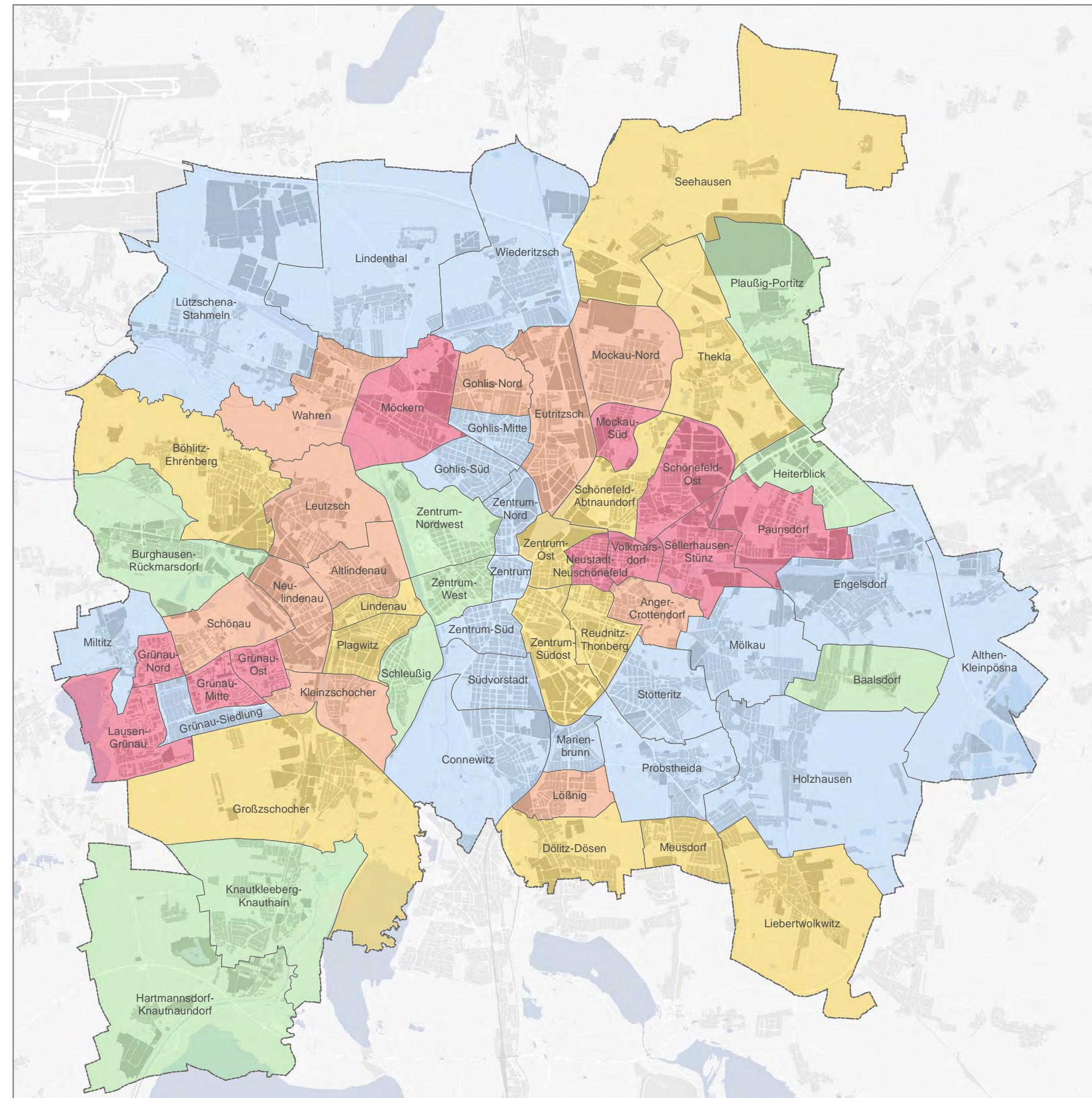
- Sozialleistungsempfänger /-innen
- Adoption und Pflege
- Wohnungslose
- Familien mit Hilfebedarf
- Sozialpsychiatrischer Dienst
- Straßensozialarbeit (Jugendliche)

Anteil der SGB II-Leistungsempfänger /-innen in % 2015

- unter 7 %
- 7 % bis unter 12 %
- 12 % bis unter 17 %
- 17 % bis unter 27 %
- 27 % und mehr

Ortsteile

Stadtgrenze



Fachkonzept Soziale Teilhabe

Räumliche Handlungsstrategie nach Ortsteilen

Hohe Handlungsriorität

Wesentliche Handlungsansätze:

- Förderprogramme zur Entwicklung des Stadtteils einsetzen
- Stadtteil- bzw. Quartiersmanagement anbieten
- Vernetzung von Akteuren vor Ort
- Soziale und soziokulturelle Angebote im Stadtteil entsprechend des Bedarfs weiterentwickeln
- Generationenübergreifende Ansätze verfolgen
- Offene Kinder- und Jugendarbeit, frühkindliche Prävention in Kindertagesstätten und erzieherische Hilfen stärker vernetzen
- Konzept offene Seniorenarbeit weiterentwickeln und Konzept offene Behindertenarbeit entwickeln
- Integration von Migrantinnen und Migranten weiterentwickeln
- Aktivierung von Nachbarschaften

Mittlere bis hohe Handlungsriorität

Wesentliche Handlungsansätze:

- Beobachten und ggf. kleinräumig Präventionsmaßnahmen initiieren
- Vorhandene Infrastruktur auf die soziale Situation ausrichten

Mittlere Handlungsriorität

Geringe bis mittlere Handlungsriorität

Geringe Handlungsriorität

Ortsteile

Stadtgrenze

FACHKONZEPT KULTUR

1. EINLEITUNG

Die Stadt Leipzig verfügt über eine lebendige, vielfältige kommunale sowie freie Kunst- und Kulturszene. Sie profitiert sowohl von den reichen kulturellen Traditionen und kreativen Freiräumen, welche die Stadt bietet als auch von den Möglichkeiten einer modernen städtischen Kunst- und Kulturförderung. Vielfalt im kulturellen Angebot ist profilbildend für das urbane Leben. Das Fachkonzept Kultur beschäftigt sich damit, wie diese Vielfalt und Lebendigkeit unter sich verändernden Rahmenbedingungen einer wachsenden Stadt erhalten und weiterentwickelt werden kann. Es will vor allem zukünftige Ziele und Schwerpunkte der kulturellen Angebote sowie der (inter)kulturellen Bildung aufzeigen. Dabei geht das Fachkonzept davon aus, dass die Leipziger Bevölkerung nicht nur wächst, sondern auch jünger und zugleich älter wird, kulturell diverser, (digital) mobiler, aber auch lokal verbundener.

Gesamtstädtische Interessen wie auch kleinräumige oder lokale Bedarfe sollen berücksichtigt und Schnittstellen insbesondere zu den Fachkonzepten Kommunale Bildungslandschaft, Soziale Teilhabe, Wirtschaft und Arbeit, Nachhaltige Mobilität, Hochschulen und Forschungseinrichtungen herausgestellt werden.

Verwendete Grundlagen	Bibliotheksentwicklungskonzeption 2016 – 2020 (BEK) Bildungsreport Leipzig, Sozialreport Leipzig Investitionsstrategie Kultur (Bau) Kulturentwicklungsplan 2016 – 2020 (KEP) mit den Teilkonzepten Soziokultur und Kulturelle Bildung Maßnahmenplan zum Kulturentwicklungsplan 2016 – 2020 Touristischer Entwicklungsplan der Stadt Leipzig bis 2019 (TEP) Satzungen der Eigenbetriebe Kultur
Arbeitsstruktur	Arbeitsgruppe mit Vertreter/-innen aus: Dezernat IV, Kulturamt, Leipziger Städtische Bibliotheken, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, Stadtplanungsamt

2. AUSGANGSLAGE

2.1 Aktuelle Situation, Entwicklungen und Entwicklungserwartungen

Vielfalt der Angebote, bauliche Maßnahmen und städträumliche Ausdehnung

Leipzig ist heute eine Kulturmetropole, in der eine junge und experimentierfreudige Kulturszene im Dialog mit traditionsreichen kulturellen Einrichtungen und Angeboten ihre Ideen entwickelt und umsetzt. Diese kulturelle Vielfalt strahlt nach außen, zugleich sorgt sie vor Ort für ein besonderes Lebensgefühl, das viele Menschen veranlasst, nach Leipzig zu ziehen und in der Stadt zu bleiben.

Der Schwerpunkt des Stadtentwicklungskonzeptes 2020 (SEKo) lag im Erhalt der dichten kulturellen Infrastruktur Leipzigs und vor allem in der Beseitigung der Defizite in der Gebäudesubstanz. In bauliche Maßnahmen flossen aus diesem Grund in den letzten zehn Jahren bis 2015 ca. 183 Mio. Euro, inklusive Fördermittel.

Im Folgenden werden Beispiele für erfolgreich umgesetzte bauliche Maßnahmen in den Schwerpunkträumen des Fachkonzeptes Kultur aus dem SEKo vorgestellt:

In Leipzigs Mitte konnten wichtige Gebäude, z. B. das Bosehaus – Sitz des Bacharchivs Leipzig, das Hauptgebäude der Städtischen Bibliotheken, die Gebäude der Volkshochschule und das Thomasalumnat, umfangreich saniert und teilweise erweitert werden. Mit den baulichen Maßnahmen einher

ging die Umsetzung neuer fachlich-inhaltlicher Konzepte. Die Rahmenbedingungen für die fachliche Arbeit und für bürgerorientierte Angebote konnten damit wesentlich verbessert werden. Mit dem „forum thomanum“ wurde ein international ausgerichteter Bildungscampus und mit dem Kultur- und Begegnungszentrum Ariowitsch-Haus ein Zentrum für jüdische Kultur etabliert. Mehrere Baumaßnahmen dienten der Ertüchtigung der Spielstätten von Gewandhaus, Oper Leipzig sowie des Schauspielhauses. Mit Zuschüssen der Stadt Leipzig hat die ZOO Leipzig GmbH die Sanierung der Kongresshalle am Zoo rechtzeitig zum Stadtjubiläum 2015 beendet, zugleich erfolgte die weitere Umsetzung des Masterplanes „Zoo der Zukunft“ mit markanten Erweiterungsbauten.

In Leipzigs Süden konzentrieren sich traditionell soziokulturelle Zentren entlang der Karl-Liebknecht-Straße. Deren Bestandssicherung konnte als wichtiges kulturpolitisches Ziel erfolgreich umgesetzt werden. In mehreren Bauabschnitten wurde der Masterplan Werk 2 im Wesentlichen realisiert und die Gebäude des Soziokulturellen Zentrums Conne Island saniert.

Im Leipziger Westen wurden zahlreiche Vorhaben und Projekte unterstützt, die die Entwicklung und Vernetzung in Plagwitz, Lindenau, Alt Lindenau, entlang der Karl-Heine-Straße und um den Lindenauer Markt befördert haben. Durch erste umfangreiche Sanierungs- und Baumaßnahmen der Musikalischen Komödie, als Teil der Oper Leipzig, entstand u. a. ein neues Funktionsgebäude.

In Grünau wurde für das Theatrum eine neue Spielstätte geschaffen. Die Planungen für ein Bürger- und Bildungszentrum Grünau als Kooperation zwischen den Leipziger Städtischen Bibliotheken, der Volkshochschule Leipzig, dem Bürgeramt und weiteren Partnern wurden konkretisiert.

Im Leipziger Osten stand in den vergangenen Jahren die Stärkung der kleinteiligen Strukturen und Initiativen sowie deren Vernetzung im Fokus. Die Stadtteilbibliothek Reudnitz wurde in das Stadtteilzentrum Reudnitz verlagert und hat sich dort äußerst erfolgreich entwickelt.

Im Leipziger Norden konnten die umfangreichen Baumaßnahmen am Stadtteilzentrum ANKER in weiten Teilen abgeschlossen werden. Die Arbeit des GeyserHaus e. V. wurde durch eine kontinuierliche Förderung im inhaltlichen und im investiven Bereich (Parkbühne Eutritzsch) gesichert. Außerdem erfolgten die Verlagerungen der Stadtteilbibliotheken in Gohlis und Mockau in neue Standorte sowie der Ausbau der Angebote.

Die unter kulturellen Gesichtspunkten gut entwickelten Ortsteile im Süden und in Teilen des Westens werden im Rahmen der zukünftigen integrierten Stadtentwicklung keine Schwerpunkträume mehr bilden. Vielmehr stehen Sicherung und Erhalt des Erreichten im Mittelpunkt des Handelns.

Entwicklungserwartungen

Die teilweise unausgewogene stadträumliche Verteilung der kulturellen Angebote ist zukünftig Herausforderung für die Entwicklung der kulturellen Infrastruktur unter Berücksichtigung der Bedarfe in den Stadtteilen. Es gilt u. a. neue Konzepte der Zusammenarbeit, wie die multifunktionale Nutzung von Gebäuden, zu erarbeiten und zu prüfen.

In der wachsenden Stadt Leipzig kommt es zukünftig darauf an, im Leipziger Osten und Nordosten Angebote nachhaltig zu sichern, die kulturelle Infrastruktur weiterzuentwickeln und bedarfsgerecht zu ergänzen. Im Norden wird es verstärkt um die Stabilisierung, den Ausbau und die Vernetzung von kulturellen Angeboten gehen. Auf das gesamte Stadtgebiet bezogen erhält die Entwicklung mobiler und digitaler Angebote eine größere Bedeutung, die örtlich flexibel genutzt werden können.

Soziodemografische Entwicklung und kulturelle Teilhabe

Mit der demografischen Entwicklung ist in städtischen Kultureinrichtungen die Bedeutung der pädagogischen Vermittlungsarbeit bereits in den letzten Jahren gestiegen. Als Reaktion darauf wurden Räume für die kreative Betätigung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene eingerichtet sowie neue Formate für die sich vielfältig ausdifferenzierenden Zielgruppen entwickelt. Die Anzahl und die Vielfalt der kulturellen Beteiligungsmöglichkeiten sind auf diesem Wege in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Das Angebotsspektrum reicht von Theater- und Musikaufführungen über Museumspädagogik und Kunstvermittlung, Leseförderung, Fortbildungsangebote und Workshops bis hin zu Kulturangeboten, die von Kindern und Jugendlichen sowie von Erwachsenen selbstständig organisiert und umgesetzt werden. Ergänzt werden sie durch eine Reihe von Wettbewerben und Festivals. Es entstanden darüber hinaus Angebote speziell für Menschen mit Behinderungen sowie für Menschen mit Migrationshintergrund oder Geflüchtete. Vereine und auch die kommunalen Kultureinrichtungen haben in den vergan-

genen Jahren Formate entwickelt, um in unversorgten Stadtteilen präsent zu sein. So konnten einige soziokulturelle Zentren Angebote in anderen Stadtteilen aufbauen.

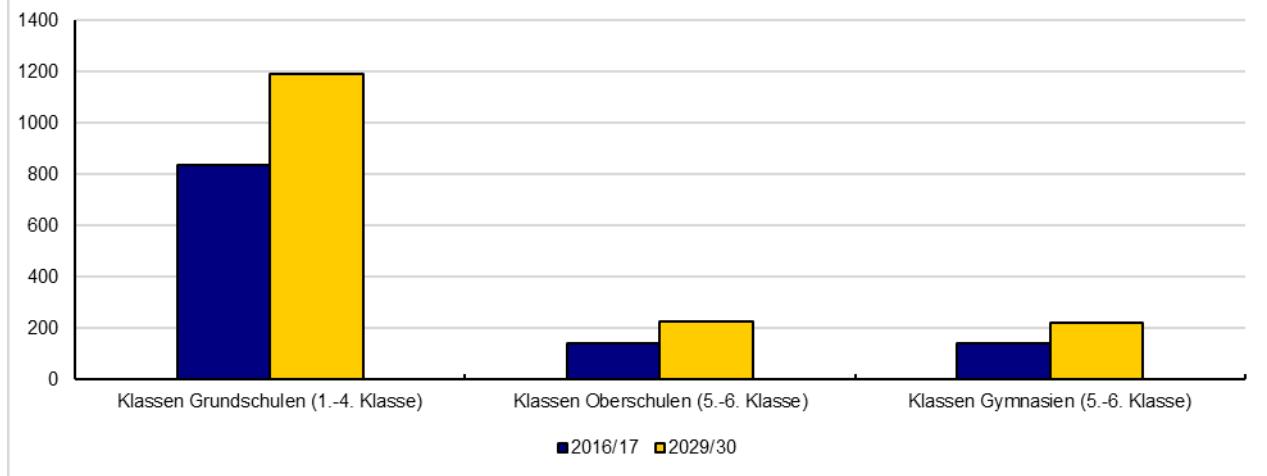
Entwicklungserwartungen

Schon jetzt übersteigen vielerorts Anfragen zu Angeboten kultureller Bildung die vorhandenen Kapazitäten. Angesichts einer diversen und wachsenden Stadtgesellschaft ist zu prüfen, inwieweit die notwendige strukturelle und qualitative Neuausrichtung von Einrichtungen umgesetzt sowie die erhöhte Nachfrage nach Angeboten der kulturellen Bildung ohne zugleich steigende Ressourcen bewältigt werden kann. Am Beispiel der Leipziger Städtischen Bibliotheken (LSB) kann dies verdeutlicht werden. Für die Vermittlung bibliotheks- und medienpädagogischer Inhalte gilt in den Bibliotheken seit Jahren der Zielwert, jährlich mindestens 40% der Schulklassen der Jahrgangsstufen 1-6 mit solchen Angeboten zu erreichen. Laut der aktuellen Fortschreibung des Schulentwicklungsplans der Stadt Leipzig ist jedoch davon auszugehen, dass die Klassenzahlen und damit die Nachfrage bis 2030 erheblich ansteigen werden (siehe Abb.).

Die Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern wird weiterhin einen großen Einfluss auf die Entwicklung Leipzigs haben. Neben Bildung steht kulturelle Teilhabe in sehr starker Beziehung zu einem positiven Erleben von Migrationserfahrungen und der jeweiligen aktuellen Lebenssituation. Vielfalt ist ein gesellschaftlicher Reichtum, der ein gleichberechtigtes Miteinander unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen bedeutet.

Neben dem weiteren Ausbau generationsübergreifender Konzepte, wird es in den kommenden Jahren eine große Herausforderung sein, inklusiv zu arbeiten und damit Angebote zu konzipieren, bei denen die Trennung in verschiedene Zielgruppen aufgehoben und bisher gewonnene Erfahrungen vielmehr dazu genutzt werden, verbindende Elemente hervorzuheben.

Abb. 1 Bedarf Vermittlungsarbeit am Beispiel der Leipziger Städtischen Bibliotheken

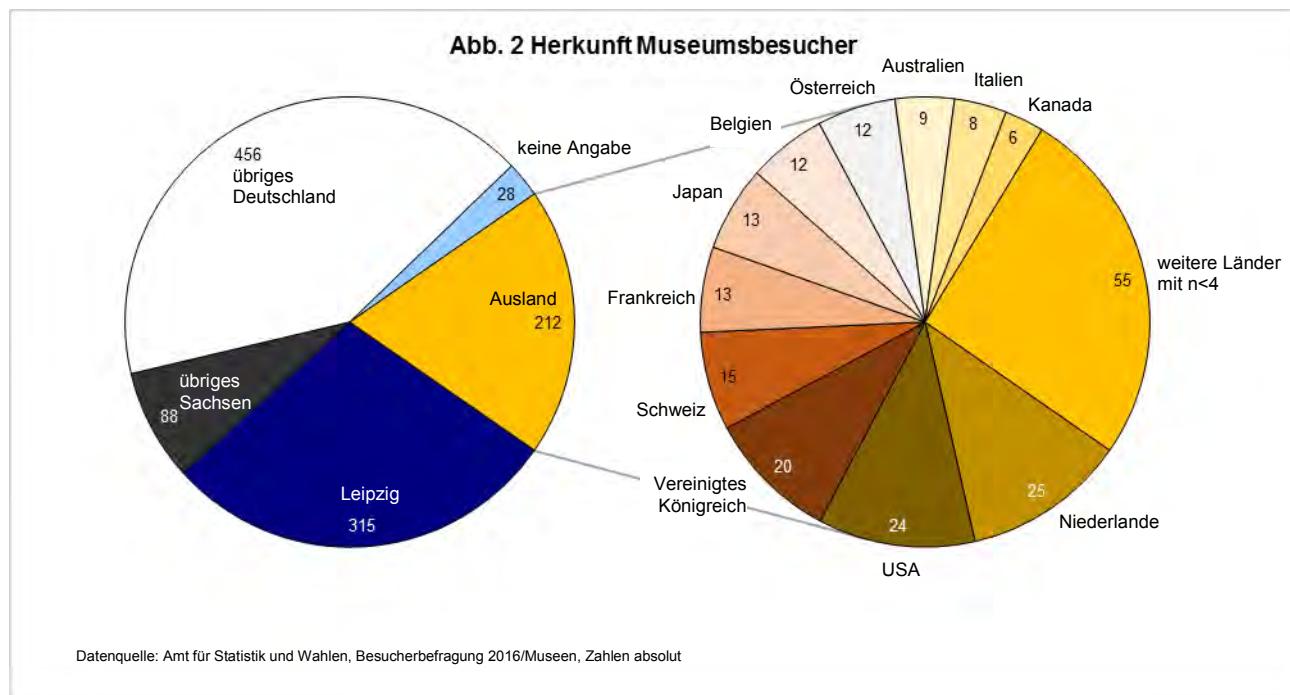


Internationale Ausstrahlung und Wettbewerb der Kulturstädte

Kunst und Kultur agieren heute mehr denn je in einem internationalen Kontext. Dies zeigt sich bereits im Programm, in Gastspiel- und Tourneetätigkeiten, der Personalstruktur und der internationalen Vernetzung der Kulturangebote. Die Diversität innerhalb der Leipziger Bevölkerung nimmt zu und gleichzeitig erfreut sich Leipzig bei Gästen wachsender Beliebtheit – dabei schätzt die Leipziger Tourismus und Marketing GmbH (LTM) den Stellenwert der Leipziger Kultur als besonders hoch ein. Viele Gäste, die nach Leipzig kommen, sind Städte- und Kulturreisende, die zugleich mehrere Programmpunkte wahrnehmen: von hochkarätigen Musikangeboten, bildender Kunst, Buchmesse und Manga-Comic-Con über Kreativszene, Clubkultur und vielfältigen Museumsangeboten bis hin zur lebendigen Erinnerungskultur und Jubiläen der Stadt. Das Zusammenspiel der vielfältigen künstlerischen Ausdrucksformen sorgt dafür, dass Leipzigs Kulturlandschaft ein entscheidender Motor des Städte Tourismus bleibt. Die Studie „Destination Brand 14“ bestätigt die hervorragende Eignung Leipzigs als Kulturreiseziel: 82

% der Personen, die in der Vergangenheit einen Leipzig-Urlaub gemacht haben, bewerten die Stadt als kulturell interessant.

Darüber hinaus zieht Leipzig als dynamische Kunst- und Kulturstadt Kreativmilieus an. Besonders im Leipziger Westen, im Süden und zunehmend auch im Leipziger Osten hat sich eine starke Kreativszene herausgebildet.



Entwicklungserwartungen

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Tourismuszahlen weiterhin kontinuierlich ansteigen. Im Jahr 2016 konnte zum wiederholten Mal in Folge ein Gästerekord verzeichnet werden. Um die internationale Vermarktung der vielfältigen Leipziger Kulturangebote zu stärken, gilt es, Kultur und Tourismus auch in Zukunft strategisch zu verknüpfen. Mit einem zunehmend internationalen und interkulturellen Publikum verändern sich auch kulturelle Interessen und Ansprüche. Entsprechend müssen Kulturangebote mit grenzüberschreitendem Charakter gesichert und weiterentwickelt werden. Es gilt somit, Leipzig in den kommenden Jahren noch stärker als weltoffene Kulturstadt mit einem vielfältigen und attraktiven Kulturangebot zu etablieren und die internationale Strahlkraft zu erhöhen.

2.2 Stärken, Schwächen und Herausforderungen

Auch wenn sich die Leipziger Kultur, wie beschrieben, in den letzten Jahren erfolgreich entwickelt hat, steht sie angesichts der wachsenden Bevölkerungszahl, der weiteren Diversifizierung der Gesellschaft, der Verdichtung von Stadträumen und der nationalen sowie internationalen Konkurrenz in den Jahren bis 2030 vor neuen, großen Herausforderungen. Um letztere herausarbeiten zu können, wurden in einem ersten Schritt die Stärken und Schwächen genauer analysiert und mit Blick auf die INSEK-Ziele zusammengefasst.

Stärken	Schwächen
INSEK-Ziel: Leipzig setzt auf Lebensqualität	
<ul style="list-style-type: none"> reichhaltiges und vielfältiges Kulturangebot (Qualität) quartiersnahe und niedrigschwellige Kulturan- 	<ul style="list-style-type: none"> quartiersnahe Angebote sind stadtärmlich nicht ausgewogen ungenügende Rahmenbedingungen für krea-

<p>gebote, Off-Spaces und kreative Freiräume (Quantität)</p> <ul style="list-style-type: none"> • erfolgreiche Entwicklung von ehemals benachteiligten Stadtteilen – Kultur als Katalysator einer positiven Stadtteilentwicklung • Das Bibliotheksnetz wird in allen Stadtteilen kontinuierlich überprüft und den Bedarfen angepasst 	<p>tive Freiräume</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bedarf und Angebotsnachfrage kann auf Grund zu geringer Ressourcen nicht befriedigt werden (v. a. Kulturelle Bildung, Angebote für Familien) • Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft nicht ausreichend
INSEK-Ziel: Leipzig besteht im Wettbewerb	
<ul style="list-style-type: none"> • leitende Mitwirkung Leipzigs in der AG Kultur und Tourismus innerhalb der Metropolregion sowie regionale Vernetzung • strategische Planungsinstrumente: Kulturrentwicklungsplan mit Teilkonzepten, Bibliotheksentwicklungsplan (BEK) mit Zielvereinbarungen • kontinuierliche Erhöhung des Budgets zur Förderung der freien Kultur und Kunst • starker Kongress- und Messestandort fördert auch die Wahrnehmung und Nutzung der kulturellen Angebote 	<ul style="list-style-type: none"> • Potenziale der Zusammenarbeit mit den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen noch nicht ausgeschöpft und noch zu wenig ausgebaut • ungenügende digitale Angebote, Anwendungen und Produkte • private Drittmittel (z.B. aus der freien Wirtschaft) stehen nur begrenzt zur Verfügung • teilweise fehlende und unzureichende Konzepte für die Umsetzung zeitgemäßer Standards
INSEK-Ziel: Leipzig steigert seine internationale Bedeutung	
<ul style="list-style-type: none"> • kulturelle Leuchttürme mit internationaler Ausstrahlung: Wahrnehmung Leipzigs als herausragende Musikstadt sowie als junge und dynamische Kunst- und Kreativstadt • Festivals und Jubiläen mit identitätsstiftendem und überregional ausstrahlendem Charakter • Gastspiele und kultureller Austausch weltweit • Starke Präsenz in Netzwerken auf europäischer Ebene (EUROCITIES) • ansteigender Kulturtourismus 	<ul style="list-style-type: none"> • Bekanntheitsgrad nicht ausreichend, teilweise fehlende „Leipzig-Kenntnisse“ im Ausland • Darstellung des Leipziger Kulturangebots noch nicht ausreichend, insbesondere online (als Serviceleistung, z.B. Kulturportal) • Zusammenarbeit mit der LTM GmbH noch nicht ausreichend: Vermarktung der Angebote nicht zufriedenstellend, umfassendes Tourismuskonzept erst im Aufbau • unzureichendes Marketing in Einrichtungen
INSEK-Ziel: Leipzig schafft soziale Stabilität	
<ul style="list-style-type: none"> • vielfältige niedrigschwellige Kulturangebote • Volkshochschule: Ausbau der Angebote zum lebenslangen Lernen, zur Integration, zur demokratischen und politischen Bildung • Sicherung der kulturellen Teilhabe durch entgeltfreie und ermäßigte Angebote • Teilhabeplan mit eigenem Fachkonzept Kultur, Sport und Freizeit für Menschen mit Behinderungen in Arbeit • vorhandenes Gesamtkonzept zur Integration, Angebot Sprintkontinuierliche Unterstützung von Stadtteilaktivitäten über Kulturförderung 	<ul style="list-style-type: none"> • formale Bildungseinrichtungen nutzen die Angebote der Kultureinrichtungen nicht ausreichend als Bestandteil ihrer Arbeit • Vernetzung und Abstimmung mit anderen Ressorts (v. a. Bildung, Stadtentwicklung) nicht ausreichend • öffentliches Bewusstsein für Thema Inklusion noch ungenügend, barrierefreie Zugänge (Angebote sowie baulicher Zustand) noch nicht ausreichend • interkulturelle Kompetenz des Personals nicht ausreichend, ebenso auf dem Gebiet der Inklusion, kaum Personal mit Migrationshintergrund • unzureichende Partizipationsmöglichkeiten an der Stadtteilentwicklung

Folgende sechs **Herausforderungen** haben sich für die kommenden Jahre herauskristallisiert:

- strategisch planen: strategische Planungsinstrumente, z. B. KEP, BEK, Museen 2025, Strategische Unternehmenskonzepte und Eigentümerziele der Eigenbetriebe Kultur, fortschreiben und flexibel anpassen
- Tradition und Innovation verbinden: die kulturelle Infrastruktur Leipzigs sichern, zeit- und bedarfsgemäß weiterentwickeln
- Kooperationen ausbauen: ressortübergreifende Netzwerke aufbauen, Kooperationen und das Miteinander von kommunalen Kultureinrichtungen und der freien Kunst und Kultur verbessern
- Kulturelle Teilhabe ermöglichen: die steigende und differenzierte Angebotsnachfrage (generationsübergreifend, interkulturell, inklusiv) bewältigen und den barrierefreien Zugang zu Angeboten verbessern
- Freiräume sichern: infolge des starken Drucks auf Flächenressourcen und erhöhte Nutzungsansprüche Aktivitäten in den Stadtteilen stärken und stadträumlich ausgewogener gestalten
- Ausstrahlung steigern: Bekanntheitsgrad der Kulturstadt Leipzig national und international verbessern.

3. HANDLUNGSSTRATEGIE

3.1 Ziele und Maßnahmenbündel

Die bisherigen Analysen und Darstellungen haben verdeutlicht, dass Kultur ein entscheidender Faktor der Stadtentwicklung ist. Im Einklang mit den strategischen Zielen des INSEK soll die Kultur mit Hilfe der folgenden vier Fachkonzeptziele und der ihnen zugeordneten wichtigsten Maßnahmenbündel gesichert und weiterentwickelt werden.

Ziel 1: Ausgewogene, quartiersnahe Verteilung der kulturellen Angebote und Infrastruktur über die Gesamtstadt und Sicherung von Stadträumen für Kunst und Kultur

Die vielfältige und facettenreiche Kulturlandschaft ist profilbildend für das urbane Leben in Leipzig. Tradition und Innovation verschränken sich und eröffnen stetig neue Räume für produktive Auseinandersetzungen. Die unverwechselbare Vielfalt reicht von geschichtsträchtigen Institutionen über Stadtteil- und Soziokultur bis hin zur pulsierenden zeitgenössischen Kunst- und Clubkultur. Neben der Sicherung dieser kulturellen Vielfalt steht in den nächsten Jahren vor allem die bedarfsgerechte Entwicklung, Verlagerung oder Ergänzung der kulturellen Infrastruktur, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen im Fokus. Angesichts des starken Bevölkerungswachstums ist es daher Ziel, die Angebote ausgewogener über das gesamte Stadtgebiet zu verteilen, die vorhandene kulturelle Infrastruktur zeitgemäß auszustatten und zu entwickeln sowie auch zukünftig trotz innerstädtischer Flächenverdichtung Stadträume für Kunst und Kultur zu sichern. Darüber hinaus soll die Erreichbarkeit und Zugänglichkeit zu den Angeboten optimiert und ausgebaut werden. Das kann lokal in festen Standorten, mobil oder auch digital erfolgen.

Maßnahmenbündel 1	
Standortprüfung und Anpassung	Überprüfung von städtischen Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie von Einrichtungen freier Träger hinsichtlich des Standortes, der Erreichbarkeit und der Verteilung über das Stadtgebiet und schrittweise Anpassung
Multifunktionale Nutzung von Infrastruktur	Multifunktionale Nutzung der (sozialen) Infrastruktur zur Absicherung quartiersnaher Angebote der kulturellen Bildung und der Soziokultur
Ausbau ortsungebundener und mobiler Angebote	Unterstützung des Ausbaus von ortsungebundenen und mobilen Angeboten

Optimierung Erreichbarkeit	Verbesserung der Informationswege und der Erreichbarkeit von kulturellen Angeboten sowie Überprüfung bedarfsorientierter Öffnungszeiten
----------------------------	---

Ziel 2: Zusammenarbeit Leipziger Kultureinrichtungen in ressort- und fachübergreifenden Netzwerken und Etablierung des Miteinanders von kommunalen Einrichtungen und freier Kunst-/Kulturszene

Eine wachsende, diverse Bevölkerung stellt wachsende Anforderungen an die kulturellen Angebote - quantitativ wie qualitativ. Angesichts dieser Herausforderung bei begrenzten finanziellen Ressourcen erhalten das verstärkte Arbeiten in Netzwerken und die inhaltliche Profilierung von Einrichtungen eine immer größere Bedeutung und Notwendigkeit. Kooperationen zwischen den Kultureinrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft sollen intensiviert und verstetigt werden, um den sich verändernden Anforderungen der Stadtgesellschaft gerecht zu werden, Synergieeffekte auszuloten und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger den Ausbau von Angeboten voranzutreiben. Dies umfasst auch die für Leipzig imageprägende Kultur- und Kreativwirtschaft oder die Kooperation mit den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in der Stadt, um neue, innovative Angebote und Lösungen zu entwickeln, mit denen die Stadt im Wettbewerb bestehen kann.

Um sich den Herausforderungen offensiv zu stellen, ist der Einsatz strategischer Planungsinstrumente entscheidend. Die Planungsinstrumente, wie das Fachkonzept Kultur oder themenorientierte Entwicklungskonzepte, gilt es zukünftig zu verfeinern, aufeinander abzustimmen und mit konkreten Handlungszielen zu untersetzen. Diese sind mit Verantwortlichkeiten zu versehen und regelmäßig zu evaluieren. In den kommenden Jahren wird es neben der Kooperation unterschiedlicher Institutionen vor allem auch darum gehen, die Möglichkeiten und Chancen der Digitalisierung für den Kulturbereich auszuschöpfen sowie weitere Finanzierungsmöglichkeiten für neue Angebote zu eruieren und zu nutzen.

Maßnahmenbündel 2	
Kooperative Lösungsstrategien	Aufbau eines Leipziger Kulturrates zur Entwicklung kooperativer Lösungsstrategien zu kulturpolitischen Sachverhalten von strategischer Bedeutung und Sicherstellung der Akzeptanz kulturpolitischer Entscheidungen bei den Akteuren
Kooperationen mit freier Szene	Ausbau der Kooperationen zwischen den städtischen Kulturinstitutionen und der freien Kunst und Kultur
Fachübergreifende Netzwerke	Ausbau fachübergreifender Netzwerke und Kooperationen, z.B. mit Universitäten, Schulen, Kitas, Vereinen, Initiativen

Ziel 3: Stärkung Leipzigs als national und international anerkannte, weltoffene Kulturstadt, die mit ihren kulturellen Angeboten ein vielfältiges Publikum anzieht

Leipzig ist bereits heute als Kulturstadt weltweit angesehen; das Gewandhaus zu Leipzig, das Bachfest Leipzig, die Grassimesse oder das Dokumentarfilmfestival DOK Leipzig sind ausgewählte internationale Aushängeschilder unserer Stadt. Die unverwechselbare Qualität entsteht jedoch durch die Vielfalt von traditionsreichen Kulturinstitutionen und lebendiger freier Kultur. Den Bekanntheitsgrad Leipzigs als Kulturstadt national und international weiter zu steigern, ist Herausforderung und Ziel zugleich. Dazu gehören nicht nur die Entwicklung und Umsetzung zeitgemäßer künstlerischer und fachlicher Standards, sondern auch eine innovative Präsentation des Kulturangebotes – insbesondere online – sowie die Verbesserung der internationalen Vermarktung der Angebote. Der kulturelle Austausch und Gastspiele weltweit sind ebenso wichtig wie Leipzig weiterhin als Veranstalter und Gastgeber internationaler künstlerischer Formate zu etablieren. Durch die verstärkte Zuwanderung wiederum entsteht eine breitere kulturelle Vielfalt, deren Potenzial es zu erschließen gilt. Die Offenheit gegenüber einem sich verändernden Kulturbegriff und die Erhöhung der interkulturellen Kompetenz sind in diesem Zusammenhang für alle Kultureinrichtungen ein gesetztes Ziel.

Maßnahmenbündel 3	
Strategische Planung	Erarbeitung und Umsetzung des Konzeptes „Internationale und interkulturelle Kulturarbeit“
Internationale Vermarktung	Ausbau der Zusammenarbeit mit der LTM GmbH und weiteren Tourismusverbänden, Verbesserung der internationalen Vermarktung Leipziger Kulturangebote. Erstellung einer internationalen Medienresonanzanalyse.
Überregionale Ausstrahlung	Weiterentwicklung und Sicherung überregional ausstrahlender Festivals, Veranstaltungen und Preisvergaben
Großveranstaltungen	Akquise und Initiierung kultureller Großveranstaltungen und Jubiläen mit internationaler Ausstrahlung

Ziel 4: Ermöglichung der kulturellen Teilhabe

Mit dem Wachstum der Stadt, der zunehmenden Mobilität von Menschen sowie dem Ankommen von Neu-Leipzigerinnen und -Leipzigern verändert sich die Leipziger Stadtgesellschaft; sie wird vielfältiger und heterogener. Sie setzt sich zusammen aus unterschiedlichen Generationen und sozialen Gruppen, aus Menschen mit verschiedenen ethnischen Hintergründen und religiösen Orientierungen. Das Leipzig der Zukunft wird vielstimmiger. Diese Diversität der Stadtgesellschaft ist ein Gewinn, zugleich sind Integration der verschiedenen Gruppen in die Stadtgesellschaft und die Gewährleistung der Chancengerechtigkeit für alle wichtige Faktoren für die Zukunftsfähigkeit einer Stadt. Eine Herausforderung ist es daher, Konzepte für eine differenzierte und zugleich inklusive, generationsübergreifende und interkulturelle Teilhabe zu entwickeln. Zum anderen sind inklusives Denken und Handeln sowie die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kultureinrichtungen zu fördern. Die Diversität der Stadtgesellschaft sollte sich in der Mitarbeiter/-innenstruktur widerspiegeln. Beteiligungsangebote für Bürgerinnen und Bürger und die Partizipation an Planungs- und Entscheidungsprozessen sind auszubauen.

Maßnahmenbündel 4	
Personalentwicklung	Erhöhung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter/-innen; Neueinstellung von Mitarbeiter/innen mit interkultureller Kompetenz bzw. Migrationshintergrund fördern
Barrierefreie Kommunikation	U. a. Erarbeitung von speziellen Kommunikationsmitteln in leichter Sprache, Anpassung der Webauftritte, Schaffung von Leitsystemen, Ausbau von Angeboten in Gebärdensprache
Beteiligung ausbauen	Ausbau Beteiligungsformate, u. a. Diskussionsreihe „Impuls Kulturpolitik“, Bürgersprechstunde, Besucherbefragungen; Öffnung gegenüber sozialen Netzwerken
Kulturelle und soziale Teilhabe ermöglichen	Überprüfung von Zugangsmöglichkeiten, u. a. Gebühren- und Entgeltordnungen, und Maßnahmen zur Sicherung von Chancengerechtigkeit und der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben.

3.2 Wechselwirkungen und Querschnittsthemen

Im Rahmen der Erarbeitung von Zielen und Maßnahmen hat sich das Fachkonzept Kultur insbesondere mit den Querschnittsthemen Inklusion und Chancengerechtigkeit, Integration und Vielfalt, Digitale Stadt und Internationalität auseinandergesetzt. Darüber hinaus wurden die Schnittstellen mit anderen Fachkonzepten herausgearbeitet.

Das Fachkonzept Kultur weist vielfältige Konflikte und Synergien zu anderen Fachkonzepten auf. Die größten Synergien ergeben sich mit den Fachkonzepten Kommunale Bildungslandschaft und Soziale Teilhabe. Übergreifendes Thema ist die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Dabei geht es u. a. um die Schaffung von Orten der Begegnung, die konzeptionelle Öffnung von Bildungseinrichtungen zur Integrationsförderung, die Zusammenarbeit mit soziokulturellen Zentren, die Förderung von Stadtteilaktivitäten, die Stärkung des lebenslangen Lernens, die politische und demokratische Bildung sowie das bürgerliche Engagement. Die Schnittmengen sind in den Zielen und Maßnahmen der jeweiligen Fachkonzepte verankert.

Mit dem Ziel, den Bekanntheitsgrad der Kulturstadt Leipzig national und international zu steigern, entstehen u. a. Synergien zu den Fachkonzepten Wirtschaft und Arbeit sowie Ordnung und Kommunale Sicherheitsinfrastruktur. Der Fokus liegt dabei auf der Zusammenarbeit bei kulturellen Großveranstaltungen mit internationaler Ausstrahlung. Für den Erfolg imageprägender Großveranstaltungen sollte die frühzeitige Berücksichtigung von Sicherheits- und Ordnungsfragen bereits in der Konzeptions- und Bewerbungsphase im Blick gehalten werden. Weitere Synergien ergeben sich bei den Themen Profilierung Messe/Kongresse, Kreativwirtschaft sowie dem Ausbau der tourismuswirtschaftlichen Entwicklung. Im Zusammenhang mit dem Ausbau von Kooperationen mit Universitäten und Forschungseinrichtungen werden Schnittmengen zum Fachkonzept Hochschulen und Forschungseinrichtungen deutlich. Synergien sind hier denkbar in der verstärkten Zusammenarbeit zwischen Forschungsabteilungen und Museen oder der Unterstützung und Mitwirkung in der Lehre, z. B. in den Bereichen Theater- und Kulturwissenschaften.

Der nachweislich stärkere Druck auf Flächenressourcen und erhöhte Nutzungsansprüche in allen Stadtteilen und die zeitgleich stabile Nachfrage nach Räumen für kulturelle Nutzungen lässt Schnittstellen zu den Fachkonzepten Kommunale Bildungslandschaft, Soziale Teilhabe, Wohnen sowie Freiraum und Umwelt erkennen. Dabei geht es darum, ob und wie quartiersnahe und niedrigschwellige Kulturangebote, Off-Spaces und kreative Freiräume (Quantität) auch zukünftig gesichert oder gar neu etabliert werden können. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie kulturelle und freizeitbezogene Aktivitäten in den Stadtteilen gestärkt und stadträumlich noch besser ausgewogen werden können.

Um die Lebensqualität in Leipzig zu steigern und eine ausgewogene und quartiersnahe Verteilung der kulturellen Angebote und Infrastruktur trotz Flächenverdichtung zu erreichen, müssen kulturelle Angebote optimiert und der Zugang zu ihnen erleichtert werden. Bei diesen Themen bestehen Schnittstellen zum Fachkonzept Nachhaltige Mobilität sowie zum Querschnittsthema Digitale Stadt. Dabei geht es nicht nur um den Ausbau neuer ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr)-Haltestellen in infrastrukturell unversorgten Gebieten, sondern auch um den Ausbau ortsunabhängiger Angebote: digitale und damit online über das Internet ständig abrufbare oder mobile Angebote, speziell für die randstädtischen Gebiete, wie zum Beispiel der Einsatz von Fahrbibliotheken.

3.3 Räumliche Handlungsstrategie

Die Schwerpunkttraumsetzung des Fachkonzeptes Kultur leitet sich unmittelbar aus der Bewertung aller 63 Ortsteile Leipzigs in Form einer Stärken-Schwächen-Betrachtung ab. Die Ortsteile wurden im Rahmen dieser Analyse anhand der folgenden drei Handlungsansätze bewertet:

Handlungsansatz I: Infrastrukturmaßnahmen

- Bestandserhaltung und -sicherung vorhandener kultureller Infrastruktur (z.B. Sanierungsmaßnahmen)
- Verlagerung oder Ausbau von Standorten sowie multifunktionale Nutzung vorhandener oder neu zu planender Infrastruktur
- Schaffung von Barrierefreiheit – sowohl im engeren physischen Sinn durch notwendige bauliche Maßnahmen zur Absicherung einer frei zugänglichen Nutzung von Gebäuden als auch im weiteren Sinn des freien Zugangs zu kulturellen Angeboten zum Beispiel durch Abbau von sprachlichen, kulturellen oder technischen Barrieren.
- Ausbau des WLAN-Zugangs und von Breitbandanschlüssen in Kultureinrichtungen als unabdingbare Voraussetzung für zeitgemäße Formen der Vermittlung, Präsentation und Bewahrung von Kulturgut und -techniken.

Handlungsansatz II: Qualifizierung von Angeboten - kulturelle Teilhabe ermöglichen

- Förderung der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit
- Ausbau der Netzwerke/Kooperation zwischen unterschiedlichen Einrichtungen/Partnern
- Unterstützung bei der Etablierung wohnortnaher, kultureller Angebote
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
- Überprüfung städtischer Kultur- und Bildungseinrichtungen hinsichtlich Standort und Erreichbarkeit.

Handlungsansatz III: Steigerung der internationalen Ausstrahlung

- Einrichtungen und Angebote, die dazu beitragen, Leipzig als national und international anerkannte, weltoffene Kulturstadt zu etablieren

Sowohl als Ergebnis der Stärken-Schwächen-Betrachtung der 63 Ortsteile als auch mit Blick auf die bisherigen Entwicklungen in den unterschiedlichen Stadträumen wird deutlich, dass die gewünschte gleichmäßige stadtärmliche Verteilung von Projekten, Einrichtungen und Angeboten in den letzten Jahren nur in Teilen gelungen ist. In etlichen Quartieren wurden bereits Entwicklungen angestoßen, die weiter begleitet werden müssen, andere stehen erst am Beginn einer Entwicklung. Aus diesem Grund sollen einige Schwerpunktträume weitergeführt und neue Schwerpunktträume hinzugefügt werden. Insgesamt wurden sechs Schwerpunktträume identifiziert mit inhaltlich unterschiedlichem Fokus. Dabei sind Überschneidungen möglich (siehe Schwerpunkttraumkarte):

- Schwerpunktträume mit dem Fokus auf *Erhalt und Begleitung der kulturellen Entwicklung*: Erweiterte Innenstadt, Innerer Osten, Innerer Westen
- Schwerpunktträume mit dem Fokus auf *Erhalt, Stärkung und Weiterentwicklung der kulturellen Angebote*: Grünau, Paunsdorf, Innerer Osten, Georg-Schumann-Straße und Umfeld

Die Schwerpunktträume des Fachkonzeptes Kultur im Detail:

Erweiterte Innenstadt

Auf Grund der Ballung und der Vielzahl der kulturellen Leuchttürme mit internationaler Ausstrahlung haben das Zentrum und die erweiterte Innenstadt hohe Priorität. Das Stadtzentrum hat gesamtstädtische, überregionale und internationale Bedeutung. Die kulturelle Vielfalt und die junge und dynamische Kunst- und Kreativstadt gehen vom Zentrum nahtlos in den „Leipziger Süden“ über und sind in dieser Ausprägung zu erhalten.

Handlungsansätze/prioräre Maßnahmen:

I. Infrastrukturmaßnahmen

- Schaffung eines Sportmuseums
- Reaktivierung des Kellertheaters der Oper

II. Qualifizierung von Angeboten - kulturelle Teilhabe ermöglichen

- Weitere Sicherung der Rahmenbedingungen der zentral gelegenen kulturellen Standorte und Angebote freier Träger aus gesamtstädtischer Sicht: soziokulturelles Zentrums Die VILLA, Kultur- und Begegnungszentrums Ariowitsch-Haus
- Begleitung bei der Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“
- Weiterentwicklung von Vermittlungsangeboten der Museen
- Ausbau der Kooperationen und fachübergreifenden Netzwerke zwischen städtischen Kultureinrichtungen und Einrichtungen der freien Kunst und Kultur sowie mit Hochschulen, Schulen, Kitas, Vereinen oder Initiativen (Förderung der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit)

III. Steigerung der internationalen Ausstrahlung

- Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Zoo der Zukunft, Entwicklung weiterer Themenbereiche für den Zoo
- Unterstützung der internationalen Ausrichtung von Oper und Gewandhaus
- Sicherung und Weiterentwicklung überregional ausstrahlender Festivals, Veranstaltungen sowie Preisvergaben
- Weitere Verbesserung der internationalen Vermarktung und der Attraktivität und Ausstrahlung der Leipziger Kulturangebote

Innerer Osten (mit Reudnitz-Thonberg und Teilen von Schönefeld)

Das Gesamtgebiet befindet sich im Wandel. Nach wie vor gibt es einen besonderen Entwicklungsbedarf in Bezug auf Bildungs- und Chancengleichheit sowie den Abbau von sozialen und kulturellen Barrieren. Die Schaffung einer soziokulturellen Einrichtung im Kerngebiet ist notwendig, räumliche Potenziale müssen geprüft und gesichert werden.

Das bisherige Schwerpunktgebiet Leipziger Osten wird um die Ortsteile Schönefeld-Abtnaundorf und Schönefeld-Ost ergänzt. Gründe für diese Entscheidung bilden zum einen Ansätze in der alten Ortslage Schönefeld, niederschwellige kulturelle Angebote zu entwickeln und dafür bestehende räumliche Strukturen aufzuwerten sowie zum anderen das in den letzten Jahren gestiegene Interesse insbesondere junger Menschen, sich auch in diesen Gebieten kulturell zu engagieren bzw. kulturelle Angebote zu nutzen.

Während die Leipziger Städtischen Bibliotheken insgesamt in den letzten fünf Jahren einen deutlichen Zuwachs bei den Leistungszahlen verzeichnen konnten, sind die Bibliotheksstandorte in Volkmarsdorf und Schönefeld von den positiven Trends bisher nicht erfasst worden, sondern zeigen gegenläufige Entwicklungen. Im Fall der Stadtteilbibliothek am Torgauer Platz sind diese Tendenzen unter anderem Ausdruck der ungünstigen und unattraktiven Lage des Standortes.

Der Masterplan Parkbogen Ost wird Grundlage für eine vielgestaltige, integrierte Entwicklung sein.

Handlungsansätze/prioritäre Maßnahmen:

I. Infrastrukturmaßnahmen

- Unterstützung von Initiativen/Bemühungen für die Etablierung soziokulturell arbeitender Einrichtungen, z. B. der möglichen kulturellen Entwicklung am Standort ehemaliges „Kino der Jugend“ in der Eisenbahnstraße
- Optimierung der Standorte und Verteilung der Stadtteilbibliotheken im Leipziger Osten

II. Qualifizierung von Angeboten - kulturelle Teilhabe ermöglichen

- Verfestigung entstandener kleinteiliger Strukturen, die den sozialen Zusammenhalt befördern, MiO: Frauenkultur Leipzig e. V., Seniorenbüro Ost: Mühlstraße 14 e. V.
- Unterstützung der Entwicklung soziokultureller Angebote in Schönefeld-Abtnaundorf und -Ost. Im Mittelpunkt steht die Alte Ortslage rund um das Schloss Schönefeld und Schönefeld-Ost aufgrund des hohen Altersdurchschnitts

Innerer Westen (mit Teilen von Plagwitz, Lindenau, Alt- und Neulindenau und Leutzsch)

Die Ortsteile rund um die Karl-Heine-Straße bilden ein wichtiges Zentrum der Kultur- und Kreativwirtschaftsszene in Leipzig. Die Schaubühne Lindenfels als Standort mit stadtweiter Bedeutung hat einen wesentlichen Anteil an der bisherigen Entwicklung und für die Imageentwicklung des Leipziger Westens.

Die schnell wachsende Stadt braucht Raum, verdrängt und verdichtet Freiräume. Aufgrund der einsetzenden Stagnation der Ansiedlung kulturwirtschaftlich geprägter bzw. autonom arbeitender künstlerischer Projekte und Einrichtungen bedarf es einer weiteren Begleitung und nachhaltigen Unterstützung der begonnenen Entwicklung.

Die Baumwollspinnerei als Zentrum der Kulturwirtschaft mit nationaler und internationaler Bedeutung erhält durch die Ansiedlung des Naturkundemuseums und der Entwicklung des Theaterhauses Leipzig in der Halle 7 eine weitere inhaltliche Ausrichtung und wesentliche Aufwertung.

Handlungsansätze/prioritäre Maßnahmen

I. Infrastrukturmaßnahmen

- Entwicklung einer kulturellen Gemeinbedarfseinrichtung Halle 7/Baumwollspinnerei (LOFFT, Leipziger Tanztheater e.V., Theater der Jungen Welt) sowie Etablierung des Naturkundemuseums Leipzig am Standort Baumwollspinnerei
- Schrittweise Ertüchtigung des Bandhauses 2.0 zur Betreibung durch den Bandcommunity e. V. in der Saarländer Straße, um die vielfältige Bandszene in Leipzig zu sichern
- Weiterentwicklung der Musikalischen Komödie und des Theaters der Jungen Welt

II. Qualifizierung von Angeboten - kulturelle Teilhabe ermöglichen

- Freiräume sichern, notwendige Verlagerungen von kulturellen und stadtteilbezogenen Projekten unterstützen
- Ausbau und Intensivierung der Angebote im Theater der Jungen Welt zur kulturellen Teilhabe, z. B. durch weitere Entwicklung von partizipativen Angeboten/theaterpädagogischen Maßnahmen

III. Steigerung der internationalen Ausstrahlung

- Förderung der Baumwollspinnerei (Anpassungen Standortmarketing, Verbesserungen der infrastrukturellen Anbindung)

Grünau

Seit 1991 hat es umfangreiche Veränderungen in der sozialen und kulturellen Infrastruktur des Stadtteils gegeben, in deren Ergebnis eine vielfältige Angebotslandschaft entstanden ist. Die Großwohnsiedlung Grünau zeichnet sich durch ein gutes und schnell erreichbares Netzwerk von sozialen und kulturellen Angeboten aus. In den letzten Jahren haben sich gezielt Einrichtungen rund um das Zentrum Grünauer Allee etabliert bzw. sind gestärkt worden. Den vorhandenen sozialen Problemstellungen in der Großwohnsiedlung sollte u. a. mit der Weiterentwicklung der partizipativen kulturellen Angebote entgegengewirkt werden.

In den Ortsteilen Lausen-Grünau und Grünau-Nord ist die kulturrelevante Infrastruktur durch die Zentralisierung von Angeboten in den letzten Jahren rückläufig. Umso wichtiger ist die Etablierung und Stärkung des soziokulturellen Angebotes in diesem Teil der Großwohnsiedlung.

Handlungsansätze/prioritäre Maßnahmen:
I. Infrastrukturmaßnahmen

- Zusammenführung von Standorten der Leipziger Städtischen Bibliotheken und der Volkshochschule Leipzig sowie weiterer Partner in einem Bürger- und Bildungszentrum Grünau
- Übertragung des KOMM-Hauses in eine freie Trägerschaft ab dem Jahr 2019 sowie Qualifizierung und Erweiterung der Angebote und Standortprüfung mit dem Ziel, das Angebot im Ortsteil Lausen-Grünau zu erhalten.

II. Qualifizierung von Angeboten - kulturelle Teilhabe ermöglichen

- Sicherung und Stärkung der Angebote für junge und ältere Menschen in Grünau-Ost, insbesondere des großstadtKINDER e. V. (Theatrium) und des urban souls e. V.

Ausbau der Kooperationen zwischen klassischen Bildungseinrichtungen und Kultur-, Freizeit- und Sporteinrichtungen

Paunsdorf

Der Ortsteil Paunsdorf besteht aus einer alten Ortslage und einer Großwohnsiedlung, deren Infrastruktur nicht vollendet wurde. Vereinzelt versuchen Vereine fehlende wohnortnahe Angebote zu kompensieren. Die speziellen Stadtteilangebote der Volkshochschule, die auch kulturell/künstlerische und freizeitrelevante Angebote beinhalten, sind für diesen Ortsteil wichtig, aber nicht ausreichend. Standort und Größe der Stadtteilbibliothek Paunsdorf entsprechen nicht deren Funktion als große Stadtteilbibliothek für den Leipziger Osten mit breitem Service- und attraktivem Raumangebot.

Handlungsansätze/prioritäre Maßnahmen:
I. Infrastrukturmaßnahmen

- Standortverlagerung/Qualifizierung der Stadtteilbibliothek, auch gemeinsam mit VHS und/oder anderen Einrichtungen

II. Qualifizierung von Angeboten - kulturelle Teilhabe ermöglichen

- Unterstützung und Stabilisierung der Ansätze im Gemeinwesen gemeinsam mit den Partnern vor Ort und den anderen Fachbereichen

Georg-Schumann-Straße und Umfeld

(angrenzende Ortsteile Möckern, Wahren, Gohlis-Süd, Gohlis-Mitte)

Die Georg-Schumann-Straße ist als wichtiges, verbindendes Element im nordwestlichen Teil der Stadt von großer Bedeutung für die Stabilisierung und Entwicklung der angrenzenden Ortsteile. Die begonnene kulturelle Entwicklung im Umfeld der Georg-Schumann-Straße muss in den nächsten Jahren weiter begleitet werden, um eine nachhaltige Sicherung der Strukturen zu erreichen. Schwerpunkt sind dabei die Stabilisierung der vorhandenen Netzwerke und die Qualifizierung der Angebote zur kulturellen Teilhabe.

Handlungsansätze/prioritäre Maßnahmen:

I. Infrastrukturmaßnahmen

- Schrittweise Ertüchtigung der Bausubstanz der Liegenschaft Heinrich-Budde-Haus

II. Qualifizierung von Angeboten - kulturelle Teilhabe ermöglichen

- Sicherung des Standortes ANKER und schrittweise Konzeptanpassung durch den Verein Stadtteilzentrum ANKER e. V. unter Beachtung aller Zielgruppen und entsprechend des Bedarfes im Stadtraum
- Sicherung der Rahmenbedingungen für die Betreibung des Heinrich-Budde-Haus und Begleitung des Trägers bei der Konzeptentwicklung
- Unterstützung des Aktionsbündnisses Möckern als Modellprojekt und die Ausbildung von Nachbarschaftsnetzwerken

Ortsteile am Stadtrand

In diesen ehemals eigenständigen Orten gilt es, den Zusammenhalt im Gemeinwesen zu erhalten bzw. vorhandene Identitäten zu stärken bzw. neu zu schaffen. Dazu tragen insbesondere gemeinschaftlich organisierte Projekte bei, die die Teilhabe möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger quer durch alle Bevölkerungsschichten ermöglichen. Handlungsansätze liegen hier in der Unterstützung kultureller Initiativen und Vereine, um damit die Eigenentwicklung zu stärken.

3.4 Umsetzung

Ressort- und fachübergreifende Vernetzung und die multifunktionale Nutzung von Infrastruktureinrichtungen stehen ebenso im Mittelpunkt der Zielsetzung des Fachkonzeptes Kultur wie der verbesserte Zugang zu kulturellen Angeboten – lokal, national und international. Das setzt zukünftig eine verstärkt kooperative Arbeitsweise von Partner/innen innerhalb und außerhalb der Verwaltung, abgestimmte Planungen und gemeinsame, fachübergreifende Umsetzungsstrategien voraus. Neue Kommunikationsformen über Fach- und Institutionsgrenzen hinaus müssen in einem ersten Schritt etabliert bzw. weiterentwickelt und Kooperationen ausgebildet bzw. verstetigt werden. Daneben müssen fachübergreifend Beratungsstrukturen aufgebaut werden, die freie Träger bei der Fördermittelbeantragung unterstützen können.

Verwaltungsinterne Planungsinstrumente wie die bereits vorhandenen themenorientierten Entwicklungskonzepte, werden zukünftig weiter präzisiert, besser aufeinander abgestimmt und gemeinsam mit Partner/innen auch außerhalb der Verwaltung in konkreten Maßnahmen umgesetzt. Neue fachübergreifende Fachkonzepte, wie Internationale und interkulturelle Kulturarbeit, müssen zeitnah erstellt werden.

Insbesondere die multifunktionale Nutzung kommunaler Infrastruktureinrichtungen im Sinne einer integrierten Stadtentwicklung in den Quartieren stellt mögliche Partner vor die Herausforderung, zeitnah gemeinsam neue Arbeitsweisen, Konzepte sowie kooperative Finanzierungsmodelle sowohl für die Planungsphase als auch für den alltäglichen Betrieb der Einrichtung ressortübergreifend zu entwickeln und zu etablieren.

Schließlich gilt es, sich in den nächsten Jahren verstärkt den Möglichkeiten und der Notwendigkeit der Digitalisierung im Kulturbereich zu stellen. Konzepte zur Digitalisierung der Kultur- und Kunstbestände im Sinne des Kulturgutschutzes gehören ebenso dazu wie solche zur Optimierung des Zugangs zu den Beständen und Angeboten der Kultureinrichtungen mittels digitaler Anwendungen. Da kommunale Mittel allein nicht ausreichen werden, diese Herausforderung zu stemmen, müssen Möglichkeiten der Förderung durch Bundes- und Landesprogramme sowie der Europäischen Union frühzeitig eruiert und beantragt werden.

3.5 Finanzielle Auswirkungen

Bei der Entwicklung der Ziele und Maßnahmen des Fachkonzeptes Kultur fanden demografische Prognosen für die wachsende Stadt Leipzig und damit einhergehende steigende Bedarfe ebenso Berücksichtigung wie die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen der Kommune. Wo immer möglich, sollen die Ziele mit vorhandenen Mitteln und/oder Reorganisation sowie Umsteuerung des fachlichen Handelns mit Blick auf die im Fachkonzept festgelegten Handlungsschwerpunkte und Schwerpunktträume erreicht werden. Dies gilt insbesondere für fachlich-strategische Maßnahmen des Fachkonzeptes Kultur. Wo immer nötig, wird der begründete Mehrbedarf im Umsetzungsprozess zu definieren und im Rahmen der Haushaltsplanung einzubringen sein.

Für die Umsetzung von einigen Infrastruktur- und damit Baumaßnahmen werden hingegen zusätzliche, im Haushalt noch nicht eingestellte Mittel benötigt. Diese Maßnahmen werden bei Bedarf als gesonderte Einzelvorlagen in das Verfahren und zur Entscheidung gebracht. Alle Möglichkeiten einer Drittmittelförderung aus städtebaulichen Fördertöpfen sind dabei auszuschöpfen.

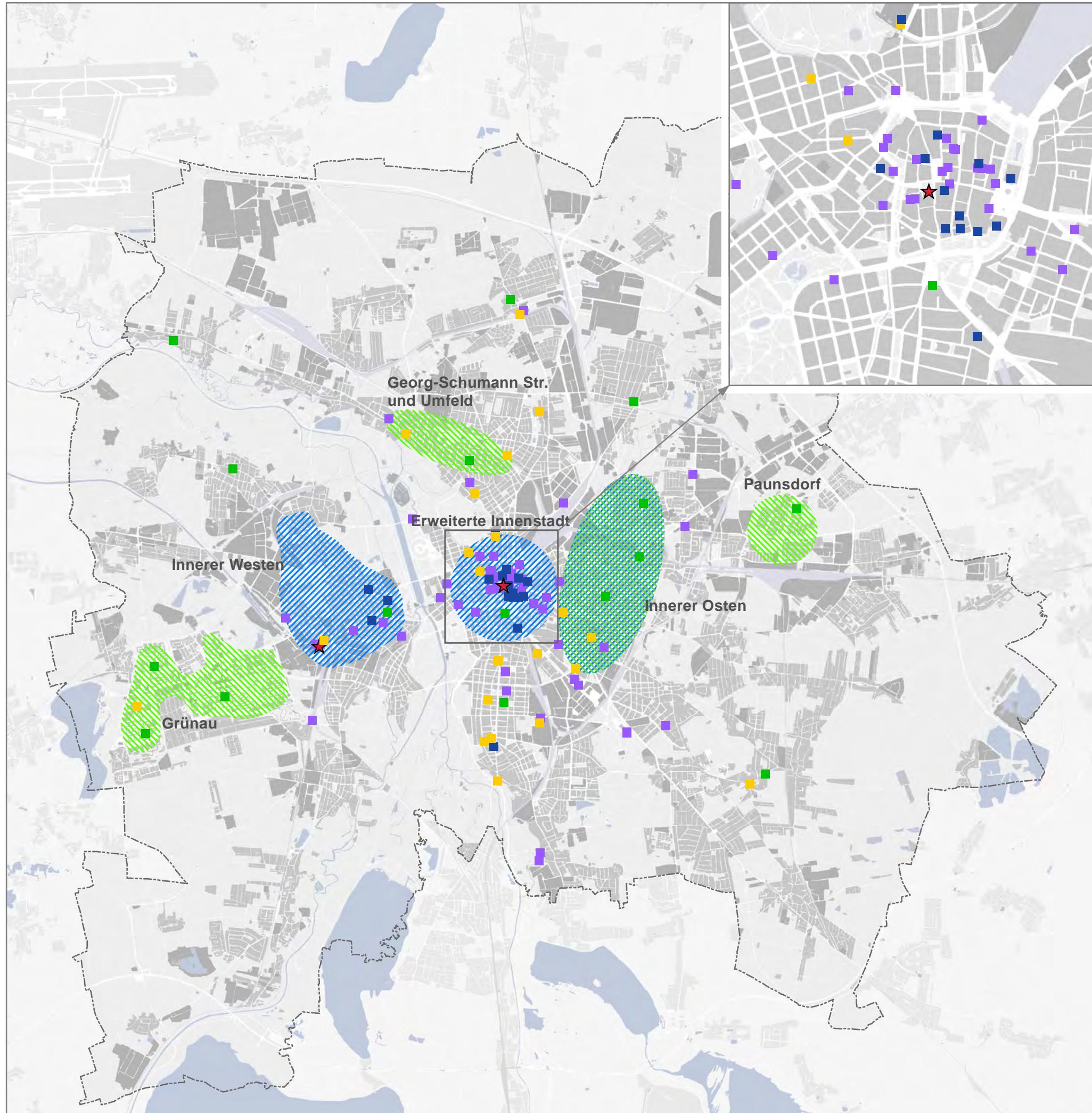
Neue Standorte oder ein umfangreicherer Ausbau von Angeboten stehen jedoch nicht im Fokus dieses Fachkonzeptes. Die Betonung liegt auf dem Erhalt und dem Ausbau von Standorten bzw. der multifunktionalen Nutzung von Gebäuden, wodurch mittel- bis langfristig ein wirtschaftlicher Betrieb möglich werden könnte.

Maßnahmenbündel / Instrument	Direkte Kosten/ Jahr (HOCH/MITTEL/GERING)	Einnahmen/Folgekosten/ Folgewirkungen
Standortprüfung und Anpassung	GERING Erhöhter Prüfungsaufwand je nach Projekt gegebenenfalls Unterstützung bei Prozessbegleitung; im Anschluss ggf. Standortförderung Bei städtischen Einrichtungen wird haushaltsneutrale Veränderung angestrebt	EINSPARFEFEKT durch Zusammenlegung oder gemeinsame Nutzung von Einrichtungen möglich
Multifunktionale Nutzung von Infrastruktur	MITTEL Erhöhter Planungs- und Abstimmungsaufwand. Möglich: erhöhte Baukosten bei einzelnen Objekten durch unterschiedliche Bedarfe.	EINSPARFEFEKT durch gemeinsame Nutzung möglich ERHÖHTE Attraktivität der Objekte durch multifunktionale Nutzung FOLGEKOSTEN: ggf. Zuschüsse für Miete und Betriebskosten in Abhängigkeit vom Träger bzw. Nutzung
Ausbau ortsungebundener und mobiler Angebote	MITTEL nicht genau bezifferbare Kosten z.B. für eCulture-Projekte, Ausbau IT-Infrastruktur (z.B. WLAN). Zuschüsse in Abhängigkeit vom Projekt.	ggf. ERHÖHUNG von Einnahmen durch verbesserte Online-Zahlmöglichkeiten oder Ausbau von (online)Angeboten
Optimierung Erreichbarkeit	GERING Erhöhter Prüfungsaufwand je nach Projekt gegebenenfalls Unterstützung bei Prozessbegleitung; im Anschluss ggf. Standortförderung Bei städtischen Einrichtungen wird haushaltsneutrale Veränderung ange-	EINSPARFEFEKT durch Zusammenlegung oder gemeinsame Nutzung von Einrichtungen möglich

Maßnahmenbündel / Instrument	Direkte Kosten/ Jahr (HOCH/MITTEL/GERING)	Einnahmen/Folgekosten/ Folgewirkungen
	strebt	
Kooperative Lösungsstrategien	GERING Personalkosten, Overhead Kosten Räume, Technik, Redner, Honorarkosten	nicht relevant
Kooperationen mit freier Szene	GERING laufender Prozess, gegebenenfalls Zuschüsse für freie Träger aus Fördermittelbudget	nicht relevant
Fachübergreifende Netzwerke	GERING laufender Prozess, Finanzierung möglichst aus laufendem HH oder Drittmitteln	STEIGENDE Einnahmen aus Drittmitteln
Strategische Planung	MITTEL laufender Prozess, Finanzierung möglichst aus laufendem Haushalt oder Drittmitteln: Personalkosten, Projektkosten, Zuschüsse	STEIGENDE Einnahmen aus Drittmitteln
Internationale Vermarktung	MITTEL laufender Prozess, Budget für Marketing /Öffentlichkeitsarbeit	ggf. ERHÖHUNG von Einnahmen durch verbessertes Marketing und Information über die Angebote
Überregionale Ausstrahlung	MITTEL Festivalbudget, Personalkosten, Preisgelder	ggf. ERHÖHUNG von Einnahmen durch verbesserte, attraktive Angebote
Großveranstaltungen	MITTEL Personalkosten, Veranstaltungskosten	ggf. ERHÖHUNG von Einnahmen durch Erhöhung der Zahl (inter-)nationaler Gäste
Personalentwicklung	GERING Kosten für Fortbildung; ggf. Umschichtung im Haushalt durch Schwerpunktbildung	nicht relevant
Barrierefreie Kommunikation	MITTEL laufender Prozess	EINNAHMEN durch Inanspruchnahme von Förderprogrammen
Beteiligung ausbauen	GERING Personalkosten, Overheadkosten, Budget Marketing, Öffentlichkeitsarbeit	nicht relevant
Kulturelle und soziale Teilhabe ermöglichen	GERING laufender Prozess	ggf. GERINGERE Einnahmen durch sozialverträglichere Regelungen in den Gebühren- und Entgeltordnungen

Anlage: Zuordnung Fachkonzept - Ziele zum Strategischen Zielbild

Ziel Nr.	Ziel Fachkonzept	Seite	Übergeordneter Handlungsschwerpunkt (übergeordnetes Strategisches Ziel)
1	Ausgewogene, quartiersnahe Verteilung der kulturellen Angebote und Infrastruktur über die Gesamtstadt und Sicherung von Stadträumen für Kunst und Kultur	6	Quartiersnahe Kultur-, Sport- und Freiräumangebote
2	Zusammenarbeit Leipziger Kultureinrichtungen in ressort- und fachübergreifenden Netzwerken und Etablierung des Miteinanders von kommunalen Einrichtungen und freier Kunst-/Kulturszene	7	Vernetzung von Bildung, Forschung und Wirtschaft; Attraktives Umfeld für Innovation, Gründer und Fachkräfte
3	Stärkung Leipzigs als national und international anerkannte, weltoffene Kulturstadt, die mit ihren kulturellen Angeboten ein vielfältiges Publikum anzieht	7,8	Vielfältige lebendige Kultur- und Sportlandschaft; Imageprägende Großveranstaltungen Weltoffene Stadt
4	Ermöglichung der kulturellen Teilhabe in den Kultureinrichtungen	8	Chancengerechtigkeit in einer inklusiven Stadt



Leipzig 2030
Stadtentwicklungskonzept



Fachkonzept Kultur

Räumliche Handlungsstrategie

Schwerpunkträume

Erhalt und Begleitung der kulturellen Entwicklung

Erweiterte Innenstadt, Innerer Westen, Innerer Osten

Erhalt, Stärkung und Weiterentwicklung der kulturellen Angebote

Grünau, Paunsdorf, Innerer Osten, Georg-Schumann-Straße und Umfeld

Bedeutsame Orte

Ort mit gesamtstädtischer/überregionaler/internationaler Bedeutung

Kulturelle Infrastruktur (Bestand)

- Städtische Bibliotheken
- Musik / Theater
- Kulturelle Zentren / Soziokulturelle Zentren
- Museen / Sammlungen

Stadtgrenze

Stand: Juni 2018
Bearbeitung: Stadtplanungsamt + AG zum Fachkonzept
Kartengrundlage: Stadt Leipzig, Amt für Geoinformation und Bodenordnung, Stand August 2017

0 1 2
Kilometer

NACHHALTIGE MOBILITÄT

1. EINLEITUNG

Mit dem Fachkonzept Nachhaltige Mobilität werden für Leipzig strategische Leitlinien, Instrumente sowie Maßnahmenschwerpunkte und -bündel für eine intelligente Mobilität auf der Grundlage einer integrierten Verkehrsplanung verfasst. In Leipzig als „Stadt der kurzen Wege“ sollen die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse einer Vielzahl verschiedener Nutzer dauerhaft in einer stadtverträglichen und sozial-, umwelt- und klimagerechten sowie wirtschaftlichen Weise nachhaltig, konfliktarm und effizient organisiert werden.

Mit dem Ziel der Schaffung gesunder urbaner Lebensbedingungen werden Strategien zum Lärmschutz, zur Luftreinhaltung und zum Klimaschutz im Rahmen der integrierten Verkehrsplanung miteinander verbunden. Die Anforderungen an die soziale, städtebauliche und bauliche Qualität des öffentlichen Raums als multifunktionalem Verkehrsraum werden bei der Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur berücksichtigt.

Mit dem prognostizierten Bevölkerungswachstum verbindet sich die Herausforderung und Chance zugleich, bestehende nicht nachhaltige Mobilitätsgewohnheiten aufzubrechen und dem steigenden Mobilitätsdruck mit einer signifikanten Verbesserung vorhandener sowie neuer nachhaltiger Mobilitätsangebote zu begegnen. Durch das Bevölkerungswachstum ist mit einer deutlich wachsenden Verkehrsmenge in der Stadtregion, einer daraus resultierenden Überlastung der Verkehrsinfrastruktur und einer zunehmenden Umweltbelastung zu rechnen. Vor diesem Hintergrund setzt das Fachkonzept einen wesentlichen Schwerpunkt des kommunalen Handelns auf die Stärkung des Umweltverbundes, ein leistungsfähiges Verkehrsmanagement und eine deutliche Verbesserung der Angebotsqualität des Rad- und Fußverkehrs, des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), weil diese Verkehrsträger besonders flächeneffizient bzw. besonders ressourcenschonend im Vergleich zu den uns heute bekannten Verkehrsmitteln des motorisierten Individualverkehrs (MIV) sind.

Zur Sicherung eines leistungsfähigen Verkehrsnetzes und der Attraktivität Leipzigs als Wirtschaftsstandort sind auch Verlagerungen im Modal Split notwendig. Das steigende Interesse am Radverkehr, der E-Mobilität, an Sharing-Angeboten und der verknüpften Nutzung verschiedener Verkehrsmittel bietet sehr gute Voraussetzungen, nachhaltige – und intelligente – Mobilität weiter zu etablieren.

Das Fachkonzept vermittelt Ansätze zur Lösung der wachstumsbedingt verstärkten Konflikte zwischen Lärmschutz, Luftreinhaltung, Klimaschutz und Verkehrssicherheit einerseits, den Anforderungen des MIV und des Wirtschaftsverkehrs und den finanziellen Restriktionen für Netzausbau und -qualifizierung andererseits. Neben dem bereits beschlossenen Zielanteil des Umweltverbundes von 70 % am Modal Split durch den Stadtentwicklungsplan Verkehr und öffentlicher Raum (STEP VÖR) für 2025 ist auch die Zielsetzung des Energie- und Klimaschutzprogramms als Zielkorridor vorgegeben. Das strategisch auf die Mobilitätsbedürfnisse der Stadtgesellschaft abgestimmte kommunale Handeln erfordert eine transparente Information und Beteiligung der Bürger.

Verwendete Grundlagen	<ul style="list-style-type: none"> STEP Verkehr und öffentlicher Raum, 1. Fortschreibung (2015) Nahverkehrsplan (NVP) 2007-2015 (2006), Evaluation NVP (2016) Mobilitätsstrategie für Leipzig 2030 (Entwurf, 2017) Radverkehrsentwicklungsplan 2010–2020 (2012) Lärmaktionsplan 2013, 1. Fortschreibung (Entwurf, 2016) Luftreinhalteplan 2009, 1. Fortschreibung (Entwurf, 2016) Energie- und Klimaschutzprogramm der Stadt Leipzig 2014–2020 Maßnahmen- und Umsetzungskonzept „Leipzig-Stadt für intelligente Mobilität“ 2017
Arbeitsstruktur	Arbeitsgruppe aus Verkehrs- und Tiefbauamt, Amt für Umweltschutz, Amt für Wirtschaftsförderung, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, Stadtplanungsamt, Büro Kaufmann

2. AUSGANGSLAGE

2.1 Aktuelle Situation und Entwicklungen

2.1.1 Verkehrsarten

Fußverkehr

Leipzigs Innenstadt verfügt mit seiner kompakten, durchmischten Innenstadtstruktur und den autoarmen sowie -freien Straßen über gute Voraussetzungen für das Zufußgehen. So nimmt der Fußverkehr im Zentrum und in den angrenzenden Stadtteilen mit einem überdurchschnittlichen Anteil von über 40 % eine besonders hohe Bedeutung ein. Mit fast 40 % ist der Anteil der Fußwege in der gesamten Stadt bei den Personen zwischen 65 und 74 Jahren und bei über der Hälfte der über 75-Jährigen ebenfalls überdurchschnittlich.

Zur Stärkung des Fußverkehrs werden barrierearme Querungshilfen sowie Maßnahmen für fußgängerfreundliche Wege und zur Verkehrsberuhigung umgesetzt. Eine wichtige Maßnahme der letzten Jahre war die schrittweise Umsetzung der ebenerdigen Querungen des Promenadenrings. Zusätzlich wurden Gehwege entlang von Straßen ergänzt und selbständige Gehwege neu angelegt bzw. saniert. Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtverhältnisse, zur Optimierung von Lichtsignalschaltungen, zur Ergänzung von Fußgängerampeln, zur Verbesserung der Barrierefreiheit, zur Ausstattung mit Blindensignalen und zur Verkehrsberuhigung wurden durchgeführt. Es bleibt aber festzustellen, dass sich nur etwa die Hälfte aller Gehwege in einem befriedigenden Zustand befindet. Der Fußverkehrsanteil sank, gesamtstädtisch betrachtet, zuletzt um 2 Prozentpunkte auf rund 25 % der werktäglichen Wege (entspricht einer Reduktion von ca. 8 % der zu Fuß zurückgelegten Wege). Vor allem in den städtischen Randgebieten spielt der Fußverkehr bislang nur eine untergeordnete Rolle.

Radverkehr

Die Leipziger Stadtstruktur, die attraktiven Freiraumnetze und die topografischen Verhältnisse bieten für den Radverkehr hervorragende Bedingungen. Der Radverkehr erhält eine zunehmend wichtige Bedeutung und wird durch die „Arbeitsgemeinschaft Radverkehrsförderung“ (AG Rad), dem „Runden Tisch Radverkehr“ sowie dem Radverkehrsbeauftragten der Stadt aktiv unterstützt. So nahm der Anteil des Radverkehrs am Modal Split in allen Stadtgebieten seit 1994 von 5,6 % aller werktäglichen Wege auf jetzt über 17,3 % zu.

Insgesamt weist das Radverkehrsnetz der Stadt Leipzig eine Länge von 416 km auf. Darüber hinaus sind ca. 500 km Wege in Grünanlagen und Wäldern für den Radverkehr nutzbar. Etwa 100 km Radfahrstreifen und Radwege wurden in Leipzig seit 2003 saniert oder neu geschaffen. Zum Fahrradparken stehen in der Innenstadt ca. 3.000 Fahrradstellplätze zur Verfügung. Die Universität Leipzig verfügt darüber hinaus auch über zwei Fahrradtiefgaragen für ihre Studierenden und Beschäftigten mit einer Gesamtkapazität von ca. 2.000 Stellplätzen. Im gesamten öffentlichen Raum der Stadt Leipzig stehen ca. 5.000 Fahrradbügel für ca. 10.000 Fahrräder zur Verfügung.

Etwa bei der Hälfte der Hauptverkehrsstraßen fehlen jedoch bislang Radverkehrsanlagen. Ebenso weist das Verkehrsnetz Lücken im Radwegenetz abseits der Hauptstraßen, sanierungsbedürftige und nicht verkehrssichere Radwege sowie überlastete Fahrradabstellanlagen auf. Zudem wird das ganzjährige Radfahren durch einen unzureichenden Winterdienst erschwert.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Das ÖPNV-Netz in Leipzig besteht aus fünf S-Bahn-Linien mit regionaler Bedeutung, 13 Straßenbahnlinien und mehr als 20 Stadt- und Regionalbuslinien. Ergänzt wird es durch weitere Regionalbahnen. Das starke Bevölkerungswachstum bringt das ÖPNV-Netz zunehmend an seine Kapazitätsgrenzen, womit Unpünktlichkeit und Attraktivitätsverluste verbunden sind. Derzeit stagniert der ÖPNV-Anteil im Modal Split bei 17,6 %. In den Stadtrandgebieten spielt der ÖPNV mit einem 10-prozentigen Anteil eine nachrangige Bedeutung, was u. a. auch an der geringeren Siedlungsdichte liegt, bei der attraktive ÖPNV-Angebote nur schwer wirtschaftlich zu betreiben sind.

Die S-Bahn Mitteldeutschland verbindet die Städte im Ballungsraum Leipzig/Halle und das Umland, wobei Leipzig das Zentrum des S-Bahn-Netzes bildet. Mit der Fertigstellung des City-Tunnels 2013 und den neuen zentralen S-Bahn-Haltestellen in der Innenstadt wurden der bisher untergeordnete S-Bahn-

Verkehr und insbesondere die Beziehungen in die Region nachhaltig gestärkt. Wichtige Standorte wie die Innenstadt, das Messegelände und der Flughafen sind durch neue Direktverbindungen besser erreichbar. Die neue Stammstrecke wird zu Hauptzeiten im 5-Minuten-Takt befahren. Im Zuge der geplanten Qualifizierung des S-Bahn-Angebotes werden weitere Haltepunkte ergänzt sowie barrierefrei umgebaut und die Verknüpfungen zu den anderen Verkehrsträgern verbessert.

Das Leipziger Straßenbahnnetz ist radial auf die Innenstadt ausgerichtet und deckt einen großen Teil des Siedlungsgebietes ab. Die Linien werden im Tagesverkehr Montag bis Samstag im 10-min-Takt, sonst im 15-min-Takt bedient. Die LVB-Fahrzeugflotte wird schrittweise modernisiert und mit zusätzlichen barrierefreien Fahrzeugen ausgestattet. 2015 konnten 97 % der Fahrten werktags mit barrierefreien Niederflurfahrzeugen ausgeführt werden. Am Wochenende können bereits alle Fahrten mit Niederflurfahrzeugen bedient werden. Die Straßenbahnhaltestellen sind derzeit zu 63 % barrierefrei ausgebaut und decken damit rund 85 % aller Fahrbeziehungen ab. Sukzessive werden die Haltestellen mit dynamischen Fahrgastinformationen ausgestattet.

Das Stadtbusnetz wurde 2010 mit dem Projekt „Netz 2010“ neu konzeptioniert und insbesondere durch Taktverdichtungen und Linienoptimierungen gestärkt. Die Stadtbusse ergänzen das Straßenbahnnetz als Zubringer auf den tangentialen Verbindungen und übernehmen auch eine wichtige Versorgungsfunktion für Wohn- und Arbeitsorte ohne Anschluss an den Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Im Stadtbusverkehr werden alle Fahrten mit modernen Niederflurfahrzeugen ausgeführt. 31 % aller Bushaltestellen wurden bisher barrierefrei ausgebaut. Weitere bedarfsoorientierte Mobilitätsformen, wie z. B. das Anruf-Linientaxi und der Quartiersbus „Grünolino“, ergänzen den regulären Stadtbusverkehr.

Alternative Finanzierungsmodelle für den ÖPNV wurden grundsätzlich durch den MDV geprüft. Mit dem einheitlichen MDV-Tarif und der Einführung neuer ABO-Tickets wurde das Preissystem weiterentwickelt sowie Kommunikations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen umgesetzt. Ein wichtiger Meilenstein bestand weiterhin in der Eröffnung des Service-Centers in der Petersstraße 2011. Hier werden die unterschiedlichen Mobilitätsangebote der LVB sowie von Car-Sharing- und Fahrradverleih-Unternehmen an einem Ort gebündelt.

Motorisierter Individualverkehr

Im Zeitraum von 2011 bis 2015 wurde eine Zunahme der in Leipzig zugelassenen Kraftfahrzeuge von 8 % verzeichnet (siehe Tabelle). Diese Entwicklung liegt einerseits im starken Bevölkerungswachstum begründet. Andererseits ist seit 2008 auch der Motorisierungsgrad um 10 % gestiegen und lag am 01.01.2016 bei 381 Pkw pro 1.000 Einwohner, darunter 347 private Pkw. Der Motorisierungsgrad unterscheidet sich auch räumlich: In den Innenstadtgebieten liegt er bei unter 220 bis 400 Pkw pro 1.000 EW im Gegensatz zu über 600 Pkw in den Ortsteilen am Stadtrand.

Kfz-Entwicklung

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Kraftfahrzeuge insgesamt	226.527	230.691	235.170	240.178	245.315	250.184
davon Pkw	200.054	203.572	207.526	211.787	216.206	220.026

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

Die Zunahme des Kfz-Verkehrs gestaltet sich im Stadtgebiet unterschiedlich. In der City, in den Großwohnsiedlungen und in den Stadtrandgebieten hat der Anteil deutlich um ca. 7 % zugenommen. Im urbanen Kern hingegen ist der Anteil gesunken, was auf die gute ÖPNV-Anbindung und den Zuzug junger Menschen zurückzuführen ist.

Das öffentliche Straßennetz in Leipzig umfasst ohne Autobahnen 1.752 Kilometer wovon sich 1.677 Kilometer in der Straßenbaulast der Stadt Leipzig befinden. Ein Großteil des Kfz-Verkehrs wird auf den 400 km Hauptverkehrsstraßen abgewickelt. Dieses historisch entstandene Radialsystem der Hauptstraßen bestimmt bis heute die Routen des Kfz-Verkehrs und bildet das Grundgerüst für die leistungsfähige Straßenverkehrsinfrastruktur. Ergänzend konnte mit der Fertigstellung des Autobahnringes 2006 ein äußeres Ringsystem komplettiert werden, das den Durchgangsverkehr und auch Wege mit Start und Ziel im Stadtgebiet aufnimmt und somit die innerstädtische Verkehrsbelastung senkt. Deutliche Reduzierungen konnten insbesondere beim Lkw-Gesamtverkehr an den Haupt-Einfallsstraßen nachgewiesen werden. Zur weiteren tangentialen Verbindung der Radialen dient das Tangentenviereck, das insbesondere den innerstädtischen Promenadenring entlastet.

Der Ballungsraum Leipzig wird von den Bundesfernstraßen A 9 (Berlin–Nürnberg–München), A 14 (Dresden–Magdeburg) und A 38 (Leipzig–Göttingen) sowie A 72 (Leipzig–Chemnitz–Hof) erschlossen. Der Neubau der A 72 von Borna bis zur A 38 soll bis 2020 fertiggestellt werden.

Modal Split in Leipzig

Der Modal Split beschreibt das Mobilitätsverhalten der Leipzigerinnen und Leipziger für ihre privaten Wege (Arbeit, Ausbildung, Einkaufen, Freizeit und Erholung). Er beinhaltet nicht die Verkehrsmittelwahl der nach Leipzig einpendelnden Personen und auch nicht den Anteil des Wirtschaftsverkehrs am Gesamtverkehr. Er verteilt sich auf den nicht-motorisierten Individualverkehr (Fuß- und Fahrradverkehr), den ÖPNV und den motorisierten Individualverkehr (Auto- und Motorradverkehr).

Der Anteil der zum Umweltverbund gehörenden Verkehrsmittel Fuß, Fahrrad und ÖPNV blieb von 2008 bis 2015 nahezu unverändert und lag 2015 bei ca. 60 %. Den größten Anteil nimmt hierbei trotz leichter Verringerung der Fußverkehr ein (2015: 25,4 %). Der Anteil des Radverkehrs hat am stärksten zugenommen und lag 2015 bei über 17 %. Der ÖPNV hat in der gleichen Zeit von fast 19 % auf 17,6 % abgenommen, obwohl mit Inbetriebnahme des City-Tunnels eine neue Qualität im S-Bahn-Verkehr geschaffen werden konnte. Der Anteil des MIV liegt weiterhin unverändert bei ca. 40 %, wobei ein Viertel hiervon MIV-Mitfahrer sind.

Die Wahl des Verkehrsmittels hängt entscheidend von der Lage im Stadtraum ab. Die Nutzung des privaten Pkw spielt vor allem in den Stadtrandgebieten eine dominante Rolle. Hier liegt der Anteil des Umweltverbundes nur bei ca. 35 %. Im urbanen Kern sowie dem citynahen Geschäftsbereich liegt der Anteil des Umweltverbundes hingegen bei rund 70 %. Bei den Wegen der Leipziger Bürger in die City (Gebiet innerhalb des Promenadenrings) liegt der Anteil des Umweltverbundes über 80% (SrV 2015¹).

Neue Mobilitätsangebote

Seit 2015 wurden 26 Mobilitätsstationen zur Verknüpfung der unterschiedlichen Mobilitätsarten (Car-Sharing, Leihfahrräder, Ladepunkte für Elektroautos mit dem ÖPNV) durch die LVB eingerichtet. Zusätzlich zu den weiterzuentwickelnden Möglichkeiten der Digitalisierung sind damit hervorragende Ansatzzpunkte gegeben, die Attraktivität des Umweltverbundes zu stärken sowie das multimodale Verkehrsverhalten zu unterstützen. Zur vereinfachten Nutzung der Mobilitätsstationen steht die App „Leipzig mobil“ zur Verfügung. 500 Mieträder stehen an über 60 Verleihstationen bereit, 290 Autos können an 150 Car-Sharing-Standorten im Stadtgebiet gebucht werden. Zudem stehen Nutzern von E-Fahrzeugen über 160 Ladepunkte im halb- und öffentlichen Raum zur Verfügung.

Mit dem Vorhaben „Leipzig-Hauptbahnhof Ostseite“ werden Nah- und Fernverkehr auf Schiene und Straße besser miteinander verknüpft. Hier soll bis 2018 ein Fernbusterminal mit 12 Halteplätzen neu errichtet werden, das für den wachsenden Fernbusverkehr sowie Reisebusse zur Verfügung steht.

2.1.2 Öffentlicher Raum

Als Lebens-, Erlebnis- und Begegnungsräume übernehmen öffentliche Straßen und Plätze zusätzlich eine wichtige soziale Funktion. Sie sind Treffpunkte, Orte für Feste und kulturelle Aktivitäten sowie Identifikationsorte. Das Netz des öffentlichen Raums weist unterschiedliche Merkmale und Funktionen auf, dessen spezifische Identitäten und Funktionen bei Neugestaltungen gewahrt bleiben müssen. Hieraus ergeben sich Anforderungen an die Gestaltqualität im öffentlichen Raum. 2003 wurden von der Stadt Leipzig Leitlinien zu Gestaltung des öffentlichen Raums definiert, auf dessen Grundlage bislang ein Großteil der erneuerungsbedürftigen Straßenräume saniert und gestalterisch aufgewertet wurde.

Die Stadt Leipzig hat sich dazu verpflichtet, weitgehende Barrierefreiheit für alle Menschen im öffentlichen Raum zu ermöglichen. Ca. ein Viertel der Bevölkerung Leipzigs hat besondere Anforderungen an die Ausstattungsqualität (z. B. Barrierefreiheit).

2.1.3 Luftqualität und Lärmbelastung

Der motorisierte Individualverkehr ist einer der Hauptverursacher der Luftschaadstoffimmissionen und damit vieler Gesundheitsbelastungen in der Stadt. Die Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen im Verkehrssektor tragen zudem mit 1,48 Tonnen pro Einwohner und Jahr (2013) erheblich zum Klimawandel bei.

¹ SrV 2015: „Mobilität in Städten – System repräsentativer Verkehrsbefragungen (SrV) 2015“

Anhand der Jahresmittelwerte für den Stickstoffdioxid (NO_2)- und Feinstaubgehalt (PM_{10})² der Außenluft in Leipzig ist von 2010 bis 2016 an den Messstationen ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Die Stickstoffdioxidbelastung an der verkehrsnahen Messstation in der Lützner Straße hat sich in den Jahren 2011 bis 2014 baustellenbedingt reduziert. Nach Beendigung der Baumaßnahmen und damit einhergehender Zunahme des Verkehrsaufkommens ist ein Anstieg der NO_2 -Werte zu erkennen, wobei der Jahresmittelwert für 2015 und 2016 unter dem Niveau von 2010 blieb. Während die NO_2 -Werte an den verkehrsnahen Messstationen zuletzt im Jahr 2016 über dem Grenzwert für das Jahresmittel der Konzentration lagen, blieben die Werte für Feinstaub (PM_{10}) stets darunter. Als problematischer erweist sich bei Feinstaub (PM_{10}) die Einhaltung der maximal zulässigen Zahl von 35 Tagen mit Konzentrationen von mehr als $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Dieser Grenzwert wurde erstmals, seit Anbeginn der Messungen überhaupt, ab 2015 eingehalten. Als ebenfalls problematisch gestaltet sich die Erreichung der von der Stadt Leipzig beschlossenen Umweltqualitätsziele im Hinblick auf die ab 2015 für PM_{10} und NO_2 geltenden Zielwerte. Die städtische Luftschaadstoffbelastung übersteigt die für PM_{10} und NO_2 gesetzten Zielwerte erheblich.

An einer größeren Zahl von Abschnitten des Hauptstraßennetzes sind bereits jetzt mit dem bestehenden Verkehrsaufkommen die Grenzwerte für PM_{10} und/oder NO_2 und/oder die Lärmpegel, bei deren Überschreitung Schäden für die Gesundheit zu erwarten sind, überschritten. Somit bestehen keine Spielräume für eine weitere Zunahme des Verkehrsaufkommens.

Zur Verringerung der Luft- und Lärmbelastung wurden 2009 der Luftreinhalteplan und 2013 der Lärmaktionsplan beschlossen. Das Energie- und Klimaschutzprogramm von 2014 dient vor allem der Reduzierung des CO_2 -Ausstoßes. Zu den Maßnahmen der beiden Pläne und des Programmes zählen u. a. die Einführung der Umweltzone, die Anschaffung schadstoffarmer Busse, der Ausbau und die Modernisierung des ÖPNV-Netzes, der Einsatz lärmreduzierter Fahrbahnbeläge und Gleiskörper und die Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs sowie des Umweltverbundes insgesamt. Bis 2015 wurden etwa 20 % der im Lärmaktionsplan benannten Sofortmaßnahmen und über 70 % der kurzfristigen und kontinuierlichen Maßnahmen umgesetzt. Für die 48 Maßnahmen des Luftreinhalteplans kann bis 2015 eine mehrheitliche Umsetzung attestiert werden.

2.1.4 Wirtschafts- und Pendlerverkehr

Mit der positiven Wirtschafts- und Beschäftigtenentwicklung in Leipzig ist auch der Anteil des Wirtschafts- und Pendlerverkehrs am MIV gewachsen. Veränderte Rahmenbedingungen, wie größere regionale Wirtschaftsverflechtungen, erhöhte Lieferfrequenzen und verändertes Einkaufsverhalten (Onlinehandel), beeinflussen den Güterverkehr auf der Straße und Schiene. Das steigende Verkehrsaufkommen kann bislang gut innerhalb der Stadt bewältigt werden und führt aktuell nicht zu spürbaren Beeinträchtigungen im Ablauf des Wirtschaftsverkehrs.

Der Schienengüterverkehr wurde mit dem sehr gut erschlossenen Güterverkehrszentrum (GVZ) als zentralem Logistikknotenpunkt im Nordwesten und in räumlicher Nähe zum Flughafen nachhaltig gestärkt.

Die überregionale Anbindung und Erreichbarkeit der Stadt Leipzig ist für die wirtschaftliche Entwicklung von sehr großer Bedeutung. Mit dem Flughafen Leipzig/Halle als zweitgrößtem Frachtfughafen Deutschlands verfügt Leipzig über einen leistungsfähigen Logistikknotenpunkt. Der Flughafen ist sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene sehr gut erreichbar.

Der Leipziger Hauptbahnhof stellt mit zahlreichen stündlichen bis zweistündlichen ICE/IC-Direktverbindungen zu anderen Großstädten und Metropolräumen in Deutschland einen leistungsstarken Eisenbahnknoten dar und ist mit seiner innerstädtischen Lage direkt mit anderen Verkehrsarten verknüpft. Alle S-Bahn-, diverse Straßenbahn- und (Regional- und Fern-)Buslinien befahren die Haltepunkte am Hauptbahnhof. Bike&Ride- sowie Park&Ride-Stationen ermöglichen einen nahen Umstieg zum Individualverkehr.

2.1.5 Beteiligung

Die aktive Partizipation ist bei der Erstellung von Verkehrskonzepten und -planungen ein wesentliches

² PM_{10} : Particulate Matter = Feinstaub bis $10 \mu\text{m}$ Durchmesser

Instrument zur Lösungsfindung und Entwicklung tragfähiger Lösungen. So wurde die Aufstellung des Stadtentwicklungsplans Verkehr und Öffentlicher Raum durch ein umfassendes Beteiligungsverfahren begleitet. Unter anderem wurden im Rahmen eines Bürgerwettbewerbs fast 620 „Ideen für den Stadtverkehr“ eingereicht.

2.2 Entwicklungserwartungen

Im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplans und im Rahmen der Erarbeitung der Mobilitätsstrategie³ 2030 für Leipzig wurden die bis 2030 zu erwartenden Veränderungen in den Rahmenbedingungen umfassend diskutiert. Insbesondere durch das prognostizierte Wachstum der Leipziger Bevölkerung sowie aufgrund der Veränderungen bei den Rahmenbedingungen sind umfangreiche Entwicklungen bis 2030 zu erwarten, die sich auf alle Verkehrsträger auswirken werden.

An einem durchschnittlichen mittleren Werktag legen die Leipziger 3,6 Wege zurück. Bei prognostizierten ca. 150.000 zusätzlichen Einwohnern entspricht dies rund 540.000 (plus ca. 25 %) zusätzlichen Wegen pro Werktag. Aus heutiger Sicht ist eine Änderung der durchschnittlichen Verkehrsmittelwahl der Leipziger geboten. Andernfalls wäre durch eine Zunahme des Pkw-Bestandes von 30 bis 40 % bis 2030 nicht nur mit einer Verschärfung des Parksuchverkehrs zu rechnen, sondern auch mit erheblichen Stauerscheinungen und der Reduzierung der Durchschnittsgeschwindigkeit für alle Verkehrsmittel.

Das bedeutet, dass auch der Berufs- und Ausbildungsverkehr zunehmen und die Pendlerverflechtungen mit dem Umland wachsen werden. Insbesondere im Schülerverkehr ist mit einem deutlich stärkeren Aufkommen in der Frühspitze zu rechnen, wohingegen sich die Lastspitzen im Pendlerverkehr aufgrund flexibler Arbeitszeiten und dem wachsenden Bedürfnis, Mobilitätszeiten aktiv und flexibel nutzen zu wollen, eher abflachen werden.

Zwar wird davon ausgegangen, dass die Bereitschaft zu einer flexiblen, umweltfreundlichen und multimodalen Mobilität generell wächst, eine zunehmende Rationalität den Umgang mit dem Auto prägt und damit gemeinschaftliche Nutzungskonzepte deutlich an Bedeutung gewinnen und sich zunehmend etablieren. Dennoch muss, u. a. allein aufgrund des Bevölkerungswachstums, von einer leicht steigenden Anzahl an Pkw ausgegangen werden. Mit Hilfe von neuen Technologien, der Vielfalt und Ausweitung alternativer und individueller Fahrzeugkonzepte kann es gelingen, das Bedürfnis nach individueller und motorisierter bzw. elektrifizierter Mobilität einerseits zu befriedigen und andererseits das Ziel, den privaten Pkw-Besitz und damit auch den Motorisierungsgrad langfristig zu senken. Die Entwicklung des Motorisierungsgrades ist jedoch darüber hinaus noch von weiteren Faktoren, wie der Preisentwicklung (Fahrpreise im ÖPNV, Preise für Benzin und Diesel) und dem Infrastrukturausbau und der Förderung der einzelnen Verkehrsarten abhängig. Auch die künftige Verteilung der Bevölkerung (Zentrum/ Stadtrand) beeinflusst die Wahl des Verkehrsmittels und damit auch den künftigen Motorisierungsgrad.

Durch die steigende Nachfrage multimodaler und gemeinschaftlicher Mobilitätsangebote ist zu erwarten, dass auch die Nachfrage am Carsharing insgesamt (stationsunabhängig und stationsgebunden) weiter wachsen wird.

Da die zunehmende Bedeutung umweltfreundlicher Mobilität und alternativer Antriebstechnologien eine Erhöhung des Anteils der Elektromobilität mit sich bringt, müssen in den zentralen Bereichen entsprechend der erhöhten Nachfrage die öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur sowie multimodale Verknüpfungspunkte ausgebaut werden. Zu beachten ist, dass Elektromobilität nur so umweltfreundlich ist, wie die Stromerzeugung auf Grundlage erneuerbarer Energien erfolgt. Dies gilt sowohl für die Schiene als auch für die Straße.

Hinsichtlich des Wirtschaftsverkehrs ist es u.a. ein Ziel, die Ergebnisse der IHK-Studie⁴ in das für Leipzig passende Szenario und damit letztlich in die „Mobilitätsstrategie 2030“ einfließen zu lassen. Aufgrund der großen Nachfrage und prognostizierter Mengenzuwächse sind entsprechende Erweiterungsmaßnahmen am GVZ sowie am angrenzenden Containerterminal in Wahren geplant. Der Schienengüterverkehr spielt zukünftig und insbesondere vor dem Hintergrund einer umweltverträglichen Verkehrsentwicklung eine zunehmend wichtige Rolle.

Es wird deutlich, dass bis 2030 bei allen Verkehrsarten ein deutlicher Anstieg des Verkehrsaufkom-

³ Stadt Leipzig (2017): Mobilitätsstrategie für Leipzig 2030

⁴ „Studie zur Organisation des Stadtverkehrs in Leipzig unter Besonderer Beachtung des Wirtschaftsverkehrs“ (2017), Ingenieurbüro für Verkehrsanlagen und -systeme (IVAS) Dresden und SSP Consult im Auftrag der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Leipzig.

mens zu erwarten ist. Ohne steuernde Maßnahmen werden zunehmend die Grenzen der Kapazitäten, insbesondere im ÖPNV und im MIV, erreicht. Mit Hilfe der Mobilitätsstrategie 2030 sowie den darin enthaltenen Maßnahmen wird sich Leipzig diesen Herausforderungen stellen.

2.3 Stärken, Schwächen und Herausforderungen

Die wachsenden Anforderungen durch den Bevölkerungszuwachs in Leipzig treffen auf ein Verkehrssystem, das zwar bereits erheblich verbessert und angepasst wurde, sich letztlich aber auch nach 25 Jahren umfangreicher Investitionen noch in einem nachholenden Anpassungs- und Erneuerungsprozess befindet und auch künftig einer bedarfsgerechten Erweiterung bedarf. Aufgrund der Langfristigkeit der Investitionszyklen und geringer Wirkung kurzfristiger Eingriffe sind strategische Neuorientierungen z. B. für deutliches Wachstum aber auch für die Einhaltung aktueller Klimaziele und schnelle Veränderungen der Verkehrsmittelwahl nur langsam umsetzbar.

Leipzig verfügt über ein überwiegend gut durch den ÖPNV erschlossenes Stadtgebiet, das sich durch verschiedene Verkehrsträger mit relativ dichten Taktfrequenzen und entsprechender Leistungsfähigkeit vom Bus über die Straßenbahn bis zu- S-Bahn- und Eisenbahnverkehr für eine weitreichende Multimodalität auszeichnet. Mit dem City-Tunnel wurde zudem ein S- und Regionalbahnsystem geschaffen, das in kürzester Zeit seine Leistungsfähigkeit bewiesen hat. Das engmaschige Strecken- und Haltestellen- netz der Straßenbahn bietet gute Voraussetzungen für integrierte Entwicklungsansätze in Stadtteilzentren und entlang der Magistralen.

Die Attraktivität des ÖPNV konnte allerdings in den vergangenen Jahrzehnten nicht im gesamten Netz stetig verbessert bzw. aufrechterhalten werden. So nahmen Unpünktlichkeit und die Anzahl von Langsamfahrstrecken zu. Zwar wurde im Einzelfall der Straßenbahnbetrieb aufgrund sinkender Nachfrage und Auslastung auf Busbetrieb umgestellt, im Gegenzug dazu hat es jedoch aufgrund veränderter Streckenführungen auch eine entsprechende Angebotserweiterung gegeben. Langjährig geplante Erweiterungen finden z. T. nur geringe Akzeptanz bei betroffenen Anliegern und müssen in breit angelegten Beteiligungsverfahren abgestimmt werden. Insbesondere für die Gewerbestandorte im Nordraum gilt es, die ÖPNV-Anbindung bedarfsgerecht zu entwickeln.

Der absolute Anstieg von MIV, ÖPNV, der Anzahl von Berufspendlern und des Wirtschaftsverkehrs führt zudem – insbesondere in den Spitzen und an bestimmten Stellen im Verkehrsnetz – zum Anstieg des Verkehrsaufkommens sowie der Nutzungsdichten und -konkurrenzen. Die steigende Anzahl von Pkw führt punktuell und insbesondere in innenstadtnahen Gebieten mit gründerzeitlicher Bebauung und ohne Quartiersparken zu hohem Parkdruck, zu Nutzungskonflikten und verringriger Aufenthaltsqualität sowohl im öffentlichen Raum als auch auf privaten Flächen. Verbunden mit der Bevölkerungszunahme generiert die grundsätzlich sinnvolle Nachverdichtung zusätzlichen Wegebedarf, verringert Flächenverfügbarkeiten und erhöht zumindest teilweise die Zahl der verkehrsbedingt von hoher Luftschadstoff- und Lärmbelastung betroffenen Bewohner. Bei wachsender Bevölkerungszahl besteht im ÖPNV auch weiterhin Bedarf nach Anpassungen im Angebot und Netz sowie zur Erreichung der vollständigen Barrierefreiheit. Gleichzeitig existiert Handlungsbedarf bei der Ertüchtigung der bereits bestehenden Infrastruktur. Diese Aspekte stellen vor dem Hintergrund der künftigen Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur (insbesondere hinsichtlich der Finanzierungssicherheit im ÖPNV), das Verkehrsmanagement und den öffentlichen Raum eine Herausforderung dar.

Durch einen vielfach attraktiven öffentlichen Raum mit hoher funktionaler und städtebaulicher Qualität sowie ein engmaschiges Wegenetz mit hohen Freiraumanteilen in Parks und Grünflächen bestehen sehr gute Voraussetzungen für eine weitere Stärkung des Umweltverbundes und dessen Anteil im Modal Split. (E-)Carsharing-Angebote gewinnen gerade in den innerstädtischen, gründerzeitlich geprägten Gebieten kontinuierlich an Akzeptanz und verändern nachhaltig Gewohnheiten bei der Verkehrsmittelwahl. Die Bedeutung des Radverkehrs wird weiterhin wachsen. Der Bau von Radverkehrsanlagen und sicheren Abstellmöglichkeiten stärkt die Nutzungsqualität multimodaler Verknüpfungspunkte. Auch die durch den Freistaat geförderten Radschnellwege können zur kleinräumigen Entlastung und zur Steigerung der Attraktivität der (Lasten-)Radnutzung beitragen. Daraus erwächst als wichtige Herausforderung, Netzlücken im Radverkehr zu schließen.

Zukünftig gilt es, die Potenziale eines höheren Anteils des *Umweltverbundes* sowohl für die Effizienzsteigerung als auch für die Senkung von schädlichen Wirkungen auf Mensch und Umwelt auch weiterhin verstärkt zu nutzen und in diesem Zusammenhang auch die Kommunikations- und Marketingstrate-

gien zur Förderung des Umweltverbundes weiterzuentwickeln. Um die Nutzung des ÖPNV zu erhöhen, muss sich auch künftig der Herausforderung der langfristigen Finanzierbarkeit des ÖPNV gestellt werden und eine weitere Verbesserung der Angebotsqualität (Weiterentwicklung des Tarifangebotes, hohe Pünktlichkeit, kurze Taktung) erzielt werden.

Es ist zudem mit dem Wachstum der verkehrsbedingten *Emissionen* (Lärm, NO_x/PM₁₀/PM_{2,5}, CO₂) und damit der Belastungen für Gesundheit und Umwelt besonders in den innerstädtischen Gebieten zu rechnen, wenn keine weiteren Anreize zur Nutzung von alternativen Antriebsformen realisiert werden. An bestimmten Straßenabschnitten können bereits heute die Auslösewerte der Lärmaktionsplanung nicht eingehalten und „Ruhige Gebiete“ (nach LAP) nicht adäquat geschützt werden. Luftschadstoff- und Lärmbelastungen können durch Maßnahmen der innerstädtischen KFZ-Verkehrsführung und -leitung nur bedingt und häufig nicht nachhaltig reduziert werden. Die Klimaziele (Ressourcenverbrauch, CO₂-Reduktionsziele) werden dann schwerer zu erreichen sein.

Mobilität für alle: Der Anteil barrierefreier Straßenbahn- und Bushaltestellen mit dynamischer Fahrgastinformation wächst, so dass der ÖPNV für viele Zielgruppen attraktiver wird. Neue Tarifmodelle unterstützen die Gewinnung neuer Kunden (z. B. MDV-Semesterticket, Sozialticket, Schülerticket, Jobticket). Umfangreiche Beteiligungsprozesse erhöhen die Qualität der Planungen und stärken die Akzeptanz umgesetzter Maßnahmen. Das ÖPNV-Angebot birgt jedoch für einige Nutzer noch Hemmnisse, wie z. B. veraltete, nicht barrierefreie Fahrzeuge oder die vielfach als zu hoch empfundenen Fahrpreise. Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum erschweren benachteiligten Verkehrsteilnehmenden zum Teil die Realisierung ihrer Mobilitätsbedürfnisse.

Stadt-Umland-Verkehr: Die Erreichbarkeit wichtiger Ziele wurde durch das neue S-Bahn-Netz deutlich verbessert, so dass eine stärkere und weiter ausbaufähige Vernetzung zwischen Stadt und Umland sich entwickeln konnte. Ein entsprechendes P+R-Angebot unterstützt den Umstieg auf den Umweltverbund auf dem Weg zu den innerstädtischen Zielen. In den vergangenen Jahren konnten bereits gemeinsame Planungen durch den Auf- und Ausbau sowie die Pflege von Organisationsstrukturen, wie bspw. der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland oder dem Grünen Ring Leipzig, umgesetzt werden. Diesbezüglich besteht die Herausforderung, die Zusammenarbeit in entsprechenden Organisationsstrukturen künftig beizubehalten und auszubauen, bspw. hinsichtlich der Anbindung touristischer Destinationen im Leipziger Neuseenland.

Wirtschaftsverkehr: Leipzig ist als Wirtschaftsstandort aufgrund einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur und -anbindung äußerst attraktiv für weitere Ansiedlungen. Allerdings können Wirtschaftsverkehr und schnelle Logistik durch das erhöhte Verkehrsaufkommen temporär und lokal beeinträchtigt werden, was sich künftig auf die Attraktivität des Wirtschafts-, Logistik- und Dienstleistungsstandortes negativ auswirken kann. Alternative Konzepte für die „last mile“ in der City-Logistik fanden bisher nur wenig Akzeptanz. Es bestehen Potenziale in Form von noch verfügbaren Flächenangeboten für neu einzurichtende innerstädtische Logistikknoten, die eine umwelt- und stadtverträgliche Abwicklung des Lieferverkehrs ermöglichen können.

Angebotsmängel für den Geschäftsverkehr bestehen bei der Anbindung und den Direktverbindungen im internationalen Flugverkehr. Durch räumliche Umorientierung der Arbeitsplatzschwerpunkte wächst der Verkehrsbedarf an nicht ausreichend durch den ÖPNV erschlossenen Standorten (vgl. Nordraum).

Derzeit befindet sich ein Teil der relevanten *Fachplanungen* im Bereich des Fachkonzeptes Nachhaltige Mobilität in der Fortschreibung (z. B. Nahverkehrsplan), so dass in den nächsten Jahren aktuelle Planungsgrundlagen verfügbar sein werden. Mit dem Maßnahmen- und Umsetzungskonzept „Leipzig-Stadt für intelligente Mobilität“ werden über 40 Maßnahmen und Projekte zur weiteren Etablierung der Elektromobilität in der Stadt vorangebracht. Die bislang erzielten positiven Wirkungen der Umweltzone auf die innerstädtische Luftqualität können durch die weitere Umsetzung der Fachplanungen (Luftreinhalteplan, Lärmaktionsplan, Energie- und Klimaschutzprogramm) verstärkt werden.

3. HANDLUNGSSTRATEGIE

3.1. Ziele und Maßnahmenbündel

Ausgehend von der strategischen Zielsetzung zur Gestaltung des Wachstums (vgl. Zielbild) ist es insbesondere im Bereich der nachhaltigen Mobilität erforderlich, auf der Basis einer belastbaren Verkehrsprognose Handlungsbedarfe im gesamten Verkehrsnetz zu ermitteln und in einer integrierten Betrachtungsweise abzuwegen und dabei Entwicklungsansätze zu berücksichtigen. Derzeit sind eine Vielzahl von Entwicklungen insbesondere im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verkehrsnetze, der Verkehrsträger sowie der tiefgreifenden Änderung von Nutzungsgewohnheiten nicht langfristig abschätzbar und bedürfen einer kontinuierlichen Überprüfung und stadtentwicklungs politischen Bewertung.

Bei der Neuentwicklung und Fortschreibung der anstehenden Verkehrskonzepte sollen auch künftig die Anforderungen der wachsenden Stadt sowie weitere sich ändernde Rahmenbedingungen adäquat berücksichtigt werden. Dabei ist es zu bedenken, dass an einer größeren Zahl von Abschnitten des Hauptstraßennetzes bereits jetzt mit dem bestehenden Verkehrsaufkommen die Grenzwerte für PM₁₀, NO₂ und/oder die Lärmpegel überschritten werden und dort eine weitere Leistungssteigerung im Kfz-Verkehr nicht mehr möglich ist. Nur mit einer spürbaren und nachhaltigen Verlagerung von Anteilen des MIV auf den Umweltverbund kann das Wachstum stadt-, umwelt- und sozialverträglich gestaltet und die festgelegten Klima- und Umweltziele erreicht werden. Die Stadt Leipzig hält an den Zielen für die Entwicklung der stadtverträglichen und umweltfreundlichen Verkehrsarten fest, ebenso kommt dem Wirtschaftsverkehr besondere Priorität zu. Vor dem Hintergrund des Anstiegs des Verkehrsaufkommens soll der Anteil des Umweltverbundes von heute 60 % an den Wegen der Leipziger in der Stadt (Modal Split) bis 2025 möglichst auf 70 % steigen (davon 27 % Fußverkehr, 20 % Radverkehr, 23 % ÖPNV). Langfristig wird eine weitere Steigerung angestrebt.

Einzelne Anforderungen der E-Mobilität, der Digitalisierung im Verkehrsbereich und ihre jeweiligen Flächenansprüche sowie des autonomen Fahrens sind strategisch zu gestalten. Zudem sind zu bestimmten Räumen, wie der Innenstadt, dem Nordraum und den Magistralen mit ihren aktuellen und zukünftigen Problemlagen gesonderte Aussagen zu treffen.

Untersuchungsbedarf

Folgende Grundlagen sind aktuell in Bearbeitung und stellen Grundlagen für die weitere Integrierte Verkehrsplanung dar: Verkehrsprognose 2030, Mobilitätsstrategie 2030 für Leipzig, Nahverkehrsplan, mittelfristiges Investitionsprogramm im Straßen- und Brückenbau 2013 – 2020, Fußverkehrsentwicklungsplan, Luftreinhalteplan und Lärmaktionsplan.

Um die anstehenden Handlungsbedarfe realistisch einschätzen und bearbeiten zu können, sollen zunächst Schwellenwerte ermittelt werden. Deren Erreichen zieht eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit bestimmten Handlungsszenarien und den Folgen für das Verkehrsnetz nach sich. Parallel dazu werden gesetzlichen Grenzwerte sowie die Ziel- und Auslösewerte für den Bereich Luftreinhaltung und Lärmminderung berücksichtigt.

Im Einzelnen sind Anforderungen zu prüfen und entsprechende Konzepte zu erarbeiten, z.B. hinsichtlich folgender Themen:

- Netzentwicklung der einzelnen Verkehrsträger (u. a. Netzerweiterung Straßen-/S-Bahn, Prüfung Ost-West-Tunnel, Überprüfung Tangenten- und Ringsystem, infrastrukturelle Entflechtung von ÖPNV und MIV)
- Verkehrskonzept erweiterte Innenstadt (u. a. Lösung städtebauliche Gestaltung Umfeld Hauptbahnhof)
- Quartiersparken
- Stärkung Multimodalität
- Förderung E-Mobilität und Sharingmodelle, insbesondere Carsharing
- Testfeld autonomes Fahren

Grundsätzlich sind dabei die positiven Voraussetzungen Leipzigs für eine nachhaltige Mobilität - kompakte, gemischtgenutzte und angemessen dichte Stadtstrukturen - zu sichern und zu entwickeln. Eine verkehrssparsame Siedlungsentwicklung ist auch bei Erweiterungs- und Umnutzungsvorhaben sicherzustellen und vorrangig an den Achsen des SPNV auszurichten bzw. einzuordnen.

Ziel 1: Gestaltung des Wachstums durch integrierte Verkehrsplanung und intelligente Mobilität (smart mobility), Beteiligung und Kommunikation in hoher Qualität fortsetzen

Integrierte Verkehrsplanung betrachtet verkehrsträgerübergreifend die Anforderungen der verschiedenen Mobilitätsbedürfnisse und die Wechselwirkungen mit anderen Handlungsbereichen wie Wohnen, Wirtschaft, Umwelt, Klima und soziale Gerechtigkeit. So sollen z. B. die Umweltqualitätsziele bei allen verkehrsplanerischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Eine intelligente Mobilität nutzt die Informations- und Kommunikationstechnologien zur effizienten Vernetzung und optimierten Nutzung der Verkehrsträger, zum ressourcenschonenden Transport von Menschen und Gütern sowie zu einer hohen Nutzungsqualität von Mobilitätsdienstleistungen mit gleichberechtigtem Zugang. Das Wachstum der Verkehrsleistungen soll stadt- und umweltverträglich organisiert werden.

Integrierte Verkehrsplanung ist darauf ausgerichtet, mit dem Leitbild der Stadt der kurzen Wege in verkehrssparsamen Stadtstrukturen Verkehr zu vermeiden, oder ihn stadtverträglich und umweltschonend zu organisieren. Dazu sind kompakte, dichte und nutzungsgemischte Siedlungsstrukturen mit wohnungsnahem Einzelhandel und öffentlichen Einrichtungen sowie wohnortnahem Arbeiten zu befördern. Sie erfordert übergreifende Konzepte, die z. B. in Nahmobilitäts- oder Stadtteilkonzepten auf der Quartiersebene spezifische Lösungen für die lokale Problemsituation bereitstellen. Bei der Entwicklung neuer Stadtteile oder bei der Revitalisierung von Brachen sind frühzeitig Belange der Verkehrsplanung und -organisation einzubinden und bei Bedarf Beratungsstrukturen aufzubauen.

In den letzten Jahren ist es gelungen, im Bereich Mobilität und öffentlicher Raum eine besondere Beteiligungsqualität zu etablieren. Die konsensorientierte Entscheidungsfindung verbessert die Akzeptanz von Maßnahmen. Es ist das Ziel, insbesondere bei den anstehenden grundsätzlichen Entwicklungentscheidungen sowohl mit hohem Mittelbedarf als auch tiefgreifenden städtebaulichen Auswirkungen ein Höchstmaß an öffentlicher Diskussion, Transparenz und Mitwirkung zu gewährleisten. Dazu ist es auch notwendig, Zusammenhänge sowie fachliche und gesetzliche Anforderungen zu vermitteln. Hier sind Kommunikationskonzepte unter der Einbindung wichtiger Akteure zu entwickeln, um frühzeitig für ein nachhaltiges Mobilitätsverhalten zu werben (Schulen, Verbände, Interessengruppen).

Nr.	Maßnahmenbündel
M 1.1	Konzeptentwicklung Smart Mobility: <ul style="list-style-type: none"> • Digitalisierung des Verkehrsmanagements • Aktive Steuerung von Innovationsprojekten • Förderung von Forschung und Innovation, z. B. Konzept E-Mobilitätsprogramm L-Gruppe
M 1.2	Erarbeitung von Entwicklungskonzepten für städtische Gebiete, die fachübergreifende Aspekte der Mobilität, Wirtschaft, Soziokultur und des Freiraums bündeln: <ul style="list-style-type: none"> • Stadtteil- bzw. quartiersbezogene Mobilitätskonzepte, • Regionale Mobilitätsstrategie: Rad-, Fußverkehr, ÖV, MIV, Wirtschaftsverkehr
M 1.3	Flächensparende Siedlungsentwicklung: <ul style="list-style-type: none"> • flächensparende Siedlungsentwicklung: Prüfung neuer Straßenbahnhaltestellen sowie S-Bahn-Haltepunkte • Verkehrssparsame Gewerbeentwicklung, u.a. vorrangige Entwicklung von Gewerbeblächen mit Gleisanschluss für bahnaffine Branchen • Orientierung auf die ÖPNV-Erreichbarkeit insbes. bei Neuausweisung von Flächennutzungen
M 1.4	Beteiligung <ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzung Beteiligungsverfahren und Kommunikation auf hohem Niveau sichern
M 1.5	Wertsichernder Erhalt und Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur

Ziel 2: Stadt- und umweltverträgliche Organisation des Verkehrs fördern: Erhöhung der Attraktivität und Stärkung des Umweltverbundes

Die Mobilitätsbedürfnisse in der Stadt sind so zu bedienen, dass die Beeinträchtigung anderer städtischer Funktionen, die Gefährdung der Verkehrsteilnehmer und die Belastung der Umwelt minimiert werden („hohe Mobilität mit möglichst geringem Verkehr“). Dabei sind die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse der Bewohner der innerstädtischen Wohngebiete und der Stadtrandgebiete zu berücksichtigen.

Durch attraktive Rahmenbedingungen für Fußgänger und Radfahrer sowie eine kundenorientierte Organisation und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sind die Verkehrsarten des Umweltverbundes besonders zu fördern. Informations- und Kommunikationsstrategien sowie nutzerfreundliche Tarife und eine hohe Attraktivität sollen die Fähigkeit und Bereitschaft zu ihrer Nutzung erhöhen.

Um die Lebensqualität in den Quartieren zu steigern, die Umweltbedingungen zu verbessern und die Verkehrssicherheit zu erhöhen, sind Sharing-Angebote (Kfz, Roller, Rad) zu fördern und entsprechende Entwicklungsflächen vorzuhalten. An den bewohnten Abschnitten der Hauptverkehrsstraßen sowie Schienenwegen ist zu gewährleisten, dass die für die Lärmbelastung maßgeblichen Auslösewerte und die zum Schutz der menschlichen Gesundheit gesetzlich festgelegten Luftqualitätsgrenzwerte eingehalten werden. Radverkehr und Fußverkehr sind nach Möglichkeit zu entflechten.

Durch das Tangentenviereck, intensive Förderung des Umweltverbundes, Quartiersparken, punktuellen Straßenumbau sowie verkehrsberuhigende Maßnahmen sollen innerstädtische Quartiere vom Kraftfahrzeugverkehr entlastet werden. Erreichbarkeit und stadtstrukturelle Verträglichkeit müssen dabei gewährleistet bleiben. Wesentliche Voraussetzung dafür ist ein ausreichend leistungsfähiges und stadtverträgliches Hauptstraßennetz mit einer den Verkehrsfluss optimierenden Verkehrsorganisation.

Nr.	Maßnahmenbündel
M 2.1	<p>Attraktivierung des Fußverkehrs – Erstellung und Umsetzung eines Fußverkehrsentwicklungsplans:</p> <ul style="list-style-type: none"> Netzplanung für den Fußverkehr Aufwertung von Fußwegen, Einrichtung von Querungshilfen, Sicherung der Barrierefreiheit, temporäre Umnutzung von Straßenflächen für Fußgänger Verkehrsberuhigung, Ausweitung von Fußgängerzonen und -bereichen, Tempobeschränkungen in relevanten Bereichen (z.B. Tempo-30-Zonen vor Schulen und Krankenhäusern) Schulwegsicherung, Geschwindigkeitsüberwachung Ausweitung Konzept erweiterte Innenstadt Öffentlichkeitsarbeit zur Verkehrssicherheit
M 2.2	<p>Stärkung des Radverkehrs – Umsetzung und Fortschreibung des Radverkehrsentwicklungsplans 2010–2020:</p> <ul style="list-style-type: none"> Qualifizierung/Ausbau durchgängiges und zusammenhängendes Radverkehrsnetz als System: Sachsennetz Rad, Einrichtung von Radschnellwegen (z. B. Markkleeberg – Leipzig – Halle), Einordnung von Fahrradstraßen, Radfahr-, Schutzstreifen, Radwegen, dabei Berücksichtigung einer differenzierten Fahrzeugpalette, sichere Aufstellflächen an LSA, Wegweisung Schwerpunktorientierte Erhöhung der Zahl sicherer Radabstellanlagen (auch für Lastenräder) Verknüpfung Fahrrad und ÖPNV: Bike&Ride-Anlagen inkl. Anschlüsse an das Radverkehrsnetz Verbesserung des Winterdienstes an Radverkehrsanlagen: „365 Tage Netz“ Maßnahmen zur Senkung der Unfallzahlen
M 2.3	<p>Qualifizierung und Ausbau des ÖPNV – Fortschreibung und Umsetzung Nahverkehrsplan:</p> <ul style="list-style-type: none"> Steigerung der Auslastung durch Mobilitätsmanagement und Qualifizierung des Fahrzeugangebotes, neue Mobilitätsdienstleistungen, Nutzung der Digitalisierung Qualifizierung des ÖPNV-Netzes in innerstädtischen Bereichen (technische Optimierung), Optimierung Quartierserschließung, Ausbau in den städtischen Randbereichen und zur Anbindung des regionalen und überregionalen Verkehrs, Neuorganisation des ÖPNV auf dem Innenstadtring, teilweise Kapazitätserweiterung zentraler ÖPNV-Knoten

	<ul style="list-style-type: none"> Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der Gewerbestandorte Abbau von Zugangsbarrieren im ÖPNV: Fortsetzung Haltestellenprogramm (u.a. zur Erhöhung des Anteils barrierefreier Haltestellen), Vereinfachung Ticketzugang, Weiterentwicklung des Tarifsystems, Optimierung von Fahrplänen, Attraktivitätssteigerung des Jobtickets für kommunale Beschäftigte, Unterstützung betrieblicher Mobilitätskonzepte, Einrichtung Mobilitätsmanager bei der Stadtverwaltung Stärkung multimodale Mobilität: optimale Netzverknüpfungen (auch in der Region) und Verbesserung des Park&Ride- und Bike&Ride-Angebotes, Errichtung weiterer Mobilitätsstationen/-punkte, multimodale Mobilitätsberatung, Mobilitätsmanagement neue Stadtteile Verbesserung der Erreichbarkeit der städtischen touristischen Sehenswürdigkeiten und der Erholungsgebiete im Umland nachhaltige Finanzierungsstrategie als ein Teil der Mobilitätsstrategie Prüfung zusätzlicher infrastruktureller Entflechtungsmaßnahmen im ÖPNV (z.B. Stadtbahnunterfahrung nach dem Beispiel Jahnallee, Stadtbahn-Tunnel)
M 2.4	<p>Leistungsfähiges und stadtverträgliches Hauptstraßennetz – Fortschreibung und Umsetzung Zielplanung Straßenhauptnetz:</p> <ul style="list-style-type: none"> Fortschreibung und Umsetzung Zielplanung Straßenhauptnetz mittelfristiges Investitionsprogramm im Straßen- und Brückenbau Entlastung innerstädtischer Quartiere und Wohngebiete vom Durchgangsverkehr, Verkehrsverstetigung, verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Optimierung der Netznutzung und zur Minderung der Verkehrsstärke an Hotspots (z. B. durch Verkehrsflussdosierung) Prüfung Investitionen in den grundhaften Straßenausbau sowie vereinzelt in Neubaustrecken (z.B. Neubau Georg-Schwarz-Brücken, Ausbau Dieskaustraße, Georg-Schumann-Straße), Lückenschluss Mittlerer Ring Nordwest (Verbindung zwischen Pittler- und Gustav-Esche-Straße), Tangentenviereck im Norden (zwischen Emil-Fuchs- und Berliner Straße) und Süden (Knoten Schleußiger Weg/ Wundtstraße) Konzept Quartiersparken, Erarbeitung einer kommunalen Stellplatz-Satzung Förderung von Carsharing/Ride-Sharing, Ausweisung von geeigneten Flächen Prüfung der Entwicklungsmöglichkeiten des autonomen Fahrens
M 2.5	<p>Erstellung und Umsetzung Verkehrskonzept erweiterte Innenstadt</p> <ul style="list-style-type: none"> Erweiterung des Verkehrskonzeptes der autoarmen Innenstadt über den Promenadenring hinaus, Berücksichtigung Strategiepapier erweiterte Innenstadt, Abbau Barrierefunktion Promenadenring Berücksichtigung Maßnahmebündel „Entwicklung effiziente Citylogistik“ (4.3)
M 2.6	<p>Information und Kommunikation</p> <ul style="list-style-type: none"> Kampagne/Öffentlichkeitsarbeit zur Stärkung des Umweltverbundes, Aufwertung ÖPNV-Image, Weiterentwicklung Mobilitätsberatung und Förderung alternativer Nutzungsmodelle
M 2.7	<p>E-Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> Förderung und Weiterentwicklung der E-Mobilität und alternativer Nutzungsmodelle (z. B. Sharing-/eSharing-Modelle) innerhalb der Verwaltung, der städtischen und privaten Unternehmen (L-Gruppe) sowie im öffentlichen Raum (Ausbau der Ladeinfrastruktur, u. a. im Hinblick auf freefloating, E-Carsharing, E-Bikes)

Ziel 3: Minimierung der negativen Wirkungen des motorisierten Verkehrs auf Mensch und Umwelt

Ergänzend zur Minderung der negativen Wirkungen des motorisierten Verkehrs sehen der Lärmaktionsplan und Luftreinhalteplan speziell auf den Schutz der menschlichen Gesundheit gerichtete weitere Maßnahmen vor. Daneben verankert das Klimaschutzprogramm Strategien und Maßnahmen als Beitrag zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlage und der Lebensgrundlage zukünftiger Generationen. Es sieht z. B. die Reduktion der CO₂-Emissionen aus dem Verkehr auf möglichst 0,85 t pro Einwohner und Jahr bis 2025 und 0,8 t pro Einwohner und Jahr bis 2030 vor.

Die Ursachenanalyse zur Immissionssituation bei Feinstaub (PM₁₀ und PM_{2,5}) sowie Stickstoffdioxid

(NO₂) für das Gebiet der Stadt Leipzig hat verdeutlicht, dass der Straßenverkehr das größte lokal beeinflussbare Minderungspotenzial besitzt. Daher ist die Maßnahmenplanung in erster Linie auf den Straßenverkehr auszurichten.

Um effektiv Energie- und Klimaschutz betreiben zu können, ist es von zentraler Bedeutung mit der Bürgerschaft zu kooperieren und kleinräumig die Quartiers- und Stadtteilebene einzubeziehen. Daneben steht das Bemühen um einen städtisch adäquaten Beitrag zum Klimaschutz in Wechselbeziehung zur Wirtschaft. Ein forciertener Energie- und Klimaschutz ist wirtschaftsdienlich, indem die Nachfrage nach bestimmten Gütern und Dienstleistungen steigt. Andererseits ist die Senkung von Energiekosten aufgrund von Preissteigerungen im Zusammenhang mit der Energiewende in die wirtschaftlichen Überlegungen von Unternehmen einzubeziehen.

Nr.	Maßnahmenbündel
M 3.1	<p>Lärm vermindern und sensible Gebiete vor Lärm schützen: Fortschreibung und Umsetzung des Lärmaktionsplanes</p> <ul style="list-style-type: none"> Vermeidung von Lärmemissionen: kein Bau/keine Inbetriebnahme von Verkehrswegen in bisher ruhigen Bereichen, bei städtebaulichen Neuplanungen gilt Prinzip der Stadt der kurzen Wege, Vorrang Umweltverbund Verlagerung von Lärmemissionen: Belastungen sollen gebündelt und/oder aus hochsensiblen in weniger sensible Bereiche verlagert werden. Verminderung von Lärmemissionen: kleinräumige Strategien der stadtverträglichen und lärmarmen Abwicklung von Verkehren im Straßenraum, Reduzierung der Emissionen im Verkehr durch Förderung lärmärmer Verkehrsträger und eindämmender Maßnahmen des lärmrelevanten Pkw- und Lkw-Verkehrs, Lärmreduzierung im Bereich des Schienenverkehrs Verminderung von Lärmemissionen: Reduzierung der Lärmbelastungen an lärmsensiblen Flächen oder Gebäuden
M 3.2	<p>Schutz der menschlichen Gesundheit, Einhaltung Luftqualitätsgrenzwerte: Fortschreibung und Umsetzung des Luftreinhalteplanes</p> <ul style="list-style-type: none"> Verbesserung Abgasstandards, u. a. der Busse im ÖPNV mit Fokus „Elektrobus“ Umweltorientiertes Verkehrsmanagement, z.B. umweltorientierter Einsatz ÖPNV-Linienbusse Anschaffung und Einsatz von E-Fahrzeugen (Verwaltung, Eigenbetriebe, L-Gruppe) bauliche Nachverdichtung unter Beachtung der Durchlüftungssituation und Freiraumqualität (doppelte Innenentwicklung, vgl. FK Freiraum und Umwelt)
M 3.3	<p>Umsetzung und Fortschreibung des Energie- und Klimaschutzprogramms</p> <ul style="list-style-type: none"> Einführung/Durchführung eines Klimachecks bei bedeutsamen Planungen, u. a. zum Thema vorhandene Mobilitätsangebote und Verbesserungsmöglichkeiten Förderung des autoarmen Wohnens Unterstützung betrieblicher Mobilitätskonzepte sowie attraktiver Jobticketangebote Ausweitung des Angebotes an P+R-Plätzen Stadt/Umland

Ziel 4: Wirtschaftsstandort Leipzig stärken

Die Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort hat auch in Zukunft hohe Priorität. Voraussetzung dafür ist ein Verkehrsnetz, das sowohl attraktive Verbindungen mit dem gesamten Bundesgebiet und darüber hinaus als auch zuverlässige und sichere Verknüpfungen im engeren Wirtschaftsraum und innerhalb der Stadt gewährleistet.

Dazu gehören eine störungssarme und kosteneffektive Abwicklung des Logistik- und Güterverkehrs und des Personenwirtschaftsverkehrs ebenso wie die Erreichbarkeit der Arbeitsplätze und der zentralen Handels- und Dienstleistungsstandorte. Vorhandene und neue Arbeitsplatzgebiete bedürfen einer leistungsfähigen Erschließung und verkehrlichen Anbindung.

Nr.	Maßnahmenbündel
M 4.1	Verbesserung der Fernerreichbarkeit der Wirtschaftsregion: leistungsfähige Einbindung

	von Personen- und Güterverkehren in das übergeordnete Verkehrsnetz <ul style="list-style-type: none"> • Flughafen: Ausbau internationaler Direktverbindungen • Fernverkehrsverbindungen Schienennetz: Sicherung Qualität Anbindung (ICE/IC, Güterverkehr) • Verstärkte Kooperation in der Metropolregion und mit internationalen Partnern
M 4.2	Sehr gute Erreichbarkeit der Arbeitsplätze und der zentralen Handels- und Dienstleistungsstandorte sowie Forschungsstandorte durch Umweltverbund sichern <ul style="list-style-type: none"> • Erschließung Arbeitsplatzschwerpunkte durch Umweltverbund: Erschließung durch ÖV und Radverkehr, Förderung CO₂-freier Verkehrsmittel, Förderung des Berufsverkehrs im Umweltverbund (z. B. Jobticket) innerhalb der Verwaltung, der städtischen und privaten Unternehmen (L-Gruppe) und Angebote für weitere städtische Unternehmen • Standortplanung, Orientierung auf die ÖPNV-Erreichbarkeit insbesondere bei Neuausweisung von Flächennutzungen • betriebliches Mobilitätsmanagement
M 4.3	Entwicklung effiziente Citylogistik <ul style="list-style-type: none"> • Prüfung der Privilegierung/Förderung von E-Wirtschaftsverkehr und Ausbau der entsprechenden Ladeinfrastruktur • Förderung von privatem und gewerblichem Flottenmanagement (e-)Sharing-Angebote • Förderung von Lastenrädern im Wirtschaftsverkehr • Logistikkonzepte auch für die Innenstadt und den Bereich innerhalb des Tangentenvierecks • gemeinsame Ladehöfe, Citylogistik und Hubs, Errichtung urbaner Logistik-Hubs für sortimentsübergreifende zentrale Waren-/Güterverteilung, Quartiersboxen zur Zustellung • Förderung E-Mobilität
M 4.4	Schaffung der Voraussetzung zum autonomen Fahren <ul style="list-style-type: none"> • Machbarkeitsstudie Modellprojekte in Kooperation mit der L-Gruppe durch Akquisition von Fördermitteln

Ziel 5: Steigerung der Qualität des öffentlichen Raums (Magistralen): multifunktionalen öffentlichen Raum gestalten und gleichwertige Mobilitätschancen sichern

Der Öffentliche Raum wird als Gesamtheit verstanden. Er definiert sich nicht ausschließlich aus dem nutzbaren, steinernen Verkehrsraum. Dazu zählen ebenso die Grün- und Freiräume, Sportplätze etc. Für die perspektivische Entwicklung in der immer dichter werdenden Stadt sollte ein strategisches Konzept für den gesamten öffentlichen Raum unter Berücksichtigung sämtlicher Funktionen erarbeitet werden (vgl. Querschnittsthema Baukultur und öffentlicher Raum).

Verkehr findet überwiegend im multifunktionalen öffentlichen Raum statt, der darüber hinaus eine Vielzahl anderer, wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Anforderungen erfüllen muss. Die Gestaltung des öffentlichen Raums muss diese Anforderungen ausgewogen berücksichtigen (vgl. Querschnittsthema Baukultur und Öffentlicher Raum). Hierfür definiert der STEP VöR Leitlinien und Grundsätze, insbesondere für die städtischen Magistralen, die aufgrund ihrer zahlreichen Nutzungen und Funktionen sowie den städtebaulichen Gegebenheiten häufig ein Konfliktpotenzial bergen. Darüber hinaus leisten qualitätsvoll gestaltete Straßen, Wege und Plätze einen Beitrag zum Image der Stadt, zur Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt und zur Stabilisierung von Quartieren. Die Stärkung, Weiterentwicklung oder Erhaltung der Magistralen steht deshalb im Fokus dieses Fachkonzeptes.

Bei der Aufteilung der Verkehrsräume und der Zuteilung von knappen Ressourcen müssen unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse ausgewogen und differenziert berücksichtigt werden. Menschen, die dauerhaft oder temporär in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, sollen eine Verkehrssituation vorfinden, die ihren Möglichkeiten angepasst ist („Design für alle“). Dabei sind altersgruppenspezifische Anforderungen verstärkt zu berücksichtigen. Multifunktionalität des öffentlichen Raums und eine Mischnutzung in angemessen dichten Quartieren bestimmen über verschiedene Erreichbarkeiten das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung. Kurze Wege sichern eine umweltfreundliche Nahmobilität und effiziente Abwicklung von Mobilitätsbedürfnissen. Gerade die Verfügbarkeit wohnungsnaher Angebote in Stadtteilzentren und an Magistralen beeinflusst die Wegelänge und den Aufwand täglicher Wege. Ziel ist es, die Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Geschlecht, Alter, Familiengröße, Einkom-

mensverhältnissen, Arbeits- und Wohnort sowie Autobesitz zu sichern.

Für die Haupt- und Verbindungsstraßen wurden Maßnahmenbündel auf Grundlage einer Bewertung ihres baulichen Zustandes, der städtebaulichen und verkehrlichen Situation sowie Nutzungsintensität definiert. Alle Maßnahmenbündel berücksichtigen das Thema Barrierefreiheit.

Nr.	Maßnahmenbündel
M 5.1	Qualifizierung und Stärkung innerstädtischer Magistralen hinsichtlich Attraktivität, Nutzungsvielfalt, Sicherheit und baukulturellen Niveaus
M 5.2	Verkehrliche Neuorganisation und Stärkung der Nutzungsvielfalt bei Erhalt der baukulturellen Qualität
M 5.3	Stärkung der repräsentativen Qualität von insbesondere dem motorisierten Individualverkehr vorbehalteten Magistralen
M 5.4	Stärkung und Qualifizierung hinsichtlich Attraktivität von Ortsteil- oder Stadtteilverbindungen
M 5.5	Anpassung bereits realisierter Baumaßnahmen zur Qualifizierung des öffentlichen Raums hinsichtlich Attraktivität und Nutzungsvielfalt
M 5.6	Herauslösen stark belasteter Verkehrsachsen aus den Ortskernen und somit Qualifizierung und Stärkung hinsichtlich Attraktivität, Nutzungsvielfalt und baukulturellen Niveaus

3.2. Wechselwirkungen und Querschnittsthemen

Fachkonzept Wohnen sowie Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit: Es ist es zu klären, wo durch überdurchschnittliche Wachstumspotenziale Kapazitätsgrenzen im Verkehrsnetz voraussichtlich überschritten sowie Klima- sowie Umweltanforderungen und -ziele gefährdet werden. Dies betrifft sowohl die innerstädtische Nachverdichtung mit dem Ziel der bedarfsgerechten Kapazitätserweiterung oder Leistungssteigerung als auch mögliche Stadterweiterungen, für die unter Umständen aufwändig und langfristig vorzuplanende Netzerweiterungen, z. B. der Straßenbahn, erforderlich werden. Hier ist ein Austausch über Kapazitäten und Zielaussagen sowie die aktuelle Prioritätensetzung geboten. Dabei sollen auch die wachsenden Anforderungen an Qualität und Multifunktionalität des öffentlichen Raums in diesen Gebieten geprüft werden. Die Umsetzung autoarmer Wohnquartiere soll gemeinsam mit dem Fachkonzept Wohnen behandelt werden. Die notwendigen Netzanpassungen durch Neuerschließungen in Gewerbe- und Industriegebieten müssen frühzeitig vorbereitet und in die Maßnahmenplanung aufgenommen werden.

Fachkonzept Freiraum und Umwelt: Verkehrsvermeidung und -verlagerungen durch kurze Wege, die Steigerung des Anteils des Umweltverbundes für die Lebensqualität in den Quartieren, eine hohe Qualität des öffentlichen Raums sowie ein gesundes Stadtklima entsprechen auch den Zielen des Fachkonzepts Nachhaltige Mobilität und werden daher als Synergiefaktoren positiv bewertet. Die Neuentwicklung oder der Ausbau linienhafter Verkehrsinfrastruktur für den ÖV und/oder den MIV und für den Wirtschaftsverkehr sind unter Umständen im Verkehrsnetz erforderlich. In der Regel werden damit aber ungünstige Trennwirkungen für vernetzte oder potenziell vernetzbare Freiraumstrukturen (z. B. Grünverbindungen) und ein höherer Grad der Versiegelung mit entsprechend negativen Auswirkungen auf den Artenschutz und das Stadtklima erwartet. Hier sollen möglichst verträgliche Lösungen gesucht werden. Andererseits können neue Lückenschlüsse im Verkehrsnetz des ÖV oder des Rad- und Fußverkehrs einer erhöhten Akzeptanz des Umweltverbundes und einer Vernetzung von Freiraum über eine entsprechende Wegeführung dienen.

Fachkonzept Soziale Teilhabe, Fachkonzept Kultur, Fachkonzept Kommunale Bildungslandschaft: Das Verkehrsnetz und der Öffentliche Raum gewährleisten die gleichberechtigte, möglichst barrierefreie und sichere Erreichbarkeit von sozialen und kulturellen Einrichtungen und stellen auch einen sozialen Raum zur Verfügung, der Zugang fördert und Begegnung ermöglicht („Mobilität für alle“). Hier sind die absehbaren Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur sowie den öffentlichen Raum zu ermitteln und in den Planungen zu berücksichtigen.

Fachkonzept Klimaschutz und Technische Infrastruktur: Zur Senkung der Treibhausgase ist die Vernetzung der Mobilitätsangebote mit einer gleichzeitigen Stärkung der Elektromobilität erforderlich. Zentrale Bestandteile sind die kleinräumige Einbindung von Car-Sharing-Stationen im öffentlichen Straßenraum und der Ausbau einer flexiblen und leistungsfähigen Ladeinfrastruktur in Wohnquartieren. Daneben gilt es, Echtzeitinformationsangebote (ITK) zur Deckung bestehender Mobilitätsbedürfnisse weiter zu etablieren und weiterzuentwickeln. Der Aufbau eines einheitlichen Abrechnungssystems mit Schnittstellen für externe Anbieter trägt dazu bei, bestehende Zugangshemmisse und Nutzungsbarrieren abzubauen. Außerdem bedarf die umfassende Sanierung der Trink- und Abwassernetze bei gleichzeitigem Anstieg des Verkehrsaufkommens einer optimierten Abstimmung zwischen Stadt und Leipziger Wasserwerken. Dabei kann auf etablierte Abstimmungsstrukturen aufgebaut werden.

Sehr hohe Bedeutung haben für das Fachkonzept die Querschnittsthemen Digitale Stadt, Gesundheit, Baukultur und öffentlicher Raum sowie Inklusion und Chancengerechtigkeit (siehe C 3).

3.3. Räumliche Handlungsstrategie

Aufgrund der Analyse, der Ortsteilbetrachtung sowie der identifizierten Ziele und Maßnahmenbündel hat es sich als notwendig erwiesen, die räumliche Betrachtung im Fachkonzept in mehreren zeitlichen Horizonten und unterschiedlicher Genauigkeit vorzunehmen:

Vorrangig mittelfristige Perspektive

Dieser Horizont greift ausgewählte Einzelmaßnahmen auf, die auf der Basis des STEP VöR sowie abgeleiteter und weiterer Fachplanungen und Programme bereits einen Bearbeitungsstand (Konzept, Finanzierung) aufweisen. Hier sollte geprüft werden, ob insbesondere im Umweltverbund oder bei Netzlücken die Prioritäten angepasst und Maßnahmen beschleunigt umgesetzt werden müssen (vgl. Karte „Maßnahmenübersicht verschiedener Verkehrsträger“).

Langfristiger Horizont bis 2030

Für diesen Zeitraum wurden räumliche Bereiche zusammengefasst, in denen ähnliche Herausforderungen bestehen und in denen mit speziell ausgerichteten Maßnahmenbündeln gehandelt werden soll (vgl. Karte „Räumliche Handlungsstrategie“).

Bei der Entwicklung dieser Gebiete für langfristige, integrierte räumliche Handlungsstrategien besteht in besonderem Maße die Notwendigkeit zu fachübergreifenden und integrierten Handlungsansätzen. Den mit A1-3 gekennzeichneten strukturell unterschiedlichen Gebietskategorien werden jeweils Maßnahmenbündel zugeordnet, die vorrangig zur Zielerreichung eingesetzt werden sollen.

Es ist allerdings damit zu rechnen, dass für den Zeithorizont 2030 insbesondere im Straßenverkehr zusätzlich zu den Maßnahmen aus dem STEP VöR und dem Mittelfristprogramm – und entsprechend der Ziele und der räumlichen Handlungsstrategien des Fachkonzepts – noch weitere Maßnahmen ergänzt werden können.

A 1: Effizienz multimodal in der erweiterten Innenstadt erhöhen

Die erweiterte Innenstadt, die im Fachkonzept z.T. bis zum Tangentenviereck reicht und damit über das fachübergreifende Schwerpunktgebiet hinausgeht (B 2.1), weist eine Vielzahl an Herausforderungen auf. Diese Herausforderungen sind aufgrund ihrer Komplexität nur durch gesonderte integrierte Konzepte zu lösen, die zwar vorrangig die sektoralen verkehrsplanerischen Aufgaben aufgreifen (z. B. der Umgang mit Großveranstaltungen rund um das Sportforum), aber gleichzeitig z. B. städtebauliche, strukturelle oder ökologische Ziele und Handlungsansätze verfolgen.

Die Stadt Leipzig beabsichtigt, ein Verkehrskonzept für die erweiterte Innenstadt zu erstellen. Bis Ende 2019 soll das 2018 im Entwurf vorzulegende Konzept ein geeignetes öffentliches Beteiligungs- und Beratungsverfahren durchlaufen⁵. Dabei soll die Machbarkeit umfassender Baumaßnahmen wie der Umbau des Promenadenrings im Umfeld des Hauptbahnhofs geprüft werden. Die verkehrlichen Auswirkungen der jeweiligen Varianten werden am Integrierten Verkehrsmodell der Stadt Leipzig (IVML) untersucht und unter Berücksichtigung der Verkehrsprognose 2030 bewertet.

⁵ Förderung durch EU-Projekt DEMO-EC 2017–2019

Die Entwicklung der an den Promenadenring angrenzenden Potenzialflächen wird sich auf die Kapazitätsentwicklung des Rings auswirken. Es wird die Notwendigkeit gesehen, die Verkehrsinfrastruktur entsprechend anzupassen resp. neu zu schaffen. Lösungen zur Reduzierung der Barrierewirkung des Promenadenringes sind zu entwickeln.⁶

Das „Nutzungskonzept für den öffentlichen Raum im Umfeld des Sportforums“ von 2012 ist vor dem Hintergrund einer erhöhten Anzahl von Veranstaltungen beiderseits des Elsterflutbeckens und der geplanten Erweiterung der Zuschauerkapazitäten der Red Bull Arena fortzuschreiben.

Weitere Maßnahmenbündel:

- M 2.1/M 2.5 Attraktivierung des Fußverkehrs, u. a. Ausweitung Konzept erweiterte Innenstadt
- M 2.2 Stärkung des Radverkehrs, darin: zentrale Verknüpfung Radverkehrsnetz/Schnelltrassen, Erhöhung der Zahl sicherer Radabstellanlagen (z. B. Fahrradgarage am Hauptbahnhof), Bike&Ride-Anlagen
- M 2.3 Qualifizierung und Ausbau des ÖPNV, darin: Neuorganisation des ÖPNV auf dem Innenstadtring, Kapazitätserweiterung des zentralen ÖPNV-Drehkreuzes am Hauptbahnhof
- M 2.4/M 2.5 Leistungsfähiges und stadtverträgliches Hauptstraßennetz, darin: verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Optimierung der Netznutzung und zur Minderung der Verkehrsstärke an Hotspots (z. B. durch Verkehrsflussdosierung), Konzept Quartiersparken erweiterte Innenstadt
- M 2.5 Erstellung und Umsetzung Verkehrskonzept Erweiterte Innenstadt
- M 4.2 sehr gute Erreichbarkeit der Arbeitsplätze und der zentralen Handels- und Dienstleistungsstandorte sowie Forschungsstandorte durch Umweltverbund sichern
- M 4.3 Entwicklung effiziente Citylogistik, darin: Logistikkonzepte auch für die Innenstadt und den Bereich innerhalb des Tangentenvierecks, Prüfung der Privilegierung/Förderung von E-Wirtschaftsverkehr und Ausbau der entsprechenden Ladeinfrastruktur in der erweiterten Innenstadt, Einrichtung zentral gelegener Logistik-Hubs

A 2: Umweltverbund und Nahmobilität in der inneren Stadt stärken

Der Bereich der inneren Stadt umfasst den „Urbanen Kern“ und damit die bis 1945 erschlossenen Altbaubereiche Leipzigs. Hier sollen insbesondere Maßnahmen zum weiteren Ausbau der nutzungsmischten Stadt mit kurzen Wegen und einer starken Nahmobilität, zur Stärkung des Umweltverbundes sowie zur Minderung von Belastungen für Mensch und Umwelt umgesetzt werden. Dabei haben die Maßnahmen unter M 3.1–3 besondere Priorität: Lärm vermindern und sensible Gebiete vor Lärm schützen, Einhaltung Luftqualitätsgrenzwerte und Reduktion der CO₂-Emissionen aus dem Verkehr. Zusätzlich sind für besondere lokale Problemsituationen Lösungsansätze durch Konzepte zu erarbeiten, z. B. Mobilitätskonzept für Stötteritz.

Weitere Maßnahmenbündel:

- M 2.1/M 2.5: Attraktivierung des Fußverkehrs – Erstellung und Umsetzung eines Fußverkehrsentwicklungsplans, darin: Aufwertung von Fußwegen, bedarfsgerechte Querungshilfen, Barrierefreiheit, Verkehrsberuhigung, Verkehrssicherheit
- M 2.2: Stärkung des Radverkehrs – Umsetzung und Fortschreibung des Radverkehrsentwicklungsplans 2010–2020, darin: Qualifizierung und Ausbau eines durchgängigen und zusammenhängenden Radverkehrsnetzes
- M 2.3: Qualifizierung und Ausbau des ÖPNV – Fortschreibung und Umsetzung Nahverkehrsplan, darin: Mobilitätsmanagement und Qualifizierung des Fahrzeugangebotes, Stärkung multimodale Mobilität, Ausweitung von Mobilitätsstationen, Unterstützung betrieblicher Mobilitätskonzepte
- M 2.4/M 2.5: leistungsfähiges und stadtverträgliches Hauptstraßennetz, darin: Entlastung innerstädtischer Quartiere und von Wohngebieten, Verkehrsverstetigung, verkehrsorganisatorische Maßnahmen, Förderung von Carsharing/Fahrradverleihsystemen, Ausweisung von geeigneten Flächen, Quartiersgaragen, Vorhaltung/Kennzeichnung von Flächen für die ausschließliche Nutzung durch Carsharing- und Elektrofahrzeuge

⁶ Stadt Leipzig: Vorlage VI-DS-02697 Strategiepapier - erweiterte Innenstadt, Begründung Stand 29.09.2016

A 3: Stadtteilidentität und Versorgungsqualität an Magistralen stärken und erhalten

Ein bedeutsames baukulturelles und stadtteilentwicklungsrelevantes Ziel bleibt die qualitätsvolle Entwicklung von Magistralen. Das Fachkonzept konzentriert sich hierbei auf nutzungsgemischte, meist gründerzeitlich geprägte Hauptstraßenachsen mit vergleichsweise hoher Verkehrsfrequenz, die in ihrem Umfeld strukturprägend wirken und multifunktionale Wirtschaftsstandorte für den Stadtteil darstellen. Diese Straßen werden hierbei als öffentlicher Raum mit entsprechender Aufenthaltsqualität und großer Bedeutung für das gesamte Stadtbild wahrgenommen, die in angrenzende Quartiere ausstrahlt und deren Entwicklung positiv beeinflusst.

Im Vordergrund steht für den Großteil der dargestellten Straßenzüge die Sanierung über komplexe Baumaßnahmen, insbesondere in Stadtteilen, die perspektivisch als Nachverdichtungsziele gelten. Quartiersparken soll die Anforderungen des Einzelhandels nach Kundenparkplätzen berücksichtigen, Gebäudestrukturen ohne gewerbliche Erdgeschosszone sind an Magistralen zu vermeiden. Bei Umbaumaßnahmen von Magistralen mit verkehrlichem Neuordnungsbedarf müssen die bestehenden baukulturellen Qualitäten erhalten und letztlich gestärkt werden. Es gilt hierbei, die positiven Erfahrungen mit baumaßnahmebezogenen Managementstrukturen zu nutzen.

Im Einzelnen lassen sich die dargestellten Magistralen bzw. -teilabschnitte (T) den *Maßnahmenbündeln* wie folgt zuordnen:

- M 5.1 Qualifizierung und Stärkung innerstädtischer Magistralen:
Georg-Schumann-Straße (T), Gorkistraße, Ossietzkystraße (T), Dieskastraße (T), Zschochersche Straße, Merseburger Straße (T), Georg-Schwarz-Straße, Dresdner Straße (T), Breite Straße, Riebeckstraße (T), Zweinaundorfer Straße (T)
- M 5.2 Verkehrliche Neuorganisation und Stärkung der Nutzungsvielfalt:
Karl-Heine-Straße (T), Landsberger Straße (T), Wurzner Straße (T), Bornaische Straße (T)
- M 5.4 Stärkung und Qualifizierung von Ortsteil- oder Stadtteilverbindungen:
Georg-Schumann-Straße (T), Jahnallee (T), Lützner Straße (T)
- M 5.5 Anpassung bereits realisierter Baumaßnahmen zur Qualifizierung des öffentlichen Raums:
Waldstraße, Innere Jahnallee, Karl-Liebknecht-Straße (T), Georg-Schumann-Straße (T)

B: Erreichbarkeit der äußeren Stadt und des Wirtschaftsschwerpunkts Nordraum nachhaltig entwickeln

Um die Bedingungen für eine bedarfsgerechte nachhaltige Mobilität zu verbessern und die Belastungen im gesamten Straßenverkehrsnetz zu minimieren, soll in der Äußeren Stadt insbesondere die Erschließungsqualität durch den ÖV, die Anbindung an das Radverkehrsnetz sowie die multimodale Verknüpfung (z. B. durch weiterentwickelte Mobilitätsstationen) verbessert werden. Neben Maßnahmen im Netz sollen auch in geeigneten Ortsteilen Stadtteil-Mobilitätskonzepte erarbeitet werden. Sie helfen, sowohl kleine, aber bedeutende Netzlücken zu schließen, als auch passgenaue Angebote des Umweltverbundes, wie z. B. Leihsysteme, Abstellanlagen und Tarifmodelle, zu initiieren und bekanntzumachen.

Aufgrund der besonderen Wirkung im Stadtraum und der Bedeutung für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung Leipzigs werden für die Konzentrationsbereiche der Äußeren Stadt im Nordraum und im Nordosten Maßnahmenbündel zur Optimierung des Wirtschafts- und Pendlerverkehrs entwickelt. Die Erschließung für Logistikbedarfe der ansässigen Unternehmen wurde bereits überwiegend bei der Erstentwicklung der Standorte bedarfsgerecht hergestellt (Warentransport Schiene/Straße). Die Anbindung mit dem ÖPNV und dem Radverkehr soll zur Entlastung der innerstädtischen Verkehrswägen und zur Erhöhung der Kapazität in Spitzenlastzeiten sukzessive deutlich verbessert werden. Ergänzend sollen Maßnahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements umgesetzt werden.

Maßnahmenbündel:

- M 4.2: Standorte Porsche/GVZ, Standorte Leipziger Messe, BMW: sehr gute Erreichbarkeit der Arbeitsplätze und der zentralen Handels- und Dienstleistungsstandorte sowie Forschungsstandorte durch Umweltverbund sichern, darin: Erschließung durch ÖV und Radverkehr, Förderung CO₂-freier Verkehrsmittel, Jobticket, betriebliches Mobilitätsmanagement, Standortplanung
- M 4.2: Gewerbegebiete Leipzig-Nordost, Torgauer Straße/Heiterblick: betriebliches Mobilitätsmanagement, M 4.3: Entwicklung effiziente Citylogistik, darin: Prüfung der Privilegierung/Förderung von E-Wirtschaftsverkehr und Ausbau der entsprechenden Ladeinfrastruktur, gemeinsame Lade-

höfe, Citylogistik und Hubs, Errichtung urbaner Logistik-Hubs

- M 1.2: Erarbeitung von Entwicklungskonzepten: Stadtteil- bzw. quartiersbezogene Mobilitätskonzepte, Einbindung in regionale Mobilitätsstrategie
- M 1.3: Flächenparende Siedlungsentwicklung: Orientierung auf die ÖPNV-Erreichbarkeit insbesondere bei Neuausweisung von Flächennutzungen, Prüfung auf neue S-Bahn-Haltepunkte, Sicherstellung von Gleisanschlüssen in Gewerbegebieten für bahnaffine Branchen,
- M 2.2: Stärkung des Radverkehrs, darin: Bike&Ride-Anlagen inkl. Anschlüsse an das Radverkehrsnetz
- M 2.3: Qualifizierung und Ausbau des ÖPNV darin: Stärkung multimodale Mobilität: optimale Netzverknüpfungen mit Umweltverbund, Mobilitätsmanagement neue Stadtteile, Verbesserung Erreichbarkeit der städtischen touristischen Sehenswürdigkeiten und der Erholungsgebiete Umland
- M 3.1: Lärm vermindern und sensible Gebiete vor Lärm schützen: darin: Vermeidung von Lärmemissionen: kein Bau/keine Inbetriebnahme von Verkehrs wegen in bisher ruhigen Bereichen

3.4. Umsetzung

Die Umsetzung des Fachkonzepts Nachhaltige Mobilität ist in besonderem Maße geprägt durch die derzeit geringe Abschätzbarkeit von Makrotrends in den Bereichen der sich entwickelnden Mobilitätsbedarfe, der Technologieentwicklung und von Verhaltensänderungen. Dazu ist es bei den meist sehr umfangreichen Infrastrukturinvestitionen ein hemmender Faktor, mit der Unklarheit über finanzielle und gesetzliche Rahmenbedingungen umgehen zu müssen.

Es ist seitens der Stadt Leipzig unverzichtbar, ihr politisches Gewicht zur Berücksichtigung kommunaler Interessen in der Rechtsetzung, der Fördermittelbereitstellung und der Kostenverantwortlichkeit bei Freistaat, Bund und EU konsequent einzubringen. Gleichzeitig wachsen die politischen Erwartungen an Entscheidungsträger, die erforderlichen weitreichenden verkehrs- und stadtentwicklungspolitischen Grundsatzentscheidungen qualifiziert, aber zügig zu treffen und die Verwaltung mit der Umsetzung zu beauftragen. Bereits vorhandene Umwelbelastungen setzen hier Grenzen und verringern zielkonform Handlungsspielräume.

Vor dem Hintergrund langer Planungs- und Realisierungszeiträume und zeitintensiver Interventionsmöglichkeiten in einer komplexen, teuren und langlebigen Infrastruktur besteht die Notwendigkeit zur Schaffung eines langfristig tragfähigen Kompromisses über die Zielsetzungen einer nachhaltigen Mobilität. Für die Vorplanung und die Koordination von großen Vorhaben sind frühzeitig die notwendigen personellen Kapazitäten zu schaffen und Verfahren zu optimieren. Eine strategische Liegenschaftspolitik sichert frühzeitig Handlungsspielräume für die Durchführung wichtiger Maßnahmen.

Auf der einen Seite besteht die Notwendigkeit zur frühzeitigen und stabilen ressortübergreifenden Kooperation innerhalb der Verwaltung, zu einem professionellen Projektmanagement und einer regelmäßigen Evaluation. Andererseits muss das erreichte Niveau beispielhafter und innovativer Beteiligungsverfahren gesichert und die Bildung leistungsfähiger Bündnisse zur Beteiligung und Umsetzung von Maßnahmen fortgeführt werden.

3.5. Finanzielle Auswirkungen

Die Anpassung der Verkehrsinfrastruktur, der Verkehrsorganisation und der Fahrzeuge sowie der Anlagen und Geräte im Eigentum der Stadt Leipzig und ihrer Unternehmen an die geänderten Rahmenbedingungen erfordert einen sehr hohen Finanzaufwand, der derzeit aufgrund der Perspektive bis 2030 und darüber hinaus nicht konkret quantifizierbar ist. Einzelne Maßnahmen können den finanziellen Umfang aller weiteren genannten Einzelmaßnahmen weit übersteigen und erfordern jahrzehntelange Planungs- und Realisierungsprozesse und umfassende Finanzierungskonzepte. Erschwerend kommt hinzu, dass derzeit die Planungssicherheit über die zukünftig bestehende Mittelkulisse und das Verkehrsangebot (DB, MDV) seitens des Bundes und des Freistaates nicht ausreichend gegeben ist.

Die Erhaltung und Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur und die Gestaltung der öffentlichen Räume erfordern die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel. Die für diese Zwecke derzeit absehbar verfügbaren Mittel sind jedoch unzureichend. Die optimale Ausschöpfung der Kapazitäten der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur ist daher unabdingbar, Maßnahmen des Verkehrs- und Mobilitätsmanagements werden weiter an Bedeutung zunehmen.

Der Mitteleinsatz muss gerade vor dem Hintergrund eines nicht ausreichenden Haushaltsanteiles für Mobilität durch Prioritäten im Sinne der übergeordneten stadtentwicklungspolitischen Ziele gesteuert werden. Seitens der integrierten Verkehrsplanung werden auch zukünftig ausreichende Planungsvorläufe zur Anpassung der Netzinfrastruktur z. B. für umfangreiche Nachverdichtungen oder Neuerschließungen sowie erweiterte Planungskapazitäten in der Verwaltung und den städtischen Unternehmen benötigt. Fehlende langfristige Finanzierungssicherheit und zu geringer Ressourceneinsatz für den Betrieb sowie den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur entsprechend der beschlossenen verkehrs- und umweltpolitischen Zielstellungen gefährden die stetige Versorgungssicherheit.

Es ist unverzichtbar, im weiteren Verlauf der Erarbeitung der zentralen Prognosen und Handlungskonzepte in Verbindung mit den genannten Schwellenwerten zu realistischen Kostenprognosen (Einrichtung, Folgekosten) und langjährigen Maßnahmenplanungen für die Stadt Leipzig und der städtischen Unternehmen zu gelangen.

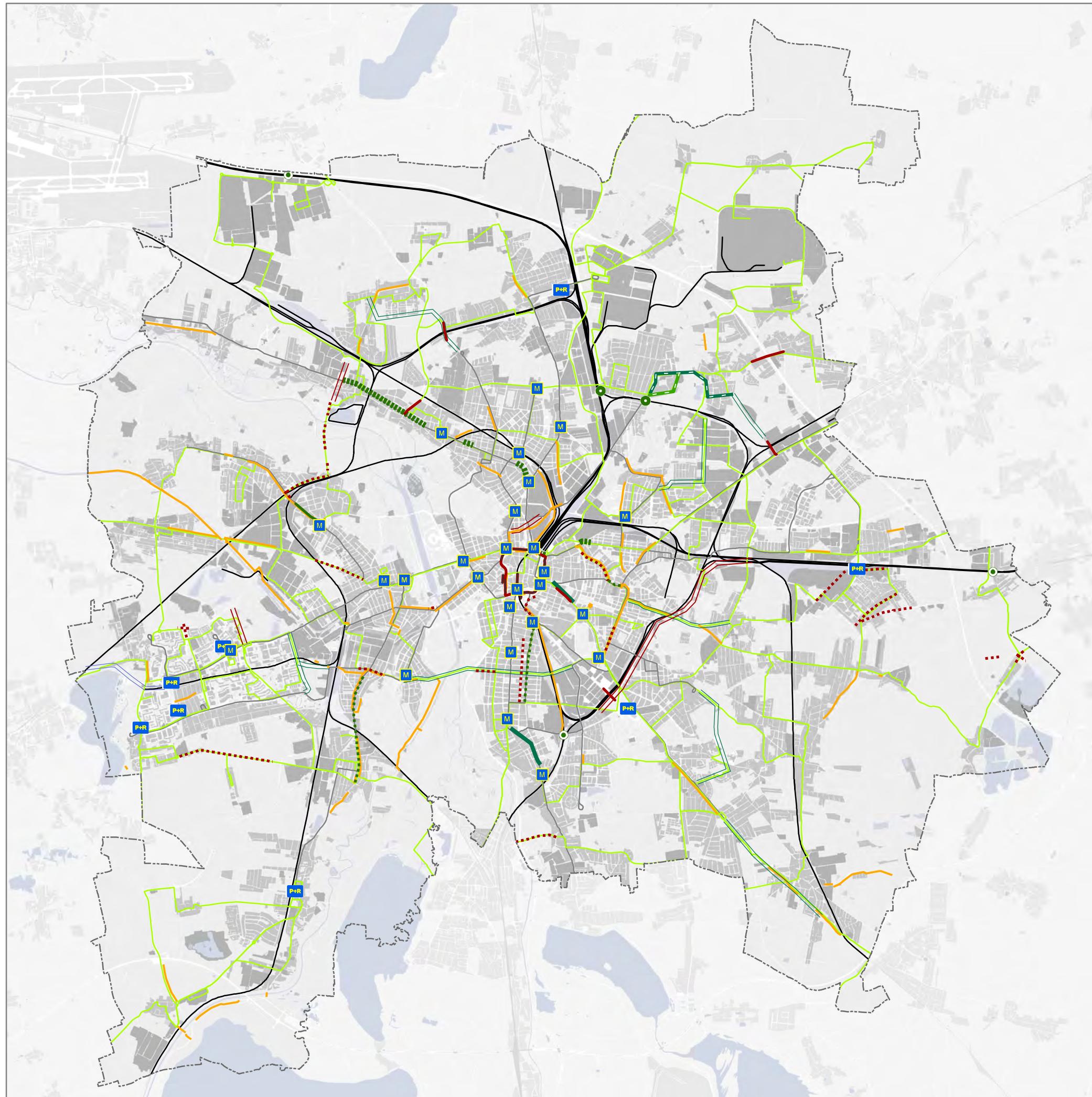
Maßnahmenbündel/ Instrumente	Direkte Kosten/Jahr (GERING/MITTEL/HOCH)	Einnahmen/ Folgekosten/ Folgewirkung
Konzeptentwicklung Smart Mobility	MITTEL – u.a. Planung und Projektbeteiligung, Digitalisierung Verkehrsmanagement	MITTLERE Einnahmen, vorwiegend durch Fördermittel für Forschung und Innovation, insb. E-Mobilität
Erarbeitung von Entwicklungs-konzepten für städtische Ge-biete	MITTEL – u.a. Planung von Mobilitätskonzepten	MITTLERE Einnahmen, insb. durch stadtteil-/ quartiersbezogene För-dermittel in den Bereichen Rad- und Fußverkehr, ÖPNV
Flächen sparende Siedlungs-entwicklung	GERING – u.a. Planung/ Stu-dien zu potenziellen Haltepunk-ten	GERINGE Einnahmen, insb. durch Förderung von Untersuchungen zu neuen Straßenbahnhaltestellen und S-Bahn-Haltepunkten
Beteiligung	MITTEL - Planung und Durch-führung von Öffentlichkeitsbe-teiligung, Kommunikation	MITTLERE Einnahmen insb. durch Förderung von Projekten im Ver-kehrsbereich, die auch Beteiligung umfassen
Wertsichernder Erhalt und Weiterentwicklung der Ver-kehrsinfrastruktur	HOCH – Investitionen und Pla-nung, Betriebs- und Unterhal-tungskosten (sehr hohe Kosten pro Jahr nach Kostenschätzung Nachhaltigkeits-Szenario: 56 Mio. € für MIV, Rad-/Fußverkehr (Stadthaushalt), finan-zialer Ausgleichsbedarf im ÖPNV: 83 Mio. €)	HOHE Einnahmen, insb. durch För-dermittel für den Erhalt und Neubau von Verkehrsinfrastruktur (betrifft alle Verkehrsarten) HOHE Folgekosten, insb. durch die Unterhaltung der vorhandenen Ver-kehrsinfrastruktur
Attraktivierung des Fuß-verkehrs	HOCH – Planung, Investitionen, Betriebs- und Unterhaltungs-kosten	HOHE Einnahmen, insb. durch För-dermittel für Planung und Investitio-nen HOHE Folgekosten durch Um-setzung Konzepte und Einzelmaß-nahmen sowie Unterhaltung Fußver-kehrsinfrastruktur
Stärkung des Radverkehrs	HOCH – Investitionen, Planung, Betriebs- und Unterhaltungs-kosten	HOHE Einnahmen, insb. durch För-dermittel für Planung und Investitio-nen HOHE Folgekosten durch Umset-zung Konzepte und Einzelmaßnah-men, Unterhaltung Radverkehrsinfra-

Maßnahmenbündel/ Instrumente	Direkte Kosten/Jahr (GERING/MITTEL/HOCH)	Einnahmen/ Folgekosten/ Folgewirkung
		struktur
Qualifizierung und Ausbau des ÖPNV	HOCH – Planung, Investitionen (Stadt, L-Gruppe), Betriebs- und Unterhaltungskosten der ÖPNV-Infrastruktur und Fahrzeuge	<p>HOHE Einnahmen insb. durch Fördermittel für Planung und Investitionen in ÖPNV-Infrastruktur und Fahrzeuge (insb. im Hinblick auf Barrierefreiheit)</p> <p>HOHE Folgekosten durch Umsetzung Planungen, Konzepte und Strategien sowie Unterhaltung ÖPNV-Infrastruktur und Fuhrpark</p> <p>FOLGEWIRKUNG: Einsparungen durch geringere Betriebskosten aufgrund von Investitionen in Erneuerung Infrastruktur</p>
leistungsfähiges und stadtverträgliches Hauptstraßennetz	HOCH – Planung, Investitionen, Betriebs- und Unterhaltungskosten, Fortschreibung und Umsetzung der Zielplanung Straßenhauptnetz mittelfristiges Investitionsprogramm im Straßen- und Brückenbau	<p>HOHE Einnahmen, insb. durch Fördermittel, z.B. für Umsetzung der Zielplanung Straßenhauptnetz, mittelfristiges Investitionsprogramm im Straßen- und Brückenbau, Förderung Carsharing und autonomes Fahren</p> <p>HOHE Folgekosten für Unterhaltung Hauptstraßennetz-Infrastruktur</p>
Erstellung und Umsetzung Verkehrskonzept Erweiterte Innenstadt	HOCH – Planung, Investitionen, Betriebs- und Unterhaltungskosten	<p>HOHE Einnahmen, insb. EU-Fördermitteln für Erstellung und Umsetzung</p> <p>HOHE Folgekosten für Unterhaltung Verkehrsinfrastruktur</p>
Information und Kommunikation	MITTEL – Öffentlichkeitsarbeit, Mobilitätsberatung	MITTLERE Einnahmen, insb. durch Förderung der Öffentlichkeitsarbeit zur Stärkung des Umweltverbundes.
E-Mobilität	HOCH – Investitionen (Stadt, L-Gruppe), Planung, Betriebs- und Unterhaltungskosten	<p>HOHE Einnahmen, insb. Fördermittel zur Förderung und Weiterentwicklung E-Mobilität und alternativer Nutzungsmodelle</p> <p>HOHE Folgekosten für Unterhaltung Infrastruktur</p>
Lärm vermindern und sensible Gebiete vor Lärm schützen	HOCH – u.a. Rasengleise, P&R-Plätze MITTEL – u.a. Querungshilfen GERING – u.a. Fahrradbügel	ggf. Einnahmen durch Förderprogramm „Nachhaltige Mobilität in der Stadt“ (Dieselgipfel)
Schutz der menschlichen Gesundheit, Einhaltung Luftqualitätsgrenzwerte	HOCH – u.a. Verkehrsorganisation, Förderung von Carsharing und Elektromobilität, Attraktivitätssteigerung des ÖPNV MITTEL – u.a. Verkehrsorgani-	ggf. Einnahmen durch Förderprogramm „Nachhaltige Mobilität in der Stadt“ (Dieselgipfel)

Maßnahmenbündel/ Instrumente	Direkte Kosten/Jahr (GERING/MITTEL/HOCH)	Einnahmen/ Folgekosten/ Folgewirkung
	sation	
Umsetzung und Fortschreibung des Energie- und Klimaschutzprogramms	HOCH – u.a. Fahrradmitnahme ÖPNV MITTEL – u.a. Jobticket Verwaltung GERING – u.a. Tempo 30 in Wohngebieten	MITTLERE Einnahmen durch Nutzungsentsgelte, staatliche Zuschüsse, Quersubventionierung innerhalb LVV
Verbesserung der Fernerreichbarkeit der Wirtschaftsregion	GERING – Lobbyarbeit durch Stadt	HOHE Einnahmen durch Steigerung der Standortattraktivität
sehr gute Erreichbarkeit der Arbeitsplätze und der zentralen Handels- und Dienstleistungsstandorte sowie Forschungsstandorte durch Umweltverbund sichern	HOCH – ÖPNV/ L-Gruppe	MITTLERE Einnahmen durch Tickerlöse (i. d. R. deutlich geringere Einnahmen als Kosten im ÖPNV)
Entwicklung effiziente City-logistik	MITTEL – Organisation , Investitionen	EINSPARUNG durch Verkehrsreduzierung
Schaffung der Voraussetzung zum autonomen Fahren	MITTEL – Organisation, Verkehrstechnik	HOHE Einsparungen durch fahrerlose Transportmittel (L-Gruppe)
Steigerung der Qualität des öffentlichen Raums (Magistralen): Maßnahmenbündel 1 bis 6	Kosten und Folgekosten sind größtenteils in folgenden Maßnahmenbündeln enthalten: Wertsichernder Erhalt und Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur, Attraktivierung des Fußverkehrs, Stärkung des Radverkehrs, Qualifizierung und Ausbau des ÖPNV, leistungsfähiges und stadtverträgliches Hauptstraßennetz	

Anlage: Zuordnung Fachkonzept-Ziele zum Strategischen Zielbild

Ziel Nr.	Ziel Fachkonzept	Seite	Übergeordneter Handlungsschwerpunkt (übergeordnetes Strategisches Ziel)
1	Gestaltung des Wachstums durch integrierte Verkehrsplanung und intelligente Mobilität (smart mobility), Beteiligung und Kommunikation in hoher Qualität fortsetzen	10	Nachhaltige Mobilität
2	Stadt- und umweltverträgliche Organisation des Verkehrs fördern: Erhöhung der Attraktivität und Stärkung des Umweltverbundes	11	Nachhaltige Mobilität
3	Minimierung der negativen Wirkungen des motorisierten Verkehrs auf Mensch und Umwelt	12	Erhalt und Verbesserung der Umweltqualität
4	Wirtschaftsstandort Leipzig stärken	13	Leistungsfähige technische Infrastruktur
5	Steigerung der Qualität des öffentlichen Raums (Magistralen): multifunktionalen öffentlichen Raum gestalten und gleichwertige Mobilitätschancen sichern	14	Qualität im öffentlichen Raum und in der Baukultur



Leipzig 2030
Stadtentwicklungskonzept



Fachkonzept Nachhaltige Mobilität

**Maßnahmenübersicht
verschiedener Verkehrsträger
(aus bestehenden Planungen/Programmen)**

ÖPNV

Komplexe Baumaßnahmen

- Im Bau/kurzfristig geplant
- Ausbau, weitere Priorität

Untersuchungsstrecke

- Neubau Stadtbahn/Straßenbahn
- Umstellung auf Bus

Trassenfreihaltung

- Straßenbahn
- S-Bahn

Zugangsstellen

- Neubau
- Option ZVNL

Straßenverkehr

- im Bau befindliche Maßnahmen
- geplante Maßnahmen
- Promenadenring + erweiterte Innenstadt
- weiterer Untersuchungsbedarf / Trassenfreihaltung

Radverkehr

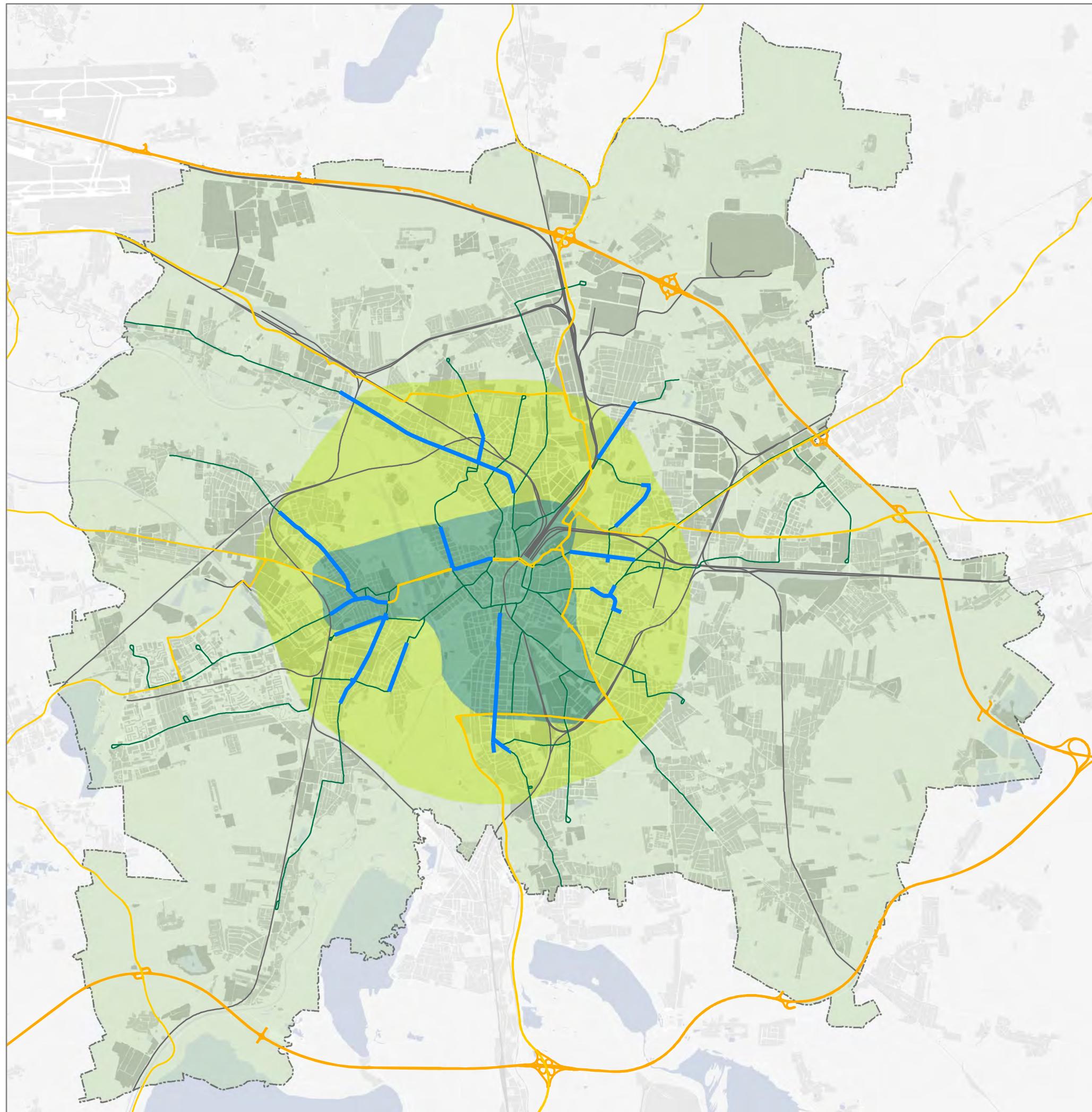
- Maßnahmen 1.+ 2. Priorität aus dem Radverkehrsentwicklungplan

Bestandsnetz

- Straßenbahn
- Straßen
- Bus
- Bahn/S-Bahn
- Park + Ride
- Mobilitätsstation
- Stadtgrenze

Stand: Juni 2018
Bearbeitung: Stadtplanungsamt + AG zum Fachkonzept
Kartengrundlage: Stadt Leipzig,
Amt für Geoinformation und Bodenordnung,
Stand August 2017

0 1 2
Kilometer



Leipzig 2030
Stadtentwicklungskonzept



Fachkonzept Nachhaltige Mobilität

Räumliche Handlungsstrategie

- █ Effizienz multimodal erhöhen (Erweiterte Innenstadt)
 - █ Umweltverbund und Nahmobilität stärken (Innere Stadt)
 - █ Erreichbarkeit nachhaltig entwickeln (Äußere Stadt und Wirtschaftsschwerpunkt Nordraum)
 - Magistralen: Stadtteilidentität und Versorgungsqualität stärken und erhalten
- Netz**
- Straßenbahn
 - S-Bahn
 - Überregionale Straßenanbindung Autobahn und Bundesstraßen

 Stadtgrenze

Stand: Januar 2018
Bearbeitung: Stadtplanungsamt + AG zum Fachkonzept
Kartengrundlage: Stadt Leipzig,
Amt für Geoinformation und Bodenordnung,
Stand August 2017

0 1 2
Kilometer

FACHKONZEPT KLIMASCHUTZ UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR

1. EINLEITUNG

Das Fachkonzept Klimaschutz und Technische Infrastruktur widmet sich der energetischen Stadtentwicklung, der leitungsgebundenen technischen Infrastruktur und der Breitbandversorgung. Vor dem Hintergrund des kommunalen Klimaschutzes und der Auswirkungen des Klimawandels vor Ort werden Aussagen getroffen, um die Treibhausgase auf ein verträgliches Maß von mindestens 2,5 t pro Einwohner und Jahr bis 2050 zu senken (2013: 6,69 t). Dabei wird der Ansatz einer ganzheitlichen Energiegewende verfolgt, der die Bereiche Wärme, Strom und Mobilität aufgreift und im System betrachtet und Wege in die postfossile Energieversorgung aufzeigt. Aufbauend auf einer zentralen robusten, anpassungs- und leistungsfähigen Wasser- und Energieversorgung sind innovative dezentrale Ansätze intelligent mit vorhandenen Netzstrukturen und neuen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu kombinieren. Dabei stellt der Klimawandel zusätzliche Anforderungen an die Infrastruktur.

Im Zuge des stetigen Wachstums Leipzigs rückt die Entwicklung von Bauflächen mit energieeffizienten und netzdienlichen Versorgungslösungen in den Fokus. Abgestimmte Ansätze bei der leitungsgebundenen Ver- und Entsorgung, passgenaue Energiekonzepte sowie der Infrastrukturaufbau für Elektromobilität sind jedoch auch gerade in den Bestandsquartieren, Gewerbe- und Industriegebieten gefragt. Als neues Thema des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes wird die Breitbandversorgung (Glasfaser) als wesentlicher Standortfaktor für Leipzig verankert. Smart City-Ansätze und eine zukunftsähnliche Wirtschaftsstruktur sind auf eine flächendeckende Breitbandversorgung angewiesen.

Den Schwerpunkt dieses Fachkonzeptes bilden eine gesamtstädtische Gebäudebestandsanalyse und eine Analyse der technischen Infrastruktur. Die ermittelten Potenziale werden hinsichtlich ihrer Wirkung den jeweiligen Unterthemen zugeordnet:

- bedarfsgerechte Energieversorgung/Infrastruktur,
- Steigerung der Energieeffizienz,
- Nutzung erneuerbarer Energien,
- Speicherung,
- Sanierung der Bausubstanz sowie
- Elektromobilität.

Die formulierten kommunalen Ziele des Klimaschutzes und der Energieeffizienz werden in verschiedenen Handlungsfeldern überführt und zu räumlichen Schwerpunkten mit Maßnahmebündeln unterstellt. Dadurch entsteht ein flexibles Instrument, um Unterstützungsprogramme für die notwendigen Maßnahmen gezielt einzusetzen.

Verwendete Grundlagen	<ul style="list-style-type: none"> • Energie- und Klimaschutzprogramm 2014 – 2020 • Energie- und Klimaschutzkonzept 2011 • Maßnahmen- und Umsetzungskonzept für E-Mobilität 2017 • fit Wärme und fit Energiedienstleistungen der LEIPZIGER Gruppe • leipzig.leben.morgen – SmartCity-Ansatz der Leipziger Gruppe • Handlungsempfehlungen aus dem SmartCity-Projekt Triangulum
Arbeitsstruktur	Arbeitsgruppe aus: LEIPZIGER Wasserwerke und Stadtwerke, Netz Leipzig, Stadtplanungsamt, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, Amt für Wirtschaftsförderung, Amt für Umweltschutz, Verkehrs- und Tiefbauamt

2. AUSGANGSLAGE

2.1 Aktuelle Situation und Entwicklungen

Die Stadt Leipzig hat seit 1990 einen umfangreichen Strukturwandel vollzogen. Nach Jahren der Schrumpfung und gleichzeitigen Verbesserung der Energieeffizienz stagniert die Minderung der einwohnerbezogenen CO₂-Emissionen seit 2011 auf einem hohen Niveau von 6,7 t pro Jahr (2013). Um eine detailliertere Beurteilung zu ermöglichen, wird seit 2011 eine jährliche Berechnung durchgeführt. Seitdem zeigt sich, dass im Sektor der Haushalte (Anteil von 27 % an den Gesamtemissionen) eine minimale, aber kontinuierliche Senkung der Emissionen und des Energiebedarfs zu verzeichnen ist. Der Wirtschaftssektor (35 %) stagniert in der Reduzierung der Emissionen. Der Verkehr (37 %) zeigt bei den Emissionen pro Einwohner leichte Schrumpfungstendenzen. Anteilig an den Gesamtemissionen wächst die Bedeutung des Verkehrs jedoch zunehmend.

Wohngebäude und Gewerbe

Bei Wohngebäuden stellt der Wärmebedarf zum Heizen der Räume den größten Energieverbrauchsanteil (81 %) dar. Die Spreizung des Gebäudeenergiebedarfs ist dabei sehr hoch. Sie kann bei alten unsanierten Wohngebäuden zwischen ~ 250 kWh/m²a und beim Neubau bis unter 40 kWh/m²a variieren. Insbesondere der mehrgeschossige gründerzeitliche Altbau sowie Siedlungsbau bis 1948 hat, je nach städtebaulicher Situation (offener oder geschlossener Blockrand, freistehend) und Sanierungsstand, den höchsten Energiebedarf. Einen spezifisch ähnlich hohen Energiebedarf haben Einfamilienhäuser, die vor 1990 errichtet wurden.

Der Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD) ist vor allem durch einen hohen Strombedarf gekennzeichnet. In Deutschland entfallen rund 15 % des Endenergieverbrauchs auf diesen Bereich. Zwischen dem Jahr 2000 und 2013 konnte der Energieverbrauch in Leipzig bereits um gut 4 % gesenkt werden.

Energiebereitstellung (Wärme)

Aktuell ist die Wärmeversorgung in Leipzig durch einen hohen Anteil an dezentralen Gaskesseln (Emissionsfaktor: 245 t CO₂ /GWh) geprägt. Knapp 2.904 GWh wurden im Jahr 2013 verbraucht. Diese kleinteilige Wärmeversorgung ist gekennzeichnet durch eine lange Nutzungsdauer und eine stark sinkende Effizienz im Zusammenspiel mit alten Heizungspumpen und trägt somit erheblich zum Energieverbrauch bei.

Das Rückgrat der energieeffizienten Wärmeversorgung stellt jedoch die Fernwärme auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung (168 t CO₂ /GWh) dar. Die Fernwärme wird durch das Gas- und Dampfturbinen Kraftwerk (GuD) im Zentrum Nord mit 540 GWh und das Kraftwerk Lippendorf mit 1.195 GWh bereitgestellt. Für die Sicherung und als Instrument des optimierten Lastmanagements wurden 2015 neue Wärmespeicher auf dem Gelände Süd-Ost an der Arno-Nitsche-Straße in Betrieb genommen. Bei besonderen Lastspitzen und Kälteeinbrüche können bis zu drei Heizwerke zugeschaltet werden.

Der Anteil von erneuerbaren Energien ist seit 2011 geringfügig auf 0,48 % des Gesamtenergiebedarfes (2013) gestiegen. Einzig der Anteil der Umweltwärme (Wärmepumpen) ist in dieser Zeit signifikant um knapp 4 GWh auf nun 13,6 GWh gestiegen. Der Einsatz von Biomasse (5,5 GWh) und solarthermischen Anlagen (4,4 GWh) bleibt weiterhin eine Ausnahme. Damit findet die Hauptanwendung von erneuerbaren Energien in Einfamilienhausgebieten, im Neubau und nur in wenigen Einzelfällen auch in den Bestandsgebieten statt. Effiziente BHKW-Anlagen auf Erdgas-Basis stagnieren ebenfalls auf einem niedrigen Niveau bei 19,8 GWh (2011: 19,6).

Seit 2015 haben die Leipziger Stadtwerke mit Pilotprojekten zur Einbindung von erneuerbaren Energien in das Fernwärmennetz begonnen. Dabei wurden Studien zur Standortuntersuchung von Gebäude- und Freiflächen für Großsolarthermieanlagen, zur Verwendbarkeit der oberflächennahen, geothermischen Systeme in Leipzig, zur Wärmeversorgung und Wärmespeicherung im Mittel- und Niedertemperaturbereich sowie zur Laststeuerung in Auftrag gegeben. Die Nutzung von Abwärme wird regelmäßig geprüft, jedoch sind die Potenziale in Leipzig nur marginal vorhanden.

Leitungsgebundene technische Infrastruktur

Fernwärme

Der Betrieb, die Instandhaltung und strategische Weiterentwicklung der Fernwärmesysteminfrastruktur wird im gesamten Stadtgebiet Leipzigs von der Leipziger Stadtwerke Gruppe gewährleistet. Die Fernwärme wird mit einem Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung von 99,6 Prozent und einem Primärenergiefaktor von 0,31 bereitgestellt. Dabei ist die Fernwärme aus hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung eine anerkannte Ersatzmaßnahme für erneuerbaren Energien. Der Anteil an der Fernwärme an der Gesamtwärmebedarfsdeckung in Leipzig beträgt aktuell ca. 34 %.

Mit einer Länge von rund 480 Kilometern und über 5.500 versorgten Kunden, zählt das heutige Fernwärmesystem Leipzigs zu einem der größten in Europa. Es umfasst das Fernwärmeverbundnetz und daran angekoppelte Fernwärmesteilnetze sowie Inselnetze. Das Fernwärmeverbundnetz wird gleitend betrieben.

Etwa 288 km des Fernwärmesystems sind erdverlegte Kunststoffmantelrohre mit Leckwarnsystem und entsprechen dem aktuellen Stand der Technik. Etwa 160 km sind Leitungen in begehbarer oder nicht begehbarer Kanälen und 32 km sind oberirdische Freileitungen. Für die Netze und Anlagen liegen Ersatzstrategien vor. Die finanziellen Mittel für die mittel- und langfristige Umsetzung werden in Investitions- und Instandhaltungsplänen geplant. In den letzten Jahren erfolgten umfangreiche Erneuerungsmaßnahmen.

Der mittlere Energieabsatz beträgt durchschnittlich 1.350 GWh pro Jahr. Seit 2009 konnten die Leipziger Stadtwerke mehr als 117 MW neu an das bestehende Fernwärmesystem anschließen. Dies entspricht dem Wärmebedarf von fast 40 000 Wohnungen. Insbesondere in den Bereichen Leipziger Westen (u.a. Trainingszentrum am Cottaweg), Alt-Lindenau und Leutzsch wurden neue Gebiete erschlossen. Zusätzliche Trassenerweiterungen fanden zum Lindenauer Hafen und in Lindenau und Plagwitz statt. Zusätzlich wurde die Wärmeleistung durch Modernisierungen am GuD, dem Heizwerk Heiterblick und einem Wärmespeicher besichert.

Gasnetz

Der strategische Ausbau und die Instandhaltung des bestehenden Leipziger Gasversorgungsnetzes erfolgt durch die Leipziger Stadtwerke Gruppe. Das Netz umfasst insgesamt 1.058 km und versorgt 36.454 Abnahmestellen mit Gas. Bis 2005 ist das Verteilnetz grundlegend modernisiert worden und das Gussnetz durch ein modernes PE-Netz ersetzt worden. Das Verteilnetz Gas erfüllt damit heute alle Anforderungen gemäß den Anforderungen des Energiewirtschaftsgesetz (EnWG).

Im Bereich der Gasversorgung besteht das Netz im Konzessionsgebiet Leipzig aus den Druckstufen PN 25 und PN 4 (Hochdruck) sowie PN 1 (Niederdruck, erhöhter Niederdruck und Mitteldruck). Das Netz ist ausgelegt auf ein großstädtisch geprägtes Versorgungsgebiet mit verdichteter innerstädtischer Bebauung, großflächigen Wohnquartieren, Industrie- und Gewerbegebieten sowie in den Wohngebieten am Stadtrand mit aufgelockerter Bebauung.

Das Hochdrucknetz umfasst insgesamt 177 km, das Mitteldrucknetz 185 km und das Niederdrucknetz erstreckt sich über eine Länge von insgesamt 696 km, jeweils einschließlich Anschlussleitungen.

Im Gasnetz sind zwei große sowie zwei kleinere Übernahmeregelanlagen der Stadtwerke Leipzig installiert. Weiterhin wird das Erdgas in ca. 250 Gasdruckregelanlagen der Stadtwerke Leipzig auf die für die Kunden erforderliche Druckstufe entspannt bzw. wird der Ausgangsdruck entsprechend der vorhandenen Rohrleitungssysteme über diese Anlagen ferngesteuert. Zum aktiven kathodischen Korrosionsschutz des Hochdrucknetzes werden die entsprechenden Anlagen betrieben. Die Stadtwerke Leipzig verfügen über zwei eigene moderne Einrichtungen für den Zusatzgeruchsintensiver Substanzen (Odorierung) des eigentlich geruchlosen Erdgases.

Stromnetz

Der Betrieb, die Instandhaltung und strategische Weiterentwicklung der Stromnetzinfrastruktur wird im gesamten Stadtgebiet Leipzigs seit 1992 von der Leipziger Stadtwerke Gruppe gewährleistet. Die jährliche elektrische Maximallistung Leipzigs lag in den letzten 10 Jahren bei ca. 300 MW. Signifikante

An- oder Abstiege sind nicht zu verzeichnen. Die bezogene elektrische Arbeit betrug 2010 1.642 GWh und 2016 1.625 GWh.

Das GuD im Zentrum-Nord erzeugt in Kraft-Wärme-Kopplung Wärme für Leipzig und speist über die Hochspannungsschaltanlage eines Umspannwerkes mit mehreren Leitungen Strom in das 110-kV-Netz ein. Es werden Stromnetze mit drei verschiedenen Spannungsebenen betrieben (Hoch-, Mittel- und Niederspannung). Das Hochspannungsnetz verfügt über zwei Einspeisepunkte zum übergeordneten Netz in Zwenkau und Taucha.

Für die Netze und Anlagen liegen Ersatzstrategien vor. Die finanziellen Mittel für die mittel- und langfristige Umsetzung werden in Investitions- und Instandhaltungsplänen bereitgestellt. Die Realisierungszeiträume werden unter Berücksichtigung der Bedeutung der Anlagen für die Gewährleistung der Versorgungszuverlässigkeit und wirtschaftlicher Kriterien festgelegt. In den letzten Jahren erfolgten umfangreiche Erneuerungsmaßnahmen.

In das Leipziger Stromnetz wurden im Jahr 2013 119 GWh erneuerbarer Strom eingespeist. Der größte Anteil wird durch Biomasse- (48 GWh) und Photovoltaikanlagen (40 GWh) erzeugt. Die Energieerzeugung aus Wind (28 GWh), Deponiegas (13 GWh) und Wasser (1 GWh) folgt mit großem Abstand. Die Anlagen befinden sich über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Die Hauptlast wird jedoch von wenigen großen Einzelanlagen im Außenbereich erzeugt. Eine kleinteilige erneuerbare Stromerzeugung in den Bestandsgebieten hat sich bisher nicht etabliert.

Wasser- und -entsorgung

Der Betrieb der Trink- und Abwassernetze wurde durch die Stadt Leipzig an die Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH übertragen. Die Gesamtlänge des Abwassernetzes beträgt 2.561 km, die des Trinkwassernetzes 3.431 km. Eine lokale Besonderheit ist der im bundesdeutschen Vergleich niedrige spezifische Wasserverbrauch im Versorgungsgebiet. So lag der Pro-Kopf-Tagesverbrauch im Jahr 2011 bei nur 85,9 Litern. Im Jahr 2015 ist der Wert zwar auf 91,7 Litern pro Einwohner und Tag wieder leicht angestiegen, jedoch noch immer um gut 24 % geringer als der bundesdeutsche Durchschnitt von 121 Litern.

Die Abwässer der Stadt Leipzig werden hauptsächlich über Mischwasserkanalisationen abgeleitet. Der Frage des Rückhalts von Mischwasser zur Vermeidung des Eintrages von Schmutzstoffen zur Reduzierung der Gewässerbelastungen kommt hier eine große Bedeutung zu. Die erarbeiteten Konzepte und die vielfältigen realisierten Maßnahmen beinhalten eine verstärkte Rückhaltung von Mischwasser-volumen. Neben den „normalen“ Regenereignissen kommt es im Zusammenhang mit den klimatischen Veränderungen zu regelmäßigen Starkregenereignissen.

Weiterhin besteht ein Sanierungsstau im Bereich der Netzanlagen. Insbesondere im innerstädtischen Bereich haben viele Kanäle und Trinkwasserleitungen das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht und müssen entweder grabenlos oder in offener Bauweise saniert bzw. erneuert werden. Die erarbeiteten Sanierungsstrategien umfassen Investitionen in die Netzinfrastruktur von 40 Mio. Euro, um die Ver- und Entsorgungssicherheit kontinuierlich auf hohem Niveau und mit konstanter Qualität zu gewährleisten. Hinzu kommt der Ausbau aufgrund des Wachstums.

Elektromobilität

Die Elektromobilität stellt das Rückgrat des öffentlichen Personennahverkehrs dar. Neben den Straßen- und S-Bahnen ergänzen erste Hybrid- und Elektrobusse den elektrischen Fuhrpark des ÖPNV. Auch die kommunalen Unternehmen haben bereits 70 Elektrofahrzeuge in ihre Fuhrparks integriert. Ein Großteil des angemeldeten Fahrzeugbestandes in Leipzig hat jedoch weiterhin klassische Verbrennungsmotoren mit Benzin und Diesel.

Im Jahr 2014 gab es nahezu doppelt so viele elektrische Fahrzeuge in der Stadt wie 2012 mit 964 Hybrid- und 142 reinen Elektrofahrzeugen. Diese Entwicklung ist jedoch nicht gekoppelt an eine Verdrängung von konventionellen Kraftfahrzeugen, deren Anzahl im selben Zeitraum um 8.000 Fahrzeuge gestiegen ist.

Die Stadt Leipzig hat gemeinsam mit der Leipziger Gruppe auf diese Entwicklung mit der Einführung von Mobilitätsstationen und Ladepunkten im Stadtgebiet reagiert. Aktuell gibt es 160 öffentlich nutzbare

Ladepunkte in Leipzig und Umgebung. Für die Buslinie 89 und die 25 eigenständigen Mobilitätsstationen sind gesonderte Ladepunkte errichtet worden. Die Ladestationen werden dabei mit erneuerbaren Strom versorgt.

Digitalisierung und Breitbandversorgung

Die Breitbandversorgung erfolgt in Leipzig durch die Telekom und weitere private Unternehmen. Eine organisatorische Verankerung des Themas Netzausbau wurde im Rahmen einer beauftragten Schwachstellenanalyse zum Breitbandausbau im Jahr 2016 erstmals festgelegt. Die Ergebnisse der Analyse bilden die Grundlage für den Netzausbau mit Hilfe von Bundes- bzw. Landesförderung zur Deckung der unrentierlichen Kosten.

Der Ausbau des Netzes erfolgt dabei parallel und ohne Abstimmung zwischen den Unternehmen. Objektkonkrete Daten zur Breitbandversorgung liegen nicht vor und können bislang in keine gesamtstädtische Analyse einfließen. Nach aktuellen Angaben des DiOS-Atlas (Digitale Offensive Sachsen) liegt die Breitbandversorgung mit über 50 Mbit/s im Leipziger Stadtgebiet bei 84,7 %. Insbesondere in den nördlichen und südöstlichen Randbereichen gibt es Defizite bei der Versorgung. Kleinräumig sind im gesamten Stadtgebiet einzelne Versorgungsdefizite festzustellen.

2.2 Entwicklungserwartungen

Der absolute Energiebedarf wird in Leipzig auch in den kommenden Jahren weiter steigen. Unter den Rahmenbedingungen einer weiteren Einwohnerzunahme, einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung, der Erschließung von neuen Wohn- und Gewerbestandorten und einem weiterhin hohen Mobilitätsbedürfnis sind Wärme, Strom und Kraftstoffe gleichzeitig davon betroffen. Verstärkt wird diese Entwicklung zusätzlich durch eine Veränderung von Lebensstilen, wie u. a. einen steigenden Anteil an Single-Haushalten und steigender Wohnfläche pro Kopf.

Eine Priorisierung der Innenentwicklung vor Außenentwicklung sowie eine Priorisierung von Neubau, insbesondere von Mehrfamilienhausbau, entlang von ÖPNV-Achsen bieten weiterhin positive Rahmenbedingungen für die Senkung des Energiebedarfs pro Einwohner.

Begleitet wird die Entwicklung von zu erwartenden erheblichen rechtlichen Änderungen in allen Teilbereichen der Energiewende. Die Regulierungen des letzten Jahrzehntes haben bereits gezeigt, wie schnell sich die Energiewirtschaft wandeln kann. Dabei wird der Schwerpunkt der Regulierung insbesondere auf die Änderung des Energieträgers (Primärenergie) abzielen und anschließend Effizienz und Einsparung in den Fokus rücken. Somit wird der Strom-, Wärme- und Kraftstoffbedarf bis 2030 zu einem hohen Anteil auf erneuerbare Energien umgestellt sein.

Dies hat direkte Auswirkungen auf die kommunalen Unternehmen der Stadt Leipzig. Die Leipziger Stadtwerke werden in den kommenden Jahren die Transformation der Fernwärme gestalten. Ein möglicher Kohleausstieg in den nächsten zwanzig Jahren erfordert die Schaffung von neuen Kapazitäten und eine zunehmende Integration von erneuerbaren Energien. Hierbei werden lastflexible, dezentrale Erzeugeranlagen die Versorgungssicherheit und Netzstabilität gewährleisten. Damit einher geht eine Digitalisierung der Ver- und Entsorgungsnetze. Die Flexibilität des Netzes wird deutlich erhöht und ein erheblicher Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende geleistet.

Im Rahmen der weiteren Entwicklungsdynamik und der gesetzlichen Rahmenbedingungen, wird insbesondere die WärmeverSORGUNG der Gebäude im Gefüge eines Quartiersansatzes auf erneuerbare Energien in Kombination mit Kraft-Wärmekopplung (gleichzeitig Strom und Wärmeerzeugung) ins Zentrum rücken. Strom und Wärme werden dabei intelligent verknüpft und in die vorhandenen Netzstrukturen integriert. Das gilt vor allem für die historischen Stadtquartiere mit hohem Denkmalschutzanteil, bei denen bis 2030 nur noch geringe Senkungen des Energiebedarfs durch umfangreiche bauliche Maßnahmen zu erwarten sind.

Das Wachstum der Stadt hat insbesondere für die technische Infrastruktur positive Effekte, da sie besser ausgelastet, sowie günstiger und wirtschaftlicher betrieben werden kann. Dabei wird die Verknüpfung der unterschiedlichen Energiebedarfe über den Tagesverlauf effiziente und netzdienliche energetische Lösungen ermöglichen.

Als neue Handlungsfelder müssen die Integration von Kältenetzen (Absorptionskälte) in stark über-

wärmten Quartieren, neue Arbeits- und Beteiligungsstrukturen zur Umsetzung einer ganzheitlichen Energiewende im Quartier und das Themenfeld Elektromobilität als kommunale Gemeinschaftsaufgabe von Stadtverwaltung und kommunalen Unternehmen etabliert werden. Dabei wird bis 2020 und nachfolgend die Elektromobilität aus dem Blickwinkel der Energiewende und den europäischen Anforderungen zur Luftqualität an Bedeutung gewinnen.

In den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren werden alle Busse und Bahnen sowie Car-Sharing auf Elektromobilität setzen. Der steigende Strombedarf bei gleichzeitiger punktuell hoher Verfügbarkeit erfordert eine Anpassung des städtischen Stromnetzes, der Ausweisung von geeigneten Flächen und sollte mit einer regionalen erneuerbaren Energiegewinnung verknüpft werden.

Auch die Leipziger Wasserwerke setzen in den kommenden Jahren eine Restrukturierung des Trinkwassersystems um. Das Konzept legt die zukünftige Struktur der äußeren Verteilung fest und gestattet eine wesentliche Reduzierung der Betriebs- und Investitionskosten. Es beinhaltet neben dem Wasserwerk Fuchshain und dem Weststringschluss auch eine grundlegend veränderte Wasserverteilung und Speicherung gegenüber dem Ist-Zustand.

Die beschlossene grundsätzliche Restrukturierung des Leipziger Trinkwassersystems wird einen Zeitraum von vielen Jahren einnehmen. Sie erfordert eine umfangreiche Untersetzung durch weitergehende Studien für einzelne Standorte, zum Zusammenwirken von äußerer und innerer Verteilung, zur abschließenden genauen Dimensionierung, zur Sicherheitsphilosophie sowie für die Berücksichtigung der zahlreichen Übergangszustände während der Transformationsphase.

2.3 Stärken, Schwächen und Herausforderungen

Die Stadt Leipzig ist die Energiemetropole Mitteldeutschlands. Wichtige Unternehmen der Energiewirtschaft, wie die Leipziger Stadtwerke, die Energieforen, EEX, VNG und diverse start ups haben ihren Firmensitz in Leipzig und sind zusammen mit der Hochschullandschaft durch unterschiedliche Foren und die Cluster-Strategie der Stadt Leipzig eng vernetzt. Zentraler Akteur für die Umsetzung der lokalen Energiewende ist dabei vor allem die hundertprozentige kommunale Leipziger Stadtholding mit Stadtwerken, Wasserwerken und Verkehrsbetrieben. Damit ist die technische Infrastruktur der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand.

Der Zustand der Ver- und Entsorgungsstruktur ist in einem guten und leistungsfähigen Zustand. Zeitgleich gibt es einen Sanierungsstau bei den kommunalen Wasserwerken und Leipziger Verkehrsbetrieben. Eine Koordinierung der Baumaßnahmen zwischen Stadtverwaltung und kommunalen Unternehmen findet regelmäßig statt. Die Tochterunternehmen der Stadtholding betreiben neben den Versorgungsnetzen auch eigene Klärwerke und Kraftwerke. Von zentraler Bedeutung für Leipzig, eine Stadt mit dichter, historisch geprägter Bebauung ist die Versorgung mit Fernwärme in den innenstadtnahen Quartieren. Das vorhandene Fernwärmennetz ermöglicht eine energieeffiziente Versorgung und verringert erheblich die Anzahl an objektbezogenen Heizungssystemen und Emittenten.

Die steigende Einwohnerzahl und eine Verdichtung der innerstädtischen und urbanen Gebiete tragen zur Auslastung der Netze bei und steigern deren Effizienz. Dabei kann eine strategische Steuerung von Neubauflächen dazu beitragen, bestehende Infrastrukturkapazitäten optimal zu nutzen und daneben mit Pilotprojekten im Quartier die Transformation der Wärmeversorgung und des Regenwassermanagements zu gestalten. Das noch vorhandene Potenzial an Brachen und ausgewiesenen Wohngebieten vergrößert den Handlungsspielraum, klimaangepasste und resiliente Versorgungsstrukturen zu errichten.

Durch die hohe FernwärmeverSORGUNG insbesondere in den denkmalgeschützten und stadtbildprägenden historischen Quartieren können die wirtschaftlichen und technischen Hindernisse zur Reduzierung des Energiebedarfs im Denkmalschutz durch einen niedrigen Primärenergiefaktor kompensiert werden. Die FernwärmeverSORGUNG trägt damit maßgeblich zur Minimierung der Treibhausemissionen in Leipzig bei.

Die Integration von erneuerbaren Energien ist im gesamten Stadtgebiet möglich. Potenzialanalysen haben die Bedeutung von Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie und - mit Abstrichen - Windenergie (repowering) aufgezeigt. Die Nutzung der Potenziale kann einen erheblichen Beitrag zur erneuerbaren Energieversorgung in Leipzig liefern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgt bisher nur auf geringem Niveau und war von wenigen Großanlagen und einer Vielzahl sehr kleiner Anlagen im Zusam-

menhang mit Neubauvorschriften geprägt. Kein Potenzial haben jedoch größere geothermische Kraftwerke in der Region Leipzig.

Dem gegenüber stehen rechtliche Unsicherheiten und Hemmnissen mit direkten Folgen für die Energiewirtschaft, die Leipziger Wohnungsmarktakteure und die Wirtschaftsstruktur. Insbesondere der wirtschaftliche Betrieb der kommunalen Gas- und Dampfturbinenanlage und die verbleibende Laufzeit des Kraftwerks Lippendorf sind eng mit bundespolitischen Weichenstellungen verknüpft.

Durch die hohe Anzahl an kleinen und mittleren Unternehmen in Leipzig sind meist keine eigenen Kompetenzen zur energetischen Optimierung von Gebäuden und Anlagen vorhanden. Daher besteht insbesondere in diesem Bereich ein hohes Einsparpotenzial bei gleichzeitig erhöhtem Beratungsbedarf. Problematisch stellt sich aber dar, dass es in vielen kleinen und mittleren Unternehmen schwierig ist, sich externe Beratungsleistung einzukaufen.

Die geringe Sanierungsquote der letzten Jahre führt insbesondere bei den Heizungsanlagen zu einem absehbaren Sanierungsstau. Dabei können alle Heizungsanlagen, die vor dem Jahr 2000 eingebaut wurden oder älter als 15 Jahre sind, als erneuerungsbedürftig eingeschätzt werden. Bereits heute verpflichtet das Erneuerbare-Energien-Wärmegegesetz Eigentümer von Neubauten zur anteiligen Nutzung von erneuerbaren Energien. Aktuell führt eine Heizungsmodernisierung aber nur im Einzelfall zur Integration von erneuerbaren Energien oder KWK-Anlagen (Kraft-Wärme-Kopplung). In Zusammenhang mit einem abnehmenden Heizenergiebedarf, der demographischen Entwicklung und dem langfristigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern in Richtung Biogas reicht eine klassische zustandsorientierte Instandhaltung und der 1:1 Ersatz von Anlagen und Leitungen nicht mehr aus. Es müssen angepasste Lösungen in Richtung Biogas und Einbindung von höheren Wasserstoffanteilen im Netz entwickelt werden. Demgegenüber haben insbesondere die Wohnungs- und Baugesellschaften in den letzten Jahren zumeist komplex saniert und in Teilen Sanierungsfahrpläne erarbeitet, um die zukünftige Entwicklung der Immobilien planbar zu gestalten.

Die Eigentümerstruktur im Leipziger Altbaubestand ist sehr kleinteilig und divers. Klein und Einzeleigentümer von Gebäuden sowie kleine und mittlere Unternehmen sind nur im geringen Maße Treiber der Energiewende und setzen energetische Optimierungen um. So sind Kohleöfen, Heizölanlagen, neben anderen veralteten und ineffizienten Anlagen im Betrieb. Moderne Technologien, wie u. a. die Integration von Kraft-Wärme-Kopplung und die Nutzung von Abwärme sind weniger verbreitet, da häufig nur die bestehenden Geräte getauscht werden. In Folge ist ein Sanierungsstau bei den Heizungsanlagen und anderen technischen Anlagen (Pumpen) zu verzeichnen. Der hohe Denkmalschutzanteil in den Altbauquartieren schränkt die Handlungsmöglichkeiten bei der Fassadensanierung ein.

Die kommunalen Wasserwerke stehen vor der Herausforderung, die Sanierung der bestehenden Ver- und Entsorgungsinfrastruktur vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, des sich abzeichnenden Klimawandels mit zunehmenden Unwettern, und der Diskussion um weitergehende Anforderungen an die Abwasserbehandlung zur Reduzierung anthropogener Spurenstoffe sowie die Klärschlammensorgung umzusetzen. Der Frage des Rückhaltes von Mischwasser für die Vermeidung des Eintrages von Schmutzstoffen zur Reduzierung der Gewässerbelastungen kommt hier eine steigende Bedeutung zu. Neben den „normalen“ Regenereignissen ist im Zusammenhang mit den klimatischen Veränderungen aber auch zunehmend die gefahrlose Rückhaltung und Ableitung von Starkregenereignissen eine neue Aufgabe.

Zusammengefasst ergeben sich die nachfolgenden Herausforderungen:

- Koordinierte technische Infrastrukturentwicklung zwischen Kommune und dem Netzbetreiber (im Bestand, Brachflächenrevitalisierung und Neubaufächenausweisung)
- Initiierung der Wärmewende im Bestand entsprechend der städträumlichen Rahmenbedingungen und mit angepassten energetischen Qualitätsstufen
- Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten und smarten Ver- und Entsorgungsstruktur unter steigendem Anteil von Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbaren Energien sowie der intelligenten Nutzung von Energiespeichern
- Berücksichtigung von Gewerbe und Industrie in der energetischen Erschließungsplanung – nachhaltige Nutzung von erneuerbaren Quellen zur Versorgung von Gebäuden in räumlicher Nähe
- Steigerung des Anteils der Elektromobilität auf Basis von erneuerbaren Energien beim ÖPNV, Car-Sharing, Wirtschaftsverkehr und MIV

3. HANDLUNGSSTRATEGIE

3.1 Ziele und Maßnahmenbündel

Das Fachkonzept konkretisiert die strategischen Ziele des INSEK „Leipzig setzt auf Lebensqualität“ und „Leipzig steht im Wettbewerb.“ Dabei werden insbesondere die Handlungsschwerpunkte zur vorsorgenden Klima- und Energiestrategie zur leistungsfähigen technischen Infrastruktur und zum vorsorgenden Flächen- und Liegenschaftsmanagement mit konkreten Maßnahmenbündeln unterstellt.

Die Umsetzung einer ganzheitlichen Energiewende (Strom, Wärme, Mobilität) ist dabei ein zentrales Handlungsfeld zwischen Stadtverwaltung und den kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge. Dabei sind Schnittstellen und Ressourcen optimal abzustimmen und mittel- bis langfristige Ziele und Prämissen gemeinsam abzustimmen und in den Eigentümerzielen und Stadtratsbeschlüssen zu verankern. Einher geht eine Verschiebung der MaßnahmenSchwerpunkte vom Objekt zur integrierten Be- trachtung der Ver- und Entsorgungssysteme von der Quartiers- bis Stadtbene.

Der Erhalt und die intelligente Transformation der Ver- und Entsorgungssysteme sowie die punktuelle Erweiterung im Rahmen der Entwicklung neuer Wohnaugebiete und Gewerbestandorten erfordern erhebliche Investitionen in die Infrastruktur. Diese Kosten haben direkte und indirekte Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt.

Nachstehend werden die Ziele des Fachkonzeptes aufgezeigt und mit Maßnahmenbündel unterstellt.

Ziel 1: Strategische Integration der Themen Energiewende und Klimaschutz in die laufenden Prozesse der Stadtentwicklung und -erneuerung

Die Notwendigkeit einer energetischen und klimaangepassten Stadt(teil)entwicklung ist, neben den klassischen Handlungsfeldern, im Zuge des Klimawandels stetig wachsend. Die konsequente Umsetzung der Energiewende auf dem Weg zur postfossilen Gesellschaft ist dafür notwendig. Um diesem Thema gerecht zu werden, müssen neben dem Fokus auf vereinzelte Pilotprojekte langfristige und verbindliche strategische Grundlagen innerhalb der Stadtverwaltung und mit den kommunalen Unternehmen entwickelt werden, um die langfristigen Investitionen abzusichern. Die Leipziger Besonderheit, dass Stadtwerke, Wasserwerke, Netz und LVB in kommunaler Hand sind, wird intensiver im Rahmen einer nachhaltigen Stadtteilentwicklung genutzt und über Eigentümerziele und Konzessionsverträge gefestigt. Somit können gegensätzliche Zielstellungen innerhalb der kommunalen Familie ausgesteuert werden.

Maßnahmenbündel:

M 1.1	Etablierung einer strategischen Planungskultur mit den Ver- und Entsorgern und deren Netzbetreibern Etablierung von strategischen Arbeitsgruppen und Schnittstellen zur Entwicklung von langfristigen Zielen, Handlungsfeldern und Schwerpunkten (u. a Transformation Wärmeversorgung, Klimawandelanpassung etc.). Schaffung von Grundlagen für die gemeinsame Bewertung und Priorisierung von Lösungsansätzen zur Optimierung des Gesamtsystems.
M 1.2	Abstimmung zu städtebaulichen Planungen Im Rahmen von städtebaulichen Wettbewerben sowie der Aufstellung von Bebauungsplänen sind Ziele zur netzdienlichen Energieversorgung, zur Solaroptimierung, zum Regenwassermanagement, zu Gebäudestandards und zur stellplatzreduzierten Erschließung zu entwickeln (u.a. Durchführung eines Klimachecks). Die Umsetzung der Ziele ist über die Aufnahme in städtebauliche Verträge, die zwischen der Stadt und dem Investor geschlossen werden, zu gewährleisten. Im Rahmen von Pilotprojekten sind quartiersbezogene Klima- und Energiekonzepte zu erstellen, die auf ihre Übertragbarkeit auf andere Gebiete zu prüfen sind.
M 1.3	Ergänzung bestehender integrierter Stadtteilkonzepte um Aspekte der Energieeffizienz, Klimaschutz, Klimaresilienz sowie Neuauftstellung innovativer energetischer Sanierungsstrategien / -konzeptionen auf Quartiersebene

	Fortschreibung, Neuaufstellung und Weiterentwicklung von kurz-mittel-langfristigen Konzepten zur integrierten Umsetzung von energetischen Sanierungsstrategien auf Quartiersebene. Innerhalb von Schwerpunktgebieten ist die Erarbeitung von teilaräumlichen Klimaschutz- und Infrastrukturkonzepten mit den Ver- und Entsorgern und deren Netzbetreibern unter den Prämissen: Netzdienlichkeit, Ökonomie, Ökologie und Sozialverträglichkeit als Grundlage zu erarbeiten und die Einrichtung von energetischen Sanierungsmanagements in Gebieten mit städtebaulichen Missständen zu prüfen.
M 1.4	Integration von Themen der nachhaltigen Mobilität in Stadtteilkonzepte Zur Senkung der Treibhausgase ist die Vernetzung der Mobilitätsangebote im Stadtteil mit einer gleichzeitigen Stärkung der Elektromobilität erforderlich. Kleinräumige Einbindung des Umweltverbundes, Errichtung von Car-Sharing-Stationen im öffentlichen Straßenraum und der konzeptbasierte Ausbau einer flexiblen und leistungsfähigen Ladeinfrastruktur in Wohnquartieren sowie die Weiterentwicklung der Echtzeitinformationsangebote (ITK) sind zentrale Bestandteile (s. Fachkonzept Mobilität).
M 1.5	Weiterbildung und Austausch mit Hochschulen und externen Wissensträgern Die Vermittlung durch Hochschulen bzw. externe Wissensträger sowie ein gezielter Fachaustausch mit kommunalen Unternehmen und Kommunen ist zum Thema sektorale Vernetzungslösungen und Digitalisierung im Sinne einer Smart-City zu befördern.

Ziel 2: Initiierung der Wärmewende im Gebäudesektor und Etablierung nachhaltiger Lösungen zur Ver- und Entsorgung sowie Finanzierung

Der Gebäudebestand ist durch die Initiierung der Wärmewende energieeffizient und energiesparend weiterzuentwickeln. In Stadtquartieren mit besonderem Handlungsbedarf helfen energetische Quartierskonzepte, die wichtigsten Stellschrauben zu identifizieren. Hierzu gehört die Einbindung der kommunalen Gebäude als Ausgangspunkt für innovative Ver- und Entsorgungsprojekte inklusive Speicherlösungen. Die Steigerung der Sanierungsquote ist insbesondere bei bestehenden Mehrfamilienhäusern und Gewerbeobjekten deutlich zu erhöhen, da hier die höchsten Einsparungen erzielt werden können. Dabei stehen insbesondere die Erneuerung der Wärmeversorgungsanlagen und die Speicherung, inklusive Wärmeverteilung, im Fokus. Ziel ist ebenso der Abbau der Investitionshemmisse durch alternative bzw. niederschwellige Finanzierungsinstrumente.

Maßnahmenbündel:

M 2.1	Sanierung und Steigerung der Energieeffizienz der kommunalen Gebäude Umsetzung und Qualifizierung der Sanierungsplanung (10 - 15 Jahre) für die kommunalen Gebäude, die mittelfristig weiter als Infrastruktur für die Stadt Leipzig genutzt werden. Bei der Modernisierung der Heizungsanlagen ist die Nutzung von Fernwärme sowie weiterer KWK-Anlagen mit Einbindung von erneuerbaren Energien bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit vorzunehmen. Ungenutzte Dachflächen werden zur Nutzung des solaren Potenzials ausgeschrieben. Eine Direktannahme des Stroms ist möglichst umzusetzen. Denkmalschutzobjekte oder Gebäude mit geschützten Fassaden sollten bei der Umsetzung von innovativen Pilotprojekten gezielt ausgewählt werden.
M 2.2	Neubau kommunaler/öffentlicher Gebäude Initiierung von Modell- bzw. Pilotvorhaben (z. B. Energieplusstandards, innovative Energieversorgung, HANEST-Station) sowie die Umsetzung von Modellvorhaben zur Quartiersversorgung (z. B. öffentl. Gebäude, Wohnen, Gewerbe) mit Wärme und Strom.
M 2.3	Umsetzung von Einsparpotenzialen bei kommunalen Gebäuden und Eigenbetrieben Die Ergebnisse der Energieaudits der kommunalen Unternehmen und die Anforderungen an eine energieeffiziente Stadtbeleuchtung sind bei allen Baumaßnahmen und Straßenbauvorhaben zu berücksichtigen.
M 2.4	Zusammenarbeit und Unterstützung von Investoren bei der Entwicklung und Umsetzung von energieeffizienten und wirtschaftlichen Lösungen

	Gemeinsam mit Investoren und Großeigentümern (u. a. LWB) werden Quartierslösungen entwickelt und die Übertragbarkeit von Lösungsansätzen in weitere gemeinsame Modellvorhaben ermöglicht. Dabei werden im Sinne der bürgerschaftlichen Mitgestaltung u. Partizipation auch innovative Beteiligungsformate, gemeinschaftliche Betreibermodelle und deren technische Realisierung erprobt und hinsichtlich ihrer Sozialverträglichkeit geprüft. Bei Bedarf sollten hierzu gezielt externe Berater bzw. Wissensträger einbezogen werden.
M 2.5	Akquise passgerechter Fördermittel und Etablierung von alternativen Finanzierungsinstrumenten Neben der Nutzung von Fachförderung für notwendige Investitionen stellt die Akquise bzw. Beantragung anderer Förderprogramme (u. a. Bund-Länder Programme, EU, KfW, SAB-Modellmittel) eine weitere Möglichkeit zur Finanzierung dar. Als Ergänzung sind alternative kurzfristig und langfristig angelegte Finanzierungsinstrumente (z. B. Bürgerfinanzierung durch Energiegenossenschaften, Genussscheine, Contracting, Mieterstrommodelle etc.) zu prüfen und einzubeziehen.
M 2.6	Kommunikation/ Beratung/ Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der energetischen Haushalts- / Eigentümerberatung Mit zielgerichteter Öffentlichkeitsarbeit und passgenauen Beratungsangeboten sollen notwendige und sinnvolle Maßnahmen zur Absenkung des Energiebedarfs und damit Senkung der Nebenkosten identifiziert, Mieter und Eigentümer sensibilisiert und zum aktiven Handeln durch bauliche Investitionen mobilisiert werden. Die effiziente Verzahnung bestehender Angebote (u. a. Netzwerk Leipziger Freiheit, Verbraucherzentrale, Energie und Umweltzentrum der Leipziger-Gruppe) mit neu zu ergänzenden Angeboten steht hierbei im Fokus. Der Einsatz von Sanierungsmanagern sollte hierbei ergänzend zu einer regionalen Energieagentur eingesetzt werden.
M 2.7	Kommunikation/ Beratung/ Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Energieeinsparpotenziale für Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMU) Der Schwerpunkt liegt in der Beratung von Zielgruppen (Eigentümer und Nutzer) in Gewerbegebieten. Eine effiziente Verzahnung bestehender Beratungsangebote (u. a. Handwerkskammer, IHK usw.) mit evtl. neu zu ergänzenden Angeboten steht hier im Vordergrund (u. a. Einsatz Sanierungsmanager, Vermittlung von Experten aus Beraterpool, regionale Energieagentur).
M 2.8	Vernetzung und Digitalisierung Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie (Prozesse, Anforderungen, Datenschutz, Plattform, OpenData). Schaffung von offenen Datenschnittstellen zur Vernetzung der Themenfelder Energie, Mobilität und Umwelt (u. a. Smart Meter, Smart Grid). Einrichtung eines Infrastrukturkatasters.

Strategische Schlüsselprojekte zur nachhaltigen Energieversorgung der Gesamtstadt

Kommunale Gebäude

Kommunale Gebäude stellen eine wesentliche Flächen- und Verbrauchsgröße stadtweit und in den Quartieren dar. Als Gebäude sind sie Bestandteil der technischen Infrastruktur und können damit die Basis für weitergehende Synergien mit der Infrastruktur der Leipziger-Gruppe darstellen. Die Potenziale zur Integration von erneuerbaren Energien und einem angepassten Regenwassermanagement im Umfeld der Gebäude sind konsequent auszuspielen. Zum anderen können die kommunalen Gebäude einen Anker für eine energetische Quartiersversorgung bilden. Mit der Etablierung von Nahwärmeinseln und der Einbindung von erneuerbaren Energien in bestehende Netze kann eine schrittweise Transformation der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur im Quartier und nachfolgend der Gesamtstadt erfolgen.

M 2.1	Sanierung und Steigerung der Energieeffizienz der kommunalen Gebäude
M 2.2	Neubau kommunaler/öffentlicher Gebäude

Dekarbonisierung der Wärmeversorgung

In den kommenden fünfzehn Jahren werden die Weichen für die Umstellung auf eine postfossile Wär-

meversorgung gestellt. Schwerpunkt liegt auf der schrittweisen Substitution von Einzelheizungsanlagen (z. B. Gaskesseln, Kohleheizungen) und dem Braunkohlekraftwerk Lippendorf durch moderne Energieverteilungsnetze (großflächig und kleinteilig), (Doppelung zu Einfeuerungsanlagen), hocheffizienten KWK-Anlagen und konsequenter Nutzung, Speicherung sowie Einbindung der lokal nutzbaren erneuerbaren Energien. Die notwendigen Kapazitäten werden dezentral über das gesamte Stadtgebiet errichtet. Zur Erreichung eines hohen erneuerbaren Deckungsgrades in der Wärmeversorgung in Leipzig muss parallel die deutliche Absenkung des Energiebedarfs im Gebäudebestand (u. a. außerhalb des Denkmalschutzes durch konsequente Gebäudedämmung) verstärkt vorangetrieben werden.

M 1.2	Entwicklung und Anpassung gemeinsamer formeller und informeller Planungsinstrumente und Kooperationsstrukturen mit den Ver- und Entsorgern und deren Netzbetreibern
M 3.2	Transformation der Fernwärmeversorgung – gesamtstädtisch und auf Quartiersebene
M 3.3	Integration und Ausbau von erneuerbaren Energien (Strom/Wärme) im Stadtgebiet

Kooperative energetische Quartiersentwicklung mit Großeigentümern

Bei der Entwicklung von Quartieren gemeinsam mit Wohnungsgenossenschaften und der organisierten Wohnungswirtschaft entstehen große Handlungsspielräume um eine ganzheitliche Energiewende und eine optimale Ausgestaltung der technischen Infrastruktur zu ermöglichen. Im Zusammenspiel vom Amt für Umweltschutz (Klimaschutzleitstelle), Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, Stadtplanungsamt werden gezielt Akteure der organisierten Wohnungswirtschaft angesprochen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit definiert. Auf Basis gemeinsamer Ziele und Prämissen können teilräumliche Sanierungsstrategien, Klimaschutz- und Infrastrukturkonzepte entwickelt werden. Die Wohnungswirtschaft als Bauherr kann gemeinsam mit ihren eigenen Know-How-Trägern, der Stadtverwaltung und der Leipziger Gruppe übergreifende Strategien (Gebäudesanierungsstandards, Ver-, Entsorgung, E-Mobilität) entwickeln. Dies kann entsprechend der definierten Prämissen einen deutlichen Mehrgewinn zu Ökologie, Ökonomie, Sozialverträglichkeit und Netzdienlichkeit ermöglichen. Für die Konzeption, Steuerung und Umsetzung können z. B. Sanierungsmanagements eingesetzt werden.

M 2.4	Zusammenarbeit und Unterstützung von Investoren bei der Entwicklung und Umsetzung von energieeffizienten und wirtschaftlichen Lösungen
-------	--

Ziel 3: Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten und intelligenten Ver- und Entsorgungsstruktur

Die Gewährleistung der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit in der Ver- und Entsorgung wird durch den hohen Sanierungsbedarf (KWL), positive Bevölkerungsentwicklung, neue Anforderungen der Energiewende und Extremwetterereignisse im Zuge des Klimawandels geprägt. Durch innerstädtische Nachverdichtung werden insbesondere mit Blick auf die steigenden Extremwetterereignisse unter anderem Konzepte für das Niederschlagsmanagement nötig. In Zusammenarbeit von KWL und Stadtverwaltung wird derzeit diesbezüglich beispielsweise das Projekt 'KAWI-L – Kommunale Anpassungsstrategie für wassersensible Infrastrukturen in Leipzig' durchgeführt. Dies soll eine Grundlage bilden für die Ermittlung besonders betroffener Bereiche, den Schutz kritischer Infrastrukturen, eine wassersensible und klimawandelangepasste Stadtentwicklung und die Information der Öffentlichkeit. Die Unternehmen, welche die Infrastruktur betreiben, modernisieren und instandhalten, benötigen Planungssicherheit durch frühzeitige Einbindung in die Prozesse der Stadt(teil)entwicklung und eine frühzeitige Abstimmung unter anderem zur Trassenfreihaltung bei Bauprojekten. Neue Technologien und Schnittstellen helfen bei der Verzahnung der Infrastruktur. Grundlage bildet hier die hohe Verfügbarkeit von Informationen in der Projektvorbereitung und bei der Vernetzung und Steuerung von verschiedenen Quellen sowie eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur im Rahmen von Smart-City-Lösungen. Die Umsetzung von Pilotprojekten wird gezielt zur Weiterentwicklung der städtischen Gesamtstrategie gefördert.

Maßnahmenbündel:

M 3.1	Etablierung einer operativen Planungskultur mit den Ver- und Entsorgern und deren Netzbetreibern
	Etablierung von operativen Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Umsetzung von innovativen

	Quartierslösungen auf Basis des Infrastrukturkatasters.
M 3.2	Transformation der Fernwärmeverversorgung – gesamtstädtisch und auf Quartiersebene Weiterentwicklung der Fernwärme durch Einbindung technologieoffener regenerativer Energiequellen und perspektivisch durch Nutzung als Speichermedium von Energie. Auf Quartiersebene sind hierbei auch Nahwärmesysteme anzustreben, um flexibel auf rechtliche und energetische Entwicklungen eingehen zu können. Maßnahmen sind u. a. der Einsatz von innovativen Speicherlösungen (Wärme und Strom), der Einsatz von Nahversorgungslösungen auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung oder erneuerbarer Energien. Insbesondere für innerstädtische Quartiere ist die Integration von Kältenetzen zu prüfen.
M 3.3	Integration und Ausbau von erneuerbaren Energien (Strom/Wärme) im Stadtgebiet Zur Förderung der erneuerbaren Energien sind markt- und bedarfsgerechte Kooperationen zu schließen. Neben der Erschließung von kommunalen und privaten Dachflächen und der Förderung der Eigenstromnutzung und Direktvermarktung sind zusätzliche Potenziale der Abwärme zu nutzen. Insbesondere die Erschließung von Flächen für geo- und solarthermische Anlagen zur Einbindung ins Fernwärmennetz ist durch die kommunale Liegenschaftspolitik zu unterstützen. Die Einbindung von Wärme in vorhandene oder neue Infrastruktur ist zu definieren.
M 3.4	Breitbandversorgung qualifizieren und vorantreiben Kommunale Gebäude (z. B Schulen, Kultur, Treffs) erhalten bei Neubau und Sanierung der Außenanlagen einen Breitbandanschluss (Fiber to the building) mit mind. 200 Mbit/s und werden ins offene W-Lan der Stadt Leipzig einbezogen. Bei der Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebäuden ist eine Glasfaserversorgung möglichst bis ins Gebäude sicherzustellen.

3.2 Wechselwirkungen und Querschnittsthemen

Das Fachkonzept weist klare Wechselwirkungen zu den Fachkonzepten Wohnen, Freiraum und Umwelt, Wirtschaft und Arbeit, Kommunale Bildungslandschaft, Nachhaltige Mobilität, sowie Hochschulen und Forschungseinrichtungen und Soziale Teilhabe auf. Nachfolgend werden anhand der übergreifenden Themenfelder die Wechselbeziehungen erläutert.

Energie und Klimaschutz sowie die technische Infrastruktur stehen in direkter Abhängigkeit von den städtebaulichen Entwicklungen in der Stadt. Dabei umschreibt eine energieeffiziente und klimaschonende Versorgung die besondere **Qualität der Umsetzung** und ihre **Zukunftsfähigkeit**. Die Energiewende bedingt dabei durch rechtliche Regelungen und technische Erfordernisse eine Abkehr von der rein sektoralen Betrachtung von Strom, Wärme und Mobilität. Alle drei Facetten müssen zunehmend sinnvoll gekoppelt betrachtet werden und können dadurch effizienter agieren.

Wichtige Impulse zur klimaschonenden Stadtentwicklung werden bei der Sanierung der technischen Infrastruktur und dem Ausbau von Wohn- und Gewerbestandorten gesetzt. In diesem Zuge können neue Systeme und Techniken eingeführt werden und Leitungen passgenau ausgelegt werden. Dies erfordert **abgestimmte Planungsvorläufe bei alle Gebietserschließungen** (Gewerbe/Wohnen) mit den Netzbetreibern. Aufgrund hoher Unsicherheiten bei der Wachstumsdynamik ist ein regelmäßiger Datenaustausch zu zukünftigen Planungen, Nutzungen und Einwohnern eine wichtige Voraussetzung, um Fehlinvestitionen vorzubeugen.

Die **Erschließungszeiträume neuer Gebiete** im Außenbereich und in innenstadtnahen Gebieten sollte wo möglich abgestimmt und u. a. entsprechend der Erschließungskosten priorisiert werden, um Kosten für den Bau und Erhalt der technischen Infrastruktur gering zu halten. Dabei ist die innenstadtnahe Entwicklung auf ehemaligen Bahnflächen, die Revitalisierung von Brachen und behutsame Nachverdichtung im Bestand prioritär zu verfolgen. Dies gilt insbesondere für die Erschließung von Gebieten, die in den Jahren der Schrumpfung keinen Rückbau der technischen Infrastruktur erlebt haben.

Neue Quartiere sollten als **nutzungsgemischte, multifunktionale Räume** entwickelt werden. Wohn-ortnahe Arbeitsplätze verringern das Mobilitätsaufkommen und ermöglichen eine effiziente Optimierung

der Energiesysteme. So können die zeitlich variierenden Energiebedarfe von Wohnen und Gewerbe mit der Energieproduktion netzdienlich im Quartier optimiert werden.

Insbesondere die innenstadtnahen Quartiere und Entwicklungsgebiete entlang der ÖPNV-Achsen sollten eine **größtmögliche Dichte** aufweisen, um bei gleichbleibender Wachstumsdynamik eine zusätzliche Flächeninanspruchnahme und Versiegelung möglichst gering zu halten. Dabei ist auf eine Nutzungsmischung, Nahversorgung und Stadt der kurzen Wege zu achten. Eine höhere Dichte ermöglicht dabei effiziente und wirtschaftliche Lösungen für die Ver- und Entsorgung.

Effizienzgewinne einer hohen Dichte können schnell durch **stadtklimatische Herausforderungen** z. B. durch einen hohen Kühlungsbedarf aufgebraucht werden. Dabei müssen Reboundeffekte durch eine stadtklimatische Verschlechterung und der Umgang mit Regenwasser an der Schnittstelle von Versiegelung und technischer Infrastruktur betrachtet werden. Im Ergebnis sind Instrumente zu benennen, die einen hohen Kosten-Nutzen-Effekt aufweisen.

Den **komunalen Liegenschaften** kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Als Gestaltungsflächen mit kommunaler Planungshoheit können hier wichtige Impulse für eine multifunktionale Nutzung des Raums und für eine nachhaltige Quartiersentwicklung umgesetzt werden. In enger Kooperation sind Gestaltungsmöglichkeiten auszuloten und dezernatsübergreifend umzusetzen. Die ersten Projekte von Quartiersversorgungslösungen sind fortzusetzen.

Bei größeren Neubauvorhaben ist konsequent zu prüfen, ob bestehende und **neue Instrumente** (u. a. der kooperativen Baulandentwicklung, Konzeptvergabe, Stadtentwicklungsgefördertes) thematisch weiter gefasst werden können, um auch Ziele des Klimaschutzes und einer effizienten technischen Infrastruktur konsequenter in die Umsetzung zu bringen. So können Energiekonzepte je nach Erfordernis sozialverträglich, wirtschaftlich oder ökologisch ausgerichtet werden.

Bestehende Arbeitsebenen zur **organisierten Wohnungswirtschaft** und zu **Akteuren der Quartiersentwicklung** sind im Rahmen der Möglichkeiten sektorenübergreifend auszurichten. Es gilt Parallelstrukturen zu vermeiden und etablierte Kanäle und Anknüpfungspunkte (u. a. Quartiersmanagements) gezielt nutzbar zu machen. Kommunale Angebote und Beratungseinrichtungen im Quartier sind, wo möglich, zu bündeln.

3.3 Räumliche Handlungsstrategie

Grundlage für die Ermittlung der Schwerpunktträume ist eine Analyse des Heizwärmebedarfs in Verbindung mit dem Sanierungsstand (un-, teil-, vollsaniert) auf Blockebene, der Flächennutzungsplan und eine Betrachtung der Brachflächen. In Abstimmung mit den Leipziger Stadtwerken und der Netz Leipzig wurden die Orts- bzw. Stadtteile entsprechend der dringlichsten Herausforderungen und bestehenden Handlungsspielräume bewertet (Gebiete 1. Priorität). Keine räumliche Schwerpunktsetzung konnte für die Themenfelder der KWL, Elektromobilität und Breitbandversorgung vorgenommen werden, da entsprechende Analysen und Fachplanungen nicht vorliegen bzw. zur Zeit erarbeitet werden.

Zu beachten ist, dass die Ortsteilanalyse nur eine Momentaufnahme wiedergibt. In den kommenden Jahren werden viele zwischen 1990 und dem Jahr 2000 durchgeführte Erst- und Teilsanierungen ihre wirtschaftliche Nutzungsdauer der technischen Anlagen von 20 Jahren überschreiten. Neben den Gründerzeitgebieten fallen hier auch die Einfamilienhaussiedlungen am Stadtrand darunter. Dabei muss kontinuierlich die Entwicklungsdynamik in den Aufmerksamkeitsgebieten und Schwerpunktträumen der integrierten Stadtentwicklung beobachtet werden. Werden neue Handlungsspielräume identifiziert (Gebiete 2. Priorität), sind vertiefende Betrachtungen, Fachplanungen und teilaräumliche Energie- und Klimaschutzkonzepte zu erstellen.

Bestandsquartiere mit erheblichem energetischem Sanierungsbedarf

Bestandsquartiere in Leipzig Alt-West und Süd-West

Das vorwiegend gründerzeitlich geprägte Gebiet umfasst Plagwitz, Lindenau, Alt-, Neulindenau, Kleinzschocher und Teile von Leutzsch. Diese Ortsteile weisen nach wie vor nicht nur im Bereich der Energieeffizienz und des Klimaschutzes Handlungsbedarf auf. Als besonderes Merkmal ist die Durchmischung der Wohnbebauung mit genutzten und ungenutzten Gewerbe- und Industriebauten und die sehr hohe städtebauliche Dichte im Wechsel mit großflächigen Brachen und Gewerbe- und Industriebauten

hervorzuheben. Der Ausbau und die Modernisierung der technischen Infrastruktur werden in den kommenden Jahren vorangetrieben. Aufgrund dieser Mischung und der lokalen Akteursstruktur eignet sich dieses Gebiet insbesondere als Modell- bzw. Innovationsraum für die Erprobung zukünftiger Energieversorgungslösungen im Bestandsquartier.

M 1.4	Ausbau und Vernetzung von Stadtteilkonzepten mit der nachhaltigen Mobilität
M 2.5	Akquise passgerechter Fördermittel und Etablierung von alternativen Finanzierungsinstrumenten
M 2.6	Kommunikation/Beratung/Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der energetischen Haushalts-/Eigentümerberatung
M 2.7	Kommunikation/Beratung/Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Energieeinsparpotenziale für Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMU)
M 3.2	Transformation der Fernwärmeversorgung – gesamtstädtisch und auf Quartiersebene
M 3.3	Integration und Ausbau von erneuerbaren Energien (Strom/Wärme) im Stadtgebiet

Bestandsquartiere im Leipziger Osten und Schönefeld

Die vorwiegend gründerzeitlich geprägten ehemaligen Arbeiterquartiere Volkmarsdorf, Neustadt-Neuschönefeld, Anger-Crottendorf, Schönefeld-Abtnaundorf und in Teilen Reudnitz-Thonberg weisen im Bereich der Energieeffizienz und des Klimaschutzes erheblichen Handlungsbedarf auf. Zusätzlich gibt es weiterhin einen hohen Handlungsbedarf in Teilen von Schönefeld-Ost. Der Handlungsschwerpunkt ergibt sich aufgrund des Gebäudebestands: d. h. sehr hohe bauliche Dichte, durch einen großen Anteil gründerzeitlicher Bebauung mit energetischem Sanierungsbedarf und dem Bestand an teilweise brachliegenden historischen Gewerbe- und Industriebauten. Der Ausbau und die Modernisierung der technischen Infrastruktur werden in den kommenden Jahren vorangetrieben.

M 2.4	Zusammenarbeit und Unterstützung von Investoren bei der Entwicklung und Umsetzung von energieeffizienten und wirtschaftlichen Lösungen
M 2.5	Akquise passgerechter Fördermittel und Etablierung von alternativen Finanzierungsinstrumenten
M 2.6	Kommunikation/ Beratung/ Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der energetischen Haushalts- / Eigentümerberatung
M 2.7	Kommunikation/ Beratung/ Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Energieeinsparpotenziale für Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMU)
M 3.2	Transformation der Fernwärmeversorgung – gesamtstädtisch und auf Quartiersebene
M 3.3	Integration und Ausbau von erneuerbaren Energien (Strom/Wärme) im Stadtgebiet

Innerstädtische und randstädtische Stadterweiterungsgebiete mit Fokus auf modellhafte Quartierslösungen zur Erschließung

Aufbauend auf dem Fachkonzept Wohnen wurden die innerstädtischen und randstädtischen Stadterweiterungsgebiete als Schwerpunkträume des Fachkonzeptes Klimaschutz und Technische Infrastruktur hervorgehoben. Eine Priorisierung der zeitlichen Entwicklung der Stadterweiterungsstandorte sollte u. a. unter Berücksichtigung der hohen Kosten für die Bereitstellung der notwendigen technischen Infrastruktur stattfinden. Dabei ist eine energieeffiziente und optimale ausgelastete technische Infrastruktur nur bei einer frühzeitigen Einbindung in die Prozesse der Stadtentwicklung möglich. Insbesondere die innerstädtischen Erweiterungsgebiete sind bedeutende Standorte für eine modellhafte Transformation der Ver- und Entsorgungsstrukturen. Die Einflussmöglichkeiten im Rahmen von städtebaulichen Wettbewerben und B-Plan-Verfahren in Verbindung mit städtebaulichen Verträgen, sind bestmöglich auszunutzen, um die Verbindlichkeit zu erhöhen und eine schrittweise Transformation der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur zu ermöglichen. Wesentliche Bestandteile sind die Integration von erneuerbaren Energien und die optimale Auslastung der bestehenden Infrastruktur auf Basis eines abgestimmten Energiekonzeptes, Integration der Elektromobilität auf Basis eines abgestimmten Mobilitätskonzeptes sowie ein Regenwassermanagement mit größtmöglicher Versickerung vor Ort.

M 1.1	Etablierung einer strategischen Planungskultur mit den Ver- und Entsorgern und deren Netzbetreibern
M 1.2	Entwicklung und Anpassung gemeinsamer formeller und informeller Planungsinstrumente und Kooperationsstrukturen mit den Ver- und Entsorgern und deren Netzbetreibern
M 2.4	Zusammenarbeit und Unterstützung von Investoren bei der Entwicklung und Umsetzung von energieeffizienten und wirtschaftlichen Lösungen

3.4 Umsetzung

Eine erfolgreiche energetische und klimaangepasste Stadtentwicklung erfordert funktionierende Schnittstellen zwischen Stadtverwaltung und kommunalen Unternehmen. Auf Basis gemeinsamer Prämissen und Ziele sind strategische und operative Arbeitsstrukturen zu schaffen, die gegenseitige Anforderungen an eine zukunftsorientierte Gestaltung formulieren und in die Prozesse der Stadtverwaltung einbringen. Dabei müssen die strategischen Kapazitäten in der Stadtverwaltung, der Stadtholding und den kommunalen Unternehmen gestärkt werden und mit der operativen Ebene rückgekoppelt werden. Für das Gelingen einer ganzheitlichen Energiewende und der Einführung von Smart-City-Ansätzen ist in der Stadtholding eine Bündelung der Themenfelder langfristig zu verankern. Das Themenfeld Smart City ist in der Stadtverwaltung ebenfalls sinnvoll organisatorisch zu verankern.

Ein zentrales Erfordernis für die Umsetzung des Fachkonzeptes ist eine frühzeitige Einbindung der zuständigen Fachämter und Netzbetreiber. Insbesondere bei der Entwicklung von neuen Quartieren sind gemeinsame Entwicklungsziele zu definieren und in einer „Planungsphase Null“ ressortübergreifend abzustimmen. Zielkonflikte müssen am Beginn des Projektes moderiert sowie Schnittstellen und Arbeitsstrukturen definiert werden. Bei der Entwicklung von Bestandsgebieten sind darüber hinaus die Schnittstellen zu den Wohnungsmarktakteuren und Gewerbetreibenden zu bündeln und regelmäßig mit den Themen des Fachkonzeptes zu verknüpfen.

3.5 Finanzielle Auswirkungen

Die Umsetzung einer ganzheitlichen Energiewende erfordern erhebliche Investitionen in die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur durch die kommunalen Unternehmen. Mit der Schaffung von u. a. neuen Energieerzeugungs- und Speicherungskapazitäten sowie Angeboten einer nachhaltigen Mobilität müssen den kommunalen Unternehmen Handlungsspielräume gewährt werden, die über Zielvereinbarungen und Stadtratsbeschlüsse Planungssicherheit schaffen. Insbesondere bei der Transformation der Wärmeversorgung und dem Ausbau der Elektromobilität für den gesamten ÖPNV und beim Car-Sharing sind wichtige Investitionen bis 2030 zu tätigen.

Ein wesentlicher Bestandteil des Fachkonzeptes ist die Einführung von neuen strategischen und operativen Arbeitsebenen zwischen Stadtverwaltung und den kommunalen Unternehmen. Die finanziellen Auswirkungen sind hierbei gering.

Um jedoch die Potenziale der Entwicklungsdynamik im Zusammenspiel zwischen Stadtverwaltung und Leipziger Gruppe gehoben zu bekommen, sind personelle Ressourcen bei der strategischen (Smart-City) und operativen Umsetzung (Quartierskonzepte) von Maßnahmen bereitzustellen. Insbesondere bei der Entwicklung teilräumlicher Energie- und Infrastrukturkonzepte in Quartieren sind Eigenanteile für die Beauftragung von Sanierungsmanagements bereitzustellen. Eine genauere Mittelplanung für neue Sanierungsmanagements ist jedoch aktuell nicht möglich, da hierfür Kooperationen mit den Großeigentümern abgeschlossen werden müssen.

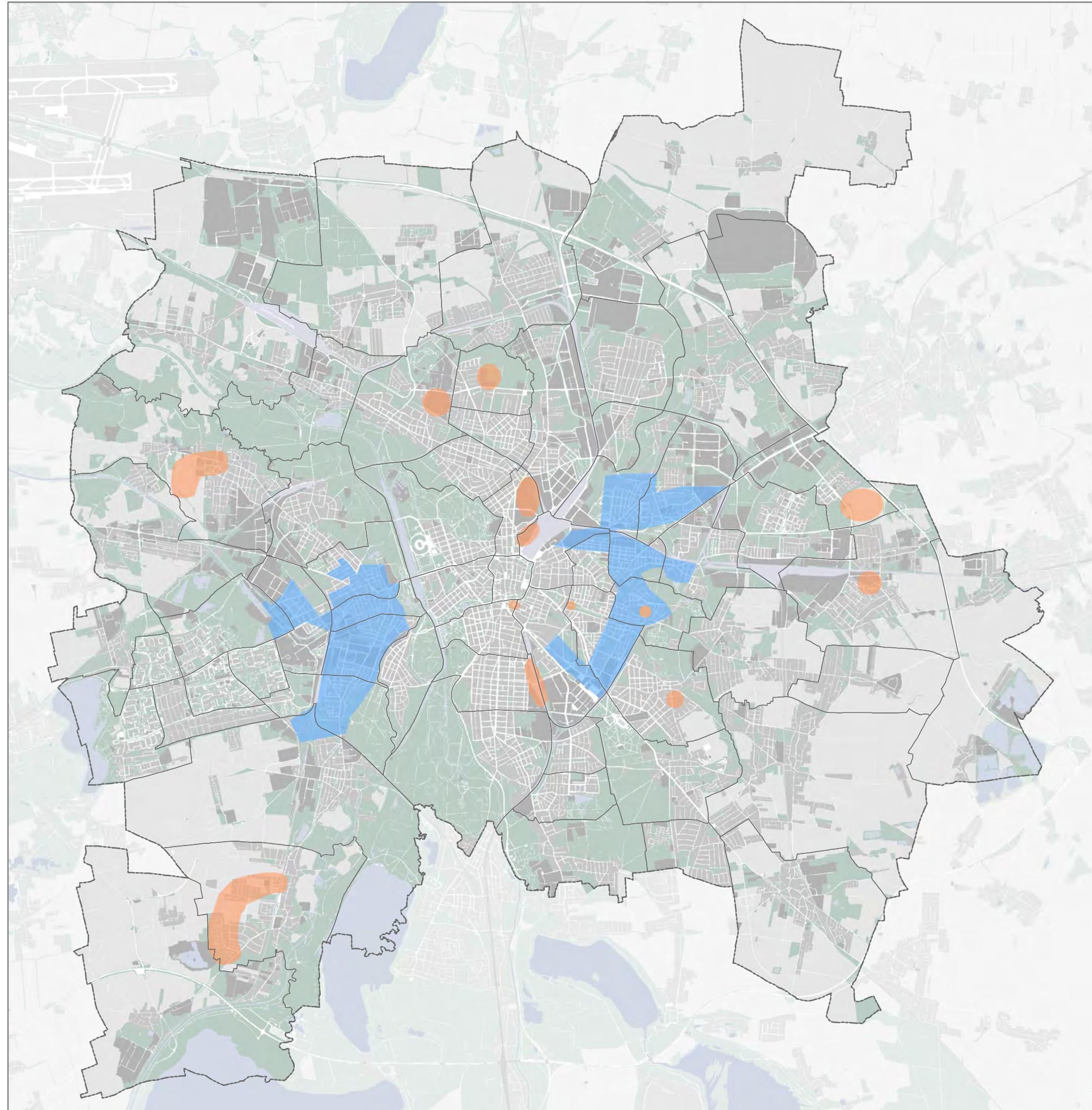
Um die Synergien zwischen Stadtverwaltung und Leipziger Gruppe optimal auszuspielen, sind Kooperationen bei der Errichtung und Sanierung von kommunalen Gebäuden und im Rahmen von städtebaulichen Verfahren gezielt anzustreben. Im aktuellen Zeithorizont sind wesentliche Teile der technischen Infrastruktur zu sanieren oder den aktuellen Rahmenbedingungen der Energiewende und des Klimawandels anzupassen. Dabei ist die Umsetzung von Modellprojekten wesentlicher Bestandteil und sollte durch die Stadtverwaltung organisatorisch und durch eine strategische Liegenschaftspolitik unterstützt werden. Die finanziellen Auswirkungen für den kommunalen Haushalt sind im Einzelfall zu bewerten.

Maßnahmenbündel / Instrument	Direkte Kosten/ Jahr (HOCH/MITTEL/GERING)	Einnahmen/Folgekosten/ Folgewirkungen
<i>Strategische Integration der Themen Energiewende und Klimaschutz in die laufenden Prozesse der Stadtentwicklung und -erneuerung</i>		
M 1.1: Etablierung einer strategischen Planungskultur mit den Ver- und Entsorgern und deren Netzbetreibern	<i>gering</i> da im wesentlichen Koordinierungsaufwand	<i>Mittel</i> MEHR PLANUNGSSICHERHEIT bei den Entsorgern in Bezug auf den Netzausbau und effizientere Auslastung können zu Kostensparnissen führen
M 1.2: Abstimmung zu städtebaulichen Planungen	<i>gering</i> da im wesentlichen Koordinierungsaufwand	WIRTSCHAFTLICH TRAGFÄHIGERE und ENERGETISCH OPTIMIERTE Lösungen durch frühzeitige Berücksichtigung von Energieeffizienz und Einbindung von Versorgern in städtebauliche Planung
M 1.3: Ergänzung bestehender integrierter Stadtteilkonzepte um Aspekte der Energieeffizienz, Klimaschutz, Klimaresilienz sowie Neuaufstellung innovativer energetischer Sanierungs-strategien / -konzeptionen auf Quartiersebene	<i>gering</i> da im wesentlichen Koordinierungsaufwand und ggf. Kosten Konzepterstellung	ENERGIEEINSPARUNG STÄRKERE VERANKERUNG des Themas Energieeffizienz in der Stadtteilöffentlichkeit zu erwarten
M 1.4: Integration von Themen der nachhaltigen Mobilität in Stadtteilkonzepte	<i>gering</i> da im wesentlichen Koordinierungsaufwand und ggf. Kosten Konzepterstellung	ENERGIEEINSPARUNG STÄRKERE VERANKERUNG des Themas Energieeffizienz in der Stadtteilöffentlichkeit
M 1.5: Weiterbildung und Austausch mit Hochschulen und externen Wissensträgern	<i>gering</i> da im wesentlichen Koordinierungsaufwand	FÖRDERUNG INNOVATIVER LÖSUNGEN durch Erfahrungsaustausch und Vernetzung von Akteuren
<i>Initiierung der Wärmewende im Gebäudesektor und Etablierung nachhaltiger Lösungen zur Ver- und Entsorgung sowie Finanzierung</i>		
M 2.1: Sanierung und Steigerung der Energieeffizienz der kommunalen Gebäude	<i>mittel</i> Kosten für Investitionen in die energetische Sanierung	ENERGIEEINSPARUNG und VERRINGERUNG der Betriebskosten zu erwarten
M 2.2: Neubau kommunaler/öffentlicher Gebäude (Initiierung von Modellvorhaben)	<i>mittel</i> Kosten für innovative Lösungen bei Modellvorhaben	FÖRDERUNG des Images Leipzigs als innovative Stadt Erprobung und VERBESERUNG von Standardlösungen bei energetischen Sanierungen
M 2.3: Umsetzung von Einsparpotenzialen bei kommunalen Gebäuden und Eigenbetrieben	<i>mittel</i> Kosten für die Umsetzung von Einsparpotenzialen bei Bauvorhaben und Stadtbeleuchtung	ENERGIEEINSPARUNG und VERRINGERUNG der Betriebskosten zu erwarten

M 2.4: Zusammenarbeit und Unterstützung von Investoren bei der Entwicklung und Umsetzung von energieeffizienten und wirtschaftlichen Lösungen	<i>Mittel</i>	ENERGIEEINSPARUNG durch Zusammenarbeit mit Investoren und bürgerschaftliche Mitgestaltung; PRÜFUNG der Sozialverträglichkeit durch Prüfung auf Quartierebene
M 2.5: Akquise passgerechter Fördermittel und Etablierung von alternativen Finanzierungsinstrumenten	<i>Gering - mittel</i> Eigenmittel zur Kofinanzierung der Fördermittel investiv: mittel Nicht investiv: gering	ENERGIEEINSPARUNG INNOVATIVERE Lösungen durch Erarbeitung von modellhaften Lösungen für die zukünftige Energieversorgung auf Quartierebene, z.B. Einspeisung regenerativer Energie in das Netz
M 2.6: Kommunikation/ Beratung/ Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der energetischen Haushalts- / Eigentümerberatung	<i>mittel</i> da Vergabe entsprechender Aufträge an in Frage kommende Büros / Etablierung einer reg. Energieagentur	ENERGIEEINSPARUNG und SENKUNG DER BETRIEBSKOSTEN für Mieter, auch bei Transferleistungsempfängern (KdU)
M 2.7: Kommunikation/ Beratung/ Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Energieeinsparpotenziale für Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMU)	<i>gering</i> da im wesentlichen Tätigkeitsfeld von IHK und HWK	ENERGIEEINSPARUNG
M 2.8: Vernetzung und Digitalisierung	<i>gering</i> ggf. Vergabe der Ausarbeitung einer Strategie	POSITIVE FOLGEWIRKUNG für das Image der Stadt als Smart City,
<i>Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienten und intelligenten Ver- und Entsorgungsstruktur</i>		
M 3.1: Etablierung einer operativen Planungskultur mit den Ver- und Entsorgern und deren Netz-betreibern	<i>gering</i> da zukünftiges Vw-handeln	VERBESSERUNG Infrastrukturauslastung durch gegenseitige Information zur Versorgung, insbesondere zur Netzauslastung, und städtebaulichen Vorhaben
M 3.2: Transformation der Fernwärmeversorgung – gesamtstädtisch und auf Quartierebene	<i>hoch</i> Investitionen bei den kommunalen Unternehmen	VERRINGERUNG Verbrauch fossiler Energieträger OPTIMIERUNG der Fernwärmeversorgung durch Investitionen in zukunftsweisende Technik
M 3.3 Integration und Ausbau von erneuerbaren Energien (Strom/Wärme) im Stadtgebiet	<i>gering</i> da zukünftiges Vw-handeln	VERRINGERUNG Verbrauch fossiler Energieträger und Optimierung der Fernwärmeversorgung, wenn Einspeisung gelingt
M 3.4: Breitbandversorgung qualifizieren und vorantreiben	<i>hoch</i> Investitionen in Versorgungstechnik notwendig	VERBESSERUNG der städtischen Bildungsangebote ATTRAKTIVITÄTSSTEIGERUNG von Wohn- und Gewerbestandorten

Anlage: Zuordnung Fachkonzept - Ziele zu Strategischem Zielbild

Ziel Nr.	Ziel Fachkonzept	Seite	Übergeordneter Handlungsschwerpunkt (übergeordnetes Strategisches Ziel)
01	Strategische Integration der Themen Energiewende und Klimaschutz in die laufenden Prozesse der Stadtentwicklung und –erneuerung	8	Vorsorgende Klima- und Energiestrategie
02	Initiierung der Wärmewende im Gebäude-sektor und Etablierung nachhaltiger Lösungen zur Ver- und Entsorgung sowie Finanzierung	9	Vorsorgende Klima- und Energiestrategie
03	Entwicklung einer zukunftsfähigen, resilienteren und intelligenten Ver- und Entsorgungsstruktur	11	Leistungsfähige technische Infrastruktur Vorsorgendes Flächen- und Liegenschaftsmanagement



Leipzig 2030
Stadtentwicklungskonzept



Fachkonzept Klimaschutz und Technische Infrastruktur

Räumliche Handlungsstrategie

- Bestandsquartiere mit erheblichem energetischen Sanierungsbedarf
- Erweiterungs- und innerstädtische Entwicklungsgesiede mit Fokus auf modellhafte Quartierslösungen

Ortsteile

Stadtgrenze

Stand: Juni 2018
Bearbeitung: Stadtplanungsamt + AG zum Fachkonzept
Kartengrundlage: Stadt Leipzig,
Amt für Geoinformation und Bodenordnung,
Stand August 2017

0 1 2
Kilometer

FACHKONZEPT SPORT

1. EINLEITUNG

Das Sporttreiben in Leipzig ist vielfältig: mehr als 96.000 Sportlerinnen und Sportler sind in Vereinen in ca. 120 Sportarten aktiv und nutzen ca. 400 Sportstätten. Ein weiterer, sehr großer Anteil von Leipzigerinnen und Leipzigern organisiert regelmäßiges Sporttreiben und gesund erhaltende Bewegung selbst. Darüber hinaus gibt es einen breiten Markt für privatwirtschaftliche Sport- und Bewegungsangebote.

Im Fachkonzept Sport werden selbst organisierter Sport und selbst organisierte Bewegung, Vereins-sport und Sportveranstaltungen betrachtet. Schulsport und Sportangebote privatwirtschaftlicher Unter-nehmen sind keine direkten Konzeptinhalte. Das Fachkonzept greift den Teil des Sport- und Bewe-gungsgeschehens in Leipzig heraus, der signifikante Wechselwirkungen mit der Stadtentwicklung hat, bringt diesen in Zusammenhang mit den anderen Fachkonzepten und verortet diese Themen im INSEK. Die mittelfristige Sport- und Sportstättenentwicklungs-fachplanung „Sportprogramm 2024“ geht im Vergleich dazu auf ein wesentlich breiteres Spektrum von Sport und Bewegung in Leipzig ein.

Aufgabe der Kommune ist es, die Rahmenbedingungen bedarfsgerecht zu gestalten und mit geeigneten Maßnahmen dazu beizutragen, dass allen Interessenten ein niedrigschwelliger Zugang zu Sport und Bewegung ermöglicht wird. Aufgabe des Fachkonzeptes ist es deshalb, die Schwerpunkte des Sportverhaltens gesamtstädtisch und kleinräumig abzubilden und daraus den Handlungsbedarf an Sportstätten und Bewegungsräumen für Leipzig sowie für die Wohnquartiere auf Stadtbezirks- und Ortsteilebene abzuleiten.

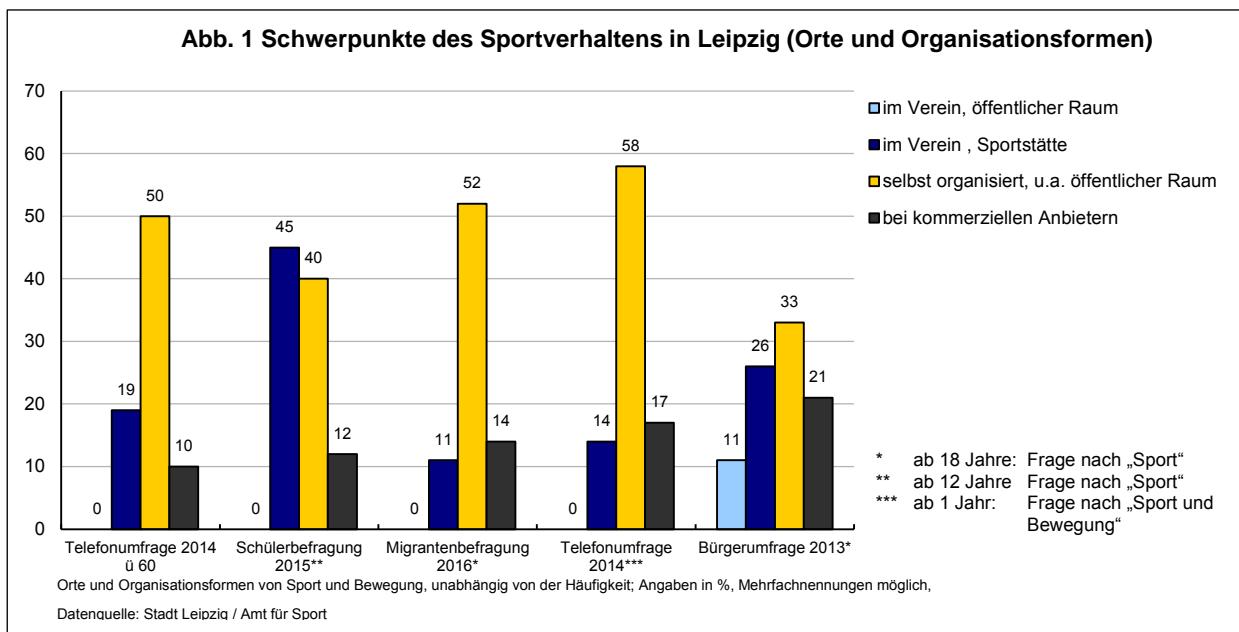
Zielstellung ist aber auch, Bedarf und Verbesserungsmaßnahmen für unterstützungsbedürftige Perso-nengruppen zu ermitteln, denen ein Zugang zu Sport- und Bewegungsangeboten aufgrund der Höhe ihres Einkommens oder Vermögens, ihrer Herkunft, ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder ihrer familiären Situation erschwert ist. Aus Sportsicht sind dies Kinder und Jugendliche, Senioren und Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie Migranten und Geflüchtete.

Verwendete Grundlagen	<ul style="list-style-type: none"> • Sportprogramm 2024 für die Stadt Leipzig • Bürgerumfrage 2013 • Telefonumfrage 2014 zum Sportverhalten • Schriftliche Befragung 2014 behinderter Leipziger/innen • Schülerbefragung 2015 zum Freizeitverhalten „Jugend in Leipzig“ • Migranten/-innen-Befragung 2016 zum Sportverhalten • Städtevergleiche zum Sportverhalten in deutschen Großstädten • verschiedene Umfragen zum Sportverhalten in Deutschland • Nationaler Radverkehrsplan 2013-2020 • Radverkehrskonzeption für den Freistaat Sachsen 2014 • Landesentwicklungsplan für den Freistaat Sachsen 2013 • Radverkehrsentwicklungsplan der Stadt Leipzig 2010-2020
Arbeitsstruktur	AG in der Zusammensetzung: Stadtplanungsamt, Amt für Stadtgrün und Gewässer, Amt für Stadtneuerung und Wohnungsbauförderung, Gesundheitsamt, Verkehrs- und Tiefbauamt, Amt für Jugend, Familie und Bildung, Stadtsportbund Leipzig e.V., Amt für Sport

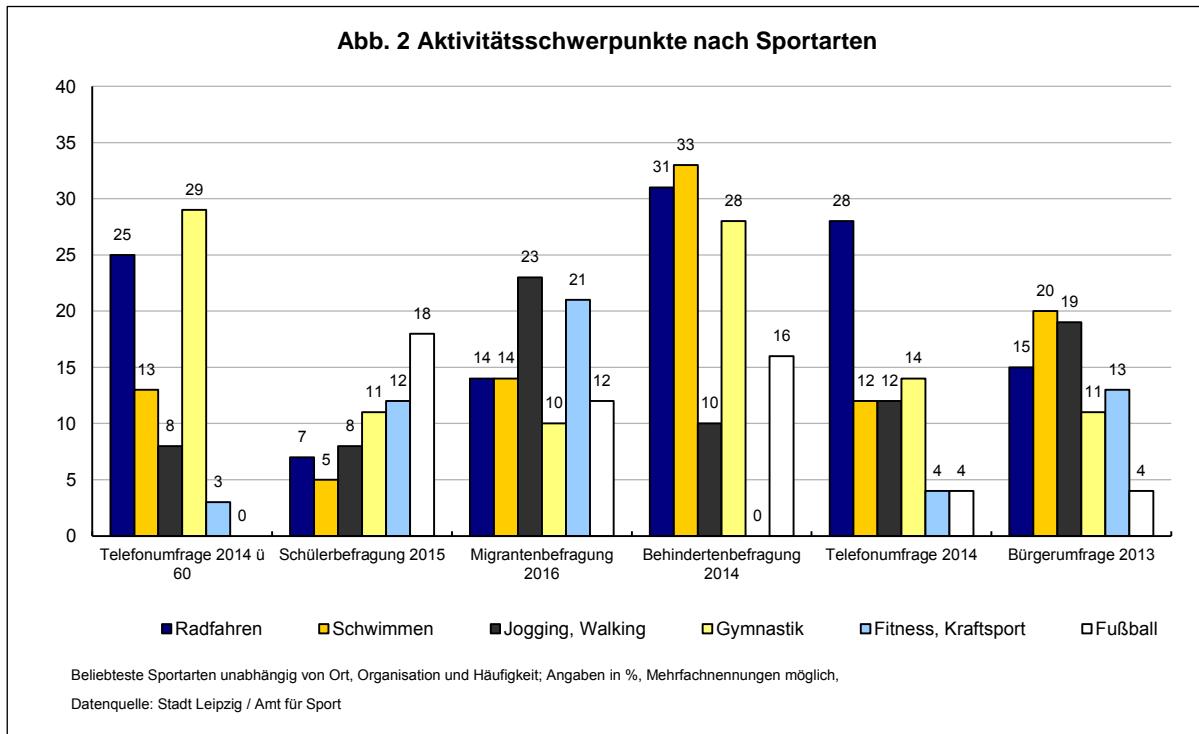
2. AUSGANGSLAGE

Viele Vorhaben aus dem Fachkonzept Sport zum SEKO 2020 konnten umgesetzt werden bzw. befinden sich in Umsetzung. Noch nicht vollständig abgeschlossen ist die Aufwertung der Nordanlage des Sportforums. Offen geblieben und damit für das INSEK 2030 neu zu bewerten sind die qualitätsverbessern- den Maßnahmen für Teile des Elsterradweges und die neue Sportinfrastruktur am Zwenkauer See (Stützpunkte Segeln/Surfen und Uferrundweg für Rad- und Rollstuhlsport sowie Inlineskating).

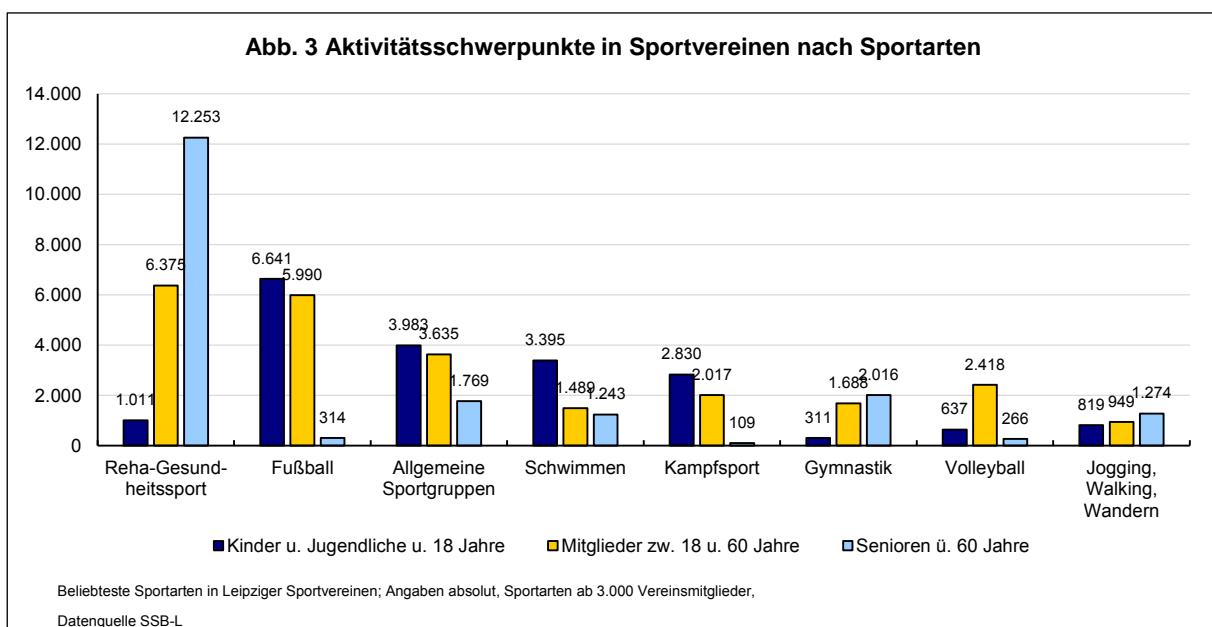
2.1 Aktuelle Situation und Entwicklungen



Sport und Bewegung spielen im Alltag eines großen Teils der Leipzigerinnen und Leipziger eine Rolle: das betrifft alle Altersgruppen, Geschlechter und Nationalitäten. Gestaltet die Stadt Leipzig gute Rahmenbedingungen für Sport und Bewegung, so sind große Teile der Einwohnerschaft Nutznießer dieser Maßnahmen. Die Hälfte der Leipziger/-innen – auch die unterstützenswerten Zielgruppen – treiben Sport bzw. bewegen sich aktiv im öffentlichen Raum. Kinder/Jugendliche und Senioren nutzen stärker Vereinssportangebote als andere Altersgruppen. Auch private Angebote sind beliebte Anlaufstellen für Sport und Bewegung (s. Abbildung).



Radfahren, Schwimmen, Jogging/Walking, Gymnastik und Fitness/Kraftsport sind die beliebtesten Sportarten der Leipziger/innen. Fußball, Fitness/Kraftsport und Gymnastik sind bei Kindern und Jugendlichen sehr beliebt; Gymnastik, Radsport und Schwimmen bei Senioren. Menschen mit Behinderungen bevorzugen Schwimmen, Radsport und Gymnastik; Migranten dagegen Joggen, Fitness/ Kraftsport, Schwimmen und Radfahren.



Im Vereinssport sind Reha- und Gesundheitssport, Fußball, Allgemeiner Sport, Schwimmen, Kampfsport, Gymnastik, Volleyball und Jogging/Walking/Wandern Schwerpunkte der Sportaktivitäten. Maßnahmen der Stadt Leipzig zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für diese Sportarten begünstigen den Großteil des Vereinssports, insbesondere auch der besonders unterstützungswürdigen Personengruppen Kinder/Jugendliche und Senioren (s. Abbildung).

Der Vereinssport wächst kontinuierlich und weiterer Mitgliederzuwachs wird auch für die nächsten Jahre prognostiziert.

Tab. 1 Entwicklung der Mitgliederzahlen in Sportvereinen in Leipzig

Jahr	2009	2011	2013	2015	Prognose 2020	Prognose 2024
Mitglieder	77.681	82.612	86.636	91.579	103.900	114.000

Quelle: Stadtsportbund Leipzig

Fazit:

Aus dem Sportverhalten der Leipzigerinnen und Leipziger lassen sich Schlussfolgerungen hinsichtlich der benötigten Rahmenbedingungen ableiten.

Die beliebtesten Sportarten der Leipzigerinnen und Leipziger sind Sportarten, die im **frei zugänglichen öffentlichen Raum** (Radsport, Jogging/Walking, Gymnastik), in **Schwimmhallen, Freibädern und Seen** (Schwimmen), in **Sporträumen und Sporthallen** (Gymnastik, Fitness) sowie auf **Sportplatzanlagen und Sport- und Bolzplätzen** (Fußball) stattfinden. Es sind auch die Sportstätten bzw. Bewegungsräume, die am häufigsten von den **sportpolitisch besonders unterstützungswürdigen Personengruppen** für Sport und Bewegung aufgesucht werden; sowohl außerhalb als auch im Vereinssport.

Maßnahmen der Stadt Leipzig zur Verbesserung der Rahmenbedingungen (Sportstätten, Bewegungsräume) für diese Sportarten begünstigen den **Großteil der Sport- und Bewegungsaktivitäten der Leipziger/-innen**. Das sollte unbedingt bei der künftigen Stadtentwicklung Leipzigs Beachtung finden, um der gesundheitsfördernden, sozial-integrativen und leistungsfördernden Funktion von Sport und Bewegung Rechnung zu tragen. Vorhandene Sport- und Bewegungsmöglichkeiten zu erhalten und neue in den Wohnquartieren zu verorten, bedient - auch unter dem Aspekt der wachsenden und sich verdichtenden Stadt - die Interessen der Mehrheit der Leipziger Einwohnerschaft.

2.2 Stärken und Schwächen

INSEK-ZIEL: Leipzig setzt auf Lebensqualität

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> Vielfältige, auf die ganze Stadt verteilte Sportangebote der Leipziger Sportvereine für Freizeit-, Breiten- und Leistungssport Zunahme der Anzahl neuer Sporthallen, die im Zusammenhang mit neuen Schulstandorten errichtet werden und die auch anderen Nutzergruppen zur Verfügung stehen Gute Sportförderungsbedingungen durch die Stadt, insbesondere für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderung Gute natürliche und städtebaulich geschaffene Voraussetzungen für Sport und Bewegung im frei zugänglichen öffentlichen Raum Leipzigs und in der unmittelbaren Umgebung (Wald, Parks, Grünanlagen, Flüsse, Seen) Zahlreiche frei zugängliche kommunale Sportstätten 	<ul style="list-style-type: none"> Spezifische Fehlbedarfe zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit benötigten Sportstättentypen: generelle Unterversorgung bzw. Verteilungsgerechtigkeit unter den Stadtbezirken Der sehr große Bevölkerungsanteil, der Sport und Bewegung im frei zugänglichen Raum ausübt, findet mit seinen Anforderungen an die Gestaltung der öffentlichen Infrastruktur noch zu wenig Berücksichtigung in Planungs- und Bauverfahren Vorhandene kommunale Sportstätten bleiben als mögliche Sport- und Bewegungsmöglichkeiten für den Freizeit- und Breitensport im Wohnquartier z.T. noch ungenutzt, z.B. Schulsportaußenanlagen, Vereinssportanlagen Bestandsportstätten sind z. T. nutzunggefährdet durch die zunehmende Verdichtung der Wohnbebauung (Sportlärm).

INSEK-ZIEL: Leipzig besteht im Wettbewerb

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> Leipzig hat eine breite Vielfalt an Vereins-sportangeboten, was die Stadt u. a. auch für berufstätige Familien mit Kindern besonders attraktiv macht. Leipzig ist eine „blau-grüne Stadt“ – sie bietet mit ihren attraktiven Sport- und Bewegungs-möglichkeiten im öffentlichen Raum eine hohe Lebensqualität für alle Altersgruppen und ist damit interessant für sport- und bewe-gungaktive Zuzügler. Bedeutende Sportgroßveranstaltungen, aber auch teilnehmerstarke Freizeit- und Breiten-sportveranstaltungen bereichern das Freizeitangebot in der Stadt. Leuchtturm ist RB Leipzig e. V., der seit der Saison 2016/17 in der 1. Fußball-Bundesliga spielt. Das schafft und sichert Arbeitsplätze. 	<ul style="list-style-type: none"> Der Zuzug von Unternehmen und Fachkräften aufgrund der guten weichen und harten Standortfaktoren Leipzigs sowie anderer Menschen führt zur Verknappung der Wohnungsangebote und zu einer Mehrbelastung der innerstädtischen Verkehrsnetze sowie der öffentlichen Gebäude- und Freiflächeninfrastruktur – auch im Sportbe-reich.

INSEK-ZIEL: Leipzig steigert seine Internationalität

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> RB Leipzig spielt in der 1. Fußball-Bundesliga, was positive wirtschaftliche, mediale und touristische Auswirkungen mit sich bringt Handball hat sich ebenfalls in der ersten Handball-Bundesliga etablieren können und wird überregional wahrgenommen Die Bundesstützpunkte und Erstligamannschaften in Leipzig haben kontinuierlich erfolgreiche Sportler/-innen bei nationalen und internationalen Meisterschaften sowie Turnie- ren zu verzeichnen, was nach außen das Bild Leipzigs als „Sportstadt“ stärkt Mit der RB Arena und der ARENA Leipzig verfügt Leipzig über hochmoderne, zentrumsnah und verkehrstechnisch gut er-schlossene Sportstätten für die Ausrichtung von regional und international bedeutungsvo-len Meisterschaften, Wettbewerben und Tur-nieren. 	<ul style="list-style-type: none"> Mit der Qualitäts- und Quantitätssteigerung der Veranstaltungen sowie der zentrumsnahen Posi-tion von ARENA Leipzig und RB Arena sind die verkehrlichen Anforderungen gewachsen, die z.T. noch nicht erfüllt werden können. In Leipzig gibt es für olympische Sportarten, in denen Leipziger Sportler/innen regelmäßig Er-folge erringen, keine Wettkampfinfrastruktur, z. B. Kanurennsport, Rudern. Das hat negative Auswirkungen auf den regionalen und internatio-nalen Bekanntheitsgrad erfolgreicher Leipziger Olympioniken und WM- bzw. EM-Kader-Teilnehmer/-innen.

INSEK-ZIEL: Leipzig schafft soziale Stabilität

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> Ein gute Sportlandschaft in Leipzig sorgt da-für, dass sich Menschen i. d. R auch ohne Sprachkenntnisse gut verständigen können, denn Sport schafft gemeinsame soziale Freizeiterlebnisse und führt Menschen emotional zusammen, egal welcher Herkunft und Religi-on sie sind. 	<ul style="list-style-type: none"> Nicht alle kommunalen Sportstätten sind barrie-refrei bzw. -arm. Hoch frequentierte Hauptradrouten durch Grünzonen stehen oft nicht im Einklang mit den Anforderungen von Rollstuhlfahrenden. Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen haben z. T. andere gesellschaftliche Normen und Werte

<ul style="list-style-type: none"> • In einigen Sportarten (z. B. Sitzvolleyball) und bei einigen Sportereignissen (z. B. Leipzig-Marathon) trainieren und kämpfen Menschen mit und ohne Behinderung in Leipzig gemeinsam. • Attraktive Sportangebote führen in Leipzig zu einem hohen Kinder- und Jugendanteil in den Sportvereinen. Sie finden im Sport Anerkennung und werden u. a. zu Toleranz, Solidarität, Akzeptanz, Internationalität und Rücksichtnahme erzogen – Sport ist anerkanntes Mittel der Erziehung • Der vergleichsweise hohe Seniorenanteil in den Sportvereinen belegt die Attraktivität der Sportvereine. Menschen, die ganz bzw. zeitweise aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, finden in den Sportvereinen Geselligkeit und soziale Teilhabe. Niedrigschwellige Sport- und Bewegungsangebote beugen Vereinsamung und sozialer Isolation vor. 	<ul style="list-style-type: none"> – damit kann Konfliktpotenzial in der Sportgemeinschaft entstehen. Übungsleiter/-innen sind z. T. nicht für diese neuen Anforderungen ausgebildet • Anzahl, Ausstattung und Öffentlichkeitsarbeit von niedrigschwellige Sport- und Bewegungsangeboten, insbesondere für sozial Benachteiligte, entsprechen noch nicht überall den Anforderungen
---	--

2.3 Entwicklungserwartungen und Herausforderungen

Entwicklungserwartungen

Drei Viertel der Leipziger/-innen sind sport- bzw. bewegungsaktiv; ca. 17 % der Gesamtbevölkerung sind es in Sportvereinen. Mit der prognostizierten steigenden Bevölkerungszahl der Stadt Leipzig werden auch die Zahlen sport- und bewegungsaktiver Leipzigerinnen und Leipziger sowie der Sportvereinsmitglieder steigen (siehe Tabelle 1, Seite 4). Das führt zu einem größeren Nutzungsdruck auf vorhandene Sport- und Bewegungsgelegenheiten und auch zu neuen Bedarfen. Neue Sport- und Bewegungsmöglichkeiten werden in der sich weiter verdichtenden Stadt zunehmend in Flächenkonkurrenz zu anderen Interessen stehen.

Sport und Bewegung finden als anerkannte Mittel zur Gesundheitsförderung und Prävention immer mehr Anerkennung und Zuspruch in der zunehmend von sitzender Tätigkeit geprägten Stadtgesellschaft. Auch das führt zur Erhöhung des Nutzungsdruckes auf möglichst wohnortnahe Sport- und Bewegungsangebote. Aufgrund der immer stärker werdenden Flächenknappheit im Stadtgebiet wird sich der Aktionsradius der Sport- und Bewegungsaktivten aber auch immer weiter an den Stadtrand oder ins Umland ausweiten. Verstärkt wird diese Tendenz vom weiteren Fortschreiten der Technik (z. B. Elektrofahrräder) und vom weiteren Ausbau der Infrastruktur (Radschnellwege, Seenland).

Die Heimspiele von RB Leipzig, die Ausrichtung von Europa- und Weltmeisterschaften sowie international besetzten Turnieren in einigen Sportarten in Leipzig werden die internationale Wahrnehmung Leipzigs fördern. Neue Gäste kommen in die Stadt, tragen anschließend ihre Erlebnisse in die Welt und machen dort auf Leipzig neugierig. Sie tragen aber auch in der Stadt selbst dazu bei, die Willkommenskultur in der Bevölkerung auszubauen. Hervorragendes Beispiel war die internationale Atmosphäre während der Ausrichtung von FIFA-WM-Spielen in Leipzig 2006.

Der uneingeschränkte Zugang zu Sport- und Bewegungsangeboten für alle wird gesetzlich und in der täglichen Arbeit der Vereine immer mehr verfestigt. Vollständige Barrierefreiheit der öffentlichen Infrastruktur und besondere Fördermaßnahmen werden Integration und Inklusion als Selbstverständlichkeit in Leipzig sicherstellen.

Herausforderungen

Die genannten Stärken, Schwächen und Entwicklungserwartungen führen u. a. zu diesen künftigen Herausforderungen:

- Spezielle Anpassungserfordernisse bei der Sport-, Sportstätten- und Bewegungsraumentwicklung aufgrund veränderter Rahmenbedingungen (Bevölkerungszuwachs, Alterung, steigende Jugendquote, Migrantenzuwachs, Rechtsanspruch Teilhabe, Trendsportarten)

- Modernisierung vorhandener Sportstätten, um eine höhere Auslastung zu ermöglichen, z. B. belastbarer Kunstrasen, Flutlichtanlagen für verlängerte Trainingszeiten, Komplettausstattungen Sporthallen für Schulen und Vereine - stellt eine erhebliche finanzielle Herausforderung dar
- Generelle Mehrfachnutzungen aller kommunalen Sportstätten durch den Schul-, Vereins- und Freizeitsport – stellt eine erhöhte Herausforderung mit Blick auf Personal-, Unterhaltungs- und Instandhaltungsaufwand (z.B. Schulsportanlagen) dar
- Bestandsschutz für Freisportanlagen (Sportlärmproblematik; Flächenkonkurrenz)
- Neubau benötigter Sportstätten – stellt eine Herausforderung mit Blick auf neue Investitionskosten, aber auch neue dauerhafte Unterhaltungs- und Personalkosten dar
- Implementierung niedrigschwelliger Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in neu entstehende Wohnquartiere
- Sicherung bestehender und Schaffung neuer Freiräume für Sport und Bewegung; Erschließung neuer Potenzialflächen bei der Entwicklung öffentlicher Infrastruktur
- Anforderungsgerechter Ausbau vorhandener Sport- und Bewegungsachsen mit ganzjährig großem Rollkomfort
- Bedarfsgerechte Förderung und Unterstützung von niedrigschwelligem Sport- und Bewegungsangeboten im öffentlichen Raum und in den Sportvereinen für alle, mit besonderer Berücksichtigung der unterstützungswürdigen Bevölkerungsgruppen
- Stärkere Einbeziehung des Stadtrandes und des Umlandes in Entwicklungsüberlegungen, z. B. bei der Vernetzung der Sport- und Bewegungsachsen, der Erweiterung des Gewässernetzes aber auch der Nutzung von Sportstätten, wie z.B. Sportplatzanlagen, Sporthallen
- Barrierefreie bzw. -arme Bauweise und Ausstattung von Sport- und Bewegungsinfrastruktur (z.B. Hallenausstattungen, Rollstuhl geeignete Wegoberflächen)
- Sicherstellung der Weiterentwicklung des Sportforums mit Umfeld als Standort von Red Bull Arena und ARENA Leipzig, insbesondere in Fragen Verkehr, aber auch Sicherheit

3. HANDLUNGSSTRATEGIE

3.1 Ziele und Maßnahmenbündel

Sport und Bewegung betreffen viele Aspekte der Stadtentwicklung, vor allem aber die der Lebensqualität und sozialen Stabilität sowie Internationalität. Folglich sind die Ziele des Fachkonzeptes Sport in allen vier strategischen Zielen des INSEK verankert und werden im Folgenden mit Maßnahmenbündeln beschrieben.

Ziel 1: Kommunale Sportstätten stehen ausreichend und anforderungsgerecht für die beliebtesten Sport- und Bewegungsformen zur Verfügung

In Leipzig stehen für die beliebtesten Sport- und Bewegungsformen der Bevölkerung ausreichend kommunale Sportstätten zur Verfügung, sowohl für den Vereins- als auch für den nicht organisierten Sport. Diese Sportstätten (Sporthallen, Sportplätze und Schwimmhallen) sind bedarfsgerecht über das Stadtgebiet verteilt und alle barrierefrei oder zumindest barrierefreuziert zugänglich und nutzbar. Alle sind i. d. R. multifunktional ausgestattet und mit Schul-, Vereins- und vereinsunabhängigen Sport voll ausgelastet. Bestandsanlagen sind modernisiert und in Bezug auf die Nutzung dauerhaft gesichert. Ein breit aufgestelltes bürgerschaftliches Engagement initiiert generationsübergreifend attraktive Bewegungsmöglichkeiten zur Gesundheitsförderung und zur sozialen Teilhabe. Sporthallen und Sportplätze sind wichtige Anlaufpunkte für Integrationsprojekte unter Anleitung speziell qualifizierter Übungsleiter/innen.

Maßnahmenbündel:

Sporträume / Sporthallen

- Vorhandene städtische Kapazitäten werden erhalten, nutzungsrechtlich gesichert und voll ausgelastet. Bestandsobjekte und Neubauten sind sowohl für den Schul-, den Vereins- als auch für den Freizeitsport barrierefrei bzw. -arm und funktionstüchtig vorzuhalten sowie auszustatten. Der Einbau von Trennvorhängen in großen Sporthallen ist wichtig, weil so parallele Nutzungen mehrerer Sportgruppen ermöglicht werden.
- Die Sportstätten müssen in den benötigten Zeitfenstern, wochentags mindestens bis 22:00 Uhr und an Wochenenden bei Bedarf, vollumfänglich zur Verfügung stehen. Das kann in Form von zusätzlichen Personal-, Erhaltungs- und Betriebskosten Auswirkungen auf den Stadthaushalt haben. Die Entgelte für die Nutzung der kommunalen Sportstätten sollten je nach Nutzergruppe gestaffelt und angemessen sein, um als Kommune Anreize für attraktive und niedrigschwellige Sport- und Bewegungsangebote in den Wohnquartieren zu geben.
- Multifunktionale und wettkampfgeeignete Zwei- und Dreifeldsporthallen sind – u. a. auch als Heimstätte für ortsansässige Sportvereine mit Wettkampfbetrieb – wichtige soziale und sportliche Anlaufpunkte im Wohnquartier. Deshalb muss es zumindest in jedem Stadtbezirk eine solche Halle geben. Bei der Planung von neuen Spielsporthallen ist neben anderen Belangen, wie z. B. der Schulnetzplanung, auch auf die Herstellung einer einwohnerbezogenen „Verteilungsgerechtigkeit“ zwischen den Stadtbezirken für den Breiten- und Freizeitsport zu achten.
- Übungsleiter für den organisierten Sport sind besonders im Gesundheitssport, Allgemeinen Sport, Gymnastik (Senioren) und bei den Hallenspielsport- und Kampfsportarten (Kinder und Jugendliche) wichtig. Die Stadt sollte das vielfältig unterstützen. Ein besonderes Augenmerk sollte hierbei auf den Anforderungen liegen, die sich aus Integration und Inklusion ergeben.

Sportplatzanlagen / öffentliche Bolz- und Sportplätze

- Die vorhandenen kommunalen Vereinssportplatzanlagen und Bolz- und Sportplätze werden
 - nutzungsrechtlich gesichert (Bestandsschutz für Nutzung und Existenz);
 - funktionsgerecht und barrierefrei bzw. -arm erhalten bzw. hergestellt (Sanierung bzw. Modernisierung Spielfelder, Leichtathletikanlagen und Funktionsgebäude mit Sanitärs- und Umkleideräumen)
 - und in Hinsicht auf den Bevölkerungszuwachs Leipzigs für eine intensivere Nutzung und bessere Auslastung weiterentwickelt, z. B. durch „ruhezeitenfreie“ Kunstrasenplätze, Flutlichtanlagen, Neuordnungen von Spielfeldern.
- Ein wichtiges Instrument für die prioritätengerechte Umsetzung dieser Bauvorhaben auf den an Sportvereine verpachteten Sportplatzanlagen ist das Investitionsfördermodell, bei dem sich Verein, Stadt und Land die Kosten teilen.
- Bessere Auslastung des kommunalen Bestandes können zudem erreicht werden, wenn künftig alle kommunalen Sportstätten dem Freizeit-, Vereins- und Schulsport zur Verfügung stehen. Das heißt, dass auch Schulsportfreianlagen an Schulen, die bisher nach Schulschluss, in Ferienzeiten und an Wochenenden verschlossen sind, der Bedarfsdeckung des Vereins- und ver einsunabhängigen Sport zur Verfügung gestellt werden. Besonders wichtig ist das in den Wohnquartieren, die vergleichsweise schlecht mit Vereinssportplatzanlagen und Sport- und Bolzplätzen versorgt sind. Das kann in Form von zusätzlichen Personal-, Erhaltungs- und Betriebskosten Auswirkungen auf den Stadthaushalt haben.
- Mittel- und langfristig müssen neue Sportplatzanlagen gebaut werden. Aufgrund ihres großen Flächenbedarfes von mehr als 10.000 m² werden dafür nur noch Standorte an der Peripherie der Stadt in Frage kommen. In Stadträumen, in denen großflächig neue Wohngebiete entstehen, sollen neben Kleinspielfelder auch neue bewegungsfördernde Anlagen, wie z. B. Spiel-, Sport- und Bolzplätze eingeordnet werden. Kleinspielfelder benötigen nur 1.000 m² an Sportfläche und sind deshalb vergleichsweise gut in neue Wohnquartiere zu integrieren.
- Übungsleiter für den organisierten Sport sind besonders im Fußball wichtig, der bei Kindern und

Jugendlichen - auch bei denen mit Migrationshintergrund - sehr beliebt ist. Die Stadt sollte das – auch aus Integrationsgründen vielfältig unterstützen.

Schwimmhallen

- Für die Stadt Leipzig besteht gemäß der aktuellen verhaltensbedingten Bedarfsberechnung ein Neubaubedarf von Schwimmhallenfläche. Der Bedarf wird verstärkt durch das prognostizierte Bevölkerungswachstum Leipzigs. Am stärksten unversorgt sind die Stadtbezirke Süd und Nordwest. Schwimmhallen sind als stark nachgefragte Sport- und Bewegungsangebote in den Wohnquartieren anzusehen und müssen deshalb nach Möglichkeit gleichmäßig auf den Stadtraum verteilt sein. Diese Forderung wird unterstrichen durch die hohen Nutzeranteile, die sich im Kindes- bzw. Seniorenalter befinden und die zum Teil in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.
- Bis 2024 soll die Stadt Leipzig deshalb den Neubau von zwei barrierefreien 25-Meter-Schwimmhallen für die Bedarfsdeckung der Leipziger/innen unterstützen. Im Rahmen der Erarbeitung des neuen Sportprogramms nach 2024 ist dann auf der Grundlage einer Evaluation des „Sportprogramms 2024“ und der dann vorliegenden Rahmenbedingungen zu analysieren, ob weiterer Schwimmhallenneubaubedarf bis 2030 besteht.
- Die bereits vorhandenen Schwimmhallen müssen in einem guten sowie barrierefreien bzw. -armen Zustand erhalten bzw. in diesen versetzt werden.
- Mit Blick auf die demografische und die Bevölkerungsentwicklung (steigende Kinder- und Seniorenzahlen) sowie des daraus resultierenden speziellen Bedarfs ist es wichtig, neben einem Sportschwimmbecken auch Flachwasserbecken vorzuhalten (Schwimmkurse, Wassergymnastik- und Rehabilitationssport). Deshalb ist bei der Umsetzung der Neubauvorhaben und bei Bestandsmodernisierungen der Einbau eines Flachwasserbeckens wünschenswert und aus baulicher und finanzieller Hinsicht zu prüfen.
- Schwerpunkte des Vereinssports in den Schwimmhallen ist das Training von Kindern, Jugendlichen und Senioren. Die Stadt sollte deshalb die Übungsleiteraktivität unterstützen. Ein besonderes Augenmerk sollte hierbei auf den Anforderungen liegen, die sich aus Integration und Inklusion ergeben.

Ziel 2: Die für Sport und Bewegung geeignete Infrastruktur im öffentlichen Raum wird gezielt für Freizeit- und Breitensport entwickelt

Sonstige, für Sport und Bewegung besonders geeignete Infrastruktur im öffentlichen Raum (Wege, Plätze, Flüsse, Seen) wird gezielt so angelegt oder verändert, dass die speziellen Ansprüche des Freizeit- und Breitensports Berücksichtigung finden. Bei der Art der Gestaltung wird auf die besonderen Belange von Menschen mit Behinderungen geachtet. Handlungsschwerpunkte der Stadt sind die Sport- und Bewegungssachsen im Stadtgebiet. Bei Errichtung und Ausbau von Achsen, die ins Umland weiterführen, erfolgen Abstimmungen mit den dort zuständigen Verwaltungen und Gremien.

Maßnahmenbündel

- Aktivitätsschwerpunkte für das **freizeitsportliche Radfahren** sind bevorzugt vom KFZ-Verkehr isolierte Wege und Straßen in eher weitläufigen Grünanlagen (Wälder, Parks, Seenrundwege). Bis zum Alter von ca. 65 Jahren sind alle Altersgruppen auf dem Rad aktiv. Ein durchgängiger Ausbau beliebter, naturnaher Sport- und Bewegungssachsen mit wetterfestem Belag, idealerweise mit Asphalt, erhöht signifikant den Rollkomfort und die Schmutzunempflichkeit für Radfahrer/-innen.
- Außerdem ermöglicht dies auch weiteren Rollsport, insbesondere für Gehbehinderte (Rollstuhl- und Rollatorfahren) und für die Zielgruppen Kinder, Jugendliche und Familien (Inlineskating, Skateboarding).
- Ein durchgängiger, anforderungsgerechter Ausbau bzw. Erhalt dieser Sport- und Bewegungssachsen (siehe Schwerpunktträume ab Seite 14) kann zudem Umwelt und Verkehr entlasten, da Sport- und Bewegungssuchende das attraktive Leipziger Umland direkt mit den Sportgeräten anfahren und nicht mit dem PKW. Eine durchgängige Ausschilderung bedeutungsvoller Bewegungssachsen verbessert die Orientierung (z. B. Elsterradweg).

- Aktivitätsschwerpunkte für **Jogging/Walking/Wandern** sind bevorzugt vom KFZ-Verkehr isolierte Wege und Straßen in weitläufigen, aber auch in kleineren Grünanlagen (Wälder, Stadtteil-parks, Sportplatzanlagen, Kleingartenanlagen). Für Läufer/-innen und Walker/-innen ist kein wetterfester Ausbau des Untergrundes erforderlich, sie schätzen aber besonders in den „dunklen“ Monaten beleuchtete Laufstrecken.
- Befragungen für die Erarbeitung des „Sportprogramms 2024“ haben einen Bedarf an streckenbegleitenden Fitness-Stationen einfachster Bauart ergeben, wie z. B. Reckstangen, Balance- und Stretching-Elemente.

Ziel 3: Leipzig ist regelmäßig Austragungsort für attraktive Sportgroßveranstaltungen; geeignete Standorte sind attraktiv ausgebaut und sehr gut erschlossen

Mit einem attraktiv ausgebauten und verkehrstechnisch gut erschlossenen Sportforum besitzt Leipzig einen einzigartigen Standortvorteil für Sportgroßveranstaltungen im Fußball, in Hallensportarten und im Rudern/Kanu, der national und international positiv wahrgenommen wird. Eine anforderungsgerecht ausgebauten Infrastruktur um den Zwenkauer See ermöglicht Sportgroßveranstaltungen in Ausdauersportarten und im Segelsport, die lokal, überregional und national bedeutungsvoll sind.

Maßnahmenbündel

- Die Stadt Leipzig muss die für Sportgroßveranstaltungen geeignete Infrastruktur, einschließlich des jeweiligen Umfeldes, erhalten und weiterentwickeln. Aufgrund der sportlichen und wirtschaftlichen Bedeutung als Image- und Wirtschaftsfaktor wird die Unterstützung und Förderung von Sportgroßveranstaltungen in den nächsten Jahren fortgesetzt.
- Sportgroßveranstaltungen fördern das Stadt- und Regionalmarketing. Von der Stadt Leipzig werden deshalb weiterhin national und international bedeutende Veranstaltungen unterstützt, für die u. a. die erforderliche Infrastruktur vorhanden ist bzw. durch Weiterentwicklung geschaffen werden kann. Wichtig ist dabei auch die anforderungsgerechte Gestaltung der verkehrlichen und baulichen Rahmenbedingungen.
- Das Neuseenland im Süden Leipzigs bietet neue Perspektiven für Wassersportveranstaltungen. Das sollte in den entsprechenden Planungen und Gestaltungen ausreichend Berücksichtigung finden.
- Teilnehmerstarke, den öffentlichen Raum inszenierende Freizeit- und Breitensportveranstaltungen haben sich als feste Größe in den Veranstaltungskalendern deutscher Großstädte etabliert. Das Spektrum reicht von Volksläufen und Sportfesten bis hin zu speziellen Events des Freizeit- und Breitensports. Für diese Zwecke müssen geeignete Flächen vorgehalten und entwickelt werden.

3.2 Wechselwirkungen und Querschnittsthemen

Fachkonzept Wohnen

In der sich verdichtenden Stadt mit immer weniger Flächenressourcen kann es zunehmend zu Interessenkonflikten kommen. Attraktive Wohnlagen befinden sich oft an Grünzügen, die traditionell mit Freiluftsportanlagen, wie beispielsweise Fußballplätze, durchsetzt sind. Heranrückende Wohnbebauung birgt die Gefahr, dass der Sportbetrieb auf den Anlagen nachträglich aus Lärmimmissionsgründen in Frage gestellt wird.

Bei einer Neubebauung von Brachen müssen sich Sportstättenbedarfe gegen andere, zu denen u. a. auch Wohnungs- oder Gewerbeneubau gehören, durchsetzen. In neu entstehenden, großflächigen Wohngebieten muss darauf geachtet werden, dass auch niedrigschwellige, bewegungsfördernde Anlagen eingeordnet werden. Dazu gehören z. B. Ballspielplätze, wie Tischtennisplatten, Bolz-, Basket- und Volleyballplätze, Fitnessstationen, Grünanlagen für Jogging/Walking, attraktive Rad- und Fußwege als Sport- und Bewegungsachsen sowie Schwimmhallen.

Das kann dem Begehr der künftigen Bewohner nach Ruhe vor der Haustür entgegenstehen. Den Konflikten kann gegengesteuert werden, indem

- bei Planung und bei der Erteilung von Baugenehmigungen auf einen mehr als ausreichenden Abstand neuer Vorhaben zu Bestandssportanlagen geachtet wird
- Sportstättenneubauvorhaben mit hoher Priorität innerstädtische Beachtung bei der Vergabe von kommunalen Flächen finden
- und Projektentwickler neuer Wohngebiete angehalten werden, zukünftige Sport- und Bewegungsangebote in die Standortentwicklung zu integrieren.

Fachkonzept Freiraum und Umwelt

Bedeutende Sportplatzanlagen in Leipzig werden in den kommenden Jahren einem ständig steigenden Nutzungsdruck unterliegen. Weil innerstädtische Flächen für Neubauten fehlen, müssen die vorhandenen Sportplatzanlagen für eine bessere Auslastbarkeit modernisiert werden. Effektive Maßnahmen dafür sind der Umbau von Rasen- in Kunstrasenfelder (partielle Bodenversiegung) und der Bau von Flutlichtanlagen (Kunstlicht bis 22:00 Uhr). Beides sind Maßnahmen, die mit Umweltschutzz Zielen kollidieren können, für die es aber von Seiten des Sports keine Alternativen gibt.

Auch der Ausbau sandgeschlämpter Sport- und Bewegungssachsen im Stadtgrün mit Asphalt kann Umweltschutzz Zielen entgegenstehen. Zieht man in Erwägung, dass im Gegenzug Leipzigerinnen und Leipziger für Sport und Bewegung, aber auch für den Alltagsradverkehr, auf eine KFZ-Nutzung verzichten, wenn sie gute Radfahrbedingungen vorfinden, kann zugleich auf eine Umweltentlastung verwiesen werden.

In beiden Fällen sollte gemeinsam geprüft werden, welche Handlungsspielräume sich für die Umsetzung der Ziele von Sport und Bewegung ergeben.

Fachkonzept Kommunale Bildungslandschaft

Sport ist Mittel in der Bildung und Erziehung. Deshalb gibt es zum Fachkonzept Bildungslandschaft mehr Synergien als Konflikte. Kernaufgabe wird es sein, Sportstätteninfrastruktur-Maßnahmen gut mit- und aufeinander abzustimmen. Sporthallenneubauten und sanierte/modernisierte Sporthallen müssen den Bedarf für den Schul- und den Vereinssport, nach Möglichkeit auch den des vereinsungebundenen Freizeitsports, beispielsweise in Projekten, abdecken können – sowohl was die Bauweise als auch was die Ausstattung betrifft. Das sollte künftig auch für Schulsportanlagen gelten, die zurzeit nach Unterrichtsschluss verschlossen werden. Das kann einen Konflikt darstellen, weil hier das Interesse des Schulträgers an geringen Unterhaltungs- und Personalkosten dem der Sportvereine und Projektgruppen gegenübersteht, Freisportanlagen in den Wohnquartieren ebenfalls zu nutzen.

Fachkonzept Nachhaltige Mobilität

Wichtige Schnittstelle beider Konzepte sind die Radverkehrswege, die von den Sportarten Radsport, Rollstuhlsport, Inlineskating und Skateboarding genutzt werden. Bis auf wenige Ausnahmen bevorzugen alle Radsportler/-innen, wie auch Alltagsradler/-innen, befestigte, wetterfesten Untergrund mit einem hohen Rollkomfort und wenig Verschmutzung. Die Schließung von Lücken im Asphalt bzw. Verbundsteinuntergrund auf den Sport- und Bewegungssachsen, die sich oft mit Hauptradrouten decken, sollte deshalb auch im Fachkonzept Nachhaltige Mobilität Berücksichtigung finden. Attraktive Radfahrbedingungen können den KFZ-Nutzungsanteil im Stadtgebiet verringern und führen so zu Verkehrs- und Umweltentlastungen.

Die verkehrstechnische Erschließung des Sportforums sowie der Parksituation muss ein wichtiger Handlungsschwerpunkt in Leipzigs Verkehrskonzeption werden.

Einige **Querschnittsthemen** weisen für das Fachkonzept Sport eine besondere Relevanz auf. Dies sind vor allem die Themen Inklusion und Chancengerechtigkeit, Integration und Vielfalt sowie Gesundheit.

3.3 Räumliche Handlungsstrategie

Im Fachkonzept Sport wurden entlang der Fachkonzeptziele folgende Kategorien für Schwerpunkträume herausgearbeitet und räumlich konkretisiert:

1. Sportstätteninfrastruktur - Erhalt, Sanierung und Neubau von Sportstätten,

2. Sport- und Bewegungsachsen - Erhalt, Umgestaltung, Neubau von Infrastruktur im öffentlichen Raum und
3. Sportgroßveranstaltungen.

Schwerpunkträume Sportstätteninfrastruktur

Die im folgenden genannten Bedarfe wurden im Sportprogramm 2024 ermittelt.

Ortsteil Böhlitz-Ehrenberg im Stadtbezirk Alt-West: Neubau wettkampfgeeigneter Spielsporthallenfläche
 Aktuell zeigt ein Vergleich der Verteilung der universell nutzbaren Zwei- und Dreifeldhallen im Stadtgebiet, dass es im Stadtbezirk Alt-West weder eine Zwei- noch eine Dreifeldsporthalle gibt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf für den Neubau einer wettkampfgeeigneten, universell nutzbaren Spielsporthalle für den Schul- und Vereinssport.

Stadtbezirke Ost, West, Nord und Süd (Peripherie): Neubau von Sportplatzanlagenflächen

Die Stadtbezirke, die wegen ihrer dichten Wohnbebauung über einen geringen Stadtgrünanteil verfügen und deshalb traditionell mit Sportfreiflächen unversorgt sind, sollten bei Neubauvorhaben höchste Priorität bekommen. Schwerpunkte für Neubauvorhaben werden aufgrund ihres großen Platzbedarfs nur noch Randlagen in den Stadtbezirken sein können. Vorrang haben deshalb peripherie Lagen in den unversorgten Stadtbezirken Ost, West, Nord und Süd. Der hohe Kinder- und Jugendanteil im Fußball macht eine sehr gute ÖPNV- und Radverkehrsanbindung der neuen Sportplatzanlagen-Standorte zwingend erforderlich (nicht in Karte dargestellt)

Innere Ortsteile Stadtbezirk Ost und südliche Ortsteile Stadtbezirk Süd: Neubau von Schwimmhallenflächen

Schwimmhallen sind als stark nachgefragte Sport- und Bewegungsangebote in den Wohnquartieren anzusehen und sollten deshalb nach Möglichkeit gleichmäßig auf den Stadtraum verteilt sein. Rechnerisch am stärksten mit Schwimmhallenfläche unversorgt sind die Stadtbezirke Süd und Nordwest, wobei Nordwest einen vergleichsweise geringen Bevölkerungsstand aufweist. Der Leipziger Osten ist zwar Standort der privaten „Sachsentherme“, soll aber als soziales Schwerpunktgebiet durch einen Schwimmhalleneubau aufgewertet werden.

Im Sportprogramm 2024 der Stadt Leipzig ist die Unterstützung der Sportbäder Leipzig GmbH beim Neubau einer 25-Meter-Schwimmhalle bis 2020 und einer weiteren nach 2020 verankert, bevorzugt in den Stadtbezirken Süd, Nordwest, Südost, Altwest, Nord und Nordwest. Der Einbau eines Flachwasserbeckens ist aus baulicher und finanzieller Sicht zu prüfen.

Schwerpunkträume Sport- und Bewegungsachsen

Sport- und Bewegungsachse	Notwendige Maßnahmen
Elsterradweg	Lückenschlüsse Asphaltoberfläche partielle Beleuchtung
Anton-Bruckner-Allee	Aufwertung Spiel- und Sportbereich am BSV AOK nach heutigen Anforderungen
Galopprennbahn - Neue Linie - Cospudener See	Oberflächensanierung der M.-Reger-Allee (zur Trennung des Fußgänger- vom Radverkehr und zur Ermöglichung des Rollsports) Lückenschlüsse Asphaltoberfläche
Rosenthal - Schladitzer See	
Clara-Zetin-Park – Rundweg Kulkwitzer See	Lückenschlüsse Asphaltoberfläche für den Rundweg um den Kulkwitzer See
Innenstadt – Stadtgrenze Ost	Einbindung in das künftige Projekt Parkbogen Ost
Parthe-Radweg	Asphaltierung des Parthe-Radweg

Plagwitz – Cospudener See	Lückenschlüsse Asphaltoberfläche
Innenstadt – Markkleeberger See	Einbindung in das künftige Projekt Parkbogen Ost
Bayerischer Bahnhof- Markkleeberger See	Neuplanung und -bau einer vom KFZ-Verkehr isolierten, asphaltierten Geh- und Radstrecke vom Bayerischen Bahnhof in Richtung Markkleeberger See Neubau von neuen Sport- und Bewegungsmöglichkeiten entlang dieser neuen Bewegungssachse
Parkbogen Ost	Neuplanung und -bau einer vom KFZ-Verkehr isolierten, asphaltierten Geh- und Radstrecke nordöstlich der neuen Bebauung Neubau von neuen Sport- und Bewegungsmöglichkeiten entlang der neuen Bewegungssachse
Rundweg um den Zwenkauer See	Lückenschlüsse in der Asphaltierung des Rundweges Asphaltierung der Anbindungswege zum Cospudener und Markkleeberg See

Schwerpunkträume Sportgroßveranstaltungen

Sportforum mit Elsterbecken

Schwerpunkte für die Erhaltung und Entwicklung der wettkampftauglichen Infrastruktur werden das Sportforum mit Red Bull Arena (Fußball) und ARENA Leipzig (Hallenspielsportarten, Leichtathletik) sowie – bei Umsetzen der Hochwasserschutzmaßnahmen durch den Freistaat Sachsen – auch das Elsterbecken (Kanu, Rudern) sein.

Einzu ziehen ist dabei die Weiterentwicklung des Konzepts zur Steuerung des öffentlichen und individuellen, veranstaltungsbezogenen Verkehrsaufkommens rund um das Sportforum Leipzig, mit seiner derzeit sehr begrenzten Anzahl an KFZ-Parkplätzen. Die Kapazitätsgrenze ist besonders schnell erreicht, wenn parallel in der Red Bull Arena und in der ARENA Leipzig Großereignisse stattfinden. Die Situation ist mit geeigneten Maßnahmen zu entspannen, z. B. P&R-Konzept, ÖPNV-Konzept, Parkhaus.

Zwenkauer See

Der Zwenkauer See wird sich künftig hervorragend für Segel-, Lauf-, und Radsport- aber auch für Triathlon-Veranstaltungen eignen, wenn die Uferbereiche mit der erforderlichen Infrastruktur bebaut werden. Er verfügt mit seiner Wasserflächengröße und -form, seiner sehr guten Verkehrsanbindung und seinem Uferrundweg mit Marathon-Halbdistanz über hervorragende Grundvoraussetzungen für diese Entwicklung.

Innenstadtbereiche

Teilnehmerstarke, den öffentlichen Raum inszenierende Freizeit- und Breitensportveranstaltungen haben sich als feste Größe in der Veranstaltungskalendern deutscher Großstädte etabliert. Das Spektrum reicht von Volksläufen und Sportfesten bis hin zu speziellen Events des Freizeit- und Breitensports. Innerstädtische Flächen müssen für diese Zwecke vorgehalten und entwickelt werden können (nicht in Karte dargestellt).

3.4 Umsetzung

Für Sportstättenneubau und Sanierung von Sporthallen, Sportplatzanlagen und Schwimmhallen wird überwiegend die Fachförderung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (Schulsporthallen und Schulsportfreianlagen) und die Fachförderung des Staatsministeriums des Innern (Vereinssportstätten) genutzt. In kommunaler Verantwortung stehen das Amt für Gebäudemanagement, das Amt für Sport und die Sportbäder Leipzig GmbH. Maßnahmen auf bzw. in Vereinssportanlagen werden grundsätzlich mit dem Investitionsfördermodell realisiert, bei dem sich Verein, Stadt und Land die Kosten teilen. An

exponierten Standorten in Fördergebieten sind allerdings auch städtebauliche Fördermodelle denkbar.

Der Ausbau der Sport- und Bewegungsachsen im öffentlichen Raum fällt in die Zuständigkeit des Verkehrs- und Tiefbauamtes, des Amtes für Stadtgrün und Gewässer sowie des Stadtplanungsamtes. Das Land kann die Baumaßnahmen bis zu 90 % fördern. Für das Verkehrskonzept Sportforum ist das Verkehrs- und Tiefbauamt in Abstimmung mit weiteren Fachämtern und der Leipziger Gruppe zuständig.

Bei dem Vorhaben, die Sportinfrastruktur mit attraktiven Sport- und Bewegungsangeboten zu füllen, ist die Dachorganisation Stadtsportbund Leipzig e. V. ein wichtiger Partner der Stadt Leipzig, insbesondere was die Ausbildung und Qualifizierung der Übungsleiter/-innen anbelangt.

3.5 Finanzielle Auswirkungen

Für die Umsetzung der Ziele und vorgeschlagenen Maßnahmenbündel im Fachkonzept Sport ist von einem finanziellen Mehrbedarf auszugehen, insbesondere vor dem Hintergrund des Wachstums und der damit verbundenen höheren Beanspruchung von Sportstätten und -flächen sowie des Ergänzungsbedarfs an neuer Sport- und Bewegungsinfrastruktur. Dabei erfordert nicht nur der Neubau von Sportstätten Investitionen und die Absicherung der Unterhaltungs- und Personalkosten, sondern auch die Optimierung vorhandener Sportstätten für eine höhere Auslastung oder die effektivere Nutzung kommunaler Sportstätten durch Mehrfachnutzung von Schul-, Vereins- und Freizeitsport. Haushaltswirksam wird das in den Haushalten des Amtes für Gebäudemagements, des Amtes für Jugend, Familie und Bildung sowie des Amtes für Sport. Für den Aus- und Neubau der Sport- und Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum wird sich der Mehrbedarf überwiegend in den Haushalten des Amtes für Stadtgrün und Gewässer sowie des Verkehrs- und Tiefbauamtes niederschlagen. Der steigende Bedarf an qualifizierten Übungsleiter/-innen geht mit einem finanziellen Mehrbedarf im Amt für Sport einher.

Es ist wichtig, die vorhandenen Angebote für die Akquise von Fördermitteln optimal zu nutzen, und die Zusammenarbeit aller Akteure zu verbessern, um die vorhandenen Ressourcen vorausschauend und effektiver zu nutzen.

Maßnahmenbündel/ Instrumente	Direkte Kosten pro Jahr (HOCH/MITTEL/GERING)	Einnahmen/ Folgekosten/ Folgewirkungen
Sportstätten erhalten und saniieren/modernisieren	HOCH Kosten für Investitionen im Finanz- und Ergebnishaushalt von AJFB, AfS, ASG	MITTEL Kostensteigerung in der Sportstättenunterhaltung wegen höherer Auslastung nach Modernisierung, Einwerbung von Fördermitteln, Mehrwert der städtischen Sportinfrastruktur durch die Schaffung hochwertiger und moderner Sportstätten
Bauweise und Ausstattung von neuen und sanierten Sportstätten für alle Nutzergruppen	MITTEL Kosten bei AJFB, AfS im Finanz- und Ergebnishaushalt für Bau- und Ausstattungsergänzungen	GERING Kosten im Ergebnishaushalt für die Erhaltung der Investitionen, Erhöhung der Einnahmen aus Nutzungsentgelten, Einwerbung von Fördermitteln, Optimale Auslastung der vorhandenen kommunalen Sportinfrastruktur durch Multifunktionalität
Grundsätzlich Nutzung kommunaler Sportstätten durch den Schul-, Vereins und Freizeitsport	MITTEL Steigerung der Bewirtschaftungskosten im Ergebnishaushalt AJFB und AfS (Personal- und Sachkosten)	MITTEL Kosten für Reparaturen im Ergebnishaushalt wegen höherer Auslastung Erhöhung der Einnahmen aus Nutzungsentgelten, Optimale Auslastung der vorhandenen kommunalen

Maßnahmenbündel/ Instrumente	Direkte Kosten pro Jahr (HOCH/MITTEL/GERING)	Einnahmen/ Folgekosten/ Folgewirkungen
		Sportinfrastruktur
Öffnung Sportstätten bis 22:00 Uhr und bei Bedarf an Wochenden	MITTEL Steigerung der Bewirtschaftungskosten im Ergebnishaushalt AJFB und AfS (Personal- und Sachkosten)	MITTEL Kosten für Reparaturen im Ergebnishaushalt wegen höherer Auslastung Erhöhung der Einnahmen aus Nutzungsentgelten, Optimale Auslastung der vorhandenen kommunalen Sportinfrastruktur
Neubau wettkampfgeeignete Spielsporthalle in Böhlitz-Ehrenberg	HOCH Kosten im Finanzhaushalt von ca. 5,2 Mio € im Finanzhaushalt des AfS für Bau und Ausstattung	GERING Kosten im Ergebnishaushalt für die Bewirtschaftung und die Erhaltung der Investitionen, Einwerbung von Fördermitteln, Erhöhung der Einnahmen aus Nutzungsentgelten, Mehrwert der städtischen Sportinfrastruktur durch die Schaffung einer hochwertigen und modernen Sportstätte
Neubau von Freizeitsportstätten in neuen Wohnquartieren	MITTEL Kosten im Finanzhaushalt des AfS und ASG für Bau und Ausstattung	GERING Kosten im Ergebnishaushalt für die Bewirtschaftung und die Erhaltung der Investitionen Einwerbung von Fördermitteln, Erhöhung der Einnahmen aus Nutzungsentgelten, Mehrwert der städtischen Sportinfrastruktur durch die Schaffung hochwertiger und moderner Sportstätten
Schwimmhallen erhalten und sanieren/modernisieren	Aufwendungen trägt Sportbäder Leipzig (SBL) GmbH	MITTEL Kosten im Ergebnishaushalt der Stadt Leipzig für Zuschüsse nach Bäderleistungsfinanzierungsvertrag (wegen steigender Schwimmhallenanzahl durch Neubauten)
Neubau Schwimmhallen im Stadtbezirk Ost und im Stadtbezirk Süd	HOCH Noch nicht bezifferbarer Zuschuss aus dem Finanzhaushalt der Stadt Leipzig für den Bau und die Ausstattung (Bauvolumen insgesamt ca. 16 Millionen €, zuzüglich Grundstückskosten, Bauherr ist SBL GmbH)	MITTEL Kosten im Ergebnishaushalt der Stadt Leipzig für Zuschüsse nach Bäderleistungsfinanzierungsvertrag (wegen steigender Betriebskosten durch Neubauten)
Übungsleiterförderung (Gewinnung und Qualifikation)	GERING Kosten Ergebnishaushalt des AfS (wegen Anstieg Mitglieder- und Übungsleiteranzahl)	Verbesserung der Bedingungen für den Vereins-sport; dadurch positive Auswirkungen (u.a. Gesundheit, Erziehung, weicher Standortfaktor)
Ausbau der Sport- und Bewegungsachsen	MITTEL Kosten im Finanzhaushalt des VTA und ASG	GERINGE Kosten im Ergebnishaushalt für die Erhaltung der Investitionen,

Maßnahmenbündel/ Instrumente	Direkte Kosten pro Jahr (HOCH/MITTEL/GERING)	Einnahmen/ Folgekosten/ Folgewirkungen
		<p>Einwerbung von Fördermitteln,</p> <p>Mehrwert der städtischen Verkehrsinfrastruktur durch die Schaffung attraktiver, wetterfester Radverkehrswege,</p> <p>Zunahme des Alltagsradverkehrs - Abnahme des motorisierten Individualverkehrs</p>
für alle Maßnahmenbündel		<p>Verbesserung der Bedingungen für den Vereins- und vereinsunabhängigen Freizeitsport; dadurch positive Auswirkungen (u.a. Gesundheit, Erziehung, weicher Standortfaktor)</p>

AfS = Amt für Sport, ASG = Amt für Stadtgrün und Gewässer, VTA = Verkehrs- und Tiefbauamt, AJFB = Amt für Jugend, Familie und Bildung

Anlage: Zuordnung Fachkonzept - Ziele zum Strategischen Zielbild

Ziel Nr.	Ziel Fachkonzept	Seite	Übergeordneter Handlungsschwerpunkt (übergeordnetes Strategisches Ziel)
1	Kommunale Sportstätten stehen ausreichend und anforderungsgerecht für die beliebtesten Sport- und Bewegungsformen zur Verfügung	7/8	Quartiersnahe Kultur-, Sport- und Freiräumangebote Chancengerechtigkeit in einer inklusiven Stadt Vielfältige, lebendige Kultur- und Sportlandschaft
2	Die für Sport und Bewegung geeignete Infrastruktur im öffentlichen Raum wird gezielt für Freizeit- und Breitensport entwickelt	9/10	Quartiersnahe Kultur-, Sport- und Freiräumangebote Vielfältige, lebendige Kultur- und Sportlandschaft
3	Leipzig ist regelmäßig Austragungsort für attraktive Sportgroßveranstaltungen; geeignete Standorte sind attraktiv ausgebaut und sehr gut erschlossen	10	Imageprägende Großveranstaltungen



Fachkonzept Sport

Räumliche Handlungsstrategie

1. Schwerpunktträume Sportstätteninfrastruktur

Schwimmhalle

Sporthalle

Sportplatzanlage

2. Schwerpunktträume Sportgroßveranstaltungen

Sportgroßveranstaltung

3. Schwerpunktträume Sport- und Bewegungsachsen

Sanierung bzw. Neubau

Bestand

A Elsterradweg

B Rundweg Kulkwitzer See

C Partheradweg

D Achse Galopprennbahn - Cospudener See

E Achse Bayerischer Bahnhof - Markkleeberger See

F Parkbogen Ost

G Achse Parkbogen Ost - Markkleeberger See

H Achse Plagwitzer Bahnhof - Cospudener See

I Nordufer Zwenkauer See

Sportstätteninfrastruktur (Bestand)

Zweifeldhalle

öffentlicher Bolzplatz

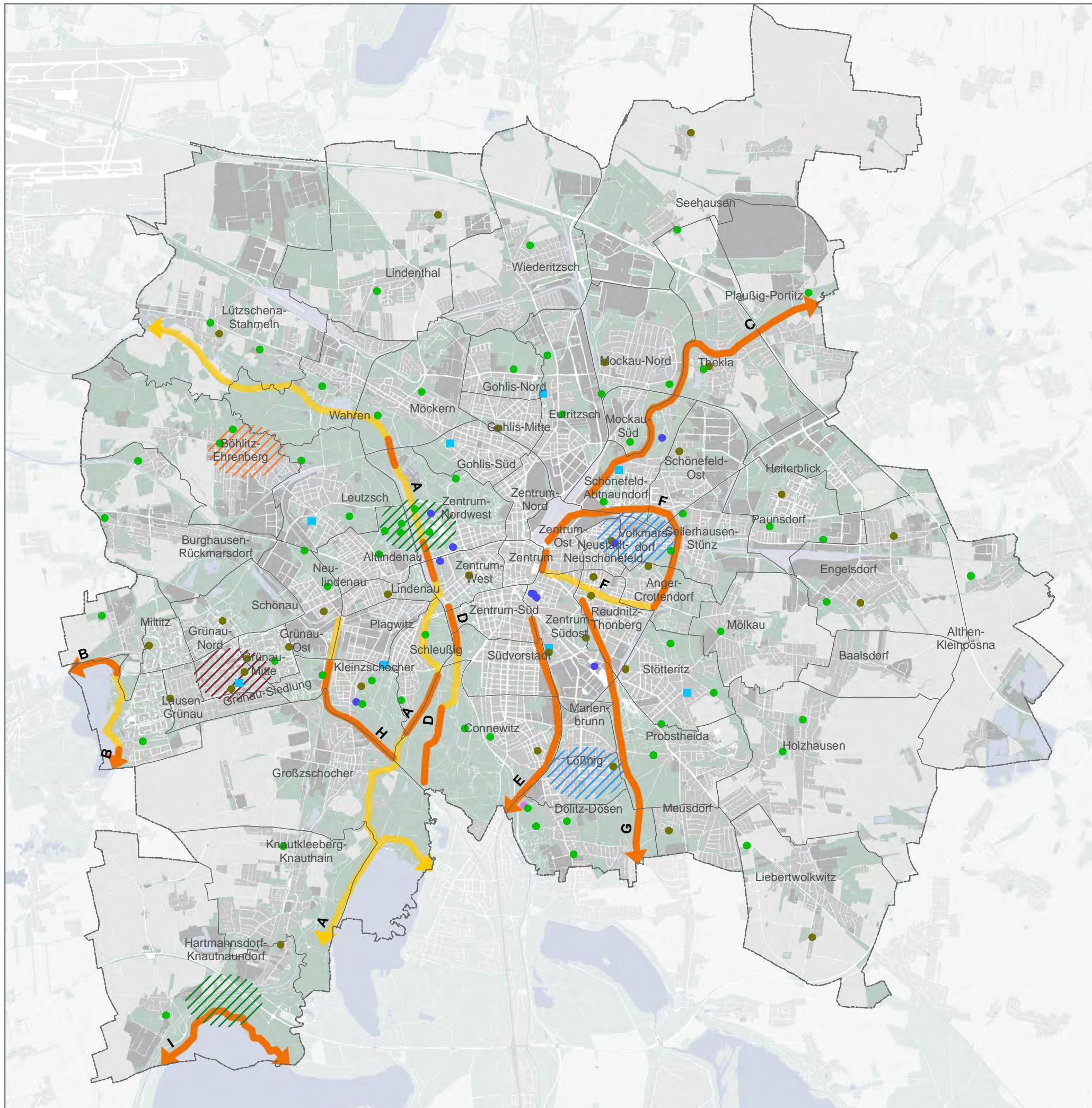
Dreifeldhalle

Sportplatzanlage

Schwimmhallen

Ortsteile

Stadtgrenze



FACHKONZEPT HOCHSCHULEN UND FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN

1. EINLEITUNG

Die Leipziger Hochschulen und Forschungseinrichtungen bilden mehr denn je einen zentralen Faktor der integrierten Stadtentwicklung. Gleichzeitig nimmt die Veränderungsdynamik unserer Stadt Einfluss auf die Entwicklungschancen unserer Wissenschaften. Die Bedeutung der Wissenschaften wächst für alle gesellschaftlichen Felder: für die Politik als Projektpartner und Beratungsinstanz, für die Wirtschaft als Träger von Technologietransfer und Innovation, für die Kultur als Gesprächspartner und Stimulator ästhetischer Produktion und kritischer Reflexion, für die Stadtgesellschaft als Forum und Mittler von (Weiter-)Bildung und Wissenstransfer, von Diskurs und Aufklärung. Räumlich bestehen enge Wechselwirkungen zwischen den Wissenschafts- und Campusräumen und den sie umliegenden innerstädtischen Quartieren.

Diese Wechselwirkungen und Synergien sollen auch in den kommenden Jahren – abgeleitet aus den strategischen Zielen der Stadt Leipzig – gestärkt und ausgebaut werden. Hierfür sollen die seit Bechluss des ersten Fachkonzeptes „Hochschulen und Forschungseinrichtungen“ im Jahr 2011 begonnene Profilierung der urbanen Wissenschaftsräume, die entstandenen Arbeitsfelder und Strukturen der Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Wissenschaftseinrichtungen im Kontext der integrierten Stadtentwicklung weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Hierzu gehören die weitere institutionelle Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Akteuren der Leipziger Wissenschaftsfamilie und der Stadtverwaltung und die Fortsetzung von Arbeitsgruppen zu gemeinsam definierten Aufgabenfeldern. Des Weiteren werden das abgestimmte politische Lobbying für die Leipziger Wissenschaften auf Freistaats- und Bundesebene weiter fortgesetzt und die regionalen Netzwerke zur Förderung der mitteldeutschen Wissenschaftslandschaft weiterentwickelt. Aus Stadtentwicklungssicht sollen die Forschungs- und Hochschuleinrichtungen in ihren Raumentwicklungsstrategien in den Campusräumen unterstützt und Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaftsräumen und den umliegenden Quartieren zum gegenseitigen Nutzen identifiziert und weiter qualifiziert werden.

Stadtverwaltung und Wissenschaftseinrichtungen bleiben aufeinander verwiesen: dieses Bewusstsein prägt das Handeln der Stadtverwaltung und der Wissenschaftsakteure und ist ein wichtiges Ergebnis der städtischen Zusammenarbeit mit den Leipziger Wissenschaften.

Verwendete Grundlagen	<ul style="list-style-type: none"> • Bildungsreport Leipzig 2016 • Wirtschaftsbericht 2016 • Wissenschaft in Leipzig 2015 (Faltplan) • Sächsischer Hochschulentwicklungsplan 2025 (HEP)
Arbeitsstruktur	<p>Verwaltungsinterne Arbeitsgruppe „Hochschulen und Forschungseinrichtungen“ aus Vertreter/-innen des Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, des Stadtplanungsamtes und des Referates Wissenspolitik sowie des Amtes für Wirtschaftsförderung,</p> <p>Arbeitsgruppe „Hochschulen und Forschungseinrichtungen“ mit Vertreter/-innen der Universität, der Hochschulen und größeren außeruniversitären Forschungseinrichtungen</p>

2. AUSGANGSLAGE

Die Leipziger Wissenschaften sind wichtige Akteure der Stadtentwicklung. Sie leisten einen maßgeblichen Beitrag zur wissenschaftlichen und künstlerischen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Sie prägen den Geist unserer Stadt, ihre urbane Atmosphäre und ihr bürgerliches Selbstbewusstsein. Sie stehen mit ihrer Lehre und Forschung für die Reputation Leipzigs als nationaler und internationaler Wissenschaftsstandort. Sie sind starke Partner für innovationsgetriebene Unternehmen insbesondere in den Wirtschaftsclustern: Automobil und Zuliefererindustrie, Gesundheitswirtschaft und Biotechnologien, Energie und Umwelttechnik, Logistik sowie Medien und Kreativwirtschaft. Sie erbringen wissenschaftliche Expertise zu technologischen und globalen Fragestellungen unserer Zeit, beispielsweise zu Fragestellungen der wachsenden Stadt, der Energiewende und des Klimawandels. Und sie sind ein eigenständiger Wirtschaftsfaktor: als Arbeitgeber, als Auftraggeber, als „touristischer“ Magnet für internationale Kongresse und Konferenzen.

Mit Blick auf die Herausforderungen unserer Zeit, wie den demografischen und technologischen Wandel, erweist sich die Leipziger Hochschul- und Forschungslandschaft zunehmend als wichtiger Faktor im Standortwettbewerb. Insbesondere die Altersgruppe der 18- bis 35jährigen, die als Studierende oder akademisch Gebildete nach Leipzig kommen und bei Aussicht auf adäquate Berufseinstiegsmöglichkeiten in großer Zahl bleiben, diese Magnetworkung trägt erheblich zu Wachstum und Verjüngung, zu Internationalität, Kreativität und intellektueller Ausstrahlung unserer Stadt bei. Die Absolvent/-innen der Leipziger Hochschulen stellen für die Leipziger Unternehmen wie für die öffentliche Verwaltung eine wesentliche Personalressource dar, um den steigenden Fachkräftebedarf zu decken.

2.1 Aktuelle Situation und Entwicklungen

Die Leipziger Hochschul- und Forschungseinrichtungen konzentrieren sich im Stadtraum auf vier Wissenschaftsräume. Ihre breit gefächerte institutionelle Struktur mit einer Volluniversität, zwei Kunsthochschulen, einer großen Hochschule für angewandte Wissenschaften und einer Berufsakademie in staatlicher Trägerschaft sowie mehreren Fachhochschulen in privater Trägerschaft bietet eine Vielzahl attraktiver Studienmöglichkeiten an. Die Zahl der Studierenden in direkten, dualen und berufsbegleitenden Studiengängen macht Leipzig neben Dresden zum größten Hochschulstandort in Sachsen und in Mitteldeutschland. Universität, Hochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind nicht nur wichtige (Aus-)Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Sie sind zugleich Arbeitgeber für hochqualifizierte Mitarbeiter/-innen in Lehre, Forschung und Verwaltung.

Universitäten und Hochschulen

Zur Leipziger Hochschullandschaft gehören:

- Universität Leipzig
- Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig HTWK Leipzig
- Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig
- Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig
- HHL Leipzig Graduate School of Management
- Hochschule für Telekommunikation Leipzig
- Berufsakademie Sachsen, Staatliche Studienakademie Leipzig

Hervorzuheben ist, dass die HHL als universitäre private Wirtschaftshochschule über ein Promotions- und Habilitationsrecht verfügt. Weitere Hochschulen sind die Leipzig School of Media, die Vitruvius Hochschule, die Hochschule für Ökonomie und Management (FOM), die DPFA Hochschule Sachsen, die Hamburger Fern-Hochschule (HFH), Studienzentrum Leipzig, die iba Internationale Berufsakademie, Standort Leipzig und die SRH Fernhochschule – alle in privater Trägerschaft.

Die Leipziger Wissenschaftseinrichtungen sind eingebunden in die institutionellen Gegebenheiten der Wissenschaftspolitik aus Landes- und Bundesebene. Die Rahmenbedingungen der Hochschulen im Freistaat Sachsen werden durch das Sächsische Hochschulfreiheitsgesetz geprägt, das systematische Veränderungen der Hochschulsteuerung und ein System von Zielvereinbarungen mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK) vorsieht. Diese weisen neben leistungsbezogenen Kennzahlen zu Lehre, Forschung und der sog. „Dritten Mission“, d.h. der Öffnung der Wissenschaft in außerakademische Räume, standortkonkrete Festlegungen zur Kapazitätsentwicklung und zum For-

schungsprofil aus. Sie limitieren die Personal- und damit die Studierendenzahlen und beschneiden die Forschungspotenziale der Einrichtungen.

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

In Leipzig ist die gesamte Bandbreite der vier großen außeruniversitären Forschungsorganisationen mit namhaften Instituten vertreten:

- Fraunhofer-Gesellschaft mit dem Fraunhofer-Zentrum für Internationales Management und Wissensökonomie IMW und dem Fraunhofer-Institut für Zelltherapie und Immunologie IZI
- Helmholtz-Gemeinschaft mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung UFZ, der Forschungsstelle für Interdisziplinäre Isotopenforschung des Helmholtz-Zentrums Dresden-Rossendorf und dem Helmholtz-Institut für Metabolismus, Adipositas und Gefäßerkrankungen (im Aufbau)
- Leibniz-Gemeinschaft mit dem Leibniz-Institut für Länderkunde e.V. (IfL), dem Leibniz-Institut für Oberflächenmodifizierung e.V. (IOM), dem Leibniz-Institut für Troposphärenforschung e.V. (TROPOS), dem Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) und ab Januar 2018 dem Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur e.V. (DI).
- Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. mit dem Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie, dem Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften und dem Max-Planck-Institut für Mathematik in den Naturwissenschaften

Weitere wichtige Einrichtungen sind das DBFZ Deutsche Biomasse Forschungszentrum gemeinnützige GmbH, das Deutsche Zentrum für integrierte Biodiversitätsforschung (iDiv) Halle-Jena-Leipzig und das LIFE – Leipziger Forschungszentrum für Zivilisationserkrankungen. Die Stadt ist zudem Sitz der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

Soziale Infrastruktur für Studierende – Studentenwerk Leipzig

Studentenwerke sind gemäß Sächsischem Hochschulfreiheitsgesetz für die soziale, wirtschaftliche, gesundheitliche und kulturelle Betreuung und Förderung der Studierenden zuständig. Zur Umsetzung des gesetzlichen Auftrages betreibt das Studentenwerk Leipzig zehn Mensen und Cafeterien, Studentenwohnheime mit 5.200 Plätzen sowie eine Reihe von Beratungs- und Unterstützungsangeboten, wie Ausbildungsförderung, Jobvermittlung, Semesterticket, Kinderbetreuungsangebote, Rechts-, Sozial- und psychosoziale Beratung.

Studierende

Mit knapp 38000¹ Studierenden ist Leipzig zweitgrößter sächsischer Hochschulstandort, dessen Studierendenzahl seit 2010/2011 nur geringfügigen Schwankungen unterliegt. Wesentliche Ursache für die verhältnismäßig stabile Anzahl der in Leipzig Studierenden sind die Festlegungen der sächsischen Hochschulentwicklungsplanung zu Kapazitätsobergrenzen und Fächerprofilen der einzelnen Hochschulen. Das hat zur Folge, dass insbesondere an der Universität Leipzig und der HTWK Leipzig die Studienplatznachfrage regelmäßig die vorhandenen Kapazitäten um ein Mehrfaches übersteigt und zahlreiche Fächer mit einer Zugangsbeschränkung (Numerus clausus) belegt sind. Der leichte Anstieg der Ausbildungskapazitäten resultiert vor allem aus dem Ausbau der Lehramts- und der Konzentration der Juristenausbildung am Standort Leipzig und den gestiegenen Studierendenzahlen der HHL und der Hochschule für Telekommunikation. Beides sind staatlich anerkannte Hochschulen in privater Trägerschaft, deren Entwicklungsdynamik nicht durch die Festlegungen der Hochschulentwicklungsplanung limitiert wird.

Promotionen und Habilitationen

Von allen an sächsischen Hochschulen promovierten Wissenschaftler/-innen erwarben 2015 mehr als ein Drittel diese Qualifikation an einer Hochschule in Leipzig. Bei den an sächsischen Hochschulen habilitierten Wissenschaftler/-innen schlossen mehr als die Hälfte (39) ihre Habilitation in Leipzig ab. An der Universität Leipzig laufen aktuell 23 kooperative Promotionsverfahren mit der HTWK Leipzig, seit 2009 sind 17 kooperative Verfahren erfolgreich abgeschlossen worden.

¹ Amt für Statistik und Wahlen: Statistischer Quartalsbericht I/2017

Finanzausstattung und Beschäftigte

Wissenschaftspolitische Entscheidungen zum Standort von Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind mit erheblichen Auswirkungen auf die Stadtentwicklung und mit kontinuierlichen überregionalen Finanzzuflüssen verbunden. Besonders die Investitionen in die bauliche Infrastruktur sind öffentlich wahrnehmbar, da sie raumwirksam werden und Neu- und Erweiterungsbauten mit ihrer baulichen Qualität und frequenzstarken Nutzung zur Aufwertung des öffentlichen Raumes beitragen. Weniger sichtbar ist die Finanzausstattung, mit der die Hochschulen und Forschungseinrichtungen ihren regulären Lehr- und Forschungsbetrieb finanzieren. Ihre Budgets setzen sich je nach Trägerschaft aus Grundfinanzierungen und Drittmitteln von Bund, Ländern und Wissenschaftsorganisationen zusammen. Sie werden außerdem einrichtungsspezifisch durch Einnahmen von Auftraggebern der öffentlichen Hand und der Wirtschaft ergänzt. Damit finanzieren die Wissenschaftseinrichtungen nicht nur ihre Aufgaben in Lehre und Forschung, sondern sie tragen in direkter Weise zum Arbeitsplatzangebot in Lehre, Forschung und Verwaltung bei.

In den letzten Jahren sind die Drittmitteleinnahmen der meisten Leipziger Hochschul- und Forschungseinrichtungen gewachsen. Dabei hat sich das Verhältnis der grundmittelfinanzierten Personal- und Sachkostenausgaben in Richtung einer stärkeren Drittmittelfinanzierung verändert. Neben den mit leichtem Personalanstieg verbundenen Auf- und Ausbauprozessen an den außeruniversitären Einrichtungen sind es vor allem die steigenden Drittmittel der Wissenschaftseinrichtungen, die seit 2011 in der Leipziger Wissenschaftslandschaft zur Zunahme befristeter Beschäftigung von zusätzlichem wissenschaftlichen Personal geführt haben.

2.2 Entwicklungserwartungen

Struktur und Vielfalt der Wissenschaftslandschaft

Die Leipziger Hochschulen und Forschungseinrichtungen stehen national und international im schärfster werdenden Wettbewerb um Reputation, Exzellenz und Ressourcen. In diesem Wettbewerb setzen Bund, Länder, Forschungsorganisationen mit Exzellenzinitiativen, Entwicklungsplanungen und Förderprogrammen starke Impulse. Daher können die Entwicklungsabsichten der Leipziger Hochschulen und Forschungseinrichtungen nicht von diesen Prozessen entkoppelt betrachtet werden. Besonders die zunehmend von den Fördermittelgebern eingeforderten inter- und transdisziplinären Vernetzungen und Kooperationen erfordern lokale, institutionenübergreifende Kooperationskulturen und Arbeitsstrukturen. Die Entwicklungskonzeptionen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind deshalb zunehmend darauf ausgerichtet, sich durch Profilierung, Internationalisierung und stärkere Kooperation im Standortwettbewerb zu behaupten. Bei ihren Entwicklungsabsichten stehen sie vor der Herausforderung, die starken Impulse von Exzellenzstrategie und Förderprogrammen mit z. T. knappen zeitlichen Vorläufen aufzunehmen und in zunehmendem Maße kurzfristig umzusetzen.

Von rund 113.000 in Sachsen Studierenden im Jahr 2015 ausgehend strebt die Landesregierung in der aktuellen Hochschulentwicklungsplanung zum Wintersemester 2024/25 für Sachsen eine Zielgröße von 95.000 Studierenden an. Daher ist in den nächsten Jahren von einer deutlichen Reduzierung der landesweiten Studierendenzahlen auszugehen. Für die Leipziger Hochschulen würde dies im Vergleich zum Wintersemester 2013/14 eine Reduzierung ihrer Kapazitäten und Studierendenzahlen um 12 % bis 14 % bedeuten und steht in eklatantem Widerspruch zur demografischen Entwicklung der Stadt. Geringere Studienkapazitäten hätten nicht nur Auswirkungen auf den jetzigen Anteil der Studierenden an der Gesamtbevölkerung, sondern auch auf das demokratische Bildungsprofil, das allgemeine Bildungsniveau, den Altersdurchschnitt und das fachliche Qualifikationsniveau. Letztlich würden die kleiner werdenden Absolventenzahlen das in Leipzig verfügbare Fachkräftepotenzial verringern und relevante Beschäftigungsmöglichkeiten für Wissenschaftler/-innen und andere Berufsgruppen in Lehre und Forschung entfallen.

In der Zusammensetzung der Studierenden lassen sich zunehmend Verschiebungen nach regionaler Herkunft erkennen. Bewerber/-innen aus Berlin, den alten Bundesländern und dem Ausland machen inzwischen mehr als die Hälfte der Studienanfänger/-innen in Leipzig aus. Unter der Voraussetzung, dass die Studierendenzahlen gleichbleiben oder steigen ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Besonders hoch ist der prozentuale Anteil der ausländischen Studierenden an den Kunsthochschulen und der HHL, nach absoluten Zahlen an der Universität und der HTWK. Schon während ihrer Studienzeit verstärken diese Studierenden die Internationalität

der Stadt. Als Absolvent/-innen bilden sie mit ihren zusätzlichen Qualifikationen (Fremdsprachenkenntnisse, interkulturelle Kompetenz) und Kontakten in ihre Herkunftsländer auch in den kommenden Jahren ein zunehmend interessantes Fachkräftepotenzial für international ausgerichtete, global vernetzte Unternehmen und Institutionen.

Das Studentenwerk Leipzig, eine wirtschaftlich und rechtlich selbstständige Einrichtung, stellt rund 5.200 Plätze in hervorragend sanierten Studentenwohnheimen in guter Verkehrsanbindung bereit. Der Hochschul- und Wissenschaftsstandort Leipzig profitierte bisher vom vergleichsweise geringen Mietniveau und einem vielfältigen Wohnungsangebot. Doch mit zunehmendem Nachfragedruck auf dem Leipziger Wohnungsmarkt sind auch Studierende, Einsteiger/-innen in eine Wissenschaftslaufbahn und (internationale) Gastwissenschaftler/-innen von steigenden Mieten und einem sinkenden Wohnungsangebot betroffen. Ohne Gegensteuerungsmaßnahmen ist angesichts der zurückgehenden Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums nicht auszuschließen, dass für die Wissenschaftseinrichtungen ein bedeutender Standortvorteil Leipzigs verloren geht.

Bedingungen des Hochschul- und Forschungsstandortes

Leipzig wird überregional und international immer stärker als Hochschul- und Forschungsstandort wahrgenommen. Eine Positionierung als internationale Stadt wird mit einer Weiterentwicklung der Willkommenskultur vor Ort und einer klug zwischen der Stadt und den Wissenschaftsakteuren abgestimmten „auswärtigen“ Politik mit Partnern in aller Welt einhergehen.

Darüber hinaus müssen sich die Wissenschaftsinstitutionen im schärfster werdenden Wettbewerb um Talente zunehmend politisch-sozialen Ansprüchen stellen. Dazu gehören der Aufbau von Dual-Career-Netzwerken, die Themen Gleichstellung und Inklusion, aber auch die soziale Grundversorgung von Studierenden durch das Studentenwerk Leipzig.

Durch den steigenden Flächenbedarf im Bereich der vier Wissenschaftsräume ist bei der räumlichen Erweiterung und Neuansiedlung der Wissenschaftseinrichtungen mit zunehmenden Nutzungskonkurrenzen zu rechnen. Gleichzeitig sind künftig insbesondere in den öffentlichen Räumen und Außenbereichen der Campusräume und der umliegenden Quartiere wechselseitig Ansätze zur Mehrfachnutzung denkbar und damit eine noch stärkere Öffnung der Campusräume und Vernetzung mit den umliegenden Quartieren.

Institutionenübergreifende Kooperationen

Zwischen den Akteuren besteht große Einmütigkeit über die Notwendigkeit von Kooperationen. Von den vielfältigen, bereits bestehenden Kooperationen ausgehend, ist zu erwarten, dass sich in absehbarer Zeit das „Leipzig Science Network“, ein von allen Akteuren in der Wissenschaft getragenes Netzwerk etabliert.

2.3 Stärken, Schwächen und Herausforderungen

Struktur und Vielfalt der Wissenschaftslandschaft	
Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> • Vielfalt an akademischen Studiengängen (Erstausbildung, Fort- und Weiterbildung) von den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge bis zu innovations- und technologiegetriebenen Zukunftsbranchen • Weites Spektrum der universitären und außeruniversitären Forschung von Grundlagen – über angewandte bis hin zur Auftragsforschung – leistungsstark, national und international vernetzt • Forschungspolitische Schwerpunkte korrespondieren mit den zukunftsträchtigen, auch für die regionale Wirtschaft relevanten Fel- 	<ul style="list-style-type: none"> • Zuschreibung von weiteren Aufgaben des Freistaates an die Hochschulen in seiner Trägerschaft ist nicht mit einem adäquaten Anstieg des erforderlichen Personals verbunden • Strukturbedingt bleibt an der HTWK Leipzig erhebliches anwendungsorientiertes Forschungspotenzial unerschlossen • Forschung wird überdurchschnittlich stark aus öffentlichen Mitteln finanziert, da größere Unternehmen/Unternehmenszentralen mit Forschungsabteilungen fehlen

<p>dern: Biotechnologie, Medizin, Umwelt und Energie, Informationstechnologie und Nachrichtentechnik</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kunsthochschulen mit internationaler Ausstrahlung • Universität und HHL als starke Inkubatoren für Existenzgründungen • HTWK Leipzig als Ingenieurschmiede der Region • Fachkräftepotenzial für Dienstleistungen im öffentlichen Bereich (Jurist/innen, Lehrer/innen, Mediziner/innen, Volks-, Finanz- und Betriebswirtschaftler/innen) • Deutliche Ausrichtung der Sozial- und Geisteswissenschaften auf kontinentale und globale Forschung 	
Herausforderungen	
Flächen- und Raumbedarfe für/von	
<ul style="list-style-type: none"> • Neuansiedelungen, Erweiterungen oder Standortverlagerungen bestehender Wissenschaftseinrichtungen • Campusnahe Ansiedelungen forschungsaffiner Unternehmen und wissenschaftsnaher Infrastrukturen (Einrichtungen, Existenzgründungen, Forschungs- und Technologietransferprojekten) • studentisches Wohnen wie auch Bedarf durch das Studentenwerk • Kunsthochschulen („Kunsträume“) und Bildungsanbietern des tertiären Bereiches 	
Ausschöpfen der Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Wissenschaftsräume (Konzentration und Konsolidierung)	
Strategisches Verfügbarmachen von Flächen in unmittelbarer Nähe der Wissenschaftsräume	
Politische Einflussnahme zur Stärkung und Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandortes auf Landes- und Bundesebene	

Standortbedingungen des Hochschul- und Forschungsstandortes Leipzig	
Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> • National und international bekannte, attraktive Stadt mit hoher Lebensqualität (Wohnen, Versorgung, Gesundheit, Kultur und Freizeit) und Magnetwirkung • Vielfältige akademische Ausbildungsangebote, keine Studiengebühren, kommunaler Bonus für Hauptwohnsitz in Leipzig, Studentenwerk mit Wohnmöglichkeiten für rund 5.200 Studierende, zwei Hochschuleinrichtungen (Universität und HHL) mit Promotionsrecht • Vielfältige Arbeitsmöglichkeiten für hochqualifizierte Fachkräfte an renommierten Hochschul- und Forschungseinrichtungen • Stadträumliche Konzentration der Hochschul- und Forschungseinrichtungen auf vier „Wissenschaftsräume“ • Verkehrsgünstige Lage bei Anreise mit Auto und Bahn 	<ul style="list-style-type: none"> • Rahmenbedingungen des Sächsischen Hochschulentwicklungsplanes limitieren Entwicklungsdynamik der Hochschulen in staatlicher Trägerschaft: demographisches Wachstum der Stadt spiegelt sich nicht in wachsenden Studierenden- und Absolventenzahlen wider • Keine großen Unternehmenszentralen mit Entscheidungs- und Strategiebefugnis vor Ort • Kooperationspotenzial mit allen Unternehmen der mitteldeutschen Region wird durch die Sächsische Innovationsstrategie nur partiell abgebildet • Bevölkerungswachstum verknüpft das Angebot an Wohnraum, deutlicher Anstieg des Mietniveaus im studentischen Wohnungsmarkt • Kinderbetreuungskapazitäten im Umfeld der Wissenschaftsräume reichen nicht aus; Angebotsform entspricht nicht den Anforderungen des Wissenschaftsbetriebs nach längeren/flexiblen Öffnungszeiten und unterjährigen

	<ul style="list-style-type: none"> • Zugang für Kinder ausländischer Gastwissenschaftler/-innen • Unternehmens- und Branchenstruktur bietet zu wenig Arbeitsmöglichkeiten für mitziehende Partner/-innen • Untergeordnete Rolle des Flughafens Leipzig/Halle beeinträchtigt internationale Kooperationen und das Ausrichten von forschungsaffinen Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung
Herausforderungen	
<p>Hochschulen sind zunehmend gefordert, neben ihrer primären Lehr- und Forschungstätigkeit auch Fragestellungen zu bearbeiten, die sich aus gesellschaftlichen Problemen ergeben (Third Mission)</p> <p>Fragen der sozialen Infrastruktur, der Mobilität, der kulturellen Einbindung werden unter den Bedingungen einer wachsenden Stadt zunehmend wichtiger und erfordern eine Abstimmung zwischen Studentenwerk, Wissenschaftseinrichtungen und Stadtverwaltung</p> <p>Nachfrage nach Wohnraum und bedarfsgerechten Betreuungskapazitäten in Kitas für Studierende, Lehrende und Forschende konkurriert mit anderen Nutzergruppen</p> <p>Entwicklung einer Willkommenskultur vor Ort und einer abgestimmten "auswärtigen" Politik mit Partnern in aller Welt und Positionierung Leipzigs als internationale Stadt</p> <p>Bleibeperspektiven der Absolvent/-innen durch adäquate Berufseinstiegsmöglichkeiten verbessern</p>	

Institutionenübergreifende Kooperationen	
Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> • Große Einmütigkeit der Wissenschaftsakteure zum Stellenwert von Kooperationen • Wissenschaftseinrichtungen begreifen sich als aktiver Teil der städtischen und politischen Öffentlichkeit • Kooperationen und sich entwickelnde Netzwerke bestehen auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen und zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten, z. B. spezifische Arbeitsstrukturen zu Themen wie Wissens- und Technologietransfer, Öffentlichkeitsarbeit/Marketing, Synergien und Willkommenskultur; regelmäßig tagende Arbeitskreise, in denen oft alle Wissenschaftseinrichtungen vertreten sind, Arbeitskreise in denen IHK und HK, die Leipziger Stiftung für Innovation und Technologietransfer, die Landkreise vertreten sind, Arbeitskreise im Umfeld der Metropolregion (EMMD), Kooperationsvereinbarungen zwischen Stadt und Universität Leipzig (2012), der HTWK (2016) und dem UFZ (unterschriftsreif) • Veranstaltungsformate, die Leipzig als Stadt der Wissenschaften profilieren und erkennbar machen (Lange Nacht der Wissenschaften, Studium universale, Wissenschaftskino, Kinderuniversität, Professorenbegrüßung usw.) • Kooperationen mit anderen Universitäten und Hochschulen in der Region (z.B. Halle, Jena) 	<ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaftseinrichtungen sind institutionell in ihr jeweiliges Wissenschaftsfeld eingebunden • Identifikation gemeinsamer Interessen und Ziele ist aufwendig, einzelne Konkurrenzen und Partikularinteressen können Hemmnis für Abstimmung und Kooperation sein • Zahlreiche Projekte sind vom aktiven persönlichen Engagement abhängig • Zwischen den Wissenschaftseinrichtungen fehlt ein schlagkräftiges Koordinationszentrum, besonders für gemeinsame Projektarbeit (Beobachtung der Förderlandschaft, Antragstellung, Prozessmoderation) und soll künftig durch das Leipzig Science Netzwerk ausgefüllt werden • Personelle und finanzielle Grenzen der städtischen Kooperationsmöglichkeiten • Begrenzung der Anzahl gemeinsamer Berufungen zwischen sächsischen Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen in Sachsen beschränkt die Möglichkeiten zum Ausbau von Kooperationen ein und verlagert sie in andere Bundesländer

Herausforderungen
Etablierung eines von allen Wissenschaftsakteuren und der Stadtverwaltung getragenen effizienten Organisationszentrums (Leipzig Science Network i.G.)
Konzentration auf realistische und nachhaltige Schwerpunktziele, insbesondere für die Bereiche Wissen- und Technologietransfer und Existenzgründung
Stärkere Profilierung Leipzigs als intellektuelles Zentrum der öffentlichen Debatte und des Diskurses
Erschließung der Ressourcen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die Weiterbil- dung/politische Bildung der Stadtverwaltung

3. HANDLUNGSSTRATEGIE

3.1 Ziele und Maßnahmenbündel

Die Leipziger Hochschul- und Forschungseinrichtungen setzen mit ihren Leistungen in Lehre und Forschung auch starke ökonomische, beschäftigungspolitische und raumstrukturelle Impulse. Sie schaffen und unterhalten die für Lehre und Forschung erforderlichen Infrastrukturen, sind Arbeitgeber für wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal. Sie laden überregional und international Fachleute zu wissenschaftlichen Tagungen und Studienaufenthalten ein. Gleichzeitig fragen sie Waren und Dienstleistungen nach – dies sind Aktivitäten mit direkten und indirekten Effekten für die Wirtschaftsstruktur und Beschäftigungssituation in der Region. Darüber hinaus leisten sie durch Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften, Gründungsaktivitäten in technologie- und wissensintensiven Bereichen, Unternehmenskooperationen und Projektpartnerschaften für kommerziell erfolgreiche Innovationen erhebliche Beiträge für die wirtschaftliche Dynamik in der Region. Ein Großteil der Hochschul- und Forschungseinrichtungen sind durch ihre zentrale Lage im Stadtraum, ihren denkmalge- schützten, öffentlichen Gebäuden bzw. hochmodernen Neubauten Wahrzeichen innerhalb der Stadt.

Diese im weitesten Sinne stadtentwicklungspolitischen Effekte der Leipziger Wissenschaftslandschaft korrespondieren mit den strategischen Zielen der Kommunalpolitik und sind mit den im Folgenden aufgeführten Zielen und Maßnahmenbündeln unterstellt. Die wissenschaftspolitische Handlungsstrategie der Stadt Leipzig ist im Rahmen ihrer personellen, finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten darauf ausgerichtet,

- die Wissenschaftseinrichtungen bei der Absicherung ihrer Flächen- und Raumbedarfe zu unterstützen,
- die Attraktivität der Standortbedingungen für Studierende und Wissenschaftler/-innen, insbe- sondere von jenen aus dem Ausland zu stärken,
- die Leistungsfähigkeit und die Vielfalt der Hochschul- und Forschungslandschaft durch Fortset- zung der Kooperationen zwischen den Hochschul- und Forschungseinrichtungen und der Stadtverwaltung zu vertiefen und
- die Vernetzung mit der lokalen Wirtschaft und der Zivilgesellschaft weiterzuentwickeln
- den wirtschaftlichen Impulsen wissenschaftsbasierter Innovationen adäquate Ansiedelungs- und Wachstumsräume zu bieten.

Mit Blick auf die strategischen Ziele der Stadt Leipzig leiten sich die im Folgenden beschriebenen Fachkonzeptziele und Maßnahmenbündel von den Zielen „Leipzig besteht im Wettbewerb“ und „Leipzig stärkt seine Internationalität“ ab.

Ziel 1: Die Struktur und Vielfalt der Wissenschaftslandschaft ist weiterzuentwickeln. Dem räum-lichen Entwicklungsbedarf wird durch Priorisierung der Flächen und Raumbedarfe entsprochen.

Entscheidend für die Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandortes wird die Frage der Flächenverfügbarkeiten und die kurzfristige Flächensicherung für die Erweiterung bestehender und die Etablierung neuer Wissenschaftseinrichtungen sein. Eine kluge kommunale Raumpolitik unterstützt die damit ver- bundenen Chancen zur Erweiterung der Wissenschaftslandschaft durch:

- Konzentration und Konsolidierung von Wissenschaftseinrichtungen in den bestehenden Wis-

senschafräumen

- Sicherung von Flächen für Standortverlagerungen, Institutsneubauten und Institutsneugründungen
- Berücksichtigung der Flächen- und Raumbedarfe von wissenschaftsnahen Einrichtungen, Existenzgründungen, Kooperationspartnern, Forschungs- und Technologietransferprojekten
- Berücksichtigung des Flächen- und Raumbedarfs privater Bildungsanbieter im tertiären Bereich
- Berücksichtigung des Flächen- und Raumbedarfs des Studentenwerks Leipzigs.

Maßnahmenbündel 1:

- Verdichtung und Ausbau der Wissenschaftsräume in Verbindung mit einem strategischen Liegenschaftsmanagement von Stadt, Wissenschaftsakteuren und dem Freistaat Sachsen
- Aufbau von Kooperations- und Abstimmungsprozessen zur Entwicklung der sozialen Infrastruktur (Kitas, Schulen) der Wissenschaftsräume
- Unterstützung der Ansiedelung und des Aufbaus von Technologie- und Gründerzentren
- Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Stadt und den Kunsthochschulen zur Bereitstellung von Kunst-, Atelier- und Innovationsräumen

Ziel 2: Die Qualität der Stadt als internationaler Hochschul- und Forschungsstandort ist zu stärken.

Ziel ist die weitere Zusammenarbeit aller Einrichtungen zur Stärkung der Internationalität. Hierzu gehört sowohl die "einheimische" Willkommenskultur vor Ort, verbunden mit dem politischen Bekenntnis von Stadtverwaltung und Wissenschaften zu Leipzig als internationaler Stadt als auch eine kluge, zwischen Stadtverwaltung und Wissenschaft abgestimmte "auswärtige" Politik. Dazu gehört, dass die Wissenschaftseinrichtungen durch geeignete Formate (z.B. Lange Nacht der Wissenschaften, Wissenschaftskino) in die Öffentlichkeit gehen.

Maßnahmenbündel 2:

- Weiterentwicklung der Willkommenskultur für Studierende und internationale Wissenschaftler/-innen, Künstler/-innen, Gäste
- Unterstützung der Wissenschaftseinrichtungen bei maßgeschneiderten Willkommenspaketen, bestehend aus Unterstützung bei Behördengängen, Wohnung, Kinderbetreuungs- und Schulangeboten, Arbeitsmöglichkeiten für mitziehende Partner/-innen) für ausländische Wissenschaftler/-innen
- Entwicklung von Bleibeperspektiven für ausländische Absolvent/-innen mit ihren zusätzlichen Qualifikationen (Fremdsprachenkenntnisse, interkulturelle Kompetenz, Kontakte in die Herkunftsländer)
- Profilierung Leipzigs als internationale Stadt durch Abstimmung und Weiterentwicklung der internationalen Aktivitäten von Stadt und Wissenschaft
- Profilierung Leipzigs als Wissenschaftsstandort durch Konsolidierung, Weiter- und Neuentwicklung von Veranstaltungsformaten
- Gemeinsame Standards der kommunalen und wissenschaftlichen Verwaltungen für englischsprachige Dienste

Ziel 3: Die Kooperationsbeziehungen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Stadt sind auszubauen.

Die bereits existierenden zahlreichen Netzwerke auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen und zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten werden im Rahmen der folgenden Maßnahmenbündel weiterentwickelt.

Maßnahmenbündel 3:

- Unterstützung der Forschungseinrichtungen bei Kooperationen mit Unternehmen und Kommu-

nen im Rahmen der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD)

- Institutionalisierung der bisherigen Kooperationskulturen von Stadt und Wissenschaften in einem "Leipzig Science Network"
- Verzahnung von städtischer Clusterstrategie und wissenschaftlichen Schwerpunktsetzungen der Forschung durch Identifizierung von gemeinsamen Zukunftsthemen für Wirtschaft und Gesellschaft
- Institutionelle Weiterentwicklung der bestehenden transferorientierten Austauschformate zwischen Stadt und Landkreisen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie Kammern und Intermediären

Ziel 4: Das Profil Leipzigs als Stadt der Wissenschaften ist zu stärken.

Der Ausbau und die weitere Qualifizierung der vielfältigen Wissenschaftslandschaft in der Stadt Leipzig und die damit verbundene bedarfsgerechte Entwicklung von Studierendenzahlen sind für den Standort Leipzig von größtem Interesse. Aus diesem Grund soll die weitere Profilierung, eine gemeinsame Kommunikations- und Kooperationsstrategie sowie die Interessenvertretung gegenüber Land und Bund weiter vorangetrieben werden.

Maßnahmenbündel 4:

- Weiterentwicklung der Kooperation mit der Universität Leipzig und der HTWK Leipzig auf Basis der bestehenden Kooperationsvereinbarungen
- Abgestimmte Interessenvertretung gegenüber Land und Bund zur Unterstützung der Wissenschaftseinrichtungen bei allen für die Wissenschaft relevanten Fragen, insbesondere Erweiterung und Neuansiedlungen von Wissenschaftseinrichtungen

3.2 Wechselwirkungen

Gute Entwicklungsbedingungen für die Leipziger Hochschul- und Forschungslandschaft werden durch fachpolitische Entscheidungen in kommunaler Zuständigkeit und Entscheidungshoheit mitbeeinflusst. In diesem Sinne bestehen Schnittmengen und Synergien zu anderen Fachkonzepten, die dort fachlich zu verantworten und politisch mitzugestalten sind, wobei das Referat Wissenspolitik die wissenschaftsspezifischen Themen operativ einbringt. Hervorzuheben sind insbesondere:

- Der sehr enge Zusammenhang zwischen interdisziplinärer, mit der Praxis verknüpfter Forschung und Lehre und der Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften (Fachkonzepte Wirtschaft und Arbeit sowie Kommunale Bildungslandschaft).
- Die Entwicklung von Unternehmensgründungen in Verbindung mit der Leipziger Clusterstrategie (Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit)
- Der erforderliche Ausbau der Kooperationsbeziehungen der Leipziger Wissenschaften zu Akteuren der kommunalen und regionalen Wirtschaft (Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit).
- Der Ausbau von Bildungs- und Qualifizierungsprogrammen für ein lebenslanges Lernen, kindliche Frühförderung und Berufsorientierung (Fachkonzepte Wirtschaft und Arbeit sowie Kommunale Bildungslandschaft)
- Die Förderung von Innovationsprozessen im Bereich der städtischen Anpassung an den Klimawandel sowie die Transformation von Infrastrukturen und Mobilität durch eine stärkere Kooperation von Verwaltung, Beteiligungsunternehmen und Forschungseinrichtungen (Fachkonzepte Nachhaltige Mobilität, Energie und Klima sowie Freiraum und Umwelt).

Neben diesen Synergien resultieren aus den Zielen, Entwicklungsabsichten und Maßnahmenbündeln im Fachkonzept Hochschulen und Forschungseinrichtungen auch präzise Anforderungen an andere Fachkonzepte:

- Die Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Leipzig ist für Studierende und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen eng mit einem vielfältigen und bezahlbaren Wohnungsangebot im innerstädtischen Bereich verknüpft. Hier sind absehbare Nutzerkonkurrenzen mit anderen Bevölkerungsgruppen zu beachten, die ebenfalls auf eine geringe Wohnkostenbelastung angewiesen sind (Fachkonzept Wohnen).

- Ein bedarfsgerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot (für unter Ein- bis Sechsjährige, Schul- und Betreuungsplätze für über Sechsjährige) ist ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung für eine wissenschaftliche Studien- oder Berufswahl und bei der Entscheidung für oder gegen den Standort Leipzig. Bei der Schaffung von speziellen Betreuungsangeboten im Umfeld von Hochschul- und Forschungseinrichtungen ist mit Blick auf die besonderen Bedarfe (kurzfristige und kurzzeitige Aufnahmemöglichkeiten sowie Öffnungszeiten) auszuloten, ob diese Einrichtungen in Kooperationen mit vor Ort ansässigen Wissenschaftseinrichtungen entwickelt und betrieben werden können (Fachkonzept Kommunale Bildungslandschaft).

3.3 Räumliche Handlungsstrategie

Die Leipziger Hochschulen und Forschungseinrichtungen konzentrieren sich in vier Wissenschaftsräumen mit guter Anbindung an Wohnquartiere sowie Grün- und Erholungsräume:

- Wissenschaftsraum Mitte
- Wissenschaftsraum Nordost
- Wissenschaftsraum Süd
- Wissenschaftsraum Südost

Diese räumliche Konzentration wurde in den Jahren seit 2011 von den Wissenschaftsakteuren genutzt. Exemplarisch stehen hierfür die Kooperationsvereinbarungen von Universität und HTWK, von HTWK und HfTL sowie die Zusammenarbeit der Akteure im Wissenschaftspark Permoserstraße. Neben dem Vorteil der leichteren Vernetzung stärkt die räumliche Verdichtung die Wahrnehmung der Wissenschaften durch die Stadtgesellschaft. Im Folgenden sollen die aktuelle Situation der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, ihre räumlichen Ziele und Entwicklungsabsichten dargestellt werden. Über Art und Zeitpunkt der Realisierung von Ansiedlungen, Neu- und Erweiterungsbauen entscheiden jedoch die jeweiligen Träger der Wissenschaftseinrichtungen. Die Stadt kann mit den oben beschriebenen Zielen und Maßnahmenbündeln die Wissenschaftseinrichtungen durch strategisches Verfügbar machen, eine schnelle Bereitstellung von Flächen und Räumen und eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur in diesem Stadtortwettbewerb nachhaltig unterstützen.

Mit Blick auf die Raumstrategie der Stadt Leipzig sind bei der Planung und Umsetzung der künftigen **Entwicklungsgebiete** und den **Schwerpunktträumen mit stadtweiter und regionaler Ausstrahlung** die Potenziale der Wissenschaftsräume und ihre Vernetzung mit den Gebieten von Beginn an zu berücksichtigen (Phase 0) und zu kommunizieren. Hieraus lassen sich Kooperationspotenziale mit lokalen Wirtschaftsunternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, wirtschaftliche Effekte sowie Potenziale im Sinne einer Doppelten Innenentwicklung zum Nutzen aller generieren.

Wissenschaftsraum Mitte

Der Wissenschaftsraum Mitte umfasst die Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Leipziger City, des Musikviertels und die Einrichtungen an der Jahnallee.

Campus Augustusplatz

Der sanierte Bau des Universitätskomplexes prägt entscheidend die lebendige und weltoffene Atmosphäre der Leipziger City. Dem städtebaulichen Prinzip der Leipziger Innenstadt folgend, ist der innere Bereich des Campusgeländes durch Gassen und Passagen mit dem umgebenden Stadtgefüge verknüpft und ermöglicht so die Begegnung von Stadtgesellschaft und Universität. Die Studierenden und Beschäftigten der Universität sind eine wichtige Nutzer- und Kundengruppe der öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaftsstruktur der City. Zum Campusareal, auf dem die Fakultäten für Mathematik/Informatik und Wirtschaftswissenschaften angesiedelt sind, gehören das Augusteum und das neue Paulinum, das zentrale Hörsaal- und Seminargebäude (HSG), die 24 Stunden geöffnete Campusbibliothek sowie die „Mensa am Park“, die größte Einrichtung des Studentenwerks Leipzig. Im Umfeld befinden sich die Fakultät für Geschichte, Kunst- und Orientwissenschaften, die Juristenfakultät, das Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft sowie einige bedeutende Museen und Sammlungen der Universität Leipzig.

Im städtischen Kaufhaus befindet sich das Fraunhofer-Zentrum für Internationales Management und Wissensökonomie IMW. Mittelfristig plant das Fraunhofer IMW ein eigenes Gebäude im Innenstadtbe-

reich zu beziehen und ist bereits mit der Stadtverwaltung dazu im Gespräch. . Nah zum Stadtkern befinden sich auch das 2016 in die Leibniz-Gesellschaft aufgenommene „Leibniz-Institut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa (GWZO)“, das im April 2017 aufgenommene Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur, das Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften und das Max-Planck-Institut für Mathematik in den Naturwissenschaften.

Campus Beethoven-/Wächterstraße

Der Campus Beethoven/Wächterstraße prägt das Musikviertel. Aufgrund der Nähe zur Innenstadt und zu den innerstädtischen Parks hat sich hier ein hochpreisiger Wohnstandort mit geringem Verdichtungspotenzial entwickelt. Dominante Einrichtungen sind vor allem die Hochschule für Grafik und Buchkunst und die Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig als wichtige Bausteine der kulturellen Identität Leipzigs. Sie tragen entscheidend zum kreativen Potenzial und damit zur geistigen Anziehungskraft Leipzigs bei. Die HMT stößt mit 700 Veranstaltungen im Jahr an ihre Kapazitätsgrenzen und die HGB bedarf dringend zusätzlicher Ateliers und Experimentierräume.

Im Bereich Beethoven- und Wächterstraße ist zudem mit dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum, dem Deutschen Literaturinstitut, der Bibliotheca Albertina und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften ein Großteil des geistes- und kulturwissenschaftlichen Potenzials Leipzigs zu Hause. Mittelfristig soll hier auch die Theologische Fakultät der Universität eine neue Heimat finden. Das Studentenwerk betreibt am Peterssteinweg eine Mensa und im Musikviertel eine Cafeteria. Nicht zu vergessen ist die Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik der HTWK in der Wächterstraße. Hier besteht langfristig die Option für eine Konzentration der Einrichtung am Wissenschaftsstandort Süd.

Campus Jahnallee

Im Campus Jahnallee sind die Sportwissenschaftliche Fakultät der Universität mit einer Vielzahl moderner Sportstätten und das Institut für angewandte Trainingswissenschaft untergebracht. Als vorteilhaft erweist sich die räumliche Nähe zum Landesgymnasium für Sport. Am Standort entsteht aktuell durch die Integration der Erziehungswissenschaften der Bildungswissenschaftliche Campus der Universität. Leipzig wird hier zum Zentrum der Lehrerausbildung in Sachsen. Auf dem Areal befindet sich außerdem die Leipzig Graduate School of Management (HHL), eine staatlich anerkannte und international hoch renommierte Business School sowie die Mensa am Elsterbecken. Der Campus profitiert von seiner innenstadtnahen Lage und gleichzeitigen Einbettung in den Grüngürtel am Elsterflutbecken.

Räumliche Entwicklungsziele für den Wissenschaftsraum Mitte sind:

- Aufhebung der sogenannten „Splitterstandorte“ der Universität Leipzig und Konzentration auf die Standorte Augustusplatz, Jahnallee und Musikviertel
- Entwicklung des Campus Augustusplatz zu einem Forum der öffentlichen Wissenschaftskommunikation und der Darstellung als weltoffener Wissenschaftsstadt
- Aufbau einer neuen „Bibliothek der Künste“ als Gemeinschaftsvorhaben von Universität, HGB und HMT im Musikviertel
- Entwicklung eines neuen Wissenschaftsstandorts am Leuschnerplatz durch die Ansiedlung von Einrichtungen wie dem Leibniz-Institut für Länderkunde sowie Einrichtungen der Osteuropa- und Globalisierungsforschung
- Ermöglichung von „Innovationsräumen“ für die Kunst- und Kreativwirtschaft

Wissenschaftsraum Nordost

Der Wissenschaftsraum Nordost umfasst das Areal zwischen Torgauer Straße, Permoserstraße und der Bahnlinie. Zum Wissenschaftsraum Nordost gehören das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), das den KUBUS als Veranstaltungszentrum betreibt, das Leibniz-Institut für Oberflächenmodifizierung (IOM), das Leibniz-Institut für Troposphärenforschung (TROPOS), die Leipziger Außenstelle des Helmholtz-Zentrums Dresden-Rossendorf (HZDR), das Institut für Nichtklassische Chemie (INC, ein An-Institut der Universität), das Sächsische Institut für Angewandte Biotechnologie (SIAB, ebenfalls ein An-Institut). Ein zentraler Akteur ist zudem das Deutsche Biomasseforschungszentrum (DBFZ).

Räumliche Entwicklungsziele für den Wissenschaftsraum Nordost

- Für die künftige räumliche Entwicklung liegt den Einrichtungen des Wissenschaftsparks ein im

Auftrag des Staatsbetriebs Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB) erarbeiteter und den Wissenschaftseinrichtungen vorgestellter Masterplan vor.

- Auf dem Gelände des Wissenschaftsparks und des DBFZ sind diverse Neubauten entstanden und derzeit im Entstehen sowie der Neubau eines Forschungsgebäudes des UFZ beschlossen.
- Für weitere Neubauten und Ausgründungen sind am Standort und im näheren Umfeld Entwicklungsflächen vorzuhalten.

Wissenschaftsraum Südost

Der Wissenschaftsraum Südost umfasst das Areal des Universitätsklinikums und der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig im Umfeld der Liebigstraße, die naturwissenschaftlichen Fakultäten, die veterinärmedizinische Fakultät und die in der Stephanstraße, am Deutschen Platz bzw. auf der Alten Messe angesiedelten Wissenschaftseinrichtungen. Er lässt sich in mehrere Campusareale untergliedern:

Campus Liebigstraße und Campus Naturwissenschaften

Durch umfangreiche Entwicklungsmaßnahmen im Areal der Liebigstraße ist einer der modernsten Medizin-Campus Deutschlands entstanden. Aktuell laufen die Baumaßnahmen für ein neues Klinikgebäude (ehemaliges Bettenhaus) sowie für den Umbau der alten Mensa des Studentenwerks Leipzig zu einem hochmodernen Mensa- und Bibliotheksgebäude. Das "Medizinische Viertel" mit dem Zentralstandort Liebigstraße bildet weiterhin den Kern der universitären Krankenversorgung. Die aktuelle Entwicklungsplanung weist eine nahezu vollständige Auslastung der dortigen Grundstücksflächen aus. Die Vorhaltung bzw. Sicherung zusätzlicher Flächen ist daher für die künftige Entwicklung des Klinikums von entscheidender Bedeutung. Neue und erweiterte Raumanforderungen sind vornehmlich im unmittelbaren Umfeld (Philipp-Rosenthal-Straße / Paul-List-Straße) zu identifizieren. Hier werden bereits Gespräche mit der Stadt geführt.

Für das Universitätsklinikum Leipzig wird aktuell eine Fortschreibung der baulichen Entwicklungsplanung bis 2025 vorbereitet. Demografische und Entwicklungen des Gesundheitsmarktes lassen auf einen zusätzlichen Flächenbedarf schließen.

Der Campus Naturwissenschaften der Universität Leipzig umfasst zum einen die Fakultäten für Physik und Geowissenschaften sowie Chemie und Mineralogie in der Linnéstraße, an der sich auch der Botanische Garten der Universität befindet. Zum anderen beherbergt der Campus die Fakultät für Lebenswissenschaften in der Brüder- bzw. Talstraße sowie in der Philipp-Rosenthal-Straße eine Cafeteria des Studentenwerkes.

In unmittelbarer Nachbarschaft zu den Campus Medizin und Naturwissenschaft liegt das Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften in der Stephanstraße, zu dem auch die Tagesklinik für kognitive Neurologie innerhalb des UKL in der Liebigstraße gehört.

Campus Tierkliniken

Die Veterinärmedizinische Fakultät an der Semmelweisstraße ist die einzige Ausbildungs- und Forschungsstätte für Tiermedizin in Sachsen. Der Neugründung 1990 folgten zahlreiche Neu- und Umbauten. Das Studentenwerk betreibt an diesem Standort eine Mensa.

BioCity Campus

Rund um den Deutschen Platz haben sich seit der Jahrtausendwende neben der Deutschen Nationalbibliothek zahlreiche Forschungseinrichtungen und innovative Firmen angesiedelt. Hierzu zählen die BIO CITY LEIPZIG mit dem Biotechnologisch-Biomedizinischen Zentrum der Universität Leipzig, das Max-Planck-Institut für Evolutionäre Anthropologie (EVA), das Fraunhofer-Institut für Zelltherapie und Immunologie (IZI), das Deutsche Zentrum für integrierte Biodiversitätsforschung (iDiv) sowie der Sächsische Inkubator für klinische Translation (SIKT). Der Standort ist in seiner Planung auf den Wissen- und Technologietransfer und die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft ausgerichtet.

Im Umfeld dieses Wissenschaftsraums befinden sich am Standort Oststraße/Eilenburger Straße weitere wissenschaftlich genutzte Flächen (u.a. das Forschungszentrum „Life Sciences Engineering“ der HTWK Leipzig, ein Trainings- und Forschungsstandort für innovative Operationstechniken), die stadtplanerisch im Sinne flexibler Verfügungsgebäude und Raumpools zur Nutzung durch die Wissen-

schaftseinrichtungen unbedingt erhalten werden sollten.

Räumliche Entwicklungsziele für den Wissenschaftsraum Südost

- Flächen und Räume für künftige Erweiterungs- und Ansiedlungsabsichten von Hochschul- und Forschungseinrichtungen sind unbedingt vorzuhalten.
- Für das Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie ist auf dem heutigen Parkplatz an der West-Seite des Deutschen Platzes eine bauliche Erweiterung geplant.

Einen wichtigen Faktor für die räumliche Entwicklung bildet der Institutsneubau des Deutschen Zentrums für integrierte Biodiversitätsforschung (iDiv). Für absehbare weitere Entwicklungen sind unbedingt weitere Flächen vorzuhalten. Zu beachten sind auch weitere Kinderbetreuungskapazitäten auf dem Gelände oder im Umfeld der Alten Messe.

Wissenschaftsraum Süd

Der Wissenschaftsraum Süd umfasst das Areal beiderseitig der Karl-Liebknechtstraße zwischen Richard-Lehmann-Straße und Scheffelstraße. Zum Wissenschaftsraum Süd gehören die HTWK Leipzig und die Hochschule für Telekommunikation an der Gustav-Freytag-Straße sowie die Mensa Academica des Studentenwerkes. In den letzten Jahren wurde der Campus der HTWK um die Neubauten der Fakultät für Maschinenbau und Energietechnik sowie Medien erweitert sowie zahlreiche Gebäude grundsaniert. Räumliche Entwicklungsziele für den Wissenschaftsraum Süd

- Die HTWK verfolgt die Strategie der räumlichen Konzentration ihrer Einrichtungen am Wissenschaftsstandort Süd weiter. Für die künftige räumliche Entwicklung wird mit dem Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB) ein Masterplan erstellt. Hierfür und für Projekte der Drittmittelforschung und Existenzgründungen sind strategische Flächenbedarfe zu berücksichtigen.
- Der zwangsläufig offene Campus erfordert ein aufwändiges Sicherheitskonzept und mindert die Entwicklung eines kompakten Campusgefühls. Die HTWK wünscht sich eine stärkere, auch stadträumlich erkennbare Campus-Struktur. Insbesondere sollen hierbei die trennenden und belastenden Auswirkungen der Hauptverkehrsachse Karl-Liebknecht-Straße abgemildert werden.
- Eine stärkere Kooperation von HTWK und HfTL kann die digitale Technologieorientierung des Wissenschaftsraums fördern und auch räumliche Synergieeffekte zur Folge haben.
- Das Stadtentwicklungsgebiet Bayerischer Bahnhof bietet als künftiger Standort Möglichkeiten der hochschulnahen Versorgung mit Wohnraum, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und bietet sich als Verknüpfungsraum der Wissenschaftsstandorte Süd und Südost an. Dies ist in der weiteren Konzeption des Entwicklungsbereiches zu berücksichtigen.

3.4 Umsetzung

Die dargestellten Zielstellungen und Maßnahmenbündel werden in den kommenden Jahren durch die bereits existierenden Arbeitsstrukturen der fachlich zuständigen Dezerne und durch das Referat Wissenspolitik im Geschäftsbereich des OBM umgesetzt. Zu den wichtigsten Instrumenten des Referats Wissenspolitik gehören die Gremienarbeit durch Moderation und aktive Teilnahme in den kommunalen und regionalen Netzwerken der Leipziger Wissenschaftseinrichtungen, sowie die aktive Unterstützung von Beiräten und Arbeitskreisen zu wissenschaftspolitischen Themen mit außerakademischen Partnern, wie Kammern, der Metropolregion oder zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Von besonderem Gewicht sind die beiden Kooperationsvereinbarungen der Stadt Leipzig mit der Universität Leipzig von 2012 und der Hochschule für Technik, Wirtschaft, und Kultur Leipzig von 2016. Die Federführung für die aus diesen Vereinbarungen resultierenden Projekte liegt verwaltungsintern beim Referat Wissenspolitik.

Das Referat Wissenspolitik koordiniert und kommuniziert innerhalb der Verwaltung die zur Umsetzung der Zielstellungen und Maßnahmenbündel erforderlichen Aktivitäten. Das Referat steht dabei im ständigen Austausch mit den Leipziger Wissenschaften und den außerstädtischen Partnern (u.a. Ministerien, bundesweite Forschungsgemeinschaften). Mit Blick auf Entwicklungsabsichten des Bundes und

des Freistaates erarbeitet das Referat Wissenspolitik in Abstimmung mit den zuständigen Dezernaten der Stadtverwaltung und den Leipziger Hochschul- und Forschungseinrichtungen eine gemeinsame städtische Position.

3.5 Finanzielle Auswirkungen

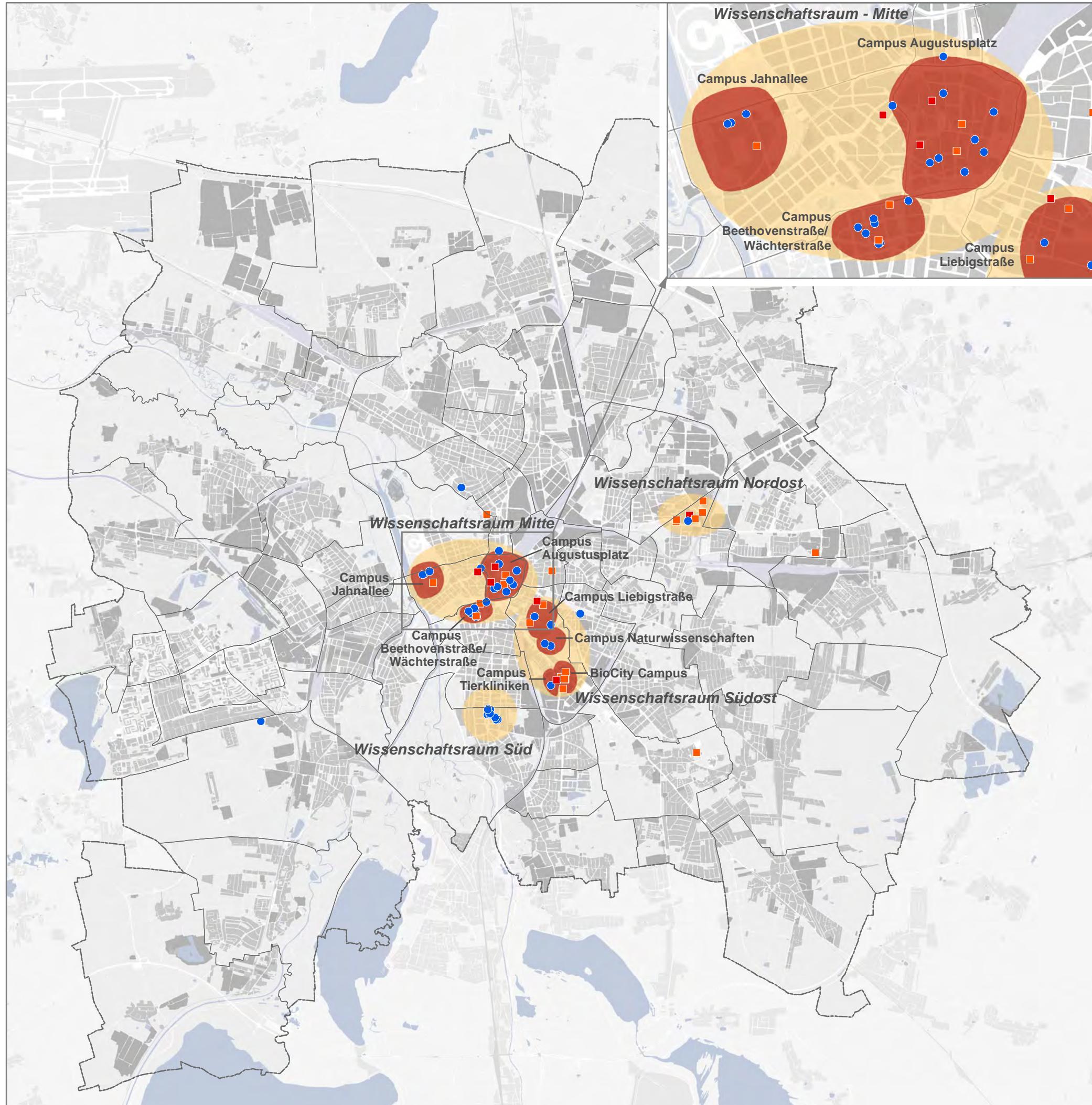
Die Maßnahmenbündel des Fachkonzeptes Hochschulen und Forschungseinrichtungen setzen auf Aktivitäten und Maßnahmen der letzten Jahre auf. Da sie im Wesentlichen im Rahmen bestehender Arbeits- und Kooperationsstrukturen des Referates Wissenspolitik weiterentwickelt werden, sind zusätzliche Kosten vor allem bei der Sicherung der Flächen- und Raumbedarfe der Wissenschaftseinrichtungen, beim bedarfsgerechten Ausbau und Betrieb von Kinderbetreuungsangeboten im Umfeld der Wissenschaftsräume und bei Ausbau und Weiterentwicklung der Kooperationsstrukturen und der Mitwirkung in Netzwerken zu erwarten.

Maßnahmenbündel/ Instrumente	Direkte Kosten/Jahr (GERING/MITTEL/HOCH)	Einnahmen/ Folgekosten/ Fol- gewirkungen
Verdichtung und Ausbau der Wissenschaftsräume	MITTEL (abhängig vom Ressourcenbedarf und der Abstimmung mit den Trägereinrichtungen und dem Freistaat Sachsen) Kosten der Flächenvorsorge durch Ankauf und ggf. Bereitstellung kommunaler Grundstücke, in der Regel als kommunaler Beitrag bei Ansiedlungentscheidungen erforderlich	KEINE DIREKTEN EINNAHMEN, aber: AUSBAU der Wissenschaftsinfrastruktur und Ansiedelung von wissenschaftsaffinen Akteuren ERHÖHT die kommunalen Einnahmen aus Beschäftigungsaufbau, HÖHERE Einkommensteuer- und Gewerbesteuererträge, STEIGERUNG der Wertschöpfung
Weiterentwicklung der Willkommenskultur für Studierende und internationale Wissenschaftler/-innen, Künstler/-innen, Experten, Gäste Unterstützung der Wissenschaftseinrichtungen bei maßgeschneiderten Willkommenspaketen Entwicklung von Bleibeperspektiven für ausländische Absolvent/-innen Profilierung Leipzigs als internationale Stadt	MITTEL (zusätzliche) Personal- und Sachkosten bei der Realisierung von Projekten und Kommunikationsaufgaben (Veranstaltungen, Kampagnen)	STÄRKERER Abruf von Fördermittelprogrammen Imagegewinn SICHERUNG des Fachkräftebedarfs von wirtschaftlichen und gemeinnützigen Unternehmen sowie der öffentlich finanzierten Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Verwaltung, Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen, Kultur und Freizeit)
Unterstützung der Forschungseinrichtungen im Rahmen der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD)	GERING für Personal bei einer Weiterentwicklung und Expansion der regionalen Vernetzungsaktivitäten	Potenzial für inhaltliche und wirtschaftliche Synergien, höhere Nutzungs frequenzen und Auslastungen
Institutionalisierung der bisherigen Kooperationskulturen in einem "Leipzig Science Network"	GERING für Personal, Mitgliedsbeiträge und projektkonkrete Zuschüsse	
Verzahnung von städtischer Clusterstrategie und Schwerpunkten der	GERING für Personal und ggf. Kofinan-	

Forschung	zierung
Weiterentwicklung der Kooperation mit der Universität Leipzig und der HTWK, Auf- und Ausbau der Kooperationsvereinbarung mit dem UFZ	GERING für (zusätzliche) Personal- und Sachkosten bei der Realisierung von Projekten
Aufbau von Kooperations- und Abstimmungsprozessen bei der Entwicklung der sozialen Infrastruktur für die Wissenschaftsräume	GERING Sachkosten bei der Etablierung neuer Arbeitskreise mit den Wissenschaftseinrichtungen
(Weiter-)entwicklung von Veranstaltungsformaten, die Leipzig als Stadt der Wissenschaften profilieren und erkennbar machen	GERING (zusätzliche) Personal- und Sachkosten bei der Realisierung neuer Projekte und damit verbundener Kommunikation

Anlage: Zuordnung Fachkonzept - Ziele zum Strategischen Zielbild

Ziel Nr.	Ziel Fachkonzept	Seite	Übergeordneter Handlungsschwerpunkt (übergeordnetes Strategisches Ziel)
1	Struktur und Vielfalt der Wissenschaftslandschaft weiterentwickeln	8	Vorsorgende Liegenschafts- und Infrastrukturpolitik Traditionsreiche internationale Wissenschaftsstadt
2	Qualität der Stadt als internationaler Hochschul- und Forschungsstandort stärken	8-9	Urbane, weltoffene Bürgerstadt Vorsorgende Liegenschafts- und Infrastrukturpolitik Bedarfsgerechte Kita- und Schulangebote
3	Kooperationsbeziehungen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Stadt ausbauen	9-10	Vernetzung von Bildung, Forschung und Wirtschaft Globales Denken, lokal verantwortliches Handeln
4	Das Profil Leipzigs als Stadt der Wissenschaften stärken.	10	Traditionsreiche internationale Wissenschaftsstadt Vernetzung von Bildung, Forschung und Wirtschaft



FACHKONZEPT ORDNUNG UND KOMMUNALE SICHERHEITS-INFRASTRUKTUR

1. EINLEITUNG

Die Gewährleistung von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit hat eine grundlegende Bedeutung für das Wohlbefinden der Leipzigerinnen und Leipziger und übt einen wesentlichen Einfluss auf das gesellschaftliche Zusammenleben aus. Das verdeutlichen u. a. die Ergebnisse der Kommunalen Bürgerumfragen, in der Kriminalität und Sicherheit als das größte derzeitige Problem in Leipzig angesehen werden. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger/-innen wie auch die objektive Sicherheitslage sind wichtige Indikatoren der Lebens- und auch Standortqualität einer Kommune. Der Status Quo von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit beeinflusst damit auch das Erreichen kommunalpolitischer Zielstellungen. Eine sichere und saubere Stadt für die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Gäste der Stadt Leipzig ist somit eine herausfordernde Daueraufgabe für die Stadt Leipzig, aber auch für die Leipziger Bürgerschaft, die aktiv daran mitwirken und einbezogen werden muss. Die Initiierung und Unterstützung von zielgruppenorientierten und qualitätsvollen Präventionsprojekten ist somit ein wichtiges Handlungsfeld und eine kluge Investition in die Zukunft.

Durch das starke Wachstum Leipzigs entstehen neue Nutzungsintensitäten und Interessenskonflikte insbesondere im öffentlichen Raum, die neue Anforderungen stellen, um die Ordnung und Sauberkeit aufrecht zu erhalten oder zu verbessern. Aber auch Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst stehen durch steigende Einsatzzahlen im Rettungsdienst oder erhöhten Abstimmungsbedarf in Bau- und Veranstaltungsgenehmigungsverfahren vor neuen Herausforderungen.

Mit diesem Fachkonzept sollen Möglichkeiten zur Stärkung der Stadtverwaltung in Bezug auf die Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Bürger, Maßnahmen zur Gefahrenabwehr sowie Realisierung und Optimierung der Reinigungskapazitäten aufgezeigt werden. Gleichzeitig sollen Strategien zur Abfallvermeidung und zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements entwickelt werden.

Das Fachkonzept setzt sich mit folgenden Schwerpunkten auseinander:

- Öffentliche Sicherheit: Eigentumskriminalität, Drogenkriminalität, Brandschutz/Rettungsdienst/Katastrophenschutz, Schwerpunktaufgaben des Außendienstes
- Sauberkeit im öffentlichen Raum: illegale Graffiti, illegale Abfallablagerungen, Papierkorbkonzept, Baumscheiben, Grünflächen
- Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts: Kommunale Präventionsarbeit in Leipzig, Bürgerbeteiligung und Bürgerschaftliches Engagement, Brandschutzaufklärung und Erste Hilfe, Selbsthilfefähigkeit in Krisensituationen

Verwendete Grundlagen	<ul style="list-style-type: none"> • Sauberheitskonzept der Stadt Leipzig 2009 • Papierkorbkonzept der Stadt Leipzig 2015 • Stadtratsbeschluss 2002 zur Bekämpfung illegaler Graffiti in der Stadt Leipzig • Brandschutzbedarfsplan (2001, 2004 und 2010), Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Leipzig 01.01.2012 • Konzept der Leipziger Sucht- und Drogenpolitik 2014-2019, Drogenpolitische Leitlinien der Stadt Leipzig • Leitlinien zur Zusammenarbeit der Stadt Leipzig, der Polizeidirektion Leipzig und der Landesdirektion Leipzig 2009
Arbeitsstruktur	Arbeitsgruppe aus Ordnungsamt, Amt für Stadtgrün und Gewässer, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, Amt für Jugend, Familie und Bildung, Stadtplanungsamt, Gesundheitsamt (Suchtbeauftragte), Polizeidirektion Leipzig, Eigenbetrieb Stadtreinigung, Geschäftsstelle des kommunalen Präventionsrates, Branddirektion

2. AUSGANGSLAGE

2.1 Aktuelle Situation und Entwicklungen

2.1.1 Öffentliche Sicherheit und Sicherheitsempfinden

Kriminalitätsfurcht ist ein komplexes Phänomen, das durch viele Faktoren beeinflusst wird. Dabei korrespondiert das Sicherheitsempfinden der Menschen in der Regel nicht mit der objektiv ermittelten Kriminalitätsrate. Die Sicherheitsumfrage der Stadt Leipzig (2011) identifizierte Faktoren, die das Sicherheitsgefühl beeinflussen. So nimmt vor allem mit steigendem Alter und einem geringeren formalen Bildungsabschluss die Sorge vor einer Zunahme von Kriminalität zu. Besonders signifikant ist aber der Einfluss der Mediennutzung: je häufiger Berichte über Kriminalität verfolgt werden, desto mehr Sorgen machen sich die Menschen um eine steigende Kriminalität. 2011 machten sich fast zwei Drittel der Menschen in Leipzig starke oder sehr starke Sorgen vor einem Anstieg der Kriminalität.

2015 haben 49 % der Leipzigerinnen und Leipziger in der Kommunalen Bürgerumfrage "Kriminalität, Sicherheit" als das größte Problem der Stadt aus 22 Themenfeldern benannt. Das ist ein deutlicher Anstieg gegenüber 2010 um 20 Prozentpunkte. Während diese Einschätzung quer durch alle Altersgruppen verläuft, wird der zweite für das Fachkonzept relevante Themenbereich „Sauberkeit auf Straßen und Plätzen“ auf Rang 8 eingeordnet und insbesondere von den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern problematischer gesehen.

Straftaten/Kriminalitätsrate

Die Zahl der Straftaten pro 1.000 Einwohner lag 2015 in Leipzig bei rund 135. Damit liegt Leipzig im bundesweiten Vergleich der 39 Städte ab 200.000 Einwohnern auf Platz 11¹. Während die Häufigkeitszahl (HZ) im 10-Jahres-Vergleich nur leicht anstieg, wuchs die absolute Zahl der Straftaten um ca. 13%.

	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015 ²
Straftaten insg.	64.187	60.534	64.386	68.701	70.174	78.726	72.694
Häufigkeitszahl insg.	132	120	127	133	135	149	135

Den mit Abstand höchsten Anteil an der Kriminalität nehmen die Eigentumsdelikte mit rund 50 % ein.

Im Bereich der Straßenkriminalität³, die Delikte im öffentlichen Raum erfasst, haben sich bei besonders schwerem Diebstahl an/aus KFZ und dem Fahrraddiebstahl die Häufigkeitszahlen seit drei Jahren auf hohem Niveau verfestigt (1.099 bzw. 1.258). Für den Bereich der Wohnungseinbrüche ergibt sich zwar im 10-Jahres-Vergleich eine sehr deutliche Erhöhung der Straftaten pro 100.000 Einwohner (109 auf 238), aber in den letzten Jahren kein weiterer Anstieg.

Innerhalb Leipzigs fällt auf, dass vor allem in denjenigen Ortsteilen eine hohe Zahl von Straftaten pro 100.000 Einwohnern zu verzeichnen ist, in denen sich größere Einrichtungen und Infrastrukturen, wie Bahnhof, Kaufhäuser, Märkte und Veranstaltungsorte konzentrieren.

Rauschgiftkriminalität

Für 2015 sind in Leipzig 1.432 Rauschgiftdelikte (HZ 2015: 264) zu verzeichnen. Im bundesweiten Vergleich von Großstädten über 200.000 Einwohner ist Leipzig gering belastet. Im landesweiten Vergleich erscheint Leipzig weniger stark belastet als Chemnitz (HZ 2015: 385) und Dresden (HZ 2015: 373).

Allerdings handelt es sich bei der Rauschgiftkriminalität um Kontrollkriminalität. So legt die Anzahl der Rauschgiftdelikte, die im Rahmen von Kontrollen getroffenen Feststellungen und die regelmäßig hohe

¹ Polizeiliche Kriminalstatistik 2015 Bundesrepublik Deutschland

² 2015 konnten die eingegangenen Strafanzeigen nicht in vollem Umfang abgearbeitet, daher in der PKS noch nicht berücksichtigt werden.

³ Der Begriff Straßenkriminalität ist ein Summenschlüssel, dessen Deliktsunterschlüssel teilweise erheblich differieren, und er deshalb für die Betrachtung der Stadtentwicklung ungeeignet erscheint. Zur vollständigen Zusammensetzung vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik 2009 Bundesrepublik Deutschland, S. 19, 20.

Sicherstellungsmengen von Betäubungsmitteln dagegen nahe, dass sich der Handel und Konsum in Leipzig auf einem hohen Niveau bewegt. Dies indizieren auch die eher hohen Fallzahlen in den Deliktsbereichen, die zumindest teilweise der indirekten Beschaffungskriminalität zuzuordnen sind (z. B. Wohnungseinbrüche).

In den letzten Jahren vollzog sich innerhalb der Substanzen und Konsumformen ein Wandel. Die Zahl der Konsument/-innen von Heroin ist rückläufig, bei Methamphetamin dagegen zunehmend. Dies spiegelt sich sowohl in den Statistiken der Suchthilfe als auch denen der Polizeidirektion wider. Neben Crystal drängen zunehmend Designerdrogen, wie künstliche Cannabinoide, auf den Markt. Darüber hinaus etablieren sich neue Vertriebswege und das Internet stellt sich in zunehmendem Maße als Verteilplattform für Betäubungsmittel dar.

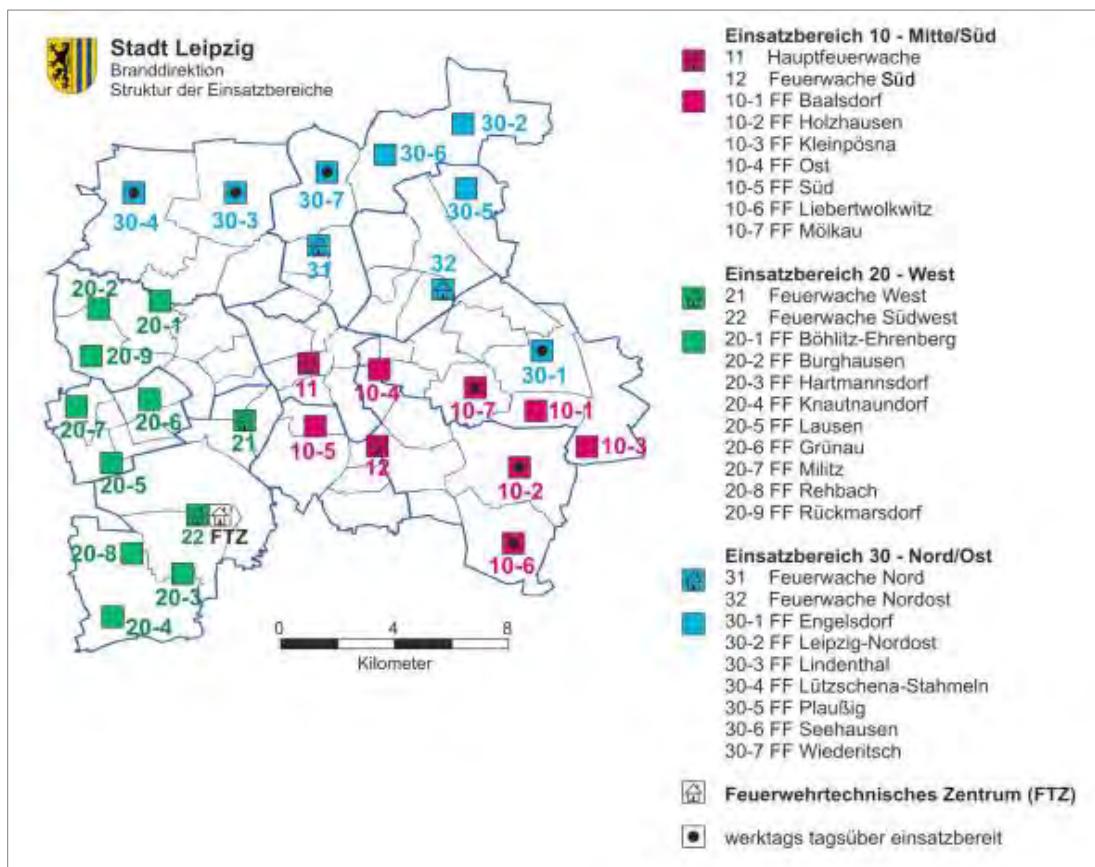
Diese Entwicklungen stellen alle Säulen der Suchthilfe vor neue Herausforderungen.

Brandschutz/Rettungsdienst/Katastrophenschutz

Die Branddirektion deckt die Aufgabengebiete abwehrender Brandschutz und technische Hilfe, vorbeugender Brandschutz, Träger des Rettungsdienstes und Katastrophenschutz ab. Zudem wirkt die Branddirektion als Leistungserbringer im Rettungsdienst mit und betreibt die Leitstelle für das Stadtgebiet sowie die angrenzenden Landkreise.

Der abwehrende Brandschutz wird durch die Berufsfeuerwehr und die Freiwillige Feuerwehr gemeinsam sichergestellt. Unter Berücksichtigung der Personalverfügbarkeit und der Ausrückezeit ist die Wirksamkeit der Freiwilligen Feuerwehr in sehr hohem Maße abhängig vom ehrenamtlichen Engagement, aber auch von objektiven Bedingungen, wie etwa dem arbeitsmarktpolitischen Strukturwandel.

Standorte der Freiwilligen und Berufsfeuerwehr (Einsatzbereichsplan)



Rettungsdienst

Die Aufgabe des Rettungsdienstes besteht in der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransports. Dazu hat die Stadt Leipzig als Träger des bodengebundenen Rettungsdienstes den Bereichsplan für den Rettungsdienst aufgestellt.

Der Rettungsdienstbereich der Stadt Leipzig ist in Einsatzbereiche gegliedert, in denen Notfallrettung und Krankentransport von den Rettungswachen aus durchgeführt werden. Die Rettungsmittel (Einsatzfahrzeuge) sind innerhalb ihrer Einsatzbereiche teilweise in Außenstellen stationiert. Die Ausdehnung der Einsatzbereiche und die Anzahl der Einsatzmittel für die Notfallrettung sind planerisch darauf ausgerichtet, die Notfalleinsätze an der Straße innerhalb von 10 Minuten nach dem Ausrücken zu erreichen. Die Berufsfeuerwehr verfügt über einen eigenen Einsatzbereich.

Schwerpunkttaufgaben des Außendienstes (Stadtordnungsdienst)

Der Stadtordnungsdienst (gemeindlicher Vollzugsdienst) erfüllt eine Reihe von hoheitlichen Aufgaben (weisungsfreie Pflichtaufgaben) auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften des Sächsischen Polizeigesetzes und der dazu ergangenen Verordnungen.

Zu den Einsatzschwerpunkten und Zuständigkeiten gehören u.a. die Feststellung und Ahndung von Verstößen gegen städtische Satzungen und Rechtsverordnungen, Ermittlungsaufträge anderer Fachbehörden, Zeugendienste gem. § 106 StPO (Strafprozessordnung), Bearbeitung von Bürgerbeschwerden/-hinweisen, Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, Unterstützung beim Vollzug verkehrsrechtlicher Anordnungen (Groß- und Sportveranstaltungen, Versammlungen), Maßnahmen zur Amtshilfe und Präventivstreifen.

Unter Berücksichtigung der personellen Ausstattung des Stadtordnungsdienstes ist eine flächendeckende zweischichtige Besetzung der Streifenbezirke nicht möglich. Dies kann ausschließlich im Stadtzentrum und dem unmittelbaren Umfeld weitestgehend gewährleistet werden. Der Anteil der tatsächlichen Außendienstzeit liegt derzeit bei ca. 57 % an der Gesamtarbeitszeit. Im Jahr 2015 wurden insgesamt 30.435 Ermittlungsverfahren geführt und 1.351 Ordnungswidrigkeiten angezeigt.

2.1.2 Sauberkeit im öffentlichen Raum

Illegal Graffiti

Leipzig ist nach wie vor die am meisten mit illegalem Graffiti belastete Stadt des Freistaates Sachsen. Im Rahmen einer 2015 erfolgten Bestandsaufnahme („BürgerdienstLE“-Kommunaler Eigenbetrieb Leipzig/Engelsdorf-KEE) wurde eine Belastung mit illegalem Graffiti im gesamten Stadtgebiet auf ca. 80.000 m² festgestellt. Gegenwärtig wird diese Erfassung aktualisiert und 2017 abgeschlossen.

Die Stadt Leipzig unternimmt seit Jahren große Anstrengungen, eigene Liegenschaften und Gebäude von illegalem Graffiti zu reinigen. Dafür stehen jährlich finanzielle Mittel in Höhe von 330.600 EUR zur Verfügung. Neben der Einzelbeauftragung von Fachfirmen auf der Grundlage des neuen Rahmenzeitvertrages (2015) werden ausgewählte bauliche Anlagen (vorrangig Brücken und Schallschutzwände) auf der Grundlage von Graffiti-Vollserviceverträgen sauber gehalten. Ergänzt werden diese Aktivitäten durch Einsatz von geförderten Arbeitskräften in der Förderform – FAV (Förderung von Arbeitsverhältnissen). Durch diese werden vordergründig Kleinstflächen wie Schaltkästen und Verkehrszeichen (ruhender Verkehr) manuell gereinigt.

Für die kreisfreie Stadt Leipzig wurden 2.512 Fälle von Sachbeschädigungen durch Graffiti erfasst. Diese bleiben weiterhin Schwerpunkt innerhalb der Deliktgruppe. Die Aufklärungsquote für 2015 lag bei 21,0 % und konnte im Vergleich zum Vorjahr um 5,0 % erhöht werden.

Nach Einschätzung der Polizeidirektion Leipzig bilden derzeit die Ortsteile Plagwitz, Südvorstadt, Connewitz und Zentrum-Süd Tatort-Schwerpunkte. Als neue örtliche Schwerpunkte bilden sich zunehmend Großzschocher, Lößnig und Eutritzsch heraus.

Illegal Abfallablagerungen

Trotz eines dichten Netzes von legalen Entsorgungsmöglichkeiten und Entsorgungssystemen (Abfallbehälter auf den Grundstücken, Wertstoffhöfe, Bauhöfe und zertifizierter Entsorgungsfirmen) werden Abfälle aller Art in Größenordnungen im öffentlichen Raum illegal entsorgt. Diese Menge illegaler Ab-

fallablagerungen im Stadtgebiet ist sehr hoch und mit der wachsenden Einwohnerzahl stetig angestiegen. Insbesondere in den städtischen Grünanlagen kommt es infolge einer intensiveren Nutzung durch die Bevölkerung zu einer starken Abfallbelastung. So hat sich insgesamt das Abfallaufkommen in Höhe von ca. 1.200 Tonnen (2016) in den letzten fünf Jahren um ein Drittel erhöht. Diese Ablagerungen reichen von Einwegverpackungen und Unterwegsabfällen bis hin zu Altreifen, Bau- schutt, Gewerbeabfällen und sogar Schadstoffen. Unberücksichtigt hierbei ist der Teil der Abfallbelastung im öffentlichen Raum, der noch nicht eingesammelt und einer Entsorgung zugeführt worden ist.

Verbunden mit diesem Anstieg ist eine Erhöhung der Kosten für die Beräumung und Entsorgung illegaler Abfallablagerungen, da diese nicht auf die Verursacher umgelegt werden können. Zur Zeit belaufen sich die Kosten dafür auf ca. 500.000 EUR/ Jahr, Tendenz steigend.



Die Verursacher illegaler Abfallablagerungen werden – trotz intensiver Bemühungen der Ordnungsbehörden – nur in wenigen Fällen ermittelt und gerichtsverwertbare Beweise sichergestellt. Das Ordnungsamt und der Eigenbetrieb Stadtreinigung haben deshalb ihre Zusammenarbeit optimiert. Sie können so die illegalen Ablagerungen auf städtischen Flächen schneller beseitigen und den Ermittlungsaufwand des Außendienstes auf ein Minimum reduzieren.

Grünanlagen

In der Stadt Leipzig gibt es derzeit 927 städtische Grünanlagen mit einem Flächenumfang von insgesamt 887 ha. Davon werden 82 % bzw. 761 Grünflächen mit einem Flächenumfang von 796 ha vom Eigenbetrieb Stadtreinigung bewirtschaftet. Weitere 166 städtische Grünanlagen mit einem Flächenumfang von 91 ha werden von den städtischen Bauhöfen unterhalten.

Aufgrund der teils starken Etatkürzungen und Haushaltkonsolidierungsmaßnahmen fehlen seit Jahren der haushaltfinanzierten städtischen Grünpflege die personellen und finanziellen Kapazitäten, um in erforderlichem Maße den in den Grünanlagen anfallenden illegalen Abfall zeitnah zu beräumen. Der Einsatz zusätzlicher geförderter Sauberkeitsmaßnahmen und die Aufstellung zusätzlicher Abfallbehälter (saisonal) in besonders stark frequentierten Park- und Grünanlagen können diese Defizite nur teilweise kompensieren.

Papierkorbkonzept

Im Stadtgebiet Leipzig gibt es derzeit ca. 3.200 Papierkörbe, die durch die Stadtreinigung bewirtschaftet und geleert werden. Mit dem Papierkorbkonzept von 2015 soll eine stetige oder zeitweise Papierkorbüberfüllung durch eine bessere Netzbetreuung abgestellt werden. Hierfür wurden 2016 zusätzliche Papierkorb-Sammelfahrzeuge und neue Mitarbeiter eingestellt, um den Entleerungstakt zu verdichten und somit Überfüllungen und Umfeldverschmutzungen zu mindern. Die Digitalisierung der Papierkorbstandorte, Voraussetzung für den Einsatz neuer Tourenplanungssoftware, ist weitgehend abgeschlossen. Die gemäß Papierkorbkonzept geforderte Übernahme der Papierkörbe ins Anlagevermögen des Eigenbetriebes Stadtreinigung soll zeitnah abgeschlossen werden.

Hundekot

Die Thematik Hundekot wird sehr stark durch die subjektive Unzufriedenheit über den Reinigungsstand von Gehwegen geprägt. In den Diskussionen darüber werden oft die Themengebiete Reinigung, Hundekot, Hundetoiletten, Hundewiesen, Papierkörbe und Verantwortung vermischt. Die Reinigung der Gehwege wird in Leipzig durch die Stadtreinigung Leipzig nach der Straßenreinigungssatzung durchgeführt. In Gebieten städtischer Wohnbebauung wird i. d. R. wöchentlich gereinigt und damit auch Hundekot entfernt.

Baumscheiben

Seit 2012 hat sich die Anzahl der Baumstandorte und somit der dazugehörigen Baumscheiben im Straßenbereich nicht wesentlich verändert. Sie beträgt ca. 60.700, wovon 18 % noch unbepflanzt sind.

Das manuelle Entfernen von Abfallablagerungen in Baumscheiben erfolgt innerhalb der satzungsgemäßen Reinigung. Eine darüber hinausgehende Reinigung und explizite Wildkrautentfernung wurde bis 2014 durch den Einsatz geförderter Sauberkeitsmaßnahmen durchgeführt (ca. 7.500 Baumscheiben). Diese Maßnahmen stehen aber seit 2015 nicht mehr zur Verfügung.

Zusätzliche und geförderte Sauberkeitsmaßnahmen

Der langjährige Einsatz zusätzlicher geförderter Sauberkeitsmaßnahmen in den unterschiedlichsten Förderformen hat entscheidend zu einer Verbesserung der öffentlichen Ordnung und Sauberkeit beigetragen. Damit konnten innerhalb des jeweiligen Förderzeitraumes öffentliche Grün- und Parkanlagen und sonstige öffentliche Bereiche regelmäßig sauber gehalten werden. Allein in den Jahren 2015 bis 2016 wurden durch die geförderten Sauberkeitsmaßnahmen „Blau-Gelbe Engel“, „BürgerdienstLOS“, „Sauberkeitsprojekt50“ und der „Müllfeuerwehr“ zwischen 1.800m³ und 2.000m³ Abfall zusätzlich eingesammelt und entsorgt. Diese Fördermaßnahmen stehen jedoch zunehmend weniger zur Verfügung. Damit kann der bis dato geleistete Sauberkeitsstandard zukünftig nicht mehr im vollen Umfang aufrechterhalten werden.

2.1.3 Präventionsmaßnahmen und bürgerschaftliches Engagement

Die kommunale Präventionsarbeit in Leipzig

Die kommunale Kriminalprävention stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls und der Reduzierung des objektiven Viktimisierungsrisikos⁴ wurde im Rahmen der Sicherheitskonferenzen der Stadt Leipzig der Kommunale Präventionsrat- (KPR) Leipzig gegründet, welcher seit 1994 tätig ist. Vertreter der Stadtverwaltung und sonstigen Behörden, der Polizei, der Wirtschaft und des Handels, Forschungseinrichtungen sowie gesellschaftlichen Gruppen und interessierte Bürger/-innen bilden dieses Netzwerk.

Der Führungsstab, das Lenkungsgremium und die Sicherheitskonferenz (Präventionstag) stellen die Organe dar. Für die Umsetzung der Strategie des KPR wurden die Arbeitsgruppen Extremismusprävention, Fußball und Sicherheit (ÖASS), Graffiti, Sicherheit in Kleingärten und Innenstadt gebildet, welche sich den verschiedenen Handlungsfeldern der Kriminalprävention in Leipzig widmen. Dabei stellen die in Leipzig lebenden Bürger/-innen einen Ausgangs- und Zielpunkt der kriminalpräventiven Maßnahmen dar. Folgende Projekte initiierte und begleitet der Kommunale Präventionsrat in Leipzig: Schutz vor Wohnungseinbruch - Projekt „sicher-wohnen-daheeme“, Sicherheitsumfrage, Schulweg-Safari, Leipziger Hilfpunkt, Schule der Toleranz, Seniorensicherheitsberater/-innen, Netz kleiner Werkstätten, Fahrradregistrierung/-codierung, Bürgercafés, Förderung technischer Prävention in Kleingartenanlagen, Koordinierungsstelle Graffiti in Leipzig.

Ausgewählte Projekte sind dabei so konzipiert, dass Bürger/-innen ehrenamtlich tätig sind (z. B. Seniorensicherheitsberater/-innen) oder sich beteiligen können (z. B. Bürgercafé). Durch die Bürgerbeteiligung wird die Möglichkeit geboten, zum Erfolg der Präventionsansätze und zum Sozialkapital der Gesellschaft beizutragen.

Bürger/-innen, welche sich ebenfalls beteiligen möchten oder an Projekten bzw. Initiativen interessiert sind, erhalten über die Internetseite des KPR (www.leipzig.de/kpr) den Einstieg. Weitere Präventionsangebote der Stadt Leipzig, der Polizeidirektion Leipzig, der Träger und Vereine werden im Präventionsatlas, einer Online-Datenbank der Stadt Leipzig, abgebildet. Darin erhalten Betroffene und Interessierte Informationen, Ansprechpartner/-innen und Unterstützungsmöglichkeiten zu verschiedenen sozialen, kriminalpräventiven und gesellschaftlichen Anliegen. Die Themengebiete der Präventionsangebote beziehen sich insbesondere auf die Handlungsfelder „Psychische und physische Gewalt“, „Extremismus und Rassismus, Interkulturelle Kompetenz“, „Sucht“, „Ernährung“, „Sexualpädagogik“, „Psychische Belastungen“, „Schule und Arbeit“, „Medien“, sowie „Recht und Politik“.

⁴ Viktimisierungsrisiko meint das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden.

Freiwillige Feuerwehr und Jugendfeuerwehr

Die Jugendfeuerwehr dient der Bindung junger Bürger an die Feuerwehr, um den Nachwuchs der Einsatzkräfte in der Freiwilligen Feuerwehr zu sichern. Darüber hinaus stellt die Jugendfeuerwehr ein Bildungsangebot dar, welches neben technischen Fähigkeiten und Wissen auch soziale Kompetenzen vermittelt. Ein Vergleich der Mitgliederzahlen der Jugendfeuerwehr von 2010 und 2015 zeigt mit einem Zuwachs von 14,6 % eine positive Entwicklung. Diesen Trend gilt es zur Steigerung des bürgerlichen Engagements zu halten bzw. zu verstärken.

2.2 Stärken, Schwächen und Herausforderungen

Öffentliche Sicherheit

Stärken

- Beratungseinrichtungen zur Diebstahlprävention (z. B.: polizeiliche Beratungsstelle), Neubau/Sanierung bewirken erhöhten Grundsicherungsstandard gegen Wohnungseinbruch
- Netzwerk des kommunalen Präventionsrates (KPR) zur Stärkung des Präventionsgedankens und Initiierung eigener Projekte/Sicherheitskonferenzen, wie z. B. die Seniorensicherheitsberater
- Fahrradregistrierung als Präventionsmaßnahme gegen Fahrraddiebstahl (derzeit sind ca. 110.000 Fahrräder registriert) und Erweiterung der Kapazitäten von Fahrradbügeln
- differenziertes Suchthilfesystem, welches Suchtkranken, -gefährdeten und -abhängigen Hilfe anbietet, zur Abstinenz motiviert und präventiv wirkt
- politisch manifestierte und beschlossene Zielstellungen der Leipziger Sucht- und Drogenpolitik
- Einteilung der Suchtprävention entsprechend moderner Standards nach Zielgruppen und nicht nach dem Zeitpunkt der Prävention (Kategorien suchtpräventiver Maßnahmen: universelle, selektive und induzierte Prävention)
- bedarfsgerechte Präventionsangebote im Bereich der universellen Prävention, u. a. auch Sofortmaßnahmen und Streetwork
- flexibler und zeitnaher Einsatz des Außendienstes in Schwerpunktbereichen, mit Anpassung an die jeweilig aktuelle Lageentwicklung und als Reaktion auf Ordnungsstörungen
- gute Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitspartnern und Akteuren vor Ort

Schwächen

- viel indirekte Beschaffungskriminalität im Eigentumsbereich, offene Anbieterszene und Beschaffung im öffentlichen Raum
- neue Substanzen und veränderte Konsumformen führen zu schweren psychischen Abhängigkeiten, schwerwiegenden Begleiterkrankungen und sozialen Verelendungen
- keine flächendeckende Präsenz des Außendienstes aufgrund fehlender personeller Voraussetzungen, nur in Innenstadt Zweischichtbetrieb möglich

Brandschutz/Rettungswesen/Katastrophenschutz

Stärken

- Verfügbarkeit rund um die Uhr in den Tätigkeitsbereichen Brandschutz, Rettungsdienst und Leitstelle sowie eine hohe organisatorische Flexibilität
- optimierte Verteilung der Standorte der Feuerwachen der Berufsfeuerwehr und der Rettungswachen in den Einsatzbereichen.
- Feuerwehr ermöglicht günstiges privates Bauen durch praxisgerechte Lösungen, die das erforderliche Sicherheitsniveau erreichen

Schwächen

- Fehlende strategische Planung im Rettungsdienst mangels gesetzlicher Vorgaben: Planungsgrundlagen sind rein retrospektiv und laufen den realen Entwicklungen hinterher
- noch keine Standortoptimierung von Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehren, unzureichende Tagesbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr
- Schnittstellenprobleme der Fachorganisation im Zusammenwirken mit der Verwaltung

- Feuerwehr hat keine originäre Zuständigkeit in Genehmigungsverfahren, sondern wird nur beratend tätig. Dennoch werden ihr in der Wahrnehmung viele Sachverhalte, die mit Feuer- oder Brandschutz zu tun haben, zugeordnet

Sauberkeit im öffentlichen Raum

Stärken

- gute finanzielle Ausstattung für Graffitientfernung als freiwillige Aufgabe
- Vielzahl von Objekten (Brücken, Tunnel, Schallschutzwände) in Graffiti-Vollservice-Verträgen - stetiger Ausbau und zusätzlich zur Verfügung stehende manuelle Reinigungskapazitäten für Kleinstflächen
- flächendeckendes flexibles System des Eigenbetriebes Stadtreinigung ermöglicht kurzfristige Beräumung illegaler Abfallablagerungen
- seit 2016 zusätzliche Kapazitäten zur Abfallberäumung durch Förderprojekt „Müllfeuerwehr“
- konsequente Umsetzung des Stadtmöblierungskataloges und die Reduzierung der Papierkorbtypen durch gebündelte Verantwortung, dabei gestärkte Kommunikation durch regelmäßige Beratungen von Stadt und städtischen Unternehmen
- verbesserter Papierkorb-Entleerungstakt und verringerte Umfeldreinigung durch zusätzliche Mitarbeiter und Fahrzeuge

Schwächen

- Graffiti-Reinigung wenig nachhaltig, da Objekte in kurzer Zeit wieder besprüht werden
- Einsatz geförderter Arbeitskräfte zur Graffitientfernung nur bedingt möglich
- Prävention – Ansatz zur Vermeidung von Graffiti-Schmierereien bisher überwiegend restriktiv
- unterschiedliche Zuständigkeiten bei Grünpflege innerhalb der Stadtverwaltung
- starke Kapazitätsdefizite in der Grünpflege durch jahrelange Etatkürzungen und unzureichende Mittelbereitstellung für die Unterhaltung neuer bzw. neu gestalteter Grünanlagen
- starke Überalterung eines Großteils der Grünanlagensubstanz
- Schäden durch Sachbeschädigungen
- gesteigerter Finanzierungsaufwand für Papierkorbentleerung und -unterhaltung
- hoher Reinigungs- und Pflegeaufwand für Baumscheiben, seit 2015 keine Bewilligung geförderter Maßnahmen in diesem Tätigkeitsfeld

Stärkung gesellschaftlicher Zusammenhalt/ Netzwerke, Präventionsprojekte

Stärken

- breit gefächertes Angebot von Präventionsmaßnahmen u. a. auch mit Bürgerbeteiligung und guten Informationsmöglichkeiten über Präventionsangebote (Präventionsatlas)
- Feuerwehr und Rettungsdienste genießen hohes Ansehen in der Bevölkerung
- Feuerwehr verfügt über Wissen und Erfahrung zur Stärkung der Selbsthilfefähigkeit bei verschiedenen Zielgruppen (Kinder, Senioren, Migranten, Betriebe etc.) und ist regelmäßig in Betrieben und Einrichtungen zur Brandverhütungsschau präsent

Schwächen

- wenige Präventionsmaßnahmen wurden bisher evaluiert und auf ihre Wirksamkeit untersucht
- geringe Nutzung des Potenzials bürgerschaftlichen Engagements
- keine nachhaltigen präventiven Maßnahmen zur Verhinderung illegaler Ablagerungen
- keine langfristige Planungssicherheit (Finanzen) bei Akteuren (Bürgervereine u. ä.)
- fehlende methodische Kompetenzen bei Feuerwehr, um effektiv und zielgruppenorientiert Aufklärungsarbeit zu leisten
- Keine Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von Brandstiftungen

2.3 Herausforderungen

Die zentralen Herausforderungen in diesem Fachkonzept hängen in starkem Maße mit der steigenden Einwohnerzahl, der sich verdichtenden Stadt und der erhöhten Nutzungsintensität des öffentlichen Raumes zusammen. Dies sind insbesondere:

- die Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls und die Reduzierung des objektiven Viktimisierungsrisikos
- die Reduzierung von Tatgelegenheiten trotz steigender Einwohnerzahl
- der Umgang mit der zunehmenden Verlagerung von Drogenkonsum in den öffentlichen Raum
- die Gewährleistung von Sauberkeit und Ordnung in Grünanlagen und öffentlichem Raum bei gleichzeitigem Rückgang geförderter zusätzlicher Reinigungskapazitäten
- Gewährleistung von Brandschutz/Rettungswesen/Katastrophenschutz
- die stärkere Einbeziehung von Bürgerschaft und Wirtschaft, um Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit verbessern zu können (z. B. Maßnahmen zur Abfallvermeidung bzw. -reduzierung, Trend To-Go-Behälter u. a.)

3. HANDLUNGSSTRATEGIE

3.1 Ziele und Maßnahmenbündel

Die Ziele des Fachkonzeptes betreffen vorrangig das strategische INSEK-Ziel „Leipzig schafft soziale Stabilität“ mit dem Handlungsschwerpunkt „Sichere Stadt“, aber auch das Ziel „Leipzig setzt auf Lebensqualität“ mit dem Handlungsschwerpunkt „Qualität im öffentlichen Raum und Baukultur“. Durch die besondere Bedeutung des Präventionsaspektes und die Einbeziehung der Bürgerschaft gibt es einen sehr engen Bezug zum Akteurskreis und der „Bürgerstadt“.

Ziel 1: Die Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum wird verbessert und das Sicherheitsempfinden gestärkt.

Maßnahmenbündel:

Verhindern und Verringern von Eigentumskriminalität (Wohnungseinbruchsdiebstahl, Diebstahl in/aus KFZ und Fahrraddiebstahl u. a.)

- Minimierung von Tatgelegenheitsstrukturen durch Anpassung der Infrastruktur (sichere Abstellplätze für Fahrräder u. a. durch Fahrradbügel) sowie Entwicklung zielgerichteter und bedarfsgerechter Präventionsprojekte
- Förderung des Bewusstseins des Eigentümers zum Thema „Eigentum verpflichtet auch zu Sicherheitsmaßnahmen“

Drogenkriminalität: Verhinderung/Verzögerung des Einstiegs, Reduzierung und Vermeidung des Konsums im öffentlichen Raum

- zielgruppenorientierte Prävention im Bereich möglicher Erstauffälliger breit anlegen, frühzeitige zielgruppenorientierte Prävention für Kinder und Jugendliche fortsetzen, Schulen/Bildungsagentur als Partner gewinnen, Verhinderung des Einstiegs in den Konsum illegaler Suchtmittel
- konsequente Kontrolle und Durchsetzung des Kinder- und Jugendschutzes, insbesondere zum Schutz vor dem Konsum gesundheitsschädigender Substanzen
- Stärkung der aktiven Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität i. S. d. Angebotsreduzierung im Bereich des Handels und der Herstellung sowie der Einfuhr und des Schmuggels illegaler Betäubungsmittel und der Nachfrage an illegalen Substanzen über geeignete Maßnahmen der Prävention und der Repression
- bedarfsgerechter Ausbau und konzeptionelle Weiterentwicklung der Präventionsangebote in den Bereichen der selektiven und der indizierten Prävention
- Ausbau der verhaltenspräventiven Maßnahmen

- Sensibilisierung und Gewinnung von Akteuren aus weiteren gesellschaftlichen Bereichen (z. B. niedergelassene Ärzte, Sportvereine) für die Mitwirkung in der Suchtprävention
- Schaffung von Perspektiven (Zugang von Suchtkranken zu Beschäftigung und Arbeit, Unterstützung von Bildungsabschlüssen, Weiterentwicklung tagesstrukturierender Angebote)
- Erarbeitung von Maßnahmenbündeln, die die Etablierung von öffentlichen Räumen, an denen offen erkennbar illegale Betäubungsmittel angeboten werden, verhindern
- Prüfung der Umsetzung für Leipzig: Präventionsansätze „Prävention im Team“ (PIT) und „Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten“ (FreD)

Erhöhung der Präsenz des Stadtordnungsdienstes in Schwerpunktbereichen

- personelle Erweiterung des Stadtordnungsdienstes zur Erhöhung der Präsenz im Wohngebiet/Stadtgebiet in einem flächendeckenden Zweischichtsystem
- Ausbau der präventiven Arbeit (z. B. Ausbau der Netzwerke mit den Akteuren vor Ort - Bürgervereine, Ortschafts- und Stadtbezirksbeiräte)
- Verbesserung der verwaltungsinternen Strukturen und Abläufe bei der Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten und Verwaltungsverfahren

komunale Präventionsarbeit

- quantitative und qualitative Reduzierung der Kriminalität in Leipzig
- Reduzierung des objektiven Visktimisierungsrisikos
- Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung (Kriminalitätsfurcht).
- Verdeutlichung des gesamtgesellschaftlichen Ansatzes kommunaler Kriminalprävention, der maßgeblich auch von der Partizipationsbereitschaft der Akteure und der Bürger/-innen Leipzigs abhängig ist
- Aufklärung und Information der Bevölkerung über Aspekte der Kriminalität und Kriminalitätsvermeidung als Ziele

Ziel 2: Die Aufenthaltsqualität und Sauberkeit im öffentlichen Raum und Grünflächen wird verbessert.

Maßnahmenbündel:

Öffentliche Räume und Grünflächen

- Schaffung eines effizienten Managements der Sauberkeits- und Pflegemaßnahmen zur Gewährleistung eines hohen Reinigungsniveaus
- optimale Ausschöpfung der Möglichkeiten des geförderten Arbeitsmarktes zur Gewinnung zusätzlicher Sauberkeitsmaßnahmen
- Ausbau personeller Kapazitäten zur Reinigung und regelmäßigen Pflege der in städtischer Zuständigkeit befindlichen Grünanlagen und Baumscheiben, zusätzliche Vergabe von Reinigungsleistungen an private Firmen

Graffitientfernung/Graffitiprävention

- langfristige Sicherung der finanziellen und personellen Ausstattung für die Graffitientfernung an städtischen Objekten und Anlagen sowie für die Präventionsarbeit
- stetige Optimierung der Graffitientfernung an städtischen Objekten (z. B. durch Erweiterung Graffiti-Vollservice, Einsatz von Graffitischutzsystemen)
- langfristige Etablierung des neuen Graffitikonzeptes, das Graffiti sowohl als zeitgenössische Kunst als auch als Teil der Jugendkultur betrachtet
- Erhalt, Initiierung und Koordinierung legaler Flächen für die künstlerische Graffitigestaltung im Stadtgebiet
- langfristige Etablierung eines Graffiti-Netzwerkes, unter Einbeziehung der Koordinierungsstelle „Graffiti in Leipzig“ und städtischer und staatlicher Behörden, Freier Träger, Bildungseinrichtungen, Privatpersonen, Vereine und Wirtschaftsunternehmen
- konsequente Ahndung und Verfolgung von Graffiti-Straftaten (illegale Graffiti)

Illegale Abfallablagerungen

- Optimierung der Maßnahmen zur zeitnahen Entsorgung von Abfallablagerungen, u. a. durch verbesserte Abstimmungsprozesse zwischen den Leistungsbereichen in und außerhalb der Stadtreinigung

- Ausbau des Netzwerkes zur Erfassung und Beräumung illegaler Abfallablagerungen
- Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit, Information zu Systemen und Möglichkeiten der geordneten Entsorgung von Abfällen in der Stadt Leipzig und Verbesserung der Kommunikation zur Problematik illegaler Abfallablagerungen
- Initiierung, Schaffung und Durchführung von nachhaltigen Präventionsmaßnahmen zur Abfallvermeidung/Abfallbeseitigung (Kommunikationskampagnen u. a.)
- Unterstützung von Sauberkeitsmaßnahmen und Reinigungsaktivitäten im Rahmen des bürgerlichen Engagements in den Wohngebieten (z. B. Frühjahrsputz, Aufräumaktionen, Patenschaften)
- Prüfung einer kostendeckenden Finanzierung

Papierkorbkonzept

- mittel- bis langfristige Optimierung des Papierkorbnetzes (Standorte, Typen, Volumina, Leerungsrhythmen), u. a. durch eine schrittweise Umrüstung auf neue Typen nach Vorgabe des Stadtmöblierungskatalogs und unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel
- saisonale bedarfsgerechte Bereitstellung zusätzlicher Papierkorbvolumen, u. a. durch Einbindung der Systemgastronomie

Ziel 3: Die Leistungsfähigkeit der Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung wird erhalten

- Sicherung der bedarfsgerechten Gefahrenabwehrmaßnahmen des Brandschutzes, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes unter Berücksichtigung der Stadt- bzw. Bevölkerungsentwicklung
- Optimierung der Standorte von Feuer- und Rettungswachen und der Freiwilligen Feuerwehr (Wirtschaftlichkeit u. a.), Zusammenlegung von Ortsfeuerwehren mit neu zu bauenden Gerätehäusern, frühzeitige Flächensicherung
- Steigerung der Hilfsfristereichung von Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr, des Rettungsdienstes sowie des Katastrophenschutzes durch Abstimmung der Leitsysteme zwischen Verkehrslenkung und Gefahrenabwehr
- Entwicklung von Lösungsstrategien für Ortsteile mit problematischen Zufahrtsstraßen (z.B. durch angespannte Parkraumsituation)
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des abwehrenden Brandschutzes in der wachsenden Stadt Leipzig wirtschaftlich nur durch Erhöhung der Tageseinsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr möglich (gerätehausnahe Arbeitsplätze, z. B. Bauhöfe) und verstärkte Werbung für das Ehrenamt (Brandschutz)
- Abwägungsprozess zwischen dem erforderlichen Sicherheitsniveau und privaten Interessen von Investoren - danach wird die Leistungsfähigkeit der Gefahrenvorbeugung an Hand der zu erwartenden Bautätigkeit bemessen. Da eine Unterbesetzung dieses Bereiches die Stadtentwicklung sowie nötige Investitionen hemmt, müssen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden.

Ziel 4: Das Verantwortungsbewusstsein und Engagement für das persönliche Umfeld wird gestärkt

- durch Sicherung und Ausbau kultureller und sozialer Infrastruktur, Sporteinrichtungen sowie Freizeit-, Kinder- und Jugendhilfeangebote
- durch Integration, z. B. durch soziale Projekte und die Einbeziehung von Schulen und Kitas bei interkulturellen Aktivitäten
- Ausrichtung der Sucht- und Drogenprävention auf Ziele wie Verhinderung/Verzögerung des Einstiegs und Reduzierung des Konsums
- Förderung des Engagements durch verstärkte Werbung für das Ehrenamt
- Schaffung/Etablierung von Präventionsmaßnahmen gegen Brandstiftungen
- Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung in den Bereichen des Brandschutzes, der Ersten Hilfe und der Krisenvorsorge (damit Entlastung öffentlicher Strukturen)

- Prüfung zur Erstellung von Konzepten zur kostenlosen Information der Bevölkerung
- Stärkung von Quartiers- und Stadtteilmanagement und Netzwerkstrukturen in Schwerpunkt-räumen, u. a. zur Verhinderung des Entstehens von Angsträumen
- Weiterentwicklung des kommunalen Präventionsnetzwerkes, u. a. durch verstärkte Aktivitäten in Ortsteilen und der Vor-Ort-Netzwerke
- Durchführung und Etablierung zielgruppenorientierter Präventionsprojekte, wie z. B. technische Prävention in Kleingärten, Präventionskonzept gegen Wohnungseinbruch
- Verbesserung der Kooperation zwischen Stadt und Sicherheitspartnern

3.2 Wechselwirkungen und Querschnittsthemen

Fachkonzept Freiraum und Umwelt

Mit der ansteigenden Nutzungsintensität von Frei- und Grünräumen ist von einem erhöhten Verschleiß der Grünanlagen und einer verstärkten Unordnung in den Frei- und Grünräumen und ihrem unmittelbaren Umfeld auszugehen. Eine intensivere Nutzung durch die verschiedenen Nutzer- und Interessen-gruppen (Freizeitsportler, Hundehalter, Radfahrer, Inliner, Jugendliche, Senioren usw.) kann zudem vermehrt zu Konflikten untereinander führen. Diese Entwicklung wird einen größeren Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger im Quartier sowie den Gästen Leipzigs haben. Es ist deshalb notwendig, für die Unterhaltung der Grünanlagen mehr Kapazitäten einzusetzen und in der Konzeption von Grünanlagen Sauberkeits- und Ordnungsaspekten eine entsprechende Bedeutung beizumessen und frühzeitig abzustimmen.

Fachkonzepte Wohnen, Nachhaltige Mobilität, Energie und Klimaschutz

Bei der Neuanlage von Wohngebieten und dazugehörigen Straßenräumen muss der Einsatz von Feuerwehr, Rettungsdienst sowie Katastrophenschutz gewährleistet und bei schon bestehenden problematischen Situationen (angespannte Parkraumsituation) gemeinsam an Lösungsstrategien gearbeitet werden. Die öffentliche Stadt- und Infrastrukturplanung, wie (Lösch-)Wasserversorgung, Straßen, Baumstandorte, Beleuchtung, Freisitze usw., und die private Bauplanung müssen so abgestimmt werden, dass die Rahmenbedingungen für günstiges Bauen gewährleistet werden, z. B. durch Bereitstellung des 2. Rettungsweges über Leitern, wenn die örtlichen Gegebenheiten dies zulassen.

Fachkonzepte Kommunale Bildungslandschaft sowie Sport

Schulen, Bildungseinrichtungen und Sportvereine spielen als Vermittlungsorte eine zentrale Rolle bei der Suchtprävention, aber auch bei der Sensibilisierung für Fragen von Ordnung und Sicherheit im Alltag sowie für ehrenamtliche Aufgaben in diesem Bereich. Es ist wichtig, die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren fortzusetzen und im Bildungsbereich und Vereinen neue Partner zu gewinnen (weitere Sportvereine, Bildungsagentur u.a.).

Fachkonzepte Kultur sowie Sport

Die Etablierung zahlreicher kultureller, sportlicher und sonstiger Großveranstaltungen stellt immer höhere Anforderungen an die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, die nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich deutlich über den eigentlichen Veranstaltungsräumen hinausgehen. Das Ziel, die Internationalität Leipzigs über imageprägende Großveranstaltungen zu stärken, muss mit einer frühzeitigen Berücksichtigung von Sicherheits- und Ordnungsfragen bereits in der Konzeptions- und Bewerbungsphase solcher Veranstaltungen verbunden sein.

Für das Fachkonzept Ordnung und Kommunale Sicherheitsinfrastruktur ist das Querschnittsthema Baukultur und Öffentlicher Raum von besonderer Bedeutung, da es den eigentlichen Betrachtungsraum des Fachkonzeptes darstellt. Aber auch die Querschnittsthemen Integration und Vielfalt, Inklusion und Chancengerechtigkeit sowie Gesundheit sind hierbei von Bedeutung.

3.3 Räumliche Handlungsstrategie

Eine flächendeckende, ortsteilbezogene Betrachtung ist für die meisten Themenfelder des Fachkonzeptes aufgrund fehlender Datengrundlagen nicht möglich. Weiterhin können anhand der verfügbaren Daten, z. B. der Fallzahlen für Straftaten, in vielen Fällen keine unmittelbaren Rückschlüsse auf den jeweiligen Ortsteil gezogen werden. Eine darauf basierende Darstellung von Schwerpunkträumen birgt die Gefahr der Fehlinterpretation und Stigmatisierung von Ortsteilen. Deshalb werden im Fachkonzept

keine Schwerpunkträume dargestellt.

Die vorliegenden Prognosen der Bevölkerungsentwicklung lassen derzeit keine ortsbezogene Abschätzung der Einsatzentwicklung in den Bereichen Brandschutz und Rettungsdienst zu. Die Entwicklung wird beobachtet, um Standort- und Ressourcenfragen im Rahmen der zukünftigen Brandschutz- bzw. Rettungsdienstbedarfsplanung rechtzeitig lösen zu können.

3.4 Umsetzung

Die Belange des Fachkonzeptes berühren die gesamte Stadtgesellschaft und jede einzelne Person. Deshalb ist es wichtig, alle Teile der Stadtgesellschaft in die Lösung der anstehenden Herausforderungen einzubeziehen.

Es ist nötig, dass behördenübergreifend kriminalitätsfördernden und -begünstigenden Faktoren entgegen gewirkt und eine weitere Verbesserung der Kooperation zwischen Stadt und Sicherheitspartnern verfolgt wird. Dazu gehören der regelmäßige Austausch der Sicherheitspartner und die frühzeitige Auseinandersetzung im Rahmen von Prävention, Intervention und Repression.

Prävention und Förderung des ehrenamtlichen Engagements als zentrale Aufgaben erfordern u. a. eine verbesserte Vernetzung der relevanten Akteure, eine verlässliche Finanzierung von Präventionsmaßnahmen und stärkere Wertschätzung des Ehrenamtes.

Zur Gewährleistung von Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum und in den städtischen Grünanlagen gilt es, die städtischen Kapazitäten auszubauen und zugleich die Zusammenarbeit der Partner weiter zu verbessern. Hierzu gehört auch eine stärkere inhaltliche und vorausschauende Verknüpfung der relevanten Themenfelder. Es ist sicherzustellen, dass diese Themen frühzeitig in der Stadt- und Infrastrukturplanung Berücksichtigung finden.

Bei der Novellierung und Anpassung der kommunalen Satzungen und Rechtsverordnungen (Polizeiverordnung) werden die Belange des Fachkonzeptes im Rahmen der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten berücksichtigt.

3.5 Finanzielle Auswirkungen

Die Fragen von Ordnung und Sicherheitsinfrastruktur sind sehr eng mit dem Bevölkerungswachstum der Stadt verknüpft. Es ist davon auszugehen, dass die dadurch erhöhte Nutzungsintensität des öffentlichen Raumes und der Grünflächen mit erheblichem finanziellen Mehraufwand verbunden ist, selbst dann, wenn das Potenzial zusätzlicher Fördermaßnahmen und -projekte optimal genutzt wird.

Dies betrifft zum einen den Substanz- und Werterhalt der Infrastruktur, aber auch den personellen Aufwand für Reinigung und Pflege. Ebenso bedarf es erhöhter Aufwendungen und personeller Ressourcen, um auf steigende Interessenskonflikte im öffentlichen Raum zu reagieren und auf lange Sicht Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst in hoher Qualität aufrecht zu erhalten. Die zentrale Aufgabe aller Themenbereiche im Fachkonzept, die Präventionsarbeit und Bewusstseinsbildung, erfordert eine Finanzierung entsprechender Projekte.

Maßnahmenbündel/ Instrumente	Direkte Kosten/Jahr (GERING/MITTEL/HOCH)	Einnahmen/ Folgekosten/ Folgewirkungen
Kommunale Präventionsarbeit	GERING Kosten für Förderung von Präventionsprojekten und Öffentlichkeitsarbeit	keine
Verhinderung und Verringerung von Eigentumskriminalität (Präventionsmaßnahmen)	Im Maßnahmenbündel Kommunale Präventionsarbeit enthalten	keine
Drogenkriminalität: Verhinderung/Verzögerung des Ein-	Im Maßnahmenbündel Kommunale Präventionsarbeit	keine

steigende, Reduzierung und Vermeidung des Konsums im öffentlichen Raum (Präventionsmaßnahmen)	enthalten	
Erhöhung der Präsenz des Stadtordnungsdienstes in Schwerpunktbereichen	MITTEL Erhöhung des Personalbestandes	GERINGE Einnahmen durch Erhöhung der Verwarn- und Bußgelder Mit der Erhöhung der Präsenz des Außendienstes können auch mehr Verstöße gegen geltende Ordnungsvorschriften festgestellt und geahndet werden.
Gestaltung öffentlicher Räume und Grünflächen	MITTEL Neugestaltung, Substanz- und Bestandssicherung von Grünflächen, Baustandorten und Spielplätzen	Bei zunehmender Verringerung bzw. Wegfall zusätzlicher Reinigungskapazitäten des geförderten Arbeitsmarktes sind diese Maßnahmen durch eigene oder Fremdleistungen zu kompensieren.
Graffitientfernung	MITTEL	keine
Illegaler Abfallablagerungen	MITTEL Entfernung und Entsorgung (durch Hauptamtliche, Geförderte und Dritte)	MITTLERE Folgekosten Bei zunehmender Verringerung bzw. Wegfall zusätzlicher Reinigungskapazitäten des geförderten Arbeitsmarktes sind diese Maßnahmen durch eigene oder Fremdleistungen zu kompensieren.
Papierkornnetz	MITTEL Ausbau und Optimierung des Papierkornnetzes und ggf. Erhöhung des Personalbestandes und damit der Personalausgaben	MITTLERE Folgekosten für erweitertes Papierkornnetz
Erhalt der Leistungsfähigkeit der Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung	MITTEL für Technik und Gebäude insgesamt	MITTLERE Folgekosten für Personalaufstockung insgesamt
• Rettungsdienst	MITTEL: Einsatzfahrzeuge, Rettungswachen	MITTLERE Folgekosten für Personalaufstockung. Steigenden Einsatzzahlen des Rettungsdienstes stehen steigende Erträge von den Krankenkassen gegenüber
• Leitstelle	MITTEL: Erweiterung Leitstelle	MITTLERE Folgekosten für Personalaufstockung
• Abwehrender Brandschutz	MITTEL: Einsatzfahrzeuge und Standorte der Berufs- und freiwilligen Feuerwehr	MITTLERE Folgekosten für Personalaufstockung
• Vorbeugender Brandschutz	GERING: Standorterweiterung	GERINGE Folgekosten für Personalaufstockung

Anlage: Zuordnung Fachkonzept-Ziele zum Strategischen Zielbild

Ziel Nr.	Ziel Fachkonzept	Seite	Übergeordneter Handlungsschwerpunkt (übergeordnetes Strategisches Ziel)
1	Die Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum wird verbessert und das Sicherheitsempfinden gestärkt	9	Sichere Stadt
2	Die Aufenthaltsqualität und Sauberkeit im öffentlichen Raum und der Grünflächen wird verbessert	10	Sichere Stadt; Qualität im öffentlichen Raum und in der Baukultur
3	Die Leistungsfähigkeit der Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung wird erhalten	11	Sichere Stadt
4	Das Verantwortungsbewusstsein und Engagement für das persönliche Umfeld wird gestärkt	11	Sichere Stadt; Bürgerstadt

3. QUERSCHNITTSTHEMEN

Die Bilanz zum INSEK formulierte als eine Schlussfolgerung für das fortzuschreibende INSEK, sich stärker mit den fachübergreifenden Herausforderungen auseinanderzusetzen. Dies sollte vor allem vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt und den damit verbundenen Entwicklungen geschehen, aber auch mit Blick auf gesellschaftliche und globale Trends, wie z. B. den demografischen Wandel bzw. die Digitalisierung. Die in der Bilanz benannten Herausforderungen wurden deshalb im INSEK aufgegriffen und zum Teil als Querschnittsthemen verankert.

Unter Querschnittsthemen werden im INSEK solche Stadtentwicklungsthemen verstanden, die für viele Fachbereiche schon von Bedeutung sind oder noch bedeutsam werden. Ihre Berücksichtigung stellt deshalb eine wesentliche inhaltliche Grundlage bei der Erarbeitung der Fachkonzepte und der Gesamtstrategie dar. Querschnittsthemen sind i. d. R. in der Federführung und Umsetzung nicht einem bestimmten Fachbereich zuzuordnen.

Folgende Themenbereiche sind als Querschnittsthemen im INSEK enthalten:

- Inklusion und Chancengerechtigkeit
- Integration und Vielfalt
- Gesundheit
- Digitale Stadt
- Baukultur und Öffentlicher Raum
- Brachflächenrevitalisierung

Fachübergreifende Themen, die mehr der Umsetzung dienen, wie z.B. Flächenmanagement, werden in der Umsetzungsstrategie berücksichtigt. Gleiches gilt für eher akteursorientierte Themen, wie z.B. die regionale Zusammenarbeit oder Bürgerbeteiligung.

Um die Relevanz der Querschnittsthemen zu ermitteln, wurden sie in allen Fachkonzepten geprüft und fachübergreifend in INSEK-Workshops diskutiert. Im Ergebnis kamen u. a. die Querschnittsthemen Baukultur und öffentlicher Raum sowie Brachflächenrevitalisierung hinzu. Für Letzteres ist eine Verankerung im INSEK verpflichtend für die EU-Strukturfondsperiode 2014-2020.

Das Thema Wachstum der Stadt, das für alle Fachkonzepte und die Stadtentwicklungsstrategie von großer Relevanz ist, wird auf Grund seiner Bedeutung nicht als Querschnittsthema unter C 3 beschrieben, sondern zieht sich – ausgehend von dem Leitsatz „Leipzig wächst nachhaltig – als „roter Faden“ durch das gesamte INSEK.

Die Querschnittsthemen sind an verschiedenen Stellen ins INSEK eingeflossen:

- Mit der Befassung in den Fachkonzepten wurden die jeweils relevanten Querschnittsthemen in der Handlungsstrategie der einzelnen Fachkonzepte berücksichtigt.
- Darauf aufbauend wurden die Querschnittsthemen in den gesamtstädtischen strategischen Zielen des INSEK implementiert.
- In einer zusammenfassenden Darstellung der Querschnittsthemen werden die wichtigsten Ergebnisse aus den Fachkonzepten beschrieben: zentrale Themen und Herausforderungen sowie Handlungsprioritäten

3.1 Inklusion und Chancengerechtigkeit

Die Idee der Inklusion in einer Gesellschaft beschreibt die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe eines jeden Menschen – unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religionszugehörigkeit, Bildung, Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen. Nicht der oder die Einzelne passt sich den Bedingungen eines Systems an, sondern das System muss umgekehrt die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigen und ggf. anpasst werden. Die kommunale Aufgabe besteht darin, stadtweite Chancengerechtigkeit zu gewährleisten und geeignete Strukturen bereitzustellen, so dass jeder Mensch einen barrierefreien und chancengleichen Zugang zu ihnen findet. Ein wichtiger Schritt dahin ist der 2015 begonnene Prozess der Teilhabeplanung in der Stadt Leipzig, der handlungsorientierte Maßnahmen in allen Themenfeldern beinhalten wird.

Inklusion und Chancengerechtigkeit haben in folgenden Fachkonzepten eine besondere Bedeutung:

- Kommunale Bildungslandschaft
- Kultur
- Soziale Teilhabe
- Sport
- Freiraum und Umwelt
- Nachhaltige Mobilität
- Wohnen
- Wirtschaft und Arbeit

Zentrale Themen und Herausforderungen

- Inklusion gewinnt als Ziel und kommunale Aufgabe in vielen Fachbereichen zunehmend an Bedeutung. Die Herausforderungen bestehen derzeit in der Prüfung aller relevanten Inklusionsanforderungen, um Ungleichheiten in allen Lebensbereichen und der Arbeitswelt durch Abbau von Barrieren und Verbesserung von Erreichbarkeiten zu minimieren. Dies umfasst sowohl eine räumliche Barrierefreiheit als auch eine barrierefreie Gestaltung von Formaten (Angebote, Veranstaltungen, etc.), Materialien (Formulare, Medien, etc.) sowie eine kommunizierte Kultur der Offenheit und des Willkommenseins
- Inklusion bedeutet auch die Förderung eines selbstbestimmten Lebens von Anfang an. Dieser ganzheitliche Ansatz kann zudem mögliche Folgekosten reduzieren.
- Mit dem Zuwachs der Bevölkerung geht ein steigender und differenzierter Bedarf nach städtischen Angeboten einher. Die Sensibilisierung sowohl der Mitarbeiter/-innen als auch der Bevölkerung für das Thema Inklusion und die Ermöglichung der gleichberechtigten Teilhabe, unabhängig von ethnischen, religiösen, behinderungsbedingten und kulturellen Hintergründen, sind zentrale Themen.
- Wichtige Grundlage bildet das Konzept „Design für alle“. Es ermöglicht die benutzerfreundliche Gestaltung von Angeboten und Einrichtungen für alle Menschen ohne besondere Hilfeleistungen.
- Der Zugang zu Arbeit und Beschäftigung bildet eine wesentliche Herausforderung. Grundlegend für die Schaffung von Gleichberechtigung ist es, den Lebensunterhalt selbstständig verdienen und für sich selbst sorgen zu können.
- Eine Stärkung des Umweltverbundes und insbesondere eine Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV bieten die Chance, mobilitätseingeschränkten Personen Mobilität zu erleichtern und damit deren Teilhabe am sozialen Leben zu verbessern. Menschen, die dauerhaft oder temporär in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, sollen im öffentlichen Raum Bedingungen vorfinden, die funktional, gut gestaltet und ihren Möglichkeiten angepasst sind. Dabei sind altersgruppenspezifische Anforderungen verstärkt zu berücksichtigen.
- Auch unter Wachstumsbedingungen muss es ein Wohnungsangebot in Leipzig geben, in dem alle Menschen ihren Wünschen, Bedürfnissen und Anforderungen sowie materiellen Möglichkeiten entsprechend angemessenen Wohnraum finden können. Dies drückt sich in einem steigenden Bedarf an barrierearmen/barrierefreiem Wohnraum aus. Gleichzeitig wird es angesichts der steigenden Nachfrage mehr Menschen geben, die sich selbst nicht mit Wohnraum versorgen können und daher

Unterstützung durch eine soziale Wohnraumversorgung bedürfen.

- Der gesellschaftliche Zusammenhalt und der soziale Frieden werden durch die Inklusion gestärkt. Eine besondere Bedeutung kommt den Angeboten für Sport und zur Gesundheitsförderung sowie dem öffentlichen Raum als Begegnungsorten zu.

Handlungsprioritäten

Prävention und Nachteilsausgleich stärker in den Blick nehmen

Ziel ist, soziale Chancengerechtigkeit und Teilhabe durch Prävention und den Ausgleich von Nachteilen zu fördern. Dazu soll das Thema der Prävention in allen Fachplanungen im Sozialbereich einen höheren Stellenwert erhalten und z.B. die frühkindliche Prävention in Kitas, Familienberatungsstellen und bei den Hilfen zu Erziehung weiterentwickelt und stärker vernetzt werden. Leistungsvereinbarungen mit Trägern und die Förderung von Trägern werden dahingehend angepasst, dass präventive Angebote ein stärkeres Gewicht erhalten. Die spezifischen Bedarfe von benachteiligten Stadträumen stehen dabei im Fokus. Der Zugang zu Leistungen und Angeboten wird niedrigschwellig gestaltet, um allen Leipziger/-innen eine Inanspruchnahme zu ermöglichen.

Inklusive Bildungslandschaft ausbauen

Für die schulische Infrastruktur sind in verschiedenen Stadtteilen einzelne Förderschwerpunkte an Schulen zu installieren, so dass ein ausgewogenes Netz für eine inklusive Teilhabe im gesamten Stadtgebiet besteht. Nach der Novellierung des Sächsischen Schulgesetzes wird die Stadt Leipzig die Entwicklung von allgemeinen Schulen als Schwerpunktschulen für einen lernziendifferenzierten Unterricht in Förderschwerpunkten prüfen.

Arbeit und Beschäftigung für alle unterstützen

Durch die Stadt Leipzig sind Unterstützungs- und Beratungsangebote sowohl für Arbeitnehmer/-innen als auch für Arbeitgeber/-innen zu stärken, um über Chancen, Möglichkeiten und Rahmenbedingungen bei Beschäftigung von Menschen mit sozialen Benachteiligungen zu vermitteln und somit den Zugang zum 1. Arbeitsmarkt und die Ausbildungsmöglichkeiten für alle zu verbessern.

Wohnen für alle

Im Rahmen einer Versorgung aller Menschen in Leipzig mit adäquatem Wohnraum bedürfen einzelne Nachfragegruppen, wie z.B. einkommensschwache Haushalte, Familien, Senioren/-innen und Menschen mit Behinderungen, besonderer Unterstützung. Mit verschiedenen Instrumenten wird daher der Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in allen Stadtgebieten unterstützt. Hierbei werden auch besondere Wohnformen, wie generationenübergreifende Ansätze, betreutes und kooperatives Wohnen sowie Wohngruppen, gefördert.

Barrierefreie Sport-, Freizeit- und Kulturangebote schaffen

Hohe Priorität haben barrierefreie oder -arme Bauweisen und Ausstattungen von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur. Des Weiteren gehört die Förderung von Inklusion und Teilhabe durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen dazu, wie beispielsweise die Förderung von gut ausgebildetem Personal.

Barrierefreie Mobilität fördern

Nachhaltige Mobilität für alle steht im engen Zusammenhang mit barrierefreier Mobilität. Wichtiger Handlungsschwerpunkt ist die Förderung eines barrierefreien ÖPNV, z. B. durch beschleunigten Ausbau barrierefreier Haltestellen und der Erhöhung der Verkehrssicherheit. Ein weiteres Potenzial besteht darin, das Bewusstsein für ein rücksichtsvolles Mobilitätsverhalten zu stärken (Kommunikation). Neben der Schaffung attraktiver Radverkehrsbedingungen sind auch die Bedürfnisse von Fußgängern (ältere Personen oder Personen mit einer Behinderung) hinreichend zu beachten, z. B. keine kombinierte Wegenutzung Fuß- und Radverkehr.

Barrierefreie Kommunikation ermöglichen

Mit der Erarbeitung spezieller Kommunikationstechniken können Websites und weitere Kommunikationsmittel barrierefrei gestaltet werden. Hier sollten neue Standards gesetzt werden, um den Zugang zu Informationen und Angeboten der Stadt und städtischer Einrichtungen über leichte Sprache, besser lesbare Texte, Zuhören, Gebärdensprache usw. zu öffnen.

Frühzeitige Beteiligung unterstützen

Intensive Beteiligungsprozesse sichern die frühzeitige Integration von Anforderungen an die Gestaltung des öffentlichen Raums, an Bauweisen und Gebäuden sowie an Mobilitätsangebote. Im Bereich Inklusion tätige Mitarbeiter/-innen mit entsprechenden Fachkompetenzen sollten bei der Planung als Experten einbezogen werden, um die Angebote und Einrichtungen nutzerorientiert zu entwickeln und so die Akzeptanz der Lösungen durch die Nutzerinnen und Nutzer zu erhöhen.

Geschlechtergerechtigkeit ressortübergreifend fördern

Eine wirkliche Gleichstellung von Frau und Mann ist nur dann zu erreichen, wenn die Analysen für die Stadtentwicklung Aussagen über die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern und über geschlechtsspezifische Ungleichheiten enthalten und sich das kommunale Handeln durch eine Gleichstellungsorientierung kennzeichnet. Die spezifischen Bedarfslagen von Frauen und Männern z.B. im Hinblick auf Beschäftigung, Wohnen, Sicherheit, Zugang zu Dienstleistungen, Kultur, Bildung, familiäre Aufgaben werden in den einzelnen Fachplanungen auf Grundlage relevanter lokaler und sonstiger Daten angemessen berücksichtigt. Frühzeitig sind in Fachplanungen Expertinnen und Experten mit Genderkompetenz einzubeziehen.

3.2 Integration und Vielfalt

Die Gestaltung eines einvernehmlichen Zusammenlebens in einer ethnisch, kulturell und religiös immer vielfältiger werdenden Stadtgesellschaft ist eine der größten Zukunftsaufgaben unter den Rahmenbedingungen kontinuierlicher Zuwanderung. Die Integration der Zugewanderten wird dann erfolgreich sein, wenn sie zur gleichberechtigten Teilhabe aller am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben führt. Gelingende Integration ist ein langwieriger, vielschichtiger und wechselseitiger Prozess – nach dem Grundsatz des Forderns und Förderns. Es ist dabei von besonderer Bedeutung, Integration und Vielfalt in der gesamten Stadtgesellschaft für ein gleichberechtigtes Zusammenleben anzustreben und Maßnahmen für den sozialen Zusammenhalt gegenüber Polarisierungstendenzen zu entwickeln. Sie ist zugleich aber auch eine vielfältige kulturelle und soziale Ressource sowie Grundlage der ökonomischen Leistungsfähigkeit und Attraktivität der Stadt. 2011 wurden die Leitlinien zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig beschlossen, auf dessen Grundlage das Gesamtkonzept zur Integration erarbeitet und Ende 2012 beschlossen wurde. Das Integrationskonzept wird derzeit fortgeschrieben.

Integration und Vielfalt haben in folgenden Fachkonzepten eine besondere Bedeutung:

- Kommunale Bildungslandschaft
- Soziale Teilhabe
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen
- Kultur
- Sport
- Wirtschaft und Arbeit
- Ordnung und Kommunale Sicherheitsinfrastruktur

Zentrale Themen und Herausforderungen

- Erziehung und Bildung sind existenziell und können insbesondere für die Migrant/-innen und Geflüchtete eine Schlüsselrolle einnehmen. Dies betrifft unterschiedliche Bereiche, wie frühkindliche Bildung, Bildungszugänge, Spracherwerb und Studium.
- Speziell für die Gruppe der Migrant/-innen können Kunst, Kultur und Sport einen wichtigen Beitrag zur Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben leisten. Mit dem Zugewinn verschiedener Ethnien kann die kulturelle Vielfalt der Stadtgesellschaft wachsen.
- Mit der Förderung einer offenen, vielfältigen Stadtgesellschaft verknüpfen sich ausgezeichnete Chancen für Leipzigs Wettbewerbsfähigkeit. Sie unterstützt attraktive Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Gewinnung ausländischer Fachkräfte.
- Integration umfasst auch die unbedingte Förderung des Zugehörigkeitsgefühls von Zuwanderern in der Gesellschaft durch Toleranz, Akzeptanz und Wertschätzung. Diskriminierung und Fremden-

feindlichkeit müssen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft präventiv verhindert und konsequent bekämpft werden. Es gilt, das Bewusstsein dafür zu schärfen und die politische und demokratische Bildung dafür zu stärken.

- Integration schließt auch den Zugang zu den Angeboten der Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung ein. Insbesondere einzelne Migrantengruppen ohne rechtlichen Status oder ohne regulären Aufenthalt leben oftmals ohne medizinische Versorgung.
- Mit der politischen Teilhabe als wesentlichem Baustein der Integration ist die Förderung von Identifikation mit und Integration in die Gesellschaft verbunden.

Handlungsprioritäten

Ressortübergreifend handeln und stärker steuern

Mit dem Ziel, ein selbstbestimmtes Leben für Migrant/-innen zu ermöglichen, ist die Förderung von Integration und Vielfalt in Leipzig schon seit vielen Jahren ein wichtiges Handlungsfeld. Durch die aktuelle Dimension der Zuwanderung sind die Integrationsleistungen verstärkt als ressortübergreifende Aufgabe wahrzunehmen. Dies bedeutet aber gleichzeitig, dass es einer stärkeren Steuerung und Koordinierung des ressortübergreifenden Prozesses bedarf.

Integrative Arbeit sichern

Die Stadt Leipzig muss gute Rahmenbedingungen für integrative Projekte schaffen. Hierbei ist der dauerhafte Einsatz von ausreichenden Sprach- und Integrationsangeboten und die Zurverfügungstellung von Sprachmittlern in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu sichern. Weitere Maßnahmen bestehen in der kostengünstigen Bereitstellung von speziell darauf ausgerichteten Angeboten und in der umfassenden Sensibilisierung des pädagogischen Personals im Umgang mit sprachlich und kulturell heterogenen Lerngruppen. Auf kommunaler Ebene können durch Koordinierung, Vernetzung und Vermittlung der unterschiedlichen Integrations- und Sprachkurse der Zugang und die Nutzbarkeit der Angebote für die Migrant/-innen verbessert werden.

Willkommenskultur verbessern

Zur Verbesserung der Willkommenskultur in der Stadtverwaltung und den weiteren städtischen Institutionen ist die Unterstützung für Ausbildung, Studium und Berufseinstieg Zugewanderter auszubauen. Zur Erhöhung der Zufriedenheit ausländischer Studierender und Fachkräfte ist der Dialog mit ihnen so zu gestalten, dass umfassende, mehrsprachige Informationen zu rechtlichen Rahmenbedingungen und zu Qualifizierungsangeboten leicht zugänglich und verständlich sind, bürokratische Hürden abgebaut werden und kompetente Ansprechpartner in der Stadtverwaltung zur Seite stehen. Weiterhin ist zur Gewinnung neuer Ausbildungs- und Fachkräfte die Kooperation der relevanten Arbeitsmarktakteure, der Stadtverwaltung und den Migrantenvierteln zu intensivieren. Zur Verbesserung der Kommunikation gehört die bedarfsgerechte langfristige finanzielle Absicherung des städtischen Sprach- und Integrationsmittlerdienstes. Die weitere interkulturelle Öffnung der Angebote und Dienstleistungen der Stadtverwaltung ist ebenfalls Bestandteil der angestrebten Willkommenskultur.

Sport- und Kulturangebote sowie soziale Angebote weiterentwickeln

Großes Integrationspotenzial liegt im Kultur- und Sportbereich, weil hierbei Menschen unterschiedlicher Herkunft durch gemeinsames Erleben zusammengebracht und Vorurteile abgebaut werden. Insbesondere auf der Ebene der Stadtteile ist der niedrigschwellige Zugang zu bedarfsgerechten Kunst-, Kultur- und Sportangeboten zu sichern und auszubauen.

Ziel ist, Angebote zur Integration von Anfang an, unabhängig von der Bleibeperspektive des Einzelnen und in allen Bereichen des Lebens anzubieten. Spezifische Angebote für Migrantinnen und Migranten sollen dabei auf die Anfangsphase beschränkt werden, vielmehr sollen soziale Regelsysteme und Angebote für Migrantinnen und Migranten zugänglicher gestaltet werden (interkulturelle Kompetenz von Mitarbeiter/-innen, mehrsprachige Informationen, Bedarf an kultursensiblen und interkulturellen Angeboten).

Sozialräumliche Integration fördern

In einigen Fällen weisen die Schwerpunktgebiete der integrierten Stadtteilentwicklung einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Migrant/-innen auf. Diese Gebiete bedürfen besonderer Unterstützung, um

Vielfalt und sozialen Zusammenhalt nachhaltig zu sichern. Von Bedeutung sind in Anbetracht der schnell gewachsenen Bedarfe die Sicherung der notwendigen räumlichen, finanziellen und personellen Ressourcen sowie der erforderlichen Strukturen für Koordinationsausgaben in den Stadtteilen. Zur Umsetzung einer stadträumlichen Integrationspolitik sind fachübergreifende, integrierte Handlungskonzepte sowie sozialraumbezogenes Denken und Handeln in den Ämtern erforderlich. *Interkulturellen Dialog fördern und Diskriminierung bekämpfen*

Zum friedlichen Miteinander ist eine interkulturelle Verständigung notwendig, die in den Nachbarschaften, im Freizeit-, Sport- und Kulturbereich stattfindet. Die Stadt kann die Vereine, Initiativen und Verbände bei ihren interkulturellen und interreligiösen Aktivitäten unterstützen. In Leipzig bestehen bereits vielfältige Ansätze, die sich mit der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung auseinandersetzen, wie z.B. die Ausgestaltung des 10-Punkte-Aktionsplans im Rahmen der ECCAR-Mitgliedschaft Leipzigs. Es gilt, diese Ansätze zu verstetigen und auszubauen sowie die verantwortlichen Träger gezielt zu beraten und zu begleiten.

Politische Teilhabe ermöglichen

Die Stadt Leipzig kann z. B. durch Einbürgerungskampagnen die Zahl der Wahlberechtigten oder durch gezielte Maßnahmen die Beteiligung der wahlberechtigten Migrant/-innen erhöhen und somit den Zugang zur politischen Teilhabe verbessern. Ein wichtiges Gremium stellt der Migrantenbeirat dar, den es zu stärken gilt. Zudem ist die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements von Migrant/-innen sowie ihrer Organisationen erforderlich.

3.3 Gesundheit

Die Schaffung und Sicherung gesunder Lebensverhältnisse in der Stadt ist ein zentrales kommunales Handlungsfeld und gleichzeitig Voraussetzung für körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger. Gesundheitsförderung ist dementsprechend Teil vieler Politikbereiche, öffentlicher Planungen und Entscheidungen. Sie kombiniert die Gestaltung gesunder Lebensverhältnisse, wie Wohn-, Arbeits- und Freizeitbedingungen mit Angeboten zur Entwicklung individueller Gesundheitskompetenzen.

Die Förderung einer gesunden Entwicklung und Sicherung einer gesundheitlichen Chancengerechtigkeit wird als gesamtstädtische Aufgabe betrachtet und gilt insbesondere in Stadtteilen mit schwierigeren demografischen und sozioökonomischen Entwicklungen als wichtige Herausforderung. So sind die Gesundheitsbelange und die Gesundheitsförderung feste Bestandteile der Leipziger integrierten Stadtteilentwicklung. Im Rahmen der Mitgliedschaft im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland werden in Leipzig tragfähige Strukturen der Gesundheitsförderung sowie zur gesundheitsbezogenen Selbsthilfe weiterentwickelt und konkretisiert.

Das Querschnittsthema Gesundheit hat in folgenden Fachkonzepten eine besondere Bedeutung:

- Kommunale Bildungslandschaft
- Energie und Klimaschutz
- Freiraum und Umwelt
- Nachhaltige Mobilität
- Ordnung und kommunale Sicherheitsinfrastruktur
- Soziale Teilhabe
- Sport

Zentrale Themen und Herausforderungen

- Gesundheit spielt eine besondere Rolle in der Freiraum- und Umweltentwicklung, weil Umweltfaktoren (Umweltbelastungen) und Freiraumverfügbarkeit (z. B. Bewegungs-, Erholungsraumangebot) einen hohen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge und zum Wohlbefinden leisten. Umweltbedingungen stellen wesentliche Einflussgrößen für die menschliche Gesundheit dar. Schnell erreichbare, qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichend verfügbare Freiräume bilden das niedrigschwellige Angebot, um die Gesundheit von Menschen positiv zu befördern.
- Im öffentlichen Straßen- und Verkehrsraum stellen die Gesundheitsbelastung durch Luftschadstoffe

und Lärm sowie die Verkehrssicherheit und deren Auswirkungen auf die Gesundheit zentrale Herausforderungen dar.

- Da Bewegung und Sport anerkannte Mittel zur Gesundheitsförderung und Prävention sind, muss eine niedrigschwellige und wohnortnahe Zugang zu ausreichenden zielgruppengerechten Sport- und Bewegungsangeboten gewährleitet sein. Dies betrifft u. a. infrastrukturelle Voraussetzungen für Sportstätten und -anlagen, Spielräume und Bolzplätzen, Vereins- und Schulsport sowie Angebote im öffentlichen Raum.
- Ein weiterer Bestandteil der Gesundheitsförderung ist eine ausgewogene und vielseitige Ernährung. Dies betrifft insbesondere die Versorgung und Verpflegung mit gesunden Lebensmitteln z. B. in Kitas, Schulen, sozialen Einrichtungen sowie den Zugang zu regionalen, gesunden Produkten im Quartier (Wochenmarkt).
- Über soziale und kulturelle Einrichtungen sowie Bildungseinrichtungen können niedrigschwellige und passgenaue Beratungsmöglichkeiten zur Gesundheitsförderung angeboten werden. In der Erwachsenenbildung liegt ein großes Potenzial in zielgruppenorientierten präventiven Angeboten, wie Kurse zur gesunden Ernährung oder Entspannung, die einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheitsförderung leisten.

Handlungsprioritäten

Freiräume sichern und vernetzen

Für die Gesundheitsförderung sind die Freiräume in ihren sozialen und gesundheitsrelevanten Funktionen zu sichern und zu entwickeln. Daraus ergeben sich Schwerpunkte im unmittelbaren Wohnumfeld (Höfe, Straßen), bei der Freiraumvernetzung und in der Barrierefreiheit. Die Schwerpunkträume liegen in den dicht bebauten Quartieren, in denen der Freiraumanteil unterdurchschnittlich ist bzw. die Erreichbarkeit sich schwierig gestaltet (weniger Freiraum, mehr Umweltbelastungen). Kleingartenanlagen bieten als Versorgungs- und Erholungsfläche einen großen sozialen Mehrwert.

Luftqualitäten verbessern, Lärmemissionen vermindern

Als ein Handlungsschwerpunkt stehen die städtischen Bereiche im Fokus, in denen Bewohner durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, gesundheitliche Nachteile durch Luftschaadstoffe und Lärm zu erleiden. Häufig kommt bei sozial benachteiligten Menschen aufgrund des Wohnstandortes ein durch Kfz-Verkehr bedingtes höheres gesundheitliches Risiko hinzu (Mehrfachbelastungen).

Nachhaltige Mobilität ist so zu gestalten, dass sowohl Gesundheitsgefahren im Verkehr, als auch durch Lärm- und Schadstoffemissionen des Verkehrs verursachte Belastungen für die Gesundheit minimiert werden (Einhaltung Grenzwerte/Unterschreitung Auslösewerte). Die Stärkung von nichtmotorisierten Verkehrsarten im Modal Split hat daher den doppelten Nutzen einer gesünderen, bewegungsorientierten Lebensweise und einer Minderung der verkehrsbedingten Emissionen sowie die Vermeidung weiterer Inanspruchnahme von Freiräumen. Die Förderung des Gesundheitsbewusstseins bei der Verkehrsmittelwahl zugunsten des Rad- und Fußverkehrs sowie eine Verbesserung der Verkehrssicherheit tragen somit zu einer nachhaltigen Mobilität bei.

Sport- und Bewegungsangebote weiterentwickeln

Der wohnungsnahen Zugang zu Bewegungs- und Breitensportangeboten hat eine große Bedeutung für das Thema Gesundheit. Neben dem Ausbau der erforderlichen Sporteinrichtungen gehört auch die bewegungsfreundliche und -anregende Gestaltung des öffentlichen Raumes (Walkability). Zudem sind die Sportvereine durch die Stadt Leipzig dabei zu unterstützen, mit gut qualifizierten Übungsleiter/-innen in ausreichender Anzahl niedrigschwellige, anforderungsgerechte Angebote zu entwickeln sowie deren Öffentlichkeitsarbeit zur Zielgruppenansprache zu verbessern.

Gesundheitsförderung und Prävention stärken

Über einen lebensweltorientierten, partizipativen Handlungsansatz sind auf Quartiersebene, z. B. direkt in Schulen, Kitas, Familienzentren, Vereinen sowie Behinderten- und Senioreneinrichtungen, niedrigschwellige, bedarfsoorientierte und inklusive Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention bereitzustellen, zu Themen wie Ernährung, Bewegung, Sucht, Training sozio-emotionaler Kompetenzen

und seelisches Wohlbefinden. Räumliche Schwerpunkte bilden - im Sinne der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit - benachteiligte Quartiere.

Es sollte geprüft werden, ob die Sportförderrichtlinie der Stadt Leipzig dahingehend angepasst werden kann, dass niedrigschwellige Angebote der Bewegungsförderung für Kinder- und Jugendliche stärker berücksichtigt werden.

3.4 Digitale Stadt

Mit der Entwicklung und Einführung digitaler Informations- und Kommunikationsnetze werden die unterschiedlichen städtischen Systeme mit gänzlich neuen Qualitäten miteinander vernetzt. Die globalen Trends berühren alle Lebensbereiche sowie alle Verwaltungsteile, wie z. B. Mobilität, technische Infrastruktur, Gewerbe, verwaltungsinterne und -externe Kommunikation, Bildung, Schulen und Bibliotheken. So eröffnen sich viele neue Möglichkeiten einer nachhaltigen, kooperativen Stadtentwicklung: sie können sowohl zu einer Steigerung der Resilienz und der Ressourceneffizienz - mit positiven Wirkungen für den Klimaschutz – genutzt werden als auch zu einer Steigerung der Lebensqualität in der Stadt, der Qualität der städtischen Dienstleistungen und der Teilhabe und Kommunikation. Bezogen auf das Handlungsfeld Digitalisierung ist es das Ziel, gesamtstädtische Strategien (z. B. E-Governance, Umgang mit öffentlichen Daten, Bürgerbeteiligung) zu entwickeln, die zur Gestaltung einer effizienten, sozial inklusiven und technologisch innovativen Stadt beitragen.

Für Städte wie Leipzig ist es von großer Bedeutung, frühzeitig die räumlichen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Chancen sowie Risiken der Digitalisierung zu erkennen. Hierfür nimmt Leipzig beispielsweise am EU-Projekt Triangulum teil, bei dem Ansätze der Smart City u. a. im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) untersucht werden.

Die Auswirkungen der Digitalisierung haben in folgenden Fachkonzepten eine besondere Bedeutung:

- Wirtschaft und Arbeit
- Energie und Klimaschutz
- Nachhaltige Mobilität
- Kommunale Bildungslandschaft
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen
- Kultur

Zentrale Themen und Herausforderungen

- Die Digitalisierung betrifft alle Bereiche der wirtschaftlichen Entwicklung. Mit ihr verbindet sich ein hohes Entwicklungspotenzial zur Unterstützung von Innovationen, neuen Produkten und Dienstleistungen. Sie ermöglicht auch eine effizientere und flexiblere Nutzung der vorhandenen Ressourcen, womit weitere Auswirkungen auf Beschäftigung und Arbeitsplätze verbunden sind.
- Konsequenter Klimaschutz wird von den drei Säulen Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien getragen. Klimagerechte Quartiere sind ein zentraler Baustein auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt, denn dort werden diese Säulen vor Ort umgesetzt und mittels neuer Technologien miteinander vernetzt. In Zukunft wird es möglich sein, dass ein quartierweites Energienetz alle Anwohner dank „smarter“ Steuerung, flexibler Energiespeicher und kleinteiliger Kraftwerke (BHKW) autark mit Strom und Wärme versorgt.
- Die Stärkung der nachhaltigen Mobilität ist unmittelbar mit der Förderung einer intelligenten Mobilität (smart mobility) verknüpft. Es sollen die Chancen der Digitalisierung genutzt werden, um einerseits auf der Netzebene Effizienzsteigerungen durch ein intelligentes Mobilitätsmanagement zu erreichen. Andererseits können sie auf der Nutzerseite zur Verknüpfung verschiedener Mobilitätsformen, zur Stärkung des Umweltverbundes und zur Steigerung der Angebotsqualität insgesamt beitragen, in dem digitale Verkehrsinformationssysteme, Mobilitätsberatung und neue Mobilitätsdienstleistungen eingesetzt werden. Die Veränderungen im Wirtschaftsverkehr stellen neue Anforderungen an die Citylogistik. Die Anforderungen des autonomen Fahrens an die technische Infrastruktur sind konzeptionell einzubinden.
- In der kommunalen Bildungslandschaft spielen vor allem der Ausbau und die Anpassung der (tech-

nischen) Infrastruktur und die Bedeutung von neuen Medien in der Lehre (von der frühkindlichen Bildung bis zur Seniorenbildung) eine immer stärkere Rolle. Lernformate, wie E-Learning oder „blended learning“, bieten vielfältige neue Möglichkeiten zur Teilhabe an verschiedenen Bildungsangeboten und können Menschen Zugang zu Bildung bieten, die sonst vom Bildungssystem nur schwer erreicht werden.

- Neue Forschungsfragen und Entwicklungsbedarfe ergeben sich aus der Digitalisierung bei der Datenhaltung und bei neuen Sicherheitsanforderungen. Hier besteht ein steigender Bedarf der Stadt Leipzig zur Kooperation mit Forschungseinrichtungen zur Entwicklung von städtischen Lösungen, zur Qualifizierung und zum Kompetenzaufbau. Gleichzeitig liegt hierin ein großes Potenzial für die lokale Wirtschaftsförderung zur Stärkung von forschungs- und innovationsaffinen Wirtschafts-Clustern.
- Die Digitalisierung der Stadt entfaltet eine räumliche Wirkung: sie zeigt sich über die Veränderung der Nutzung des öffentlichen Raums aufgrund geänderter Arbeits- und Freizeitmodelle, über veränderte Wohnformen bis zu dem sich durch die verstärkten Online-Angebote wandelnden Einzelhandel in den Stadtteilen. Es ergibt sich der Bedarf, die stadtstrukturelle Wirkung der Digitalisierung zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung von Funktionen und Strukturen zu erforschen und konzeptionelle Entwicklungsaussagen zu treffen.
- Digitale Informations- und Beteiligungsplattformen, wie gemeinsam nutzbare Datenplattformen, Chats, soziale Netzwerke usw., werden als Chance für neue Wege der Kooperation, Kommunikation und Partizipation gesehen. Dabei muss aber eine "digitale Spaltung" der Gesellschaft bzw. der Ausschluss von Bürger/-innen vermieden werden, die diese Technologien nicht nutzen.
- Mit Hilfe digitaler Medien kann die Außendarstellung und Vermarktung sozialer, kultureller, wissenschaftlicher, sport- und freizeitzbezogener Angebote sowie die Willkommenskultur in der Stadt durch moderne und barrierefreie Internetauftritte verbessert werden.

Handlungsprioritäten

Digitalisierungskonzept und -strategien für alle Handlungsbereiche der Verwaltung entwickeln

Ausgehend vom vernetzenden Aspekt der Digitalisierung sind die spezifischen Ziele je Dezernat zusammenzuführen sowie interne und externe Handlungsschwerpunkte im fachübergreifenden Ansatz abzuleiten, unter der Berücksichtigung raumstruktureller Auswirkungen der verschiedenen Funktionsbereiche, wie Wohnen, Gewerbe, Versorgung, soziale Infrastruktur und Mobilität. Hieraus sind umsetzungsorientierte Maßnahmen zu entwickeln, die als Testfelder zukünftige IKT-Lösungen bzw. -Technologien erproben und die Akzeptanz dieser Lösungen verbessern. Die Erarbeitung eines Digitalisierungskonzeptes schließt auch die Themen Datensicherheit, Datenschutz sowie Kommunikation und Partizipation mit ein.

Infrastrukturen schaffen und Dienstleistungen ausbauen

Die Nutzung der Chancen, die mit der Digitalisierung für Wirtschaft, Energie und Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und Bildung verbunden sind, erfordert flächendeckende Breitbandinfrastrukturen, Sensorsysteme sowie leistungsfähige Hardware-Ausstattungen. Für die Integration neuer Mobilitätsformen (autonomes Fahren, stärkere multimodale Verknüpfung) und Verkehrssteuerungsmöglichkeiten sollten frühzeitig Anforderungen und Wirkungszusammenhänge in Entwicklungskonzepte eingebunden werden. Der Ausbau und die Nutzung digitaler Strukturen und Angebote sowie ein offener dauerhafter Innovationsprozess zur Digitalisierung müssen intensiviert werden. Auf Quartiersebene können dabei Modellvorhaben zur qualifizierten Vorbereitung einer gesamtstädtischen Umsetzung erprobt werden.

Medien- und Vermittlungskompetenzen fördern

Insbesondere im Bildungs-, Weiterbildungs- und Hochschulsektor stellen die Vermittlung von Medienkompetenzen in verschiedenen Altersgruppen und Bevölkerungsgruppen sowie die Anpassung von Lehrplänen zentrale Handlungsschwerpunkte dar. In der Jugendhilfe geht es insbesondere um zielgruppenorientierte Fortbildungen für Erzieher und Angebote für Jugendliche zum Umgang mit Medien und sozialen Netzwerken, auch zusammen mit Schulen und Horten

Kommunikation und Beteiligung verbessern

Zur Optimierung der digitalen Zugänge und zur besseren Vermittlung von städtischen Dienstleistungsangeboten sind die Internetpräsenzen zeitgemäß, ansprechend und barrierefrei zu gestalten. Mit Unterstützung digitaler Medien und sozialen Netzwerken können hierbei neue Beteiligungsformate entwickelt und Netzwerke initiiert bzw. ausgebaut werden. Hierbei ist davon auszugehen, dass seitens der Bevölkerung Anforderungen an die Servicequalität und Mitwirkungsmöglichkeiten weiterhin deutlich steigen werden und eine aktive Rolle von Politik und Verwaltung eingefordert wird. Digitaler Raum ersetzt dabei nicht die analogen Kommunikationsräume. Entscheidend sind die Sicherung des Zugangs zur digitalen Kommunikation und die Einbindung auch nicht-technikaffiner Bürgerinnen und Bürger, so z. B. die Berücksichtigung der Digitalisierung in Inklusionskonzepten. Von zentraler Bedeutung bleibt ein niedrigschwelliger bzw. zielgruppenorientierter Zugang, der über Open-Source-Daten, offenes WLAN und benutzerfreundliche Bedienung erreicht werden kann.

3.5 Baukultur und öffentlicher Raum

Baukultur umfasst das Bauen selbst sowie den Umgang mit gebauter Umwelt. Sie beinhaltet Architektur, Ingenieurbauleistungen, Stadt- und Regionalplanung, Landschaftsarchitektur, Denkmalschutz sowie die Kunst am Bau und im öffentlichen Raum. Da baukulturelle Wirkung sowohl von der Gestaltung von öffentlichen als auch von privaten Räumen und Gebäuden ausgeht, kann Baukultur sich nur entfalten, wenn alle an Planung und Bau Beteiligten aktiv zusammenwirken und die gesamte Gesellschaft Verantwortung für ihre gebaute Umwelt und deren Pflege übernimmt.

Mit überdurchschnittlich vielen Baudenkmälern insbesondere aus der Gründerzeit verfügt Leipzig über ein großes baukulturelles Erbe. Aus der Identifikation der Bürgerschaft mit diesem Erbe, der vorhandenen Qualität des öffentlichen Raums und des Stadtbilds, resultiert ein Interesse an der Gestalt der Stadt und an der Baukultur insgesamt. Vor dem Hintergrund des starken Wachstums darf die Sensibilität für lokale Traditionen, städtebauliche und architektonische Qualität und die Aufmerksamkeit für den öffentlichen Raum nicht verlorengehen. Der historische Charakter der Innenstadt bzw. der Stadtteile soll bewahrt und entsprechend den aktuellen Anforderungen durch zeitgenössische Formen weiterentwickelt werden.

Aspekte zum Thema Baukultur und öffentlicher Raum sind insbesondere in folgenden Fachkonzepten enthalten:

- Wohnen
- Freiraum und Umwelt
- Nachhaltige Mobilität
- Ordnung und Kommunale Sicherheitsinfrastruktur
- Kultur
- Sport
- Soziale Teilhabe
- Energie und Klimaschutz

Zentrale Themen und Herausforderungen

- Im Zuge steigender Nachfrage kommt es zu Verdichtungen auf unterschiedlichen Ebenen: Baulücken und Brachen werden bebaut, die Bebauung wird insgesamt dichter werden und eine kleinteilige Nutzungsmischung soll erfolgen. Bei alldem sind baukulturelle, d.h. architektonisch, städtebaulich und funktionell hochwertige Lösungsansätze erforderlich, um mit dem Verdichtungsprozess gestalterische und identifikationsstiftende Qualitäten für die umgebenden Quartiere zu ermöglichen. Dies kann durch Kunst am Bau oder Kunst im öffentlichen Raum unterstützt werden.
- Durch gesetzliche Vorgaben, steigende Baupreise und steigenden Marktdruck wird die Sicherung städtebaulicher und architektonischer sowie ästhetisch-baulicher Qualität bei gleichzeitigen Anforderungen an die Bezahlbarkeit z.B. bei öffentlichen Bauten oder von Wohnraum, zur Herausforderung. Aufgrund der physischen und zeitlichen Beständigkeit gebauter Umwelt werden jedoch bleibende Werte geschaffen, die als Äußerung einer guten oder schlechten Baukultur das Image der Stadt prägen und für die darum alle, die an Planung und Bau beteiligt sind, Verantwortung tragen.

- Für den Erhalt der Lebensqualität wird bei allen baulichen Entwicklungen von Bedeutung sein, den Stadtkörper im Sinne einer doppelten Innenentwicklung zu betrachten, d.h. parallel zur baulichen Verdichtung auf eine ausreichende und qualitativ angemessene Freiraumversorgung zu achten. Gleichzeitig muss mit der Gestaltung des öffentlichen Raums und der städtebaulichen Struktur ausgleichend auf die Auswirkungen des Klimawandels und weitere städtische Umweltbelastungen reagiert werden.
- Durch die wachsende Bevölkerung und bauliche Nachverdichtung nimmt die Nutzungsintensität des öffentlichen Raums zu. Dies führt zu mehr Nutzungskonflikten, steigenden Pflegekosten und der Frage nach Erweiterungsmöglichkeiten des öffentlichen Raums. Mit der intensiveren Nutzung des öffentlichen Raums sinkt die Akzeptanz für Personen mit abweichenden bzw. als störend empfundenen Verhaltensweisen. Es gilt, den öffentlichen Raum als sozialen Raum so zu gestalten, dass er für alle zugänglich, adäquat nutzbar, barrierefrei, sicher und sauber bleibt und dabei Privatisierung und Ausgrenzung vermieden werden.
- Neue Mobilitätsformen, wie Sharing, Elektromobilität, (teil)autonomes Fahren, konkurrieren im öffentlichen Raum mit herkömmlichen Nutzungen um verfügbare Flächen, leisten aber auch einen wichtigen, öffentlichkeitswirksamen Beitrag, um nachhaltiges Mobilitätsverhalten zu fördern.
- Trotz der Zunahme von politischen, diskursiven und symbolischen Aktivitäten der Gesellschaft im virtuellen Raum, verliert der öffentliche Raum nicht seine Funktion als politischer Raum und realer Begegnungsort. Vielmehr müssen öffentliche Räume zukünftig flexibler auf wechselnde gesellschaftspolitische Ansprüche reagieren können. Die Gestaltung des öffentlichen Raumes (z.B. durch Kunst im öffentlichen Raum/am Bau) kann die Reflexion und Auseinandersetzung mit geschichtlichen Ereignissen und aktuellen Prozessen sowie das soziale Aneignen dieser Räume positiv beeinflussen.
- Angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen für Baukultur und öffentlichen Raum reichen vorhandene Konzepte, Instrumente sowie Arbeitsstrukturen nicht aus, um eine qualitätsvolle, leipzig-typische Baukultur im privaten und öffentlichen Raum zu sichern.

Handlungsprioritäten

Erarbeitung Leitbilder für Baukultur und Öffentlichen Raum

Zu den Themen Baukultur (inklusive Denkmalpflege) sowie öffentlicher Raum in Leipzig sollen übergreifende Leitbilder entwickelt werden, die Aussagen zu Strategien, Qualitätsanforderungen, Instrumenten, Maßnahmen und Lösungsansätze enthalten. In der Verwaltung sind Zuständigkeiten für die Aufstellung und Koordination der Leitbilder sowie für daraus folgende Handlungskonzepte zu regeln, wie z.B. Gestaltungssatzungen, bauliche Standards, Gesamtstrategie für Stadtplätze, Werbesatzung und Masterpläne zu stadtgebietsübergreifenden Freiraumthemen (u. a. Licht). Eine Strategie und Richtlinie Kunst im öffentlichen Raum und Kunst am Bau bei kommunalen Bauvorhaben wird erarbeitet.

Planungskultur und Prozessqualität sichern, Baukultur „leben“

Baukultur ist ein Aspekt der Planungskultur. Die Stadtverwaltung übernimmt als Bauherr eine baukulturelle Vorbildfunktion. Für kommunale und private Bauvorhaben sind jeweils gestalterische Qualitätsmerkmale sowie geeignete Instrumente zur Qualitätssicherung zu entwickeln. Dies kann z.B. im Rahmen der regulären Bauberatung mit Ergänzung der architektonisch-gestalterischen Aspekte erfolgen. Das Gestaltungsforum übernimmt eine besondere Verantwortung für stadtbildprägende Vorhaben. Die o.g. Richtlinie sowie das Sachverständigenforum „Kunst im öffentlichen Raum“ unterstützt die Umsetzung und Qualitätssicherung von „Kunst am Bau“.

Ressortübergreifend und frühzeitig handeln

Ein höherer Stellenwert von Baukultur soll erreicht werden, indem die Kooperation der Akteure bereits bei der Klärung der Aufgabenstellung beginnt ("kluge Phase Null") und den gesamten Planungsprozess andauert.

Dialoge über Baukultur führen

Öffentlichkeitswirksame, kommunikative Planungsformen sollen verstärkt genutzt werden, um Baukultur im Dialog zu leben, z. B. durch konkurrierende und Workshopverfahren, Zusammenarbeit mit Hoch-

schulen, Kammern, Verbänden und der Bundesstiftung Baukultur, baukulturelle Fortbildung der Akteure und Bildung eines Netzwerks Baukultur. Relevante Themen wie z.B. eine angemessene, verträgliche Innenentwicklung oder kostengünstiges und dennoch baukulturell hochwertiges Bauen sollen zwischen Verwaltung, Politik, Akteuren und Stadtgesellschaft diskutiert werden und in entsprechenden Festlegungen für das Verwaltungshandeln münden.

Kostengünstiges, baukulturell hochwertiges Bauen fördern

Um Bezahlbarkeit vor allem beim Wohnungsneubau bei gleichzeitiger Berücksichtigung baukultureller Qualitäten zu sichern, werden eine intensive Auseinandersetzung und der Erfahrungsaustausch mit Wohnungsmarktakteuren initiiert. Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft sollen Modelle kostengünstigen, qualitätsvollen Bauens entwickelt und realisiert werden.

Historische Ortslagen als Nukleus der Ortsteilentwicklung sichern und erschließen

Leipzig verfügt über viele historische Ortslagen, die sich durch ihre städtebaulichen Besonderheiten von den gründerzeitlichen Vorstädten abheben. Sie verfügen zudem über Flächenpotenziale, die es unter Wahrung des Charakters behutsam zu entwickeln gilt.

Öffentlicher Raum und Doppelte Innenentwicklung verbinden

Der öffentliche Raum soll funktional und – wo möglich – flächenhaft, z.B. auf Brachflächen und neuen Entwicklungsflächen, erweitert werden. Maßnahmen sind z. B. und Stadtteilparks; Mehrfachnutzungen, Zwischenspeicherung von Regenwasser („Wasserparkplätze“), Klimakomfortinseln, Umsetzung des Straßenbaumkonzepts und Weiterentwicklung zum Stadtbaumkonzept. Um diesen steigenden Anforderungen gerecht zu werden, sollten entsprechende Planungen durchgeführt sowie ausreichende Resourcen für Pflege und Instandhaltung berücksichtigt werden.

Die Qualifizierung der öffentlichen Räume muss durch Zielsetzungen bzw. Definitionen einer angemessenen, verträglichen Dichte der Stadtstruktur und ihrer Gestaltung flankiert werden.

Öffentlichen Raum als inklusiven Ort erhalten

Die Anforderungen benachteiligter und (mobilitäts-)eingeschränkter Personen sollen im öffentlichen Raum berücksichtigt werden („Design für alle“). Eine inklusive Infrastruktur im öffentlichen Raum ist für alle Menschen zugänglich, unabhängig von ihren individuellen Merkmalen. Die Stadt wird in geeigneten Formaten die Akzeptanz von unterschiedlichen Nutzungen und Verhaltensweisen im öffentlichen Raum stadtgesellschaftlich neu aushandeln, Wege zur Konfliktlösung suchen und umsetzen. Der Abschottung und Privatisierung des öffentlichen Raums soll z. B. durch offene Freisitzgestaltung oder Erhalt der Durchlässigkeit von Großwohnsiedlungen begegnet werden.

Magistralen als Imagebildner entwickeln

Die Neuorganisation von Verkehrsräumen einer wachsenden Stadt soll als baukulturelle Aufgabe mit dem Ziel der Vitalisierung des öffentlichen Raumes begriffen werden. Durch die Gestaltung individueller Orte können positive Impulse bei der Magistralenentwicklung gesetzt werden. Gebäudeseitig kommt der Sicherung einer gewerblichen Erdgeschosszone eine Schlüsselrolle zu, die einen positiven und direkten Einfluss auf die Belebung des öffentlichen Raumes hat.

3.6 Brachflächenrevitalisierung

Leipzig hat als Folge des Strukturwandels nach wie vor eine große Anzahl an Brachflächen¹; sie nehmen eine Fläche von ca. 990 ha und damit die Größe von fast 1.400 Fußballfeldern ein. Dies entspricht ca. 3,3 % der gesamten Stadtfläche (Juni 2017). Brachen können neben der Wohnraumbereitstellung einen wichtigen Beitrag zur bedarfsgerechten Versorgung mit Flächen für Bildungsstandorte, Erholung, Freiraum, Gewerbe, Hochwasserschutz und Verkehr leisten. Zugleich helfen sie, die natürlichen Lebensgrundlagen in Leipzig zu erhalten und eine vorsorgende Klima- und Umweltpolitik zu unterstützen. Den Brachflächen kommt damit als Flächenpotenzial in allen räumlichen Planungen Leipzigs eine hohe Bedeutung zu. Dementsprechend spielt das Querschnittsthema Brachenrevitalisie-

¹ Als Brachen werden hier ungenutzte Flächen verstanden, unabhängig von ihrer Vornutzung, Größe und Eigentumsverhältnissen. In begründeten Einzelfällen werden auch stark unternutzte Flächen als Brachflächen erfasst.

zung in fast allen Fachkonzepten des INSEK eine besondere Rolle.

Grundlegende Prinzipien der Stadtentwicklung in Leipzig sind die „Innen- vor Außenentwicklung“ und die Doppelte Innenentwicklung. Mit dem Querschnittsthema Brachenrevitalisierung werden dieses Prinzipien noch besser in die Stadtentwicklungsstrategie integriert und ein weiterer Schritt in Richtung ganzheitlicher Flächenstrategie getan. Damit folgt die Stadt Leipzig den Strategien des Bundes und des Freistaates Sachsen zur deutlichen Senkung der Flächeninanspruchnahme bis 2020. Zugleich ist die Verankerung der Brachenrevitalisierung im INSEK Zuwendungsvoraussetzung für die Strukturfondsperiode 2014-2020.

Die Aufgabe des Brachflächenmanagements ist im Amt für Stadtgrün und Gewässer angesiedelt. Hier wird auch die ämterübergreifende Arbeitsgruppe AG Flächenmanagement geleitet. In der AG werden sowohl Strategien, innovative Methoden und Lösungswege zum Thema erarbeitet als auch Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Flächen diskutiert.

Zentrale Themen und Herausforderungen

Die räumliche Konzentration von Brachflächen zieht eine Häufung städtebaulicher Missstände und Umweltbelastungen nach sich. Die räumliche Verteilung der brachliegenden Flächen schwankt zwischen den Orts Teilen, höhere Konzentrationen liegen oft in benachteiligten Stadtquartieren.

Die damit verbundenen Probleme sollten verringert und die Brachflächen zugleich als Potenzial verstanden werden, welches diesen Räumen vielfältige Entwicklungsoptionen bietet.

In einigen Fachbereichen besteht ein hoher, z.T. kurzfristiger Bedarf an Flächen und/oder Gebäuden. Das betrifft insbesondere den Bau von Schulen bzw. Kitas, der als Kommunale Pflichtaufgabe vordringlich zu bearbeiten ist. Es werden hierfür oft Flächen im dichten urbanen Kern von Leipzig gesucht. Folglich kommen Brachflächen als potenzielle Standorte in Betracht und sollten unbedingt berücksichtigt werden.

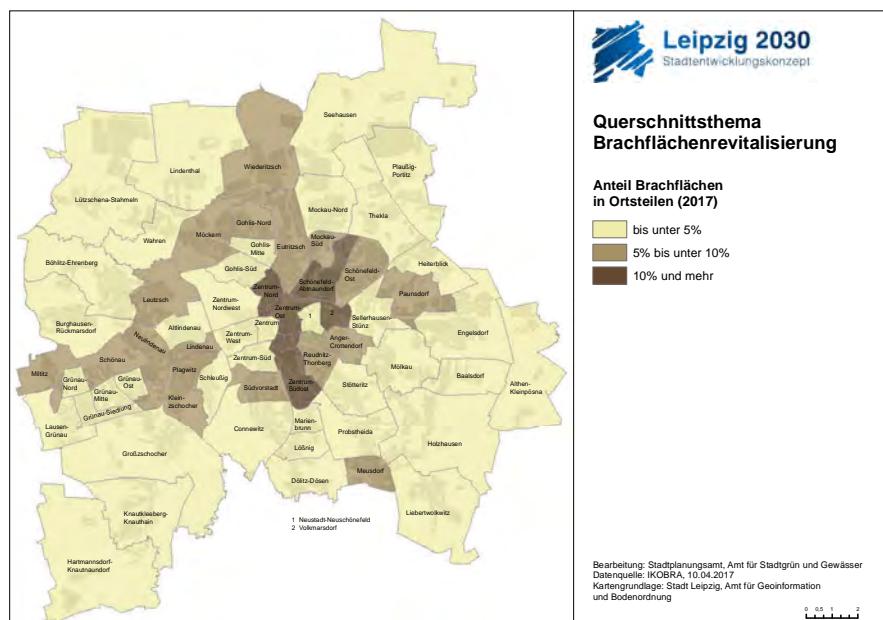
Als wachsende Stadt rückt neben der verstärkten baulichen Nachnutzung der Brachen die Freiraumnutzung wieder verstärkt in den Fokus. Zum einen gehen Freiräume durch die intensivere bauliche Entwicklung verloren, die sowohl zur Erholung als auch für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel wichtig sind. Zum anderen gibt es einen großen Bedarf an Kompensationsflächen für bauliche Eingriffe, z.B. für die Industrieentwicklung im Leipziger Nordraum.

Eine große Herausforderung stellt der hohe Anteil an Brachflächen in Privateigentum dar (nur ca. 15% der Flächen befinden sich im kommunalen Eigentum), da der Zugriff auf die Flächen dadurch oft kompliziert und eine Nachnutzung im Sinne der Stadtentwicklungsziele erschwert wird.

Handlungsprioritäten

Lebensqualität erhalten und verbessern

Brachflächen sollen dazu genutzt werden, die Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern. Dafür werden sie im Sinne der Doppelten Innenentwicklung als bauliches und Freiraumpotenzial sowie klimatisches Potenzial genutzt. Basis hierfür ist ein flächensparendes Bodenmanagement.



Strategische Liegenschaftspolitik

Die wachsende Konkurrenz um die Nachnutzung der Brachflächen vor allem in der inneren Stadt erfordert eine vorausschauende, fachübergreifende Strategie im Umgang mit diesen Flächen. Hierfür ist das aktive Flächenmanagement in die Lage zu versetzen, langfristig planen zu können. Das gilt insbesondere mit Blick auf große Brachenareale, die nach wie vor in Größenordnungen vorhanden sind, und deren Revitalisierung komplexe und äußerst schwer zu finanzierende Prozesse sind. Die Berücksichtigung der Flächenmanagementaufgaben im städtischen Haushalt und die unterstützende Akquise von Fördermitteln sind notwendig. Deshalb ist oft eine frühzeitige und intensive Einbeziehung der (privaten) Eigentümer erforderlich bzw. sollte bei Bedarf auch ein strategischer Flächenerwerb in Betracht gezogen werden.

Setzung räumlicher Schwerpunkte

Zentrales Element einer Flächenstrategie ist das Setzen räumlicher Schwerpunkte, um die Arbeit im Brachflächenmanagement auf die relevanten Flächen zu lenken. Grundsätzliche Schwerpunkte für die Brachenrevitalisierung ergeben sich durch die Schwerpunktträume der Stadtentwicklung des INSEK und durch das erhöhte Vorkommen von Brachflächen im Leipziger Osten, in einigen Teilen des Nordens und den ehemaligen Industriegebieten im Leipziger Westen. Das Querschnittsthema Brachenrevitalisierung enthält als Anlage eine Flächenübersicht wichtiger Brachen in den Schwerpunktgebieten der Stadtentwicklung sowie bedeutende Solitärstandorte. Aus dieser Flächenübersicht werden Flächen zur Beantragung von Förderungen zur Brachflächenrevitalisierung ausgewählt. Diese Liste soll bei Bedarf fortgeschrieben werden.

Weiterentwicklung Brachflächenmanagement

Das vorhandene Brachflächenmanagement sollte schrittweise optimiert und an aktuelle Bedarfe angepasst werden. Hierzu gehören u. a. die Verbesserung der verwaltungsinternen Abläufe, die Verzahnung relevanter Arbeitsgruppen sowie die stärkere Berücksichtigung der Brachflächen im strategischen Flächenerwerb und dementsprechend auch in der mittelfristigen Haushaltsplanung. Des Weiteren ist das System der Stadt Leipzig zur Brachflächenerfassung und -verwaltung IKOBRA stetig anzupassen und weiterzuentwickeln. Dabei soll die Zusammenarbeit mit den Umlandkommunen ausgebaut und gemeinsame Fördermittelprojekte, wie z.B. LUMAT, umgesetzt werden.

(Anlage: Flächenübersicht)

Lfd. Nr.	Lage (optional Bezeichnung)	OT-Nr.	OT-Name	Gemarkung	Flurstück(e)	Größe (in ha)	Hinweise Nachnutzung (Darstellung FNP)	Eigentum
1	Kurt-Schumacher-Straße 6 (Freiladebahnhof West)	01	Zentrum-Ost	Leipzig	1892/2, 1892/6, 1892/22, 1892/37, 1892/39, 1892/43, 1892/44, 1892/45, 1892/46, 1892/47, 1892/48, 1892/49, 1892l	ca. 10,24	<ul style="list-style-type: none"> • Gemischte Baufläche (Mischgebiet) • Fläche für den Gemeinbedarf • Grünfläche 	Privateigentum
2	Rosa-Luxemburg-Straße (Freiladebahnhof Ost)	01	Zentrum-Ost	Leipzig	3661/21, 3661/25, 3661/27 (TF), 3661/30, 3661/31, 3661/32, 3661/35, 3661/36, 3661/38, 3661/39, 3661/40, 3661/41 (TF), 3661/43, 3661/44	ca. 16,87	<ul style="list-style-type: none"> • gewerbliche Baufläche • Grünfläche • Fläche für Bahnanlagen 	Privateigentum DB AG
3	Bayerischer Bahnhof	02	Zentrum-Südost	Leipzig	3835/4, 3835/39, 3835/40, 3835/41, 3835/46, 3835/49, 3835/50 (TF), 3835/54, 4685	ca. 5,20	<ul style="list-style-type: none"> • Wohnbaufläche • Grünfläche • gemischte Baufläche (Mischgebiet) • gewerbliche Baufläche • Fläche für den Gemeinbedarf 	Privateigentum DB AG
		40	Südvorstadt	Leipzig	3835/44 (TF), 3835/47, 3835/50 (TF), 3835/61	ca. 14,80		
4	Wilhelm-Leuschner-Platz	03	Zentrum-Süd	Leipzig	1178b (TF), 1178c (TF), 1178d (TF), 1179 (TF), 1180 (TF), 1181 (TF), 1182, 1182a (TF), 1182c (TF), 1182d, 1182e, 1183, 1191c (TF), 1196, 1197, 1199/1, 1199/2, 1200/1, 1200/2, 1200/3, 1200/4, 1201/1, 1201/2, 1202, 1202a, 1203, 1203a, 1204, 1205, 1206, 1207, 1207a, 1208, 1209c (TF), 1209d (TF), 1209e (TF), 1209f (TF), 1210, 3754, 4016/3 (TF), 4017, 4041 (TF), 4123/1 (TF)	ca. 4,98	<ul style="list-style-type: none"> • Gemischte Baufläche (Kerngebiet) 	Kommunaleigentum Privateigentum
5	Schreberstraße 20 (Stadthafen Leipzig)	04	Zentrum-West	Leipzig	2407/1, 2408/2, 2408/3, 2408/4, 2408c, 2593f	ca. 1,42	<ul style="list-style-type: none"> • Sonderbaufläche (Stadthafen) • Gemischte Baufläche (Mischgebiet) 	Kommunaleigentum Privateigentum
6	Delitzscher Straße 2 (Freiladebahnhof)	06	Zentrum-Nord	Leipzig	2733/6, 2733/15, 2733/34, 2733/46, 2733/47 (TF), 2733/48, 2733/50, 2733/51 (TF)	ca. 24,36	<ul style="list-style-type: none"> • Gewerbliche Baufläche • Grünfläche 	Privateigentum DB AG
7	Adenauerallee 6-8 (Postbahnhof)	10	Schönefeld-Abtnaundorf	Schönefeld	291/2, 291/6, 291/10, 294/2	ca. 5,24	<ul style="list-style-type: none"> • Gewerbliche Baufläche 	Privateigentum DB AG
8	Adenauerallee 10	10	Schönefeld-Abtnaundorf	Leipzig	3661/41 (TF)	ca. 1,51	<ul style="list-style-type: none"> • Fläche für Bahnanlagen • gewerbliche Baufläche 	DB AG
9	Wilhelm-Busch-Straße 12	12	Mockau-Süd	Mockau	314/1	ca. 0,02	<ul style="list-style-type: none"> • Gemischte Baufläche (Mischgebiet) 	Privateigentum
10	Hermann-Liebmann-Straße 108	21	Volkmarsdorf	Volkmarsdorf	363/33 (TF)	ca. 1,29	<ul style="list-style-type: none"> • Fläche für Bahnanlagen 	DB AG
11	Torgauer Platz	21	Volkmarsdorf	Sellerhausen	314/1 (TF), 314/2 (TF), 314/3, 314/5, 324, 325/1, 325/2, 326, 327, 328, 329, 433 (TF)	ca. 2,67	<ul style="list-style-type: none"> • Gemischte Baufläche (Mischgebiet) • Wohnbaufläche 	Kommunaleigentum Privateigentum
12	Eilenburger Straße 21	30	Reudnitz-Thonberg	Reudnitz	623/29	ca. 0,44	<ul style="list-style-type: none"> • Grünfläche 	Privateigentum
13	Stötteritzer Straße (KV-Terminal Stötteritz)	31	Stötteritz	Thonberg	200/4 (TF)	ca. 4,55	<ul style="list-style-type: none"> • Fläche für Bahnanlagen 	DB AG
14	Döbelner Straße	31	Stötteritz	Reudnitz	3557, 355/8, 381/3	ca. 2,56	<ul style="list-style-type: none"> • Gewerbliche Baufläche • Grünfläche 	Privateigentum Kommunaleigentum
				Stötteritz	260/4, 795/3, 795/4, 795/5, 795/7, 796/7, 796/8, 796/9, 796/13 (TF), 796/14,			
15	Kolmstraße	31	Stötteritz	Stötteritz	127/15 (TF), 127/16 (TF)	ca. 4,22	<ul style="list-style-type: none"> • Gewerbliche Baufläche 	Privateigentum Kommunaleigentum
16	Ostende	34	Liebertwolkwitz	Liebertwolkwitz	578/10, 578/12, 578/20, 578/31, 578/32, 578s	ca. 5,18	<ul style="list-style-type: none"> • Gewerbliche Baufläche (Industriegebiet möglich) 	Privateigentum Kommunaleigentum

								• Grünfläche	Bundeseigentum
17	Ostende 3	34	Liebertwolkwitz	Liebertwolkwitz	599/1 (TF), 604, 627	ca. 2,47	• Gewerbliche Baufläche (Industriegebiet möglich)	Privateigentum Kommunaleigentum	
18	Arno-Nitzsche-Straße (Kohlelagerplatz)	41	Connewitz	Connewitz	467i, 468/11, 468/15 (TF)	ca. 2,96	• Gewerbliche Baufläche	Privateigentum kommunale Beteiligungsgesellschaft	
19	Bornaische Straße (Heizkraftwerk Süd)	41	Connewitz	Connewitz	550, 550/13	ca. 4,24	• Grünfläche • Fläche für Bahnanlagen	Kommunaleigentum kommunale Beteiligungsgesellschaft	
				Lößnig	33/1, 33/3, 73/1				
20	Fockestraße 80	41	Connewitz	Connewitz	1491/6	ca. 1,45	• Grünfläche	Kommunaleigentum	
21	Lützner Straße 218	60	Schönau	Lindenau	648/10, 648/13, 648/14, 648/18	ca. 11,34	• Grünfläche	Landeseigentum Kommunaleigentum	
				Schönau	84/2				
22	Plautstraße 78-80 (Marina Leipzig-Lindenau)	60	Schönau	Leutzsch	314/2 (TF), 314/5, 314g	ca. 1,92	• Gewerbliche Baufläche • Wasserfläche	Kommunaleigentum Privateigentum	
				Schönau	65/3 (TF), 65a				
23	Karl-Heine-Straße (u. a. Jahrtausendfeld)	70	Lindenau	Lindenau	582/3 (TF), 582/9, 582/10, 583, 583a, 586/2, 759 (TF), 748, 775/1, 775/2, 1205, 1206, 1211/1,	ca. 4,33	• Gewerbliche Baufläche • Fläche für den Gemeinbedarf	Kommunaleigentum Privateigentum	
24	An der Merseburger Straße 16	75	Burghausen-Rückmarsdorf	Rückmarsdorf	599/1	ca. 3,27	• Grünfläche	Privateigentum	
25	Travniker Straße (ehem. Kaserne Roter Stern)	81	Wahren	Wahren	199/7, 199/11, 199/12, 206/4, 208/3, 209/8	ca. 4,67	• Gewerbliche Baufläche	Kommunaleigentum Landeseigentum	
26	Björneborgstraße 15	83	Lindenthal	Breitenfeld	506/2 (TF)	ca. 1,53	• Gemischte Baufläche (Mischgebiet) • Fläche für Landwirtschaft	Privateigentum	
27	Töpferweg 12	94	Seehausen	Göbschelwitz	42/3	ca. 2,13	• Fläche für Landwirtschaft	Kommunaleigentum	

Parkbogen Ost – zusammengefasste Abschnitte

28	Sellerhäuser Gleisdreieck und Nordspange	10	Schönefeld-Abtnaundorf	Volkmarsdorf	363/33 (TF)	ca. 4,99	• Fläche für Bahnanlagen • Grünfläche • gewerbliche Baufläche	DB AG Privateigentum
		11	Schönefeld-Ost	Sellerhausen	299/1, 299/3, 299c			
		11, 23	Schönefeld-Ost, Sellerhausen-Stünz	Sellerhausen	411/3 (TF)			
		21	Volkmarsdorf	Sellerhausen	293/2, 293/4, 297b (TF)			
29	Sellerhäuser Bogen	21	Volkmarsdorf	Sellerhausen	198/1, 198/2, 294 (TF), 294e	ca. 9,25	• Fläche für Bahnanlagen • gemischte Baufläche (Mischgebiet) • Grünfläche	DB AG Kommunaleigentum Privateigentum
		21, 23	Volkmarsdorf, Sellerhausen-Stünz	Sellerhausen	407b, 409, 410			
		22	Anger-Crottendorf	Anger	117, 123/1 (TF), 153/4, 153/5, 153/14 (TF)			
				Crottendorf	27/24, 27/25, 27/27, 27/30, 27/31, 27/32 (TF), 27/900, 27/901, 27/902, 27/903, 149/1, 149/2, 208/2, 208/3, 208/4			
		23	Sellerhausen-Stünz	Sellerhausen	89			

INTEGRIERTES STADTENTWICKLUNGSKONZEPT LEIPZIG 2030

INHALTSVERZEICHNIS

D. GRUNDLAGEN

1. Arbeitsprozess und Aufbau
2. Rahmenbedingungen
3. Ergebnisse Bürgerbeteiligung

D GRUNDLAGEN

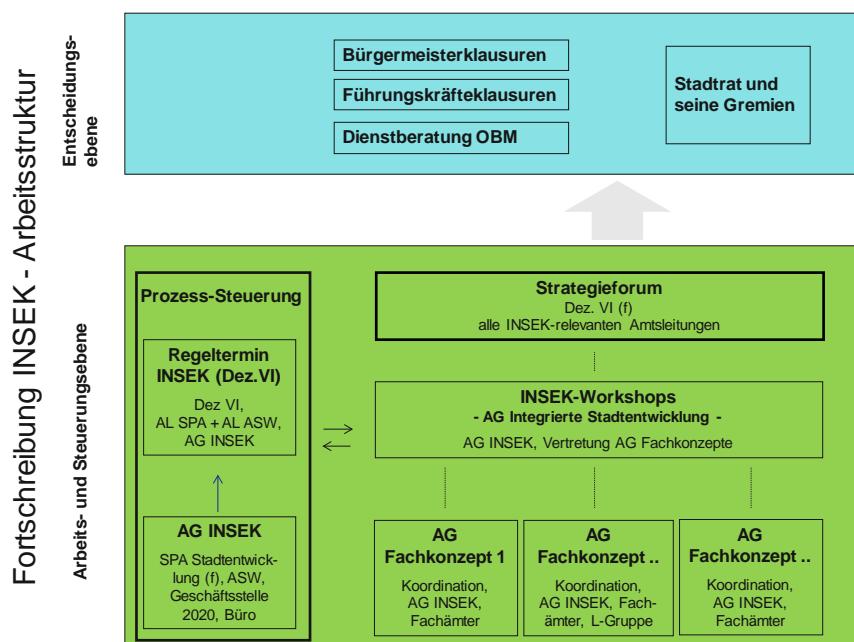
1. ARBEITSPROZESS UND AUFBAU

1.1 Organisationsstrukturen

Für die Fortschreibung des INSEK wurde in der Organisation und Prozesssteuerung auf bewährte Formate, wie die AG INSEK oder INSEK-Workshops (s.u.), zurückgegriffen. Zugleich wurden neue Elemente, wie das Strategieforum eingeführt, reagierend auf Erfahrungen bei der ersten Erstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes. Neue Impulse in der Arbeit konnten durch die stärkere Einbeziehung der Fachämter bei der Verantwortung für die Fachkonzept-Erarbeitung gesetzt werden.

Arbeitsebene

Die Steuerung und Organisation des Gesamtprozesses oblag der AG INSEK. Sie wurde besetzt mit Mitarbeiter/-innen des Stadtplanungsamtes, des Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung (ASW), der Geschäftsstelle 2020 sowie der unterstützenden Bürgemeinschaft. Die Einbeziehung der Geschäftsstelle 2020 sicherte einen kontinuierlichen Abgleich zum Prozess der Erarbeitung einer strategischen Steuerung. Die wesentlichen Schritte wurden im Regeltermin mit der Bürgermeisterin für Stadtentwicklung und Bau und den Amtsleitungen von ASW und des Stadtplanungsamtes abgestimmt.



Die Fachkonzepte wurden in Arbeitsgruppen erarbeitet, in denen Vertreter/-innen der beteiligten Fachämter und – fallweise – auch aus kommunalen Unternehmen mitwirkten. Für die Koordination der inhaltlichen Arbeit, für Moderation und Organisation der AGs konnten Fachamtskollegen/-innen sowie externe Beauftragte gewonnen werden. Diese wurden durch Mitglieder der AG INSEK unterstützt.

Für die fachübergreifende Diskussion fanden INSEK-Workshops mit Vertreter/-innen aus den AGs zu den Fachkonzepten statt. Die Workshops wurden genutzt, um die Fachkonzepte untereinander abzustimmen und zu einer integrierten Stadtentwicklungsstrategie zusammenzuführen sowie die umsetzungsrelevanten Schritte zu erarbeiten.

An wichtigen Punkten im Arbeitsprozess wurden im Strategieforum mit den Amtsleitungen der räumlich planenden Ämter der Arbeitsstand und das weitere Vorgehen abgestimmt. Die Leitung des Strategieforums lag bei der Bürgermeisterin für Stadtentwicklung und Bau. Wesentlicher Inhalt der Diskussion war die räumliche Entwicklungsstrategie des INSEK, die in den INSEK-Workshops aus der Verschneidung der Fachkonzepte herausgearbeitet wurde.

Entscheidungsebene

In den Klausuren des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten, die zwei Mal im Jahr stattfinden, erfolgte die Diskussion des Zielbildes sowie des jeweiligen Arbeitsstandes. Es wurden Festlegungen zum Inhalt und weiteren Verfahren getroffen. Ergänzend fanden mehrere Klausuren mit Führungskräften der Verwaltung statt, in denen insbesondere das Zielbild und die strategischen Ziele des INSEK erörtert wurden.

Die Einbeziehung und Information der politischen Vertreter/-innen erfolgte zum einen über folgende

Vorlagen, die im Rahmen INSEK-Prozesses für die Ratsversammlung und Fachausschüsse erarbeitet wurden:

Vorlage	Art der Vorlage	Nummer	Datum
Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungs-konzept	Beschlussvorlage	DS-00832/14	20.05.2015
Bilanz des Integrierten Stadtentwicklungs-konzeptes 2009 und Schlussfolgerungen für die Fortschreibung	Informations-vorlage	DS-02354	18.05.2016
Zeitplanung für den Diskussionsprozess zum Entwurf des Integrierten Stadtentwicklungs-konzeptes Leipzig 2030	Beschlussvorlage	DS-04031	07.06.2017

Zum anderen waren Vertreter/-innen der Stadtratsfraktionen in verschiedenen Beteiligungsveranstaltungen, wie Stadtgebietsforen und Zukunftsforum, sowie in einer zeitweiligen interfraktionelle Arbeitsgruppe INSEK aktiv eingebunden (siehe D 3).

1.2 Prozess

Der INSEK-Fortschreibungsprozess setzt sich aus drei Phasen zusammen: Bilanzphase – Kernarbeitsphase – Entwurfsphase (s. Abb. Übersicht Prozess)

Bilanzphase

Beginnend im Sommer 2015 wurde das 2009 beschlossene Stadtentwicklungs-konzept mit Blick auf seine Wirkungen und Überarbeitungserfordernisse überprüft. Dies geschah zum einen über Workshops in den relevanten Fachbereichen der Stadtverwaltung. Zum anderen erfolgten Interviews mit Vertreter/-innen aus der Verwaltungsspitze, allen Stadtratsfraktionen, den kommunalen Unternehmen und der Stadtgesellschaft. Die sich daraus ergebenen Schlussfolgerungen wurden zusammengefasst und Anfang 2016 dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben. Sie bildeten zugleich die Grundlage für die Strukturierung und inhaltliche Bearbeitung des INSEK.

Außerdem wurde in dieser Zeit der Teil „Rahmenbedingungen“ erarbeitet (s. D2), der die wesentlichen Entwicklungen für die vielfältigen Themenbereiche des INSEK darstellt.

Kernarbeitsphase

Die Kernarbeitsphase startete mit der Auftaktveranstaltung im November 2015 (s. D3). Aufbauend auf der Bilanzphase wurde ab 2016 bis Mai 2017 sehr intensiv an der Fortschreibung der Fachkonzepte, der Erarbeitung von Querschnittsthemen sowie der Raum- und Umsetzungsstrategie gearbeitet. Damit verbunden war eine kontinuierliche strategische Abstimmung mit kommunalen Unternehmen. Ergebnisse und Arbeitsstände der Fachkonzepte wurden in verschiedenen Beteiligungsveranstaltungen 2016 mit der Stadtgesellschaft diskutiert. Einen Höhepunkt bildeten die vier Stadtgebietsforen im November/Dezember 2016 zu den anstehenden Aufgaben in den Ortsteilen der Stadt.

Entwurfsphase

Ab Ende August 2017 startete eine intensive politische und öffentliche Diskussion.

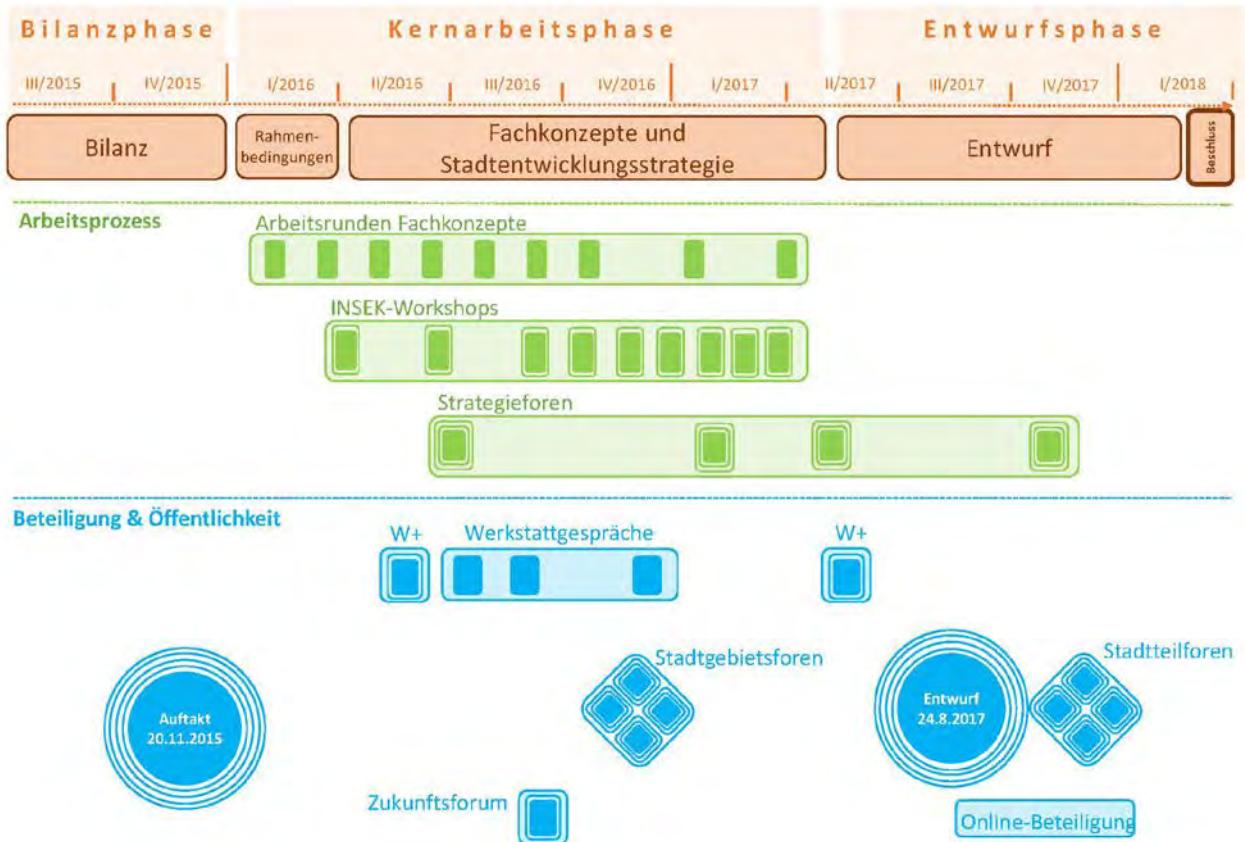
Im Rahmen des Stadtratsverfahrens erfolgten Lesungen der Vorlage in den relevanten Fachausschüssen und die Behandlung in den Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten. Zusätzlich diskutierte eine zeitweilige Arbeitsgruppe, die mit Vertretern aus jeder Fraktion gebildet wurde, den INSEK-Entwurf.

Am 24. August 2017 läutete eine Beteiligungsveranstaltung die öffentliche Diskussion des Entwurfes ein. Parallel dazu gab es zwei Ausstellungen mit den Eckpunkten des INSEK-Entwurfes und Informationen im Internet. Träger öffentlicher Belange und Nachbarkommunen wurden schriftlich beteiligt. Darüber hinaus wurde der INSEK-Entwurf auf Einladung in Veranstaltungen unterschiedlicher Akteursgruppen, in Beiräten und in den Schwerpunktgebieten des INSEK bis Ende November vorgestellt und diskutiert.

Die Anregungen und Diskussionsergebnisse wurden dokumentiert und daraus resultierende Änderun-

gen in den Entwurf eingearbeitet.

Übersicht Prozess Fortschreibung INSEK



1.3 Inhalte und Aufbau

Der Aufbau des INSEK orientiert sich im Grundsatz an der "Arbeitshilfe zur Erstellung und Fortschreibung Städtebaulicher Entwicklungskonzepte" des Freistaates Sachsen vom August 2005. Folglich sind Rahmenbedingungen, Fachkonzepte und Stadtentwicklungsstrategie die zentralen Bausteine des INSEK. Die Empfehlungen der Arbeitshilfe wurden auf ihre Anwendbarkeit im spezifischen Leipziger Kontext geprüft und im Einzelfall erweitert bzw. angepasst. So wurden die Rahmenbedingungen auf weitere Themen ausgedehnt und wichtige fachübergreifende Themen als Querschnittsthemen im INSEK verankert.

Weitere Unterschiede zum SEKo 2009 bestehen in der Neuerstellung eines Fachkonzeptes Ordnung und Kommunale Sicherheitsinfrastruktur sowie in der Einbeziehung der nach 2009 erstellten Fachkonzepte Energie und Klimaschutz, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie des Fachteils Brachen.

Der Aufbau des INSEK folgt einem Top-Down-Prinzip, das die strategischen inhaltlichen und räumlichen Aussagen betont und weniger den Arbeitsprozess widerspiegelt. Deshalb werden die strategischen Ziele als „Zielbild“ und die räumliche Stadtentwicklungsstrategie vorangestellt. Beides fußt aber auf den Aussagen aus den Fachkonzepten, Querschnittsthemen und Rahmenbedingungen (s. Abb.).

Grundaufbau INSEK

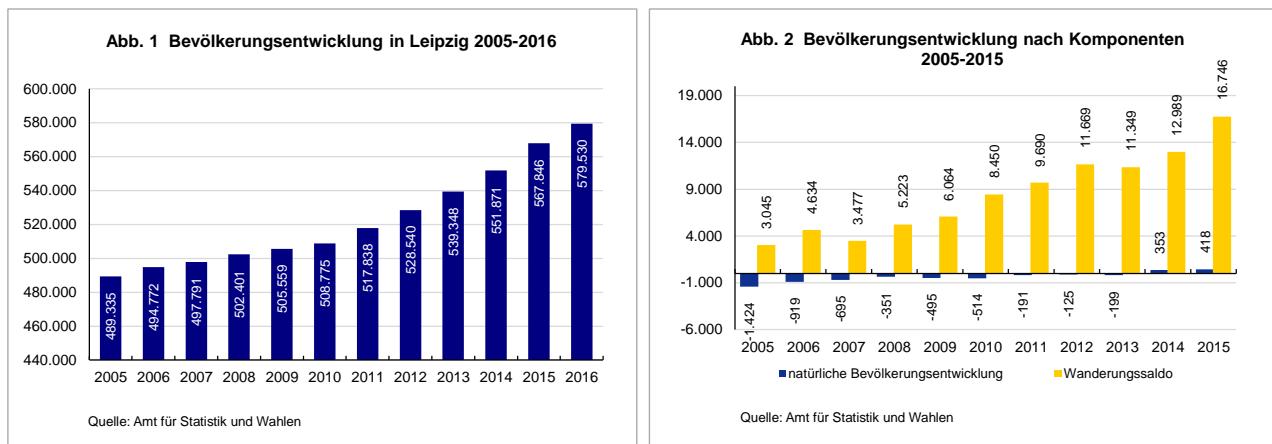


2 RAHMENBEDINGUNGEN

2.1 Bevölkerung, Haushalte, Wohnen

2.1.1 Bevölkerungsentwicklung

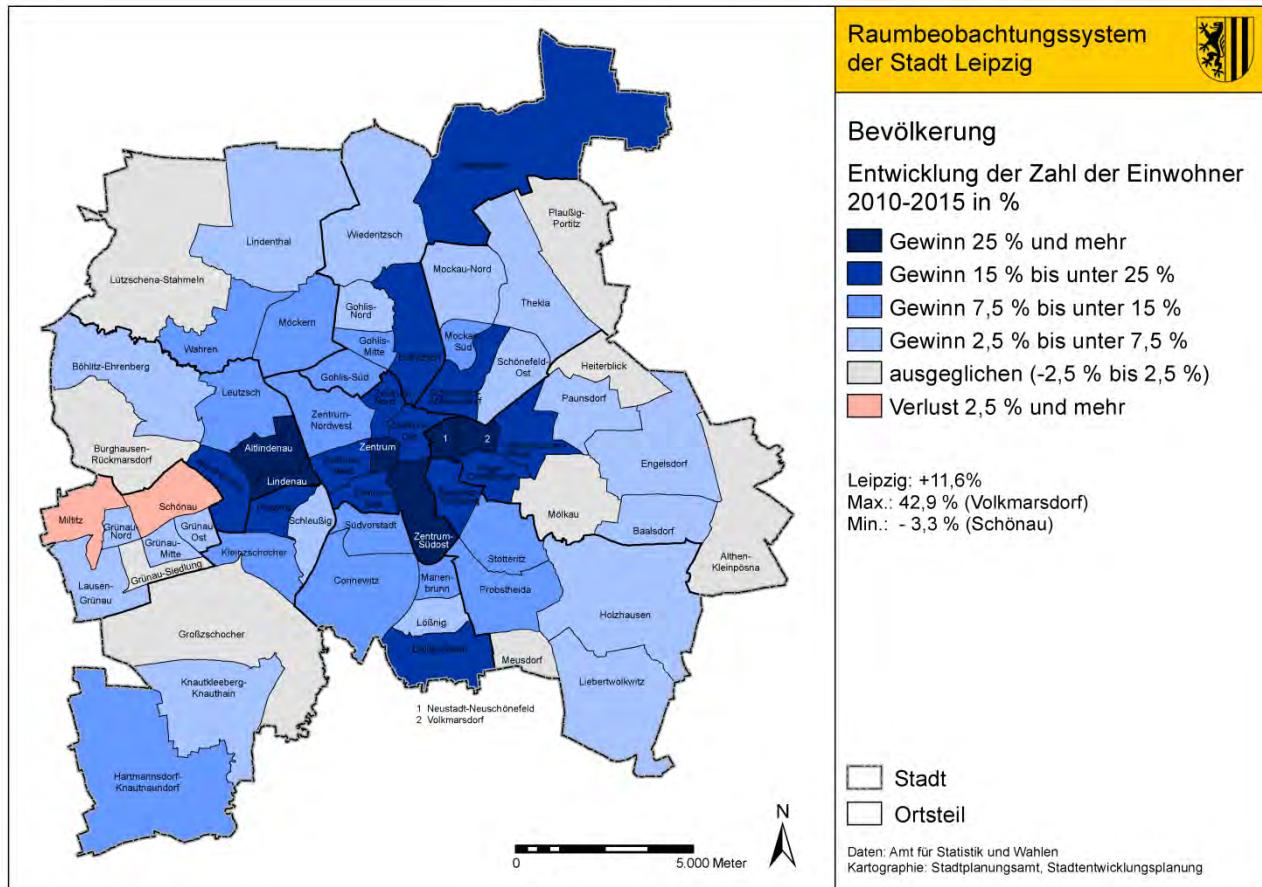
Leipzig ist mit einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von mehr als 2 % eine der am stärksten wachsenden Städte Deutschlands. Allein 2016 stieg die Einwohnerzahl um etwa 11.500 Personen. Zwischen 2010 und 2016 nahm die Einwohnerzahl im Einwohnerregister der Stadt insgesamt um über 70.000 auf 579.530 Personen zu (Abb. 1). Das Statistische Landesamt Sachsen weist für Leipzig Ende 2015 eine Einwohnerzahl von 560.472 auf.



Der Einwohnerzuwachs beruht zum größten Teil auf einer positiven Wanderungsbilanz, insbesondere in den Altersgruppen der 18- bis unter 35-Jährigen. 2015 betrug der Wanderungsgewinn rund 16.700 Personen (Abb. 2). In den Wanderungsgewinnen schlägt sich auch die wachsende Zahl von Flüchtlingen nieder¹. So wurden 2014 1.232 Asylsuchende und 2015 4.230 Asylsuchende neu aufgenommen. Hinzu kommen 1.853 Personen in Erstaufnahmeeinrichtungen des Freistaates Sachsen in der Stadt Leipzig (Stand 04.01.2016). Doch auch jenseits des Zustroms an Flüchtlingen hat die Zuwanderung aus dem In- und Ausland nach Leipzig zugenommen. Neben dieser Wanderungsdynamik hat sich die Zahl der Geburten in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht, so dass 2014 erstmals seit 1965 ein Geburtenüberschuss bestand, auch 2015 wurden mehr Geburten als Sterbefälle verzeichnet (Abb. 2).

Seit 2010 verzeichnen viele Ortsteile rund um das Stadtzentrum, vor allem nördlich, östlich und südöstlich des Zentrums und im Leipziger Westen Einwohnergewinne von mehr als 15 % (Karte 1). Das größte Einwohnerwachstum erfolgte mit einem Plus von fast 43 % in Volkmarshausen. Vor allem waren jene innerstädtischen Ortsteile von starken Einwohnerzuwächsen gekennzeichnet, die in den vergangenen Jahren hohe Leerstände und damit ein entsprechendes Zuzugspotenzial aufwiesen. Die Ortsteile entlang des Auwaldes von Gohlis-Mitte bis Connewitz wuchsen hingegen weniger stark als in den 2000er Jahren. Das Wachstum der innerstädtischen Ortsteile speist sich dabei aus einer positiven Wanderungsbilanz – vor allem durch Außenwanderung – und in zunehmendem Maße auch aus Geburtenüberschüssen. Ebenso verzeichnen die vorwiegend durch DDR-Wohnungsbau geprägten Ortsteile, wie Grünau, Schöneweide und Paunsdorf, Einwohnerzuwächse. Die stärker durch individuellen Wohnungsbau geprägten Ortsteile am Strand sind, bis auf wenige Ausnahmen, ebenfalls durch Einwohnergewinne bzw. stabile Einwohnerentwicklungen geprägt. Darüber hinaus hat die Einrichtung großer Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete im Jahr 2015 die Einwohnerentwicklung beeinflusst, vor allem in den Ortsteilen Zentrum, Zentrum-Südost, aber auch in Eutritzsch, Engelsdorf und der Südvorstadt.

¹ Es ist aber zu berücksichtigen, dass sich die Flüchtlingszahlen zeitlich verzögert in der Bevölkerungsstatistik niederschlagen. So sind z.B. Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen nicht vollständig im Einwohnermelderegister verzeichnet.

Karte 1 Bevölkerungsentwicklung 2010-2015 in Leipzig

2.1.2 Einwohnerentwicklung in der Region Leipzig

Parallel zum starken Einwohnerwachstum der Stadt Leipzig stellt sich die Einwohnerentwicklung der Kommunen im Leipziger Umland ebenfalls positiv dar. Waren vor Jahren lediglich Städte wie Markkleeberg und Markranstädt von Einwohnerzuwachsen gekennzeichnet, so wiesen 2014 fast alle an Leipzig angrenzenden Kommunen Einwohnergewinne auf. In den weiter entfernt gelegenen Umlandgemeinden hat sich die Einwohnerentwicklung nach Jahren des Rückgangs z.T. stabilisiert oder ist weiterhin negativ.

2.1.3 Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur

Altersstruktur

Stadtweit nahmen die Einwohnerzahlen in fast allen Altersgruppen zu. Zugleich ist die Altersstruktur-entwicklung weiterhin von Brüchen, den so genannten demographischen Wellen, beeinflusst. Die größten Zunahmen verzeichnen die Altersgruppen der 25- bis 35-Jährigen und der 6- bis 18-Jährigen. Rückgänge sind - bedingt durch die Geburtenausfälle der 1990er Jahre - trotz starker Zuwanderung in der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen festzustellen. Die Einwohnerzahl in der Altersgruppe der 65- bis 80-Jährigen nahm aufgrund der Geburtenausfälle des 2. Weltkrieges ab (s. Abb. 3 u. 4). Infolge der Wanderungsgewinne in den Altersgruppen der jungen Erwachsenen sowie der gestiegenen Geburtenzahlen sinkt der Altersdurchschnitt der Bevölkerung seit 2011.

Im Jahr 2015 wies die Bevölkerung Leipzigs ein Durchschnittsalter von 43,2 Jahren auf. Dabei bestehen stadträumlich große Unterschiede: zwischen dem „jüngsten“ Ortsteil Lindenau mit einem Durchschnittsalter von 34,6 Jahren und dem „ältesten“ Ortsteil Grünau-Ost mit einem Altersdurchschnitt von 54,6 Jahren liegen 20 Jahre (s. Karte 2).

Abb. 3 Einwohnerentwicklung nach Altersgruppen

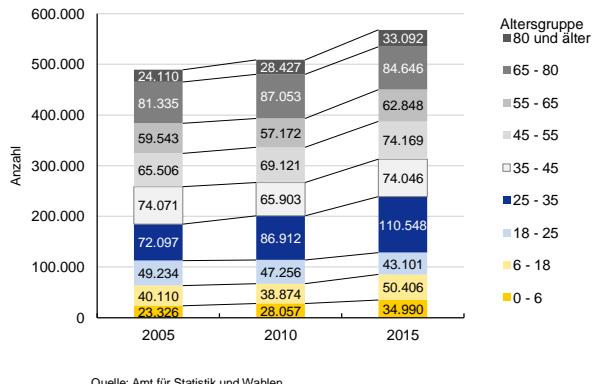
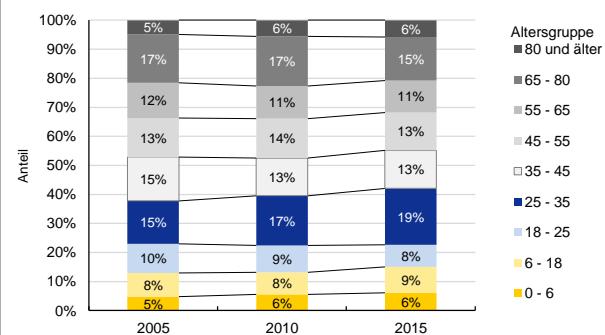
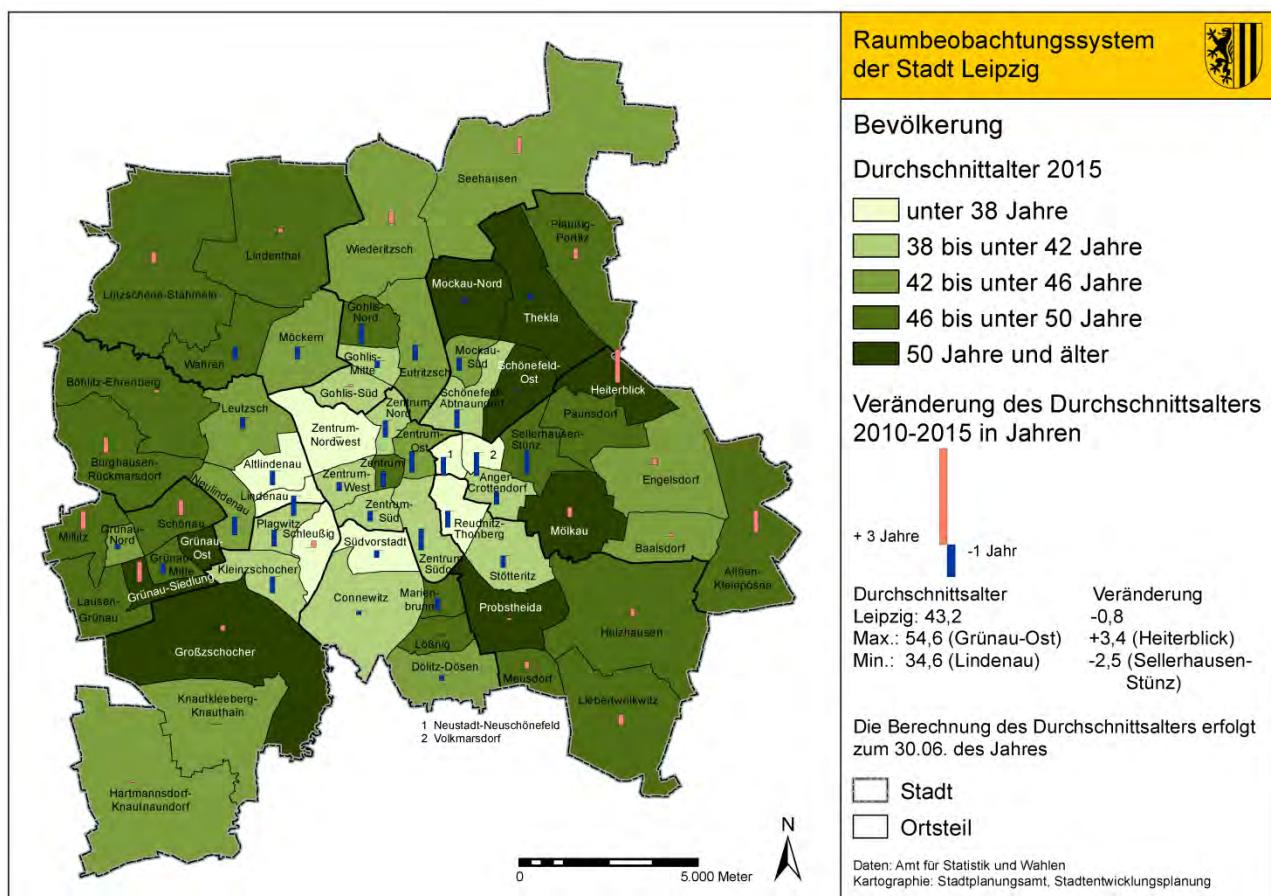


Abb. 4 Einwohnerentwicklung nach Altersgruppen (Anteile)



Das Durchschnittsalter sank nicht nur in bereits jetzt relativ jungen Stadtteilen, sondern es verjüngten sich auch Bereiche, die bislang durch Alterung geprägt waren. Zugleich besteht Leipzig aus Ortsteilen, deren Durchschnittsalter steigt, u.a. in vielen randstädtischen Gebieten sowie in einigen gründerzeitlich geprägten Bereichen entlang des Auwaldes.

Karte 2 Durchschnittsalter 2015 in Leipzig



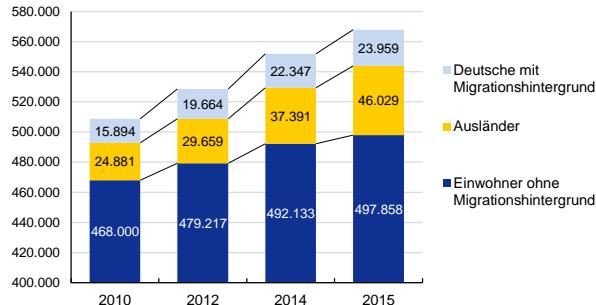
Analog zur Entwicklung des Durchschnittsalters verändern sich auch die Altersstrukturen kleinräumig. Die für die Stadt insgesamt beschriebene Zunahme der Kinder und Jugendlichen schlägt sich in weiten Stadtbereichen nieder. Die Ortsteile, die durch einen hohen Anteil an Seniorinnen und Senioren sowie Hochbetagten gekennzeichnet sind, bleiben hingegen stabil. Es sind vor allem durch Großwohnsiedlungsbau geprägte Siedlungsbereiche, deren Altersstruktur vergleichsweise homogen ist. Vor allem in Grünau-Ost, Grünau-Mitte, Schönenfeld-Ost sowie in Teilen von Sellerhausen-Stünz und Lößnig nimmt

die Zahl hochbetagter und damit häufiger allein lebender Einwohnerinnen und Einwohner zu.

Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund

Die Zahl der Migrantinnen und Migranten, insbesondere der Ausländerinnen und Ausländer, ist in den letzten fünf Jahren von einem kontinuierlichen Wachstum gekennzeichnet (s. Abb. 5). Der Migrantenanteil stieg von 8 % (2010) auf 12,3 % (2015), der Ausländeranteil von 5,1 % auf 8,1 %. Ende 2015 lebten mehr als 46.000 Ausländerinnen und Ausländern in Leipzig, darunter auch jene 4.230 Flüchtlinge, die im Jahr 2015 nach Leipzig kamen. Die größten Migrantengruppen stellen die Russische Föderation (7.720), Syrien (4.474), Polen (4.031), Ukraine (3.296) und Vietnam (3.211). Der Ausländeranteil bewegt sich bei kleinräumiger Betrachtung in einer Spanne von 0,5 % in Baalsdorf bis fast 40 % im Zentrum.² Besonders hohe Anteile weisen neben dem Zentrum die Ortsteile Zentrum-Südost, Volkmarshof und Neustadt-Neuschönefeld auf, in denen sich zum Teil Asylbewerberunterkünfte und Studentenwohnheime befinden. Es ist festzustellen, dass der Ausländeranteil in den Ortsteilen mit den höchsten Anteilen stärker steigt als in den anderen Ortsteilen.

Abb. 5 Einwohner/-innen nach Migrationshintergrund



Quelle: Amt für Statistik und Wahlen

Haushaltsstruktur

Entsprechend der wachsenden Einwohnerzahl nimmt auch die Zahl der Haushalte zu. 2015 umfasste die Gesamtzahl aller Haushalte, die über ein Haushaltegenerierungsverfahren ermittelt wurden, 325.444 Haushalte. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Personen in Wohngemeinschaften jeweils als Einpersonenhaushalte zählen. Die Zahl der tatsächlichen Wohnhaushalte ist hingegen geringer.

Die steigenden Geburtenzahlen sowie der steigende Anteil an Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung spiegeln sich auch in der zunehmenden Zahl an großen Haushalten wider. So wuchs die Zahl der Haushalte mit vier und mehr Personen seit 2010 um fast 19 % auf einen Anteil von 7,6 % (Tab. 1). Zugleich nahm die Zahl der Einpersonenhaushalte zu. 2015 betrug ihr Anteil an allen Haushalten 53 %.

Tab. 1: Zahl der Haushalte nach Haushaltsgröße und durchschnittliche Haushaltsgrößen in Leipzig 2010-2015

Haushalte		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2010-2015
		289.870	294.810	303.465	310.279	316.787	325.444	12,3%
darunter mit	1 Person	145.369	149.474	157.221	162.391	166.666	172.624	18,7%
	2 Personen	89.969	90.898	92.148	93.330	94.371	95.022	5,6%
	3 Personen	33.740	33.342	32.571	32.420	32.582	33.082	-2,0%
	4 Personen und mehr	20.792	21.096	21.525	22.138	23.168	24.716	18,9%
Einwohner je Haushalt		1,78	1,78	1,76	1,75	1,75	1,75	

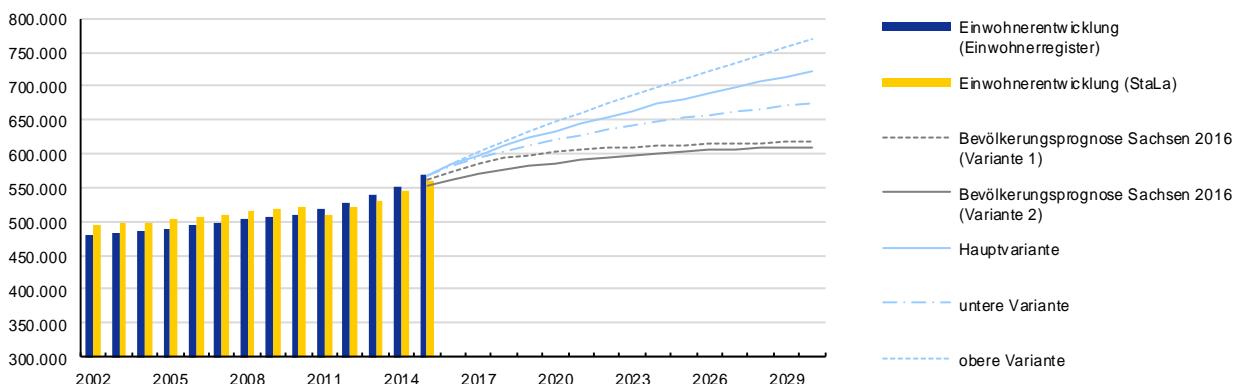
Quelle: Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Ordnungsamt Leipzig

² Der hohe Ausländeranteil im Zentrum resultiert aus der Interimsnutzung einer Immobilie als Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete zum Jahresende 2015. Dieser Anteil wird 2016 wieder deutlich zurückgehen.

2.1.4 Künftige Einwohnerentwicklung

Die städtische Bevölkerungsvorausschätzung 2016 erwartet in ihrer Hauptvariante eine kontinuierlich stark wachsende Einwohnerzahl um ca. 154.000 Personen (+27 %) auf rund 722.000 im Jahr 2030 (Abb. 6). In der oberen Variante steigt die Einwohnerzahl auf etwa 770.000, in der unteren auf fast 674.000. Die im selben Jahr veröffentlichte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamts Sachsen prognostiziert hingegen ein deutlich geringeres Wachstum für Leipzig. Danach wächst die Einwohnerzahl um lediglich 57.000 Personen (+10 %) auf 618.000 (Variante 1).

Abb. 6 Einwohnerentwicklung und Bevölkerungsvorausschätzung auf Basis des Einwohnerregisters sowie des Statistischen Landesamtes



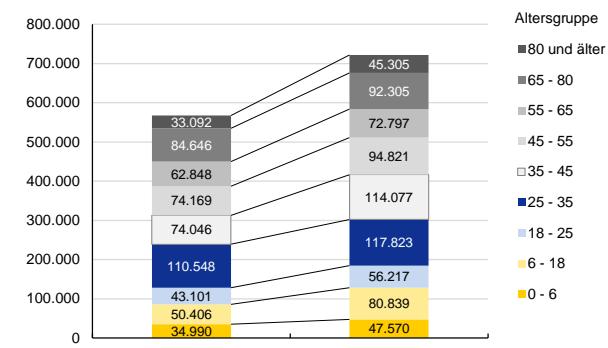
Quelle: Bevölkerungsvorausschätzung 2016 der Stadt Leipzig und regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes Sachsen (StaLa) 2016

Die prognostizierten Einwohnergewinne liegen im positiven Wanderungssaldo sowie in den wachsenden Geburtenüberschüssen begründet. Dabei nimmt in der Hauptvariante der städtischen Bevölkerungsvorausschätzung der Wanderungssaldo im Zeitverlauf ab, da künftig von kontinuierlich sinkenden Zuzügen bei etwa gleich bleibenden Fortzügen ausgegangen wird. Der Geburtenüberschuss hingegen wird aufgrund einer erwarteten leichten Zunahme der Fertilität (Kinderzahl je Frau) und einer steigenden Zahl fertiler Frauen bis 2030 steigen. Die Zahl der Geburten nimmt demzufolge von ca. 6.600 auf 8.300 Geburten pro Jahr deutlich stärker zu als die Sterbefälle (von 6.200 auf 6.700).

Mit dem Einwohnerwachstum geht eine Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung einher (Abb. 7). Hierbei wachsen bis 2030 die Altersgruppe der 6- bis unter 18-Jährigen mit 60 % bzw. 30.000 Personen sowie die Altersgruppe der 35- bis unter 45-Jährigen mit 54 % bzw. 40.000 Personen besonders stark. Darüber hinaus nehmen auch die Zahlen der unter 6-Jährigen (+36 %), der 18- bis 25-Jährigen (+30 %) sowie der hochaltrigen Personen über 80 Jahre (37 %) überdurchschnittlich zu. Die in den vergangenen Jahren stark gewachsene Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen wird in den kommenden Jahren, bedingt durch die Geburtenausfälle der 1990er Jahre, mit lediglich 6,6 % weniger stark wachsen.

Einschätzungen über die künftige Einwohnerentwicklung in der Region Leipzig liefert die regionalisierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes. Danach wachsen die Umlandgemeinden von Leipzig stärker als die weiter entfernt gelegenen Gemeinden. Die Umlandgemeinden von Leipzig sind zunächst durch einen leichten Bevölkerungsanstieg geprägt. Bis 2030 allerdings sinken die Einwohnerzahlen und fallen wieder zurück auf die Werte von 2014.

Abb. 7 Vorausgeschätzte Einwohnerentwicklung bis 2030 in Leipzig nach Altersgruppen



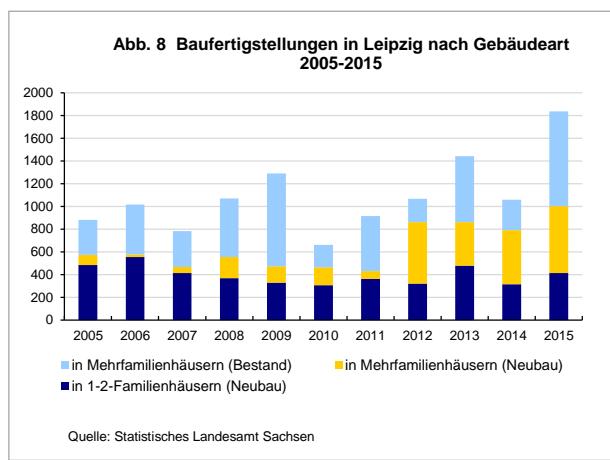
Quelle: Bevölkerungsvorausschätzung 2016 der Stadt Leipzig und regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes Sachsen 2016

2.1.5 Wohnen

Wohnungsbestand und Bautätigkeit

Leipzig verfügt über ein attraktives, vielfältiges Wohnungsangebot. Im Jahr 2015 befanden sich 88 % der insgesamt 332.676 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern und 12 % in Ein- und Zweifamilienhäusern. Einhergehend mit der enormen Einwohnerentwicklung hat sich die Dynamik auf der Angebotsseite des Wohnungsmarktes erhöht.

Wenngleich die offizielle Baustatistik hierzu kein vollständiges Bild liefert, werden vermehrtes Neubau- geschehen und fortlaufende Sanierungstätigkeiten beobachtet. Bis 2012 bewegte sich die Bautätigkeit auf einem Niveau von rund 1.000 fertiggestellten Wohnungen pro Jahr. Ihre Zahl stieg auf 1.837 Wohnungen im Jahr 2015. Insgesamt hat die Bedeutung des Mehrfamilienhausneubaus in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen (Abb.8).



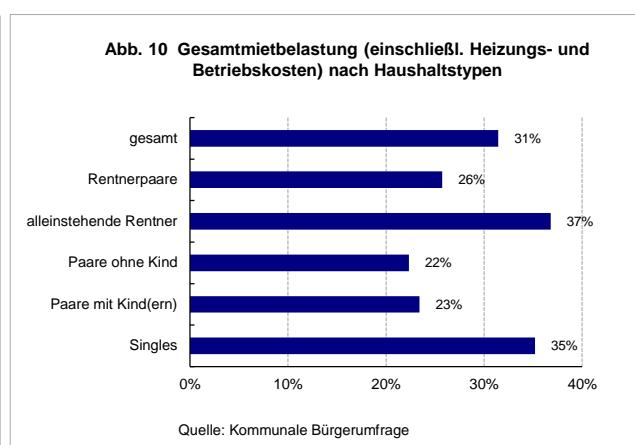
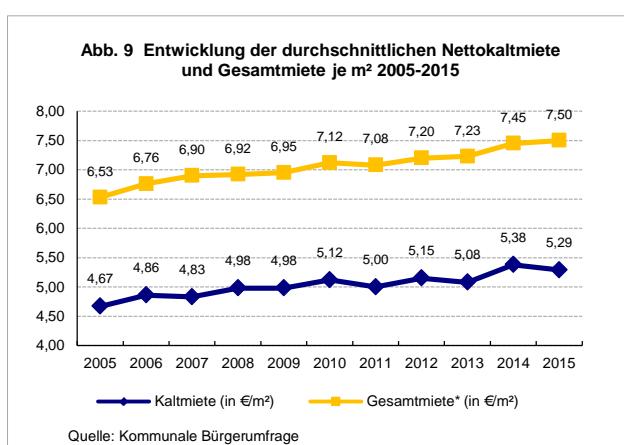
Der Neubau von Mehrfamilienhäusern geschieht vorwiegend in den innerstädtischen Ortsteilen durch Lückenschließung und -bebauung. Konstant ein Drittel der neu errichteten Wohnungen entstehen im individuellen Wohnungsbau, ein Viertel davon in innerstädtischen Ortsteilen. Hinweise für eine auch künftig erhöhte Bautätigkeit liefert eine Recherche aktueller und in den kommenden Jahren geplanter Wohnungsbauvorhaben mit mehr als 50 Wohnungen. Danach ist in den kommenden Jahren der Bau von mindestens 11.000 neuen Wohnungen geplant mit räumlichen Schwerpunkten östlich und südlich des Zentrums, auf dem ehemaligen Kasernengelände in Möckern und im Leipziger Westen (Stand: Januar 2016).

Leerstand

Ende 2015 standen in Leipzig geschätzt insgesamt etwa 19.000 Wohnungen leer. Das entspricht einer Leerstandsquote von knapp 6 %. Damit hat sich der Leerstand seit der Wohnungs- und Bestandserhebung im Rahmen des Zensus 2011 von rund 40.000 leer stehenden Wohnungen und 12 % halbiert. Etwa die Hälfte der Leerstände sind dem marktaktiven, d. h. kurzfristig beziehbaren Leerstand zuzurechnen.

Mieten und Mietbelastung

Die Mietpreisentwicklung in Leipzig ist sowohl durch einen Anstieg als auch durch räumliche und segmentbezogene Ausdifferenzierungen gekennzeichnet. Im Jahr 2015 betrug die durchschnittliche Nettokaltmiete im Bestand 5,29 €/m² (Median, Abb. 9).



Betrachtet man einen laufenden Dreijahresdurchschnitt, so ist die durchschnittliche Bestandsmiete zwischen 2010 und 2015 um 4,4 % gestiegen. Das Mietniveau differiert in den Leipziger Ortsteilen. Die höchsten Durchschnittsmieten werden im unmittelbaren Stadtzentrum (über 6,00 €/m²) und die niedrigsten Durchschnittsmieten (unter 4,80 €/m²) in den vorwiegend durch Großsiedlungen geprägten Ortsteilen und Volkmarsdorf festgestellt. Die durchschnittliche Gesamtmiete (laufender Dreijahresdurchschnitt) stieg zwischen 2010 und 2015 um 5,7%. Laut Kommunaler Bürgerumfrage 2015 betrug die Gesamtmiete 7,50 €/m². Im bundesweiten Vergleich stellen sich die Leipziger Mieten noch immer günstig dar.

Die Gesamtmietbelastung, die den Anteil der Miete einschließlich der Heizungs- und sonstigen Mietkosten am Haushaltsnettoeinkommen darstellt, betrug 2015 31 % (Abb. 10). Trotzdem ist die Gesamtmietbelastung in den vergangenen Jahren leicht rückläufig, da das durchschnittliche Nettoeinkommen der Leipziger Haushalte gestiegen ist. Die Kaltmietbelastung blieb stabil bei 22 %. Die Mietbelastung variiert jedoch zwischen den verschiedenen Haushaltstypen und nach Einkommenshöhe. Die höchste Mietbelastung weisen die Haushalte mit geringen Einkommen und – bezogen auf Haushaltstypen – alleinstehende Rentner und andere Einpersonenhaushalte auf.

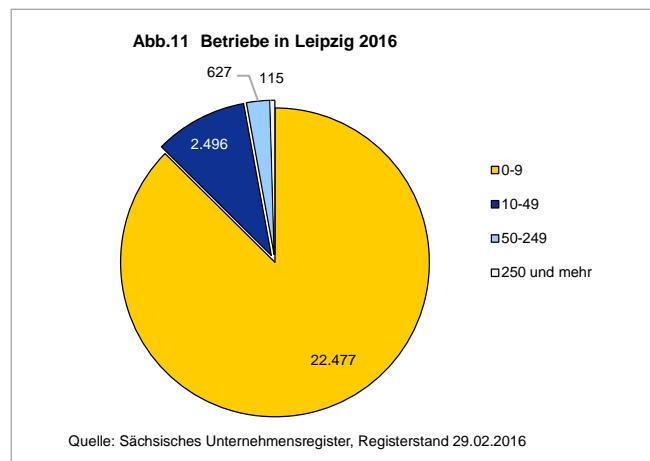
2.2 Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung

Nach 25 Jahren Deutscher Einheit wird deutlich, dass immer noch der grundlegende Strukturumbruch und der marktwirtschaftliche Neubeginn zu berücksichtigen sind. Unter anderem daraus lassen sich einige der nach wie vor bestehenden Unterschiede in der Betrachtung der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur im gesamtdeutschen Vergleich ableiten.

2.2.1 Wirtschaftsstruktur

Charakteristisch für Leipzigs Wirtschaftsstruktur ist eine ausgeprägte Branchenvielfalt. Die Betriebsgrößenstruktur ist durch eine Vielzahl kleinerer Unternehmen geprägt, die überwiegend auf den regionalen und nationalen Markt ausgerichtet sind. Daneben existieren nur wenige sehr große Betriebe mit

zum Teil starker globaler Absatzorientierung. 87 % der Betriebe (ca. 22.500) in Leipzig sind Kleinstbetriebe mit weniger als 10 Mitarbeitern (Abb.11). Bei ihnen arbeiten rund 14 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Auf die 115 Großbetriebe mit mehr als 250 Beschäftigten entfallen 37 % der Beschäftigten. Die Großbetriebe weisen durchschnittlich weniger Beschäftigte je Betrieb auf als im Bundesdurchschnitt. Zwischen 2008 und 2016 hat die Anzahl der Betriebe um 12 % zugenommen, am stärksten die Betriebe in der Größenklasse 10 bis 49 Beschäftigte mit einem Plus von 26 %. Damit ergab sich hier im gesamtdeutschen Vergleich ein stärkeres Wachstum.



Die städtische Wirtschaftspolitik fokussiert sich seit mehreren Jahren auf die Förderung von Zukunftsbranchen, die im Rahmen der Leipziger Cluster-Strategie gezielt unterstützt und vernetzt werden. Hierbei handelt es sich um folgende Wirtschaftscluster:

- Automobil- & Zuliefererindustrie
- Gesundheitswirtschaft & Biotechnologie
- Energie- & Umwelttechnik
- Logistik
- Medien & Kreativwirtschaft

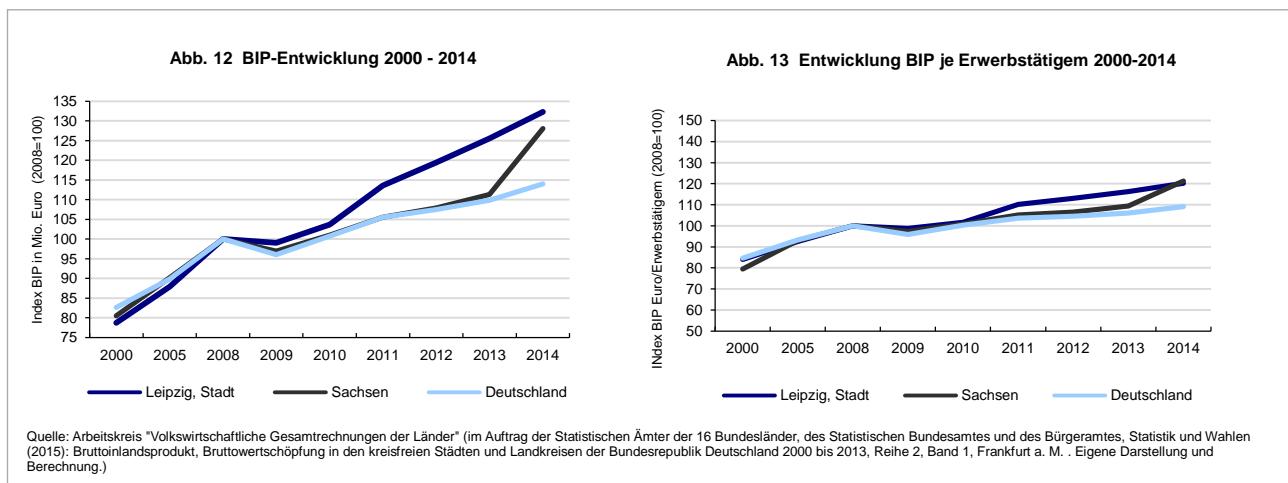
Laut Angaben des sächsischen Unternehmensregisters waren 2016 rund 42 % der Betriebe in der Stadt Leipzig diesen Clustern zuzuordnen und in ihnen über die Hälfte (57 %) aller Beschäftigten tätig. Zudem sind diese Betriebe überdurchschnittlich an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt. Sowohl die Zahl der Betriebe als auch die der Beschäftigten stieg stärker als in den Betrieben ohne

Clusterzugehörigkeit.

2.2.2 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Die Betriebe und Unternehmen in Leipzig erwirtschafteten im Jahr 2014 insgesamt 17 % des gesamten Bruttoinlandsproduktes (BIP) des Freistaates Sachsen (18.418 von 108.592 Mio. Euro). Von 2008 bis 2013 produzierten die Unternehmen 32 % mehr Waren und Dienstleistungen. Die Steigerung ist hauptsächlich auf Entwicklungen seit 2011 zurückzuführen. Der Rückgang infolge der Wirtschaftskrise 2009 fiel in Leipzig wesentlich gemäßigter aus als im Bundes- oder Landesdurchschnitt (Abb. 12).

Auch im Hinblick auf die Entwicklung des Produktivitätsniveaus, welches sich an der Entwicklung des BIP je Erwerbstätigem misst, weist Leipzig hohe Zuwachsrate auf (Abb. 13). Das BIP je Erwerbstätigem stieg in diesem Zeitraum um 20% und betrug 2014 etwa 57.000 Euro. Die Entwicklung war deutlich stärker als in Sachsen und Deutschland. Folgerichtig stieg das durchschnittliche BIP je Erwerbstätigem von 76 % des Bundesdurchschnitts im Jahr 2008 auf 83,5 % im Jahr 2014. Die Arbeitnehmer-

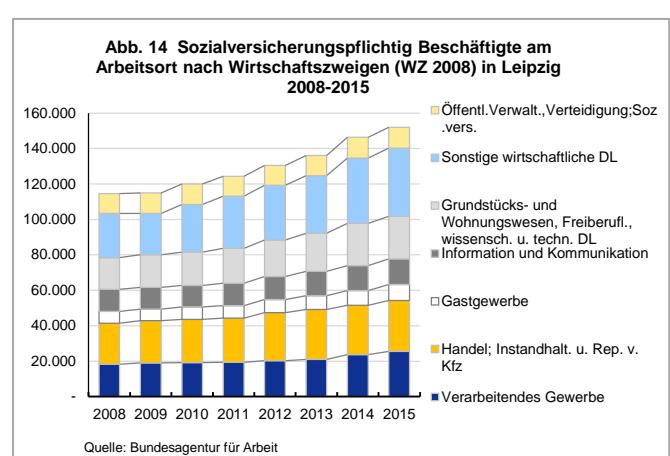


entgelte je Arbeitnehmer haben sich seit 2008 vergleichbar zur deutschen und sächsischen Gesamtentwicklung verhalten entwickelt, so dass sie weiterhin auf etwa 85 % des Bundesniveaus liegen. Etwa 80 % der Bruttowertschöpfung entfielen im Jahr 2014 auf den Dienstleistungssektor und fast 20 % auf das produzierende Gewerbe. Dabei nahm die Bruttowertschöpfung zwischen 2008 und 2014 im Verarbeitenden Gewerbe mit 75 % besonders stark zu, gefolgt von einem 31-prozentigen Anstieg im Dienstleistungsbereich „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“.

2.2.3 Erwerbstätigkeit

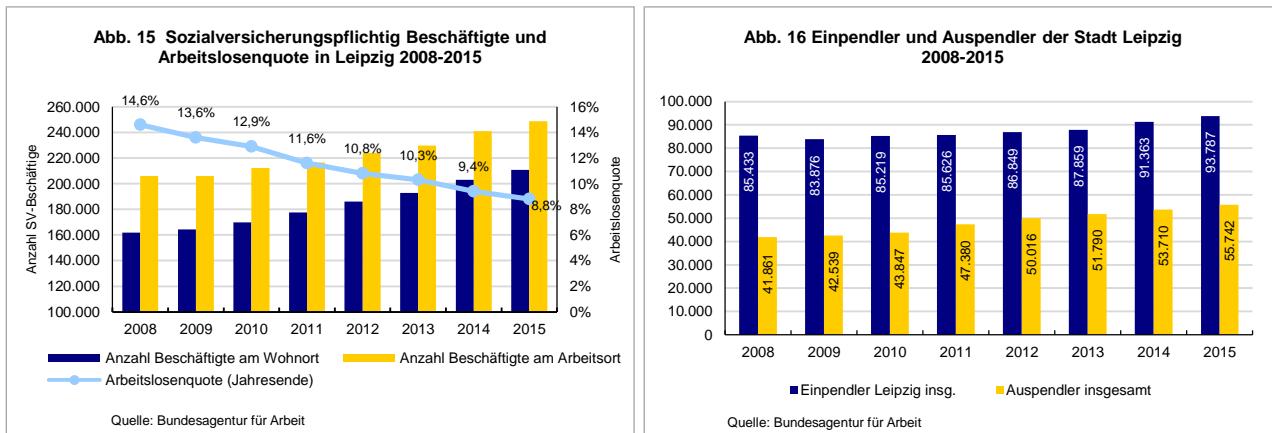
Im Zeitraum zwischen Juni 2008 und Juni 2015 wurden in Leipzig ca. 21 % (ca. 43.000) neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen (Abb. 14). Die meisten neuen Beschäftigungsverhältnisse entstanden im Bereich der „Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen“ (ca. 13.000). Darunter fällt auch der Wirtschaftszweig der „Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften“, welcher mit ca. 6.000 Beschäftigten zum Wachstum beitrug.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung führte auch dazu, dass von 2008 bis 2015 die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort sogar um 30 % auf 210.795 stieg (Abb. 15). Damit profitierten die in Leipzig Wohnenden stärker vom Zuwachs der Beschäftigtenzahlen in Leipzig als die nicht in Leipzig Wohnenden. Das wird auch an den Berufspendler-Zahlen deutlich. Hier

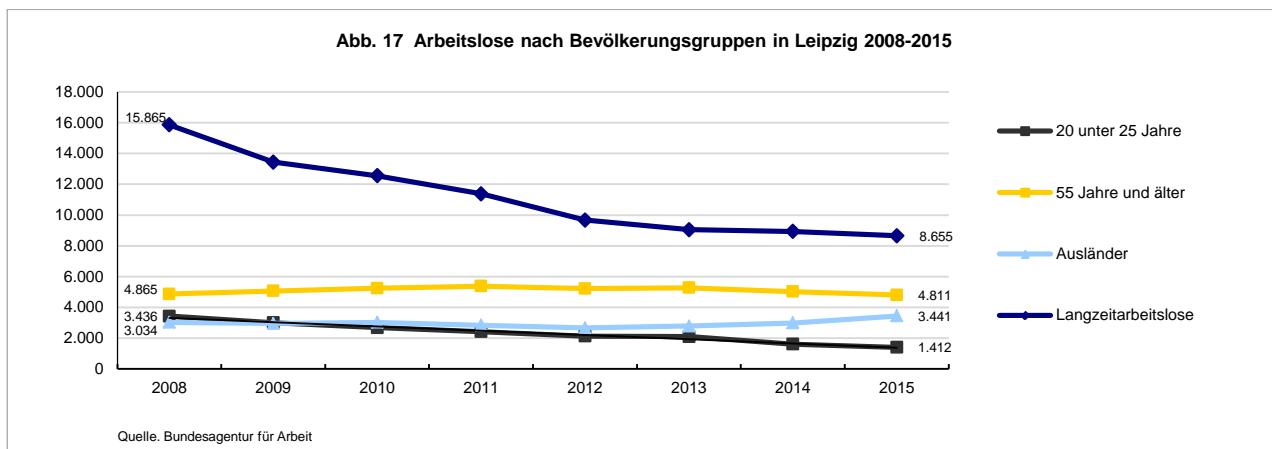


hat sich der Anteil der Einpendler an den Beschäftigten in Leipzig in den letzten Jahren ständig verringert und betrug 2015 rund 38 %.

Sowohl Einpendler- als auch Auspendler-Zahlen erreichten 2015 einen neuen Höchstwert und spiegeln damit die positive Entwicklung in der Region wider (Abb.16). Diese Entwicklung ist Folge eines fast ununterbrochenen Zuwachses der Pendlerzahlen seit zehn Jahren, mit einer steigenden Dynamik ab 2013. Die Verflechtungen mit dem Umland nehmen weiter zu. Einerseits steigt die Zahl der Auspendler z.B. nach Schkeuditz (Flughafen, DHL), andererseits steigen die Einpendler aus den direkt an die Stadt Leipzig angrenzenden Gemeinden. Dort wohnende Beschäftigte arbeiten z.T. zu über 50 % in Leipzig.



Die Anzahl der Arbeitslosen nahm zwischen 2008-2015 von rund 36.800 auf 25.460 ab und die Arbeitslosenquote sank um fast 6 Prozentpunkte auf 8,8 % (Abb. 15). Dabei stellt sich die Situation einzelner Bevölkerungsgruppen unterschiedlich dar (Abb. 17). So lag die Anzahl der Arbeitslosen bei der Gruppe der Ausländer Ende 2015 mit 3.441 Personen deutlich über dem städtischen Mittelwert. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen ging in diesem Zeitraum um 45 % zurück und betrug im Jahr 2015 8.655 Personen.

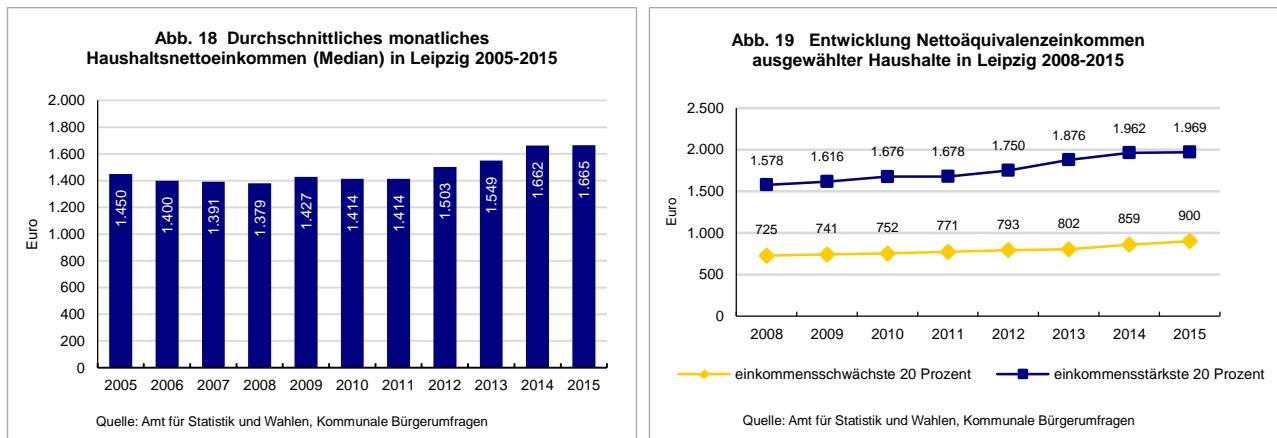


2.3 Soziale Teilhabe, Bildung und Kultur

2.3.1 Soziale Teilhabe

Einkommen

Die Einkommenssituation in Leipzig zeigt seit 2012 einen Aufwärtstrend: nachdem das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen bis 2011 auf einem Niveau von etwa 1.400 Euro lag, ist es bis 2015 auf ca. 1.665 Euro angestiegen (Abb. 18). Dabei ist der Anteil der Haushalte, denen ein monatliches Nettoeinkommen von mehr als 2.300 Euro zur Verfügung steht, in den vergangenen Jahren kontinuierlich auf insgesamt 30 % gestiegen. Der Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1.100 Euro ist auf 23 % zurückgegangen.



Die Einkommensunterschiede haben sich in den letzten Jahren leicht vergrößert (Abb. 19). So sind im Zeitraum 2008 bis 2015 die Einkommen der einkommensstärksten 20 % der Haushalte etwas stärker gestiegen als die Einkommen der einkommensschwächsten 20 % (+24,8% bzw. +24,1 %). Im bundesweiten Vergleich sind die Einkommensunterschiede in Leipzig vergleichsweise gering. So haben die einkommensstärksten 20 % in Leipzig etwas mehr als doppelt (2,3) so viel Einkommen zur Verfügung wie die einkommensschwächsten 20 %, im Bundesdurchschnitt dagegen mehr als das Vierfache (4,3).

Einkommensarmut und Armutsgefährdung

Die positiven Entwicklungen der letzten Jahre auf dem Arbeitsmarkt haben zu einem Rückgang der Einkommensarmut in Leipzig geführt. Gleichwohl gilt nach wie vor ein großer Teil der Bevölkerung als einkommensarm: 13,7 % der Bewohner (ca. 77.800 Personen) lebten im Jahr 2015 von Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Mit Blick auf 2008 zeigt sich ein deutlicher Rückgang um fast 6.300 Personen bzw. ca. 7 %. Je nach Rechtsgrundlage ist die Entwicklung aber verschieden: während die Zahl der Empfänger/-innen von Leistungen nach dem SGB II rückläufig ist, nimmt die Zahl der Empfänger/-innen nach SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz zu (Tab. 2).

Tab. 2 Empfänger/-innen von Leistungen der sozialen Mindestsicherung in Leipzig 2008 bis 2015

Kennziffer	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Leistungsempfänger insgesamt	84.088	83.771	79.751	77.040	75.606	76.075	76.170	77.804
davon:								
Leistungen nach SGB II (Regelleistungsempfänger Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)	79.030	78.624	74.260	71.292	69.093	68.982	67.751	66.409
Sozialhilfe nach SGB XII (Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung)	4.301	4.332	4.551	4.836	5.255	5.531	5.996	6.210
Regelleistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz	757	815	940	912	1.258	1.562	2.423	5.185
Anteil an Einwohnern in %	16,7	16,6	15,7	14,9	14,3	14,1	13,8	13,7

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Sachsen, eigene Berechnung

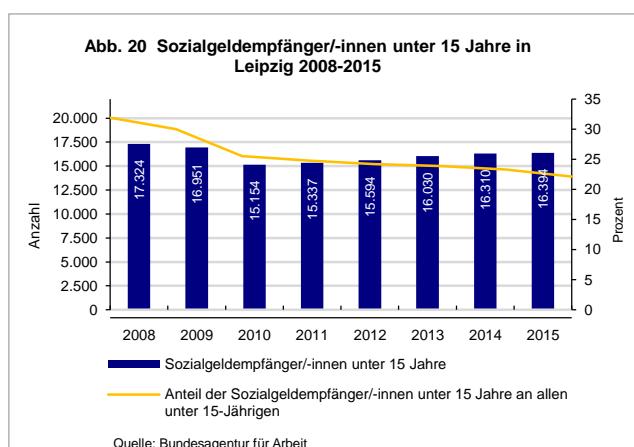
Bezogen auf die 60 %-Grenze des Leipziger Äquivalenzeinkommens ergibt sich für die Stadt Leipzig im Jahr 2015 eine Armutgefährdungsquote von 16,9 %. Sie lag somit leicht über dem Niveau der Vorjahre. Aufgrund der niedrigeren durchschnittlichen Einkommen in Leipzig fallen die Armutgefährdungsquoten, bezogen auf den sächsischen bzw. den gesamtdeutschen Median der Äquivalenzeinkommen, höher aus (18,2 % bzw. 25,1 %).

Altersarmut

In Leipzig beziehen zunehmend Personen Grundsicherung im Alter, da sie aufgrund unterbrochener Erwerbsbiografien sowie der Höhe der erzielten vormaligen Arbeitseinkommen zu wenig Rentenansprüche erworben haben, um dauerhaft ihren Lebensunterhalt absichern zu können. Ein wachsender Teil befindet sich in Teilzeit- bzw. Niedriglohn-Beschäftigungsverhältnissen. Die Grundsicherung im Alter erlangt somit zunehmend an Bedeutung für Personen, die dauerhaft auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II angewiesen waren und sind. Die Zahl der Personen, die nach einem Leistungsbezug SGB II anschließend oder mit Übergangszeit in die Grundsicherung im Alter wechseln, steigt jährlich. 2015 bezogen 2.811 Personen Grundsicherung im Alter. Das sind 2,4 % der über 65-Jährigen. Seit der Einführung dieser gesetzlichen Leistung im Jahr 2003 erhöhte sich die Zahl der Personen mit Grundsicherung im Alter bis 2015 um fast 1.600 Personen. Rund 8 % der Leistungsbezieher/-innen leben in stationären Einrichtungen, der größte Anteil mit mehr als 90 % wohnt in der eigenen Wohnung.

Kinderarmut

In fast 30 % aller Bedarfsgemeinschaften in Leipzig (ca. 11.800) lebte zum Jahresende 2015 mindestens ein Kind. Fast zwei Drittel dieser Bedarfsgemeinschaften sind Alleinerziehende mit ihren Kindern.



Insgesamt waren im Jahr 2015 16.394 Kinder (22,1 %) unter 15 Jahren auf Sozialgeldzahlungen angewiesen. Ihr Anteil an allen unter 15-Jährigen ist seit mehreren Jahren rückläufig: von 2008 bis 2015 verringerte er sich um ca. 8 Prozentpunkte. Allerdings steigt die absolute Zahl seit 2013 wieder leicht. Sehr auffällig sind die räumlichen Unterschiede. In drei Ortsteilen (Neustadt-Neuschönefeld, Volkmarshof und Grünau-Mitte) erhalten mehr als die Hälfte aller Kinder unter 15 Jahren Sozialgeld, in weiteren fünf Ortsteilen (Schönefeld-Abtnaundorf, Mockau-Süd, Paasdorf, Grünau-Ost und Grünau-Nord) mehr als 40 % (siehe auch 2.3.3).

2.3.2 Bildung

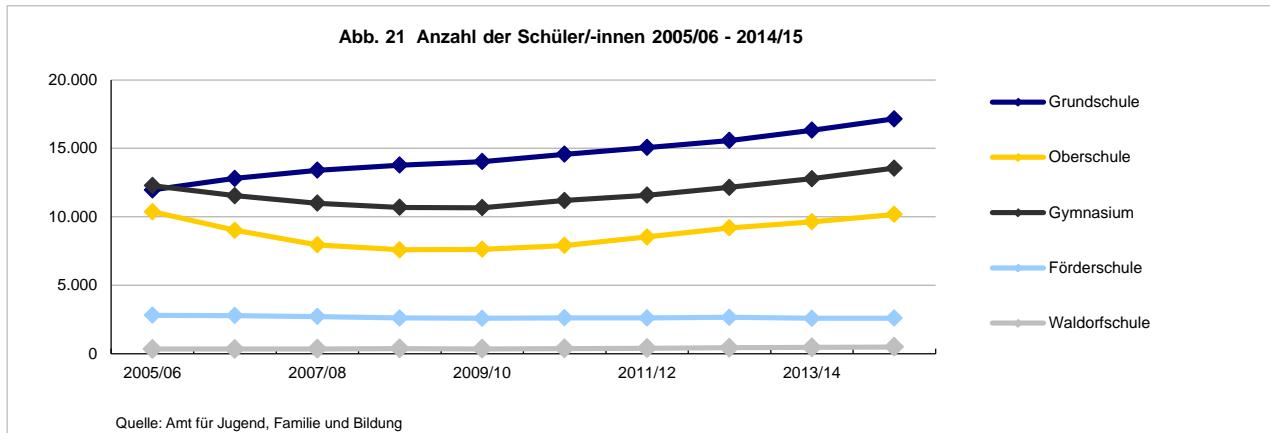
Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen wurde seit 2005 um mehr als 13.000 Plätze bzw. mehr als 80 % erhöht. Die Zunahme der Betreuungskapazitäten fiel stärker aus als das Wachstum in der entsprechenden Altersgruppe der unter 6-Jährigen. Dennoch ist auch weiterhin ein weiterer Kapazitätsausbau erforderlich, insbesondere in den innerstädtischen, demografisch wachsenden Stadträumen sowie vor dem Hintergrund der steigenden Geburtenzahlen und der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz.

Schulen

Einhergehend mit dem Einwohnerzuwachs und der Zunahme der Kinder- und Jugendlichenzahl nahm auch die Zahl der Schüler/-innen zu. Während die Zahl der Grundschüler/-innen kontinuierlich stieg, wies die Zahl der Schüler/-innen der weiterführenden Schulen erst ab 2009/10 eine Zunahme auf (Abb. 21).

Die Zusammensetzung der Schülerschaft wird zunehmend vielfältiger und internationaler. Die Gruppe der Lernenden mit Migrationshintergrund ist in den letzten Jahren über 10 % gewachsen, ihr Anteil betrug 2015/16 15,8 %. Auch die Anzahl der integrativ unterrichteten Schüler/-innen war durch eine starke Dynamik geprägt. Mittlerweile wird jede/-r Dritte mit sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ un-



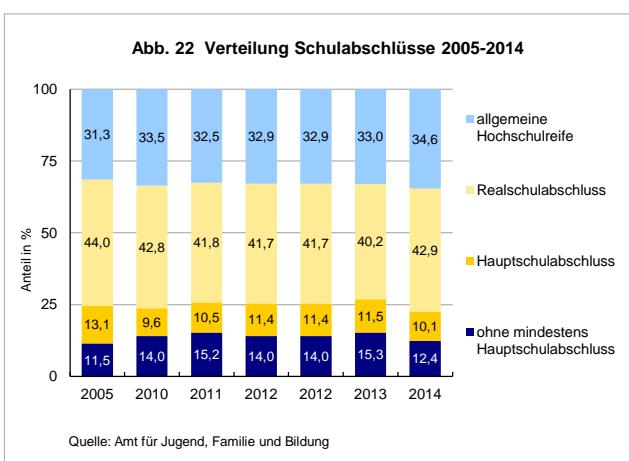
terrichtet.

In vielen Etappen der Bildungsbiographie wird eine hohe sozialräumliche Selektivität von Bildungsleistungen sichtbar. Besonders deutlich werden diese räumlichen Ungleichgewichte bei der Analyse der Bildungsempfehlungen an Grundschulen nach der Klassenstufe 4. Im dreijährigen städtischen Mittelwert (2013 - 2015) bekamen etwas mehr als die Hälfte der Grundschüler/-innen eine Empfehlung für das Gymnasium. Über das Stadtgebiet sind dabei sehr große Unterschiede festzustellen. Eine Konzentration an Grundschulen mit geringen Anteilen gymnasialer Bildungsempfehlungen lag im Leipziger Osten. Hier erreichte keine Schule im Dreijahresmittel Werte über 35 %.

An den meisten dieser Schulen fielen die Anteile noch geringer aus und bewegten sich zwischen 20 % und 25 %. Weitere räumliche Schwerpunkte mit niedrigen Anteilen gymnasialer Bildungsempfehlungen liegen in Grünau. Die höchsten Anteile wurden in den Ortsteilen entlang des Auwaldes festgestellt. Zwischen den Ortsteilen Zentrum-Nordwest und Südvorstadt bekamen mindestens zwei Drittel der Viertklässler/-innen eine Bildungsempfehlung für ein Gymnasium. Die städtischen Maximalwerte lagen mit mehr als 90 % in den Ortsteilen des Stadtbezirks Mitte und mit 78,6 % in Schleußig.

2014 erlangten etwa 35 % der Schüler/-innen die Hochschulreife. Im Vergleich zu 2005 lag dieser Wert um 3,3 Prozentpunkte höher (Abb. 22). Hingegen schwankten die Anteile der Schüler/-innen mit einem Realschulabschluss zwischen 40 % und 44 % sowie mit einem Hauptschulabschluss zwischen 10 % und 13 %. Leipzig ist ferner durch einen relativ hohen Anteil von Schulabgänger/-innen ohne mindestens einen Hauptschulabschluss gekennzeichnet. 2015 traf dies auf mehr als 373 Schüler/-innen zu

(11,4 %). An vielen Förderschulen können die Jugendlichen keinen qualifizierten Schulabschluss ablegen, sodass in den vergangenen Jahren stets zwischen 75 % und 85 % der Förderschulabgänger/-innen ohne mindestens einen Hauptschulabschluss verblieben. Pro Schuljahr verließ aber auch mehr als jede/-r zehnte Schüler/-in einer Mittel-/Oberschule die Schule ohne mindestens einen Hauptschulabschluss, mehr als doppelt so viele wie im Landesdurchschnitt. In der räumlichen Verteilung zeigten vor allem die Schulen in Grünau und im Leipziger Osten, den Schwerpunktgebieten der integrierten Stadtteilentwicklung, deutlich überdurchschnittliche Werte (mehr als 20 %).



Berufsausbildung

2015/16 befanden sich insgesamt 14.432 Jugendliche und junge Erwachsene an einer der berufsbil-

denden Schulen in Leipzig in Ausbildung. Der starke Geburtenrückgang der Nachwendezeit wirkte sich bis in das Schuljahr 2014/15 aus. Demografisch bedingt sank so die Schülerzahl an den berufsbildenden Schulen seit mehreren Jahren stetig und erreichte 2014/15 einen vorläufigen Tiefpunkt. Insgesamt lag die Schülerzahl an berufsbildenden Schulen um knapp 30 % niedriger als noch fünf Jahre zuvor. Die Dynamik der negativen Entwicklung ist allerdings deutlich zurückgegangen und die Schulnetzplanung der Stadt Leipzig geht ab 2016/17 von einem moderaten Wiederanstieg aus.

Hauptstandbein der Berufsausbildung ist die duale Ausbildung. Sie steht aufgrund der unmittelbaren Marktbezogenheit im Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit von verlässlichen Ausbildungsplatzangeboten und der Abhängigkeit von konjunkturellen Entwicklungen. Formal wenig qualifizierte junge Menschen fanden sich zumeist in den Maßnahmen des Übergangssektors wieder, welcher in Leipzig aufgrund des hohen Anteils von Schulabgänger/-innen ohne mindestens einen Hauptschulabschluss eine besondere Relevanz besitzt.

Hochschulen

Als zweitältester Universitätsstandort Deutschlands, an dem ohne Unterbrechung geforscht und gelehrt wird, kann Leipzig auf eine langjährige Tradition der akademischen Forschung und Lehre zurückblicken. Mit einer Universität, zwei Kunsthochschulen, sechs Fachhochschulen, einer Berufsakademie und fast 40 Forschungsinstituten, An-Instituten und wissenschaftlichen Zentren hält Leipzig eine vielfältige Wissenschaftslandschaft mit einem breitem Fächerspektrum vor. Die Studienanfängerzahlen stiegen in Leipzig in den letzten fünf Jahren von etwa 6.000 auf knapp 6.600 im Wintersemester 2015/16. Insgesamt waren knapp 37.000 Studierende an den Leipziger Hochschulen immatrikuliert. Der aktuelle Entwurf des Hochschulentwicklungsplans des Freistaates Sachsen sieht allerdings an den Universitäten und Kunsthochschulen eine Reduzierung der Kapazitäten um 12-14 % vor und steht damit im Widerspruch zu den Wachstumstendenzen in Leipzig.

2.3.3 Sozioökonomische Differenzierung der Ortsteile

Mit der sozioökonomischen Differenzierung werden Ortsteile in Leipzig identifiziert, in denen, gemessen an den verwendeten Indikatoren³ in den Themenfeldern Arbeit, Einkommen und Bildung, eine hohe Konzentration sozialer Problemlagen zu beobachten ist und aus denen sich ein erhöhter Aufmerksamkeitsbedarf ableiten lässt. Hierfür wird sowohl der aktuelle Status (2015) als auch die Entwicklung über die letzten zwei Jahre (2013–15) von jedem Ortsteil gesondert betrachtet.

Im Ergebnis wurden zwei räumliche Schwerpunkte identifiziert – im Osten und im Westen der Stadt – in denen sich die sozioökonomischen Problemlagen konzentrieren und hohe Aufmerksamkeitsbedarfe entstehen (siehe Karte 3). Im östlichen Stadtgebiet sind dies die Ortsteile Volkmarshof, Neustadt-Neuschönefeld, Schönefeld-Abtnaundorf, Paunsdorf, Mockau-Süd, Schönefeld-Ost, Anger-Crottendorf und Sellerhausen-Stünz. Im westlichen Stadtgebiet sind es Schöna, Grünau-Nord, Lausen-Grünau, Grünau-Mitte, Grünau-Ost und Kleinzschocher. Diese Ortsteile sind vor allem durch eine hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, einen hohen Anteil von Bürgerinnen und Bürgern (Erwerbslose und Geringverdiener), die auf SGB-II-Leistungen angewiesen sind, sowie durch hohe Anteile von Bildungsempfehlungen für Oberschulen. Einige der Ortsteile mit hohem Aufmerksamkeitsbedarf weisen jedoch eine überdurchschnittliche Verbesserung der sozioökonomischen Situation von 2013–2015 und demzufolge einen abnehmenden Aufmerksamkeitsbedarf auf (Volkmarshof, Anger-Crottendorf und Kleinzschocher). Im Ortsteil Grünau-Ost steigt hingegen der Aufmerksamkeitsbedarf.

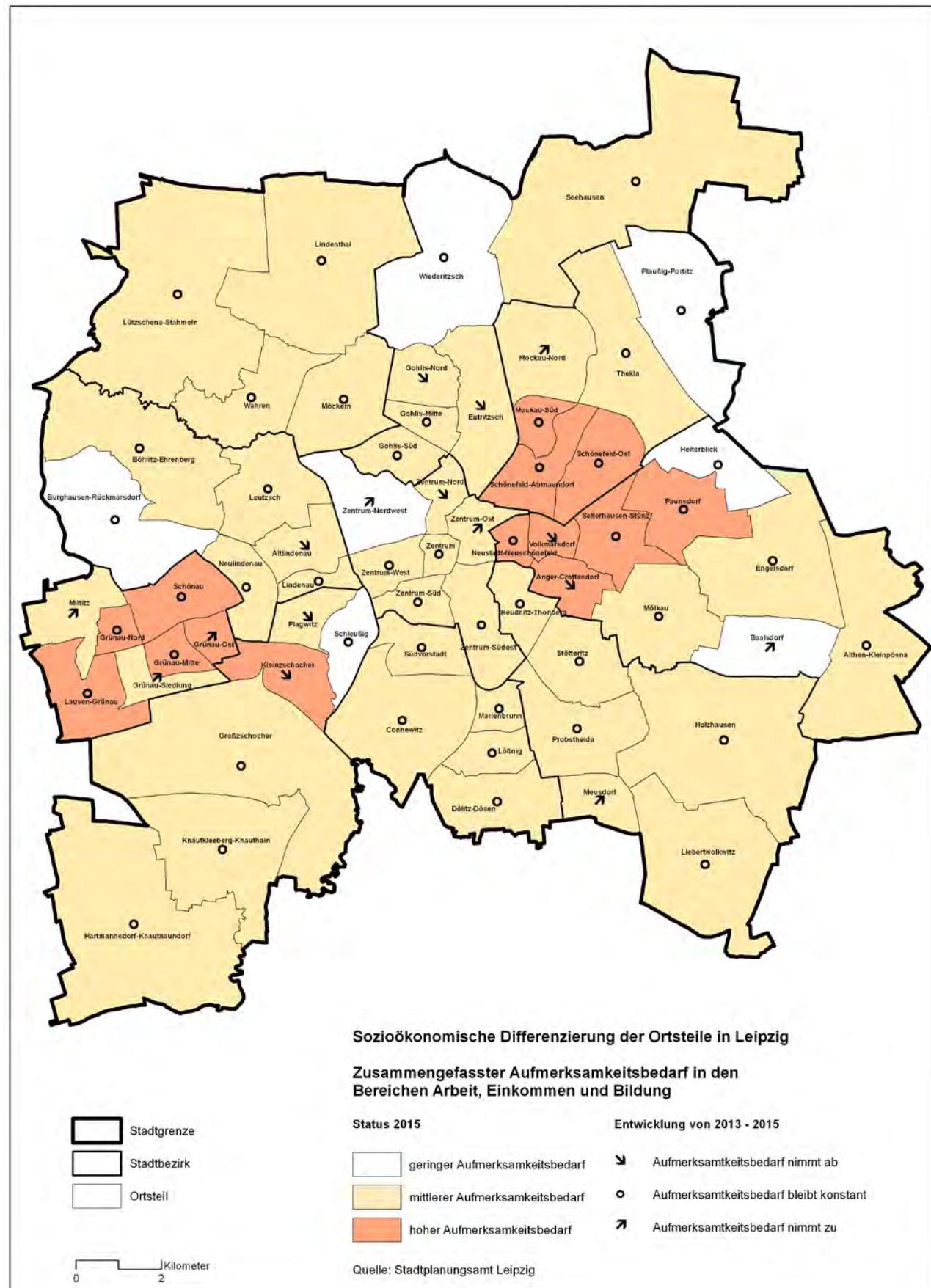
Das übrige Stadtgebiet weist aufgrund seiner Indikatorenkonstellation einen mittleren Aufmerksamkeitsbedarf mit größtenteils konstanten Entwicklungen auf. Allerdings steigt in vier Ortsteilen (Mockau-Nord, Zentrum-Ost, Miltitz, Meusdorf) der Aufmerksamkeitsbedarf überdurchschnittlich an.

³ Verwendete Indikatoren:

Arbeitslosigkeit: Anteil arbeitsloser Personen an den Einwohner/-innen im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 65 Jahren) in Prozent, Langzeitarbeitslosigkeit (Anteil Langzeitarbeitsloser Personen an den Einwohner/-innen im erwerbsfähigen Alter in Prozent),

Einkommen: SGB-II-Quote (Personen in Bedarfsgemeinschaften (PERS) als Anteil an den unter 65-Jährigen), Anteil der Sozialgeldbeziehenden unter 15 Jahre an den unter 15-Jährigen, Anteil der Grundsicherungsleistungsbeziehenden nach dem SGB XII an den 65-Jährigen und älteren

Bildung: Anteil der Lernfördererschüler/-innen an den 6-15-Jährigen, Anteil der Bildungsempfehlungen für Oberschulen an allen ausgesprochenen Empfehlungen

Karte 3 Sozioökonomische Differenzierung der Leipziger Ortsteile

2.3.4 Kultur

Politische und finanzielle Rahmenbedingungen

Die Verfassung des Freistaates Sachsen hält in Artikel 2 das Verständnis als eines der Kultur verpflichteten Bundeslandes fest: „Der Freistaat Sachsen ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland. Er ist ein demokratischer, dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Kultur verpflichteter sozialer Rechtsstaat.“ Leipzig profitiert davon, dass der Freistaat Sachsen, und dies ist deutschlandweit einmalig, mit dem Sächsischen Kulturräumgesetz die Förderung von Kunst und Kultur zur staatlichen Pflichtaufgabe erhebt: „Im Freistaat Sachsen ist die Kulturpflege eine Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise“ (§ 2 Zielsetzung). Damit wird der Kultur in Sachsen und in Leipzig eine herausragende Rolle zugesprochen.

Der Anteil der Kulturausgaben am Gesamthaushalt der Stadt Leipzig lag im Jahr 2016 bei 8,67 %⁴ und hat sich seit 2012 in einem ähnlichen Rahmen bewegt (2012: 8,41 %, 2013: 8,82 %, 2014: 8,97 %, 2015: 8,54 %). Dieser Anteil soll weiterhin konstant gehalten werden. Dies erweist sich im Städtevergleich als sehr gute Voraussetzung und unterstreicht Leipzigs Selbstverständnis als lebendige und vielfältige Kulturmetropole mit internationaler Ausstrahlung und das Ziel, Kulturpolitik als unverzichtbaren Bestandteil der strategischen Stadtpolitik zu gestalten.

Die Gestaltungsspielräume, die die politischen Rahmenbedingungen eröffnen, wurden in Leipzig in den vergangenen Jahren verantwortungsvoll genutzt und auf der Grundlage von Planungsinstrumenten (z.B. Kulturentwicklungsplanung, Bibliotheksentwicklungsconcept) ausgestaltet. Die vielfältige und facettenreiche Kulturlandschaft, von städtischen Kultureinrichtungen bis hin zur freien Kunst und Kultur, wurde gestärkt und ausgebaut.

Innerhalb des Leipziger Kulturetats erhöhte sich die Förderung der freien Kunst und Kultur in den vergangenen Jahren deutlich. Seit 2008 haben sich die Mittel für die freie Kunst und Kultur fast verdoppelt und sind von 2,7 Mio. Euro auf 5,35 Mio. Euro (2015) gestiegen. Im Jahr 2015 beschloss der Stadtrat eine Dynamisierung⁵, die ab 2016 das Budget zur Förderung der freien Kultur auf der Basis der Vorjahressumme jeweils um 2,5 Prozent erhöht. Im Jahr 2016 konnte eine Vereinbarung über die Finanzierung der Eigenbetriebe Kultur bis 2020 auf den Weg gebracht werden. Dies sind entscheidende Grundlagen, um die hohe künstlerische Qualität und die Ausstrahlung der Kulturstadt Leipzig in den kommenden Jahren weiter zu sichern.

Kulturelle Infrastruktur und vielfältige Angebote

In den vergangenen Jahren setzte die Stadt entscheidende Wegmarken, um die kulturelle Infrastruktur zu erhalten und neu auszurichten. In bauliche Maßnahmen flossen in den letzten zehn Jahren bis 2015, inklusive Fördermittel, ca. 183 Mio Euro. Die kulturelle Infrastruktur ist räumlich unterschiedlich stark verteilt. Die Ballung von „hoch-kulturellen“ Einrichtungen in Leipzigs Mitte und von soziokulturellen Zentren und freien Trägern im Süden der Stadt ist historisch gewachsen. Die Entwicklung des Leipziger Westens war Schwerpunkt im ersten Stadtentwicklungsconcept. Eine ausgewogene und bedarfsgerechte Verteilung kultureller Angebote bleibt vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt auch zukünftig eine kulturpolitische Herausforderung. Dazu gehört auch, die Entwicklung verbesserter mobiler und digitaler Angebote, die flexibel und ortsungebunden genutzt werden können, in den Blick zu nehmen.

Kulturelle Teilhabe in einer wachsenden Stadt

Die Bevölkerung Leipzigs wächst und verjüngte sich in den vergangenen Jahren signifikant. Der Wunsch nach kreativer Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen verändert sich zunehmend weg von der Rezeption hin zur aktiven Partizipation, zu Dialogformaten und zum selbstbestimmten Engagement. Leipzigs Kulturakteure haben darauf reagiert und zusätzliche Angebote für die kreative Betätigung für Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene und Senior/-innen entwickelt.

Weitere entscheidende Schritte zur Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit wurden mit der Gewährung von freiem Eintritt für Jugendliche bis zum vollendeten 19. Lebensjahr in alle städtische Museen und die Befreiung von Nutzergebühren für Jugendliche bis zum vollendeten 19. Lebensjahr in den

⁴ Gesamtbetrag ordentliche Aufwendungen im Ergebnishaushalt 2016 = 1.495 Mrd. Euro

⁵ Ratsversammlung am 18.03.2015

Leipziger Städtischen Bibliotheken in die Wege geleitet. Die Museumsnacht übernimmt die Entgeltfreiheit in dieser Altersstruktur 2016 erstmals in ihr Ticketsystem. Das Projekt KulturLeben Leipzig & Region (des soziokulturellen Zentrums „Die Villa“) vermittelt zudem an Menschen mit geringem Einkommen kostenfreie Tickets, die von Kultureinrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Auf der städtischen Website wird ein Überblick zu Eintrittsfreiheit bzw. eintrittsfreien Tagen bei den Leipziger Museen gegeben.

Zugleich kann der erhöhten Nachfrage nach Angeboten der kulturellen Bildung zunehmend nicht nachgekommen werden, Kursangebote sind umgehend ausgebucht, Wartelisten bleiben konstant lang. Die erhöhte Nachfrage nach kultureller Bildung ist eine wichtige Herausforderung für die Kulturpolitik der kommenden Jahre.

Weltoffene Kulturstadt mit internationaler Ausstrahlung

Die kulturelle Vielfalt Leipzigs ist ein wichtiger Faktor für die Attraktivität der Stadt und verstärkt deren internationale Ausstrahlung. Leipzig besitzt eine herausragende und traditionsreiche Musikgeschichte. In jüngster Vergangenheit wird Leipzig auch als Ort der Kreativität mit einer jungen Kunstszenen sowie als Ort mit einer lebendigen Erinnerungskultur international wahrgenommen. Zahlreiche internationale Medien greifen die kulturelle Lebendigkeit der Stadt auf. Die freie Kultur trägt in allen Nuancen entscheidend zur Lebendigkeit und Offenheit der Stadt bei.

Eine mehrsprachige gebündelte Darstellung des Leipziger Kulturangebots (v.a. digital), ein einheitliches nach außen gerichtetes Kulturmarketing und eine abgestimmte Kulturtourismus-Strategie befinden sich allerdings erst im Aufbau und müssen zukünftig von der Kulturpolitik vorangetrieben werden, um Leipzig weiterhin erfolgreich als international vernetzte Kulturmetspole zu etablieren.

Auswahl an international ausstrahlenden Einrichtungen und Formaten (z.T. auch nicht-städtisch finanziert):

Musikstadt Leipzig:

Gewandhaus Leipzig, Thomanerchor, Bachfest Leipzig, Oper Leipzig mit Leipziger Ballett, Leipziger Jazztage, Wave-Gothik-Treffen, a capella Festival für Vokalmusik, Mendelssohn-Haus, Schumann-Haus, Leipziger Notenspur u.a.

Kreativstadt Leipzig:

Schauspiel Leipzig, Theater der Jungen Welt, Schaubühne Lindenfels, LOFFT – Das Theater, Museum der bildenden Künste Leipzig, GRASSI Museum für Angewandte Kunst, Galerie für Zeitgenössische Kunst, Leipziger Baumwollspinnerei, Festivalherbst mit u.a. Designers Open und Grassimesse, Lachmesse, euro-scene und DOK-Film-Woche; Leipziger Buchmesse mit „Leipzig liest“ und Manga-Comic-Convention, f/Stop: Festival für Fotografie Leipzig u.a.

Lebendige Erinnerungskultur:

Stadtgeschichtliches Museum mit Völkerschlachtdenkmal, Lichtfest Leipzig und Erinnerung an die Friedliche Revolution '89, „Schalom“ - Jüdische Woche, Museum an der Runden Ecke u.a.

Städtische Jubiläen seit 2009:

- 2009: 200. Geburtstag Felix Mendelssohn Bartholdy
- 2011: 100. Todestag Gustav Mahler und Internationales Mahler-Festival
- 2012: 800 Jahre Thomaner
- 2013: 200. Geburtstag Richard Wagners, 200 Jahre Völkerschlacht und 100 Jahre Völker schlachtdenkmal
- 2014: 25 Jahre Friedliche Revolution
- 2015: 1000jährige Ersterwähnung der Stadt Leipzig
- 2016: 100. Todestag Max Regers, 370. Geburtstag und 300. Todestag G.W. Leibniz
- 2017: 500. Jahrestag der Reformation

2.4 Ökologische Rahmenbedingungen und natürliche Lebensgrundlagen

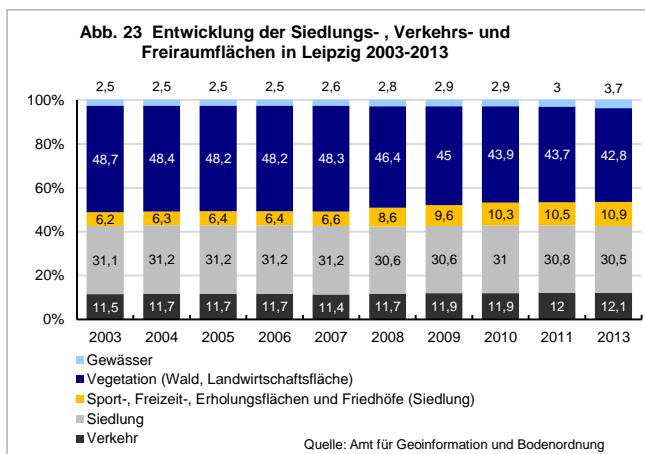
Leipzig wird von seinen Bürgerinnen und Bürgern für seine Lebensqualität geschätzt. Mit einem Anteil von ca. 46 % Freiraumflächen und ca. 10 % Grünflächen an der gesamtstädtischen Fläche ist weit mehr als die Hälfte des Stadtgebietes nahezu unbebaut. Der Anteil liegt durch die ca. 61.000 Straßenbäume und durch das Grundstücksgrün noch höher. Bestandteile des Freiraumsystems sind Waldflächen, ein weitverzweigtes Fließgewässernetz sowie zahlreiche Seen und Ackerflächen mit wertvollen Böden. Eine Besonderheit stellt der sich mitten durch die Stadt ziehende Leipziger Auwald dar, der vollständig als Landschaftsschutzgebiet und in Teilen als Naturschutzgebiet unter Schutz gestellt ist. Große Teile des Auwaldes entfallen außerdem auf Schutzgebiete des europaweiten Schutzgebietsnetzes NATURA 2000. Das städtische Grünsystem umfasst wertvolle Parks, Stadtplätze, Spielplätze, Kleingärten sowie Freizeitanlagen und Friedhöfe. Ergänzt wird dieses System durch urbane Wälder, die in dicht bebauten Quartieren zusammen mit den Erholungsflächen einen wichtigen Beitrag zur Stadtökologie und zur Klimaanpassung leisten.

Die Erhaltung und Verbesserung dieser Qualität einschließlich gesunder Lebensbedingungen stellt insbesondere in den dicht bebauten Quartieren eine grundlegende Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt dar. Die Rahmenbedingungen werden dabei einerseits gesetzt durch die örtliche Entstehungsgeschichte und aktuelle Ausprägung der natürlichen Lebensgrundlagen (Boden, Gewässer und Grundwasser, Klima und Lufthygiene, Grünstruktur, Artenvielfalt), die sich in ihren Funktionen als Lebensraum des Menschen vielfach durchdringen und ergänzen. Andererseits bestimmt das Nutzungsverhalten der Bewohner/-innen den Umfang und die Qualität der städtischen Lebensgrundlagen im Weiteren laufend mit.

2.4.1 Siedlungs- und Freiflächenentwicklung

Flächeninanspruchnahme und Versiegelung

Die Flächeninanspruchnahme beinhaltet die Umnutzung von Freiraumflächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen. Dies betrifft in den meisten Fällen Landwirtschaftsflächen. Dabei gehen natürliche Bodenfunktionen ebenso wie Lebensräume für Flora und Fauna verloren. Darüber hinaus zieht die Flächeninanspruchnahme Landschaftszerschneidung und eine Zunahme des Verkehrs mit den damit verbundenen Umweltbelastungen nach sich.

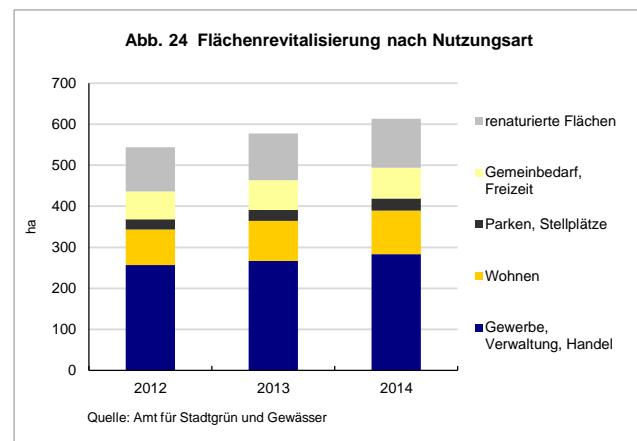


Die Siedlungs- und Verkehrsflächen haben seit 2003 um 4,7 %-Punkte zugenommen, ihr Anteil lag 2013 bei ca. 53 % (Abb. 23). Die Veränderungen sind vor allem auf den Zuwachs an Erholungsflächen zurückzuführen, der aber zum Teil auch auf statistischen Umschlüsselungen zu Lasten der Landwirtschaftsflächen beruhen. Durch Innenentwicklung vor Außenentwicklung, als zentrales Handlungsfeld einer nachhaltigen Stadtentwicklung, wurde bislang der Neuananspruchnahme von Flächen weitestgehend begegnet. Allerdings sind durch die Entwicklung von Industrie- und Gewerbegebieten im Nordraum von Leipzig größere versiegelte Bereiche im Außenbereich entstanden.

Innerhalb von Siedlungs- und Verkehrsflächen führen Versiegelung und Bebauung zum vollständigen Verlust der Bodenfunktionen, zur Verminderung der Grundwasserneubildung, zum Verlust an Lebensräumen für Pflanzen und Tiere sowie zu negativen Auswirkungen auf das Stadtklima und der damit verbundenen Beeinträchtigung der Gesundheit und Lebensqualität der Stadtbewohner. In Leipzig waren im Jahr 2013 etwa 45 % der Siedlungs- und Verkehrsflächen (ohne Erholungsflächen) durch Gebäude und Verkehrsflächen versiegelt, d. h. bebaut, betoniert, asphaltiert, gepflastert oder anderweitig befestigt. In der Regel geht die Versiegelung v. a. bei den Gebäuden einher mit der Versiegelung der dazugehörigen Nebenanlagen. Daher ist die tatsächliche Versiegelung in der Stadt Leipzig deutlich höher, als der Indikator es angibt.

Revitalisierung urbaner Brachen

Leipzig verfügt in Folge des Strukturwandels nach wie vor über eine große Anzahl an Brachen. Der Bestand an noch brachliegenden Flächen betrug 2014 1051 ha. Diese Flächen haben für die Strategie der „Innen- vor Außenentwicklung“ eine hohe Bedeutung, denn durch Revitalisierung und Renaturierung kann eine Neuinanspruchnahme von Freiflächen vermieden werden. Brachliegende Gewerbe- und Industriebrachen wurden im Stadtgebiet in den vergangenen Jahren überwiegend baulich nachgenutzt, aber auch renaturiert. Das Verhältnis betrug 2014 hier ungefähr 5:1. Zwischen 2012 und 2014 nahm die Revitalisierung von Brachflächen um 12,8 % zu.



Versorgung mit Parks und öffentlichen Grünflächen

Zur Lebensqualität in den innerstädtischen Stadtquartieren tragen besonders wohnungsnahe Parks, Stadtplätze und Spielplätze bei. Vor allem ältere Menschen und Familien nutzen diese Oasen zur Erholung, Bewegung und Kommunikation. Gleichzeitig gelten die Bereiche in den heißen Sommermonaten als wichtige Klimakomfortinseln, die ab einer gewissen Größe als Frischluftleitbahnen oder Kaltluftentstehungsgebiete auch stadtökologische Ausgleichsfunktionen erfüllen können. Diese Funktionen gewinnen im Zuge des zu erwartenden Klimawandels eine zunehmende Bedeutung. Gemäß der Umweltqualitätsziele ist der Bestand an Frei- und Grünflächen zu erhöhen und dauerhaft zu erhalten. Als Richtwert für die Grünversorgung gibt der Landschaftsplan gesamtstädtisch 13 m² uneingeschränkt nutzbarer Grünfläche pro Einwohner an. In dicht bebauten Stadtquartieren kann dieser Richtwert heute nicht erfüllt werden. Der Abbau von stadtökologischen Ungleichheiten in Qualität und Quantität der Freiraumversorgung bleibt damit eine Daueraufgabe.

Zwischen 2004 und 2011 hat die flächenmäßige Versorgung an öffentlichen Grünanlagen pro Einwohner insgesamt leicht zugenommen. Ab 2011 bewirken der Einwohnerzuwachs, aber auch statistische Effekte, dass die Versorgung pro Kopf abnimmt, trotz einer leichten Zunahme der Grünanlagen im Stadtgebiet. Sie betrug 2014 rund 16,5 m² pro Einwohner.

Wasserrahmenrichtlinie und Hochwasserschutz

Die Wasserqualität wird vor dem Hintergrund der Wasserrahmenrichtlinie am ökologischen Zustand von Flora und Fauna und am chemischen Zustand der Gewässer gemessen. Die Umweltziele der Wasserrahmenrichtlinie sind das Erreichen eines guten ökologischen Zustands bzw. Potenzials und eines guten chemischen Zustands aller Gewässer bis 2021/2027. Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist eine kommunale Pflichtaufgabe der Stadt Leipzig für die Gewässer II. Ordnung.

Die Wasserqualität der Fließgewässer hat sich seit 1990 vor allem durch abwassertechnische Maßnahmen erheblich verbessert. Auch die Qualität der Leipziger Standgewässer hat sich insgesamt erhöht. Fast 55 % der Standgewässer wurden seit 1990 wasserwirtschaftlich instandgesetzt und ökologisch aufgewertet. Trotzdem besteht noch immer ein erheblicher Handlungsbedarf, vor allem bei den gewässermorphologischen Maßnahmen (Aufwertung der Gewässerstruktur, Renaturierung). So weisen beispielsweise bislang die Nördliche und Östliche Rietzschke sowie der Zschampert einen schlechten ökologischen Zustand nach Wasserrahmenrichtlinie auf. Dagegen hat sich im Floßgraben die Wasserqualität zwischen 2009 und 2016 verbessert.

94 % der Flüsse und Seen hatten den guten ökologischen Zustand bis 2015 nicht erreicht. Um das Ziel bis 2021 zu erreichen ist eine vollständige Umsetzung der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme erforderlich.

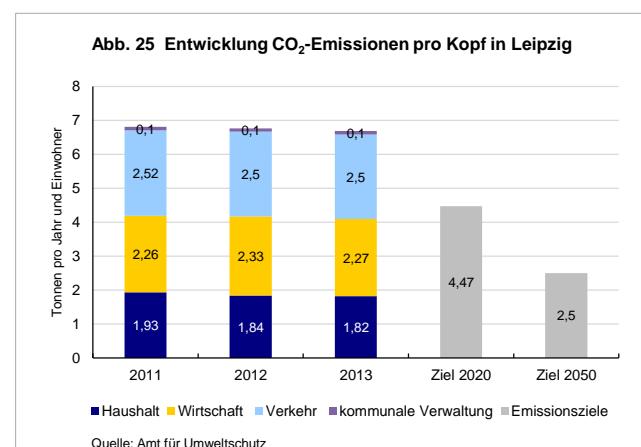
Für einen nachhaltigen Hochwasserschutz spielen auch die Gewässer II. Ordnung eine Rolle. Durch Anlegen von Retentionsflächen, wie z. B. am Lösegraben, können größere Niederschlagsmengen zurückgehalten und verzögert in die Gewässer I. Ordnung abgeleitet werden. Neben Retentionsflächen dienen weitere Maßnahmen, wie z. B. Gewässerrenaturierungen, Freihaltung von Gewässerrandstreifen sowie Vermeidung oder Rückbau von Bodenversiegelungen dem Hochwasserschutz und gleichzei-

tig der Verbesserung des ökologischen Zustandes der Gewässer.

Die Offenlegung der Mühlgräben in Leipzig wurde beim Elstermühlgraben zu 75 % und beim Pleißenmühlgraben zu ca. 30 % umgesetzt.

2.4.2 Energie und Klimaschutz

Leipzig hat sich mit dem Beitritt zum „Klima-Bündnis e.V.“ freiwillig verpflichtet, seine Treibhausgas-emissionen zu reduzieren. Mit dem Energie- und Klimaschutzprogramm 2014 – 2020 setzt sich die Stadt das Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2050 auf 2,5 t pro Kopf und Jahr zu senken. Bis zum Jahr 2020 soll ein Ausstoß pro Kopf von 4,47 t CO₂ erreicht werden. Seit dem Jahr 2011 wird für die Stadt Leipzig jährlich eine Energie- und CO₂-Bilanz nach gleicher Berechnungsmethodik erstellt. Zwischen 2011 und 2013 sind die CO₂-Emissionen im Stadtgebiet insgesamt um 1,8 % gesunken. Um den Zielwert bis zum Jahr 2020 zu erreichen, ist ausgehend vom Wert 2013 eine weitere Senkung um ca. 33 % erforderlich.



2.4.3 Nachhaltige Mobilität

Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist maßgeblich verantwortlich für die Lärm- und Luftbelastung sowie CO₂-Emissionen in Städten und erzeugt einen hohen Flächenbedarf. Das Mobilitätsverhalten der

Leipzigerinnen und Leipziger hatte sich zwischen 2003 und 2008 zugunsten des Umweltverbundes, also Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV, verändert. Diese Tendenz blieb jedoch nicht konstant (Abb. 26). Innerhalb des Umweltverbundes hat der Radverkehr weitere, deutliche Anteile gewonnen, während insbesondere S-Bahn/ Nahverkehrszüge und Bus seit 2008 Anteile verloren haben. Auch der Fußverkehr-Anteil ging zurück, obwohl Leipzig aufgrund seiner kompakten Siedlungsstruktur gute Ausgangsbedingungen für den Fußverkehr aufweist. Die Zielwerte des Umweltverbunds für das Jahr 2015 konnten daher nicht erreicht werden.

2.4.4 Luft und Lärm

Die Anforderungen an die Luftqualität bestimmen sich nach der Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen (39. BlmSchV) und den darin zum Schutz der menschlichen Gesundheit insbesondere für Feinstaub (PM₁₀)⁶ und Stickstoffdioxid (NO₂) festgelegten Immissionsgrenzwerten. Die 39. BlmSchV dient der Umsetzung europarechtlicher Regelungen⁷. Neben den gesetzlichen Grenzwerten gibt es für ausgewählte Luftschaadstoffe städtische Zielwerte.

Die Belastung mit den Schadstoffen NO₂ und PM₁₀ hat zwar in den zurückliegenden Jahren abgenommen, gleichwohl werden insbesondere bei NO₂ noch immer Grenzwertverletzungen registriert (Abb. 27). Der Beitrag des motorisierten Straßenverkehrs an der Belastung der Luft mit Ruß, als hoch-toxischem Bestandteil von PM₁₀, konnte durch das Wirken der Umweltzone gemindert werden. So ging

⁶ PM₁₀: Particulate Matter = Feinstaub bis 10 µm Durchmesser

⁷ z.B. Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa (2008/50/EG)

die motorbedingte Rußbelastung im Zeitraum von 2010 bis 2016 um rund 60 Prozent zurück.

Anforderungen an den Schutz vor Lärm ergeben sich u. a. aus der Umgebungslärmrichtlinie (2002/49/ EG), in Verbindung mit der DIN 18005 und der Verkehrslärmschutzverordnung (16. Blm-SchV). Die Umgebungslärmrichtlinie sieht eine systematische Erfassung von Lärmelastungen und die darauf folgende Erstellung von Lärm-aktionsplänen vor.

Im Zuge der Lärmkartierung 2012 wurden ca. 30.000 Bewohner/-innen im Stadtgebiet ermittelt, die durch Lärm von über 65 Dezibel (A) am gesamten Tag betroffen sind. Für diese Menschen gilt es, perspektivisch eine Entlastung herbeizuführen.

Wesentlicher Verursacher der Luftschadstoff- und Lärmelastung ist weiterhin der KFZ-Verkehr. Obgleich die Umweltzone in Leipzig zu einer Verjüngung der Fahrzeugflotte, technischen Weiterentwicklungen und damit Emissionsminderung beigetragen hat, birgt die Verlagerung des Individualverkehrs von der KFZ-Nutzung auf den Umweltverbund ein weitaus höheres Potenzial. Dieses gilt es, weiter zu erschließen.

2.5 Städtischer Haushalt

Die Finanzen der Stadt Leipzig stehen in einem Spannungsfeld von gesetzlichen Parametern und Aufgaben sowie strategischen Zielstellungen der Kommune.

Zudem muss sich die Stadt Leipzig stetig auf Veränderungen einstellen, die sie nur bedingt oder gar nicht beeinflussen kann, die aber die finanziellen Voraussetzungen bzw. Herausforderungen entscheidend prägen können. Als Stichworte seien die globale wirtschaftliche Entwicklung, das sächsische Finanzausgleichsgesetz (FAG) oder die Flüchtlingsthematik genannt.

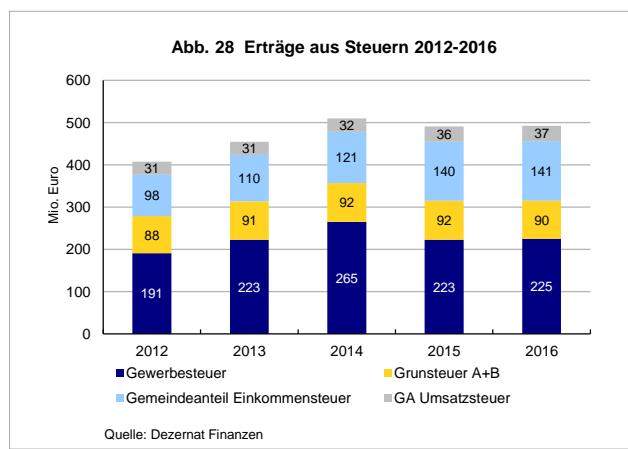
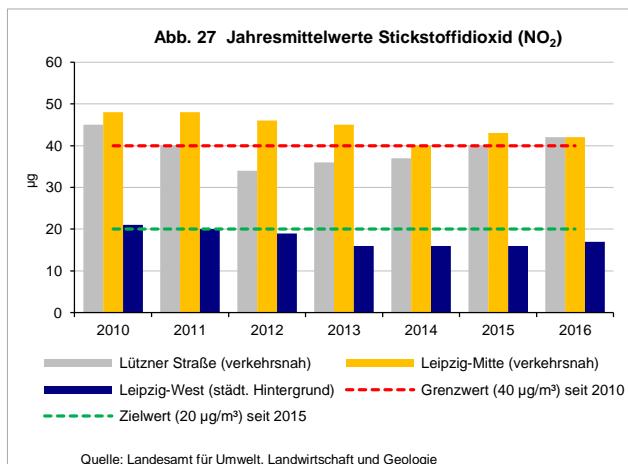
2.5.2 Einnahmen und Erträge

Mit dem Haushaltsplan für 2015/2016 wurden Erträge des Ergebnishaushaltes in Höhe von 1.476 Mio. Euro für 2015 und 1.481 Mio. Euro für 2016 veranschlagt.

Die Gesamterträge der Stadt Leipzig unterteilen sich dabei in folgende Ertragsarten:

- Steuern und ähnliche Abgaben,
- Zuweisungen/Zuschüsse und
- sonstige Erträge, wie z.B. Gebühren, Leistungsentgelte, Kostenerstattungen, Zinsen.

Das Steueraufkommen der Stadt Leipzig speist sich dabei aus den Steuerarten Gewerbesteuer, Grundsteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie den örtlichen Aufwandsteuern (Hunde-, Zweitwohnungs- und Vergnügungssteuer). Seit 2012 haben sich die Gesamtsteuererträge der Stadt Leipzig von insgesamt 408 Mio. Euro auf 493 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2016 erhöht. Das entspricht einer Steigerung von rund 85 Mio. Euro im Zeitraum von vier Jahren, d.h. einer durchschnittlichen



jährlichen Verbesserung um rund 21 Mio. Euro (Abb. 28). Diese positive Entwicklung ist vor allem auf den deutlichen Anstieg des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer sowie des Gewerbesteueraufkommens zurückzuführen. Die Gewerbesteuereinnahmen unterliegen hierbei deutlichen Schwankungen. Zudem besteht nach wie vor eine große Abhängigkeit der Stadt Leipzig von wenigen großen Gewerbesteuerzahldern. Von insgesamt 7.425 Gewerbesteuerzahldern im Jahr 2015 erbrachten 14 Zahler einen Anteil von rund 39 % am gesamten Aufkommen. Vor dem Hintergrund erheblicher Schwankungen in der Gewerbesteuer und Abgänge (Ausfälle) bei großen Gewerbesteuerzahldern kann für die künftigen Planjahre nicht von einem weiteren linearen oder überdurchschnittlichen Anstieg der Erträge aus dieser Steuerart ausgegangen werden. Eine Erhöhung des Gewerbesteuersatzes ist nicht geplant.

Wie bei der Gewerbesteuer ist auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in der Langfristbetrachtung ein äußerst positiver Verlauf zu verzeichnen. Beließ sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im Jahr 2012 noch auf 98 Mio. Euro, so belief er sich im Jahr 2016 auf 141 Mio. Euro. Mittelfristig wird aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung und einer entsprechenden Prognose mit einem weiteren Anstieg gerechnet (2019: 158 Mio. Euro). Insgesamt ist aber zu konstatieren, dass Steuern und Abgaben als die originären Einnahmequellen der Stadt lediglich ca. 37 % aller kommunalen Erträge ausmachen.

Wie alle Kommunen in Sachsen steht auch die Stadt Leipzig im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in hoher Abhängigkeit von den Zuweisungen des Freistaates Sachsen. Der Finanzausgleich regelt die Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen kreisangehörigen Gemeinden, Landkreisen und Kreisfreien Städten. Der Freistaat Sachsen beteiligt die Gemeinden und Landkreise am Aufkommen der Landessteuern und dem Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage sowie an seinen eigenen Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und aus Bundesergänzungszuweisungen. Die Finanzausgleichsmasse wird sich voraussichtlich in den Jahren 2017 bis 2020 reduzieren und nicht noch einmal das 2015er Niveau von 427,6 Mio. Euro erreichen (Abb. 29).

Die Höhe der Schlüsselzuweisungen ist von einer Vielzahl an Parametern/Einflussgrößen im komplexen System des kommunalen Finanzausgleichs abhängig. Wesentlich ist zum einen die Entwicklung der Einnahmen des Freistaates selbst. Hierbei

stellt sich insbesondere die Frage, wie sich die Neuausrichtung der föderalen Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Bundesländern nach 2019 (Auslaufen Solidarpakt) auswirken wird. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird der Freistaat Sachsen 2020 keinesfalls schlechter gestellt. Für die Kommunen und somit für Leipzig bedeutet dies, dass hieraus kein Einbruch, wie bisher in Teilen befürchtet, im System des kommunalen Finanzausgleichs zu erwarten ist.

Eine zweite wesentliche Einflussgröße ist die demografische Entwicklung. Das Einwohnerwachstum der sächsischen Zentren, insbesondere Leipzigs, trägt dabei einerseits zur Stabilisierung

der Einnahmen des Freistaates aus den Bund-Länder-Finanzbeziehungen und somit zur Stabilisierung der kommunalen Finanzausgleichsmasse bei. Gleichzeitig wirkt die Einwohnerzahl in der interkommunalen Finanzverteilung im System als Bedarfssfaktor. Diese Wirkung wird allerdings durch eine geplante Änderung der interkommunalen Finanzverteilung im System des sächsischen kommunalen Finanzausgleichs gebremst.

2.5.3 Aufwendungen und Ausgaben

Seit 2012 haben sich die Ausgaben/Auszahlungen (ohne Kredittilgung und Investitionen) von 1.193 Mio. Euro auf 1.385 Mio. Euro in 2016 erhöht. Das entspricht einer Steigerung von rd. 16 % (Abb. 30).

Die größte Position am aktuellen Haushaltsplan nehmen die Personalkosten ein (357 Mio. Euro), gefolgt von Ausgaben für Kitas (233 Mio. Euro), Kosten der Unterkunft (176 Mio. Euro), Soziales (ohne Asyl und KdU, 164 Mio. Euro) und Kultur (144 Mio. Euro).

Betrachtet man zum einen die Entwicklung der Ausgaben in den letzten Jahren und zum anderen die anstehenden demografischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Stadt, steigen voraussichtlich die Ausgaben/Aufwendungen für die Bereiche Schule, Kita und Soziales in den nächsten Jahren weiter. Zudem hat sich mit dem Thema „Hilfe zur Erziehung“, wie in vielen großen Kommunen auch, eine Problematik finanziell verschärft, die mittelfristig erhebliche Ressourcen binden wird.

Investitionen

Das aktuelle Investitionsprogramm beläuft sich auf ca. 150 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2016. Schwerpunktmaßig befinden sich die Investitionen in den Bereichen Schule und Kita (42 Mio. Euro), sowie in Maßnahmen des Verkehrs- und Tiefbauamtes (26 Mio. Euro). Obwohl Bund und Land entsprechende Förderpakete auflegen, z.B. das Investitionspaket des Freistaates Sachsen „Brücken in die Zukunft“, ist ein Ausgleich des städtischen mittelfristigen Investitionsplanens nur durch Maßnahmenpriorisierung möglich.

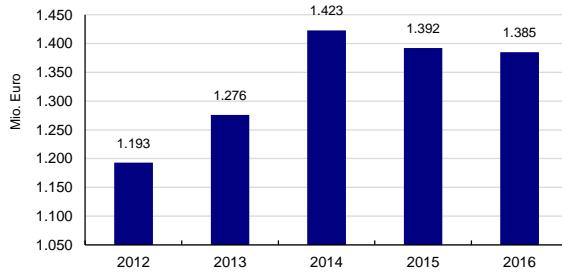
Entschuldung

Der Schuldenstand der Stadt Leipzig belief sich zum 31.12.2015 auf 686 Mio. Euro. Ausgehend von dem höchsten Schuldenstand im Jahr 2004 (911 Mio. Euro) ist es der Stadt Leipzig gelungen, innerhalb von 11 Jahren 225 Mio. Euro Schulden abzubauen. Trotz der vorab gezeigten vielfältigen finanziellen Herausforderungen bekennt sich die Stadt Leipzig zur fiskalischen Nachhaltigkeit, d.h. zu einem konsequenten Schuldenabbau. Sie strebt zu Gunsten der kommenden Generationen ihre vollständige Entschuldung bis zum Jahr 2038 an.

Trends

Aus den vorab geschilderten Parametern können drei Szenarien für die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt abgeleitet werden. Das erste Szenario beschreibt bei einer relativ optimistischen Einnahmeentwicklung und einer gleichzeitig konstanten Ausgabenentwicklung ein erhebliches Defizit des kommunalen Haushaltes. Das zweite Szenario sieht bei konstanten Ausgabenentwicklungen auf niedrigem Niveau und einer sehr optimistischen Einnahmeentwicklung ein rückläufiges Defizit bzw. einen ausgeglichenen Haushalt in 2020. Das dritte Szenario zeigt, dass selbst bei einer sehr optimistischen Einnahmeentwicklung der Haushalt der Stadt Leipzig in eine deutliche Schieflage gerät, sobald die Ausgaben steigen.

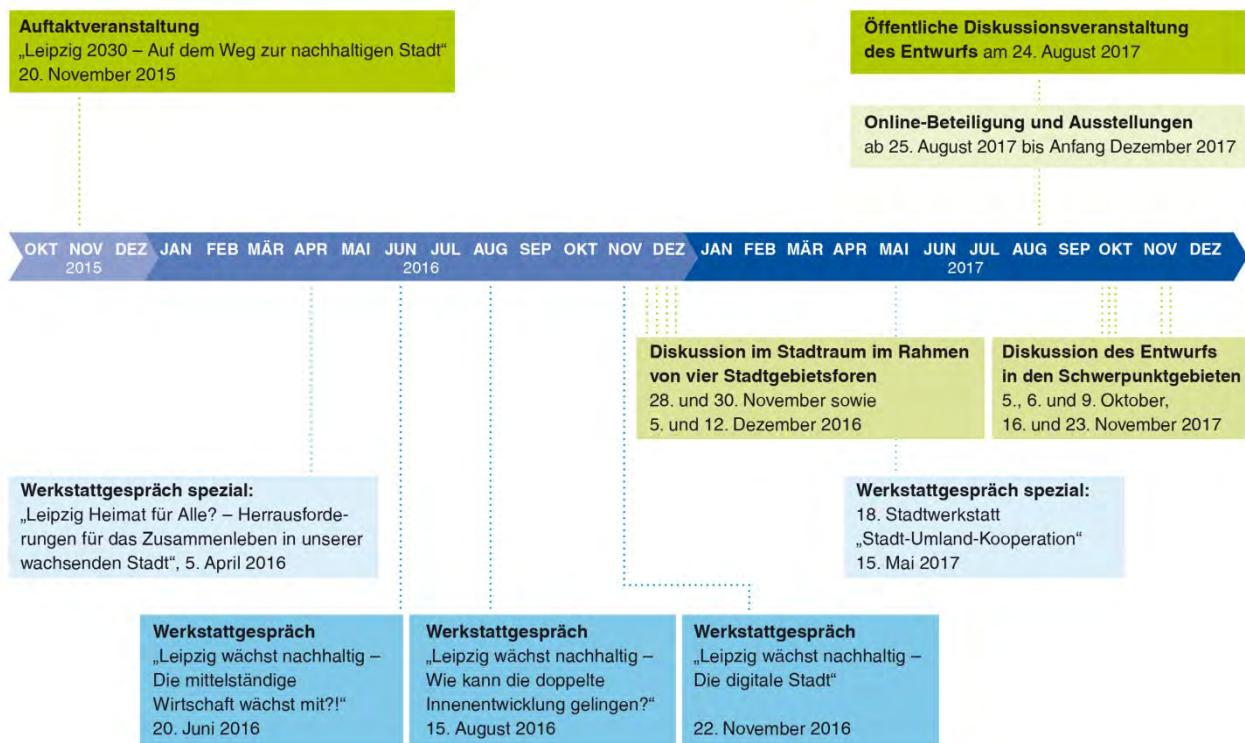
Abb. 30 Entwicklung der Ausgaben im Haushalt Leipzig 2012-2016



Quelle: Dezernat Finanzen

3. ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG

Für die Erarbeitung des INSEK haben sich von 2015 bis 2017 ämterübergreifende Arbeitsgruppen der Stadtverwaltung zu den Fach- und Querschnittsthemen sowie den Schwerpunktträumen ausgetauscht, die unterschiedlichen Bestandteile des Konzepts erarbeitet und so gemeinsam die Strategie fortentwickelt. Zu verschiedenen Zeitpunkten dieses Arbeitsprozesses wurden auch Menschen außerhalb der Stadtverwaltung in den Arbeitsprozess einbezogen. So gab es vom November 2015 bis November 2017 verschiedene Möglichkeiten, sich in die Fortschreibung des INSEK einzubringen: vom öffentlichen Auftakt über thematische Werkstattgespräche bis hin zur räumlichen Diskussion in Stadtgebietsforen. Je nach Format wurden entweder die breite Stadtgesellschaft und/oder gezielt Stadtpolitik, Akteure aus Stadtgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft sowie die Stadtverwaltung und deren Führungskräfte einbezogen. Nach jeder Beteiligungsveranstaltung wurden die Ergebnisse geprüft und von den unterschiedlichen Arbeitsgruppen in den jeweiligen Arbeitsstand des INSEK eingearbeitet. Strukturiert wurde die Beteiligung der Öffentlichkeit von „Leipzig weiter denken“, der Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung der Stadt Leipzig.



Ablauf und Bausteine der Bürgerbeteiligung zum INSEK

3.1 Beteiligungsauftakt: Zukunftsdiskussion mit Zukunftsbild

Ziel des öffentlichen Auftakts am 20. November 2015 in der Kongresshalle am Zoo war es, noch vor der Erarbeitung des Konzepts die Meinungen und Wünsche der Leipzigerinnen und Leipziger für die Entwicklung der Stadt in den nächsten 15 Jahren einzuhören. Darüber hinaus wurde die Bedeutung des Stadtentwicklungsconcept erklärte und die Ergebnisse der vorangegangenen Bilanzierung des bis dahin gültigen Konzepts vorgestellt. Um ein möglichst breites Meinungsbild der Stadtgesellschaft einzuhören, hat man auf verschiedenen Wegen eingeladen: über die Internetseiten und die Sozialen Medien der Stadt Leipzig, den Verteiler von „Leipzig weiter denken“, unterschiedliche Veranstaltungskalender und Pressemitteilungen sowie über Plakate und Postkarten im gesamten Stadtraum. Auch Bearbeiter/-innen des INSEK und Vertreter/-innen der Stadtpolitik waren vor Ort. Verteilt an 30 Tischen diskutierten bei der Veranstaltung 260 Leipziger/-innen aller Altersgruppen. In kleinen Gruppen von jeweils 8 bis 10 Menschen brachten sie in moderierten Runden zu zwei Leitfragen ihre Wünsche und Ideen für Leipzig

ein: Wie stellen Sie sich Leipzig in 15 Jahren vor? Welche Themen werden in den nächsten 15 Jahren wichtig sein?

Einführende Vorträge wurden von Oberbürgermeister Burkhard Jung und vom Stadtplaner Julian Petrin aus Hamburg gehalten, die den Blick auf zukünftige Trends und Herausforderungen lenkten.

Die Themen, die von den Teilnehmenden für die nächsten 15 Jahre als besonders wichtig eingestuft wurden, waren Verkehr und Mobilität, der Konflikt zwischen dem Erhalt von Freiräumen im Gegensatz zur Notwendigkeit von Neubauten und der Themenbereich Integration: nicht nur von Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch von Menschen mit Behinderungen und Neubürger/-innen. Auch die Bereiche Chancengleichheit und soziale Durchlässigkeit wurden häufig genannt und diskutiert: So bestand der Wunsch, das Bildungssystem insgesamt zu stärken und in Zukunft auch weiterhin sozial schwache Quartiere besonders zu fördern. Nicht zuletzt wurden eine funktionierende Wirtschaft sowie attraktive Arbeitsangebote als Grundlage für die zukünftige Entwicklung genannt.

Als Ergebnis der Diskussion entstand ein Zukunftsbild, das zwei Zeichnerinnen während der Veranstaltung erstellten und das im Anschluss für einige Wochen gemeinsam mit einer Ausstellung über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept im Stadtbüro am Marktplatz besucht und kommentiert werden konnte.



Gabriele Schlipf und Sophia Halamoda hielten die Ergebnisse live auf Leinwand während der Veranstaltung fest. (Foto: Thomas Rötting)

3.2 Werkstattgespräche

Beim Format der Werkstattgespräche ging es darum, wichtige Zukunftsthemen mit eingeladenen Fachvertreter/-innen und Akteuren vertiefend zu diskutieren. Insgesamt haben fünf Werkstattgespräche stattgefunden, deren Themen aus der Auftaktveranstaltung sowie aus den internen Arbeitskreisen abgeleitet wurden. Aufgrund der Dringlichkeit und der hohen gesellschaftlichen Relevanz lud Oberbürgermeister Burkhard Jung zu einem erweiterten Werkstattgespräch Spezial „Leipzig – Heimat für alle!?” ein, bei dem auch Bürger/-innen gefragt waren. Die Ergebnisse aller Gespräche flossen in die Fachkonzepte des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts ein.

Werkstattgespräch Spezial: Leipzig - Heimat für alle!?

Aufgrund der stark steigenden Zahl der Geflüchteten sowie der Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft, die sich u. a. in einer hohen Gewaltbereitschaft einzelner Gruppen ausdrückte, fand am 5. April 2016 das Fachgespräch Spezial „Leipzig – Heimat für alle!?” statt. Die Probleme, die sich bereits im November abzeichneten, waren auch in der Auftaktveranstaltung häufig unter den Schlagworten Integration und Chancengleichheit genannt worden. Fachleute waren in diesem Fall, neben den Vertreter/-innen engagierter Vereine, auch per Zufallsstichprobe ausgewählte Bürger/-innen. Aus dem Melderegister wurden hier knapp 800 Adressen gezogen und eingeladen, um über den gesellschaftlichen

Zusammenhalt zu diskutieren. Zudem wurden die Führungskräfte der Stadtverwaltung sowie explizit Vertreter/-innen der Stadtpolitik eingeladen, um sich an der Diskussion zu beteiligen und auszutauschen. Insgesamt haben sich dann etwa 130 Teilnehmende mit dem Thema Demokratiefeindlichkeit und den aktuellen Radikalisierungstendenzen auseinandergesetzt. Ähnlich wie bei der Auftaktveranstaltung wurde auch hier nach einer Einführung durch Oberbürgermeister Jung in Kleingruppen diskutiert. Fokus waren die Herausforderungen des Zusammenlebens unter den neuen Umständen. Diskutiert wurden die Leitfragen: Wie geht es den Leipziger/-innen mit der aktuellen Situation? Wo liegen die Herausforderungen und was ist möglich? Wer sollte die daraus folgenden Aufgaben übernehmen?



In Kleingruppen diskutierten Stadtverwaltung, Akteure und per Zufall ausgewählte Bürger/-innen. (Foto: Thomas Rötting) Während ein Teil der Anwesenden durch die vorangegangenen Ausschreitungen in Leipzig stark verunsichert war, betrachteten viele die Straßengewalt als Randerscheinung. Die Zunahme populistischer Positionen in der Bevölkerung hingegen wurde von den meisten besorgt betrachtet. Die diskutierten Lösungsansätze der Problematik waren so vielfältig wie das Thema: von Handlungsansätzen im Themenbereich Wohnen über das Einhalten von gesellschaftlichen Spielregeln, der Schaffung von Begegnungsräumen bis hin zu konkreten Vorschlägen, wie dem Übernehmen von Patenschaften für Geflüchtete und der Unterstützung von Engagement, wurde vieles diskutiert - oft auch kontrovers. Bei der Frage, wer diese Aufgaben übernehmen könnte, sahen sich viele selbst in der Pflicht. Aber auch die Unterstützung von Stadt und Politik wurden als notwendig erachtet. Neben der Aufnahme der erarbeiteten Ansätze in das Integrierte Stadtentwicklungsconcept gab es Folgeveranstaltungen in Grünau und im Leipziger Osten, in denen das Thema weiter bearbeitet wurde.

Werkstattgespräch Wirtschaft und Arbeit

Auch das Thema Wirtschaft und Arbeit wurde bei der Auftaktveranstaltung als Grundlage für die Stadtentwicklung der nächsten 15 Jahre genannt. Einhergehend mit der positiven Wirtschafts- und Arbeitsplatzentwicklung in den letzten Jahren steht Leipzig vor der Herausforderung, diesen Prozess zu verstetigen und durch vorausschauendes kommunales Handeln optimale Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft, zu schaffen. Um das Thema zu vertiefen, diskutierten am 20. Juni 2016 unter dem Titel "Leipzig wächst nachhaltig. Die mittelständische Wirtschaft wächst mit?!" etwa 30 Fachleute aus Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Verwaltung im Stadtbüro darüber, was das Wachstum der Stadt für Leipzigs Wirtschaft bedeutet. Im Fokus der Diskussion standen vor allem die Fragen, wie die aktuelle Wirtschaftsentwicklung verstetigt werden

kann und wie die innerstädtischen Gewerbegebiete weiterentwickelt werden können. Ergebnis war unter anderem, dass eine Nutzungsmischung an innerstädtischen Standorten positiv bewertet wurde. Etwaige Nutzungskonkurrenzen sollten von der Stadt moderiert werden, planungsrechtliche Instrumente durch die Kommune angewandt werden. Angesichts verschwimmender Grenzen zwischen Wirtschaftsclustern müssen neue übergreifende Initiativen aufgebaut und die Clusterstrategie weiterentwickelt werden. Neue Wege in der Technologieförderung wurden als sinnvoll und hilfreich angesehen. Eine Idee war der Aufbau eines Industrie- und Technologiezentrums.

Werkstattgespräch Doppelte Innenentwicklung

Der Konflikt zwischen dem Erhalt von Freiräumen und dem erforderlichen Wohnungsneubau und der entsprechenden Infrastruktur war als zentrales Thema der wachsenden Stadt in der Auftaktveranstaltung genannt worden. Am 15. August 2016 fand aus diesem Grund ein Fachgespräch mit 30 Akteuren von Wohnungsunternehmen, Vereinen und Verbänden aus dem Umweltbereich und der Wissenschaft zum Thema „Doppelte Innenentwicklung“ statt. Diskutiert wurde über die mit dem Wachstum der Stadt einhergehenden Bedarfe und Ansprüche an Wohnraum, Gewerbegebiete und Freiräumen sowie die entstehenden Nutzungskonflikte. Im Mittelpunkt standen folgende Fragen: Leipzig wächst – Welche Auswirkungen auf den Freiraum werden erwartet? Welche Funktionen und Qualitäten von Freiraum und Umwelt sollen in den Quartieren gesichert werden? Wie können Flächen für die Stabilisierung der Freiraum- und Umweltqualität gesichert werden? Die Ergebnisse bestätigten die zunehmende Flächenkonkurrenz um den bestehenden Freiraum. Ziel müsste es nun sein, dass für die Flächenentwicklung vorab allgemeine Regeln in einem nachvollziehbaren System zur Entscheidungsvorbereitung gefunden und Regelwerke zur Umsetzung erarbeitet werden. Gleichzeitig wurde deutlich, dass bei einer Verringerung von verfügbaren Flächen verstärkt Mehrfachnutzungen etabliert werden müssen. Hierzu ist es nötig, die Zuständigkeiten zu vereinfachen und z. B. bei der Nutzung von Schulhöfen gemeinsame Lösungen zu entwickeln. In den Diskussionen wurde ebenfalls deutlich, dass mehrheitlich weiterhin der Innen- gegenüber der Außenentwicklung der Stadt Vorrang eingeräumt werden soll. Die Außenentwicklung kann allenfalls bei starkem Wachstum eine langfristige Entwicklungsperspektive sein.

Werkstattgespräch Digitalisierung

Die Digitalisierung des Lebens und der Städte ist in den letzten Jahren mit großer Geschwindigkeit vorangeschritten. Einerseits sind die Folgen im Alltag offensichtlich, andererseits sind die längerfristigen Auswirkungen auf die Gesellschaft und Stadtentwicklung oft unklar. Um die Herausforderungen und Möglichkeiten dieses wichtigen Zukunftsfeldes nicht unbeachtet zu lassen, fand am 22. November 2016 ein Fachgespräch dazu statt. Etwa 30 Teilnehmende aus Vereinen, Wirtschaft und Wissenschaft diskutierten darüber, wie mit dem Handlungsfeld der Digitalisierung umgegangen werden soll. Ziel des Fachgesprächs war es, Impulse zur Entwicklung einer gesamtstädtischen Strategie zu geben, die zur Gestaltung einer effizienten, sozial inklusiven und technologisch innovativen Stadt beitragen. Eingebettet war das Fachgespräch in das EU-Projekt Triangulum, das Ansätze der sog. „Smart City“ untersucht. Unter den Ergebnissen waren unter anderem folgende Handlungsempfehlungen an die Stadtverwaltung: als Wirtschaftsfaktor ist Digitalisierung ein wichtiger Standortfaktor und muss unbedingt mitgedacht werden; um den digitalen Wandel zu gestalten, bedarf es einer Digitalstrategie, die alle Nutzergruppen einbezieht und mitdenkt. Und nicht zuletzt: die Stadt sollte diesen Prozess auf Führungsebene begleiten.

Werkstattgespräch Spezial: 18. Stadtwerkstatt „Stadt-Umland-Kooperation“

Angesichts des starken Wachstums in Leipzig stellt sich die Frage, ob und wie die Stadt künftig enger mit dem Umland kooperieren sollte, um die anstehenden Aufgaben besser bewältigen zu können. Hierzu diskutierten am 15. Mai 2017 Politik, Verwaltung und Akteure mit regionalem Blick im Rahmen einer Stadtwerkstatt. Wesentliches Ergebnis war die eindeutige Positionierung, dass ein nachhaltiges Wachstum nur mit der Region stattfinden kann und daher vorhandene Kooperationen fortgesetzt und, wie z.B. zum Thema regionale Siedlungsentwicklung, ausgeweitet werden sollten. Wichtig ist hierbei, dass Kooperationen nicht ungesteuert, sondern auf Augenhöhe und nach klaren Regeln und Zielen erfolgen.

3.3 Stadtgebietsforen

Um neben den thematischen Diskussionen auch die räumlichen Aussagen des INSEK zu überprüfen und ergänzen, wurden Akteure aus den Stadtteilen einbezogen. Auf der Basis erster inhaltlicher Arbeitsergebnisse haben Vertreter/-innen der Stadtbezirksbeiräte, der Ortschaftsräte, der Bürger- und Heimatvereine, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft in vier Foren mit räumlichem Fokus im November und Dezember 2016 mit den Bearbeiter/-innen des INSEK diskutiert. Auch die Stadtpolitik war zu den Veranstaltungen eingeladen. Für die räumlichen Diskussionen wurden mehrere Stadtbezirke zusammengefasst und die Stadt in vier Bereiche aufgeteilt: Am 28. November fand das Stadtgebietsforum für die Stadtbezirke „West, Altwest und Südwest“ statt, am 30. November das Stadtgebietsforum „Ost und Südost“, am 5. Dezember das Forum für die Stadtbezirke „Mitte und Süd“ und am 8. Dezember das Stadtgebietsforum „Nord, Nordwest und Nordost“. In den Veranstaltungen wurde in jeweils vier Stunden in Schulen direkt vor Ort diskutiert. Nach einer Einführung zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept und zu den Gegebenheiten des Stadtraums arbeiteten jeweils circa 50 bis 70 Teilnehmende an thematisch sortierten Tischen zu je 8 bis 15 Personen, zum Beispiel zu den Themenbereichen „Soziales, Kultur und Bildung“ oder zu „Wohnen, Freiraum und Umwelt, Sport“. Grundlage war eine Vorstellung des aktuellen Arbeitsstands auf Ortsteilebene, der dann von den Teilnehmenden diskutiert und ergänzt wurde. Ausgangspunkt waren die Fragen: Was bedeutet das Wachstum der Stadt in den unterschiedlichen Stadträumen? Wo sollen die konkreten Handlungsschwerpunkte für die einzelnen Ortsteile liegen?



Die vier Stadtgebietsforen fanden jeweils in einer Schule vor Ort statt. Auf dem Bild: das Forum im Leipziger Westen im Johannes-Kepler-Gymnasium. (Foto: Nils A. Petersen)

Stadtgebietsforum „West, Altwest, Südwest“

Nach einer intensiven Diskussion der 70 Teilnehmenden am Abend des 28. Novembers in der Aula des Johannes-Kepler-Gymnasiums fasste Bürgermeisterin für Stadtentwicklung und Bau, Dorothee Dubrau, einige Ergebnisse unter der Vielzahl der Anmerkungen zusammen: Wichtig sei es im Leipziger Westen, eine Nähe und Mischung von Wohnen und Gewerbe zu erhalten. Besonders Gewerbeflächen sollten gesichert und nicht in höherwertige Nutzungen (Wohnen, zum Teil Handel) umgewandelt werden. Es wurde ebenfalls betont, dass im Leipziger Westen eine Vielzahl engagierter Menschen wohnt, deren Fähigkeiten und Ressourcen in unterschiedlichen Möglichkeitsräumen weiter gefördert werden müssen. Ein weiterer Schwerpunkt solle in der Entwicklung des Stadtteils Grünau liegen. Eine aktive Liegen-

schaftspolitik der Stadt, die Grundstücke in den Stadtbezirken „West, Altwest, Südwest“ sichert, würde es ermöglichen, die Profile der einzelnen Ortsteile weiterzuentwickeln.

Stadtgebietsforum "Ost, Südost"

Auch in der Humboldtschule im Leipziger Osten arbeiteten 50 Teilnehmende am 30. November 2016 intensiv. Ein Ergebnis war der Wunsch nach neuen Lösungsansätzen rund um den Themenbereich der Mobilität. In diesem Zusammenhang wurde auch der Wunsch genannt, die Vernetzung in die Region zu verbessern. Über den Parkbogen Ost könne das Tourismuspotenzial erweitert werden, vor allem, wenn man diesen in Richtung Süden weiterdenkt. Auch hier hat das Thema der Mehrfachnutzung von Räumen und vor allem das Zusammenspiel privater und öffentlicher Akteure eine große Rolle gespielt. Gefordert wurde außerdem eine räumlich differenzierte Auseinandersetzung mit der sozialen Stadtteilentwicklung: diese solle kleinräumiger als auf Ortsteilebene berücksichtigt werden.

Stadtgebietsforum "Mitte, Süd"

Am Nachmittag des 5. Dezembers 2016 diskutierten ca. 50 Teilnehmende in der Aula des Immanuel-Kant-Gymnasiums zu den räumlichen Herausforderungen der Stadtbezirke Mitte und Süd. Unter den zahlreichen Ergebnissen ragte unter anderem die Bedeutung des Themenbereichs Wohnen heraus, insbesondere der Wunsch nach dem Erhalt einer Mischung von unterschiedlichen Preissegmenten und sozialen Gruppen. Ebenfalls wichtig: Inklusion und Barrierefreiheit, vor allem in den Bereichen Wohnen, Öffentlicher Raum und bei sozialen Einrichtungen. Arbeitsplätze sollten nahe den Wohngebieten sein, um den Verkehr gering zu halten. Diskutiert wurde hier auch die Frage, wie die Innenstadt grüner werden kann, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Weitere Überlegungen betrafen die Vernetzung der Wissenschaftsstandorte mit dem Quartier, der Wunsch nach der Vergabe von Grundstücken nach Konzept und die Sorge nach der Sicherung von Freiräumen.

Stadtgebietsforum "Nord, Nordwest, Nordost"

Im Speisesaal der Werner-Heisenberg-Schule fand am 8. Dezember 2016 das letzte der vier Stadtgebietsforen mit etwa 50 Teilnehmenden statt. Ein wichtiger Eckpunkt der vielfältigen Diskussion zu den Stadtbezirken Nord, Nordwest und Nordost war auch hier die Bedeutung der Mehrfachnutzung von Räumen. Gewünscht wurde außerdem, dass die Bürgerschaft weiterhin in den Erarbeitungs- und Umsetzungsprozess des INSEK involviert wird und Beteiligung ein fester Bestandteil der Stadtentwicklung bleibt und ist. Ein ungenutztes Potenzial wurde im Tourismus gesehen: die Qualitäten des Stadtraumes sollten geprüft und gegebenenfalls besser vermarktet werden.

3.4 Diskussion des INSEK-Entwurfs

Die Ergebnisse des internen Arbeitsprozesses und der Beteiligung der Öffentlichkeit wurden in den Entwurf des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts eingearbeitet, der Ende August 2017 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Zwischen Ende August und November gab es eine Vielzahl von mündlichen und schriftlichen Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten. Besonders häufig wurden dabei Mobilitäts Themen angesprochen, aber auch das Agieren in der wachsenden Stadt grundsätzlich hinterfragt. Die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit und die Anpassungsfähigkeit der Stadtstrukturen sollten angesichts der Unsicherheiten des Wachstumsprozesses klarer formuliert werden. Die Anregungen und Diskussionsergebnisse wurden dokumentiert und daraus resultierende Änderungen in den Entwurf eingearbeitet.

Öffentliche Veranstaltung am 24. August 2017

Am 24. August 2017 stellten Oberbürgermeister Burkhard Jung, Bürgermeisterin Dorothee Dubrau sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung rund 250 Teilnehmenden die Grundzüge des Konzepts vor. Nach einer inhaltlichen Einführung hatten die Bürgerinnen und Bürger in einem Rundgang durch die Obere und die Untere Wandelhalle die Gelegenheit, sich über die Themen und Schwerpunkte des INSEK zu informieren, mit der Stadtverwaltung zu diskutieren sowie Hinweise und Anmerkungen zu geben. Neben Ideen und Vorschlägen zu allen Fachkonzepten spielte dabei die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Projekte der Stadtentwicklung eine wichtige Rolle. Eine ausführliche Dokumentation aller Anregungen ist unter www.leipzig.de abrufbar.

Im Nachgang der Veranstaltung konnten sich die Leipzigerinnen und Leipziger in zwei Ausstellungen

zum INSEK informieren. Dabei wurden mit dem Hauptbahnhof und der Stadtbibliothek bewusst Ausstellungsorte gewählt, an denen viele Menschen unterwegs sind und auch zufällig in die Ausstellung schauen. Darüber hinaus konnte das Konzept auch im Internet gelesen und Anregungen bis 6. Oktober direkt über ein Webformular versandt werden.

Während der Veranstaltung ergaben sich konstruktive und angeregte Diskussionen sowie zahlreiche Anmerkungen. Eine Vielzahl von Stellungnahmen und Positionierungen haben den Ansatz grundsätzlich oder im Detail unterstützt. Darüber hinaus gab es wichtige Anregungen, aus denen heraus direkte Änderungen in der Vorlage oder Schwerpunkte für die Umsetzung des INSEK resultierten. Viele der Anregungen der Bürgerinnen und Bürger beschäftigen sich jedoch mit sehr konkreten Maßnahmen, die - soweit sie konkreter als die Detaillierungsebene des INSEK waren - als Hinweise an die zuständigen Fachämter weitergeleitet wurden.

Schriftliche Stellungnahmen

Insgesamt sind rund 40 schriftliche Stellungnahmen zum INSEK mit einem Umfang von bis zu 15 Seiten eingegangen. Etwa die Hälfte der Stellungnahmen kam von Einzelpersonen und Initiativen. Die andere Hälfte wurde von Trägern öffentlicher Belange, Institutionen und Nachbarkommunen bzw. Landkreisen eingebracht. Neben Anerkennung gab es zu fast allen Teilen des Konzeptes Anregungen, zum Teil auch auf einer sehr konkreten Maßnahmenebene. Zu einigen Themen, insbesondere zu den Strategien für eine nachhaltige Mobilität im Strategischen Zielbild sowie im entsprechenden Fachkonzept, wurden teils konträre Positionen und Vorschläge eingebracht. Seitens der regionalen Akteure wurde deutlich die Kooperationsbereitschaft zur Ausgestaltung des Wachstumsprozesses dokumentiert, aber auch ganz konkrete Kooperationsthemen und -projekte benannt. Alle Anregungen wurden einer Abwägung unterzogen und geprüft, inwieweit daraus Änderungen im INSEK oder Aufgaben für den künftigen Umsetzungsprozess resultieren.

Veranstaltungen in den Schwerpunktträumen des INSEK

In fünf Schwerpunktträumen des INSEK – dem Leipziger Osten, Schönefeld und Mockau, Paunsdorf, Grünau sowie dem Nordraum – gab es im Oktober und November 2017 öffentliche Veranstaltungen mit jeweils 50 bis 100 Teilnehmenden. Dabei wurden die Kernaussagen des INSEK für den Schwerpunkt- raum hergeleitet und konkrete Projekte bzw. Konzepte für die Stadtteile vorgestellt. Diskussionen und Anregungen bezogen sich überwiegend auf konkrete Maßnahmen im Stadtteil, die in Umsetzung des INSEK über Städtebauförderprogramme oder das Sofortmaßnahmenprogramm für den Leipziger Nord- raum auf Realisierungsmöglichkeiten geprüft werden.

Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte

In allen Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten wurde der INSEK-Entwurf vorgestellt und diskutiert, wobei der Schwerpunkt auf der räumlichen Stadtentwicklungsstrategie (Teil B) lag. Insbesondere zu den Ortsteilsteckbriefen waren die (Bei-)Räte gebeten, die Handlungsbedarfe zu überprüfen und ggf. alternative Prioritäten zu benennen. Von mehreren Ortschaftsräten wurde dabei der Titel der Ortsteilstrategien „Eigenentwicklung stärken“ kritisiert, einige Ortsteile benannten auch sehr detaillierte und umfangreiche Maßnahmenlisten. Alle in den Protokollen benannten Punkte wurden – unter Beachtung der stadtweiten methodischen Einheitlichkeit – einer Abwägung unterzogen und geprüft, inwieweit dar- aus Änderungen im INSEK resultieren.

Interfraktionelle Arbeitsgruppe, Ausschüsse und Beiräte des Stadtrates

Der Konzeptentwurf wurde in allen relevanten Ausschüssen und Beiräten des Stadtrates besprochen. Eine besondere Rolle hatte dabei eine zeitweilige interfraktionelle Arbeitsgruppe, die in zwei kurzen und zwei ganztägigen Sitzungen zu nahezu allen Teilen des INSEK diskutierte. Neben sehr konkreten An- regungen wurden dabei auch zu mehreren Fachkonzepten systematische Änderungsvorschläge einge- bracht, die zu einer Überarbeitung einzelner Bausteine führten.